

Materialien aus der Bildungsforschung Nr. 41

Armin Triebel

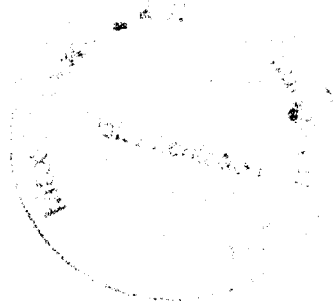
**ZWEI KLASSEN
UND DIE VIELFALT DES KONSUMS**

**Haushaltsbudgetierung bei
abhängig Erwerbstätigen in Deutschland
im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts**

Band 1

**Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
Berlin 1991**

**GW ISSN 0173-3842
ISBN 3-87985-030-5**



0 9 2 / 4 4 9 - 1 + 3

Materialien aus der Bildungsforschung

In dieser Reihe veröffentlicht das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung technische Berichte und andere Materialien aus der Forschung, die in der Regel keine abgeschlossenen Forschungsberichte sind, aber dem jeweils interessierten Fachpublikum zugänglich gemacht werden sollen.

Die beiden Bände der Nr. 41 werden nur zusammen abgegeben.

Bestellungen werden erbeten an die Verwaltung des Instituts bei gleichzeitiger Überweisung von DM 48,- (einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer) auf das Konto Nr. 0910005885 der Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00.

Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit der Zustimmung des Instituts gestattet.

©1991 Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Lentzeallee 94, D-1000 Berlin 33.

GW ISSN 0173-3842

ISBN 3-87985-030-5

Inhaltsverzeichnis

Band 1

Verzeichnis der Tabellen	iv	
Verzeichnis der Diagramme	xvi	
Zusammenfassung	xvii	
Summary	xviii	
Vorwort	xix	
1	Einleitung	1
1.1	Leitende Fragestellung	3
1.2	Gliederung und Methode	8
2	Zum Stand der Beforschung von Haushaltsrechnungen	17
2.1	Probleme des Zeitvergleichs	18
2.2	"Privatwirtschaftsstatistik" - die ältere Forschung	23
2.2.1	Die Lehre von der Privatwirtschaft zwischen historischer Statistik und Mikroökonomie	27
2.2.2	Frühe Ansätze differentieller Konsumforschung	37
2.3	Der Strukturwandel des Konsums - ein neuer Ansatz	53
3	Die sozioprofessionelle Gruppierung der Haushalte	73
3.1	Beruf und Berufsgruppe	73
3.2	Die sozioprofessionelle Zuordnung	84
3.2.1	Von Berufsbenennungen zu sozioprofessionellen Gruppen ...	96
3.2.1.1	Nicht zugeordnete Berufe	96
3.2.2	Arbeiterberufe	100
3.2.2.1	Nicht näher spezifizierte Arbeiterberufe	102
3.2.2.2	Gelernte Arbeiterberufe (Traditionsgewerke)	119
3.2.2.3	Gelernte Arbeiterberufe (modernes Handwerk und Industrielle Facharbeiterberufe)	124
3.2.2.4	Ungelernte Arbeiterberufe	142
3.2.3	Die Rangordnung der Beamten	144
3.2.3.1	Amtsbezeichnungen und Tätigkeitsbenennungen im höheren Dienst	157

3.2.3.2	Amtsbezeichnungen und Tätigkeitsbenennungen im mittleren Dienst	160
3.2.3.3	Amtsbezeichnungen und Tätigkeitsbenennungen im unteren Dienst	169
3.2.3.4	Nicht näher spezifizierte Amtsbezeichnungen	174
3.2.4	Angestelltenberufe	175
3.2.4.1	Angestellte in Leitungsfunktionen	179
3.2.4.2	Untere Angestellte	184
3.2.4.3	Nicht näher spezifizierte Angestelltenberufe	184
3.3	Von Arbeitskräftemustern zu Konsummustern	191
4	Zur Klassifikation sozialer Ungleichheit	193
4.1	Modelle der Klassifikation von Berufen	193
4.1.1	Ältere Modelle der Leistungsklassendifferenzierung	194
4.1.2	Neuere Modelle sozioprofessioneller Differenzierungen	205
4.2	Das Grundmuster differentieller Berufsgruppen im Berliner Gesamtbestand	212
5	Typen differentiellen Konsums, zeitgenössische Standards und Leitbilder der Lebensführung	231
5.1	Zwei Klassen – zwei Welten ?	235
5.2	Genuß und Verzicht	238
5.2.1	Luxus und Notwendigkeit	239
5.2.1.1	Fett und mager	265
5.2.1.2	Gemeine Kartoffeln und feines Gemüse	278
5.2.1.3	Konsum – durch Genuß gesteigert, durch Sparen vermindert	288
5.2.2	Der öffentliche und der private Raum	304
5.2.2.1	Viele Gemeinsamkeiten und einige Kontraste im Kleidungsaufwand	308
5.2.2.2	Die Ausgaben für Miete und für Hausrat	331
5.2.3	Kultur und Tingeltangel	358
5.2.3.1	Vergnügungslust	361
5.2.3.2	Bildungslast	378
5.3	Zwei Welten und die Vielfalt des Konsums	391
5.3.1	Die Einheit des proletarischen Konsums	395
5.3.2	Die konsumtive Vielfalt des mittleren Standes	404
5.3.3	Ausblick	414

6	Historische Haushaltsrechnungen neu dokumentiert	1
6.1	Variablensystem und Codier-Manual	4
6.1.1	Das Problem der Umfänge: Der Fall und der Haushalt	22
6.1.2	Das Problem der Vielfalt: Die Variablen und die Realität	26
6.1.3	Das Problem des Ortes: Die Lokalisierung der Fälle	29
6.2	Erfassung und Bearbeitung der Daten	33
6.3	Die historischen Quellen	37
6.3.1	Quelle 1	38
6.3.1.1	Zusatzdaten aus Barmen	47
6.3.1.2	Zusatzdaten aus Breslau	48
6.3.1.3	Zusatzdaten aus München	49
6.3.1.4	Veränderung der Originaldaten durch Korrektur	52
6.3.1.4.1	Die Korrektur der Haushaltsgröße	54
6.3.1.4.2	Die Korrektur der Naturaleinnahmen	54
6.3.1.4.3	Korrekturen aufgrund eingetragener Deputatleistungen für den Wohnraum	64
6.3.2	Quelle 2	66
6.3.3	Quelle 3	70
6.3.4	Quelle 4	74
6.3.5	Quelle 5	77
6.3.6	Quelle 6	83
6.3.7	Quelle 7	88
6.3.8	Quelle 8	95
6.3.9	Quelle 9	98
6.3.10	Quelle 10	101
6.3.11	Quelle 11	104
7	Anmerkungen	109
7.1	Anmerkungen zu Kapitel 1	109
7.2	Anmerkungen zu Kapitel 2	113
7.3	Anmerkungen zu Kapitel 3	129
7.4	Anmerkungen zu Kapitel 4	149
7.5	Anmerkungen zu Kapitel 5	154
7.6	Anmerkungen zu Kapitel 6	204
8	Bibliographie	214
9	Abkürzungen	249
10	Tabellen	250

Verzeichnis der Tabellen

Das folgende systematische Tabellenverzeichnis soll einen sachorientierten Zugang zu den Tabellen im Anhang des zweiten Bandes erleichtern. Band 2 (Kapitel 10, S. 250 ff.) enthält die Tabellen in ihrer numerischen Reihenfolge, wie sie aus der jeder Tabelle beigegebenen Ordnungsnummer ersichtlich ist. Die in dieser Tabellennummer verwendeten Buchstaben geben die Quelle an; diese ist in der Bibliographie (Band 2, S. 214 ff.) vollständig verzeichnet.

Die Buchstaben bedeuten:

- A. Albrecht, Gerhard: Die Struktur des Ausgabenbudgets (1914);
Ders.: Die Ausgabenverteilung im Haushalte des Arbeiters und des mittleren Beamten (1914).
- DR. Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche (1909).
- HAL. Brotverbrauch in Arbeiterfamilien (Halle 1902).
- T. Triebel: Berliner Gesamtbestand, Version 88 (eigene Berechnungen aufgrund elektronisch erfaßter Daten).

Die auf diese alphanumerische Angabe folgende Zahlenkombination bezeichnet den Abschnitt im darstellenden Text, wo die Tabelle schwerpunktmäßig behandelt wird. Die in Klammern nachgestellte Ziffer ist eine durchlaufende Numerierung.

Anzahl der erfaßten Haushalte im Berliner Gesamtbestand

- Anzahl der Haushalte im Berliner Gesamtbestand nach Berufsgruppe (Tätigkeitsmuster und soziale Stellung im Beruf) und Erhebungszeitraum Tabelle T.4.2(1)
- Anzahl der Haushalte im Berliner Gesamtbestand nach Berufsgruppe und Wohnortgröße Tabelle T.4.2(2)
- Anzahl der Haushalte im Berliner Gesamtbestand nach Gesamteinkommensklassen, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.4.2(3)
- Anzahl der Haushalte im Berliner Gesamtbestand nach Gesamtausgabenklassen, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.4.2(4)
- Anzahl der Haushalte im Berliner Gesamtbestand nach Gesamteinkommensklassen, 15 Berufsgruppen 1925-1927 Tabelle T.4.2(5)

Anzahl der Haushalte im Berliner Gesamtbestand nach Gesamtausgabenklassen, 15 Berufsgruppen 1925-1927 Tabelle T.4.2(6)

Anzahl der Haushalte im Berliner Gesamtbestand nach ihrer Finanzkraft, 15 Berufsgruppen 1937 Tabelle T.4.2(7)

Gesamtausgaben bzw. -einnahmen der Haushalte des Berliner Gesamtbestandes

Durchschnittliche Gesamtausgaben nach Berufsgruppen und Gesamtausgabenklassen, 1.290 Haushalte vor 1914 Tabelle T.4.2(8)

Durchschnittliche Gesamtausgaben nach Berufsgruppen und Gesamtausgabenklassen, 2.320 Haushalte 1925-1927 Tabelle T.4.2(9)

Durchschnittliche Gesamtausgaben nach Berufsgruppen und Gesamtausgabenklassen, 1.509 Haushalte 1937 Tabelle T.4.2(10)

Anzahl der Kinder in den Haushalten des Berliner Gesamtbestandes

Anzahl der Kinder im Haushalt, 5.120 Haushalte des Berliner Gesamtbestandes 1903-1937 nach Berufsgruppe und Zahl der Kinder im Haushalt Tabelle T.4.2(11)

Verbrauchsausgaben allgemein bzw. ausgewählte Bedarfsgruppen (Güter und Dienstleistungen) in kombinierter Zusammenstellung

Die Entwicklung der Verbrauchsausgaben nach der Dringlichkeit des Bedarfs in jeweiligen Preisen, Deutsches Reich 1907-1937 Tabelle T.2(1)

Differentielle Konsummuster von Arbeitern und Beamten, Deutsches Reich 1907–1910	Tabelle A.2.2(6)
Durchschnittsausgaben nach <i>Wohlhabenheitsstufen</i> und beruflicher Stellung bei 1.300 Haushalten in Mark, Deutsches Reich 1907–1910	Tabelle A.2.2(7)
Durchschnittliche Ausgaben für Nahrung, Textilien und Wohnung in Arbeiter- und Beamtenhaushalten, Deutsches Reich 1907	Tabelle DR.2.2(1)
Durchschnittliche Ausgaben für die Bedarfsgruppe <i>Sonstiges</i> in Arbeiter- und Beamtenhaushalten, Deutsches Reich 1907	Tabelle DR.2.2(2)
Ausgaben in ausgewählten Berufsgruppen, 843 Haushalte von Beamten, Angestellten und Arbeitern, Deutsches Reich 1907	Tabelle DR.2.2(3)
Überschüssen von Lehrern gegenüber mittleren Beamten in den Hauptbedarfsgruppen, 218 Haushalte, Deutsches Reich 1907	Tabelle DR.2.2(4)
Durchschnittsausgaben für die Hauptbedarfsgruppen in 4 Berufsgruppen, Gesamtausgaben 2.000 bis 3.500 Mark, 103 und 218 Haushalte, Deutsches Reich 1907	Tabelle DR.2.2(5)

Ausgaben im einzelnen nach Berufsgruppen

Beiträge an Gewerkschaften, Verbände, Vereine

Beiträge an Vereine und Gewerkschaften in Mark, 10 Berufsgruppen vor 1914	...	Tabelle T.5.2.3(19)
Beiträge an Vereine und Gewerkschaften in Prozent der Gesamtausgaben, 10 Berufsgruppen vor 1914	...	Tabelle T.5.2.3(20)
Beiträge an Vereine und Gewerkschaften in RM, 15 Berufsgruppen 1925–1927	...	Tabelle T.5.2.3(21)
Beiträge an Vereine und Gewerkschaften in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925–1927	...	Tabelle T.5.2.3(22)
Beiträge an Vereine und Verbände in RM, 13 Berufsgruppen 1937	...	Tabelle T.5.2.3(23)

Beiträge an Vereine und Verbände in Prozent der Gesamtausgaben, 13 Berufsgruppen 1937 . . . Tabelle T.5.2.3(24)

Bildung und Schule

Bildungsausgaben in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.3(29)

Bildungsausgaben in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.3(30)

Bildungsausgaben in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1927 . . . Tabelle T.5.2.3(31)

Bildungsausgaben in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1927 . . . Tabelle T.5.2.3(32)

Bildungsausgaben in RM, 13 Berufsgruppen 1937 . . . Tabelle T.5.2.3(33)

Bildungsausgaben in Prozent der Gesamtausgaben, 13 Berufsgruppen 1937 . . . Tabelle T.5.2.3(34)

Korrelation zwischen Ausgaben für Unterhaltung und Kosten von Bildung, 15 Berufsgruppen über einen Zeitraum von 30 Jahren . . . Tabelle T.5.2.3(35)

Bildungsausgaben nach Anzahl der Schulkinder im Haushalt, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.3(36)

Bildungsausgaben nach Anzahl der Schulkinder im Haushalt, 15 Berufsgruppen 1925-1927 . . . Tabelle T.5.2.3(37)

Bildungsausgaben nach Anzahl der Schulkinder im Haushalt, 15 Berufsgruppen 1937 . . . Tabelle T.5.2.3(38)

Butter

Ausgaben für Butter in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.1(13)

Ausgaben für Butter in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.1(14)

Ausgaben für Butter in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1937 . . . Tabelle T.5.2.1(15)

Ausgaben für Butter in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1937 . . . Tabelle T.5.2.1(16)

Pro-Kopf-Ausgaben für Butter in Promille der Gesamtausgaben des Haushalts, 15 Berufsgruppen vor 1914	. . . Tabelle T.5.2.1(17)
Pro-Kopf-Ausgaben für Butter in Promille der Gesamtausgaben des Haushalts, 15 Berufsgruppen 1925-1937	. . . Tabelle T.5.2.1(18)
Ernährung allgemein	
Anteil der Nahrungsausgaben am Haushaltswand, verschiedene Erhebungen 1888-1907 Tabelle T.2.2(5)
Durchschnittsausgaben für Ernährung nach <i>Wohlfahrtheitsstufen</i> und beruflicher Stellung bei 1.300 Haushalten in Mark, Deutsches Reich 1907-1910 Tabelle A.2.2(8)
Durchschnittsausgaben für Ernährung nach <i>Wohlfahrtheitsstufen</i> und beruflicher Stellung bei 1.300 Haushalten, Indizes, Deutsches Reich 1907-1910 Tabelle A.2.2(9)
Durchschnittsausgaben für Ernährung nach <i>Wohlfahrtheitsstufen</i> und beruflicher Stellung bei 1.300 Haushalten, in Prozent der Gesamtausgaben, Deutsches Reich 1907-1910 Tabelle A.2.2(10)
Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel insgesamt in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.1(1)
Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel insgesamt in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.1(2)
Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel insgesamt in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1927 Tabelle T.5.2.1(3)
Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel insgesamt in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1927 Tabelle T.5.2.1(4)
Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel insgesamt in RM, 15 Berufsgruppen 1937 Tabelle T.5.2.1(5)
Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel insgesamt in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1937 Tabelle T.5.2.1(6)

Fette außer Butter

- Ausgaben für tierische Fette und Margarine in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.1(7)
- Ausgaben für tierische Fette und Margarine in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.1(8)
- Ausgaben für tierische Fette und Margarine in RM, 15 Berufsgruppen 1925–1937 Tabelle T.5.2.1(9)
- Ausgaben für tierische Fette und Margarine in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925–1937 Tabelle T.5.2.1(10)
- Pro-Kopf-Ausgaben für tierische Fette und Margarine in Promille der Gesamtausgaben des Haushalts, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.1(11)
- Pro-Kopf-Ausgaben für tierische Fette und Margarine in Promille der Gesamtausgaben des Haushalts, 15 Berufsgruppen 1925–1937 Tabelle T.5.2.1(12)

Genußmittel allgemein

- Ausgaben für Genußmittel in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.3(9)
- Ausgaben für Genußmittel in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.3(10)
- Ausgaben für Genußmittel in RM, 15 Berufsgruppen 1925–1927 Tabelle T.5.2.3(11)
- Ausgaben für Genußmittel in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925–1927 Tabelle T.5.2.3(12)
- Ausgaben für Genußmittel in RM, 13 Berufsgruppen 1937 Tabelle T.5.2.3(13)
- Ausgaben für Genußmittel in Prozent der Gesamtausgaben, 13 Berufsgruppen 1937 Tabelle T.5.2.3(14)
- Pro-Kopf-Ausgaben für Genußmittel in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.3(15)
- Pro-Kopf-Ausgaben für Genußmittel in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.3(16)

Pro-Kopf-Ausgaben für Genußmittel in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1937 . . . Tabelle T.5.2.3(17)

Pro-Kopf-Ausgaben für Genußmittel in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1937 . . . Tabelle T.5.2.3(18)

Geselligkeit (vgl. unten "Unterhaltung und Vergnügen")

Soziale Aufwendungen und Ausgaben für Geselligkeit in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.3(1)

Soziale Aufwendungen und Ausgaben für Geselligkeit in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.3(2)

Soziale Aufwendungen und Ausgaben für Geselligkeit in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1937 Tabelle T.5.2.3(3)

Soziale Aufwendungen und Ausgaben für Geselligkeit in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1937 Tabelle T.5.2.3(4)

Kartoffeln

Ausgaben für Kartoffeln in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.1(25)

Ausgaben für Kartoffeln in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.1(26)

Ausgaben für Kartoffeln in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1937 . . . Tabelle T.5.2.1(27)

Ausgaben für Kartoffeln in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1937 . . . Tabelle T.5.2.1(28)

Pro-Kopf-Ausgaben für Kartoffeln in Promille der Gesamtausgaben des Haushalts, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.1(29)

Pro-Kopf-Ausgaben für Kartoffeln in Promille der Gesamtausgaben des Haushalts, 15 Berufsgruppen 1925-1937 . . . Tabelle T.5.2.1(30)

Kleidung (und Wäsche)

- Kleidungs Ausgaben in 8 *Wohlhabenheitsklassen* , . . . Tabelle DR.5.2.2(1)
Deutsches Reich vor 1914
- Ausgaben für Bekleidung in Mark, 15 Berufs- Tabelle T.5.2.2(3)
gruppen vor 1914
- Ausgaben für Bekleidung in Prozent der Gesamt- Tabelle T.5.2.2(4)
ausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914
- Ausgaben für Bekleidung in RM, 15 Berufsgruppen Tabelle T.5.2.2(5)
1925-1937
- Ausgaben für Bekleidung in Prozent der Gesamt- Tabelle T.5.2.2(6)
ausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1937
- Gewichtete Pro-Kopf-Ausgaben für Bekleidung in Tabelle T.5.2.2(7)
Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914
- Gewichtete Pro-Kopf-Ausgaben für Bekleidung in Tabelle T.5.2.2(8)
Prozent der Gesamtausgaben des Haushalts, 15 Be-
rufgruppen vor 1914
- Gewichtete Pro-Kopf-Ausgaben für Bekleidung in Tabelle T.5.2.2(9)
RM, 15 Berufsgruppen 1925-1937
- Gewichtete Pro-Kopf-Ausgaben für Bekleidung in Tabelle T.5.2.2(10)
Prozent der Gesamtausgaben des Haushalts, 15 Be-
rufgruppen 1925-1937

Lokale

- Ausgaben in Gastwirtschaften in Mark, 15 Berufs- . . . Tabelle T.5.2.3(25)
gruppen vor 1914
- Ausgaben in Gastwirtschaften in Prozent der Ge- . . . Tabelle T.5.2.3(26)
samtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914
- Ausgaben in Gastwirtschaften in RM, 15 Berufs- . . . Tabelle T.5.2.3(27)
gruppen 1925-1927
- Ausgaben in Gastwirtschaften in Prozent der Ge- . . . Tabelle T.5.2.3(28)
samtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1927

Obst und Gemüse

- Ausgaben für Obst und Gemüse in Mark, 15 Berufs- . . . Tabelle T.5.2.1(19)
gruppen vor 1914

Ausgaben für Obst und Gemüse in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914	... Tabelle T.5.2.1(20)
Ausgaben für Obst und Gemüse in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1937	... Tabelle T.5.2.1(21)
Ausgaben für Obst und Gemüse in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1937	... Tabelle T.5.2.1(22)
Pro-Kopf-Ausgaben für Obst und Gemüse in Promille der Gesamtausgaben des Haushalts, 15 Berufsgruppen vor 1914	... Tabelle T.5.2.1(23)
Pro-Kopf-Ausgaben für Obst und Gemüse in Promille der Gesamtausgaben des Haushalts, 15 Berufsgruppen 1925-1937	... Tabelle T.5.2.1(24)
 "Sonstiges"	
Durchschnittliche Ausgaben für die Bedarfsgruppe <i>Sonstiges</i> in Arbeiter- und Beamtenhaushalten, Deutsches Reich 1907 Tabelle DR.2.2(2)
 Spareinlagen	
Sparleistungen in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914	... Tabelle T.5.2.1(31)
Sparleistungen in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914	... Tabelle T.5.2.1(32)
Sparleistungen in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1927	... Tabelle T.5.2.1(33)
Sparleistungen in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1927	... Tabelle T.5.2.1(34)
 Textilien allgemein	
Durchschnittsausgaben für Bekleidung, Wäsche, Bettzeug und deren Reinigung nach <i>Wohlhabensstufen</i> und beruflicher Stellung bei 1.300 Haushalten in Mark, Deutsches Reich 1907-1910 Tabelle A.2.2(14)

Durchschnittsausgaben für Bekleidung, Wäsche, Bettzeug und deren Reinigung nach *Wohlhabensstufen* und beruflicher Stellung bei 1.300 Haushalten, Indizes, Deutsches Reich 1907-1910 Tabelle A.2.2(15)

Durchschnittsausgaben für Bekleidung, Wäsche, Bettzeug und deren Reinigung nach *Wohlhabensstufen* und beruflicher Stellung bei 1.300 Haushalten in Prozent der Gesamtausgaben, Deutsches Reich 1907-1910 Tabelle A.2.2(16)

Ausgaben für Haushaltstextilien und Kleidung in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.2(11)

Ausgaben für Haushaltstextilien und Kleidung in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.2(12)

Ausgaben für Haushaltstextilien und Kleidung in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1927 . . . Tabelle T.5.2.2(13)

Ausgaben für Haushaltstextilien und Kleidung in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1927 . . . Tabelle T.5.2.2(14)

Ausgaben für Haushaltstextilien und Kleidung in RM, 15 Berufsgruppen 1937 . . . Tabelle T.5.2.2(15)

Ausgaben für Haushaltstextilien und Kleidung in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1937 . . . Tabelle T.5.2.2(16)

Unterhaltung und Vergnügen

Ausgaben für Unterhaltung und Vergnügen in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.3(5)

Ausgaben für Unterhaltung und Vergnügen in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.3(6)

Ausgaben für Unterhaltung und Vergnügen in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1937 Tabelle T.5.2.3(7)

Ausgaben für Unterhaltung und Vergnügen in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1937 Tabelle T.5.2.3(8)

Korrelation zwischen Ausgaben für Unterhaltung und Kosten von Bildung, 15 Berufsgruppen über einen Zeitraum von 30 Jahren . . . Tabelle T.5.2.3(35)

Versicherung und Vorsorgeleistungen

Vorsorgeleistungen in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.1(35)

Vorsorgeleistungen in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.1(36)

Vorsorgeleistungen insgesamt in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1927 . . . Tabelle T.5.2.1(37)

Vorsorgeleistungen insgesamt in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1927 . . . Tabelle T.5.2.1(38)

Freiwillige Versicherungsleistungen in RM, 15 Berufsgruppen 1927 . . . Tabelle T.5.2.1(39)

Freiwillige Versicherungsleistungen in Prozent der Gesamtausgaben des Haushalts, 15 Berufsgruppen 1927 . . . Tabelle T.5.2.1(40)

Wohnbedarf allgemein

Durchschnittliche Haushaltsgröße und Ausgaben für Wohnbedarf in 8 Gesamtausgabenklassen, 1.291 Haushalte, Deutsches Reich 1902-1913 Tabelle T.5.2.2(2)

Durchschnittsausgaben für Wohnung, ohne Heizung und Beleuchtung, nach *Wohlhabensstufen* und beruflicher Stellung bei 1.300 Haushalten in Mark, Deutsches Reich 1907-1910 Tabelle A.2.2(11)

Durchschnittsausgaben für Wohnung, ohne Heizung und Beleuchtung, nach *Wohlhabensstufen* und beruflicher Stellung bei 1.300 Haushalten, Indizes, Deutsches Reich 1907-1910 Tabelle A.2.2(12)

Durchschnittsausgaben für Wohnung, ohne Heizung und Beleuchtung, nach *Wohlhabensstufen* und beruflicher Stellung bei 1.300 Haushalten, in Prozent der Gesamtausgaben, Deutsches Reich 1907-1910 Tabelle A.2.2(13)

- speziell: Hausrat

- Ausgaben für Hausrat in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.2(21)
- Ausgaben für Hausrat in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.2(22)
- Ausgaben für Hausrat in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1937 . . . Tabelle T.5.2.2(23)
- Ausgaben für Hausrat in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1937 . . . Tabelle T.5.2.2(24)

- speziell: Wohnungsmiete

- Einkommen, Familiengröße und Wohnungsmiete, 289 Haushalte, Halle 1901 . . Tabelle HAL.5.2.2(1)
- Ausgaben für Wohnungsmiete in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.2(17)
- Ausgaben für Wohnungsmiete in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen vor 1914 . . . Tabelle T.5.2.2(18)
- Ausgaben für Wohnungsmiete in RM, 15 Berufsgruppen 1925-1937 . . . Tabelle T.5.2.2(19)
- Ausgaben für Wohnungsmiete in Prozent der Gesamtausgaben, 15 Berufsgruppen 1925-1937 . . . Tabelle T.5.2.2(20)

- Einnahmen aus Untervermietung

- Einnahmen aus Untervermietung in Mark, 15 Berufsgruppen vor 1914 Tabelle T.5.2.2(1)

Verzeichnis der Diagramme

4.1.2 (1)	Das Schichtenmodell der bürgerlichen Industriegesellschaft nach dem Kriterium der "Sozialen Stellung im Beruf"	1: 210
4.2 (2)	Das Grundmuster der nichtbesoldeten Berufsgruppen im Berliner Gesamtbestand	1: 215
4.2 (3)	Das Grundmuster der Berufsgruppen der Gehalts- und Besoldungsempfänger	1: 219
6.2 (1)	Ablauf der Quellenbearbeitung im EDV-Bereich . . .	2: 35

Zusammenfassung

Die vorliegende Untersuchung fragt nach den Einflüssen von beruflichem Status und sozialer Zugehörigkeit auf die Muster haushaltskonsumtiver Budgetierungsentscheidungen. Sie beruht auf über 5.100 historischen Haushaltsrechnungen von Angestellten, Beamten und meist besser verdienenden Arbeitern, die zwischen 1901 und 1937 über die Zeiträume von genau zwölf Monaten aufgezeichnet wurden und in separaten Veröffentlichungen gedruckt vorlagen. Zum ersten Mal sind diese Editionen in einem Datensatz vereinigt, bei dieser Gelegenheit auf Stimmigkeit überprüft und soweit wie möglich um Informationen aus kommentierenden Quellen ergänzt worden. Als Indikator für beruflichen Status und soziale Plazierung bieten die Unterlagen die aktuelle Erwerbstätigkeit des Haushaltsvorstandes. Diese individuellen Berufsangaben sind im Vorfeld der statistischen Analysen historisch-semantisch aufgeschlüsselt und Kategorien älterer und neuerer Modelle von sozialer Schichtung zugeordnet worden, so daß hier eine auf den Datensatz angepaßte Berufsklassifikation vorliegt. Für die Analyse sind sozioprofessionelle Gruppen ausgewählt worden, die in der Literatur häufig diskutiert werden oder denen, mehr oder weniger begründet, typische Einstellungssyndrome angesonnen werden.

Der private Verbrauch wird vorrangig nicht unter mikroökonomischen Gesichtspunkten gesehen, sondern als soziales Phänomen im Sinne *reproduktiver Strategien* verstanden; der bekannte Einfluß des Einkommens wird nicht geleugnet, stärkerer Wert wird aber auf jene Effekte gelegt, die den Einfluß des Einkommens modulierten oder sich gegen dessen Gewicht gar durchsetzten. Unter anderem ergibt sich im Schnittpunkt narrativer Zeugnisse von Zeitgenossen und jetzt vorgenommenener quantifizierender Überprüfungen eine genauere Bestimmung des Begriffs *Mittelstand*. Das Ziel der Analyse, die sich varianzstatistischer Verfahren bedient, liegt in einer Darstellung stilmäßiger Differenzierungen über die soziale Gliederung nach dem ökonomischen Kriterium des Einkommens oder die formale Einteilung der amtlichen Statistik nach der "sozialen Stellung im Beruf" hinaus. Mit der Dimension ökonomischer Wahlhandlungen behandelt sie einen Aspekt des langfristigen Wandels von Lebensstilen. Gegen alle Bemühungen, den Gruppenbegriff "Arbeiter" anhand qualitativer Quellen aufzufächern, läßt das empirische Material so gut wie keine stilmäßigen Differenzierungen erkennen. Die Arbeiterklasse erscheint in der Tat als weitgehend homogen und ihr Abstand zu "bürgerlich-mittelständischen" Gruppen wie Lehrern und Subalternbeamten im Lauf der Jahre eher zunehmend.

Obwohl die Untersuchung sich zeitlich auf die ersten vier Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts beschränkt, ergeben sich im Gefälle ihrer Resultate Einblicke auf die soziale Strukturierung der bundesrepublikanischen Konsumgesellschaft, in deren westlichen Teilen seit den 1950er Jahren traditionell "proletarische" Lebensführungsideale so überraschend lautlos weggebrochen sind und einer Gemengelage individuell gestimmter Lebensstile Entfaltungsraum gegeben haben. Erste Spuren dieses Prozesses sind bereits zu Beginn unseres Jahrhunderts festzustellen.

Summary

Private consumption has been considered in the past decades usually in regard to the income situation of individuals or families - the main question being 'How is consumption affected by income?'. This book follows a slightly different approach. Without ignoring the importance of income to consumption it stresses the interrelation of social status and consumption. The main interest is to establish the influence of social class on consumption within a stable income range. So far, this approach resumes a mode of analyzing economic phenomena from a sociological perspective not unusual in earlier German social research fallen into oblivion since the 1920's.

The *Berlin File of Household Budgets* is the data base which was created specially to this purpose. It comprises about 5,000 private household budgets originating from separately published sources, 1901 to 1937. The heads of the household are members of the lower and middle classes who lived in cities and small towns in the German *Reich*. All relevant details were entered including the occupation given of the head of the household which is considered as the main indicator of social class. The analysis proceeds in two steps. First a scheme of classes of blue and white collar labourers and civil servants was established. The names of occupation different for each household were standardized and fitted into the scheme of occupational classes (chapter 3). The expenses made in these classes for selected items of consumption were then compared using variance analysis and regression analysis methods (chapter 5). In two preliminary chapters (chapters 2 and 4) supplementary information is given. Chapter 6 contains additional information on the sources.

The results of the analysis partly contradict some widely held assumptions. Though starting off from the premise of the working class being highly differentiated almost nothing like this could be proved in terms of household consumption. In fact, blue-collar workers seem to have formed a class of its own with fairly consistent preferences for substantial food and pleasures of any kind, luxury food-stuff and entertainment, but very few education. As far as, on the contrary, white-collar employees and some ranks of the civil service are concerned there is, even with incomes being the same, a consumption pattern clearly opposite to the proletarian one, but full of variety and not easily to be characterized. Some speculative inferences about the emergence of post-war multiplicity of life-styles may be attached to these findings. Even in the first four decades of our century the working-class, at least so far as its life-style is concerned, seems to have been barren, un-flexible und clearly not responsive to the on-going process of social change.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit verdankt konzeptionelle Anstöße einigen Gesprächen, die ich mit Prof. Dr. Jürgen Kocka vor vielen Jahren in Bielefeld geführt habe. Hervorgegangen ist sie aus Dr. Reinhard Sprees Forschungsprojekt am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, Historisch-empirische Studien zu sozialisatorisch relevanten Dimensionen sozialer Ungleichheit in Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts. Er hat mir die ersten Hilfestellungen gegeben. Die Leitung des Max-Planck-Instituts hat mir aus diesem Projekt heraus die Dissertation ermöglicht. Großer Dank gebührt dem Verwaltungsleiter, Herrn Falk Fabich, der, wo er konnte, Widrigkeiten und Probleme für mich beseitigt hat, vor allem aber dem Direktor am Institut und Leiter des Forschungsbereichs Entwicklung und Sozialisation, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Edelstein. Mit ihm über mein Thema diskutierend, kam es vor, daß ich mich erst selber verstand. In den Zeiten von Depression und Entmutigung hat er mir väterliche Unterstützung zuteil werden lassen.

Die Datenerfassung erfolgte in den Jahren 1979 bis 1981. Die anschließende Formatierung der Rohdaten oblag Herrn Werner Grzesik am Max-Planck-Institut. Sie wurde 1983 beendet. Bei den Datenkorrekturen und -ergänzungen, die ich 1984 und 1985 durchführen konnte, und im Umgang mit der Rechenanlage waren mir Mitarbeiter der Abteilung EDV, vor allem Wolfgang Assmann und Peter Grund, sehr behilflich. Viele andere Kolleginnen und Kollegen haben durch ihre Einsatzbereitschaft meine Arbeit wesentlich erleichtert, besonders in der Abteilung Dokumentation des Max-Planck-Instituts, in der Druckerei und im Zentralen Schreibsekretariat. Frau Ilona Scholz hat sich unermüdlich um die Heranschaffung entlegenster Literatur gekümmert, wobei viele Institutionen ihre Bestände bereitwillig zur Verfügung gestellt haben (wie die Senatsbibliothek Berlin und die Stadtbibliothek Mönchengladbach). In den Händen von Frau Linda Büchner und Frau Waltraud Poppinga lag die Erstellung des maschinenschriftlichen Manuskripts. Sie haben mich auf manche Verbesserungsmöglichkeiten hingewiesen; bei ihnen herrschte immer ein angenehmes Arbeitsklima. Frau Erna Wurzenrainer hat all ihre Sorgfalt auf den mühevollen Druck vieler handgeschriebener Tabellen verwendet. Mein Hamburger Kollege Wolfgang Plum hat mir beim Satz der Arbeit wertvolle Tips gegeben.

Ich freue mich, daß ich in den letzten Jahren, die streckenweise durch Arbeitslosengeld und ABM-Anstellungen finanziert werden mußten, das liberale und kollegiale Klima des Arbeitsstabes von Prof. Dr. Dr.h.c. Klaus Zernack im Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität erleben durfte, so daß ich die Kraft fand, mein Manuskript endlich fertigzustellen. Das Dissertanden-Kolloquium von Prof. Dr. Hartmut Kaelble war ein glücklicher Ort für Kritik und Gespräch. Meine Kolleginnen und Kollegen dort haben meine Arbeitsschritte mit konstruktiver Kritik begleitet.

Gewidmet ist dieses Buch meinem Vater und meiner Freundin Roswitha. Der Verlust dieser beiden Menschen hat mich in unterschiedlicher Weise tief getroffen. Roswitha Schütt war für viele Jahre meine Gefährtin in der Arbeit und im Leben; ihr habe ich mehr zu verdanken, als ich ihr habe sagen können.

1 Einleitung

Soziale Ungleichheit und differentieller Konsum

"Soziale Ungleichheit" ist seit einigen Jahren zu einem Schlüsselbegriff der modernen deutschen Sozialgeschichte geworden. Die vorliegende Arbeit ist aus einem Forschungsprojekt hervorgegangen, dessen Ziel darin bestand, Determinanten sozialer Ungleichheit in Deutschland seit dem späten 19. Jahrhundert, soweit ihnen eine Relevanz für Gesundheit und Überleben von Kindern und ihre berufliche Entwicklung beigemessen werden konnte, zu rekonstruieren¹. Die terminologisch verfestigte Unterscheidung von ständischen und Klassenlagen sollte dabei zwar als erkenntnisleitende Ausgangsperspektive dienen, die nach Max Weber aber vielfach entstandene Trennung zwischen Analysen vorwiegend ökonomischer Funktionsprobleme, die auf Zusammenhänge der "Klassenlage" gerichtet wurden, und Auslegungen subjektiv-erfahrungsbetonter Deutungsmuster, die auf die Abschichtung von Stilen der Lebensführung zielten, vermieden werden.

Schon in *Wirtschaft und Gesellschaft*² sind Klasse und Stand nicht im Sinne objektiv-ökonomischer auf der einen Seite und subjektiv-psychologischer Gegebenheiten auf der anderen Seite säuberlich zu trennen. Die analytische Unterscheidung zwischen beiden Begriffen bleibt bei Weber verschwommen. Weber nannte *Klassenlage* die *typische Chance 1. der Güterversorgung, 2. der äußeren Lebensstellung, 3. des inneren Lebensschicksals*, die aus der Verfügungsgewalt über Güter und aus deren Verwertbarkeit folge. *Klassenlage* war mithin gleichzeitig ein psychologischer Begriff; denn Klassenlagen werden durch Gemeinschaftshandeln *zur Entstehung gebracht*. Gemeinschaftshandeln jedoch setzt offensichtlich Konsensbildung aufgrund intersubjektiv tatsächlich oder vorerst mindestens scheinbar zur Deckung gebrachter Einverständnisse voraus. Ein typisches Gemeinschaftshandeln Klassenzugehöriger, ein *Klassenhandeln*, folgt nicht - dies betonte Weber immer wieder - quasi gesetzmäßig aus der Art der Verfügung über sachlichen Besitz. Stellt diese Verfügungsgewalt

(oder das Fehlen einer solchen) allein schon *Lebenschancen* her, so bewirkt eine als ungleich oder ungerecht erlebte Polarisierung von Lebenschancen doch nicht umstandslos auf Ausgleich der Gegensätze gerichtetes Handeln der Betroffenen. Andererseits wird nicht ausgeschlossen, daß gemeinsame Klassenlage zu einem einheitlichen Lagebewußtsein durchschlägt. *Obwohl sich Klasse auf Unterscheidungskriterien von an den Markt gebundenen ökonomischen Interessen gründet, leugnete Weber nirgendwo, daß unter bestimmten gegebenen Umständen eine Klasse eine subjektiv bewußte "Gemeinschaft" sein kann.* Der Unterschied zwischen Klasse und Stand ist auch einer zwischen Produktion und Konsumtion. Während Klasse Beziehungen innerhalb der Produktion ausdrückt, drücken Stände Beziehungen innerhalb der Konsumtion aus, in der Form einer spezifisch gearteten "Lebensführung" ³.

Den Begriff *Lebensführung* entfaltete Weber in seiner Religionssoziologie genauer. Lebensführung bedeutete ihm der *Versuch der Systematisierung aller Lebensäußerungen, die Systematisierung des praktischen Handelns in Gestalt einer Orientierung an einheitlichen Werten.* Weber sprach in diesem Sinne auch von *Lebensgestaltung, Lebensmethodik* und von der *Stillierung des Lebens.* Beispiele dafür wären eine religiös fundierte Lebensführung, die ihr Selbstverständnis in der Gewißheit eines göttlichen Heilsplans findet, und in der profanen Welt - *grundlegendes Element alles mittelalterlichen westeuropäischen Adels* und geradezu Paradigma für diesen Begriff - die Orientierung an bestimmten traditionellen und durch entsprechende Sozialisation gefestigten Gesinnungen. Lebensführung setzt Anspruchsniveaus fest, Ideologische wie materielle. Im ständischen Ehrbegriff, im ritterlichen Spiel, im konventionellen "noblesse oblige" und in der ökonomischen Selbstverpflichtung, ein großes Haus zu führen, sah Weber Elemente eines integralen Typs von Lebensführung, der auch *politische und soziale Ideologien* selbstverständlich mit umfaßte.

Soziale Ungleichheit wurde in dem erwähnten Forschungsprojekt als eine mehrdimensionale Verteilung von Chancen gefaßt, und Chancen wurden an die Marktkapazität derer, die nichts anderes als ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen haben, geknüpft⁴. Marktrelevante Attribute der Arbeitskraft, die

Ihrem Besitzer Verwertungschancen eröffnen, sind erstens die formalen, durch Ausbildung erworbenen Qualifikationen. Es gehören zweitens aber außerdem eine Vielzahl anderer individueller Merkmale dazu. Unter diesen wurden spezifische Strategien der individuellen Reproduktion, die sich besonders stark auf die Verwertbarkeit der Arbeitskraft auswirken, ausgewählt: generatives Verhalten, Stabilität der Gesundheit und Reproduktion durch Konsum. Als Indikatoren für die erstgenannten Gegenstandsdimensionen wurden differentielle Kinderzahlen pro Ehe, differentielle Sterblichkeit (vor allem Säuglingssterblichkeit) sowie differentielle Muster der Ernährungsweise von Säuglingen und Kleinkindern untersucht. Für die letztgenannte Dimension galt es, differentielle Muster der Einkommensverwendung ins Auge zu fassen. Diese scheinen in erster Linie den schichtbildenden Strukturen sozialer Ungleichheit anzugehören⁵. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß Konsumverhalten nicht in derselben Weise wie die erstgenannten Indikatoren mit sozialer Ungleichheit zu verknüpfen ist. Einigen Problemen, die speziell diese Gegenstandsdimension aufwirft, wendet sich die vorliegende Arbeit zu.

Der folgende Abschnitt (1.1) legt theoretische Prämissen und die daraus sich ergebende Fragestellung dar. Abschnitt 1.2 gibt einen Überblick darüber, wie wir in den folgenden Kapiteln vorgehen werden, und spricht einige methodische Probleme an, die – so relevant sie sind – in der vorliegenden Arbeit nur reflektiert, aber nicht gelöst werden können.

1.1 Leitende Fragestellung

Wie hängen Lebenschancen, Lebensstil, Lebensführung und Konsum miteinander zusammen? Dies gründlich zu explizieren, wäre Aufgabe einer historisch rekonstruktiven Theorie der Lebensstandardforschung. Im Hinblick auf die Analyse differentiellen Konsumverhaltens müssen hier einige Andeutungen ausreichen. Die Stabilität der Gesundheit und die Art der Ernährung sind ausschlaggebende Faktoren für die Arbeitsfähigkeit des

Individuums und damit – in Max Webers Worten – für seine Klassenlage und generieren "Lebenschancen" im wörtlichen Sinne⁶. Während Gesundheit unmittelbar marktverwertbares Gut ist und obschon sich einige Stilelemente der Lebensführung, wie zum Beispiel schichtspezifische Formen des Umgangs, der Selbstdarstellung, der sozialen Aufgeschlossenheit und so weiter, auf den Marktwert der Arbeitskraft zweifellos auch direkt auswirken können, sind Konsumwahlen in erster Linie Ausdruck bestimmter Lebensstile und allenfalls indirekte Voraussetzungen der "Marktkapazität".

Als ein auch in Webers Sinn aussagekräftiger Indikator für Lebensstil untersuchen wir in vorliegender Arbeit gemeinsam geteilte Konsumpräferenzen bei abhängig Beschäftigten. Diese werden als Muster der Verteilung des Einkommens in Form von Ausgaben ("consumption frequencies") operationalisiert. Lebensstile sind also im Anschluß an Weber nicht soviel wie "Subkulturen" oder "Statusgruppen"⁷. Der Begriff "Lebensstil" impliziert nicht notwendig die konsensuell gefestigte Identität einer sozialen Gruppe, obwohl jede Subkultur über ihren Lebensstil verfügt, und er setzt nicht das Bewußtsein unterschiedlichen Prestiges, das Statusgruppen zusammenhält, voraus. Diese Unterscheidung kann an Statuszuschreibungen, die in der Konsumforschung geläufig sind, verdeutlicht werden: *A higher status group will thus consume more theater and ballet than a lower status group, but less bowling, more wine and liquor, and less beer. What distinguishes a status collectivity from other life-style collectivities is the degree of consensus in the prestige market concerning the ordering of values associated with these tastes.* Wenn aber mit dem Konsum von Wein oder Bier, obwohl in der Gesellschaft ungleich verteilt, Prestigefunktionen nicht wesentlich verbunden sind, wird man – statt von Statusgruppen – von unterschiedlichen Lebensstilen sprechen. Mit der Ungleichheitsdimension differentiellen Konsumverhaltens sind gewiß Prestigeabstufungen und nach sozialer Zugehörigkeit unterschiedlich ausgestaltete Wertvorstellungen verbunden; für die Kontrastanalyse differentiellen Konsums, die hier versucht wird, kann die Frage der Prestigehaltigkeit bestimmter Güter und Dienstleistungen allerdings nicht im Vordergrund stehen, obwohl sie, wenn aus der Überlieferung greifbar, berücksichtigt wird. Der "Lebensstil" ist für die vorliegende Arbeit eine "regulative Idee", aber kein Explanandum.

Hinter unserer Fragestellung steht die Annahme, daß die Strukturierung der deutschen Gesellschaft sich in Richtung auf ein Nebeneinander disparitärer Lebensstile - bis hin zu dem des *grenzüberschreitenden Gesamtkonsumenten* der 1990er Jahre - entwickelt habe. Aufgrund dieser Hypothese erscheint es plausibel, daß schon für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg das Bild relativ solide übereinander gefügter Schichten oder Klassen kein adäquates Beschreibungsmodell darstellt⁸. Eine historische Rekonstruktion der Grammatik von Lebensstilen⁹ geht natürlich über die hier gegebenen Möglichkeiten und benutzten Quellen weit hinaus.

Konsumwahlen stellen in einem spezifischen Sinn Lebenschancen her: es sind "Optionen", die die Verbraucher haben, das heißt Möglichkeiten begrenzter Wahl (*consumption choices*) in strukturierten Handlungsfeldern. Optionen sind *strukturelle Wahlmöglichkeiten, denen als Aktionen individuelle Wahlentscheidungen entsprechen* ¹⁰. So werden Konsumwahlen gesamtwirtschaftlich durch das zur Verfügung stehende Warenangebot, einzelwirtschaftlich, das heißt beim einzelnen Konsumenten, durch dessen Einkommensverhältnisse begrenzt. Innerhalb dieses Rahmens hat der Konsument relative Wahlmöglichkeiten, die unter anderem durch seine sozialen Zugehörigkeiten und Selbstdeutungen bestimmt werden. Sie nannte Dahrendorf "Ligaturen". *Vom Standpunkt des einzelnen stellen sich Ligaturen als Bezüge dar. Sie geben dem Ort, den er inne hat, Bedeutung.* Es ist die Funktion von Ligaturen, das Element des Sinns und der Verankerung, die Funktion von Optionen, das Ziel und den Horizont des Handelns zu betonen. *Ligaturen stiften Bezüge und damit die Fundamente des Handelns; Optionen verlangen Wahlentscheidungen und sind damit offen in die Zukunft.* Diese Bestimmung von Lebenschancen kommt den Eigentümlichkeiten des Konsumverhaltens entgegen. In unterschiedlichem Grad ist jedes Konsumverhalten sinnhaftes Verhalten, hat demonstrative und temporale Funktionen und ist in sozialen Bezügen verankert¹¹.

Dieser soziologisch-sozialhistorische Ansatz ist mithin schon begrifflich einerseits von dem der amtlichen Statistik und andererseits von dem der mikroökonomischen Forschung zu trennen. Die amtliche Konsumstatistik hat lange Zeit die Einnahmen und Ausgaben von privaten Haushalten zwar

genauestens registriert, mußte sich aber aufgrund fehlender gesellschaftswissenschaftlicher Kompetenz generalisierender Folgerungen enthalten. Gegenüber der stereotypen Formel, die Verbraucherhaushalte als die *Institutionen des "Privaten Verbrauchs"* ¹² zu bezeichnen, ist zu fragen, was am Verbrauch gesellschaftlich erzeugter und aufgrund sozialer Normen als notwendig geltender Güter und Dienstleistungen "privat" sein kann? In der ökonomischen Theorie des Haushalts andererseits gilt das Axiom, Nützlichkeit und Knappheit seien die Werte eines Gutes und bestimmten folglich den Konsum¹³. Genauer betrachtet sind diese Begriffe jedoch zu formal, als daß sie für die Beschreibung der sozialen Wirklichkeit des Verbrauchs taugen könnten. Erfahrungsgemäß bemühen sich viele Verbraucher um Waren und Dienstleistungen stärker, als es der Nützlichkeit, die diese für sie haben, entspricht; und in vielen Gütern, die knapp sind, sehen viele Verbraucher auch keinen Nutzen, mithin wenig Wert.

Am Begriff der Konsumwahl ist auch in Anbetracht materieller Knappheit festzuhalten. Freilich läßt sich sogar bezweifeln, ob ökonomischer Zwang überhaupt irgendwann soziale Einflüsse ganz ausschalten kann. *Schon auf der elementaren Ebene von Unterkunft, Nahrung und Bekleidung entscheidet vorwiegend die sozio-kulturelle Umwelt darüber, welche Konkretionen des Verhaltens zustande kommen* ¹⁴. Diese soziologische Position hat eine vielbeachtete Radikalisierung erfahren¹⁵, so daß das Gewicht der Einkommensverhältnisse vollends in den Hintergrund tritt. Als zentrale Kategorie wird vielmehr der Geschmack namhaft gemacht: – *der "Luxusgeschmack" so gut wie der "Notwendigkeitsgeschmack" oder die Entscheidung für das Unvermeidliche, und kein üppiges oder mäßiges Einkommen –, der die objektiv an die Finanzmittel angepaßten Praktiken bestimmt. [...] Der Geschmack bewirkt, daß man hat, was man mag, weil man mag, was man hat, nämlich die Eigenschaften und Merkmale, die einem de facto zugeteilt und durch Klassifikation de jure zugewiesen werden.*

Aus der Mannigfaltigkeit der sozialen Kontexte, in denen konsumtives Verhalten stattfindet, greift die vorliegende Arbeit einen heraus: die arbeits- und qualifikationsbezogene Sozialdifferenzierung. Konsumverhalten wird als eine Dimension gesellschaftlicher Differenzierung begriffen und in ein

mehrdimensional verstandenes Konzept sozialer Ungleichheit eingebettet¹⁶. Deshalb wird abkürzend von "differentiellem Konsum" gesprochen. *Soziale Ungleichheit - das meint zum einen, daß die sozial verteilbaren und sozial relevanten Lebenschancen und Lebensrisiken der verschiedensten Art - Eigentumsrechte, Konsumgüter, Macht, Gehorsam, Ansehen, Bildung, Gesundheitsgefahren, Mühsal etc. - auf die verschiedenen sozialen Positionen des gesellschaftlichen Gefüges - also etwa auf Berufspositionen oder Geschlechter oder Ämter - ungleich verteilt sind; soziale Ungleichheit meint zum anderen, daß die Chancen des Zugangs zu diesen verschiedenartig ausgestatteten Positionen ebenfalls ungleich verteilt sind.*

Die vorliegende Arbeit orientiert sich an diesem Konzept, kann aber insbesondere zu zwei damit verbundenen Aspekten keinen Beitrag leisten. Erstens bleibt der Aspekt der Einkommensverteilung ausgeklammert, obwohl die Möglichkeit des Zugangs zu Lebenschancen implizit in der Verfügung über Einkommen gegeben ist und in den Datenauswertungen des dritten Kapitels die Konsumausgaben zu den Haushaltseinkommen in Beziehung gesetzt werden. Zweitens werden in dieser Arbeit die Konstellationen von Statusinkonsistenz oder Statuskristallisation, die dadurch entstehen, daß jedes Individuum in den oben genannten Dimensionen gleichzeitig unterschiedliche Positionen einnehmen und diese mit der Zeit relativ unabhängig von anderen Dimensionen verändern kann, nicht behandelt¹⁷.

Von den drei Ansätzen, denen historische Ungleichheitsforschung im allgemeinen gefolgt ist, nämlich erstens der Frage nach Entstehung und Ausgleich von Konflikt zwischen sozialen Klassen, zweitens dem Konzept der Modernisierung der deutschen Gesellschaft und drittens dem Problem der Gradierungen sozialer Ungleichheit, wendet sich diese Arbeit dem letzten zu. Sie weitet den Begriff der sozialen Ungleichheit über die Behandlung von Problemen der Verteilung knapper Güter aus¹⁸, um sich folgenden Fragen zuzuwenden:

- Wie stellte sich die Klassenstrukturierung auf dem Feld der Erwerbsklassen im Übergang zum 20. Jahrhundert dar? Wie stark prägten sich in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts noch Binnendifferenzierungen in der Arbeiterklasse aus? Wohin tendierte die ent-

stehende Schicht angestellter Arbeitnehmer? Waren sie – was ihr Konsumverhalten betraf – zukünftige Mittelstandsbürger oder nichts als bessere Proletarier? Entsprachen den rechtlich festgeschriebenen Differenzierungen zwischen den Beamten jeweils auch differentielle Muster der Lebensführung? Stellten die Beamten eine in Konsumstil und Lebensführung homogene Gruppe, gar eine soziale Klasse sui generis dar?

- Wie stark ist – generell – zu Beginn unseres Jahrhunderts das Gewicht differentieller Muster der Lebensführung zu veranschlagen? Haben diesbezügliche Abstufungen, die für Gesellschaften ständischen Organisationstyps konstitutiv waren, unter der Signatur klassengesellschaftlicher Verkehrsformen abgenommen?

1.2 Gliederung und Methode

Die hier vorgelegte Untersuchung von Haushaltsrechnungen aus dem Deutschen Reich im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts betritt in zweierlei Hinsicht Neuland. Erstens haben wir Quellen, die – jede für sich – den Spezialisten seit längerem bekannt waren, in einem neuen Datensatz zusammengefaßt. Voraussetzung für die differentielle Konsumanalyse war die Aufstellung einer Berufsnamen-Liste, um für die Jahrzehnte um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert einige Tausend Berufsbezeichnungen unter Berücksichtigung statusmäßiger und berufsqualifikatorischer Gesichtspunkte zuvor definierten sozioprofessionellen Gruppen (Berufsgruppen) zuzuordnen. Dadurch stehen jetzt abgesicherte Eckdaten zu Fragen der historischen Haushaltsbudgetierung bereit. Wenn sich auch manche der hier versuchsweise durchgetesteten Klassifikationen als revisionsbedürftig erweisen dürften und der Datensatz durch einige Ergänzungen komplettierbar wäre, bieten sich jetzt Anhaltspunkte für weitere, vertiefende oder differenzierende Fragestellungen. Zweitens wollten wir versuchen, sowohl die Verhaftung der älteren Konsumstatistik in der schieren Registratur der quantitativen Gegebenheiten zu vermeiden als

auch – am spekulativen Ingenium mancher kulturphilosophischer Deutungen vorbei – Quantifizierung und Anschaulichkeit zu verbinden. Da wir uns außerdem auf theoretische Vorannahmen über die Abgrenzung der sozio-professionellen Gruppen stützen können, wurde der einfachen Tabellenexegese der Vorzug vor komplexeren Methoden der induktiven Datenanalyse¹⁹ gegeben.

Unsere Quellen sind 5.120 Jahresbudgets privater Haushalte. Sie verteilen sich auf den Zeitraum zwischen 1900 und 1940, allerdings nicht gleichmäßig. Vielmehr gibt es bemerkenswerte Häufungen in der Zeitspanne zwischen etwa 1907 und 1912, Ende der 19er Jahre und im Jahr 1937. Es war leider nicht möglich, im Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung alle Quellen, die zum Teil verstreut und – obwohl gedruckt veröffentlicht – manchmal schwer auffindbar waren, elektronisch zu erfassen. Übrig bleibt ein Rest von mindestens 30 Quellen mit insgesamt etwa 600 Einzelbudgets allein für den Zeitraum von etwa 1880 bis 1930. Vorwiegend sind das wenig umfangreiche Quellen für homogene Berufsgruppen (z.B. Arbeiter in einer bestimmten Stadt, nur Büroangestellte usw.), deren Qualität aber durchaus der jener großen Erhebungen, die in den Datensatz Berliner Gesamtbestand aufgenommen worden sind, gleichkommt. Einige wissenschaftsgeschichtliche Erläuterungen zu diesem Quellentyp privater häuslicher Anschreibungen werden in Kapitel 2 vorgetragen. Der Abschnitt 3 im Anhang (6.3) enthält genauere Angaben über Herkunft und Struktur jeder einzelnen Quelle des Berliner Gesamtbestandes.

Wir versuchen, Ebenen lebensstilrelevanter Differenzierungen innerhalb der Erwerbsklassen einzuziehen, und stellen den ausgeübten Beruf des Haushaltsvorstands als das gruppenbildende Kriterium in den Vordergrund. Im Beruf werden eine Reihe von Ressourcen wirksam, die direkt Thema der Ungleichheitsforschung sind, wie vom Individuum erworbene Leistungsqualifikation, betriebliche Position (Autonomie und Befugnisse am Arbeitsplatz) und Arbeitsplatzbedingungen. Der Stellenwert der Berufsvariablen wird in Abschnitt 1 von Kapitel 3 (3.1) diskutiert.

Das Arbeitskräfteangebot der Erwerbsklassen ist stark differenziert. *Es reicht von ungelernter Handarbeit über zahllose Zwischenstufen bis hin zu hochspezialisierten technischen Fähigkeiten und begehrten wissenschaftlichen Qualifikationen. In aller Regel ist mit diesen Unterschieden ein außerordentlich ungleiches Maß an Lebenschancen überhaupt, aber auch an Marktmacht verbunden.* Max Weber unterschied im Spektrum der Erwerbsklassen nur 2 bis 3 soziale Klassen: *Arbeiterschaft, besitzlose Intelligenz und Fachgeschultheit* sowie – cum grano salis – das *Kleinbürgertum*. Auf die Skala unterschiedlich stark "modernisierter" Einstellungen, auf der der differentielle Rückgang der Kinderzahl im Prozeß der Rationalisierung des generativen Verhaltens nachgewiesen werden konnte, wurde immerhin auf nicht weniger als 64 Berufsgruppen abgebildet!²⁰ Wir haben für die Analyse differentiellen Konsums indes 15 "Berufsgruppen" beziehungsweise – etwas genauer, aber umständlicher gesagt – "sozioprofessionelle Gruppen" gebildet. Diese Berufsgruppen sind nicht nur klassifikatorische Einheiten, sondern können auch als sozialhistorische Realien mit einer bestimmten Bewußtseinsformung gelten. Die Selbst- und Fremdeinschätzungen der Berufszugehörigen konnten für die Berufscodierungen, die in Abschnitt 2 von Kapitel 3 (3.2) dokumentiert sind, keinen Ausschlag geben; denn sie sind empirisch ungemein schwer zu fassen²¹ und können nur von Fall zu Fall, wo historisch belegt, bei der Beurteilung von Konsumausgaben eine Rolle spielen.

Die aufgrund der einzelnen Berufsbenennungen gebildeten Berufsgruppen dürften aus den genannten Gründen vielfach noch nicht trennscharf genug sein und trafen – wie sich im Laufe der Datenauswertungen herausstellte – die Realität gesellschaftlicher Differenzierung im Lichte des Konsumverhaltens nicht immer sehr zielsicher; hier wäre das enttäuschende, darin wiewohl aufschlußreiche Beispiel der sogenannten "Aufstiegsschicht" zu nennen (siehe unten Abschnitt 4.2, insbes. S. 219 und Anm. 55). Bei dem allgemein wenig elaborierten Kenntnisstand bezüglich differentiellen Konsumverhaltens²² mußten unsere Versuche sozioprofessioneller Aggregation fast zwangsläufig vielfach explorativen Charakter haben. Schon um des Anschlusses an die Terminologie der amtlichen Statistik willen sollte keine, durch unsere Daten belegbare soziale Berufsstellungsgruppe²³ von

vornherein ausgeschlossen bleiben. Gleichzeitig sollten sich die zu bildenden sozioprofessionellen Gruppen möglichst mit Bevölkerungsgruppen, denen aus der Sicht der sozialgeschichtlichen Forschung eine historische und kulturelle Identität zukommt, decken. Deswegen haben wir auf bestimmte Kategorien von Arbeitern, gelernte und ungelernte, handwerklich-traditionelle und fabrik-industrielle, und Beamte in den drei bekannten Laufbahnen, darunter speziell die Lehrer, besonders geachtet. Das Muster der zugrunde gelegten sozioprofessionellen Gruppen wird genauer in Kapitel 4 erläutert. Dieses deduktive Vorgehen erleichtert es, die Schlußfolgerungen aus der Differentialanalyse des Konsumverhaltens an den Stand der historischen Ungleichheitsforschung anzukoppeln. Diesem Vorteil steht freilich als möglicher Nachteil gegenüber, daß Strukturierungen im Raum der Erwerbsklassen nur deshalb übersehen werden, weil für sie noch keine Begriffsnamen geprägt worden sind²⁴.

Mit der Festlegung der Berufsgruppen wird - wie mit allen Definitionen von Variablen und Begriffen - eine nicht unerhebliche Vorentscheidung für das Auswertungsergebnis getroffen, mit der Auswahl der Bedarfsposten des Budgets eine weitere. Hierbei standen zwei Alternativen zur Wahl: entweder sich auf einen einzigen Posten wie Nahrung oder Kleidung zu konzentrieren und die Ausgaben dafür unter Hinzuziehung verschiedenartiger anderer Quellen bis in alle Einzelheiten zu diskutieren und auszudeuten, oder unter weitgehender Beschränkung auf den Quellenbestand Haushaltsrechnungen zu versuchen, die Ausgaben für mehrere Gruppen von Gütern und Dienstleistungen unterschiedlicher Art in einem Zusammenhang zu sehen, der Aufschlüsse über sozial interpretable Konsummuster versprach. Die erste Variante hätte in Richtung traditioneller mikroökonomischer Studien gewiesen, die typischerweise die Einkommensabhängigkeit des Verbrauchs einzelner Produkte isoliert untersuchen. Aufgrund des gewählten Ansatzes kam nur die zweite Möglichkeit, der Versuch, Muster des Verbrauchs in mehreren Sektoren des Haushaltsbudgets festzustellen, in Betracht. Die Auswahl der Güter und Dienstleistungen wird in der Einleitung zu Kapitel 5 erläutert. Konsumwahlen stellen Entscheidungen, die in einem sozialen Kontext getroffen werden, dar. Mit unserem sozialhistorisch-rekonstruktiven Ansatz tritt das ökonomisch-modelltheoretische Interesse,

welches auf das Wechselspiel von Einkommens- und Ausgabenänderungen blickt, in den Hintergrund. Deswegen wird in Kapitel 5 auf die Opposition von vegetabilischen und animalischen Ernährungsteilen, an der immer und immer wieder das "Engelsche Gesetz" erprobt worden ist, nicht eingegangen. Statt dessen werden eingangs einige spezielle Nahrungskomponenten, von denen aufgrund sozialhistorischer Forschungen vermutet werden kann, daß sie differentiell bedeutsam sind, untersucht. Weiterhin kann als gesichert gelten, daß eine pauschalisierte Budgetposition "Wohnungsausgaben" keine sinnvolle Kategorie darstellt. Auch in der Zusammenfassung der Kosten von Heizung und Licht vermischen sich zu unterschiedliche Faktoren. Allerdings verzeichnen nur wenige unserer elektronisch erfaßten Quellen diese Ausgabenposten einzeln. Zwei Unterposten der wohnungsbezogenen Ausgaben sind jedoch empirisch faßbar und konsumsoziologisch sinnvoll. Folgt man der älteren Konsumtheorie, so kommt erstens in der Entscheidung zu Mietzahlungen in bestimmter Höhe besonders unmittelbar eine individuelle Urteilskompetenz, die zwischen ökonomischen *constraints* und sozialen *opportunities* eine konsumtiv wirksame Lösung finden muß, zum Tragen. Die Ausgaben für die Miete dürften anderen Richtlinien folgen als zweitens die Anschaffungen von Hausrat. Diese Kosten sollen deswegen jenen Ausgaben gegenübergestellt werden. Das Angebot an Waren der Haushaltsausstattung war in Kaiserreich und Zwischenkriegszeit preislich differenziert genug, aber noch nicht gleichzeitig so stark modisch diversifiziert, daß die monetäre Größe der diesbezüglichen Ausgaben nicht als Indikator, wenn auch als grober, für Ausstattungsniveaus dienen könnte. Die persönliche Ausstattung vor allem in Form von Kleidung und Wäsche ist in der Summe der zahlreichen älteren Budgetstudien besonders schwer greifbar geblieben. Zum großen Teil lag das an der unklaren Definition dieses Ausgabenpostens. In Kapitel 5 werden wir uns - drittens - mit den Ausgaben für, wie manche Budgetforscher terminologisch abgrenzten, "Nettokleidung" beschäftigen, also mit den Anschaffungskosten für wirkliche Kleidungsstücke und nicht mit denen für alle andere Haushaltswäsche und sonstige Textilien. An die ältere Konsumforschung anknüpfend, wird versucht werden, die Ausgaben für Kleidung nicht nur nach Berufsgruppen zu unterscheiden, sondern auch nach der Zugehörigkeit zu Gewerbezweigen und Dienstleistungsbereichen. Schließlich wird bei diesen Ausgaben

konsequenter, als das früher getan wurde, auf die Haushaltsgröße geachtet werden müssen. Es gibt - viertens - Hinweise darauf, daß sich in der Bedarfsgruppe "Sonstiges" eine Reihe von sozioprofessionellen Differenzen substantialisierten. Kapitel 5 greift aus diesem zu Unrecht als Restkategorie mißdeuteten Sammelposten drei Unterkonten auf: Zukunftsvorsorge, Bildung und Unterhaltung. Besonders die letzten beiden sind immer schon aufmerksam beobachtet worden, weil die Rolle der Ausgaben für intellektuelle Bedürfnisse bei den Angehörigen der bürgerlichen Schichten einen hohen ideologischen Stellenwert besaß. In Abschnitt 2 von Kapitel 5 (5.2), dem Kernstück dieser Arbeit, wird an diesen Bedarfsposten der differentielle Konsum der zuvor definierten Berufsgruppen dargestellt. Um dabei eine strukturelle Vergleichsperspektive von vornherein zur Geltung zu bringen, sind die genannten Ausgabeposten so zueinander angeordnet, daß sie unter bestimmten Gesichtspunkten Oppositionen zueinander bilden.

Konsummuster werden als Konstruktionen aus rückschauender Deutung, mit denen gleichwohl realhistorische Gegebenheiten greifbar werden, aufgefaßt. Insofern hängt es von den jeweiligen theoretischen Vorgaben ab, was als Konsummuster formalisiert werden kann. Als "Muster" sollen Strukturen von Merkmalsausprägungen gelten, wobei die Merkmalsausprägungen als die Ausgaben, die ein Haushalt für bestimmte Posten seiner Konsumrechnung macht, operationalisiert werden können²⁵. Der Begriff des Musters wird mit unterschiedlichen Reichweiten verwendet. In der Zusammenfassung der Ergebnisse (Abschnitt 5.3) wird in umfassendem, stark generalisierendem Sinn von "proletarischem" und "bürgerlichem" Konsummuster gesprochen. Sonst ist daneben des öfteren auch von speziellen Konsummustern, je nach dem, auf welche Ausgabenpositionen der Haushaltsrechnung abgehoben wird, die Rede. Mit dem Begriff des Musters ist die Vorstellung von einem "typischen" Konsumverhalten verbunden. Einen Typus hat einer der alten Konsumtheoretiker als *ein funktionell konstantes Verhalten auch verschiedenen veranlagter Personen bei ganz bestimmten aufwandswirtschaftlichen Entscheidungen* bezeichnet. Dem ist zuzustimmen, insofern es sich bei Konsummustern, so sehr sie *geschmackliche* Optionen darstellen, doch stets um sehr funktionales Verhalten handelt. Eben darum existiert ein Typus nicht lediglich als ein statistisches Phantom²⁶. Für ein Konsummuster sind

empirische Regelmäßigkeiten gewiß konstitutiv; gleichzeitig ist es mehr als die Summe korrelativer Beziehungen.

Zwei Probleme sind es vor allem, denen sich der Einsatz privater Haushaltsrechnungen in der historischen Forschung gegenüber sieht, ein Problem der Repräsentativität und ein Problem der Validität der Quelle. Damit, daß unsere Daten nicht aus echten Längsschnitterhebungen stammen, stellt sich verschärft das Problem der Repräsentativität, und zwar in drei Bedeutungen. Meistens wird zu Bedenken gegeben, daß die buchführenden Haushalte nicht repräsentativ für die Reichsbevölkerung gewesen seien²⁷. Dieser Einwand ist zunächst nicht bestreitbar. Freilich setzt er einen Repräsentativitätsbegriff und einen Quantifizierungsanspruch voraus, der historischen Quellen im allgemeinen und unseren Haushaltsrechnungen im besonderen nicht gerecht wird. Der Maßstab für ganze Bevölkerungen "repräsentativ" quantifizierbarer Erkenntnisse ist nur im Zeitalter repräsentativer Meinungsumfragen angemessen. Der zweite Aspekt dieses Problems besteht darin, daß die personelle Zusammensetzung der Quellen über den 30jährigen Untersuchungszeitraum variiert. Die für die Anschreibung gewonnenen Haushalte waren jeweils andere. Nicht-Identität der Haushalte besteht nicht nur über die lange Zeit; zu einer Fehlerquelle kann auch die Verknüpfung nicht-identischer Haushalte zum selben Zeitpunkt werden, die die Logik des Variablen28 mit sich bringt²⁹.

Das zweite Problem, dem sich jede Interpretation konsumstatistischer Befunde ausgesetzt sieht, ist ein Problem der Strukturübergänge. Dieses Problem tritt in zwei Formen auf.

- Erstens stellt sich die Frage der Abgrenzung von Strukturen gegeneinander: Wann soll man ein Muster als dem anderen "ähnlich" bezeichnen? Für diese Frage kann hier keine generell befriedigende Lösung angeboten werden. Es sollte wohl zweigleisig argumentiert und die Differenz von Strukturen vor allem kraft historischen Urteils, welches auch andere Evidenzen als nur mikroökonomische zuläßt, ausgemessen werden. Durch eine solche "Triangulation" hätten die Auslegungen in Abschnitt 5.2 ohne Zweifel weiter verdichtet werden können. In diesem Abschnitt wurden statistische Tests als "Sensibilitätsprüfungen" eingesetzt.

- Statistische Signifikanz kann jedoch – das ist stets im Auge zu behalten – nur als Entscheidungshilfe dienen; historisches Urteilen muß frei sein, an dem festzuhalten, was statistisch keine Geltung beanspruchen kann.
- Gegen Haushaltsrechnungen wird zweitens häufig ins Feld geführt, daß von den Quantitäten der Geldmengen nicht auf die Qualitäten von Lebensstilen rückzuschließen sei. Es wird also argumentiert, daß hier inkompatible Strukturen vorliegen. Dieser Einwand ist ernst zu nehmen³⁰. Zunächst bedürfte es allerdings genauerer Nachprüfung, wie zahlreich die Waren sind, wo derselbe Geldbetrag wirklich die Wahl eröffnet, etwas mehr von einer minderen Qualität oder etwas weniger von einer besseren zu kaufen, so daß aus dem Widerspiel von Quantität und Qualität ein Nullsummenspiel wird. Der Kern des Arguments liegt in der intuitiven Prämisse, die den Haushalten, die für einen bestimmten Geldbetrag weniger Ware (wenngleich bessere) bekommen, ein höheres Konsumprestige, und jenen anderen, die für denselben Betrag mehr, aber vorgeblich schlechtere Ware einkaufen, ein geringeres Konsumprestige zuschreibt. Wenn eine solche Option vorliegt, wird nun offenbar befürchtet, daß die monetäre Bilanzierung diese vermeintliche Ungleichheit nicht erkennt. Wir machen hingegen diese Vorannahmen gar nicht und betrachten es als konsumsozial durchaus von Belang, wieviel ein Haushalt überhaupt für ein bestimmtes Konsumgut auszugeben bereit ist.

Allerdings sollten Haushaltsrechnungen nicht mit dem Anspruch, Lebensstile ausschließlich und erschöpfend sichtbar werden zu lassen, befrachtet werden. Die Rekonstruktion von Lebensstilen – und damit kommen wir auf die Ausgangsfragestellung und auf Max Weber zurück – bedarf des Zugangs von vielen Seiten und des Einsatzes unterschiedlicher Quellen. Auf langen Strecken, Durststrecken sowohl für den Forscher als auch für den Leser, sperrt sie sich gegen narrative Elemente. Dies ist ein bedauerliches Merkmal neuerer gesellschaftswissenschaftlicher Fachliteratur, die dem Publikum die Wonnen historischen Erzählens nicht gönnt. Die modernen Geschichts- und Sozialwissenschaften sind auf methodische Diskursivität angelegt und bemühen sich um rationale Konstruktion ihres Gegenstandes. Dieser wird, um Kritik schon durchs Verfahren zu garantieren, zerlegt und zergliedert, was als positiv im Hinblick auf wissen-

schaftliche Nachprüfbarkeit und Innovation zu bewerten ist, sich aber nachteilig auf die Vermittlung der Inhalte und die Lesbarkeit von Texten auswirkt. Auch die vorliegende Arbeit ist – darin wirklich materialienartig – nur ein spezialiserter Mitläufer in dem breiten Strom der Lebensstilforschung, und dazu noch einer, der nach den frühesten Spuren der Partikularisierung unserer Gesellschaft sucht. Daß die hier vorgestellten Ergebnisse danach rufen, in die Geschichte der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter, der Bürger und Kleinbürger, der Angestellten, der Beamten, in ihre Familien- und Kulturgeschichte eingefügt (und an dieser korrigiert) zu werden, liegt auf der Hand. Indes wäre es hypertroph gewesen, dies alles hier auch noch zu versuchen. Es ist zu hoffen, daß einige Spezialisten mit dem einen oder anderen Befund etwas anfangen können und daß sich daraus in Zukunft eine historische Darstellung der Anfänge unserer Moderne erarbeiten läßt.

2 Zum Stand der Beforschung von Haushaltsrechnungen

Haushaltsbudgets, die Aufzeichnungen privater Haushalte über ihre täglichen Einnahmen und Ausgaben, waren für die Sozialstatistik des späten 19. Jahrhunderts eine selbstverständliche Quellengattung, häufig angesprochen und in ihrem Wert grundsätzlich unbestritten. Das Umgehen mit dieser Quelle implizierte in besonderer Schärfe eine immer noch aktuelle Paradoxie, zu der die mikroökonomische Wissenschaft im Laufe der Zeit eine zwiespältige Haltung einnahm. Bestehend aus individuellen Daten und individuumsbezogenen Relationen, sollte das Budget des privaten Haushalts, *durch seine Verteilung kennzeichnendes Merkmal für das Wesen des einzelnen Menschen* – wie es Jaspers beiläufig notierte, Allgemeines sichtbar werden lassen, womöglich das Individuelle in der Masse darstellen. *Was der Mensch sei, wird sichtbar in dem, [...] was gekauft wird, was genossen wird. [...] Wofür man Geld hat, und wofür man es nicht hat, das läßt bei Kenntnis der zur Verfügung stehenden Gesamtmittel einen Schluß auf das Wesen des Menschen zu*¹.

Die Geschichte der älteren mikroökonomischen Sozialforschung, die sich weniger als Ökonomie denn als Teil einer Wissenschaft von der Gesellschaft empfand, kann hier nicht aufgerollt werden². In der deutschen Geschichtswissenschaft haben Haushaltsrechnungen erst seit relativ kurzer Zeit wieder verstärkt Beachtung gefunden³. In den 1970er Jahren assoziierte man mit dieser Quellengattung noch vorwiegend Arbeitergeschichte: *Eine der aussagekräftigsten Quellenarten für auch quantitative Analysen der stark voneinander differierenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterfamilien und für den Vergleich ihrer Lebenshaltung mit der von Familien anderer sozialer Schichten stellen die auf fortlaufenden Aufzeichnungen von Einnahmen und Ausgaben in einem Jahr beruhenden Haushaltsrechnungen dar*⁴. Allerdings wurden diese Quellen vorwiegend illustrativ und als empirische Versatzstücke benutzt⁵. Im übrigen traf

Borchardts Wahrnehmung Mitte der 1970er Jahre die damalige Forschungslage genau⁶: *Das Strukturbild des privaten Verbrauchs müßte im einzelnen noch viel differenzierter gezeichnet werden, um den sozialökonomischen Wandel des Verbrauchs so weit sichtbar zu machen, daß er mit den individuellen Zeugnissen der Zeit über die Veränderungen der Lebenslagen in Beziehung gebracht werden könnte.*

In diesem Kapitel können, quellenkritisch, zunächst nur cursorische Bemerkungen zum geschichtlichen Entstehungszusammenhang und zum benutzerrelevanten Interessenumfeld dieser Quellengattung gemacht werden⁷. Danach wird etwas über die wenigen neueren Studien, die sich der Haushaltsrechnungen als hauptsächlicher Quellenbasis bedienen, zu sagen sein.

2.1 Probleme des Zeitvergleichs

Die leitenden Fragen aus Abschnitt 1 von Kapitel 1 implizieren Trendausagen längerer zeitlicher Erstreckung. Um Trends mit einiger Sicherheit festzustellen, ist indes ein Zeitraum von drei Jahrzehnten, wie ihn unsere Quellen übergreifen, knapp bemessen. Es ergeben sich mit der verlaufsinterpretatorischen Verknüpfung zweier beziehungsweise dreier Zeitschnitte Probleme, die in dieser Arbeit nicht oder nur unbefriedigend bewältigt werden konnten. Ohne Zweifel hätten die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einschließlich der Preisbewegungen genauer ausbuchstabiert werden müssen, als das hier möglich war. Allerdings läßt der Stand unserer Kenntnis über Preise und Löhne noch immer zu wünschen übrig. In der Literatur soll gerade der mehr oder weniger zufallsgesteuerte Griff zu Haushaltsrechnungen solche Daten ersetzen helfen⁸. Die Hoffmannschen Reihen, die auf ziemlich lückenhaftem Quellenmaterial beruhen und mit großen Unsicherheiten behaftet sind, haben höchstens rahmeninformativen Wert. Stark aggregiert, wie sie sind, werfen sie nur wenig erhellendes Licht auf unsere mikrostrukturellen Budgetdaten. Die Preisentwicklung verlief in den großen Bedarfsgruppen sehr unter-

Preisentwicklung 1900 bis 1937,
Indizes 1913=100

Jahr	Nahrungsmittel	Wohnung (Miete)	Bekleidung, textiler Hausrat, Lederwaren	privater Verbrauch insgesamt
1900	80,4	83,1	92,7	84,4
1907	90,9	89,3	96,5	92,0
1913	100	100	100	100
1927	145,2	115,1	158,6	148,0
1937	109,9	121,3	125,7	121,6

Quelle: Hoffmann u. a., Wachstum (1965), S. 600f.

schiedlich. So fallen die Schwankungen in der aggregierten Reihe der Nahrungsmittelpreise und in der Reihe für Bekleidung, Lederwaren und Haushaltstextilien heftiger aus als in der Reihe der Wohnungsmiete. Alle Reihen zeigen indes, daß mit dem Ende der 1920er Jahre ein Preishöchststand erreicht war. Dem entsprach ein erhöhtes Niveau der Nominaleinkommen. Die Masse unserer Haushaltsrechnungen verteilt sich auf die Jahre um 1907 und um 1927 und somit auf Konjunkturphasen entgegengesetzten Charakters. Die

Einkommensentwicklung 1900 bis 1937,
in Mark bzw. RM

Jahr	Jährliche Barlöhne, Arbeiter in Bergbau und Salinen	Jährliche Arbeitseinkommen, Industrie und Handwerk ^a
1900	1.173	843
1907	1.356	1.018
1913	1.496	1.163
1927	2.142	1.854
1937	2.099	1.811

a ohne Berücksichtigung der höheren Einkommen der Angestellten.

Quelle: Hoffmann u. a., Wachstum (1965), S. 461 und 470 f.

Erhebungen von Haushaltsrechnungen in der späten Kaiserzeit fanden in der Phase konjunkturellen Aufschwungs nach den Jahren der Depression 1873-1896 statt. Diese Aufschwungphase, die 1901/02 und 1908/09 durch kurze Konjunktüreintrüche gestört wurde, belastete die privaten Budgets

durch einen allgemeinen Preisanstieg, mit dem der Anstieg der Löhne nicht immer Schritt hielt. Die Lebenshaltungskosten explodierten zwischen 1900 und 1912 um etwa 30 %, verstärkt ab 1904⁹. Der Anstieg der Kosten für die Ernährung einer "durchschnittlichen" Arbeiterfamilie zwischen 1890 und 1912 wurde auf mindestens 200 Mark geschätzt, der der Mieten auf 50 Mark. Besonders kräftig fielen die Preissteigerungen bei Fleisch (knapp 40 %) und bei Milch (knapp 50 %), moderat bei Kartoffeln (2 %) aus¹⁰. Kurz vor der ersten reichsamtlichen Erhebung von Haushaltsrechnungen, im Jahre 1906 wurden die Zölle des Tarifs von 1902 ein weiteres Mal erhöht¹¹, was sich nachteilig auf die Versorgung mit Fleisch und Brot auswirkte. Als besonders einschneidend empfand die Bevölkerung offenbar das Jahr 1908. *Der Lohn des deutschen Arbeiters ist in den letzten Jahrzehnten beträchtlich gestiegen [...] Um so empfindlicher berührte den Arbeiter das Einsetzen der Teuerung. Während er vor - sagen wir - 1908 aus erklärlichen Gründen völlig zufrieden war mit der auf die Kaufkraft des Lohnes keine Rücksicht nehmenden Nominallohnpolitik, brachte ihm die Teuerung schmerzende Veränderungen des Reallohnes ins Bewußtsein*¹². Nicht nur Funktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bezeichneten das Jahr 1908 unumwunden als "Hungerjahr"¹³. Als Folge der langjährigen Preissteigerungen ergaben sich besonders bei unteren und mittleren Beamten ökonomische Engpässe, die als Notlagen erfahren wurden. Deshalb wurde - im Vorgriff auf die zum 1.4.1908 geplante Besoldungsneuregelung - bereits im Jahre 1907 eine außerordentliche Zulage gewährt (für untere Beamte 100 Mark, für mittlere Beamte mindestens 150 Mark)¹⁴. Trendmäßig lagen die Verhältnisse zur Zeit der zweiten Erhebung von Haushaltsrechnungen im Deutschen Reich anders.

Nach dem Zusammenbruch des Ersten Weltkriegs, dem Chaos der Inflation und der Stabilisierungskrise von 1925/26 wurde im Zeitraum 1928/29 das Wohlstandsniveau von 1913 wieder erreicht (reales Volkseinkommen pro Kopf 1913 = 100, 1928 = 98). Die elf Monate seit März 1927 markieren den Höhepunkt der Konjunktur der Weimarer Republik mit erheblich entspannter Lage am Arbeitsmarkt. 1927 war ein Prosperitätsjahr und 1928 das letzte depressionsfreie Jahr der Weimarer Republik. Auch in anderen Staaten Europas kündigte sich die Entfaltung einer modernen Konsumgesellschaft

an: mehr Geld für Freizeit und Urlaub, modische Neuheiten in der Konfektion, wachsende Ressourcen auch bei den unteren Volksklassen und eine "weiterhin" abwechslungsreiche Ernährung¹⁵. Die nächste und letzte Erhebung von Haushaltsrechnungen fand 1937 statt (unsere Quelle 6). In diesen zehn Jahren erholten sich die Einkommen nach den Einbußen Anfang der 1930er Jahre wieder. Das Einkommensniveau für beschäftigte Arbeiter und Angestellte 1928 scheint nicht eher als 1937 wieder erreicht worden zu sein¹⁶. Auch der Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungsmitteln nahm wieder zu, mäßig bei den Grundnahrungsmitteln (Mehl, Kartoffeln, Fleisch, Fett 1 bis 3 %), stärker bei hochwertigeren Produkten (Südfrüchte 25 %, Eier 14 %, Kaffee 10 %)¹⁷. Wir können also festhalten, daß die Privathaushalte um 1907/08 und 1927/28 ebenso wie 1937 von verschiedenen Perspektiven der Erfahrung mit Wirtschaft und Wohlfahrt aus budgetiert haben dürften.

Der intertemporale Vergleich der Vorkriegs- und der Zwischenkriegszeit wird durch eine Reihe von Determinanten des Verbraucherverhaltens, deren Einfluß kaum abzuschätzen ist, erschwert. Hier ist an erster Stelle das Problem der relativen Warenpreise zu nennen. Wir gehen davon aus, daß die Bedarfsgruppen, die in Kapitel 5 ausgewählt wurden, entweder umfassend genug (z.B. Hausrat) oder so speziell (z.B. Miete) sind, daß Substitutionseffekte nicht auftreten konnten oder sich gegenseitig innerhalb dieser Bedarfsgruppen kompensierten; Substitution *z w i s c h e n* diesen Bedarfsgruppen erscheint als sehr unwahrscheinlich - infolge von Veränderungen der Preisstruktur wird die Miete schwerlich gegen die Anschaffung eines Buffets substituiert worden sein. Durch Modewellen induzierter Wandel von Konsumneigungen der Verbraucher ist nicht auszuschließen; dem Autor sind aber keine verwertbaren Arbeiten dazu bekannt. Ein weiteres Problem war im Rahmen dieser Untersuchung nicht zu bewältigen, daß sich nämlich auch qualitative Veränderungen im Warenangebot auf die Struktur des Haushaltsbudgets ausgewirkt haben können. Es erscheint allerdings fraglich, ob die sozioprofessionellen Distanzen zwischen den Klassen dadurch haben nachhaltig verzerrt werden können.

Haushaltsrechnungen, die ein Jahr lang geführt sind, halten einmalige ökonomische Entscheidungen beziehungsweise Ereignisse fest; "einmalig"

Ist in diesem Sinn auch die über Monate sich erstreckende Regelmäßigkeit von Zahlungen wie zum Beispiel Miete in gleichbleibender Höhe. Denn im vorhergegangenen, nicht dokumentierten Jahr kann die Miete eine andere gewesen sein, im darauffolgenden wird sie möglicherweise eine andere werden. Selbst die Spanne eines ganzen Jahres reicht im allgemeinen nicht aus, um das Verhalten eines Haushalts in seinen veränderlichen und seinen stabilen Momenten zu beobachten. Untersuchungen des privaten Verbrauchs aufgrund von Haushaltsrechnungen sind zunächst immer Querschnittsanalysen und erlauben lediglich den Vergleich von Konsummustern zwischen sozialen Gruppen, nicht aber die Analyse von Entwicklung und Veränderung von Konsummustern innerhalb einer sozialen Gruppe über längere Zeit. Es gibt nur wenige Anschreibungen von Haushalten in gleichbleibender Qualität über mehrere Jahre hinweg.

Aussagen mit längerer Perspektive – besonders aus dem Blickwinkel modernisierungstheoretischer Ansätze – sind nicht nur wegen der Kürze unseres Berichtszeitraumes problematisch, sondern auch, weil sich die meisten der von den Haushalten angeschriebenen Ausgabenposten für solche Auslegungen nicht eignen. Was "modern" heißen kann, liegt im Fall von Hygiene-Indikatoren, von denen einige für die private Konsumrechnung durchaus relevant sein mögen, auf der Hand: geringe Sterblichkeit, langes Leben, wenig Krankheit. Für die Charakterisierung des Nahrungskonsums im 19. und 20. Jahrhundert ist die Antwort schon nicht mehr so einfach. Hier mag eine Zurechnung des Merkmals Modernität/Traditionalität aus dem säkularen Strukturwandel der Ernährung seit dem Mittelalter gewonnen werden können¹⁸. Demnach müßte als "traditional" die für Agrargesellschaften typische cerealienhaltige Ernährung, als "modern" hingegen die Ernährungsweise mit wachsenden Anteilen von Fisch und Fleisch, Molkereiprodukten, Süßigkeiten und Kuchen gelten. In der Regel wird der Komplex von städtischer Lebensweise, tertiärem Konsum (Freizeit, Urlaub, Inanspruchnahme medizinischer Dienstleistungen) und überhaupt die kontinuierliche Erhöhung der Konsumausgaben in der wachsenden Wirtschaft, die Verbesserung der Qualitäten und eine stärkere Variation der Produkte als "modern" bezeichnet. Die Quellengattung private Haushaltsrechnungen kann jedoch im allgemeinen weder langfristigen Wandel von Mentalitäten

noch qualitative Veränderungen im Konsum belegen. Deshalb spielt das Konzept der Modernisierung in unserer Arbeit höchstens eine marginale Rolle¹⁹. Sie beschränkt sich auf eine Rekalkulation historischer Massenerhebungen von Haushaltsrechnungen, so wie sie erst durch die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in die geschichtswissenschaftliche Forschung möglich geworden ist.

2.2 "Privatwirtschaftsstatistik" – die ältere Forschung

Zum Gegenstand der Wissenschaft machte den privaten Verbrauch erstmals die englische Politische Arithmetik. So versuchte ein Gregory King, den Verbrauch von Fleisch und Bier als Wohlfahrtsindikator zu verwenden und einen Ländervergleich des Lebensstandards auf Daten über die realisierten Ausgaben für Nahrungsmittel zu stützen²⁰. In Deutschland dagegen nutzten gesamtwirtschaftliche Berechnungen von Einkommen oder Verbrauch (z.B. bei Dieterici) traditionellerweise und weiterhin nicht einzelwirtschaftliche Daten, sondern Angaben aus Steuerlisten, Import- und Exportstatistiken usw.²¹

Die Privatwirtschaftsstatistik um die Jahrhundertwende und in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts war zwar empirisch gut unterrichtet, aber theoretisch unambitiös; ihre Querschnittsuntersuchungen betrafen Fragen des Wandels von Konsumverhalten und Konsummustern nicht, aber sie beschrieben die Konsumausgaben detailliert mindestens als Funktion der Einkommenssituation. Ganz anders kulturphilosophische Orientierungsversuche, die zur gleichen Zeit im Schwange waren; sie thematisierten in angeregter Weise den Wandel der mentalen Großklimata, waren empirisch aber wenig fundiert. Soziale Differenzen im Konsum wurden empirisch kaum berücksichtigt – höchstens in Form der Distanzbestimmung zwischen Arbeitern und Beamten. In der Konsumstatistik der 1950er Jahre weichte das statische Bild von unbewegt einander gegenüberstehenden Typen einkommensmäßig oder schichtsozial determinierten Konsums auf. Die Vorstellung

vom "Strukturwandel des Konsums" zwang die Ökonomie des privaten Haushalts in eine geschichtliche Bewegung, relativierte die Geltung vergangener Verhältnisse, knüpfte diese an die Strukturen der gegenwärtigen Gesellschaft und spürte nach Entwicklungstendenzen für die Zukunft. An das, was damals rudimentär, aber mit empirischer Rückendeckung vorge-dacht war, schloß - freilich weitgehend ohne explizite Bezugnahme - seit den 1970er Jahren die explosiv sich ausweitende Diskussion zu Wertwandel und "nachindustrieller" Gesellschaft an. Anders als in den augenblicklich heftig debattierten Fragen zur Pluralität von Lebensstilen fehlte dem Strukturwandel-Ansatz der frühen Jahre allerdings die Dimension der sozialen Differenzen im Konsum. Diesem Aspekt gingen in den letzten Jahren nur sehr wenige Arbeiten nach, die am Ende dieses Kapitels kursorisch Erwähnung finden.

Der für die sozialphilosophische Reflexion des 19. Jahrhunderts typische Fortschrittsoptimismus ordnete einzelnen sozialen Gruppen bestimmte Konsummuster zu und brachte diese - Realisationen bestimmter Lebensstile - entsprechend der sozialen Hierarchie Ihrer Trägergruppen in die Ablaufreihe einer temporal gedachten Höherentwicklung ein. Dadurch gerieten Konsummuster zu Entwicklungskategorien. Steigende Einkommen und bessere Bildungsstandards deuteten die einen als Annäherung der "unteren Volksklassen" an die sozial "höherstehenden", die anderen als Diffusion von Einstellungen oder Verhaltensweisen aus höheren sozialen Schichten in die unteren Volksklassen²². Bei manchem lösten diese Bewegungen - wie immer sie gesehen wurden - zwiespältige Gefühle aus²³: *Die Kulturstaaten stehen seit einer Reihe von Jahren unter dem Zeichen zunehmender Kosten der Lebenshaltung. Die Mieten steigen, und es steigen die Preise der Lebensmittel, zugleich aber wächst in den unteren Schichten der Bevölkerung, die nach erwachtem Klassenbewußtsein im Gefühle der Macht der Masse nach oben drängen, das ungestüme Verlangen, die beschränkte Lebenshaltung zu verbessern.*

Politische Publizisten, die vor der "Proletarisierung des Mittelstandes" warnten, konnten an objektive Sachverhalte wie an subjektive Deprivationsgefühle anknüpfen. Die personelle Einkommensverteilung war in der

Zwischenkriegszeit gleichmäßiger als vor dem Ersten Weltkrieg. Gewohnte Lohngefälle waren tendenziell eingeebnet. Die Reallohnposition unterer Einkommensgruppen war gegenüber der Vorkriegszeit besser als die der gelernten Arbeiter. Deren reale Wochenlöhne überschritten 1928 das Niveau von 1913/14²⁴. Im Durchschnitt lagen Arbeiterlöhne in der Zwischenkriegszeit zwar nach wie vor tiefer als die Durchschnittsgehälter von Beamten und Angestellten; aber ihre Einkommensposition hatte sich gegenüber der Vorkriegszeit absolut und relativ verbessert. Werfels sarkastische Erzählung vom Ende eines "Kleinbürgers" symbolisierte, wie mit der sozialökonomischen Realität dieser Jahre die hergebrachten Lebensstil-Vorstellungen von Bürgern, die höchstens noch Kleinbürger waren und deren letztes Lebensziel nur darin noch bestehen konnte, den Nachkommen etwas zu hinterlassen, kollidierten²⁵. Wenn Schmoller die *konservative Tendenz* des Lebensstandards noch sehnsüchtig beschworen hatte, prägten die ersten Konsumsoziologen der Nachkriegszeit mißtrauisch die Formel von der *Dynamisierung des Lebensstandards*²⁶.

Viele Autoren, auch sozialistisch engagierte, beklagten die "Verspießerung" des Proletariats, die sich in der Zwischenkriegszeit auch in der Dimension des Konsumverhaltens vollzogen habe²⁷: *Die allmähliche ökonomische Besserstellung der Arbeiterschaft hat eher zur "Verspießerung", zu einer Anpassung an den Lebensstil der oberen Klassen als zu neuen proletarischen Lebensformen geführt. [...] Die Umgangsformen, die "Regeln des Anstands", das Zeremoniell der Familienfeste, die Namengebung, jede Kleinigkeit des Lebensstils verrät das sieghafte Eindringen kleinbürgerlicher Lebensnormen in das Proletariat hinein.*

Bildungsbürgerliche Kritiker erhoben gerne den Vorwurf, die Arbeiterschaft imitiere einfallslos und ohne eigenen Veränderungswillen die bürgerliche Lebenshaltung. Dagegen wurde zu bedenken gegeben, daß diese Ansprüche angesichts der historischen Verhältnisse doch überzogen seien. *Mit sich selbst und der Erkämpfung greifbarer Verbesserungen beschäftigt, war die Arbeiterbewegung innerlich unfähig, die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu verarbeiten, und in Verhaltensmaßstäbe zu übersetzen*²⁸. Georg Simmel hatte mit dem scheinbaren Gewinn an Lebens-

standard für alle das Weiterbestehen überkommener sozialer Gegensätze konfrontiert. *Dem Proletarier sind heute vielerlei Komforts und Kulturvorteile zugänglich, die er in früheren Jahrhunderten entbehrte, und doch ist die Kluft zwischen seiner Lebenshaltung und der der oberen Stände außerordentlich viel weiter geworden* ²⁹.

In der Diskussion bis in die 1920er Jahre standen sich etwa gleichgewichtig die Thesen zunehmender Konvergenz der Schichten und Klassen der Gesellschaft und wachsender Divergenz zwischen ihnen gegenüber. Die Konvergenz von Lebensstilen wurde entweder als aktive Anverwandlung von Verhaltensmustern aus höheren Bevölkerungsschichten durch die niederen Klassen des Volkes gesehen und als solche entweder positiv bewertet, negativ als "Verbürgerlichung" oder unziemliches "Drängen nach oben" verurteilt, oder als quasi eigendynamische Diffusion höherer Lebensstile ins Proletariat, wiederum zustimmend konstatiert oder negativ als Entproletarisierung beklagt.

Anfang der 1930er Jahre wurde die Konvergenzthese im Sinne einer sukzessiven Angleichung der bürgerlichen an die proletarische Lebensführung wieder aufgenommen. Margarete Freudenthal hob auf Veränderungen von Rolle und Funktion der Ehefrau und Mutter ab, indem sie in einer viele Jahrhunderte übergreifenden Deutung den Wandel von der feudalen und großbürgerlichen Produktionswirtschaft zur kleinfamilialen und lohnabhängigen Konsumtionswirtschaft nachzeichnete, die sich endlich in den 1930er Jahren durchgesetzt habe. Freudenthals These lief auf die Pointe hinaus, der sich im 19. Jahrhundert ausbildende Funktionstypus des proletarischen Haushalts habe dem überkommenen bürgerlichen nur seine Zukunft gewiesen und der Emanzipation der Frau die Schubkraft der modernen Zeit verliehen.

2.2.1 Die Lehre von der Privatwirtschaft zwischen historischer Statistik und Mikroökonomie

Die Quellen, aus denen die "Privatwirtschaftsstatistik" ihre Schlüsse zog, waren Angaben aus privaten Haushalten, das monetäre Budget betreffend oder den mengenmäßigen Verbrauch von Lebensmitteln. Teils handelte es sich um Beobachtungen Dritter, teils lagen Notizen von Mitgliedern der Haushalte selbst zu Grunde, teils waren es genaue Aufzeichnungen, teils nachträgliche Schätzungen; oft wurden monatliche oder wöchentliche Anschreibungen einfach mit dem Faktor 12 oder 52 multipliziert, um ein Jahresbudget zu erhalten. Oft wurden nur Durchschnittszahlen mitgeteilt, wobei nicht selten sogar unklar bleibt, auf welche Population sich die Durchschnitte beziehen. Altersangaben sind nicht häufig, und wenn überhaupt vorhanden, dann meistens nur von den Kindern oder dem verdienenden Ehemann. Budgets dieser Art wurden zuerst in unsystematischer Weise zusammengetragen oder waren Zufallsfunde. Ihre Aussagekraft ist also naturgemäß beschränkt. Ein Berliner Schriftsteller kompilierte aus verschiedenen Budgets von Arbeitern *in den zivilisierten Staaten Europas*, die fast immer bloße Überschlüsse, Schätzungen und Hochrechnungen waren, folgende Ausgabebeträge für drei große Produktgruppen³⁰:

	Ernährung in Prozent	Wohnung in Prozent	Bekleidung in Prozent
Europa, 19. Jahrhundert (Arbeiter)	56-70	4-10	11-20

1903 wurden in Berlin 908 Arbeiterhaushalte befragt. Die ermittelten Durchschnitte über alle Berufe und Familiengrößen hinweg waren³¹:

	Ernährung in Prozent	Wohnung in Prozent	Bekleidung in Prozent	Gesamtausgaben in Mark
Berlin 1903 (Arbeiter)	56	20	8	1.768

Eine Haushaltsrechnung aus dem "niederen Mittelstand", die über zehn Jahre von 1896 bis 1905 geführt worden ist, wies in jedem Jahr durchschnittlich folgende Ausgaben auf³²:

	Ernährung in Prozent	Miete in Prozent	Bekleidung in Mark	Gesamtausgaben in Prozent
1 Budget aus dem <i>niederen Mittelstand</i> 1896-1905	33	17	10	2.391

Die Statistik des privaten Haushalts begann in Deutschland erst unter dem Eindruck der sich zuspitzenden "sozialen Frage" größeres Interesse zu finden. Stephan Bauer, der Ökonom und Statistiker und Herausgeber der *Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, mußte noch 1892 eingestehen, ihm sei kein einziges bäuerliches Budget und kein Einnahmebudget des Mittelstandes von anderen als Beamtenfamilien bekannt. 20 Jahre später konnte er³³ auf Erhebungen in den USA³⁴, die viele tausend Haushalte erfaßten, und im Deutschen Reich, wo das Kaiserliche Statistische Amt gerade die Bilanzen von 852 Familien veröffentlicht hatte, hinweisen. Die steigenden Ansprüche an die wissenschaftliche Methodik und die organisatorische Verbesserung der Sozialstatistik führten seit der Jahrhundertwende zur Bevorzugung echter Anschreibungen über den kontrollierten Zeitraum eines Jahres.

Während des ausgehenden 19. und zu Beginn des frühen 20. Jahrhunderts wurden in vielen europäischen Staaten Initiativen ins Leben gerufen, die Produkte der häuslichen Buchhaltung in größerem Umfang zu sammeln und auszuwerten³⁵. Gleichzeitig stiegen die Qualitätsanforderungen, die man an das Material stellte. Im europäischen Vergleich erreichten in Deutschland Methode und Theorie der Statistik des privaten Haushalts innerhalb von drei Jahrzehnten bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs ein hohes Niveau. Die Ziele und Absichten waren unterschiedlich.

1. Die Rationalität der privaten Wirtschaftsführung war ein verbreitetes fürsorgerisches Anliegen, das vor allem aus bürgerlichen Kreisen

unterstützt wurde. Zur Propagierung von Haushaltsbüchern und häuslicher Buchführung seit dem späten 19. Jahrhundert dürfte die Entstehung des Hauswirtschaftsunterrichts, der als Zweig des staatlichen Schulsystems eingerichtet wurde und sich primär an Mädchen und Frauen aus der Unterschicht richtete, in besonderer Weise beigetragen haben³⁶. Wenn schon die knappen Ressourcen, die den Unterschichten und der unteren Mittelschicht zur Verfügung standen, in absehbarer Zeit nicht nennenswert vermehrt werden konnten, so sollten doch wenigstens die Methoden erlernt werden, die dazu anleiteten, die Knappheit der Mittel rationell zu bewirtschaften und damit insgesamt eine planende, zukunftsorientierte und auf Selbstdisziplin aufbauende Einstellung dem Leben und der Gesellschaft gegenüber zu entwickeln. Ein probates Mittel dazu schien die Verbreitung bürgerlicher Verhaltensanforderungen und Werte zu sein.

2. Mit diesen Zielsetzungen überschneit sich häufig entweder ein am Ideal sozialer Gerechtigkeit orientiertes humanitäres oder ein sozialpolitisch reflektiertes Interesse, über Leben und Lage der minderbemittelten Bevölkerungsschichten Aufschluß zu erlangen und diese Einsichten schichtenübergreifend weiterzuvermitteln. Die Tradition der monographischen Haushaltsbeschreibung der LePlay, Engel und Schnapper-Arndt und sozialreformerische Untersuchungen der Davies und Rowntree mündeten Ende des 19. Jahrhunderts in die Verwendung standardisierter Erhebungsbögen in Form von Haushaltsrechnungen ein.
3. In den lohnpolitischen Auseinandersetzungen wurden Haushaltsrechnungen von entgegengesetzten politischen Lagern als objektivierendes Informationsinstrument und im Rahmen wirtschaftspolitischer Interessendurchsetzung benutzt: von den Gewerkschaften, um die Notwendigkeit einer Besserung der Einkommenssituation der Lohnabhängigen zu belegen, von staatlicher Seite mit gegenteiliger Tendenz, eher in der Absicht beobachtender Sozialberichterstattung über die Lage in den *arbeitenden Klassen*. Sowohl Gewerkschaften als auch Statistischen Ämtern verdanken wir die Massenerhebungen von Haushaltsrechnungen seit der Jahrhundertwende.

Die Interessenzusammenhänge, aus denen heraus Haushaltsrechnungen durch Massenerhebungen aufgezeichnet, gesammelt und ausgewertet

wurden, erklären die spezifische Auswahl der Buchführer, die das Bürgertum durchweg ausschloß. Da das Verwendungsinteresse dominant wirtschaftstheoretisch war, wurden andere Variablen, die sozialhistorisch von erheblichem Interesse wären, zum Beispiel ethnische und kirchliche Verbundenheiten, in der Regel nicht erfaßt und fehlen auch im Berliner Gesamtbestand.

Von allen gedruckten, genau 12 Monate umfassenden Haushaltsrechnungen stammt der Großteil aus dem Jahrfünft zwischen 1907 und 1912. Sie betreffen fast ausschließlich Beamte, gelernte Arbeiter und einige

Gedruckte Haushaltsrechnungen des 19. Jahrhunderts, Deutsches Reich

Bezugs- zeitraum	Echte, d.h. indi- viduierbare Rech- nungen über genau ein Jahr		Echte, d.h. indi- viduierbare Haus- haltsrechnungen über längere Zeiträume		Haushaltsrechnungen, die nicht oder kaum interpretierbar sind, über kürzere Zeit- räume, Schätzungen, Befragungen
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent	
Bis 1914	2.025	100,0	33	100,0	mehr als 1.826
Davon vor 1900 ^a	89	4,4	20	61,0	634

a Oder wenigstens teilweise vor 1900.

Handlungsgehilfen. Publizierte Haushaltsrechnungen, die sich über längere Zeiträume als 1 Jahr erstrecken, sind für das 20. Jahrhundert selten; im 19. Jahrhundert stellen sie - so gering wie ihre Zahl insgesamt ist - wenigstens die am gründlichsten ausgearbeitete Quellenbasis für mikro-ökonomische Eckdaten dar. Dazu gehören das Haushaltsbuch von Eduard Mörike ebenso wie die Aufzeichnungen jener exotischen Randexistenzen, die bevorzugt das Studienobjekt der Privatwirtschaftsstatistiker waren³⁷. Auffällig häufig sind es Anschreibungen von Pfarrern beziehungsweise deren Frauen, meistens jedoch die privaten Bilanzen höherer Beamter.

Die wirklichen Anschreibungen von 44 Arbeitern in Nürnberg und von 14 Volksschullehrern in Hamburg um die Jahrhundertwende ergaben

	Ernährung in Prozent	Wohnung in Prozent	Bekleidung in Prozent	Gesamtausgaben in Mark
Nürnberg 1900 (Arbeiter)	40-65	14-15	9	1.488
Hamburg 1903 (Lehrer)	37	19	11	3.314
Deutsches Reich 1907/08 (verschiedene Berufe)	48	18	12	2.234
DMV 1908 (Metallarbeiter)	53	14	13 ^a	1.825
Halle 1909/10 (Arbeiter)	56 ^b	14	14	1.482
Saarland 1910 (Bergarbeiter)	47	10 ^c	12	2.602
Deutsches Reich 1912/13 (untere Postbeamte) ^d	50	16	13	2.054

- a Der DMV erfaßte in dieser Ziffer neben der Bekleidung auch die Ausgaben für Hausrat und alle Neuanschaffungen von Haushaltsgegenständen: DMV (1909), S. 31.
- b Die Durchschnittsziffer für Ernährung kann eine falsche Vorstellung erwecken; hinter ihr verbirgt sich eine Spannweite von 26 bis 74 %.
- c Herbig, Wirtschaftsrechnungen (1912), S. 497 f. Die Wohnungsausgaben beziehen sich nur auf Nicht-Hausbesitzer. Viele der saarländischen Bergleute hatten Wohnungseigentum. Würde man diese Haushalte in die Berechnung einbeziehen, ergäbe sich ein Ausgaben-durchschnitt von 5,6 % ohne Heizung und Beleuchtung.
- d Die Berechnungen der Herausgeber (Heyde, Wirtschaftsrechnungen (1916), S. 11, 22 f. und 25: Ernährung 63 %, Kleidung 16 %, Wohnung 19 %, Gesamtausgaben 2.055 Mark) sollten nicht benutzt werden. Vgl. Anhang 6.3.2.

erstmalig etwas größere Datenmengen³⁸. Die erste umfangreiche Enquête führte der Deutsche Metallarbeiter-Verband 1907 durch, fast zeitgleich erfolgte eine Erhebung durch das Kaiserliche Statistische Amt. Diese umfaßte 852 Haushaltsrechnungen von Familien mit männlichem Hauptverdiener aus unterschiedlichen Berufsgruppen. Die Behauptung, es habe sich bei diesen speziell um "minderbemittelte" Familien gehandelt, begegnete schon bald heftigem Widerspruch und erweist sich auch in der einführenden Übersicht, die hier vorgenommen wird, als nicht haltbar³⁹. In den Jahren darauf folgten kleinere Sammlungen, teils berufunspezifisch, wie die 49 Haushaltsrechnungen gelernter und ungelernter Arbeiter in Halle und Umgebung, teils bestimmte Berufsgruppen betreffend, so die Erhebung des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten (127 Haushalte) oder die Haushaltsrechnungen von 106 saarländischen Bergleuten⁴⁰.

Die Privatwirtschaftsstatistik, obgleich weit davon entfernt, sich in einer Mikroökonomie des Privathaushalts zu erschöpfen, war methodologisch doch stark geprägt von mathematisch-funktionalen Gedankengängen. Im all-

gemeinen galt das Einkommen beziehungsweise die *Wohlhabenheit*⁴¹ als die bei der Erklärung der unterschiedlichen Höhe von Ausgabebeträgen für ein und dieselbe Ware oder Produktgruppe entscheidende Variable. Es wurde allerdings eingeräumt, daß in bestimmten Zusammenhängen auch identifizierbare soziale Faktoren Einfluß auf Käufe und Konsumentenscheidungen hätten. Am meisten Aufmerksamkeit fand aus naheliegenden Gründen der Nahrungs- und Genußmittelbedarf im häuslichen Konsum und das "Engelsche Gesetz". Dieses besagte, *daß je ärmer eine Familie ist, einen desto größeren Antheil von der Gesamtausgabe muß [sic] zur Beschaffung der Nahrung aufgewendet werden*. Engel, zu dieser Zeit Präsident des Sächsischen Statistischen Bureaus, setzte erläuternd hinzu: *Das Gesetz, mit welchem man es hier zu thun hat, ist kein einfaches. Die Höhe der Ausgaben für Nahrung wachsen bei Abnahme des Wohlstandes in einer geometrischen Progression*⁴². Es war von Anfang an nicht klar, ob dieser Satz, aus den belgischen Budgets von E. Ducpetiaux, also aus Querschnittsdaten, gewonnen, als nomologische Aussage aufzufassen sein sollte. Er hätte dann zu Recht als Interpretament auch für Längsschnittdaten gelten können, wie es später mehr und mehr geschah. Engel selber hatte auf die Einschränkung Wert gelegt, die *Anwendung* dieses Gesetzes auf Individuen werde *nicht unter allen Umständen seine volle Richtigkeit behaupten, um so mehr aber in seiner Anwendung auf Bevölkerungsgruppen*. Die Bedingung der Gültigkeit seines Gesetzes war eng verknüpft mit der Geltung eines Systems dreier, sozial differenzierter Konsumtypen, das zu seiner Zeit als die *sächsische Normalconsumtion* bekannt war. Die Verwandtschaft zwischen der Benennung der drei um 1850 ökonomisch-konsumtiv unterschiedenen Stände und der ständischen Gruppierung der Bevölkerung nach ihrem finanziellen Vermögen ein halbes Jahrhundert später ist augenfällig (vgl. S. 195). Neben den Entdeckung, die Proportion der Nahrungskomponenten als Wohlfahrtsmaß zu benutzen, traten in kurzer Zeit eine Fülle weiterer "Gesetze" des Konsums. Es wurde geradezu Mode, geleitet von der Theorie der Einkommensabhängigkeit des Konsums, die Aufwandsposten der hauswirtschaftlichen Bilanz immer weiter zu zergliedern; und parallel dazu verbreitete sich verständlicherweise das Bedürfnis, die zahlreichen entstehenden Enquêtes und Einzelstudien, die sich angesammelt hatten, synoptisch zusammenzufassen. Wilhelm Gerloff, der später Rektor der Universität

Frankfurt a.M. wurde, ist ein Exponent der Konjunktur, die die Konsumstatistik kurz nach der Jahrhundertwende erlebte. Er hatte, als er noch in Tübingen Sozialstatistik lehrte, einige Erhebungen von Haushaltsrechnungen miteinander verglichen und machte sich durch die Formulierung einer Reihe weiterer Gesetzmäßigkeiten bekannt⁴³. Ihm fiel u.a. auf, daß mit wachsendem Einkommen der Anteil pflanzlicher Nahrungsmittel stärker als der tierischer Nahrungsmittel [Tabelle T.2.2 (5)] sank. Also schien jener auf Veränderungen der familiären Einkommenssituation stärker zu reagieren als Produkte wie Fleisch und Fisch, für die die Haushalte in der Regel etwa gleich große Anteile ihres Haushaltsgeldes (10 bis 12 %) ausgaben, die sich – mit heutigen Begriffen ausgedrückt – relativ unelastisch verhielten. So formulierte Gerloff als weiteres "Gesetz", *daß bei steigendem Haushaltsaufwand die Ausgabenquote für pflanzliche Nahrung schneller als jene für tierische Nahrung fällt*. Innerhalb jeder dieser zwei umfangreichen Komponenten der Ernährung entdeckte er wieder jeweils einen stabileren und einen elastischeren Teil. *Von den Ausgaben für tierische Nahrung aber sinkt die für sonstige tierische Nahrung verwandte Quote der Gesamtausgaben schneller als das Ausgabenprozent für Fleisch, während innerhalb der Ausgaben für pflanzliche Nahrungsmittel anscheinend der für Zerealien verwandten Ausgabenquote diese Rolle zukommt*. Im Hin und Her empirischer Belege blieb das Engelsche Gesetz umstritten⁴⁴. Spottete Karl Oldenberg: *Dieses Engelsche Gesetz hätte man zwar bei einiger Ueberlegung schon von vornherein vermuten können, weil der Nahrungsaufwand physiologisch beschränkt ist; aber doch befriedigt es, das von selbst Einleuchtende auch statistisch im großen ganzen bestätigt zu finden [...]*.

Die ständisch differenzierte Abhängigkeit des Anteils der Nahrungsmittelausgaben an den Gesamtausgaben des Haushaltes, die sich in der berühmten Untersuchung über die Gewerbszweige in Sachsen ergeben hatte, wurde im Laufe der Zeit aus dem systematischen Zusammenhang einer historischen Detailuntersuchung herausgelöst und als quasi zeitunabhängige Regelmäßigkeit soziologisch-ökonomisch überhöht. So konnte der Nahrungsmittelanteil ein leicht meßbarer Indikator für wirtschaftliche Bedrückung oder erreichten Wohlstand eines Haushaltes und quasi-theoretische Zielgröße jeder künftigen Untersuchung von Haushaltsrechnungen werden. Zwei

Einschränkungen, die Engel in aller Vorsicht angebracht hatte, wurden von den ihm nachfolgenden Experten nicht aufmerksam genug bedacht. Engel hatte in einer Art *ceteris-paribus*-Vorbehalt davon gesprochen, *daß das Maß der Ausgaben für die Ernährung unter übrigens gleichen Umständen ein untrügliches Maß des materiellen Befindens einer Bevölkerung überhaupt sei*⁴⁵. In der Bestimmung dessen, was *gleiche Umstände* hieß, lagen, näher besehen, die Bedingungen der Geltung jener Gesetzmäßigkeit beschlossen, die historisch immer erst aufzuklären gewesen wäre. Gab es doch Hinweise darauf, daß "Vergleichbarkeit" der Bevölkerungsklassen jenseits bestimmter niedriger Einkommensgrenzen nicht mehr gegeben war. Nahe der Armutsgrenze schienen die Nahrungsausgaben mit wachsenden Einkommen zunächst zu steigen, sogar wenn andere Ausgaben zusätzlich bestritten wurden⁴⁶.

Über ein weiteres problematisches Implikat, das hier allerdings nicht weiter diskutiert werden kann, hat man sich erst in den letzten Jahrzehnten verschärften methodologischen Rasonnements Klarheit verschafft. Engels Feststellungen sind entweder als eine Strukturtheorie oder als ein *set* von Aussagen über Entwicklungsprozesse aufzufassen. Vieles spricht dafür, daß Engel an Strukturaussagen gelegen war; auf dieser Argumentationslinie würde man die Geltung des Engelschen Gesetzes vorab von der ressourcenmäßigen Ausstattung des Haushalts abhängig machen. Es wären in diesem Modell also durchaus Haushaltstypen denkbar, bei denen das "Engelsche Gesetz" gelten, andere, bei denen es nicht gelten würde. Die Armutslage ist solch eine soziale Struktur, unter deren Bedingungen Engels Gesetzmäßigkeit nicht anwendbar zu sein scheint. Engels vorwiegend wirtschaftsstatistisch denkende Nachfolger verstanden seine Erkenntnisse indes prozessual und machten damit Voraussetzungen, von denen eine später von Schmucker ausbuchstabiert wurde: *Eine dynamische Aussage kann aus einer einzelnen Erhebung nur mit Hilfe einer [...] Annahme abgeleitet werden, wonach sich Haushalte, deren Einkommen in der Zeit steigt, hinsichtlich der Einkommensverwendung ebenso verhalten werden, wie solche Haushalte, die bereits längere Zeit über ein entsprechendes Einkommen verfügt haben*⁴⁷.

Weniger die historische Spezifität des Engelschen Gesetzes denn seine Methodik waren stets Vorbild für die Konsumstatistik, wenn sie immer wieder am Einkommen Maß nahm, um durch theoriegeleitete Generalisierung ihre Empirielastigkeit zu überwinden. Über die Abhängigkeit des Aufwandes fürs Wohnen vom Gesamtaufwand des Haushalts gab es seit 1868 die klassische Formulierung von Hans Schwabe, die dieser aus der Untersuchung der Haushaltsausgaben preußischer Beamter gewonnen hatte⁴⁸: *Je ärmer jemand ist, einen desto größeren Theil seines Einkommens muß er für Wohnung verausgaben.* Dieses "Schwabesche Gesetz" war weit weniger unstrittig als das Engelsche. Ein Liebhaber, der knapp 200 Haushaltsrechnungen gesammelt hatte, fand, daß die Ausgaben für die Wohnung durchschnittlich zwar in dem Maße erhöht wurden, wie der Betrag der Ausgaben insgesamt wuchs, mußte aber bedauernd feststellen, daß die einzelnen Ausgaben *a n - t e i l e* ohne Regelmäßigkeit mal diesen, mal jenen Betrag anzunehmen schienen. Dem Schwabeschen Gesetz wurde das "Gesetz des sozialbedingten Wohnungsbedarfs" entgegengehalten⁴⁹. Es wird, erklärte das Hamburger Statistische Amt, *durch ein anderes Gesetz gekreuzt und durchbrochen. Denn der Wohnungsaufwand richtet sich, wie die Untersuchungen ergeben haben, nicht allein nach dem Einkommen, sondern er wird auch wesentlich mitbestimmt durch die soziale Schicht, der die betreffende Familie angehört.* Gerloff hielt aufgrund der vom Kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlichten Haushaltsrechnungen an Schwabes Annahme zwar grundsätzlich fest, fand die Tendenz aber schwächer⁵⁰: *Im Vergleich zu den Nahrungsausgaben nehmen jedoch die Ausgaben für Hauswesen regelmäßig in viel geringerem Maße ab.*

Diese Formel modifizierte er sogleich durch die Differenzierung nach den Gegebenheiten sozialer Stellung und den Anforderungen standesgemäßer Lebenshaltung. Auch der linearen Abhängigkeit der Summe der Ausgaben für Heizung und Beleuchtung vom Einkommen beziehungsweise von den Gesamtausgaben, die sich an den Zahlen zu zeigen schien, traute er nicht ganz. Wegen des verschiedenartigen Charakters dieser beiden Ausgabe-posten plädierte er dafür, die Ausgaben für die Heizung und die für die Beleuchtung der Wohnung stets gesondert zu bewerten⁵¹. Nach allen verfügbaren Zahlen *fällt mit steigendem Haushaltungsaufwand die für Heizung*

verwandte Ausgabenquote, hingegen erreicht die für Beleuchtung verwandte Quote ihr Maximum erst bei einem ziemlich hohen Haushaltsaufwand, um dann bei weiter steigenden Gesamtausgaben langsam abzunehmen. Oldenberg faßte die Kritik in drei Punkten zusammen⁵². Das Gesetz bedürfe einer dreifachen Einschränkung: Erstens gilt es wahrscheinlich nicht für die Bewohner von Schlafstellen, über deren Haushalt wir noch wenig wissen. Zweitens gilt es nur innerhalb der einzelnen Kommune oder gleichartiger Kommunen; dagegen ist in der Kleinstadt auf gleicher Einkommensstufe die Wohnungsausgabe wesentlich niedriger als in der Großstadt, und die ländlichen Wohnungsausgaben sind überhaupt schwer unter eine Regel zu bringen. Drittens sinkt die Wohnungsausgabe mit steigendem Einkommen nicht ununterbrochen, sondern der repräsentationspflichtige Mittelstand muß für die Wohnung (ebenso wie für die Kleidung) relativ viel ausgeben und dafür in der Nahrung sich einschränken. Erst von einer gewissen Untergrenze an, die je nach den Umständen etwa zwischen 1000 und 5000 Goldmark Einkommen liegt, scheint innerhalb der einzelnen Ortskategorie das Gesetz Schwabes zu gelten, natürlich nur bei genügender Massenbeobachtung.

Wie waren diese unterschiedlichen Ausprägungen von Elastizität der Ausgaben zu erklären? Bei der Beantwortung dieser Frage mußte sich die Erkenntnis aufdrängen, daß die Feststellung einer Tendenz wie der relativen Abnahme bestimmter Ausgaben bei steigendem Einkommen zunächst nur die formale Beschreibung eines Prozesses ohne jeden erklärenden Wert an sich war. Wo Funktionsabhängigkeiten dieser Art immerhin bestehen mochten, konnte sie analytisches Nachfragen als Abdrücke bestimmter sozialer Verhältnisse entschlüsseln. Daß Haushalte sich dazu entschieden, bei dieser Ware, bei jener Dienstleistung einkommenselastisch oder -unelastisch zu reagieren, war Folge ihrer konsumtiven Optionen im gesellschaftlichen System ungleich verteilter Ressourcen. Wenn allein aus physiologischen Gründen die unbegrenzte Erweiterung des Konsums – beim Heizen oder bei Nahrungsmitteln – weder notwendig noch möglich war, konnte das Geld in andere Kanäle fließen. Dann bot zum Beispiel die Beleuchtung *bei zunehmender materieller Besserstellung mehr Gelegenheit über das Notwendigste hinauszugehen. Bei den Ausgaben für Heizung und*

Feuerung ist dies nicht in dem Maße der Fall, sie sind gleichermaßen notwendig für arm wie reich. Infolgedessen tritt hier dasselbe Gesetz wie bei den Ausgaben für Ernährung zutage, daß nämlich mit zunehmendem Wohlstand der Ausgabenanteil sich verringert ⁵³. Gerloff verordnete seinen Kollegen, das Engelsche Gesetz sei nur richtig, wenn es *eine Einschränkung mit Bezug auf die Zusammensetzung und die soziale Stellung der Haushaltungen erfährt* ⁵⁴. Mit anderen Worten: Ungleichheitsstrukturen im Konsum, die Auskunft über soziale Brechungen geben konnten, waren nur dort zu erwarten, wo die Bedingungen für die Möglichkeit Engelscher Trendbewegungen gerade nicht mehr bestanden, wo nicht mehr die nämlichen Sachzwänge für Arm und Reich galten, wo vielmehr Spielräume für Wahlentscheidungen bestanden und die Entfaltung disparitärer Lebensstiloptionen ermöglichten. Erst jenseits der Strukturbedingungen des Engelschen Gesetzes entfalten soziale Kompetenzen, die unterschiedlich gestaltete Konsummuster generieren, ihre Wirkung.

2.2.2 Frühe Ansätze differentieller Konsumforschung

Die einzigen Mittelwertvergleiche, die nach sozialer Stellung im Beruf und Einkommen gleichzeitig differenzierten, sind die Teile des Tabellenwerks der Reichserhebung 1907, wo Arbeiter und öffentliche Beamte in den Gesamtausgabenstufen 1.200 bis 4.000 Mark einandergegenübergestellt wurden [Tabellen DR.2.2 (1) und (2)]. Die Privatbeamten waren als Beschäftigtenkategorie, deren Expansion die Struktur der Erwerbsbevölkerung und der ganzen Gesellschaft nachhaltig verändern sollte, noch zu wenig im Bewußtsein der Sozialstatistiker präsent, als daß man sie zum Gegenstand von Massenerhebungen gemacht und bei ihnen nach neuartigen Konsumtypen gesucht hätte. Immer wenn in Zukunft von Stilunterschieden die Rede war, wurde auf die Differenz von proletarischen Unterschichten und beamteten Mittelschichten, die dank der Budgeterhebung der Abteilung für Arbeiterstatistik einmal mehr in so glücklicher Weise belegt schien, Bezug genommen.



Man glaubte, jetzt⁵⁵ endlich in aller Deutlichkeit sehen zu können, daß die Arbeiter größere Teile ihres Budgets für die Ernährung ausgaben (- außer in der untersten Wohlhabensstufe - bis zu 500 Mark mehr), im allgemeinen weniger für Bekleidung, Wäsche und den sonstigen textilen

Bedarf (freilich nicht in der untersten und nicht in der obersten Gesamtausgabenklasse) und weniger für den Wohnbereich (60 bis 200 Mark bzw. 4 bis 5 Prozentpunkte). Die Restkategorie *Sonstiges* [Tabelle DR.2.2 (2)], galt als der Ort für die *dem Luxus Spielraum bietenden Bedürfnisse*. Der Kommentator wies bei diesem Posten nur auf die im allgemeinen höheren Ausgaben der Beamten hin. *Sie sind, von der zweiten Stufe [1.200 bis 1.600 Mark] abgesehen, bei den Beamtenfamilien überall größer als bei den Arbeiterfamilien [...]. Sowohl der höhere Bildungsgrad wie die gesellschaftlichen Ansprüche führen zu einer größeren Differenzierung der Ausgaben, zur Angliederung neuer oder verfeinerter Lebenszwecke*⁵⁶. Das dazu querlaufende Indiz, wie es aus Tabelle DR.2.2 (2) ersichtlich wird, daß die Arbeiterhaushalte (außer in der obersten Gesamtausgabenklasse) mehr für Schule und Unterricht erübrigten und durchaus nicht immer mehr Geld bei Vergnügungen und im Vereinsleben hinauswarfen, erwähnte der Kommentator nicht.

Die Interpretation den Statistikern vorliegenden Haushaltsrechnungen wurde dem bestehenden Stereotyp ständisch imprägnierter Statusschichtung eingefügt und verfestigte es, obwohl nicht die Beamten überhaupt belegt waren, sondern das Kaiserliche Statistische Amt ausdrücklich nur Haushalte von Beamten der mittleren Laufbahn und von Lehrern ausgewählt hatte. Die Vergleichbarkeit dieser "Beamten-" und der Arbeiterbudgets war beschränkt und konnte durch die Form der Datenaufbe-



reitung auch nicht in befriedigender Weise hergestellt werden. Als die schwerwiegendste *Störung* betrachteten die Bearbeiter selber den Stadt-Land-Unterschied in den Lebenshaltungskosten⁵⁷. Außerdem differierte in einigen Gesamtausgabenklassen die durchschnittliche Haushaltsgröße. Schwer einzuschätzen, aber wohl von beachtlicher Auswirkung auf die Struktur der Ausgabengestaltung war schließlich die Tatsache, daß innerhalb jeder Gesamtausgabenklasse die Arbeiterhaushalte im Durchschnitt doch knapp 100 bis 200 Mark weniger Geld zur Verfügung hatten als die Beamtenhaushalte.

Diskrepanzen zwischen den nicht-proletarischen, bürgerlichen Beschäftigtengruppen deuteten die Durchschnittszahlen, die die Bearbeiter errechneten, zwar an, sie wurden aber im allgemeinen nicht eingehend diskutiert. In Tabelle DR.2.2 (3) sind die in Frage kommenden Berufsgruppen nach der Höhe der durchschnittlichen Werte der Gesamtausgaben geordnet. Man sieht, daß den Lehrern und den mittleren Beamten die höchsten Bildungskosten gemeinsam waren. Erst mit beträchtlichem Abstand folgten Angestellte, untere Beamte und ganz zum Schluß Arbeiter, die hier zum Zwecke des Vergleichs kollektiv angefügt sind. An Lebensmitteln sparten diese beiden Berufsgruppen, bei denen die Haushaltsgröße jeweils durchschnittlich 4,6 Personen betrug, in gleichem Maße. Aber zwischen den Konsummustern von mittleren Beamten und Lehrern gab es auch Unterschiede. Das Budget der Lehrerhaushalte war um 300 Mark beziehungsweise 12 % höher als das von Haushalten mittlerer Beamter; daß sie aber 30 % mehr für ihre Wohnungen ausgaben, wie die Tabelle DR.2.2 (4) ausweist, kann allein damit schwerlich erklärt werden. Den Wohnungsausgaben standen die für *geistige und gesellige Bedürfnisse* (Zeitungen, Vergnügungen jeder Art, Vereinsaktivitäten), wo die Lehrer sich höhere Ausgaben erlaubten als die mittleren Beamten, zur Seite.

Die Reichserhebung 1907 läßt in einigen Verwendungsbereichen auf Ähnlichkeit der Präferenzentscheidungen von Angestellten und mittleren Beamten schließen, obwohl es den Vergleich erschwert, daß die Durchschnitte der Gesamtausgaben um etwa 500 Mark differierten, weil die Bearbeiter des Kaiserlichen Statistischen Amtes die Budgets der *Berufs-*

arten nicht zusätzlich auf Einkommensstufen verteilt hatten. Die mittleren Beamten, die insgesamt über mehr Geld verfügten, gaben pro Haushalt – Tabelle DR.2.2 (5) – einen geringeren Anteil als die Angestelltenhaushalte fürs Essen aus, aber mehr für Textilien. Die Konsummuster deckten sich weitgehend bei den Kosten der Wohnungen und den *sonstigen Ausgaben*. In vielen Unterposten dieses Kontos, eines Sammelsuriums verschiedenartiger und vornehmlich kleiner Geldausgaben, wiederholte sich diese Deckungsgleichheit, nicht aber bei den Bildungsaufwendungen und der Körper- und Gesundheitspflege, wo die Ausgaben der Angestelltenhaushalte geringer waren.

Steigen wir die Einkommensskala weiter hinunter, treffen wir auf die Beamten des einfachen Dienstes, deren Haushalte knapp 300 Mark mehr zur Verfügung hatten als Arbeiter und 300 Mark weniger als Angestellte. Sie

Differentieller Konsum von Angestellten, Unterbeamten
und Arbeitern, Deutsches Reich 1907

Bedarfsgruppen	Angestellte		Untere Beamte		Arbeiter	
	in Mark	in Prozent der Gesamt- ausgaben	in Mark	in Prozent der Gesamt- ausgaben	in Mark	in Prozent der Gesamt- ausgaben
Nahrung	983	40,9	1.037	49,0	955	52,0
Wohnung	450	18,7	384	18,2	313	17,0
Textilien	306	12,7	293	13,9	205	11,2
Heizung und Beleuchtung	83	3,5	89	4,2	78	4,3
Sonstiges	582	24,2	313	14,7	285	15,5
darunter:						
Gesundheits-, Körperpflege	58	2,4	33	1,5	24	1,3
Bildung	33	1,4	26	1,2	12	0,6
Geistige und gesellige Bedürfnisse	86	3,6	43	2,0	73	4,0
Ersparnisse	71	3,0	18	0,9	18	1,0

Quelle: Erhebung (1909), S. 48*, 56* f. und 176 f. Die Angestellten umfassen *Privatangestellte* und *Handlungsgehilfen*.

gaben effektiv für ihre Ernährung nicht mehr aus als die Vergleichsgruppen; denn mit größeren Familien, die im Durchschnitt 5,3 Personen umfaßten, ließen sie sich die Ernährung pro Kopf 197 Mark kosten, die An-

gestellten aber 214 Mark. Die Haushaltsführung der unteren Beamten erscheint in fast jeder Hinsicht reduziert: Bei verhältnismäßig großen Familien eine schlechtere Wohnqualität, wahrscheinlich kaum mehr oder bessere Kleidung, geringere Hygieneausgaben, weniger Bildung und eingeschränkte Geselligkeit.

Mit diesen Feststellungen ist der Forschungsertrag zur Frage differentiellen Konsums, soweit er empirisch abgestützt war, bei allen Mängeln und Verzerrungen, die den amtlichen Daten anhafteten, und ungeachtet der Vielzahl isoliert stehender Detailstudien zu spezialistischen Einzelheiten des privaten Konsums, die auf anderen Quellen, zum Teil privat eingeworbenen Haushaltsrechnungen beruhten, im großen und ganzen umrissen. Die Menge der Daten, auf die er sich stützen konnte, war vergleichsweise gering, was seinerzeit von den Experten freilich allgemein als nicht weiter problematisch empfunden wurde; wir werden im Laufe unserer Überlegungen in Kapitel 5 sehen, in welchen Tendenzen der Forschungsstand dieser alten Privatwirtschaftsstatistik bestätigt werden kann und wo aufgrund eines erweiterten Datensatzes und präziserer Methoden eine Revision notwendig erscheint.

Einige weitere Arbeiten trugen nicht so sehr substantiell neue Erkenntnisse bei, sondern sind eher durch eine geschärfte Methodik, die die Konsumforschung dadurch allerdings auf zukunftssträchtige Wege hätte hinweisen können, hervor. So griff Gerhard Albrecht, Kathedersozialist und früher Anhänger der Idee einer "sozialen Marktwirtschaft"⁵⁸, das Problem des Vergleichs gruppenspezifischer Konsummuster bei unterschiedlichen Einkommenslagen in seinen ersten Werken, mit denen er an die wissenschaftliche Öffentlichkeit trat, auf. Er hob sich in der methodischen Behandlung dieser Frage von den damals gängigen Ansätzen in noch heute bemerkenswerter Weise ab. In seiner Studie zur *Struktur des Ausgabenbudgets verschiedener Bevölkerungsschichten* bildete er aus der Grundgesamtheit von insgesamt 953 Arbeiter- und 384 Beamten- und Lehrereinkommenslagen drei Gruppen:

- A) Arbeiter, Beamten und Lehrer zusammen,
- B) Arbeiter alleine,
- C) untere und mittlere Beamten (einschließlich der Lehrer).

Die Gruppen B und C, deren Ressourcen unterschiedlich groß waren, verglich er miteinander ohne die gewohnte Bildung von Einkommensstufen; vielmehr berechnete er, gleiche Basis zugrundelegend, prozentualen Mehrkonsum und "Steigerung" der Ausgaben je Produktgruppe sozialdifferenziell⁵⁹. Wie zu erwarten, zeigte sich, daß die Arbeiter in allen Bedarfsgruppen (Verwendungsbereichen) nominal weniger ausgaben als die Beamten; denn ihre Verdienste waren ja im Durchschnitt geringer. Bei den prozentualen Anteilswerten an den Gesamtausgaben waren die Unterschiede besonders krass: Die Arbeiter gaben fast 53 %, die Beamten nur knapp 40 % für Ernährungszwecke aus, hingegen hatten für die Restkategorie, die alles nicht zu den fixen Kosten und den "Elementarbedürfnissen" Gehörige umfaßte, diese immerhin über 24 %, jene nur noch knapp 16 % zur Verfügung. Dies machte einen Vergleich zwischen den beiden sozialen Klassen natürlich schwierig. Um gleichwohl das *q u a l i t a t i v* andere Konsummuster der Beamten von ihrem bloßen Mehrkonsum quantifizierend zu unterscheiden, wandte Albrecht eine für die damalige Zeit originelle Indizierungsmethode an. Während das Kaiserliche Statistische Amt innerhalb von fünf Ausgabenstufen die Ausgabenanteile für die Bedarfsgruppen innerhalb sozioprofessioneller Kategorien wie Arbeitern und Beamten auf die jeweils bei diesen sich ergebenden Gesamtausgabenbeträge bezog und dadurch gruppenspezifische Ausgabenprofile für jede der fünf Ausgabenstufen darstellbar wurden, normierte Albrecht *e i n* Ausgabenprofil als Basis und berechnete in bezug auf dieses die Abweichungen anderer. Allerdings assoziierte er die Rechenoperationen, die er vollzog, mit Begriffen zeitlicher Entwicklung, die weder einsichtig noch von der Sache her gerechtfertigt sind.

Er setzte zunächst die Ausgabenbeträge jeder Bedarfsgruppe bei Arbeitern ungeachtet ihrer nominalen Höhe gleich 100 und berechnete für die Beamten den Index der absoluten Ausgabenbeträge der betreffenden Bedarfsgruppe. So zeigte sich, daß der Mehrverdienst der Beamten – gemessen an den Gesamtausgaben der Arbeiter – dem Verhältnis 100:158 entsprach, mit anderen Worten die Gesamtausgaben der Arbeiter um 58 % übertraf, die Ausgaben für die verschiedenen Bedarfsgruppen indes nicht auch in diesem Verhältnis standen: Während die "Überausgabe"⁶⁰ der Beamten bei den

Nahrungs- und Genußmitteln 17 % betrug, erreichte sie in der Restkategorie 140 %. Offenbar sei - so schloß er - bei den Beamten mit ihrem

Übersausgaben von Beamten gegenüber Arbeitern,
Deutsches Reich vor 1914
(Indexwerte nach Albrecht)

Bedarfsgruppe	Arbeiter	Beamte
Gesamtausgaben	100	158
Nahrungs- und Genußmittel	100	117
Kleidung, Wäsche, Reinigung	100	188
Wohnung, Haushalt, Heizung und Beleuchtung	100	183
Sonstiges	100	244

höheren Verdienst das Bedürfnis nach leiblicher Nahrung so gering, daß die Ausgaben dafür weniger stark - wie er es ausdrückte - "stiegen" als ihr Gesamtbudget. Hätten die Beamten entsprechend den Proportionen, die offenbar in den Arbeiterhaushalten galten, verzehrt, würde sich aufgrund des Mehrbetrages ihrer Gesamtausgaben ein Betrag von etwa 1.550 Mark anstatt der tatsächlichen 1.142 Mark für Lebensmittel errechnen [Tabelle A.2.2 (6)].

Quelle: Albrecht, Struktur (1914), S. 305.

Um ein Maß für die beamtenspezifische "Bedürfnisintensität" zu erhalten, indizierte Albrecht dann die Ausgaben im Beamtenhaushalt auf der Basis der Übersausgaben gegenüber dem Arbeiterhaushalt. Diese Indexwerte beziferten seiner Meinung nach die *wirkliche Steigerung* der Konsumausgaben

Präferenzstruktur des Beamtenhaushaltes,
Deutsches Reich vor 1914
(Indexwerte nach Albrecht)

Bedarfsgruppe	Index der "Bedürfnisintensität"
Gesamtausgaben	100
Nahrungs- und Genußmittel	74
Kleidung, Wäsche, Reinigung	119
Wohnung, Haushalt, Heizung und Beleuchtung	115
Sonstiges	154

Quelle: Albrecht, Struktur (1914), S. 305.

von Beamten gegenüber den Arbeitern. Bei den Nahrungs- und Genußmitteln war diese *Steigerung* mit einem Wert, niedriger als der Basiswert, eine negative. Kleidung und Wohnung galten den Beamten etwa gleichviel und etwas mehr als den Arbeitern. Produkte und Dienstleistungen, die die Haushaltsrechnungen unter *Sonstigem* zusammenfaßten, waren ihnen bedeutend teurer als den Arbeitern. Nun konnte hochgerechnet werden, was Arbeiter hätten ausgeben müssen, wenn sie die

hochgerechnet werden, was Arbeiter hätten ausgeben müssen, wenn sie die

Präferenzstruktur von Beamten gehabt hätten⁶¹. Albrecht interpretierte diese Gegenrechnung und ihr Ergebnis so, daß das Konsummuster des Beamten nicht so sehr quantitativ als vielmehr qualitativ von dem des Arbeiters verschieden gewesen sei. Das Konsummuster der Beamten ging nicht aus dem der Arbeiter dadurch hervor, daß Beamte alle Budgetposten linear in dem Maße besser ausgestattet hätten, wie sie insgesamt über mehr Geld verfügten. Das hieß nichts anderes, als daß neben der Höhe des Einkommens auch soziale Faktoren - Albrecht verwendete Begriffe wie *soziale Stufe, soziale Stellung, soziales (Wohn-, etc.)Bedürfnis* - die Struktur des Konsums mitbestimmten. Ein Blick auf die langjährigen Aufzeichnungen einzelner Beamter bestätigte: In den ersten fünf Jahren bewegte sich der Haushalt eines höheren Beamten in Einkommensstufen, wie sie mittlere Beamte und Lehrer auch erreichten; trotzdem gaben diese in den Übersichten, die Albrecht zusammenstellte, nie ein gutes Viertel ihres Budgets für die Wohnung aus, wie es beim höheren Beamten vorkam. Der Grund dafür lag - ständisch gesehen - auf der Hand: *es werden von einem höheren Beamten größere Anforderungen an die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses gestellt, als von einem mittleren Beamten oder Lehrer*. Statt von "differentiellem Konsum" zu sprechen, verwendete er Formeln wie *Standardisierung der Haushaltsführung, der Lebensweise* verschiedener sozialer

Hypothetische Konsumausgaben des Arbeiterhaushalts
entsprechend der Präferenzstruktur von Beamten,
Deutsches Reich 1903 bis 1910
(nach Albrecht)

Bedarfsgruppe	Konsumstruktur des Arbeiterhaushalts			
	wirklich [in Mark]	Index	hypothetisch Index	[in Mark]
Nahrungs- und Genußmittel	978,82	100	74	724
Kleidung, Wäsche, Reinigung	221,91	100	119	264
Wohnung, Haushalt, Heizung und Beleuchtung	369,60	100	115	425
Sonstiges	294,12	100	154	453

Klassen, *die hier andere Wege nimmt als dort* und die Ausdruck nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch *gesellschaftlichen Zwangs* sei. Bezeichnend war es für den zu seiner Zeit noch unausgebildeten soziologischen Blick, daß Albrecht zwar soziale Kräfte am Werke sah, von diesen aber analytisch wieder nur deren ökonomische Erscheinungsweise, nämlich das Kosten-Nutzen-Kalkül, das den Wahlhandlungen der Einzelhaushalte rationaltheoretisch unterstellt werden muß, faßte. Die Pointe seiner Analyse wies hingegen in die Richtung sozialwissenschaftlicher Theoriebildung⁶².

Noch genauer darzutun, *daß die Wirtschaftsführung bei Arbeiterfamilien gleichsam anderen Gesetzen unterliegt als bei Familien von mittleren Beamten*, nahm Albrecht sich in einer zweiten Studie vor⁶³. Er verglich darin Arbeiter und Beamte beziehungsweise Stichproben beider Gruppen innerhalb konstanter Einkommensstufen, so wie sie das Kaiserliche Statistische Amt pragmatisch entwickelt hatte. Er errechnete für Arbeiter, Lehrer, mittlere und untere Beamte getrennt die Durchschnitte der Ausgaben in den Bedarfsgruppen Ernährung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung sowie *Sonstiges*, wobei er die Haushalte der amtlichen Erhebung von 1907, der Umfrage des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von 1908 und die der saarländischen Bergarbeiter von 1910 zusammenfaßte, so daß seine Aussagen knapp 1.300 Haushalte betrafen. Diese gliederte er in zehn Teilgruppen, unglücklicherweise aber so, daß Doppelzählungen vorkamen und sich manche Durchschnitte auf angeblich 2.246 Fälle bezogen⁶⁴. Deshalb bleiben in den Tabellen A.2.2 (7) bis (16) alle Haushaltsgruppierungen, die uns zu heterogen erschienen, unberücksichtigt. Aber im Prinzip verfuhr Albrecht bei der Gruppierung der Haushalte nach soziprofessioneller Zugehörigkeit und Wohlhabenheit. Ähnlich werden wir in Kapitel 5 vorgehen. Nur mußte er sich noch an die von den Quellen vorgenommenen Aggregationsversuche halten und war deshalb auch an die undifferenzierten, globalen Bedarfskategorien gebunden, die wir tunlichst vermeiden wollen.

Es war ihm außerdem verwehrt, den intervenierenden Einfluß der sozialen Charakteristik der Haushalte abzuschätzen; insbesondere nicht den Einfluß der Haushaltsgröße auf die Ausgabengestaltung, weil schon die Quellen, von denen er ausging, die Fälle nur entweder nach Einkommen oder nach

Kopffzahl zusammengestellt hatten. Aus diesen Gründen lohnt es heute nicht mehr, die älteren Deutungsversuche in extenso zu wiederholen, zumal Albrecht sich letztlich nicht von der Interpretationsfigur zu lösen vermochte, jede beobachtete Änderung in den Konsumziffern auf die Steigerung von Einkommensgrößen zu beziehen. Differentielle Auslegungsversuche der Restvariable *Sonstiges* sind nicht sinnvoll und solche der Sammelkategorie Heizung und Beleuchtung nicht ergiebig.

Es sollen lediglich einige Beobachtungen hervorgehoben werden, die eine Relevanz für unsere Differentialanalyse in Kapitel 5 besitzen. Albrechts Versuch, bei der Ernährung eine scharfe Trennlinie zwischen Arbeitern insgesamt und Beamten insgesamt zu ziehen, wirkt gezwungen. Unter dem Aspekt der "Steigerungsraten" ergaben sich zwar Gruppen – diese waren aber nicht so strukturiert, wie er argumentierte. Da waren erstens die Lehrer, die niedrige Ausgaben in unteren Einkommenslagen machten, diese bei Zunahme des Einkommens (und vermutlich der Kinderzahl) aber steigerten. Gleichwohl machte die Ernährung bei ihnen prozentual nur ein reichliches Drittel ihres Gesamtbudgets aus. Die Zusammenfassung der mittleren und der unteren Beamten, die er vornehmen zu müssen glaubte, war höchstens mit den geringen "Steigerungsraten" der Ausgaben zu begründen. Die Absolutgrößen für die mittleren Beamten ähnelten mit ihrer geringen Höhe eher denen der Lehrer, die der unteren Beamten aber eher denen der Arbeiter (Durchschnitt aller Gewerbe); dasselbe mußte sinngemäß aufgrund der Prozentanteile der Ernährungsausgaben festgestellt werden: Diese waren besonders niedrig für mittlere Beamte, relativ hoch hingegen für untere Beamte und zahlreiche Gruppen von Arbeitern.

Für die Konsumstatistik des 19. Jahrhunderts, die den Aufwand für bestimmte "Bedürfnisse" als Merkmal für die kulturelle Höhe, die eine Bevölkerungsgruppe im fortschreitenden Prozeß der Zivilisierung erreicht habe, anzusehen pflegte, galt die Wertschätzung von Helm und Familie, die in der Bereitschaft, dafür Geld auszugeben, zum Ausdruck kam, als ein Indikator der erreichten "sittlichen Reife". Bei den Ausgaben für die Wohnung zeigte sich nun besonders deutlich, daß die Arbeiterhaushalte mit steigendem Einkommen weniger ausgaben als die Beamten. Daran, daß Ar-

beiter zusätzliches Einkommen in nicht so großem Umfang wie Beamte für die Wohnung mobilisierten, trat nach Ansicht des Autors die soziale Differenz dieser beiden Klassen hervor. Was die Arbeiter- und die Beamtenhaushalte trenne, sei *die soziale Stufe, das Empfinden der Zugehörigkeit zu einer anderen Gesellschaftsschicht. Ein Beamter mit 2.000 Mark Einkommen und ein Arbeiter mit gleichem Einkommen unterscheiden sich darum in der Struktur ihres Haushalts und im besonderen ihres Wohnungsregimes, weil die Ansprüche an die Lebenshaltung und die Verpflichtungen nach außen hin grundverschiedene sind*⁶⁵. Die Höhe der Nominalausgaben (Absolutbeträge in Mark) und die Anteilswerte (Prozente von den Gesamtausgaben) stützten diese Ansicht, wonach häusliche Behaglichkeit eher bei den Beamten zu finden war als bei noch so wohlhabenden Arbeitern.

Im Gefälle des zeitüblichen ständischen Gesellschaftsbildes übergang Albrecht Hinweise auf Ausgabenstrukturen, die sich diesem dichotomen Schichtungsmodell nicht einfügten. Z.B. waren die Absolutbeträge für den Durchschnitt von Arbeitern, Beamten und Angestellten mit 490 Mark und 627 Mark in den Einkommensstufen 2.500 Mark bis 4.000 Mark zwar in der Tat deutlich höher als für Arbeiter allein (335 Mark bis 448 Mark); zwar gaben mittlere Beamte und Lehrer deutlich mehr aus (bis 722 Mark beziehungsweise 1.109 Mark) als Arbeiter; aber es sollte dabei nicht übersehen werden, daß untere Beamte bemerkenswerterweise keine höheren absoluten Ausgaben tätigten als Arbeiter (zwischen 242 Mark bis 367 Mark). Nach Tabelle A.2.2 (12), wo die Ausgaben für die niedrigste Einkommensstufe, für die Angaben vorhanden waren, zur Basis 100 gesetzt sind, ergaben sich nicht zwei, sondern drei Gruppen. Alle Arbeiter "steigerten" ihre Ausgaben um mindestens das Zweifache, dahinter blieben die mittleren Beamten und die unteren Beamten deutlich zurück; auch die hohen Beträge von 480 Mark - 617 Mark - 722 Mark bei den mittleren Beamten entsprachen nur einer Steigerung um 29 % beziehungsweise 51 %; die Spitzenposition hielten die Lehrer, die sich damit von den übrigen mittleren Beamten als eine besondere Gruppierung absetzten - sie gaben in dem Maße, wie sie mehr verdienten, bis zum Dreieinhalbfachen des Minimalbetrags aus⁶⁶.

In den Abschnitten, wo sie ihre Befunde referierten und kommentierten, waren die alten Budgeterhebungen erstaunlich nachlässig mit der Benennung der Budgetposten. Diese ungenauen Etiketten übernahm die sekundäre Fachliteratur häufig zu unkritisch. Das führt heute leicht zu Mißverständnissen; in den Zeiten, als die Konsumstatistik Konjunktur hatte, wußten die Fachleute indes Bescheid, was hinter bestimmten Bezeichnungen zu erwarten war. Es war nicht nur die "Kleidung", um die es scheinbar ging, sondern es war der seinerzeit wohlbeläufige Sammelposten *Kleidung, Wäsche, Reinigung*, den die Bearbeiter der Reichserhebung häufig selber als "Kleidung" abkürzten. Mit 15 bis 23 % waren hier Ausgaben für Wäsche, Bettzeug und Reinigungskosten inbegriffen. Auch Albrecht sprach von "Kleidung" und meinte die umfassendere Sammelkategorie⁶⁷. *Mehr noch als der Wohnungsaufwand dürfte der Bekleidungskomfort ein nach außen hin sichtbares Zeichen wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs sein. Die Wohnung könne man dem Außenstehenden verschließen, meinte er, und an ihr noch sparen, wo man wohl Veranlassung fühlt, sich nach außen hin von den dürftigsten Schichten der Arbeiterbevölkerung zu unterscheiden. Gab es bei den mittleren Beamten deswegen den geringsten Ausgabenzuwachs, während Lehrer und Unterbeamte ihr Kleidungsbudget mit steigendem Einkommen verdreifachten [Tabelle A.2.2 (15)]? Ein noch stärkeres Bedürfnis nach Ausgabensteigerung bewiesen jedoch die Arbeiter: Sie vervierfachten und verfünffachten ihre Aufwendungen. Man konnte nur vermuten, das habe mit der großen Anzahl Kinder im Arbeiterhaushalt zu tun. Die Steigerung der Ausgaben für Kleidung galt jedenfalls als ein Zeichen dafür, daß bei höherem Einkommen ein Bedürfnis nach guter Kleidung, gewissermaßen ein Kulturbedürfnis, sich geltend macht, das Streben, den sozialen Fortschritt, die soziale Überordnung zur Schau zu tragen. Es ist demnach wohl kaum ein Zufall, so vollzog Albrecht die Ehrenrettung für die von der Konsumstatistik bedrängten Unterbeamten, daß diese Tendenz am schärfsten, wenigstens mit den höchsten Prozentsätzen, bei den unteren Beamten hervortritt, die damit, den Arbeitern wirtschaftlich am nächsten stehend, die deutlichste Scheidewand zwischen sich und den Arbeitern aufrichten*⁶⁸.

Die frühe französische Konsumsoziologie war in der Berücksichtigung sozialer Einflußfaktoren entschiedener als die deutsche, die in der immer erneuten Ausarbeitung ökonomischer Invarianzen befangen blieb. Kritik an Methodik und Technik der Privatwirtschaftsstatistik übte mit der ihm eigenen Engagiertheit immer wieder Maurice Halbwachs. Viele empirische Ausarbeitungen, die er seinen eloquent vorgetragenen Erwägungen einfügte, halten der Nachprüfung nicht stand. Bei der Reanalyse, der er die Tabellen, in denen die Bearbeiter der amtlichen Erhebung von 1907 die Ausgaben der buchführenden Haushalte in die fünf Bedarfsgruppen *Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung* und *Sonstiges* sowie nach 40 *Berufsarten* zusammengefaßt hatten, unterwarf, bleiben so viele Ungereimtheiten, daß seine Schlußfolgerungen nicht wiederholt werden sollen⁶⁹. Aber die pragmatische Direktheit seiner Kritik rüttelte an manchen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts eingeschliffenen Konventionen der Datenerhebung und -präsentation. Seine Angriffe gegen die Budgeterhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes richteten sich hauptsächlich gegen deren undurchdachte Berufsklassifizierung und das Theorie-defizit, das sie mit der gesamten Privatwirtschaftsstatistik gemeinsam hatte. Auswertungsversuche von Budgeterhebungen konnten alle möglichen Beziehungen zwischen Daten herstellen; aber oft blieb ungeklärt, was für einen Sinn die gewonnenen Beobachtungen haben sollten. So konnten in den Auswertungen des DMV die Haushalte augenscheinlich in zwei Gruppen getrennt werden: jene Haushalte, bei denen die Ausgaben für die Bekleidung (einschließlich Hausrat) in bezug auf die Ausgaben für Wohnung (einschließlich Steuern) hoch, und die anderen Haushalte, bei denen sie niedrig waren. Doch in diesen Gruppierungen fanden sich ganz unterschiedliche Berufe vereinigt. Worin bestand also die Bedeutung dieses Befundes? Die Zahlen bestätigten – um ein anderes Beispiel zu nennen –, daß Maurer kräftiger und reichlicher Nahrung bedurften – aber warum verzehrten die Zimmerer und die Former dann nicht genausoviel? Zur Erklärung mochte eine geringere durchschnittliche Anzahl von Kindern pro Berufsart angeführt werden, aber das schien nicht immer zu treffen. Bei bestimmten Berufsarten ließ sich die erhöhte Nahrungsausgabe durch die Notwendigkeit erhöhter Flüssigkeitszunahme erklären; nicht so bei den Straßenarbeitern, denen doch nachgesagt wurde, sie müßten sich häufig im Wirtshaus bekösti-

gen, und deren Haushaltsrechnungen hohe Ausgaben für Milch und Gewürze auswiesen. War es endlich schierer Zufall, daß sie mehr für die Ernährung aufwendeten als die Zimmerer mit insgesamt größerem Budget?

Vor disparaten Beobachtungen und anschließenden Sinngebungsproblemen wie diesen stand die ältere Konsumforschung immer wieder. Wege durch das Gestrüpp der Daten versprach sich Halbwachs davon, die Konsumtheorie in eine umfassendere Theorie sozialer Ungleichheit einzubetten. So versuchte er mehrfach, mittels Reanalysen der Budgeterhebungen aus dem Deutschen Reich die Idee von der Einheit der Arbeiterklasse zu belegen. Die Haushaltsrechnungen schienen in hervorragender Weise geeignet, die Konsistenz des proletarischen Budgetierungsverhaltens zu erweisen und die Kluft, die – was Lebenschancen und Lebensweise betraf – die Arbeiter von den übrigen Klassen der Gesellschaft trennte, zu bestätigen. Mit diesem anspruchsvollen Programm stand Halbwachs in der Konsumforschung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts allein⁷⁰.

Die Entfaltung einer historischen Haushaltsökonomie und Konsumsoziologie, kaum in Gang gekommen, brach in den Jahren der Weltkriege ab. 1923 beklagte Karl Oldenberg immer noch die notorische Bevorzugung der "Produktionsseite" der Wirtschaft gegenüber dem Aspekt der Konsumtion, die bevorzugte Darstellung der Geschichte und Entwicklung der Produktionsmethoden und ihrer ökonomischen Bedingungen⁷¹. In den 1920er Jahren und – zuletzt – 1937 registrieren wir zwar noch respektable Erhebungen privater Haushaltsrechnungen; bezeichnend ist aber, daß die Diskussion in der Fachliteratur und in Zeitschriften fast zum Erliegen kam und die Daten der nationalsozialistischen Erhebung zu ihrer Zeit nicht mal mehr dokumentiert wurden. Die Zahl der von den Haushalten erfaßten Einzelheiten und die Bemühungen, sie analytisch zu bewältigen, standen in einem unverkennbaren Mißverhältnis. Nach 1950 knüpfte die Forschung kaum an die Fülle der Möglichkeiten an, die sich vor 1914 abgezeichnet hatten, sondern entwickelte Spezialisierungen, die zum Teil instrumental beschränkt waren und sich interdisziplinären Zugängen nur zu leicht sperren konnten⁷². In der mikroökonomischen Markt- und Absatzforschung wurde der Grundgedanke des Engelschen Gesetzes als partielle Konsumfunktion formu-

liert und zu einer Theorie der Engelkurven formalisiert, woran englische Haushaltsstatistiker entscheidenden Anteil hatten⁷³. Nicht früher als seit den 1960er Jahren war ein Neuanfang zu beobachten. Moderne Demographie und Familienforschung und integrierende Anstöße aus den USA, wo sich die *consumer economics* soziologischen Differenzierungen öffneten, trafen sich mit dem geschärften Theoriebewußtsein der modernen deutschen Sozialgeschichte⁷⁴.

Das Kaiserliche Statistische Amt hatte vor dem Krieg die Haushaltsrechnungen bei der Auswertung noch in 8 *Berufsgruppen* beziehungsweise 40 *Berufsarten* differenziert dargestellt. Das Statistische Reichsamt, das Ende der 1920er Jahre ebenfalls im ganzen Reichsgebiet sammelte, unterschied nur noch die drei *sozialen Stellungen* Arbeiter, Angestellter und Beamter. Somit hatte man die letzten Reste sozialwissenschaftlicher Sensibilität über Bord geworfen; die amtliche Konsumstatistik hat sie bis heute nicht wieder eingeholt. Wenn wir die ohnehin wenig aussagekräftige Dreiteilung nach sozialer Stellung nicht berücksichtigen, erhalten wir die folgenden

	Ernährung in Prozent	Wohnung in Prozent	Bekleidung in Prozent	Gesamtausgaben in RM
Deutsches Reich 1927 (verschiedene Berufe)	40	16	13	4.235
Deutsches Reich 1937 (verschiedene Berufe)	46	16	9	2.399

Durchschnittsverbräuche⁷⁵. Die Einzeldaten der Erhebung der Deutschen Arbeitsfront von 1937 sind erst 1960 zugänglich gemacht worden. Die nationalsozialistischen Behörden haben sie nie im Ganzen ausgewertet.

Die kleineren Umfragen, die in denselben Zeitraum fallen (300 Haushaltsrechnungen von Arbeitern in der Schuhindustrie, 80 Hamburger Haushalte, 43 Haushalte von Angestellten und 120 Haushaltsrechnungen von Angestellten und Beamten der Deutschen Reichsbahn⁷⁶), weisen keine aus dem Rahmen fallenden Abweichungen auf, wenn die Ausgabeposten so grob auf die traditionellen Hauptbedürfnisgruppen aufgeteilt werden. Für fast alle diese Quellen gilt ebenfalls, daß sie im allgemeinen überdurchschnittlich gut

	Ernährung in Prozent	Wohnung in Prozent	Bekleidung in Prozent	Gesamtausgaben in RM
Deutsches Reich 1925/26 (Schuharbeiter)	54	7	10 ^a	2.409
Hamburg 1925 (verschiedene Berufe) ^b	46	12	13	3.234
Deutsches Reich 1926 (Angestellte)	37	14	12	4.448
Deutsches Reich 1929 (Reichsbahnpersonal: Beamte und Angestellte)	38	14	12	4.429

a Der Zentralverband nannte die Zahl von 12 %.

b Die amtlichen Bearbeiter nannten als Ernährungsdurchschnitt 45 % beziehungsweise als Durchschnitt der Gesamtausgaben 3.233 RM.

verdienende Haushalte umfaßten. So lagen nach Hoffmann⁷⁷ die durchschnittlichen Verdienste in Industrie und Handwerk bei 1.800 Reichsmark und im Bergbau zwischen 2.000 und 2.400 Reichsmark.

Man sieht also, daß über den Zeitabschnitt von 30 Jahren die Grobstruktur der privaten Haushaltsrechnung keine wesentliche Veränderung erfahren hat. Bei in einzelnen Erhebungen großen Variationen beanspruchte die Ernährung die Hälfte des familiären Budgets, die Wohnung kaum ein Viertel und die Bekleidung rund ein Zehntel aller Ausgaben⁷⁸.

	Ernährung in Prozent	Wohnung in Prozent	Bekleidung in Prozent
1900 bis 1914	40-60	14-20	9-13
1925 bis 1937	40-55	7-16	9-13

Die Privatwirtschaftsstatistik ist nicht zuletzt an dem Widerspruch zwischen dem Reichtum ihrer Quellen und der Unterentwicklung ihres technischen wie konzeptuellen Handwerkszeugs gescheitert. Anfangs erwartete sie neben Einsichten in die soziale Geschichte und Prognosen für das zukünftige Wohlergehen der Nationen vor allem unprätentiös eine genauere Beschreibung der momentanen Verteilung von Armut und Reichtum. Das gilt für die englische Sozialstatistik ebenso wie für etliche deutsche Privat-

wirtschaftsstatistiker der Jahrhundertwende. Der Informationsreichtum der Haushaltsrechnungen, die mit bewundernswerter Akribie gesammelt und dokumentiert wurden, war indes zu groß und der Nebenbedingungen, die die Quellen oft nicht darlegten, waren zu viele, als daß man dies mit den zur Verfügung stehenden Mitteln hätte bewältigen können. Um in dem Meer der *wimmelnden Ziffern*, wie es Karl Oldenberg plastisch ausgedrückt hat, nicht zu ertrinken, rettete man sich lieber in weitmaschige Allgemeinaussagen, zwischen denen sich die substantiellen Details verflüchtigen mußten, wo hohe Ansprüche, die man hatte, banalisiert wurden und triviale Erkenntnisse hervorbrachten. Schließlich verlagerte sich das Diskussionsinteresse mehr und mehr auf das Gebiet der Kulturphilosophie und Zivilisationskritik. Erst viel später, im gerade vergangenen Jahrzehnt, fand eine modernisierte Sozialwissenschaft Zugriff zu den feinen Unterschieden, deren feingliedriges Nebeneinander die Ungleichheiten der gesellschaftlichen Wirklichkeit ausmachen.

2.3 Der Strukturwandel des Konsums – ein neuer Ansatz

Strukturwandlungen des nicht nach sozialer Zugehörigkeit aufgeschlüsselten privaten Konsums fanden, wie zuerst H. Schmucker aufgrund der drei amtlichen Budgeterhebungen des Deutschen Reiches gezeigt hat, überwiegend seit den 1950er Jahren, in einer ersten Welle eventuell auch schon im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts statt. In der Jahrhundertspanne von 1825 bis 1961 stellte sie in erster Linie einen Rückgang des *existenzwichtigen Bedarfs* fest, den sie hauptsächlich an der Verminderung des Anteils der Lebensmittel im Haushaltsbudget maß. Auf lange Sicht nahmen die Dienstleistungen, die die Haushalte sich erkaufte, zu, die Wohnungen wurden besser ausgestattet, die Ausgaben für Verkehrsmittel stiegen. Viele dieser Veränderungen hatten als gemeinsamen Nenner, eine sukzessiv höhere Wertschätzung der Freizeit auszudrücken. Von all dem ist auf Grund der vorliegenden Zahlen in den drei Jahrzehnten 1907 bis 1937 so gut wie nichts zu bemerken. In diesem Zeitraum scheint es kaum

Andeutungen der erwähnten Entwicklungen zu geben, so daß nach dem bisherigen Forschungsstand grosso modo Kontinuität der Konsumwahlen und Budgetierungsentscheidungen in diesen 30 Jahren anzunehmen wäre.

Tabelle T.2 (1) enthält – unkommentiert und unkorrigiert – Schmuckers Zahlen für die Einkommenslagen, die der langfristigen Entwicklung des Volkseinkommens je Erwerbstätigen entsprachen⁷⁹. Die so ausgewählten Haushalte repräsentieren nach ihrer Schätzung 30 bis 40 % der Einkommensbezieher des jeweiligen Jahres. Durch die elektronische Erfassung der von Schmucker herangezogenen Quellen und darüber hinaus noch weiterer Budgeterhebungen ist es nun möglich, die auf gleicher Basis berechneten Zahlen aus dem Berliner Gesamtbestand daneben zu stellen. Auch in dieser erheblich vertieften Gliederung des Konsumtionsbudgets von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten bestätigt sich die Persistenz des Verbrauchsverhaltens im großen und ganzen. In einzelnen Positionen sind schwache Veränderungstendenzen beobachtbar. Sowohl aus Schmuckers Zahlen als auch aus den Haushaltsrechnungen des Berliner Gesamtbestandes geht ein Absinken des Butterverbrauchs in der Zwischenkriegszeit hervor; dafür scheint der Verbrauch pflanzlicher und gemischter Fette zugenommen zu haben. Auch ein Rückgang der Textilausgaben ist wenig zweifelhaft, während einen Rückgang der Ausgaben für Körper- und Gesundheitspflege nur die Haushalte aus dem Berliner Gesamtbestand belegen. Insgesamt deuten sich hier Verschlechterungen in wichtigen Dimensionen des Lebensstandards an. Die einzige Position, die eindeutig eine Zunahme aufweist, sind die Bildungsausgaben der Haushalte des Berliner Gesamtbestandes. Die Spitze bei den Vereins- und Verbandsmitgliedschaften in der Weimarer Republik, die dieser Datensatz abbildet, könnte auf eine stärkere politische, oder wenigstens: gesellschaftliche Partizipationsbereitschaft in diesen Jahren hinweisen. Die Hauptausgabenposten blieben über 30 Jahre hinweg freilich bemerkenswert gleich: Die Ernährung beanspruchte stets etwa 50 % des gesamten Budgets, die Miete in der Regel 12 %, Heizung und Beleuchtung unverändert 5 % und die Kosten von Verkehr und Transport knapp 1 %. In Kapitel 5 gehen wir der Frage nach, ob innerhalb der durch diese Eckdaten markierten Bandbreiten

Unterschiede in der Budgetgestaltung, die sich als Spuren qualifikationsbezogener Lebensstilvariationen verstehen lassen, bestanden.

Ökonomen, Soziologen und Historiker diskutieren heutzutage privaten Konsum (wenn überhaupt) unter diesem Gesichtspunkt "langfristigen Strukturwandels", zwar methodisch kontrolliert, aber fast ohne einschlägige Spezialuntersuchungen. Auf eine solche empirisch fundierte Arbeit muß hier besonders ausführlich eingegangen werden, weil sie die erste gründliche Auswertung von Haushaltsrechnungen neueren Datums darstellt, sozialhistorische Perspektiven einbringt und eine der wichtigsten deutschen Quellen, die auch Teil des Berliner Gesamtbestandes geworden ist, zum Gegenstand hat. Zwei andere Arbeiten können etwas kürzer behandelt werden, da sie hier weniger durch ihr Datenmaterial als wegen ihrer Methoden von Interesse sind.

In einer Dissertation an der Rutgers-University wurde das Problem der Einordnung der Angestellten in das Klassengefüge des Deutschen Reichs beziehungsweise der Umgestaltung der Klassenstrukturierung durch diesen neu entstehenden Beschäftigtentypus aufgegriffen. Um das angestellten-typische Konsummuster der 1920er Jahre zu ermitteln, zog die Autorin Konsumausgaben direkt als Indikatoren für präsumtive Werteinstellungen und Selbsteinschätzungen (*the attitudes and self-perceptions*) heran. Bestimmten Produkten beziehungsweise Bedarfsgruppen wurden bestimmte konsumsoziale Bedeutungen zugeschrieben, so daß aus den konsumtiven Wahlentscheidungen der Verbraucher (*choices*) auf ihre Einstellungen (*orientations*) rückzuschließen war. Das Ergebnis brachte der Untertitel auf die Formel: *German white-collar employees as harbingers of modern society*.

Die Untersuchung hatte eine deutlich ausgesprochene politikgeschichtliche Stoßrichtung. Sie wollte das Bild des reaktionären, traditionellen Werteeinstellungen verhafteten bis antimodernen Angestellten, der sich bereitwillig zum Fußvolk des Nationalsozialismus machen ließ, korrigieren. Im Vordergrund stand die Frage nach den verhaltensprägenden Konsequenzen der Klassenstrukturierung im frühen 20. Jahrhundert. Wie

plazierten sich die Angestellten in diesem Prozeß? Es sollte gezeigt werden, daß im Gegenteil der abhängig beschäftigte, angestellte Arbeitnehmer der 1920er Jahre die moderne Industriegesellschaft mentalitätsmäßig repräsentierte, bevor sie sich noch sozioökonomisch voll durchgesetzt hatte.

Die soziologische Tradition der Konsumforschung der Vorkriegszeit wurde in historischer Perspektive wieder aufgenommen; in der Methode blieb die Untersuchung bei dem traditionellen ökonomischen Ansatz, soziale Unterschiede im Konsum nur an der Einkommensreagibilität der Ausgaben festzumachen. Unterschiede zwischen den Berufsstellungsgruppen wurden folgerichtig durch die Einkommenselastizität der Ausgaben gemessen⁸⁰.

Im Gegensatz zu vielen Untersuchungen der mikroökonomischen Konsumtheorie machte die Verfasserin die problematischen Voraussetzungen dieses Ansatzes allerdings explizit: Die Veränderung der Ausgaben in bezug auf steigende Einnahmen messen zu wollen, setzt die tatsächliche Mobilität der Individuen bzw. Haushalte auf der Einkommensskala voraus. Sie führte als Rechtfertigung für diese Annahme drei historische Argumente an, d.h. sie wies auf kontingente Umstände des historischen Prozesses hin⁸¹: Erstens hätten die Gewerkschaften sich Ende der 1920er Jahre dauernd um Lohnerhöhungen bemüht und zweitens hätten die Arbeitnehmer – ungeachtet der faktischen Lohnentwicklung – solche Erhöhungen erwartet. Schließlich sah sie darin, daß in ihren Quellen, den Budgets von 1927/28, das Alter des Haushaltsvorstandes von der untersten Einkommensstufe zur obersten von 36 auf 41 Jahre anstieg, eine Bestätigung für die Annahme der Steigerung des Einkommens mit dem Alter des Haushaltsvorstandes. Um die – wie es in der älteren Konsumtheorie ausgedrückt worden war – "Dringlichkeit" eines Bedürfnisses zu quantifizieren, maß sie den Zuwachs der Ausgaben für das entsprechende Konsumgut beim Übergang von einer Einkommensstufe zur nächsten höheren. Das Verhältnis der beiden Zuwächse zueinander drückt der "Elastizitätskoeffizient" aus, so daß Elastizitäten als der zahlenmäßige Ausdruck psychologischer Wahlhandlungen, d.h. individueller Entscheidungen, nicht jenes, sondern lieber dieses Produkt zu kaufen, interpretierbar werden⁸².

Elastizität soll ein Indikator für die (der Ausgabenentscheidung und damit) dem Konsumtionsakt zugrunde liegende Mentalität oder Einstellung hinsichtlich der Wichtigkeit dieses Produktes in den Augen des Konsumenten sein.

Wo die Privatwirtschaftsstatistik sich damit zufrieden gegeben hatte, die inverse Relation zwischen Einkommen und Ausgaben im Engelschen Sinne bestätigt zu finden, ging erst Coyner weiter und deutete die Einkommensreagibilität des Konsums soziologisch. Sie las die Ausgabenpositionen der Haushaltsrechnung als Indikatoren für konsumrelevante Orientierungen, und zwar in den drei Präferenzdimensionen Familiensinn, Sicherheitsbedürfnis und Kontaktfreudigkeit, so daß die Ausgabenhöhe beziehungsweise der Elastizitätskoeffizient als direktes Maß für die Ausprägung der Konsumorientierungen in den drei Berufsstellungsgruppen - Arbeiter, Angestellte, Beamte - fungieren konnte. Die drei Konsumorientierungen wurden mehr oder weniger deckungsscharf auf die drei Berufsstellungsgruppen projiziert. Da die Verfasserin nicht auf die Einzelbudgets zurückgriff, sondern von den aggregierten Gruppendurchschnitten ausging, die Berufsstellungsgruppen also nicht in sich differenzieren konnte, war hier eine Quelle für die vielfach vorhandenen Unsicherheiten in den Schlußfolgerungen der Autorin gegeben⁸³. Anlaß für eine weitere interpretatorische Unsicherheit war die Unterscheidung zwischen "Traditionalität" und "Modernität" des Konsums, die sich unkontrolliert in die Ebene der drei Konsumorientierungen hineinschob. Die Ausgaben für Kleidung, für das Wohnen und für Bildung und Unterricht ohne weiteres als Zeichen einer traditionellen Familienzentriertheit zu werten⁸⁴, mußte die Validität der Schlußfolgerungen erheblich beeinträchtigen. Diese Inkonsistenzen führten zu Widersprüchen in der Interpretation, so etwa wenn Sparen, das sie als eine traditionale Form der Zukunftsvorsorge bestimmt hatte, bei Beamten nun häufig mit dem "modernen" Gebrauch kreditorischer Geldbeschaffung verknüpft schien⁸⁵.

Dem Beamtentyp schrieb Coyner die Hochschätzung von Ehe und Familie zu. *Here the government officials clearly excelled. Almost all items on which they spent most relate to home, family and children* ⁸⁶. Die These, daß die

Konsumorientierungen von Arbeitern, Angestellten und Beamten, Deutsches Reich Zwischenkriegszeit

„Orientierungen“ (Mentalität)	Indikator: Ausgaben für	Ausprägung (hoch - mittel - gering) bei		
		Beamten	Arbeitern	Angestellten
Familiensinn (Wertschätzung von Heim, Kindern, Familie)	Miete	hoch (398 f.)		hoch (397)
	Heizung und Beleuchtung	hoch (398 f.)		
	Wohnungseinrichtung	hoch (398 f.)	gering (391)	gering (397) auch im Verhältnis zum Einkommen pro Kopf (393)
	Darlehensaufnahme	hoch (398 f.)	gering (396)	
	Ausbildung (Schule)	hoch (398 f.)		mittel (392)
	persönliche Bedienung	hoch (398 f.)		
	Kleidung (pro Kind)			mittel (392) (durchschnittlich sehr kleine Familien)
	Ernährung			gering (393)
	Körperhygiene im Verhältnis zum Haushaltseinkommen		gering	
Körperhygiene im Verhältnis zum Ein- kommen pro Kopf				
Sicherheitsbedürfnis	Versicherung des persönlichen Eigentums		gering	
	Arbeitslosenver- sicherung		hoch (395)	
	Krankenversicherung	gering (394)	hoch (395)	mittel (395)
	Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenen- versicherung	gering (394)	mittel (395)	hoch (395)
	Lebensversicherung			hoch (353)
	Sparen	hoch (357, 395) (zurückgehend bei höherem Einkommen)	gering (361 f., 395) (Sparen bei höherem Einkommen)	gering (395), z. T. hoch (363 f.) (keine Akkumu- lierung von Guthaben)
	Gewerkschafts- beiträge		hoch (395)	
	Kreditaufnahme	hoch (357, 369 f.) (geringer bei höherem Einkommen)	gering (357, 373)	gering (357)
Soziale Kontakt- freudigkeit (social life)	Fahrgelder			hoch (397)
	Unterhaltung, Reisen, Zeitungen	hoch (396 f.)		hoch (396 f.)
	Vereinsmitgliedschaft		hoch (396)	
	Tabak, Alkohol u.a. Genußmittel	hoch (396 f.)	hoch (396)	
	Ernährung		hoch (396)	

Quelle: Coyner, Class patterns (1975); die eingeklammerten Zahlen nennen die Seiten.

Wirtschaftsentscheidungen des typischen Beamten von der Betonung von Kind und Familie getragen waren, wurde mit der relativ starren Elastizität der Ausgaben für die Möblierung der Wohnung begründet. Beamtenwohnungen seien am Ende der 1920er Jahre technisch bereits besonders komfortabel eingerichtet gewesen, behauptete die Verfasserin, mit Einrichtungsgegenständen müßten Beamte besser als alle anderen untersuchten Gruppen ausgestattet gewesen sein. Dieser Deutung könnte allerdings die hohe Elastizität der Ausgaben für Dienstpersonal, Wohnungsmiete und für Ausbildung der Kinder entgegengehalten werden, welche in der üblichen Weise so verstanden werden müßte, daß diese Ausgaben für Beamte weniger dringlich und eher verzichtbar waren. Hiergegen bot Coyner die Hypothese auf, daß *some of the governmental officials with the lowest income did not share the values of the rest of the class [...] a substratum within the class.*

Diesem ersten Hinweis auf Binnendifferenzierungen innerhalb der Beamtengruppe konnte Coyner aus technischen Gründen nicht nachgehen. Einen zweiten Hinweis lieferten die Berechnungen der Elastizität des Nahrungskonsums, die zu dem Ergebnis führten, daß bei Beamten *more than any other class, the contrast between low-affluence and high-affluence families is sharp*⁸⁷. Wie familial Beamte auch orientiert gewesen sein mögen; die Kleidungsausgaben pro Kopf waren nach Coyners Berechnungen bei keiner sozialen Gruppe so hoch. Die vermutete Wichtigkeit dieses Postens bei den Beamten fand ihre Bestätigung in der geringen Elastizität der Kleidungsausgaben: Sie erforderten bei ärmeren Beamtenfamilien 20 %, bei wohlhabenderen dagegen nur 12 % der Gesamtausgaben⁸⁸. Hätte es nicht auch hier nähergelegen, diesen Befund als Beleg für die Existenz zweier sozialer Gruppen mit differentiellen Konsummustern zu lesen: einerseits untere Beamte, die überproportional großen Wert auf gute Ausstattung (und d.h.: auf Repräsentation) legten, und auf der anderen Seite besser verdienende, die dafür zwar auch viel ausgaben, sich durch Reisen und aushäusige Unterhaltung aber viel in ihrer Umwelt umtaten?

Gegen die durch die amtliche Veröffentlichung vorgegebene Datenstruktur setzten sich also Hinweise darauf durch, daß bei den Beamten mindestens zwei Schichten zu unterscheiden waren, die unteren, gering verdienenden

Beamten, die wie Angestellte zu konsumieren schienen, und die höheren Beamten mit besserem Einkommen, deren Konsum zwar Momente von Außenorientierung zeigte, insgesamt aber traditional gebunden blieb. Beamte aßen anscheinend mehr Kartoffeln und Brot als die anderen sozialen Gruppen und hatten den geringsten Gaststättenverkehr. Obwohl der Butterverbrauch extrem hoch war, hielt Coyner – offenbar wegen der hohen Anteile an Kohlenhydraten – die Beamtenkost für minderwertig und traditional bestimmt: *If any class shows a pattern of deprivation, it is the government officials.*⁸⁹ Wir werden auf diese Frage im Zuge unserer Auswertungen zurückkommen. Ähnlich unklar blieb das Bild bei den Ausgaben für Schulbildung. Hier gaben die Beamten in gleichen Einkommensstufen oft mehr aus als die Arbeiter; aber in der Einkommensstufe bis 3.000 RM war der Kontrast nicht eindeutig. Die Differenz zwischen Beamten und Angestellten – letztere hatten im Durchschnitt weniger Kinder – war nicht so ausgeprägt wie erwartet. Erst in höheren Einkommensstufen wuchs der Vorsprung der Beamtenhaushalte beträchtlich. Aufgrund der amtlichen Auswertung muß schließlich offenbleiben, ob Angestellte und Beamte bis zu einem Jahreseinkommen von ca. 4.000 bis 5.000 RM überhaupt ein differentielles Bildungsbudget hatten und ob nicht möglicherweise von einer Trennung der Konsummuster erst oberhalb dieser Schwelle gesprochen werden konnte.

Arbeiter waren mit knapp 900 Familien in der Erhebung von 1927/28 vertreten. Verglichen mit anderen sozialen Gruppen zahlten sie durchschnittlich am meisten für die Ernährung, insbesondere – wie aus der allerdings mit großen Unsicherheiten behafteten Vollpersonenrechnung hervorgeht – mehr als die anderen Berufsstellungsgruppen für die als hochwertig angesehenen Produkte Fleisch, Gemüse und Obst. Das Konsummuster von Arbeitern charakterisierte Coyner als gleichzeitig außengeleitet und gebunden an die individuelle Befriedigung von Bedürfnissen. Sie sprach vom *individualistic and perhaps escapist, or alienated, pattern of the workers who drank, smoked and ate, and were more limited in their participation for their own organizations*⁹⁰. Nirgends sonst fand Coyner so hohe Ausgaben für Tabak, Alkohol und andere Genußmittel, aber auch für Mitgliedsbeiträge. Diese reagierten in der Tat einkommensunelastisch. Eine

gewisse Öffnung zum gesellschaftlichen Leben war dem arbeitertypischen Konsummuster also nicht abzusprechen⁹¹. Ausgaben für Aktivitäten dieser Art überstiegen allem Anschein nach jedenfalls die der Beamten, oft die der Angestellten.

Für den Wohnbereich gaben Arbeiter, die doch die kinderreichsten Familien hatten, im Vergleich mit den anderen beiden sozialen Gruppen am wenigsten aus. Arbeiterfamilien wohnten nach Coyners Befunden schlecht und beengt⁹². Die Mietausgaben pro Kopf zeigten nur geringe Elastizität; die relativ hohe Elastizität der Ausgaben für Möbel kann hingegen darauf hindeuten, daß Arbeiter in diesem einen Punkt Zuwächse realisierten, sobald ihre Einnahmen dies erlaubten. Die Vermutung, daß Arbeiter für Häuslichkeit und Familie wenig Geld zur Verfügung stellten, fand Coyner durch die auffallend niedrige Elastizität der Schulausgaben pro Kind und der Ausgaben für Lektüre bestätigt. Hier versuchten Arbeiter offenbar nicht, im Maße der Erhöhung ihrer Einkommen mit den anderen sozialen Gruppen mitzuhalten⁹³.

Welches Bild wurde vom Konsum der Angestellten gezeichnet? Eine Untersuchung des Konsumverhaltens privater Haushalte in Toulouse Ende der 1920er Jahre faßte das Konsummuster von Angestellten in folgender Charakteristik zusammen⁹⁴: [...] *une modération et une constance dans les désirs, un goût pour l'épargne et la culture, un souci de la santé et de l'avenir des enfants qui permettent de regarder les employés comme de véritables candidats à la bourgeoisie*. Traf diese Prognose auch die Verhältnisse im Deutschen Reich?

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband sah es als erwiesen an, daß in der späten Weimarer Republik *die Kaufmannsgehilfen als soziale Gruppe der Arbeitnehmer* in typisch von anderen Berufen abweichender Art und Weise ihr Einkommen verwendeten und ihre Bedürfnisse befriedigten. Wenn Arbeiter zum Beispiel etwa 10 % ihres Einkommens aus Nebenerwerb finanzierten, wovon angeblich 2 % auf den Mann, 4 % auf die Frau und 2½ % auf die Kinder entfielen, so galt diese Art Zuverdienst für einen Handlungsgehilfen als unstandesgemäß: *Weder er noch seine Ehefrau können in dem*

*Maße, wie im Arbeiterhaushalt, Nebenerwerb aller Art übernehmen. Die Kinder genießen vielfach eine bessere Erziehung und verdienen erst spät selbst mit. Auch zu Vermietungen ist der Kaufmannsgehilfe weniger geneigt. Die Verbandsfunktionäre verwiesen darauf, wie stark statt dessen Unterstützungen durch die Eltern und Entnahmen vom Sparkonto ausgenutzt wurden. Das typische Konsummuster – so wurde mit Genugtuung betont – habe sich seit der Vorkriegszeit auch nicht prinzipiell geändert. Der Kaufmannsgehilfe wendet, im Gegensatz zu Arbeitern, einen geringeren Teil seines Einkommens für Nahrungsmittel auf und richtet seinen Bedarf in erster Linie auf Wohnung, Kleidung, Ausbildung, soziale Fürsorge, kulturelle Bedürfnisse usw.⁹⁵. Diese Stilisierung versah Coyner mit dem Kommentar – *in any case, the expectations of the white-collar trade unions are not supported. Indeed, the DHV was describing the government officials more accurately than the white-collar employees. The DHV appears to have stated accurately some middle-class values, while in-accurately reporting white-collar behavior*⁹⁶.*

Der sozialdemokratische AfA-Bund teilte die Auffassung, daß der *Kulturbedarf* der Angestellten und ihr Verbrauch bei Kleidung und Wohnung größer sei als der von Arbeitern, auch in den Fällen, wo das Einkommen beider sich nicht wesentlich unterscheide. Darüber hinaus zeige der intersoziale Vergleich aufgrund der vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Haushaltsrechnungen von 1927, daß *trotz fortschreitender ökonomischer Proletarisierung der Angestellten die Unterschiede in der Lebensführung im Vergleich mit der Arbeiterschaft größer sind als im Vergleich mit der Lebenshaltung der Beamten*, wenn sich die Lebensführung der Arbeiter der der Angestellten seit der Vorkriegszeit auch angenähert habe⁹⁷. Freilich – bei einem Posten schien die Position der Angestellten zwischen Arbeitern und Beamten gekippt: Was der DHV nur verschämt andeutete, sprach der AfA-Bund offen aus: *Der Arbeiter wende in gleichen Einkommensstufen inzwischen anteilmäßig wie nominal sogar m e h r für Bekleidung auf als der Angestellte und rücke mindestens, was die Wertseite der Haushaltsführung betreffe, in die Nähe der Beamten*. Obwohl es also Anzeichen gab, daß die Dynamik der sozialökonomischen Realität an den Unterscheidungslinien zwischen Arbeitern und Angestellten, rüttelte, während

an ihnen noch rhetorisch festgehalten wurde, stellte Otto Suhr 1928 wieder den besonderen Kulturbedarf, die Ausgabenbereitschaft für Wohnung und Kleidung und für *die sonstigen Dinge des Lebens* als das entscheidende Kennzeichen des Angestelltenkonsums heraus. Die Kulturbeflissenheit der Angestellten wurde in der Konsumliteratur ohne Unterlaß beschworen⁹⁸. Oft war damit allerdings wenig mehr gemeint als die Tatsache, daß Arbeiter dem Vernehmen nach mehr fürs Essen ausgaben als Angestellte. Ob die Neigung, sich den *anderen Dingen des Lebens* zu widmen, einfach auf ein durchschnittlich besseres Einkommen bei den Angestelltenhaushalten zurückzuführen war, wurde nicht exakt geprüft. Im allgemeinen blieb die Sonderstellung der Angestellten unbestritten. Sie erschienen als soziale Gruppe eigener Art.

Coyners Darstellung setzt die These vom eigenständigen Angestelltentypus fort, allerdings unter anderen Akzenten. Mit dem Angestellten tritt der innovatorische Konsument der modernen Überflußgesellschaft auf, der sozialen Ehrgeiz mit Repräsentationsbedürfnis verbindet und dafür auch zu einer Einschränkung bei dem Aufwand für die physische Existenzhaltung bereit ist. Stärker als andere Gruppen sollen die Angestellten aufstiegsorientiert und aufmerksam allem Modischen und Neuen gegenüber gewesen sein: *consumer innovators, urban, modern, clearly not lower class, and pleasure seeking* – das Heute wichtiger als die Planung der Zukunft⁹⁹? Hinter diese Deutung ist ein Fragezeichen zu setzen; denn gleichzeitig fand Coyner, daß Angestellte mehr auf Sicherheit bedacht gewesen seien als jede andere Berufsstellungsgruppe und sich fast im Übermaß gegen alle Risiken des Lebens zu versichern versucht hätten: eine Mentalität, die den modernen *Wohlfahrtsstaat* nicht nur bereitwillig akzeptierte, sondern ihn als selbstverständlich herbeiforderte¹⁰⁰? Erst mit höherem Verdienst suchten Angestellte Anschluß an den familienzentrierten und kindorientierten Lebensstil der Mittelklasse¹⁰¹. Die Ausgaben seien in erster Linie von der sozialen Interaktion außerhalb von Heim und Familie und von dem Wunsch nach äußerer Repräsentation geprägt gewesen.

In dem Versuch, die genannten Stilelemente durch eine Reinterpretation der gruppierten Daten, die das Statistische Reichsamt der Dokumentation

der Einzelbudgets als Auswertungsband mitgab, empirisch nachzuweisen, erlag die Verfasserin freilich an vielen Stellen der Versuchung, in die vorhandenen Daten ihnen fremde Inhalte hineinzulegen und die Zahlen interpretatorisch zu überstrapazieren. Unbeschadet dessen, daß dies im Einzelfall unter Rückgriff auf die benutzte Quelle nachgewiesen werden könnte, bleiben Coyners Hauptthesen dennoch von Interesse.

Die Attraktivität, die Vergnügungsaktivitäten für Angestellte besessen haben sollen, las Coyner direkt an der Höhe der *social expenses* ab. Mit den Ausgaben für Unterhaltungszwecke, Reisen, Erholung und Genußmittel lagen die Angestellten an der Spitze vor allen anderen Berufsstellungsgruppen. In allen Einkommensstufen bis auf die von über 6.100 RM gaben sie mehr aus als diese, nur in zwei von insgesamt fünf Einkommensstufen, in denen Vergleiche zwischen den drei Berufsstellungsgruppen möglich waren, wurden sie von Arbeitern noch übertroffen. Im Durchschnitt gaben nach Coyner Angestellte 325 RM oder fast 7 % ihres gesamten Budgets pro Jahr und Haushalt für *social life* aus. Sie waren bereit, dafür an anderer Stelle zu sparen. In dieses Bild fügt sich ein, daß Angestellte im Durchschnitt auch die höchsten Ausgaben im Restaurant verzeichneten. Mitgliedsbeiträge zu Vereinen zeigten dabei ein unelastisches Ausgabeverhalten, das heißt, sie wurden nicht im Schritt mit den wachsenden Einkommen vergrößert; das Ausgabeverhalten ähnelte dem Arbeitermuster.

Die sozialen Unterschiede im Vergnügungs- und Luxuskonsum schienen Coyner besonders geeignet, unter den Kontrastbegriffen Traditionalität / Modernität interpretiert zu werden. Beamte sollen sich eher traditionsverhaftet verhalten haben: von ihrer Vorliebe für Theater statt Kino bis zu der für Zigarren statt Zigaretten. Der Konsum dieser Produkte gehorche - so argumentierte Coyner - nicht Statusgesichtspunkten und sei im allgemeinen auch nicht auf Einkommensunterschiede zurückführbar, ausgenommen eventuell der Rückgang von Tabak in höheren Einkommensstufen bei Angestellten und Beamten. Vielmehr müßten sowohl Tabak als auch Zigarren als *old-fashioned smoke* gelten, demgegenüber gerade Angestellte die "moderne" Zigarette bevorzugt hätten. Ebenso scheinen Beamte bei "traditionaler" Unterhaltung wie dem Theater geblieben zu sein, während Angestellte

- darin "modern" - die Kinos frequentiert hätten¹⁰². Arbeiter, die mit dem Pfennig rechneten und, altmodisch, immer nur das ausgaben, was sie hatten, teilten mit den Angestellten das Interesse an modernen Formen der Massenkultur (*popular culture*). Aber es seien die Angestellten gewesen, die diese am stärksten von allen favorisiert hätten. In den so gezeichneten Angestellten-typus fügt sich die bereitwillige Akzeptanz des neu auf den Markt drängenden Rundfunks ein¹⁰³.

Unter Absehung von Angestellten der höchsten Verdienststufen drückt der Angestelltenkonsum nach Coyner eine Geringschätzung kindbedingter Konsumwahlen aus. Geringe Kinderzentriertheit und starke Außenorientierung schienen einander zu bedingen. Für die Summe aller Bekleidungsstücke, für Schuhwerk und dazu gehörenden Reinigungs- und Reparaturaufwand gaben die Angestelltenhaushalte zwischen 10 und 12 % ihrer Einkommen aus. Die Ausgaben schienen zwar "schneller zu steigen" als das Einkommen; aber pro Kopf gerechnet entsprach diese Zunahme offenbar der Zunahme der Familiengröße. Kleidung schien für die Angestellten mithin eine Produktgruppe des starren Bedarfs zu sein. Obwohl ihre Familien in der Regel kleiner waren als Arbeiterfamilien, gaben sie pro Kind keine größeren Beträge aus als diese¹⁰⁴. Erst in der Einkommensstufe über 1.800 RM deutete sich (wie bei den Beamten) ein größeres Interesse an der Familie und der Ausbildung der Kinder an¹⁰⁵.

In der Dimension der Bildungsausgaben blieb die Grenzziehung zwischen Angestellten und Beamten unscharf. *Irgendwo zwischen Arbeitern und Beamten* folgten die Angestellten einem *nicht eindeutigen (ambiguous) Konsummuster, in dem die Ausgaben für Schulbildung extrem schwanken konnten. Anscheinend gaben einige Familien sehr wenig und andere dafür sehr viel aus, so daß ein klassenspezifisches Konsummuster oder ein bestimmter Zusammenhang mit der Höhe der Einkommen nicht sichtbar* werde. Die Kontraste, die Coyner gleichwohl abzugreifen versuchte, sind empirisch außerordentlich schwach gesichert. Dies gilt vor allem für die Unterscheidung verschiedener Typen von Bildungsausgaben: kindorientierter Bildungsaufwand im engeren Sinne, Weiterbildung und Lesestoffe allgemeinen Inhalts. Coyner argumentierte, daß den schulischen Aufwand

zugunsten der eigenen Kinder keine soziale Gruppe so wichtig nahm wie die Beamten. Arbeiter gaben dafür nur geringfügige Beträge aus und investierten höchstens in die eigene Weiterbildung (*supplementary lessons*). Der einzige Posten, für den Familien von Angestellten anscheinend mehr ausgaben als alle anderen Gruppen, war Lesestoff, ein Freizeitvergnügen vor allem für Erwachsene. Angestellte waren am wenigsten an Veranstaltungen interessiert, die eine Erweiterung des kulturellen Bildungshorizontes bedeutet hätten; einige Haushalte gaben allerdings beträchtliche Summen für die Schule aus. Das (erschlossene) Verhältnis der Kosten von formalisierter Ausbildung und informeller Bildung (*formal and informal learning*) veranlaßte die Verfasserin zu der Feststellung, *daß für die Kinder von Angestellten Bildung bestenfalls Erfahrung in der Praxis bedeutete - und für viele Familien keine besonders wichtige* ¹⁰⁶.

In dem typischen Nahrungsmittelkonsum von Angestellten sah Coyner drei beherrschende Merkmale: Erstens würden bei steigendem Einkommen die Ausgaben für alle Nahrungsmittel gleichmäßig erhöht. Das bedeutete zweitens, daß die proportionale Struktur des Nahrungsmittelbudgets in allen Einkommensstufen bestehen bleibe. Nichtsdestoweniger träten mit steigendem Einkommen drittens einige typische qualitative Veränderungen ein: Dunkles Brot würde durch Weizenprodukte ersetzt, die Margarine durch Butter, das Gehackte und das Gefrierfleisch durch Kalbfleisch und Schinken. Aus der Tatsache, daß die Nahrungsausgaben in Grenzen elastisch reagierten, schloß sie, daß eine hochwertige Ernährung für diese soziale Gruppe einen Wert in sich dargestellt habe. Obwohl die Angestellten, wenn das Einkommen pro Kopf gering war, weniger Fleisch als jede andere soziale Gruppe verzehrten, vermieden sie offenbar Kartoffeln, dunkles Brot und Margarine. Obwohl sie nach Coyners Berechnungen von allen sozialen Gruppen am wenigsten Proteine und Kalorien zu sich nahmen, mochte Coyner die Angestelltenkost nicht als ärmlich charakterisieren ¹⁰⁷.

Den mit etwa 20 % zweitgrößten Posten im Budget stellten die Ausgaben für Wohnung einschließlich Miete, Einrichtungsgegenständen und Kosten für Instandsetzung und Reparaturen dar. Anhand verstreuter Angaben über Wohnungsgrößen und Strategien der Anschaffung von Einrich-

tungsgegenständen zeichnete Coyner das Bild der typischen Angestelltenwohnung in guter Wohnlage und teuer bezahlter Nähe zu den Zentren urbanen Lebens und neuzeitlicher Zerstreung¹⁰⁸, aber mit dürftigem Mobiliar – vielleicht vorwiegend aus Erbstücken der Familie – und einem Minimum an Komfort¹⁰⁹. Im allgemeinen präferierten Angestellte demnach Mietshäuser aus der Vorkriegszeit und verringerten die Kosten durch Abvermietung.

Eine methodisch diffizile und ehrgeizig durchgestaltete Studie über das Verbrauchsverhalten privater Haushalte stammt aus Finnland¹¹⁰. Die Budgets von 5.512 Arbeitnehmerhaushalten, jeweils über einzelne Monate des Jahres 1971 geführt, wurden in dieser Untersuchung zu (fiktiven) Jahresrechnungen zusammengesetzt. Außer diesen Haushalten wurden zusätzlich weitere zu ihrer Konsumgestaltung und zu ihren Zeitverwendungsgewohnheiten befragt, so daß insgesamt 8.817 Interviews in die Untersuchung miteinbezogen werden konnten. Die Analyse erfolgte in drei Schritten. Es wurden zwei Variablenreihen unterschieden, von denen die eine die als "unabhängig" betrachteten Variablen enthielt und wiederum zwei Unterreihen umfaßte, und die andere die Reihe der "abhängigen"; das waren Ausgabenprozentage in der Haushaltsrechnung. Die unabhängigen Variablen waren Merkmale der Lebenslage (*living conditions*) – zum einen soziale Variablen im engeren Sinne: Einkommen, Familiengröße, Altersgruppe, Stellung im Lebenszyklus, Schichtzugehörigkeit, Lebensumwelt, Ausstattung mit dauerhaften Konsumgütern, Bildung und Beruf, zum anderen die Zeitallokation zwischen beruflichen und nichtberuflichen Tätigkeiten. Als erster Schritt wurden in einer Faktorenanalyse korrelative Zusammenhänge zwischen Variablen aller dieser drei Reihen ermittelt um zu erfahren, ob die Höhe bestimmter Ausgaben mit anderen Variablen kovariierte. Dieser Analyseschritt ergab drei Faktoren ("Konsumstile"), die durch die Höhe der Faktorladungen gleichzeitig die sie kennzeichnenden Variablen der "unabhängigen" Reihen definierten. Diese drei Konsumstile nannte die Verfasserin

1. Modernität des Konsums,
2. Mobilität im Konsumverhalten,
3. Vielfalt im Konsum (*variosity*).

Diese Faktoren, bipolar dichotomisiert, führen zu 2^3 Kombinationen (*consumer segments*), welche einzelnen Konsumentengruppen entsprechen beziehungsweise bestimmte Konsummuster, konsumtive Typen oder Milieus darstellen sollten. Als charakteristische abhängige Variable galt jeweils die mit der höchsten Faktorladung. Der zweite Analyseschritt zielte auf die Frage, welche Variablen der Lebenslage für die festgestellten Differenzen zwischen Konsummustern als ausschlaggebend anzusehen seien. Hierfür war die Methode eine multiple Regressionsanalyse. Diese wurde in einem dritten Schritt durch eine spezielle Form der Varianzanalyse (*multiple classification analysis*) ergänzt, um die Stärke des Einflusses der strategischen Variablen der sozialen Lage auf die Variablen des Konsumverhaltens (der Allokation der Ausgaben) genauer zu schätzen. Der hier zur Verfügung stehende Raum erlaubt nicht die eingehende Kritik, die diese überaus anregende Untersuchung differentiellen Konsumverhaltens im Finnland von heute verdient hätte.

Bei der Auslegung der Ergebnisse stand die Verfasserin vor einem Problem, das alle induktiv vorgehenden Analysen dieser Art aufwerfen, nämlich den aufgrund formaler Klassifikationsverfahren gefundenen sozialen Aggregaten eine aus der Struktur der Gesellschaft und ihrem Wandel hervorgehende sinnvolle Deutung zu geben. Die acht Konsumentensegmente (Konsumtypen) umfaßten zwischen 140 und 350 Haushalte aus sechs sozialen Gruppen in wechselnden Mischungsverhältnissen (insgesamt 1.908 Haushalte). Diese sozialen Gruppen waren: Bauern und Landwirte, Unternehmer und Selbständige, leitende Angestellte und leitendes Verwaltungspersonal, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst, gelernte Handarbeiter, ungelernte Arbeiter einschließlich Wald- und Landarbeiter. Nicht diese Berufsgruppen waren indes der eigentliche Untersuchungsgegenstand; vielmehr sollte über die Sozialstruktur Finnlands ein Netz in ihrer Beziehung zur beruflichen Tätigkeit letztlich nicht eindeutig geklärt, aber konsumsozial generierter Lebensstilmilieus gelegt werden. Interpretatorische Unsicherheiten enthielt, wie die Verfasserin zu Recht betonte, die differentielle Charakterisierung der acht Konsumtypen. Die einzigen Anhaltspunkte lieferte die verbalisierende Deutung der drei "Konsumstile" – Modernität, Mobilität und Konsumvielfalt –, die sich aus der

Faktorenanalyse ergeben hatten, und die soziale Zusammensetzung der acht Konsumentengruppen. Die Kombination von großer Konsumvielfalt und Modernität ergab den "aktiven städtischen Verbraucher" entweder als den 1. *young conspicuous consumer*, wenn die Mobilität hoch, oder als den 2. aktiven familiären Typ, wenn die Mobilität niedrig war. Die erste Gruppe (177 Haushalte) bestand zu 60 % aus Angestellten, zum Teil in leitenden Positionen (*manager*), und zu 38 % aus Arbeitern, die zweite (338 Haushalte) zu gleichen Teilen aus "Managern" und Arbeitern. Die Kombination aus geringer Modernität und großer Konsumvielfalt repräsentierte den "aktiven ländlichen Verbraucher mit Hang zu Eigenproduktion", den Konsumtyp, der am ehesten grün-alternativen Überzeugungen zugänglich sein sollte, bei hoher Mobilitätsbereitschaft materiell eingestellt, bei geringer Mobilität privatistisch zurückgezogen. Diese beiden Gruppen bestanden zu je einem Drittel aus "Managern", Arbeitern und Landwirten. Die Kombination von hoher Modernität und geringer Konsumvielfalt generierte den "passiv lebenden städtischen Verbraucher", "entfremdet" bei hoher Mobilität (61 % Arbeiter), mit unterdrücktem Lebensgefühl (hohe Ausgaben für Ernährung, Alkohol, Sparen, z.T. hoher Aufwand für Wohneigentum) bei niedriger Mobilität (60 % Arbeiter). Den siebten und achten Konsumtyp umschrieb die Verfasserin als den "passiv eingestellten ländlichen Verbraucher", der bei hoher Mobilität auf enger Reproduktionsbasis lebte (ein Drittel Arbeiter, zwei Drittel Bauern) oder bei niedriger Mobilität traditional befangen (20 % Arbeiter, 70 % Bauern)¹¹¹.

Neuere Arbeiten sind durch eine eigentümliche Unausgewogenheit zwischen Übergewicht der mathematisch-statistischen Formulierung von Gleichungssystemen und der Konstruktion von Schätzmodellen im Vorfeld der Interpretation auf der einen Seite und assoziativer Unbekümmertheit bei der substantialisierenden Auslegung der Rechenergebnisse auf der anderen Seite gekennzeichnet.

Das Mißverhältnis zwischen dem Umfang technischer Präliminarien und der inhaltlichen Analyse ist besonders spürbar im Fall einer neueren Untersuchung des privaten Konsums in den USA. Diese umfaßte 10.176 Haushalte mit Haushaltsvorständen weißer Hautfarbe im Alter zwischen 25 und 64 aus

einer größeren Verbraucherumfrage von Anfang der 1970er Jahre. Die Daten wurden, aufgebrochen nach 10 Einkommensklassen mal 4 Bildungsschichten mal 4 Berufsgruppen, so daß eine Matrix von 160 Zellen mit durchschnittlich 64 Haushalten entstand, mit faktoren- und regressionsanalytischen Verfahren auf die Frage hin untersucht, wie Bildung, beruflicher Status und Einkommen die Elastizität des Konsums beeinflussten¹¹². Unabhängige Variablen waren Wohnort nach Bundesstaat (4 Ausprägungen) und Ortsgröße (3 Ausprägungen), Alter, Ehestand, Bildungsniveau (gemessen an Ausbildungsjahren) und beruflicher Status (12 Berufsarten in 10 Sparten) des Haushaltsvorstandes sowie das Haushaltseinkommen; abhängig gesetzt waren die logarithmierten Ausgabenbeträge von 17 Budgetpositionen.

Aus der großen Menge von Detailinformationen kondensierte Sobel folgende generelle Befunde hinsichtlich der Strukturbedingungen der Lebensstildifferenzierung im Konsum eines tragenden Segments der US-amerikanischen Bevölkerung Anfang der 1970er Jahre¹¹³.

- Unter allen berücksichtigten sozioökonomischen Faktoren waren es drei, die zur Differenzierung von Lebensstilen beitrugen: Einkommen, beruflicher Status und - unter gewissen Einschränkungen - Bildungsniveau. So fand sich der Autor zu Zweifeln an Max Webers Ansatz veranlaßt - *the findings provide no support for the simplified Weberian hypothesis that class differentiates production while status differentiates consumption.*
- Die Höhe des Einkommens hatte nachweisbare Wirkungen auf die Gestaltung des Konsums, mithin auf die Differenzierung von Lebensstilen.
- Differentielle Effekte von Bildung und Ausbildung waren nur nachweisbar bei den Ausgaben für die Wohnung (Mieten einschl. Nebenkosten und handwerksmäßige Instandhaltung) und den Ausgaben für Haushaltstextilien und Wohnungseinrichtung. Allenfalls hatte Bildung indirekte Auswirkungen auf die Entstehung von Musterkonsistenz: *Education appears to have indirect effects, if not total effects, by operating on stylistic unity. Furthermore, the manner in which education differentiates stylistic unity is conditioned by place in the socioeconomic hierarchy.*
- Indes ließ sich feststellen, daß bei Kontrolle von Einkommen und Bildungsniveau der berufliche Status (d.h. die Rolle als Beschäftigter in

Handel und Verwaltung, als Angestellter oder Beamter im öffentlichen Dienst, als Handwerker, als gelernter Arbeiter, als ungelernter Arbeiter, als Farmer oder Techniker und Professional) stark zur Differenzierung von Lebensstilen beitrug. Die soziale Stellung im Beruf brachte in höheren Strata des gesellschaftlichen Schichtungssystems Muster statusbezogener conspicuous consumption hervor. Status sollte gegen Einkommen substituierbar sein - *rich people with less status are able, by virtue of greater financial resources, to [...] attain a lifestyle similar to that of higher status persons*. Es gab sowohl signifikante Alters- als auch regionale Effekte, aber ohne interpretierbare Regelmäßigkeiten.

- Wenn die Familiengröße stieg, weitete sich der Verbrauch von existenzwichtigen Gütern aus, und es schrumpfte der Konsum von Luxusgütern.
- Die Größe des Wohnorts und das Merkmal, ob der Haushaltsvorstand verheiratet war oder nicht, zeigten keine Effekte, was Sobel allerdings zum Teil auf technische Umstände der Analyse zurückführen konnte.
- Aus der Faktorenanalyse leitete der Autor vier Aspekte ab, die er als Ausdruck einer verhaltensrelevanten Tiefenstruktur, die allen modernen Gesellschaften westlichen Typs gemeinsam sei, deutete. Die zwei Faktoren "Demonstration persönlichen Erfolgs" (*visible success*) und "Aufrechterhaltung des Alltagslebens" (*maintenance*) sowie zwei kontrastierende Formen des Unterhaltungskonsums, der eine jung, dynamisch, extrovertiert, der andere auf Heim und Familie zurückgezogen, stellen universale Strukturbedingungen des privaten Konsums dar.

Die Aussagekraft der Studie wurde allerdings auf zwei Ebenen beeinträchtigt, von denen die eine die Methodik der Analyse, die zweite das Konzept betrifft. Das Konzept "Stil" wurde aus dem Blickwinkel der Kunstgeschichte hergeholt und an formale Elemente, die der ästhetischen Anschauung unmittelbar gegeben sein sollten, geknüpft. Dadurch wurde es notwendig, einen weiteren Begriff für sozial "konsistente" Kombinationen musterprägender Elemente (nämlich: *stylistic unity*) zu definieren. Ungeachtet der komplizierten statistischen Operationalisierung, die der Autor zu Wege brachte, hat dieser Ausgangspunkt jedoch zwei problematische Annahmen zur Folge. Erstens wird Konsum auf das, was sich dem Auge

direkt darbietet, beschränkt. *Thus, it is argued that a lifestyle consists of expressive behaviors that are directly observable or deducible from observation.* Nur was öffentlich und sichtbar ist, besitzt Relevanz für einen *mode of living*. Konsumgüter können also nur nach ihrem öffentlichen Auftreten klassifiziert werden, und diese Klassifikationen sind von der perceptiven Einstellung der Konsumenten hervorgebracht. Mithin wird Lebensstil zum individuellen Merkmal jedes Konsumenten – *lifestyle is viewed as a property of the individual*. Zweitens wird die Häufigkeit des Auftretens zum Kriterium für "Stil". Nur was standardmäßig der Fall ist, kann stilbildend wirken – *one behavior is more inconsistent than the other, because it occurs less frequently*¹¹⁴. Bei allem Aufwand in der Datenbearbeitung bleibt die Beschreibung der durch die unabhängigen Variablen strukturierten Bedingungen der Lebensstildifferenzierung im Endergebnis sehr generell, was sicher auch mit der Selbstbeschränkung auf die technische Seite der Analyse zusammenhängt: *the data analysis itself, while substantively motivated, is influenced predominantly by statistical, rather than sociological, considerations*¹¹⁵.

Mit der Implementierung des Berliner Gesamtbestandes bieten sich jetzt neuartige Möglichkeiten, die Haushaltsrechnungen, die inzwischen ihre frühere Politikrelevanz verloren haben und eine geschichtliche Quelle geworden sind, übersichtlicher und trennschärfer nach sozioprofessioneller Schichtzugehörigkeit zu ordnen. Wir können diese Möglichkeiten bei weitem nicht ausschöpfen. Aus arbeitsökonomischen, aber auch aus Gründen des Forschungsstandes mußten die sozioprofessionellen Kategorien noch recht grob umrissen bleiben. Sie halten in etwa eine mittlere Linie zwischen der Unterscheidung nach *Berufsarten*, die das Kaiserliche Statistische Amt traf und die sich als zu vordergründig-phänomenalistisch herausgestellt hat, und der Unterscheidung nach der *sozialen Stellung im Beruf*, die eher taxonomisch abstrakt als sozial sensibel ist. In dem anschließenden Kapitel 3 wird der Weg von den individuellen, in den Quellen aufgezeichneten Berufsangaben zur Bildung von Berufsgruppen dargelegt.

3 Die sozioprofessionelle Gruppierung der Haushalte

Es bedarf heutzutage keiner besonderen Rechtfertigung, das Einkommen zum zentralen Faktor mikroökonomischer Untersuchungen zu erklären; der Beruf ist für die Untersuchung von Mustern ökonomischer Haushaltsführung indes noch nicht selbstverständlich. Im ersten Abschnitt dieses Kapitels wird versucht, den Begriff von "Beruf" im Hinblick auf seine Bedeutung in unseren Quellen, den Haushaltsrechnungen, und die Begriffe "Beruf" und "Berufsgruppe", wie wir sie in sozialhistorisch-rekonstruktiver Absicht verwenden, zu erläutern. Der Ansatz, den wir hier verfolgen wollen, beruht auf der Prämisse, daß Berufe einen Komplex von Lebensgewohnheiten, Freizeitverhalten, Konsumorientierungen und -präferenzen, kurz - einen Lebensstil integrieren. Deshalb erschien es notwendig, nach Möglichkeit die sozialen Attribute der Berufe, die im Berliner Gesamtbestand vertreten sind, zu rekonstruieren. In Abschnitt 2 werden für jeden Beruf des Gesamtbestandes die Merkmale benannt, die für seine Zuordnung zu einer bestimmten Berufsgruppe ausschlaggebend waren. Er soll also die Verdichtung der individuellen Quellenangaben zu Berufsgruppen durchschaubar machen. Im Vorfeld der Analyse vorgenommen, präformiert dieser Prozeß der Aggregation nämlich die Möglichkeiten und Bewertungsspielräume jedes Untersuchungsergebnisses. Der Abschnitt 2 dieses Kapitels ist mithin der sehr bescheidene Anfang zu einem historischen Lexikon der Berufe, das noch nicht existiert.

3.1 Beruf und Berufsgruppe

Der Beruf spielt in Arbeiten über soziale Schichtung und soziale Ungleichheit seit längerem eine wichtige Rolle¹, z.B. im Hinblick auf einzelne Dimensionen sozialer Ungleichheit wie die differentielle Verteilung von Krankheit und

Tod² oder regionale Disparitäten³. Die differentielle Struktur des Konsums ist erstaunlicherweise bisher ziemlich stiefmütterlich behandelt worden. Die enge Verbindung von Beruf und Lebensstil blieb weithin Gemeinplatz. *Empirically, we know that the choice of an occupation is always, in effect, the choice of the standard of living associated with being a member of that occupation. Change in occupational status makes possible, and sometimes mandatory, changes in consumption patterns*⁴. Die Lebenserfahrung sagt uns, daß typische Verbindungen zwischen sozialem Status, beruflicher Stellung und alltäglichem Verhalten einschließlich Konsumstilen bestehen. *Es gibt Menschen, die schlaflose Nächte haben, weil sie Methoden ersinnen, um Pakete von Versandhäusern, offenbar ein Mal inferioren Ranges, zu bekommen, ohne daß die Nachbarn es merken; es gibt (wie wir gesehen haben) Mädchen, die ihr Studium abbrechen, weil sie "einfach nicht gesellschaftlich höher stehen" können als ihr Mann; es gibt Menschen, die auf einer Privatjacht nach Westindien fahren können und andere, die noch nie in ihrem Leben eine Ferienreise gemacht haben; es gibt Hunger um des Erwerbs von Statussymbolen willen, Magengeschwüre aus sozialer Unsicherheit und Selbstmord wegen eines "Versagens".* Es gibt, so fuhr Dahrendorf in Auseinandersetzung mit Geigers klassischer Schichtanalyse fort⁵, *bestimmte wirtschaftliche, politische, soziale Einstellungen, die an gesellschaftlichen Stellungen kleben, so wie Rollenerwartungen an ihnen kleben. Wer Unternehmer wird, sieht sich diesen Einstellungen als Anspruch, vielleicht als Zumutung gegenüber, ebenso wie der Angestellte, der Arbeiter, der Bauer.* Sie sind natürlich nie einheitlich, und nicht jeder Schichtangehörige zeigt die zu ihm passende Mentalität in reiner Form.

Prestige, Einkommen, Klassenbewußtsein, Werteinstellungen (*value orientations*), Interaktionsmuster (Ausmaß des sozialen Kontaktes aufgrund ähnlichen Lebensstils) und Beruf (*occupation*) galten in der US-amerikanischen Soziologie schon früh als die entscheidenden Dimensionen des Konzepts *social class*. Sie traf darin Max Webers Konzeption, der Status auf Typen von Lebensstilen und Konsummustern bezogen hatte. Die kategorialen Zusammenhänge zwischen den Variablen sind jedoch verwickelt. Häufig wurden Fragen der beruflichen Mobilität und der Einkommensaufbringung diskutiert, der Professionalisierung, der Beschäftigung von Frauen, auch die Differenzen

männlicher und weiblicher Berufsrollen, Arbeitszufriedenheit und Reaktionen auf Abläufe am Arbeitsplatz. Dazu fand die Differenzierung der Berufe untereinander und die Beziehung von Berufen zur Sozialstruktur in US-amerikanischen Fachzeitschriften⁶ – zumindest nach der schier unerschöpflichen Zahl von Beiträgen zu urteilen – in steigendem Maß Interesse.

Bereits Mitte der 1920er Jahre fand der Begriff der *occupational attitude* Eingang in die US-amerikanische Soziologie. Man wollte mit diesem Terminus ausdrücken, daß die vom Arbeitsprozeß geforderte Aufmerksamkeitskonzentration auf immer die gleichen Objekte, die gleichbleibende Arbeitsumwelt, die gleichartigen Gespräche am Arbeitsplatz, die Unterhaltungen und Wortwechsel auf den Plätzen und in den Geschäften, wo sich die Familien, deren Mitgliedern die Arbeitsstellen gemeinsam waren, zu treffen pflegten, eine Art *social inter-stimulation* erzeugen. So erklärte man sich die Entstehung typischer mit einem "Beruf" verbundener Wertvorstellungen und Äußerungsformen kultureller Art⁷. *Each occupation tends to develop its own culture heritages, slogans, beliefs or even superstitions. These are sooner or later caught up by the individual and with modifications become a part of his thought life, creating for him an occupational attitude.* Die Organisation in Berufsverbänden, Konsumgenossenschaften, das politische Geschäft von Berufs- und Standesvertretungen sollten derartige Einstellungskomplexe zusätzlich stützen und festigen. Man hat von "Subkulturen", die mit einer bestimmten Arbeit verbunden sind, gesprochen, von berufsbestimmten Identitäten als Teilen der Persönlichkeitsstruktur, von "kollektiven Repräsentationen"⁸ und hat argumentiert, daß Berufe Lebensstile hervorbringen beziehungsweise Menschen mit bestimmten Lebensstilen selektiv anziehen. *Their members share life chances and social experiences, and many of the direct contacts of men at work and even at play are with other in a similar, if not necessary the same, occupational category*⁹. Empirische Nachprüfungen solcher Behauptungen sind allerdings selten gewesen¹⁰.

In Frankreich war es Maurice Halbwachs, der den sozialen Erzeugungsmechanismen, die zwischen sozialen Strukturen und ökonomischen Lagen am Werk sind, empirisch nachging. Dafür ist die Art, wie er differentielles Konsumverhalten bezüglich Wohnungsmieten und Ausgaben für Ernährung und

Kleidung erklärend einander gegenüberstellte, instruktiv¹¹. Diesen Ausgabenposten entsprachen seiner Meinung nach sozial unterschiedliche Arenen für Kontaktmöglichkeiten zwischen den Menschen, die die sozialen Klassen in unterschiedlicher Weise nutzen. So machten sich (in der Gesellschaft, die er vor Augen hatte) bestehende soziale Schranken zwischen Arbeitern und Angestellten in der Unterschiedlichkeit der Wohnungsausstattung und folglich der Ausgaben bemerkbar, während die allgemeine Zugänglichkeit der Auslagen in den Geschäften für Lebensmittel und Kleidung eine nivellierende Wirkung auf das häusliche Budget ausübten. Diese Beobachtung war für Halbwachs wichtig, weil die seinen Arbeiten zugrunde liegende Theorie eine der gesellschaftlichen Integration war. Jeder Einzelmensch kann seine sozialen Qualitäten nur in dem Maß entfalten, wie er den für seine Gesellschaft konstitutiven Normen entspricht. Diese Normen bestünden hierzulande in der Verhaltenserwartung, daß jeder Einzelne danach strebe, Teil eines Kollektivs zu werden und dessen Wertsystem zu teilen (*la communauté des pensées et des sentiments*). *Il en résulte qu'une classe occupera un niveau d'autant plus élevé que ses membres participeront davantage à la vie collective, telle qu'elle est organisée dans leur société.*

Bedürfnisse hielt er für um so sozialer, je stärker Ihre Befriedigung *s'accompagne d'un plus grand nombre de pensées et de sentiments collectifs*. In seiner Definition von sozialer Klasse trafen sich – so könnte man sagen – die zwei Traditionen sozialstatistischer Forschung, die in Deutschland durch die Namen Schmoller auf der einen und Bücher auf der anderen Seite repräsentierbar sind. Soziale Klasse wurde einerseits durch die berufliche Tätigkeit bestimmt, andererseits von Einkommen und Vermögen. Beide, *travail* und *consommation*, haben ihren Preis; durch diesen stellt die Gesellschaft zwischen Ihnen die Verbindung her. Der Beruf (*ensemble de travaux*) und der Verbrauch (*ensemble de consommations*) sind beide *faits sociaux*. Die Berufe stehen nach dem Grad ihrer Beliebtheit in einer gewissen Hierarchie; diese hängt nach Halbwachs jedoch durchaus nicht von der Größe der Anstrengungen, die sie von ihren Trägern verlangen, ab. Vielmehr bestimmt der Grad der Vergesellschaftung, der Anteil *des pensées et des sentiments collectifs*, den Wert, den ein Beruf in der Gesellschaft hat. Die Schlußfolgerung bleibt bedenkenswert, auch wenn man die Einseitigkeit

dieser Prämisse nicht teilt: *Ainsi, il est très concevable que, dans la représentation de classe, on retrouve l'idée d'une profession, et l'idée d'un ensemble de dépenses, puisque ces deux termes expriment [...] la situation de l'homme dans la société, et le degré de sa participation à la vie collective.*

Eine wesentliche Aufgabe, die Halbwachs jeder Untersuchung der Klassenstruktur einer Gesellschaft stellte, besteht darin, die Differenzen der Lebensniveaus und Bedürfnislagen (*niveaux de vie*), wie sie nach ihrem Grad der jeweiligen Befriedigung und der ungleichartigen Entwicklung sozialer und nicht-sozialer Bedürfnisse bestimmt sind, herauszuarbeiten (*la détermination de "niveaux de vie" classés d'après la satisfaction et le développement inégal des besoins sociaux et non sociaux*)¹². Ein solcher soziologischer Ansatz hat neuerdings eine Radikalisierung bis zu dem Ausmaß erfahren, daß ökonomische Funktionsbeziehungen fast ganz ausgeblendet und die sozialen Beziehungen zu Attributen der Gegenstände, zur Sprache der äußeren Welt werden¹³. *Si l'on peut lire tout le style de vie d'un groupe dans le style de son mobiliers et de son vêtement, ce n'est pas seulement parce que ses propriétés sont l'objectivation des nécessités économiques et culturelles [...], c'est aussi que les rapports sociaux objectivés dans les objets familiers, dans leur luxe ou dans leur pauvreté, dans leur "distinction" ou leur "vulgarité", dans leur "beauté" ou leur "laideur", s'imposent par l'intermédiaire d'expériences corporelles aussi profondément inconscientes que le frôlement rassurant et discret des moquettes beiges [...] Chaque intérieur exprime, dans son langage, l'état présent et même passé de ceux qui l'occupent [...].*

In Deutschland hat sich zu diesen Fragen nicht geradezu eine Forschungstradition entwickelt; aber die Existenz berufsspezifischer Mentalitäten war in den Diskussionen des frühen 20. Jahrhunderts durchaus geläufig. In der amtlichen Konsumstatistik der Kaiserzeit wurde, anders als später, die Beziehung zwischen Konsum und Berufsausübung noch gleichberechtigt als ein Abhängigkeitsgefüge neben anderen wie Konsum - Familiengröße, Konsum - Einkommen behandelt¹⁴: *Von fast gleich großer Bedeutung für die Beurteilung der Wirtschaftsrechnungen, wie Kopfzahl und Wohlhabenheit der*

Familie, ist ihre berufliche Gliederung. Denn der Beruf des Haushaltsvorstandes ist nicht nur von ausschlaggebendem Einfluße [sic] auf die Höhe des Einkommens, sondern er beeinflusst in vielfacher Hinsicht unmittelbar Art und Gestaltung der Ausgaben [...]. In dem Auswertungsteil der amtlichen Erhebung von 1907/08 sind insbesondere Durchschnittsverbräuche nach dem Kriterium sozioprofessioneller Zugehörigkeit ausgewiesen:

- für 8 Berufsgruppen (Lehrer, mittlere Beamte, untere Beamte, Privatangestellte, gewerbliche gelernte und gewerbliche ungelernte Arbeiter, Handels- und Verkehrsarbeiter ohne weitere Spezifikation und "Arbeiter ohne nähere Bezeichnung") und für 40 Berufsarten die Durchschnittsausgaben in fünf zusammengefaßten Bedarfsgruppen (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, "Sonstiges");
 - für dieselben 8 Berufsgruppen und 40 Berufsarten die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel in 24 Einzelposten;
 - für die 8 Berufsgruppen die Ausgaben für Sonstiges in 13 Einzelposten.
- Besonders häufig wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeiterklasse kein homogenes Ganzes sei, sondern vielfältige Differenzierungen aufweise - so daß wir Arbeiterklassen unterscheiden können, deren berufliche und traditionelle Qualitäten mehr bürgerlich sind wie proletarisch ¹⁵.

Bunt und vielfach war das Verbrauchsbild des deutschen Haushalts [...] verschieden nach Landesteilen und Landessitten, resümierte Goetz Briefs 1917, regionale Disparitäten betonend. Ferner ergeben sich, fuhr er aber fort, Unterschiede nach Ständen. Es herrschen deutliche Vorstellungen von dem, was die soziale Geltung des Standes verlangt, und danach richtet sich mehr oder minder die Wirtschaftsführung. Unterschiede nach Berufen ergeben sich insofern, als nach der Art der Arbeit [...], als die Berufstätigkeit - Arbeitszeit, Mitarbeit der Frau, Entfernung der Arbeitsräume von der Wohnung - einen entsprechenden Einfluß auf die Verbrauchsgestaltung und Wirtschaftsführung hat. Der Erste Weltkrieg mit seinen auf anderen Gebieten dramatischen Brüchen bildete in dieser Beziehung wohl keinen deutlichen Einschnitt¹⁶. Wenig später führte es Professor Günther als Pluspunkt seiner Studie zur Lebenshaltung von Technikern an, daß sie eine homogene Berufsgruppe zum Gegenstand habe - denn: Der annähernd gleiche Beruf bildet

ein wichtiges Isolierungsmoment gegenüber anderen sozialen Schichten ¹⁷. Wiederum schienen – aufgrund der Verschiedenartigkeit ihrer Tätigkeiten – insbesondere die Arbeiter keine homogene Gruppe zu sein. *Die einzelnen proletarischen Teilschichten unterscheiden sich, wie Geiger Anfang der 1930er Jahre erörterte, durch die besonderen Bedingungen des Lohnverhältnisses (Stück- und Zeitlohn; Tage-, Wochen- und Monatslöhnung usw.), durch die besondere Art der Berufsbetätigung, die Gliederung nach Wirtschaftszweigen und durch Art oder Grad des erfordernten Leistungskönnens (Gelernte, Angelernte, Ungelernte; Büroarbeiter und Angestellte in verantwortlicher Tätigkeit usw.). Mit diesen Unterschieden hängen Abstufungen teils der Verbraucherlage, teils der sozialen Einschätzung zusammen* ¹⁸.

Gewiß traten neben die ältere, soziologische Betrachtungsweise, für die Geiger ein Beispiel ist, in dieser Zeit bereits weniger genau differenzierende, stärker makroökonomisch urteilende Auffassungen. So fügte Tyszka ¹⁹ dem Beruf im Sinne von Berufstätigkeit als dem Faktor, der die Ernährungsweise unmittelbar beeinflusse, als mittelbaren Faktor das Einkommen hinzu, dessen unterschiedliche Höhe *durch die Verschiedenheit der Berufe und vor allem der Stellung im Berufe, ob selbstständiger Unternehmer, Angestellter oder Arbeiter bedingt wird*. Aber die Erläuterung, die er gab, argumentierte trotzdem noch mit soziologischen Kategorien: *Denn während in früheren Zeiten die Bevölkerung sich sozial in Stände, Klassen, Kasten gliederte, kommt gegenwärtig in dem Beruf und besonders in der Stellung in diesem die soziale Differenzierung der Bevölkerung zum Ausdruck*. Dies dürfte einer der frühesten Belege des noch heute amtlich verwendeten Terminus "soziale Stellung im Beruf" sein. Gegen die Vereinfachung, die mit diesem Terminus möglich wurde, stand freilich die *immer wieder zu beobachtende Tatsache, daß die Höhe des Einkommens, genauer: die Unterschiede der Einkommen innerhalb sozial benachbarter Schichten für die gegenseitige gesellschaftliche Einschätzung dieser Schichten und für die Differenzierung ihrer Kulturanschauungen weniger bedeutend sein können als die Zugehörigkeit zum Berufsstand oder zur sozialen Schicht und das damit gegebene gesellschaftliche Bewußtsein: Wenn auch die ständischen Strukturprinzipien in der kapitalistischen Gesellschaft dem ökonomischen Prinzip unterworfen sind, so sind sie doch keineswegs ver-*

tilgt [...] ²⁰. Mitte der 1950er Jahre war die Klage darüber, daß die *Zuordnung bestimmter Konsumgewohnheiten zu bestimmten sozialen Rängen und Lebenskreisen* *w e g g e f a l l e n* ²¹ sei, ein Topos der konservativen Zeitkritik.

Es ist vermutet worden, daß diese Schichtmentalitäten sich seit der Jahrhundertwende tiefgreifend geändert haben. Dahrendorf meinte, sie hätten sich so differenziert wie das Schichtungssystem selbst, und das sei erst in der bundesrepublikanischen Gesellschaft vollends sichtbar geworden: *Der Neue Mittelstand hat sich als zu heteromorph erwiesen, als daß man ihn als eine Mentalitätsschicht beschreiben könnte. Auch die Arbeiterschicht – kaum mehr als "Proletariat" zu bezeichnen – verlangt nach stärkerer Differenzierung. Insgesamt dürfte es sich empfehlen, an die Stelle des sozio-ökonomischen und am Rande sozio-politischen Akzents bei Geiger einen betont sozio-politischen und zudem sozio-kulturellen Akzent bei der Beschreibung der Mentalitäten zu setzen. Gilt dies auch – so ist zu fragen – für das System von Konsumstilen? Entsprach einem sich zerfasernden System von Schichtmentalitäten die Ausdifferenzierung von typischen Einstellungen zum Konsum bestimmter Waren und Dienstleistungen?*

Mögen heutzutage traditionale Instanzen wie Religion, ständische Verbundenheit, zünftische Korporation, vielleicht auch Familie ihre identitätsstiftende und –stützende Funktion weitgehend verloren haben. Ob damit das Einkommen als die einzig ausschlaggebende Größe für die Generierung von Lebensstilen übrig geblieben ist ²², mag füglich bezweifelt werden. Während einige Elemente des Lebensstils überwiegend einkommensbestimmt sein mögen, dürften einige aber auch die Signatur andersartiger Determinanten tragen ²³. Freilich überschreitet diese Frage historisch bereits den Rahmen der vorliegenden Untersuchung und berührt die aktuellen Forschungen über die Präsenz von Lebensstilen und ihre Koagulation in "postindustriellen" Gesellschaften. Die voreilige Annahme, der Beruf sei nach dem Zweiten Weltkrieg als Schichtmerkmal bedeutungslos geworden ²⁴, dürfte jedenfalls zu der unbefriedigenden Forschungslage hinsichtlich Berufskulturen, die auch in der Geschichtswissenschaft festzustellen ist, beigetragen haben.

Die Entstehung von "Berufskulturen"²⁵ läßt sich als typischer Zusammenhang eines Bündels technischer Fertigkeiten und eines Komplexes von Lebensgewohnheiten, Erziehungsstilen, Mustern der familiären Organisation, Freizeitverhalten und schließlich auch Konsumpräferenzen vorstellen. Dazu ist ein subjektiv-sozialisatorischer Ansatz geeignet, der "Beruf", als eine Summe von Kompetenzen, kommunikative Kompetenz, soziale und Interaktionskompetenz, berufliche Kompetenzen²⁶, als gespeicherte Sozialisation konzipiert. Eine solche Sichtweise hat schon eine längere Tradition, ist aber neuerdings als "Theorie der Arbeitskräftemuster"²⁷ wieder ins Gespräch gebracht worden. Für diesen Ansatz sind die sozialen Attribute jedes Berufes von zentraler Bedeutung, d.h. spezielle Berufsethiken, soziale Organisationsformen, Autoritätsgrade, Einkommen, Prestige, Karrieremuster, Autonomiechancen, Sicherheit, Identifikationsmöglichkeiten, Bildungskanäle, insbesondere auch Konsumententscheidungen und schließlich *extrafunktionale Verhaltensnormen*²⁸. Damit sind Verpflichtungsstrukturen gemeint, wonach in manchen Gesellschaften von bestimmten sozialen Gruppen, z.B. Lehrern ein in gewisser Weise vorbildhaftes Verhalten im Alltag erwartet wird. In den USA ist philanthropisches Engagement eine unausgesprochene Pflicht für wohlhabende Geschäftsleute; bei Arbeitern, besonders gewerkschaftlich organisierten, herrschen die Solidaritätsnormen eines bestimmten kollektiven Verhaltens und so weiter. Die Gesamtheit dieser in unterschiedlicher Ausprägung auf den einzelnen Beruf entfallenden Attribute konstituiert die *Soziallage* der Träger der Berufe. Diese Attribute, gesellschaftlich konstituiert, stützen bestehende Strukturen sozialer Ungleichheit. Die Theorie der sozialen Konstitution von Berufen stellt eine praktische Kritik an der vordergründigen, aber verbreiteten Sichtweise dar, wonach Berufe lediglich in speziellen Fertigkeiten und Tätigkeiten bestehen, die Linie, auf der seit jeher die amtlichen Definitionsversuche lagen: *Wie bisher werden als "Beruf" die auf Erwerb gerichteten, charakteristische Kenntnisse und Fertigkeiten sowie Erfahrungen erfordernden und in einer typischen Kombination zusammenfließenden Arbeitsverrichtungen verstanden, durch die der einzelne an der Leistung der Gesamtheit im Rahmen der Volkswirtschaft mit-schafft*²⁹.

Mit der beruflichen Arbeitsteilung werden in einer Gesellschaft nicht nur materielle, sondern es werden auch immaterielle Ressourcen wie Anerkennung, Status und Prestige verteilt. *Occupations are*, schrieb Runciman in einer zentralen Formulierung, *the most obvious symptom and the most effective predictor of differential location within the structure of social inequalities, whether considered in terms of income and economic Lebensschancen, or lifestyle, commensalism and endogamy, or autonomy and authority*³⁰. Aus welchen Quellen jemandes Geld komme, entscheide – so lautete griffig sein Fazit – über seine Klassenzugehörigkeit, sein Status aber hänge davon ab, wohin sein Geld gehe. Die durch Berufszugehörigkeit hergestellte und weitervermittelte Ungleichheit wäre demnach in Dahrendorfs Worten distributiv, nicht produktiv. Über die gesellschaftliche Konstitution der Attribute und den kulturellen Zusammenhang, in dem sie stehen, wächst Berufen mithin eine integrierende Funktion zu. In der Berufsstruktur einer Gesellschaft bilden sich die Strukturen sozialer Ungleichheit ab, weil – kanalisiert durch das Bildungssystem – die Berufswahl in der Regel nach sozialer Platzierung erfolgt. Das differentielle Prestige färbt auf das Prestige einzelner Berufe ab. *Einerseits können in Berufen also nur solche Fähigkeiten zusammengeschlossen sein, die aus den schicht- und milieuspezifischen Lebens- und Erfahrungshintergründen einer Gruppe hervorgehen; Berufe sind insofern "Produkt" der Reproduktionsverhältnisse. [...] Andererseits schreiben die Berufe aber diese schichtspezifischen Fähigkeitsverteilungen auch sozial fest [...]*³¹.

Durch den sozialkulturellen Ansatz gewinnt der Berufsbegriff zwar an theoretischer Prägnanz; dieser Gewinn vermag allerdings nicht bestimmte Mängel, die mit unseren Quellen, den Haushaltsrechnungen, gegeben sind, aufzufangen³². So lassen die Haushaltsrechnungen nicht erkennen, ob die angegebene Berufsausübung des Haushaltsvorstandes zu der Ausstattung seiner Arbeitskraft paßte. Wenn er einen Handwerkerberuf angegeben hatte, mag es plausibel sein anzunehmen, daß sich seine Qualifizierung und das kulturelle Milieu, das sich mit seinem Beruf herstellte, entsprachen. Aber bei Erwerbslosigkeit oder Dequalifizierung, wenn der Lebensunterhalt durch wechselnde Tätigkeiten oder in einem ungelernten Beruf verdient werden mußte, mag im Rechnungsbuch gerne der ehemals gelernte, bessere Beruf angegeben worden sein. So dürfte

die Berufsangabe ein ziemlich guter Indikator für die im Berufsleben jemals erreichte Kompetenz darstellen.

Verhaltenspsychologisch ist von Belang, ob eine untergeordnete Tätigkeit, im Lebenslauf gesehen, den Endpunkt einer beruflichen Laufbahn darstellte oder die Ausgangssituation einer verheißungsvollen Karriere. Da die Haushaltsrechnungen nichts über die Familiengeschichten aussagen, bleiben die mit den Berufen verbundenen Sozialisationsabläufe im dunkeln³³ – so sehr der verwendete Berufsbegriff ein sozialisatorischer ist.

Nicht nur das Fehlen lebensgeschichtlicher Kontextinformationen wird dadurch, daß die Quelle den Beruf als nominale Variable im Klartext zur Verfügung stellt, überdeutlich. Die Schärfe dieser einen Information beleuchtet besonders den bedauerlichen Umstand, daß es der Beruf des männlichen "Haushaltsvorstandes" ist, ohne daß diese Berufsangabe irgendeinen Aufschluß über die familiäre Situation, in der gleichwohl die Haushaltsrechnung eingebettet ist, erlauben würde. Wer **H a u s h a l t s v o r s t a n d** ist, das definieren die Haushaltsrechnungen so stillschweigend wie selbstverständlich durch den Betrag des nach Hause gebrachten Verdienstes – modern gesprochen: die Haushaltsrechnungen unterstellen zur sozialen Charakterisierung meistens das Unterhaltskonzept, welches ein ökonomisches ist, während das Erwerbspersonenkonzept, welches auf die Beteiligung am Produktionsprozeß abstellt, dem sozialhistorischen Gehalt der Quelle angemessener wäre. Insbesondere bleiben die ehelichen Machtverhältnisse und ihr Einfluß auf die Gestaltung des Konsums und die Bedeutung der ökonomisch nicht aktiven, das heißt durch Gelderwerb nicht in Erscheinung tretenden Haushaltsmitglieder ausgeblendet.

Das Ziel einer soziokulturellen Verdichtung des Berufsbegriffs wird in vorliegender Arbeit in den Begriff der sozioprofessionellen Gruppe ("Berufsgruppe") umgesetzt. Dieser Versuch muß allerdings aus mehreren Gründen unbefriedigend bleiben. Zum einen steckt die Forschung zu berufskulturellen Milieus und Lebensstilen noch in den Anfängen. Dies bedingt, daß unsere Zuordnung von Berufsbezeichnungen zu Berufsgruppen mit vielfältigen Unsicherheiten belastet bleiben muß. Allerdings ist zu hoffen, daß dieser

Versuch ein Schritt zu einer Schärfung der Konzeption sozioprofessioneller Milieus ist, dem weitere ergänzende und differenzierende Schritte folgen. Weiterhin muß zugegeben werden, daß die reduzierte Zahl von Berufsgruppen, mit denen in Kapitel 5 gerechnet wird, tatsächlich weniger Untersuchungstiefe bietet, als sowohl von der Theorie als auch vom Gehalt der Daten heute schon möglich wäre. Indes waren aus arbeitsökonomischen Gründen Beschränkungen unumgänglich, die allerdings sachlich insofern begründet sind, als es sich hier um erste Sondierungen in synthetischer Absicht anhand dieses umfangreichen Datensatzes handelt.

3.2 Die sozioprofessionelle Zuordnung

Um festzustellen, was für einen Beruf jemand hat, scheint es am sichersten, ihn nach seiner Berufsangabe zu fragen – so wie es bei den Erhebungen von Haushaltsrechnungen üblich war. Die Berufsbezeichnung, die daraufhin erfolgt, ist allerdings nur mit Einschränkungen verwendbar. Die scheinbare Authentizität der Antworten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Berufsbezeichnungen nicht unmittelbar historische Gegebenheiten sind, sondern ein Teil der Sprache, welche selber dem Wandel der Geschichte unterliegt. Das System der Berufsbezeichnungen hat sich gerade seit dem 19. Jahrhundert erheblich geändert. Vor dem Ersten Weltkrieg verzeichneten die Berufszählungen zwischen 6.000 und 10.000 Nennungen, 1939 aber 26.000. Was als Beruf gilt, hängt nicht nur von der jeweils erreichten Arbeitsteiligkeit in der Gesellschaft ab, sondern auch von der semantischen Trennschärfe des Sprachsystems. Es ist durchaus möglich, daß hinter früheren Berufsbezeichnungen differenziertere Tätigkeiten, als die noch nicht entfaltete Terminologie erkennbar macht, gestanden haben.

Mit Haushaltsrechnungen liegen stets Individualdaten vor. Ein sinnvoller Berufsbegriff muß es aber erlauben, sich von der Phänomenalität einzelner Berufe zu lösen³⁴. Er muß als Klassifikationskriterium dienen können. Die Kritik, die Halbwachs gegen die Budgeterhebung des Kaiserlichen Statist-

schen Amtes ins Feld führte, richtete sich hauptsächlich gegen deren Berufsklassifizierung, die gleichzeitig zu kurz und zu weit griff. Die *Hauptberufsgruppen* – "gewerbliche Arbeiter", "Handels- und Verkehrsarbeiter", Arbeiter "ohne nähere Bezeichnung", Privatangestellte, Lehrer, mittlere und untere Beamte – waren zu heterogen, die *Berufsarten* inkonsistent: Sie bezeichneten zum Teil, mehr oder weniger umfassend, spezielle Gewerke ("Drucker", "Maurer", "Maler" usw.), zum Teil ganze Industriezweige oder Dienstleistungssektoren ("Textilarbeiter", "Straßenarbeiter"), so daß die *Berufsarten* seiner Ansicht nach untereinander nicht vergleichbar waren. Daneben gab es offensichtlich Verlegenheitsschöpfungen wie *gelernte Arbeiter des Baugewerbes ohne Maurer* neben *Zimmerer* und *Maler*, schließlich: "Frauen". Hätte man, so argumentierte er, dieser Enquête wirklich die Art der Tätigkeit zugrundelegen wollen, wäre eine Klassifikation etwa nach körperlich anstrengenden und weniger anstrengenden Arbeiten, Arbeiten in freier Luft und in geschlossenen Räumen, sitzend oder in Bewegung angebracht gewesen. Hätte man nach dem Einfluß, den die Zusammenarbeit mit einer bestimmten Gruppe von Menschen in einer bestimmten Umwelt mit sich brachte, fragen wollen, hätte der Betrieb oder das Produkt beziehungsweise die bestimmte Dienstleistung die Grundlage der Klassifikation bilden müssen. Dann hätte man aber nicht – wie es die amtlichen Statistiker taten – zwischen *Druckern* und *Setzern*, zwischen *Maurern* und *gelernten Arbeitern des Baugewerbes* unterscheiden dürfen.

Im "Berliner Gesamtbestand" wurde die Benennung seiner aktuell ausgeübten Berufstätigkeit, die jeder Haushaltsvorstand in seiner Haushaltsrechnung vornehmen konnte, mit der Variablen BERUF im Klartext erfaßt. Alle denkbaren Berufsklassifikationen sind somit in letzter Instanz immer auf die sichere Grundlage der Quelle zurückführbar und an dieser überprüfbar. Allerdings mußten auch die authentischen Berufsbezeichnungen in gewissem Umfang standardisiert werden. Sonst würden zum Beispiel der *Magistrats-Assistent* und der *Magistratsassistent* fortwährend als unterschiedliche "Berufe" auftauchen. In Anpassung an den modernen Sprachgebrauch wurde darüberhinaus eine Angabe wie *Beamter der Amerikalinie* in "Angestellter [...]" umgewandelt. Berufsbezeichnungen, die offenbar nur leichte Spezifikationen ein- und derselben Tätigkeit darstellen, wurden zusammengefaßt: zum Bei-

spiel *Eisendreher, Metaldreher, Schraubendreher* usw. zu "Dreher"; die originale Berufsbezeichnung folgt dann hinter ":". Ebenso wurden alle Differenzierungen bei Arbeitern und Angestellten diesen Allgemeinbezeichnungen der sozialen Stellung im Beruf nachgestellt: also nicht *Bankangestellter*, sondern "Angestellter, Bank". Mit "," wurden in der Regel die Teile der Berufsangabe angeschlossen, die den Ort der Tätigkeit bezeichnen. Vor allem bei Beamten-tätigkeiten war ein einheitliches System zur Bezeichnung der Rangstufen erforderlich: Der *Stadtoberassistent, der Oberstadtassistent* usw. erscheinen danach als "Assistent, Ober-Stadt-". Die Standardisierung wurde allerdings nicht so weit getrieben, daß die Bezeichnungen *Bergarbeiter* und *Bergmann* nicht mehr unterscheidbar gewesen wären; denn hinter unterschiedlichen Selbstbenennungen dieser Art können Unterschiede gesellschaftlicher Leitbilder stehen, die für sozialhistorische Untersuchungen nicht unerheblich sind. Auch die verschiedenen Diener-Berufe wurden nicht unter "Diener" zusammengefaßt; zu unterschiedlich erscheinen die Tätigkeiten des *Geschäftsdieners, des Schuldieners, des Hausdieners* usw.

Nach diesen behutsamen Vereinheitlichungen blieben noch 1.633 Berufsbenennungen erhalten. Erst nachdem in zusammengesetzten Berufsbenennungen, die die generischen Begriffe "Arbeiter" und "Angestellter" enthielten, auch noch die spezialisierenden Zusätze ausgefiltert wurden, reduzierte sich diese Zahl um weitere 50 Prozent. Eine deskriptive Liste dieser Art ist allerdings nur von begrenztem Wert. Einerseits werden, wenn man sich an den bloßen Berufsbenennungen orientiert, Berufe zusammengefaßt, die sozial sehr unterschiedliche Tätigkeiten bezeichnen können (Beispiel: *Aufseher*), andererseits Berufe getrennt, die nach Ausbildung, Funktion, Status, Bezahlung als weitgehend gleichwertig zu behandeln sind (*Bergarbeiter* und *Hauer, Lehrer* neben *Studienrat, Studienprofessor* usw.).

Um die Fülle von Berufsbenennungen nach soziologischen und sozialhistorischen Gesichtspunkten anordnen zu können, stehen Variablen zur Verfügung, die numerisch codierte Gruppenbildungen erlauben:

- Die Werte von GRUPPE1 gliedern die Gesamtheit aller Haushalte nach ihrer "sozialen Stellung im Beruf".

Die meistgenannten Berufsbezeichnungen im Berliner Gesamtbestand

Beruf	Anzahl der Nennungen absolut	in Prozent aller Haushalte
<i>Angestellter</i>	217	4,2
<i>Anstreicher</i>	13	0,2
<i>Aufseher</i>	32	0,6
<i>Bergarbeiter und Bergmann</i>	142	2,8
<i>Briefträger und Postbote</i>	69	1,3
<i>Dreher</i>	63	1,2
<i>Expedient</i>	21	0,4
<i>Färber</i>	12	0,2
<i>Former</i>	27	0,5
<i>Gärtner</i>	27	0,5
Funktionsträger von Gewerkschaften	15	0,3
<i>Glaser und Glasschneider</i>	18	0,4
<i>Hauer</i>	30	0,6
<i>Ingenieur</i>	25	0,5
<i>Inspektor</i>	58	1,1
<i>Installateur</i>	12	0,2
<i>Klempner</i>	16	0,3
<i>Korrespondent</i>	17	0,3
<i>Kraftfahrer</i>	31	0,6
<i>Lackierer</i>	14	0,3
<i>Lehrer</i>	97	1,8
<i>Maler und Malergehilfe</i>	49	1,0
<i>Maurer, Maurergehilfe und Maurerpolier</i>	116	2,3
<i>Mechaniker</i>	16	0,3
<i>Monteur</i>	17	0,3
<i>Packer</i>	51	1,0
<i>Sattler</i>	22	0,4
<i>Sekretär (nicht Gewerkschaft)</i>	131	2,6
<i>Stanzer</i>	26	0,5
<i>Studienrat</i>	15	0,3
<i>Techniker</i>	15	0,3
<i>Tischler</i>	77	1,5
<i>Weber</i>	46	0,9
<i>Zimmermann</i>	57	1,1
<i>Zwicker</i>	31	0,6

- GRUPPE2 liefert eine Klassifikation entsprechend der mit der Tätigkeit gegebenen Qualifikationsstufe³⁵.
- SPARTE bezeichnet die Zugehörigkeit zu Gewerbebezweigen und Dienstleistungssektoren, soweit diese aus der Berufsbenennung zweifelsfrei hervorgingen.
- Zwei Berufskennziffern, BERUFNR1, BERUFNR2, können zur numerischen Codierung der Berufe nach eingeführten Berufsklassifikationen benutzt werden³⁶.

Die drei erstgenannten Variablen machen es zusammen mit der Variablen BERUF möglich, je nach den Auswertungserfordernissen Berufsgruppen zu definieren. Dies ist für Kapitel 5 geschehen. Die für GRUPPE1 und GRUPPE2 vorgesehenen Codierungen sind dem Codiermanual zu entnehmen (Anhang, Kapitel 6.1). Es werden unterschieden in

- GRUPPE1: Selbständige (1); Handwerker (2); Heimarbeiter (3); Arbeiter (5); Angestellte (6); Beamte (7); Rentner, Pensionäre, Invaliden (9)
- GRUPPE2: gelernte Tätigkeit in Arbeiterstellung, Handwerkstätigkeit (1); ungelernte Tätigkeit in Arbeiterstellung (2); Tätigkeit als *Gehilfe*, soweit keine andere Codierung sinnvoll war (3); untergeordnete Stellung als Angestellter oder Beamter (4); leitende Tätigkeit (weder Arbeiter noch Beamter) (7); Stellung als mittlerer Beamter (8); Stellung als höherer Beamter (9)

Für die erste Variable konnte fast jedem Haushalt im Berliner Gesamtbestand unproblematisch ein Wert zugewiesen werden, zum Teil schon deswegen, weil viele Quellen die Grobunterscheidung nach "sozialer Stellung im Beruf" bereits vornahmen. Abweichend von den Konventionen der amtlichen Statistik haben wir allerdings eine zusätzliche Unterscheidung zwischen "Handwerkern" und "Arbeitern" eingeführt, um die Prüfschärfe für allfällige Differenzierungen in der Klasse der Arbeiter, die bei gegebener Forschungslage von besonderem Interesse sein müssen, schon auf der Ebene der Datenerfassung zu erhöhen.

Als "Handwerker" wurden all diejenigen Buchführer codiert, die in einem Ausbildungsberuf mit handwerklicher Tradition tätig waren, wenn auch nicht mehr wie herkömmlicherweise in der eigenen Werkstatt mit Meister und Gesellen, sondern in nun abhängiger Stellung in der industriellen Fertigung. Bei diesen Handwerker-Arbeitern (Fabrikhandwerker) manifestierte sich der Wandel vom alten Handwerk zum austauschbaren Maschinenbediener. Es waren aber noch qualifizierte Facharbeiter, von allen Arbeitern sozial am besten

gestellt und materiell gesichert, wobei man die "Handwerkerarbeiter" als Teil der sogenannten Arbeiteraristokratie betrachtete, zu dieser aber außerdem noch andere Arbeitergruppen rechnete³⁷. Für den traditionellen Handwerker kann als typisch angesehen werden, daß er in der Lage war, sein Produkt vollständig herzustellen oder wenigstens den Produktionsvorgang als Ganzes zu überblicken. Handwerker waren also immer in GRUPPE2 als gelernt zu codieren, "Arbeiter" nur, wenn sie als Facharbeiter zu gelten hatten. Als gelernt sind Arbeiter codiert worden, wenn sie kein "Handwerk" ausübten, für ihre Tätigkeit aber regelrecht ausgebildet sein oder längere Berufserfahrung vorweisen mußten. Es wurde dabei angenommen, daß Ausbildung oder Berufserfahrung bei diesen mindestens wesentliche Teilschritte des gesamten Herstellungsvorgangs betrafen. *Die Vorbildung des gelernten Facharbeiters besteht entweder darin, daß er von einem Handwerk herkommt (Schlosser, Tischler u. dergl.), oder er wird für die Technik eines Großbetriebs [...] durch die Fachschule ausgebildet*³⁸. Das ist zunächst eine technologische Bestimmung; aber die Zeitgenossen waren überzeugt, daß damit auch in soziologischer Hinsicht eine auszeichnende Kollektiveigenschaft gegeben sei. Die Codierungen im Einzelfall werden in Abschnitt 3.2.2 erläutert.

Wie sollten aber angelernte Arbeiter sozial untergebracht werden? Gelernten und "Fabrikhandwerkern" wurde ein spezielles *Berufsbewußtsein* zugebilligt, ein solches bei den Ungelernten und *einem großen Teil der Angelernten* jedoch geleugnet³⁹. Angelernte unterscheiden sich, schrieb ein Forscher aus dem Projektzusammenhang *Auslese und Anpassung*, von den Gelernten dadurch, daß sie nur einen einzelnen Arbeitsprozeß beherrschten, von den Ungelernten dadurch, daß ihre Tätigkeit mehr Spezialkönnen erfordere und der Arbeitserfolg in größerem Ausmaß von ihrer individuellen Aufmerksamkeit abhängig sei. Es handele sich aber um Arbeiter, *die als ungelernete Arbeiter eingestellt werden, für die also die ökonomischen Bedingungen dieselben sind wie für jene; sie können sich erst nach Ablauf eines längeren Berufsschicksals herauskristallisieren. Für eine Betrachtung ihres jetzigen sozialen Zustandes, der Wirkungen, die sich vielleicht für das Berufsschicksal der Kinder ergeben, sind die Unterschiede ihrer Löhne im Vergleich zu den ungelerten Arbeitern wiederum nicht groß genug, um sie von diesen weg als eine besondere Gruppe zu zählen, abgesehen davon, daß ihre Zahl zu*

klein ist ⁴⁰. Es kann indes unter Angelernten durchaus schwer ersetzbare Arbeitskräfte gegeben haben. Das trifft zum Beispiel auf die Steinzeugwarenfabrikation zu, wo bei der Herstellung viereckiger Gefäße *gewisse Kniffe* vonnöten waren, die dem Arbeiter gezeigt wurden oder die er selber entdeckte und deren Beherrschung ihm einen Lohn einbrachten, *der hinter dem des gelernten Töpfers nicht zurücksteht und der ihn auf das gleiche soziale Niveau stellen kann*. Aber im allgemeinen sah man mehr Verbindendes zwischen ungelernten und angelernten Arbeitern, nämlich *weitgehende Arbeitsteilung bei Verwendung von Maschinen zur Arbeitskräfteeinsparung* ⁴¹. Gothe führte als typische angelernte *Qualitätsmaschinenarbeiter* Kranführer und Transportarbeiter an, in der Metallindustrie Metallbohrer, -hobler, -fräser, Nieter und Schweißer, auch einen *Teil der Dreher*, in der Holzindustrie Bandsägen- und Kreissägenschneider und wiederum Maschinenhobler und -fräser.

Im Berliner Gesamtbestand wurden alle Arbeiter, von denen nicht mit Sicherheit feststand, daß es sich entweder um Facharbeiter oder um Ungelernte handelte, auf der Variable GRUPPE2 mit "0" codiert, so daß hier die Mehrzahl der Angelernten untergekommen ist. Erläuterungen zu den anderen beiden Berufsstellungsgruppen werden in den entsprechenden Abschnitten des vorliegenden Kapitels gegeben. Außer Arbeitern, Angestellten und Beamten, sind andere Bevölkerungsgruppen so gut wie nicht vertreten, insbesondere nicht das selbständige Bürgertum. Das kommt daher, daß die Haushalte in der Regel durch die Vermittlung von Gewerkschaften und Unternehmern gewonnen wurden und daß es das erklärte Ziel der Initiatoren war, wohlhabende Schichten auszuschließen.

Durch die Codierung sollte bereits die Möglichkeit vorbereitet werden, konsumtiv bestimmbare Elemente von Lebensstilen nicht nur in dem vertikalen Übereinander von Qualifikation und Status zu suchen, sondern auch in dem Nebeneinander von Gewerbebezweigen, Branchen, Verwaltungsbereichen. Aus den Angaben in den Haushaltsrechnungen konnten, wie nebenstehende Übersicht zeigt, 30 derartige Tätigkeitsfelder entwickelt werden. Diese sind in der benutzten Version des Datensatzes als Klartext in der Variable SPARTE eingetragen. Eine spätere numerische Codierung dieser Tätigkeitsfelder

Tätigkeitsfelder im Berliner Gesamtbestand

Wert von SPARTE	Bedeutung	Anzahl der Haushalte	
		absolut	v.H. aller Haushalte
1. AGRAR	Tätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft	11	0,2
2. AUTO	Automobilindustrie	7	0,1
3. BANK	Geldgeschäftsberufe	21	0,4
4. BAU	Bau- und Ausbaugewerbe	329	6,4
5. BEHÖRDE	Verwaltung ohne nähere Angabe	146	2,9
6. LAND	Behörden der Länder und Provinzen	6	0,1
7. POST	Reichspost	385	7,5
8. RBAHN	Reichsbahn	133	2,6
9. REICH	andere Reichsbehörden	33	0,6
10. STADT	Städtische und Kommunalverwaltung	247	4,8
11. BERGBAU	Bergbau (Kohlebergbau)	194	3,8
12. BOTEN	Dienstpersonal	95	1,9
13. BRAUEREI	Braugewerbe	42	0,8
14. CHEMIE	Chemische und photographische Industrie, Herstellung von Lacken und Farben	59	1,2
15. DRUCK	Graphisches Gewerbe	124	2,4
16. ELEKTRIK	Elektroindustrie, Energieerzeugung (E-Werke)	30	0,6
17. GEWERK	Gewerkschaftsangestellte	45	0,9
18. HAFEN	Hafen- und Werftarbeiter, Schiffbau	36	0,7
19. HANDEL	Warendistribution	75	1,5
20. HOLZ	Holzverarbeitung	244	4,8
21. KUNST	Kunst und Kunstgewerbe	11	0,2
22. LEHRE	Lehrberufe	149	2,9
23. METALL	Metallverarbeitung	390	7,6
24. NAHRUNG	Nahrungsmittelindustrie	101	2,0
25. PAPIER	Papierherstellung und -verarbeitung	11	0,2
26. SCHMUCK	Schmuckherstellung, Edelmetallindustrie	19	0,4
27. TECHNIK	Industrie der Maschinen und Apparate	76	1,5
28. TEXTIL	Textilindustrie	591	11,5
29. VERKEHR	Verkehr und Transport	225	4,4
30. WIFO	Wissenschaft und Forschung	16	0,3

dürfte zu einer verfeinerten Abgrenzung unserer Berufsgruppen führen.

Für ein Viertel aller Haushalte konnte kein Wert von SPARTE vergeben werden.

Es handelt sich um folgende Berufsbenennungen:

ABTEILUNGSLEITER
 ABTEILUNGSLEITER, KFM.
 ABWAESCHER
 ABWIEGER
 ANDREHER
 ANGESTELLTE ,KFM.
 ANGESTELLTER

ANGESTELLTER, KRANKENKASSE
 ANGESTELLTER, BUERO
 ANGESTELLTER, BUERO, INDUSTRIE
 ANGESTELLTER, KASSE
 ANGESTELLTER, KFM.
 ANGESTELLTER, KFM., ABTEILUNGSLEITER
 ANGESTELLTER, KFM., EXPEDIENT
 ANGESTELLTER, KFM., VERBAND

ANGESTELLTER, KFM., VERTRETER
 ANGESTELLTER, KFM., VORSTAND
 ANGESTELLTER, KRANKENKASSE
 ANGESTELLTER, SOZIALVERSICHERUNG
 ANGESTELLTER, VERBAND
 ANGESTELLTER, VERSICHERUNG
 ANGESTELLTER, ZEITUNG
 APPARATEWAERTER
 APPRETIERER: LEDERAPPRETIERER
 ARBEITER
 ARBEITER/WINTERS KORBMACHER
 ARBEITER (BRILLENRICHTEN)
 ARBEITER, BATTERIEFABRIK
 ARBEITER, BRENNHAUS
 ARBEITER, FABRIK
 ARBEITER, FACH-, ZEMENT
 ARBEITER, FRIEDHOF
 ARBEITER, GAS
 ARBEITER, GASWERK
 ARBEITER, GENOSSENSCHAFT
 ARBEITER, GUETERBODEN
 ARBEITER, ISOLIERMASCHINE
 ARBEITER, KALIWERK
 ARBEITER, KALKWERK
 ARBEITER, KOHLENWERK
 ARBEITER, KONSERVENFABRIK
 ARBEITER, KONSUMGENOSSENSCHAFT
 ARBEITER, KORKFABRIK
 ARBEITER, KRANKENKASSE
 ARBEITER, LUMPENINDUSTRIE
 ARBEITER, MAGAZIN
 ARBEITER, MUEHLE
 ARBEITER, MUNITIONSFABRIK
 ARBEITER, PHOTOGRAPHISCHE FABRIK
 ARBEITER, PLATTENFABRIK
 ARBEITER, SANDGRUBE
 ARBEITER, SPEICHER
 ARBEITER, STEINBRUCH
 ARBEITER, TABAKVERSAND
 ARBEITER, TOEPFEREI
 ARBEITER, TONGRUBE
 ARBEITER, VERSAND
 ARBEITER, WAESCHEREI
 ARBEITER, WASSERWERK
 ARBEITER, ZELLSTOFFFABRIK
 ARBEITER, ZEMENTMAGAZIN
 ARBEITER, ZIEGELEI
 ARBEITER, ZIEGELEIOFEN
 ARBEITER: ASBESTARBEITER
 ARBEITER: ASPHALTARBEITER
 ARBEITER: BLEICHARBEITER
 ARBEITER: BLEISTIFTARBEITER
 ARBEITER: BRUECKENARBEITER
 ARBEITER: CHAMOTTEARBEITER
 ARBEITER: DACHPAPPENARBEITER
 ARBEITER: DEPOTARBEITER
 ARBEITER: ERDARBEITER
 ARBEITER: FLIESSBAND
 ARBEITER: GARTENARBEITER
 ARBEITER: GASARBEITER
 ARBEITER: GELEGENHEITSARBEITER
 ARBEITER: GERBEREI
 ARBEITER: GLASARBEITER
 ARBEITER: GLASPOLIERER
 ARBEITER: GOLDLEISTENARBEITER
 ARBEITER: GRABSTEINARBEITER
 ARBEITER: GRUBENARBEITER
 ARBEITER: GUETERARBEITER
 ARBEITER: KABELARBEITER
 ARBEITER: KANALARBEITER
 ARBEITER: KOHLENARBEITER
 ARBEITER: KORKARBEITER
 ARBEITER: LAGERARBEITER
 ARBEITER: LOHNDARBEITER
 ARBEITER: LUMPENSORTIERER
 ARBEITER: MASCHINENVERLADUNG
 ARBEITER: MASCHINENARBEITER
 ARBEITER: MATRATZENARBEITER
 ARBEITER: MOEBELARBEITER
 ARBEITER: OFENARBEITER
 ARBEITER: PARKARBEITER
 ARBEITER: PORZELLANARBEITER
 ARBEITER: PUMPENARBEITER
 ARBEITER: SCHMIRGELARBEITER
 ARBEITER: SORTIERARBEITER
 ARBEITER: SPEICHERARBEITER
 ARBEITER: SPULENARBEITER
 ARBEITER: STAATSARBEITER
 ARBEITER: STEINARBEITER
 ARBEITER: STEINMETZARBEITER
 ARBEITER: STRECKENARBEITER
 ARBEITER: TEERARBEITER
 ARBEITER: TERRAZZOARBEITER
 ARBEITER: TONARBEITER
 ARBEITER: VERLAGSARBEITER
 ARBEITER: WERKSTAETTENARBEITER
 ARBEITER: ZELLSTOFFARBEITER
 ARBEITER: ZEMENTARBEITER
 ARBEITER: ZIEGELTRAEGER
 ARBEITSSCHUTZWALTER
 ARCHITEKT
 AUFSEHER
 AUFSEHER, BRIKETT FABRIK
 AUFSEHER, GARTENARBEITER
 AUFSEHER, KOHLENLAGER
 AUFSEHER: BEAUFSICHTIGER
 AUFSEHER: FABRIKAUFSEHER
 AUFSEHER: HILFSAUFSEHER
 AUFSEHER: PARK, GAERTNER
 AUFSEHER: PLATZAUFSEHER
 AUFSEHER: WAGENAUFSEHER
 BARBIER
 BEIZER
 BEIZER: ALUMINIUMBEIZER
 BETRIEBSBUCHHALTER
 BETRIEBSKRANKENKASSEN FUEHRER

BETRIEBSLEITER	FRISEURGEHILFE
BETRIEBSMONTEUR	FRITTER
BETRIEBSSANITAETER	GAERTNER
BEZIRKSSEKRETAER	GAERTNER, OBER-
BLUMENFAERBER	GAERTNER: KUNSTGAERTNER
BOETTCHER	GAERTNERGEHILFE
BOETTCHERGEHILFE	GEHILFE, KFM.
BOHRER	GERBER
BOLZENPRESSER	GERUESTBAUER
BOOTBAUER	GESCHAEFTSFUEHRER
BORSTENZURICHTER	GESCHAEFTSFUEHRER, KRANKENKASSE
BRANDDIREKTOR	GESCHIRRTRAEGER
BRANDMEISTER	GLASMACHER
BRANDMEISTER, UNTER-	GLASSCHLEIFER
BRAUNKOHLNPRESSER	GLASSCHLEIFERMEISTER
BREMSE, STEINBRUCH	GLASSCHNEIDER
BRENNER	GLUEHFUELLER
BRIKETTFORMER	GUMMIWARENPRUEFER
BRIKETTVERLADER	HAERTER
BUCHHALTER	HANDLUNGSGEHILFE, GENOSSENSCHAFT
BUCHHALTER, VERSICHERUNG	HANDLUNGSGEHILFE, INDUSTRIE
BUCHHALTER: LAGERBUCHHALTER	HARMONIKAMACHER
BUCHHALTER: LOHNBUCHHALTER	HASPELFUEHRER
BUEGLER	HEIZER
BUEROANWAERTER, KRANKENKASSE	HEIZER, FABRIK
BUEROASSISTENT	HEIZER, GASANSTALT
BUEROBEAMTER	HEIZER: HILFSHEIZER
BUEROGEHILFE	HILFSANFUEHRER
BUEROLEITER	HILFSARBEITER
BUEROVORSTEHER	HILFSARBEITER, BUERO
BUEROVORSTEHER, VERSICHERUNG	HILFSARBEITER, FABRIK
BUERSTENBOHRER	HILFSARBEITER, KONSUM
BUERSTENMACHER	HILFSARBEITER, ORGELBAU
CHAMOTTEKLOPPER	HILFSARBEITER, PACKER
CHAMOTTEPRESSER	HILFSARBEITER: GASHILFSARBEITER
DEKORATEUR	HILFSARBEITER: WAGGONHILFSARBEITER
DEKORATIONSMALER	HILFSMEISTER
DIAETAR, BUERO	HOBLER
DIAETAR, BUREAU	HORIZONTALBOHRER
DISPONENT	HUFSCHMIED
EINLEGER	INGENIEUR
ELKTROKARRENFUEHRER	INGENIEUR, FEINMECHANIK
EXPEDIENT	INGENIEUR, TREUHANDGESELLSCHAFT
EXPEDIENT, KONSUMVEREIN	INGENIEUR, WASSERBAU
EXPEDIENT, REGISTRATUR	INGENIEUR: BETRIEBSINGENIEUR
EXPEDIENT, ZEITUNGSGEWERBE	INSPEKTOR, OBER-, NOTARIAT
FABRIKDIREKTOR	INSPEKTOR: OBER-, VERSICHERUNG
FASSABFUELLER	INSPEKTOR, VERSICHERUNG
FEUERMANN: HILFSFEUERMANN	INSTALLATEUR
FEUERWEHRBEAMTER	INSTALLATIONSGEHILFE
FEUERWEHRMANN	INSTRUMENTENMACHER
FEUERWEHRMANN, OBER-	INTERBUEGLER
FEUERWERKER	ISOLATORENKITTER
FINIERER	ISOLIERER
FLASCHENSPUELER	KABELANSCHNEIDER
FLIESENPRESSER	KABELPRUEFER
FRAESER	KALKULATOR
FRISEUR	KALKULATOR: OFFERTENKALKULATOR

KAMMERSEKRETAER, BERUFSVERBAND
 KANALWAERTER
 KASSIERER
 KASSIERER, FABRIK
 KASSIERER, GASWERK
 KASSIERER: EINKASSIERER
 KASSIERER: HAUPTKASSIERER
 KEHRER
 KERAMIKER, TOEPFERGEWERBE
 KESSELWAERTER
 KISTENSCHABLONIERER
 KLAPPENSCHLAEGER
 KLEIDERREINIGER
 KOHLENPRESSER
 KOHLENTRAEGER
 KOHLENWIEGER
 KONTORIST
 KONTORISTIN
 KONTROLLEUR
 KONTROLLEUR, GASWERK
 KONTROLLEUR, KRANKENKASSE
 KONTROLLEUR: KUGELLAGERKONTROLLEUR
 KORBMACHER
 KORRESPONDENT
 KRANFAHRER
 KRANFUEHRER
 KRAN- UND WINDENFUEHRER
 KRANFUEHRER: HILFSKRANFUEHRER
 KRANKENBESUCHER
 KRANKENKASSENBEAMTER
 KRANKENPFLEGER
 KRANKENPFLEGER, UNI-KLINIK
 KUEFER
 KUEFER: HILFSKUEFER
 LACKIERER
 LADESCHAFFNER
 LAGERGEHILFE
 LAGERPLATZARBEITER
 LAGERVERWALTER
 LAGERVERWALTER, FLIEGERHORST
 LANDESSEKRETAER
 LANDMESSER, OBER-
 LATERNENKONTROLLEUR
 LATERNENWAERTER
 LEITUNGS-AUFSEHER
 LEITUNGS-AUFSEHER, OBER-
 LINIIERERGEHILFE
 LOHNKASSEN-GEHILFE
 LOHNSCHREIBER
 MAGAZINER
 MAGAZINHILFER
 MAGAZINVERWALTER
 MALZPUTZER
 MARMORSCHLEIFER
 MASCHINENFUEHRER
 MASCHINENGEHILFE
 MASCHINENMEISTER
 MASCHINENPUTZER
 MASCHINENWAERTER
 MASCHINIST
 MASCHINIST, FEUERWEHR
 MASCHINIST, OBER-
 MASCHINIST, PUMPWERK
 MASCHINIST: HILFSMASCHINIST
 MATERIALAUFSEHER
 MATERIALAUSGEBER
 MATERIALIEN-VERWALTER
 MECHANIKER
 MECHANIKER, HILFS-
 MECHANIKER, ORTHOPAED. WERK
 MECHANIKER, TELEFON
 MESSGEHILFE
 METALLGLASER
 MODELLSCHREINER
 MODELLSCHREINERMEISTER
 MONTEUR
 MONTEUR, OBER-
 MONTEUR: HILFSMONTEUR
 MOSAIKSCHLAEGER
 MUSTERMACHER, KARTONAGENFABRIK
 NADLER
 OFENBRENNER
 OFENFUELLER
 OFENWAERTER
 PACKER
 PACKER, ARZNEIMITTEL
 PACKER: BLEISTIFTPACKER
 PACKER: LAMPENPACKER
 PACKER: WEINPACKER
 PFARRER
 PFLEGER
 PLATTENHOBLER
 PLATZARBEITER
 PLATZMEISTER
 PLATZMEISTER, ZIEGELEI
 PORZELLANOFENFUELLER
 POSAMENTIERGEHILFE
 PRIVATBEAMTER
 PROKURIST
 PROVINZIALSEKRETAER
 PUMPENWAERTER
 PUTZER
 RAMMER
 RANGIERER
 RECHNUNGSFUEHRER
 RECHNUNGSFUEHRER, ERSATZKASSE
 RECHNUNGSFUEHRER, KRANKENKASSE
 REDAKTEUR
 REGISTRATOR
 REGISTRATOR, LEBENSVERSICHERUNG
 REISSZEUGMACHER
 REVISOR
 ROHPRESSER
 ROHRLEGER
 ROHRLEGER, WASSERWERK
 SALZLADER

SALZMUELLER
 SANDLADER
 SCHACHTMEISTER
 SCHAFFNER
 SCHAFFNER:HILFSSCHAFFNER
 SCHIESSER
 SCHILDERMALER, GLASSCHLEIFER
 SCHIRMMACHER
 SCHIRRMEISTER
 SCHLEIFER
 SCHLEIFERGEHILFE
 SCHMELZER
 SCHORNSTEINFEGER
 SCHREIBER
 SCHREIBHILFE
 SCHWEISSER
 SCHWERSPATMUELLER
 SEILERGEHILFE
 SEKRETAER, KANZLEI
 SEKRETAER, KANZLEI, STEUER
 SEKRETAER: LANDESSEKRETAER
 SEKRETAER: OBER-, BIBLIOTHEK
 SEKRETAER: OBER-, KRANKENKASSE
 SEKRETAER: OBER-, NOTARIAT
 SILBERPOLIERER
 SPENGLER
 STADTVERTRETER
 STAERKEKOCHER
 STANZER
 STEINFORMER
 STEINHAUER
 STEINGUTGIESSER
 STEINGUTSCHLEIFER
 STEINGUTSETZER
 STEINMAHLER
 STEINMETZ
 STEINMETZGEHILFE
 STEINRICHTER
 STEINSCHLEIFER
 STEINSETZER
 STEINSORTIERER
 STEINSTOESSER
 STEINSTOESSER, STEINBRUCH
 STELLMACHER
 STELLMACHERGESELLE
 STELLMACHERMEISTER
 STRASSENFEGER
 STRASSENKEHRER
 STRASSENREINIGER
 STRASSENWAERTER
 STRECKENWAERTER
 STUECKZAEHLER, TAPETENFABRIK
 STUHLBAUER
 STUHLPOLIERER
 TAGELOEHNER
 TECHNIKER, GAS- UND WASSER
 TELEFONIST
 TELLERMACHER
 TERMINFOERDERER
 TOEPFERGESELLE
 TONHAUER
 UHRMACHER
 VERMESSUNGSGEHILFE
 VERMESSUNGSTECHNIKER
 VERTRETER: REISENDER, VERSICHERUNG
 VORARBEITER
 VORARBEITER, FASSFABRIK
 VORARBEITER, GASWERK
 VORARBEITER, KABELFABRIK
 VORARBEITER: STEINGUT
 VORFUEHRER
 VORSTEHER, BUREAU
 VORZEICHNER
 VULKANISEUR
 WACHMANN
 WAESCHER
 WAGENLACKIERER
 WAGENPUTZER
 WAGNER
 WALZER
 WASSERMESSERWAERTER
 WEISSBINDER
 WERKFUEHRER
 WERKHelfer
 WERKMEISTER
 WERKMEISTER, ASPHALTWERK
 WERKSCHREIBER
 WERKSCHUTZMANN
 WERKSTAETTENFUEHRER
 WERKSTATTSCHREIBER
 WERKZEUGAUSGEBER
 ZAEHLERWART
 ZIEGELBRENNER
 ZIEGLER
 ZISELEUR
 ZUSCHNEIDER

3.2.1 Von Berufsbenennungen zu sozioprofessionellen Gruppen

Die Standardisierung synonymmer Berufsbezeichnungen war nur ein Schritt auf dem Weg von den authentischen Berufsbenennungen zu sozioprofessionellen Gruppen. Zusätzlich war die Bedeutung der Berufsbenennungen soweit nötig und so weit wie möglich historisch aufzuschlüsseln und eine soziale Statuszuordnung vorzunehmen⁴². Da der hier verwendete Berufsbegriff kein juristischer ist, hatten berufliche Ausbildungsregelungen und ähnliches für die Codierung nur untergeordnete Bedeutung. So wurde beispielsweise ein Beruf wie "Blechschlosser", der erst nach der Erhebung von Haushaltsrechnungen 1937 als Lehrberuf anerkannt wurde, nicht schon aus diesem Grund als ungelernete Tätigkeit betrachtet. Da auf kein Handbuch der historischen Berufsbenennungen zurückgegriffen werden kann, werden im folgenden einzelne Berufe erläutert, soweit es zum Verständnis der von uns in den Gesamtbestand eingebrachten sozialen Zuordnungen nötig erscheint. Alle berufserläuternden Abschnitte sind in gleicher Weise aufgebaut. In Form einer alphabetischen Liste werden zunächst die in den Haushaltsrechnungen genannten Berufsspezifikationen aufgeführt. Gegebenenfalls schließen daran Erläuterungen zu Tätigkeitsmerkmalen an, wobei entweder die einzelnen Berufe in ABC-Folge geordnet sind oder Sammelbezeichnungen für Berufe ("Färberei", "Schmuckarbeiter") verwendet werden. Die Namen im Gesamtbestand vorkommender Berufe sind kursiv, Sammelbezeichnungen sind fett gesetzt.

3.2.1.1 Nicht zugeordnete Berufe

Manche Berufsbenennungen in den Anschreibebüchern waren zu unspezifisch, als daß sie im Sinne des Codiermanuals hätten gedeutet werden können. In diesen Fällen wurden die Variablen GRUPPE1 und GRUPPE2 beide mit "0" codiert:

Arbeitsschutzwalter ⁴³

Assistent bei der Eisenbahn (weil unklar, ob staatlicher Beamter oder Angestellter bei einer Privatbahn)

Aufseher ohne weitere Zusätze sowie mit Differenzierungen wie folgend: *städtisch, Gutsaufseher, Platzaufseher, Wagenaufseher, Parkaufseher und Gärtner* (*Gartenarbeiter* ist jedoch als "Arbeiter" codiert worden)

Bauführer

Bauschreiber

Bautechniker

Beaufsichtiger

Betriebsobmann der Autobahn (Quelle 6)

Bote

Büroassistent

Bürobeamter

Bürovorsteher

Chausseewärter

Diätar

Einkassierer

Eisenbahnunterassistent (Quelle 8)

Ewerführer

Feuerwerker

Gemeindediener

Geschäftsdiener (Quelle 1)

Hilfsanführer

Hilfsladeschaffner (Quelle 6)

Hilfsrangierführer (Quelle 7)

Kanzleisekretär

Kontrolleur

Korrektor ⁴⁴

Krankenbesucher ⁴⁵

Laborant

Laternenkontrolleur

Laternenwärter ⁴⁶

Lohnschreiber

Maschinenfabrikant (Quelle 6)

Materialienverwalter

Motorwärter

Pfefferkuechler (aus der Berufsbezeichnung geht nicht hervor, ob es sich um einen selbständigen Handwerker oder einen arbeitsteilig in einem Betrieb der Nahrungsmittelindustrie beschäftigten Arbeiter handelt)

Revisor

städtischer Rohrwart

Schaffner bei der Eisenbahn und der Straßenbahn sowie

Hilfsschaffner

Schirmmacher

Sekretär bei der Eisenbahn (Quelle 1)

Steinsetzer ⁴⁷

Techniker

Textilkassierer

Vorführer [Filmvorführer?]

Wassermesserwärter

Werkschreiber

Erläuterungen

Die Bezeichnung *Aufseher* deutet auf Anstellung oder Beamtung hin – in Arbeiterstellung wäre eher von *Aufpasser* die Rede gewesen. Aufseher waren vom Kaiserlichen Statistischen Amt der beruflichen Stellung b (nichtleitendes Personal) beziehungsweise c (Gehilfen) im Falle von Gefängnisaufsehern zugeteilt. *Armenaufseher* bei den Kommunen und Gefängnisaufseher waren untere Beamte; ebenso *Wagenaufseher* der Reichsbahnverwaltung (Quelle 5). Aber es ist unklar, ob alle *Wagenaufseher* bei der Eisenbahn beschäftigt waren (Quelle 7). *Bauaufseher*, sofern sie staatliche Beamte waren, werden gemeinsam mit Druckern in gehobener Stellung als untere Beamte der Besoldungsgruppe A 11 genannt; ob unser *Bauaufseher* aber Beamter war, wissen wir nicht. *Zollaufseher* waren mittlere Beamte. *Fabrikaufseher* – auch Fabrikmaschinenmeister genannt – waren technische "Beamte" der mittleren Ränge⁴⁸.

Bauführer, *Bauschreiber* und *Bautechniker* können nicht von vornherein als Beamte angesehen werden. Regierungsbauführer wurde man in Preußen, wenn man nach dem Besuch des Gymnasiums, der Oberrealschule oder des Realgymnasiums ein zweijähriges Studium an einer TH, nach einer weiteren Prüfung ein zweijähriges Fachstudium und dann eine dreijährige staatliche Ausbildung absolviert hatte. Der Diplomingenieur konnte daraufhin als Regierungsbauführer eingestellt werden und erhielt eine dem Rechtsreferendar vergleichbare Stellung. Nach einer weiteren Prüfung konnte er zum Regierungsbaumeister aufrücken⁴⁹. Sofern die soziale Stellung im Beruf durch die Quelle bereits festgelegt war (Quelle 5), erschien demzufolge in GRUPPE 2 die Codierung 7 (leitender Angestellter) beziehungsweise 9 (höherer Beamter) angemessen; in einem Fall war keine Codierung möglich (Quelle 1). Bauschreiber gelten heute als Baufachkräfte, gegebenenfalls als spezialisierte Werkstattschreiber. Werkstattschreiber wurden zuletzt in einem Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 7.1.1931 als Handlungsgehilfen definiert⁵⁰; gleichwohl erschien die Berufsbenennung zu ungenau, als daß eine Codierung hätte stattfinden können.

Dies war auch der Fall bei der Tätigkeit des *Boten*. In der öffentlichen Verwaltung war bis zum Ersten Weltkrieg auch für mechanische Dienstleistun-

gen der Beamtenstatus die Regel. In den Berufslisten der Berufs- und Betriebszählung 1907 tauchte der Begriff unter "Arbeiter" nicht auf, wohl aber in den Rubriken der unteren Staats- und Kommunalbeamten. In der Privatwirtschaft gehörten Boten mit Bürodienern, Portiers und Nachtwächtern zu den unteren Angestellten. Bei Felten und Guillaume hatten sie in der Regel keine Dauerstellung inne, sondern konnten nach ihrem Militärdienst Büroschreiber werden und gegebenenfalls zum Bürobeamten "aufsteigen". Ein sehr kleiner Teil von Boten waren Rentner. Für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst brachte erst die Kriegsverwaltung den Angestelltenstatus. Davon unberührt dürften zu jeder Zeit Boten auch arbeiterähnlich beschäftigt worden sein⁵¹.

Bureauassistenten waren nach Engel Subalternbeamte. Im selben Sinne wurden sie von der Statistik des Deutschen Reichs 1907 in der Abteilung E2 unter "b" (sonstiges Büro- und Verwaltungspersonal) geführt. Aber aufgrund der unscharfen Terminologie läßt sich nicht ausschließen, daß Büroassistent auch genannt wurde, wer tatsächlich angestellt war (zum Beispiel im Straßenbahndienst oder im Versicherungsgewerbe)⁵². Dasselbe gilt für den *Bureaubeamten*.

Die Bedeutung der Berufsbezeichnung *Diätar* ist äußerst vielfältig. In der Vorkriegszeit, als sich ein spezifischer Angestelltenstatus erst herauszubilden begann, konnte sie auch auf nicht-beamtetes Büropersonal Anwendung finden. Gemeinsam war allen Diätaren, nicht fest angestellt zu sein, sondern probeweise (Kocka), als "Beamten-Anwärter" (Pierenkemper) oder "außerplanmäßig". Nach längerer Dienstleistung wählte der Arbeitgeber aus den Reihen der Diätare gegebenenfalls die für längere Zeit einzustellenden Beamten oder Angestellten aus. Bei Siemens wurden Tagegelder für jeden Kalendertag einschließlich Sonn- und Feiertage gewährt und am Monatsende bezahlt (Dienstordnung 1899), etatmäßig angestellte Reichsbeamte erhielten im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts als Unterbeamte ca. 4 Mark, als Subalternbeamte ca. 8 Mark, die Chefs der obersten Reichsbehörden 35 Mark und mehr. Im Zuge der Sparmaßnahmen der Reichsregierung verschlechterte das Beamtenbesoldungsgesetz von 1927 die Lage der Diätare erheblich, sowohl,

was ihre Gehälter als auch die Länge der erlaubten außerplanmäßigen Anstellungszeit betraf⁵³.

Ewerführer hießen Frachtschiffer an der Nordseeküste, vor allem im Hamburger Hafen. Sie konnten auf fremde Rechnung arbeiten, aber auch Ewer selbst besitzen. Ewer waren kräftig gebaute, ein- bis zweimastige Segler oder Motorschiffe, die wegen ihres besonders dicken und flachen Bodens trocken fallengelassen werden konnten und dabei aufrecht stehen blieben, auch wenn sie vollbeladen waren. Ewerführer vermittelten vornehmlich den Frachtverkehr zwischen den Kaianlagen und den Seeschiffen. Sie brauchten organisatorische Fähigkeiten, wenn sie mit Behörden und Zoll Umgang hatten, mußten aber auf ihrer Schute auch Geschick und erhebliche Körperkraft aufbringen. Die Ewerführerei war Lehrberuf. Es gab ein ausgeprägtes professionelles Bewußtsein. Anfang des Jahrhunderts war die Zeit noch nicht lange vorbei, wo Ewerführer es sich zur Ehre anrechneten, mit Zylinder und blankgeputzten Schuhen auf der Arbeit zu erscheinen⁵⁴.

Schließlich läßt die Berufsbenennung *Feuerwerker* keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Tätigkeit zu. Es kann sich um den Beruf des Pyrotechnikers gehandelt haben, aber auch um die Fachkraft, die in Munitionsfabriken oder im Militärdienst Sprengladungen zusammenstellte oder das Munitionsdepot verwaltete⁵⁵.

3.2.2 Arbeiterberufe

Nach zwei Seiten hin bleibt die Abgrenzung der Handwerker (Code 2) problematisch, nämlich zu den Selbständigen und zu den industriellen Facharbeitern. Im Prinzip ist nicht auszuschließen, daß Haushaltsvorstände mit den genannten Berufsbezeichnungen tatsächlich auf eigene Rechnung arbeiteten; aber sowohl die Wege, auf denen Buchführer gewonnen wurden,

als auch die Beflissenheit, die im allgemeinen aus den Einträgen spricht, machen es in höchstem Maße unwahrscheinlich, daß mehr Haushalte selbstständig waren als dies ohnehin angegeben hatten ("selbständiger Barbier", "Bierbrauer, Händler"). Die Abgrenzung zu Industriebberufen gelingt indes nicht ohne Ungenauigkeiten. Die amtliche Statistik, in ihren sozialen Unterscheidungen ohne ausgeprägte historische oder soziologische Kompetenz, ist wenig hilfreich. In den Berufsbeschreibungen, die immerhin im Kommentar zur Berufszählung von 1925 noch breiten Raum einnahmen, wog das Kriterium des *Handwerkerberufs von alter Tradition*⁵⁶ schwerer als die Veränderung von Produktionsmethoden oder Märkten: Die Böttcher galten als traditionelle Handwerker, obwohl nur die Hälfte von ihnen noch im speziellen Verpackungsbereich arbeitete, viele als Reparaturhandwerker und viele nicht mehr mit Holz; die Stellmacherei galt weiterhin als Handwerk, auch wenn mit Sicherheit vermutet werden konnte, daß in Städten abhängig beschäftigte Stellmacher Fabrikarbeiter waren. Ein wichtiges Kriterium war offenbar der Anteil der Selbständigen im Beruf: Bei den Sattlern und Küfern ergab die Zählung einen Anteil von einem Drittel, bei den Uhrmachern besaß die Hälfte ein eigenes Geschäft. Drittes Kriterium war die Altersstruktur der Berufszugehörigen. Als "handwerkliche Altersgliederung" galt ein relativ großer Anteil von Lehrlingen und Jugendlichen. Dabei galt es offenbar gleich, ob die größere Zahl jugendlicher Arbeitnehmer gegenüber älteren auf eine funktionierende Lehrlingsausbildung zurückzuführen war oder – wie bei den Drechslern – auf die Auswanderung der ausgebildeten Lehrlinge aus dem Stammgewerbe in industrielle Branchen.

Da das leitende Interesse unserer Untersuchung auf soziale Differenzierung von Lebensstilen gerichtet ist und die Buchführer in der Benennung ihres Berufes frei waren, konnte für die Abgrenzung von Handwerkerberufen als weiteres Kriterium die Selbsteinschätzung, die aus der alltagssprachlichen Berufsbezeichnung erkennbar wird, herangezogen werden. Ein sich als *-meister*, *-geselle* oder *-handwerker* bezeichnender Haushaltsvorstand konnte demnach im allgemeinen nicht als Arbeiter codiert werden. Es liegt auf der Hand, daß die Handwerker-Liste, die im Textband zur Berufszählung von 1925 beiläufig angeführt wurde, nicht vollständig ist. Noch in der Zwischenkriegszeit trugen Berufe, die heute kaum mehr in dieser Weise eingeschätzt werden, handwerk-

lich-zünftische Züge. Nicht nur bei Handwerksgesellen, die in handwerklichen Kleinbetrieben, etwa im graphischen Gewerbe, tätig waren, konnten erhebliche Reste berufsständischer Haltung entdeckt werden; *die hat sich übrigens auch in ganzen gewerkschaftlichen Organisationen erhalten, ohne daß in den betreffenden Sparten die handwerkliche Betriebsform vorzuherrschen brauchte*⁵⁷. Es ist bekannt, *welch hohen Wert der Maurer noch heute darauf legt, nicht mit einem Bauarbeiter verwechselt zu werden, und mit welchem zähen Stolz der Hamburger Zimmermann Glockenhose und Schlapphut oder Zylinder trägt.*

3.2.2.1 Nicht näher spezifizierte Arbeiterberufe

Mit GRUPPE1 = 5 und GRUPPE2 = 0 wurden Arbeiterberufe codiert, wenn über den Grad der Ausbildung und den Umfang der erforderlichen Tätigkeiten nicht entschieden werden sollte. Dies war bei folgenden Berufsbenennungen der Fall.

ABLESER (GEMEINDE)	ARBEITER, BATTERIEFABRIK
ABSATZAUFDRUECKER	ARBEITER, BAUFACH
ABSATZAUFNAGLER	ARBEITER, BERGWERKMAGAZIN
ABSATZAUFSETZER	ARBEITER, BRAUEREI
ABSATZBAUER	ARBEITER, BRENNHAUS
ABSATZDRUCKER	ARBEITER, BUTTEREI, MARKTHALLE
ABSATZFRAESER	ARBEITER, CHEM. INDUSTRIE
ABSATZFRONTBESCHNEIDER	ARBEITER, DRUCKEREI
ABSATZGLASER	ARBEITER, E-WERK
ABSATZPOLIERER	ARBEITER, EISENBahn
ABSATZSTIFTER	ARBEITER, FABRIK
ABSTECHER, METALLINDUSTRIE	ARBEITER, FAERBEREI
ABWIEGER	ARBEITER, FLUGZEUGWERK
ABZEICHNER	ARBEITER, FRIEDHOF
AGOPRESSER	ARBEITER, GAS
ANDREHER	ARBEITER, GASWERK
ANKLOPFER	ARBEITER, GEMEINDE
ANSTREICHER	ARBEITER, GENOSSENSCHAFT
ANSTREICHER, MASCHINENFABRIK	ARBEITER, GIESSEREI
APPARATEWAERTER	ARBEITER, GUETERBODEN
APPRETIERER: LEDERAPPRETIERER	ARBEITER, GUMMIFABRIK
ARBEITER	ARBEITER, HAFEN
ARBEITER (BRILLENRICHTEN)	ARBEITER, HAFEN ("STAATSARBEITER")
ARBEITER/WINTERS KORBMACHER	ARBEITER, HAFENGEMEINSCHAFT
ARBEITER, AUTOBAHN	ARBEITER, HANDEL/VERKEHR
ARBEITER, BAHNUNTERHALTUNG	ARBEITER, HOCHBAU

ARBEITER, HOLZFABRIK
 ARBEITER, HOLZHANDEL
 ARBEITER, HOLZMASCHINEN-
 ARBEITER, HUTFABRIK
 ARBEITER, ISOLIERMASCHINE
 ARBEITER, KALIWERK
 ARBEITER, KALKWERK
 ARBEITER, KARDERIE
 ARBEITER, KELLEREI
 ARBEITER, KOHLENWERK
 ARBEITER, KONSERVENFABRIK
 ARBEITER, KONSUMGENOSSENSCHAFT
 ARBEITER, KORKFABRIK
 ARBEITER, KRAFTWERK, STAAT
 ARBEITER, KRANKENKASSE
 ARBEITER, LABOR
 ARBEITER, LABORATORIUM
 ARBEITER, LACK- UND FARBEN
 ARBEITER, LAGER/TRANSPORT
 ARBEITER, LANDWIRTSCHAFT
 ARBEITER, LUMPENINDUSTRIE
 ARBEITER, MAGAZIN
 ARBEITER, MAGAZIN, BERGBAU
 ARBEITER, MAGAZIN, MOTOREN
 ARBEITER, MARGARINEFABRIK
 ARBEITER, MASCHINENFABRIK
 ARBEITER, METALLINDUSTRIE
 ARBEITER, MILCHWERK
 ARBEITER, MOLKEREI
 ARBEITER, MUEHLE
 ARBEITER, MUELLABFUHR
 ARBEITER, MUELLEREI
 ARBEITER, MUNITIONSFABRIK
 ARBEITER, PAPIERFABRIK
 ARBEITER, PHOTOGR. FABRIK
 ARBEITER, PLATTENFABRIK
 ARBEITER, SAALREINIGUNG
 ARBEITER, SAEGEREI
 ARBEITER, SAEGEWERK
 ARBEITER, SANDGRUBE
 ARBEITER, SCHLACHTHOF
 ARBEITER, SCHRAUBENFABRIK
 ARBEITER, SEIFENFABRIK
 ARBEITER, SEILBAHN
 ARBEITER, SPEICHER
 ARBEITER, SPINNEREI
 ARBEITER, STAEDT
 ARBEITER, STAEDT-
 ARBEITER, STAEDTBAUAMT
 ARBEITER, STAEDT.
 ARBEITER, STAEDT.E-WERK
 ARBEITER, STEINBRUCH
 ARBEITER, STRASSEN-, STAEDT
 ARBEITER, STRASSENBAHN
 ARBEITER, STROMVERWALTUNG
 ARBEITER, TABAKVERSAND
 ARBEITER, TELEGRAFENBAU
 ARBEITER, TELEGRAPHIE

ARBEITER, TEXTILBRANCHE
 ARBEITER, TIEFBAU
 ARBEITER, TIEFBAU, STAEDT.
 ARBEITER, TIEFBAUAMT, STAEDT
 ARBEITER, TOEPFEREI
 ARBEITER, TONGRUBE
 ARBEITER, TRANSPORT
 ARBEITER, TUCHMASCHINE
 ARBEITER, VERSAND
 ARBEITER, WAESCHEREI
 ARBEITER, WASSERWERK
 ARBEITER, WEBEREI
 ARBEITER, WEINBERG
 ARBEITER, WERFT
 ARBEITER, WOLLKAEMMEREI
 ARBEITER, ZELLBLEICHEREI
 ARBEITER, ZELLSTOFFFABRIK
 ARBEITER, ZEMENTMAGAZIN
 ARBEITER, ZIEGELEI
 ARBEITER, ZIEGELEIOFEN
 ARBEITER, ZWIRNEREI
 ARBEITER: APPRETURARBEITER
 ARBEITER: ASBESTARBEITER
 ARBEITER: ASPHALTARBEITER
 ARBEITER: BAUARBEITER
 ARBEITER: BETONARBEITER
 ARBEITER: BLEICHARBEITER
 ARBEITER: BLEISTIFTARBEITER
 ARBEITER: BRUECKENARBEITER
 ARBEITER: CHAMOTTEARBEITER
 ARBEITER: CHEMIEARBEITER
 ARBEITER: DACHDECKERARBEITER
 ARBEITER: DACHPAPPENARBEITER
 ARBEITER: DEPOTARBEITER
 ARBEITER: ELEKTROARBEITER
 ARBEITER: FABRIKARBEITER
 ARBEITER: FARBENARBEITER
 ARBEITER: FILZTUCHARBEITER
 ARBEITER: FLIESSBAND
 ARBEITER: FORSTARBEITER
 ARBEITER: GALALITH-ARBEITER
 ARBEITER: GARTENARBEITER
 ARBEITER: GASARBEITER
 ARBEITER: GEPAECKARBEITER
 ARBEITER: GERBEREI
 ARBEITER: GLASARBEITER
 ARBEITER: GLASPOLIERER
 ARBEITER: GLEISARBEITER
 ARBEITER: GOLDLEISTENARBEITER
 ARBEITER: GRABSTEINARBEITER
 ARBEITER: GRUBENARBEITER
 ARBEITER: GUETERARBEITER
 ARBEITER: HOLZARBEITER
 ARBEITER: KABELARBEITER
 ARBEITER: KAIARBEITER
 ARBEITER: KANALARBEITER
 ARBEITER: KOHLENARBEITER
 ARBEITER: KORKARBEITER

ARBEITER:KUEHLSCHRAENKE
 ARBEITER:LACKARBEITER
 ARBEITER:LAGERARBEITER,BAHN
 ARBEITER:LAGERARBEITER
 ARBEITER:LEDERARBEITER
 ARBEITER:LOHNARBEITER
 ARBEITER:LUMPENSORTIERER
 ARBEITER:MASCHINEN-VERLADUNG
 ARBEITER:MASCHINENARBEITER
 ARBEITER:MATRATZENARBEITER
 ARBEITER:METALLARBEITER
 ARBEITER:MOEBELARBEITER
 ARBEITER:MUENZARBEITER
 ARBEITER:NITRIERARBEITER
 ARBEITER:OFENARBEITER
 ARBEITER:PARKARBEITER
 ARBEITER:PORZELLANARBEITER
 ARBEITER:POSTARBEITER
 ARBEITER:PUMPENARBEITER
 ARBEITER:RAHMENARBEITER
 ARBEITER:RANGIERARBEITER
 ARBEITER:RATSARBEITER
 ARBEITER:ROTTENARBEITER
 ARBEITER:SAEGEARBEITER
 ARBEITER:SCIFFSARBEITER
 ARBEITER:SCHMIRGELARBEITER
 ARBEITER:SORTIERARBEITER
 ARBEITER:SPEICHERARBEITER
 ARBEITER:SPERRHOLZARBEITER
 ARBEITER:SPULENARBEITER
 ARBEITER:STAATSARBEITER
 ARBEITER:STEINARBEITER
 ARBEITER:STEINMETZARBEITER
 ARBEITER:STRECKENARBEITER
 ARBEITER:TABAKARBEITER
 ARBEITER:TAGESARBEITER
 ARBEITER:TEERARBEITER
 ARBEITER:TERRAZZOARBEITER
 ARBEITER:TEXTILARBEITER
 ARBEITER:TONARBEITER
 ARBEITER:VERLADENARBEITER
 ARBEITER:VERLAGSARBEITER
 ARBEITER:WERKSTAEETENARBEITER
 ARBEITER:ZECHENARBEITER
 ARBEITER:ZELLSTOFFARBEITER
 ARBEITER:ZEMENTARBEITER
 AUFSEHER,GARTENARBEITER
 AUFSEHER,KOEHLENLAGER
 AUFSEHER:HILFS-,GEFAENGNIS
 AUFSEHER:HILFSAUFSEHER
 AUFSOHLER
 AUSBALLER
 AUSGLASER
 AUSLEISTER
 AUSRICHTER
 AUSSCHNEIDER
 AUTOGENSCHWEISSER
 BEIFAHRER
 BEIFAHRER, LASTZUG
 BEIZER
 BEIZER:ALUMINIUMBEIZER
 BEIZER:DRAHTBEIZER
 BEIZER:METALLBEIZER
 BERGARBEITER
 BERGMANN
 BESTECHER
 BETRIEBSARBEITER,CHEMIE
 BETRIEBSARBEITER,POST
 BETRIEBSARBEITER,REICH
 BETRIEBSSANITAETER
 BIMSER:GAMASCHENBIMSER
 BIMSER:SOHLENBIMSER
 BIMSERIN
 BLECHSCHNEIDER
 BLECHZUSCHNEIDER
 BLEICHER
 BLEICHER:ZELLSTOFFBLEICHE
 BLUMENFAERBER
 BODENPOLIERER
 BODENREPARIERER
 BOLZENPRESSER
 BONBONKOCHER
 BRANDSOHLENDRUCKER
 BREMSER,STEINBRUCH
 BRENNER
 BRETTSCHEIDER
 BRUECKENBAUER
 BUEGLER
 BUERSTENBOHRER
 CHAMOTTEKLOPFER
 CHAMOTTEPRESSER
 CHEMIEBETRIEBSMISCHER
 DOPPLER
 DRAHTASPLER
 DRAHTZIEHER
 DREHER:HILFSDREHER
 DURCHNAEHER
 EINBINDER
 EINLEGER
 EINLEISTER
 EINSCHALER
 EINSTECHER
 EINSTECHER,SCHUHFABRIK
 EISENHOBLE
 EISENPLATTENSCHNEIDER
 EISENRICHTER
 EISENSCHMELZER
 ELEKTROKARRENFAEHRER
 FAERBER:CHEMISCHFAERBER
 FAHRER,MOSAIKMASSE
 FAHRER:GARNFAHRER
 FAHRER:KOEHLNFAHRER
 FAHRSTUHLFAEHRER
 FASSABFUELLER
 FEILER
 FERTIGMACHER

FEUERMANN:HILFSFEUERMANN
FINIERER
FLACHSROESTER
FLEYER
FLEYEROELER
FLEYERSPINNER
FLIESENPRESSER
FORMER:MASCHINENFORMER
FRAESER
FRITTER
FUHRMANN,STAEDT.
GALVANISEUR
GARDEROBENWAERTER
GARNVERTEILER
GASFUELLER,REICHSBAHN
GESCHAEFTSDIENER
GEZAEHAUSGEBER
GLAETTER
GLASSCHLEIFER
GLEISBAUER
GLUEHFUELLER
GUMMIWARENPRUEFER
HAERTER
HANDEINSTECHER
HANDUEBERHOLER
HANDZWICKER
HANFPOLIERER
HASPelfUEHRER
HAUER
HAUER(UNTER TAGE)
HAUER,KOHLENGRUBE
HAUER:LEHRHAUER
HAUER:REPARATURHAUER
HAUER:STRECKENHAUER
HAUER:ZIMMERHAUER
HAUSDIENER
HAUSMEISTER
HAUSWART
HEIZER
HEIZER,BRAUEREI
HEIZER,FABRIK
HEIZER,GASANSTALT
HEIZER:HILFSHEIZER
HOBLER
HOBLER,MASCHINENBAU
HOLLAENDERMUELLER
HOLZBOHRER
HOLZFRAESER
HOLZIMPRAEGNIERER
HOLZNAGLER
HOLZPLATZARBEITER
HOLZSAEGER
HOLZSCHLEIFER
HORIZONTALBOHRER
INTERBUEGLER
ISOLATORENKITTER
ISOLIERER
KABELANSCHNEIDER

KABELPRUEFER
KAKAOPRESSER
KAMINBAUER
KANALWAERTER
KARDENOELER,SPINNEREI
KARTONNAGENZUSCHNEIDER
KASSIERER,GASWERK
KEDERHEFTER
KEHRER
KELLNER
KELLNER:OBERKELLNER
KERAMIKER,TOEPFERGEWERBE
KESSELWAERTER
KETTENMACHER,EDELMETALLINDUSTRIE
KISTENSCHABLONIERER
KLAPPENSCHLAEGER
KLEIDERREINIGER
KNOPFMACHER
KOCH
KOHLENPRESSER
KOHLENWIEGER
KREMPELPUTZER
KREMPELSCHLEIFER
KREMPLER
KREMPLER:TUCHKREMPLER
KUEFER:HILFSKUEFER
KUEHLHAUSWAERTER
KUTSCHER
KUTSCHER,MARSTALLVERWALTUNG
KUTSCHER,SPEDITION
LACKABFUELLER
LACKIERER
LACKIERER,REICHSBAHN
LACKREPARIERER
LAGERHALTER
LAGERHALTER,FUTTERMITTEL
LAGERMEISTER,GROSSHANDEL
LAGERPLATZARBEITER
LAGERVERWALTER
LANDARBEITER
LANDARBEITER,KUTSCHER
LEDERANSCHNEIDER
LEDERAUSGEBER
LEDERGLAETTER
LEDERSTANZER
LEDERZUSCHNEIDER
LOETER
LOKOMOTIVHEIZER:HILFSLOKOMOTIVHEIZER
MAGAZINER
MALZPUTZER
MARKTHELFER
MARMORSCHLEIFER
MASCHINENBAUBOHRER
MASCHINENPUTZER
MASCHINENSTRICKER
MASCHINENWAERTER
MASCHINENZWICKER
MASCHINIST:HILFSMASCHINIST

MATERIALAUSGEBER
 MECHANIKER, HILFSMASCHINIST
 MESSINGBOHRER
 METALLFRAESER
 METALLGLAENZER
 METALLMUSTERMACHER
 METALLPOLIERER
 METALLPUTZER
 METALLSCHLEIFER
 METALLSORTIERER
 METALLSTANZER
 METALLTUCHWEBER
 METALLWALZER
 MOEBELFRAESER
 MOEBELPOLIERER
 MONTEUR: HILFSMONTEUR
 MOSAIKSCHLAEGER
 MOTORWERKER, REICHSBAHN
 MUETZENMACHER
 MUSTERMACHER, KARTONAGENFABRIK
 NACHPUTZER
 NACHTPORTIER
 NACHTWAECHTER
 NACHTWAECHTER, GEMEINDE
 NADELEIFERTIGMACHER
 NADLER
 NAEHERIN
 NIETER
 OFENBRENNER
 OFENFUELLER
 OFENMANN, KUPFERHUETTE
 OFENWAERTER
 PACKER
 PACKER U. MARKTHELFER
 PACKER, ARZNEIMITTEL
 PACKER, AUTOREIFEN
 PACKER, BUCHDRUCKEREI
 PACKER, FARBEN
 PACKER, KONSERVEN
 PACKER, SCHOKOLADE
 PACKER, SCHOKOLADE
 PACKER: BLEISTIFTPACKER
 PACKER: LAMPENPACKER
 PACKER: WEINPACKER
 PAPIERPRESSER
 PAPIERSCHNEIDER
 PAPIERZAEHLER
 PFERDEPFLEGER
 PFOERTNER
 PFOERTNER BEI DER STADT
 PFOERTNER, FABRIK
 PFOERTNER, STAATSWERFT
 PLATTENHOBLER
 PLATZARBEITER
 POLSTERER, REICHSBAHN
 PORTIER
 PORZELLANOFENFUELLER
 POSTAUSHELFER

PUMPENWAERTER
 PUTZER
 PUTZER, MILCHWERK
 RANGIERER
 RANGIERER, REICHSBAHN
 RANGIERER, STAEDTISCHER
 RANGIERFUEHRER, REICHSBAHN
 REPARATEUR
 REPARIERER
 RINGLERIN
 ROHPRESSER
 ROTTENFUEHRER, HILFSROTTENFUEHRER
 SAALDIENER
 SACKSCHNEIDER
 SALZLADER
 SALZMUELLER
 SANDLADER
 SCHAERFER
 SCHAFFNER, STRASSENBAHN
 SCHAFTSORTIERER
 SCHIESSER
 SCHIFFBAUER
 SCHIFFER
 SCHLACHTER
 SCHLEIFER
 SCHLEIFER, NAEHMASCHINEN-FABRIK
 SCHMELZER
 SCHMIED: FABRIKSCHMIED
 SCHMIED: MASCHINENSCHMIED
 SCHMUCKPRESSER
 SCHNITTFRAESER
 SCHNITTPOLIERER
 SCHRIFTHOBLER
 SCHUHMACHER
 SCHUHMACHER, FABRIK
 SCHUHMACHER: MASCHINENARBEITER
 SCHWEISSER
 SCHWERSPATMUELLER
 SILBERPOLIERER
 SOHLENRIFFER
 SPUELWAERTER UNTER TAGE
 STAERKEKOCHER
 STANZER
 STANZER, SCHUHFABRIK
 STEINFORMER
 STEINGUTGIESSER
 STEINGUTSCHLEIFER
 STEINGUTSETZER
 STEINHAUER
 STEINHOLZLEGER
 STEINMAHLER
 STEINRICHTER
 STEINSCHLEIFER
 STEINSETZER
 STEINSORTIERER
 STEINSTOESSER
 STEINSTOESSER, STEINBRUCH
 STEPPER

STEPPERIN	ZAEHLERWART
STRASSENBAHNER	ZIEGELBRENNER
STRECKENWAERTER	ZIEGLER
STUHLBAUER	ZIGARRENPACKER
STUHLPOLIERER	ZUSCHNEIDER, RADIO
TABAKROESTER	ZWICKER
TELLERMACHER	ZWICKER: PANTOFFELZWICKER
TERMINFOERDERER	ZWICKER: SPITZENZWICKER
TEXTILSCHNEIDER	ZWICKER: WENDEZWICKER
TEXTILSORTIERER	
TONHAUER	
TUCHRAUHER	
UEBERHOLER	
VERZINKER	
VIEHWAERTER, STAEDTISCHER	
VORLADER (BERGBAU)	
VORSPINNER	
WAECHTER	
WAERMER, ZECHENBETRIEB	
WAERTER, GASANSTALT	
WAESCHER	
WAGENLACKIERER	
WAGENPUTZER	
WALZER	
WEBEREISCHAERER	
WEBSTUHLPUTZER	
WEICHENWAERTER: HILFSWEICHENWAERTER	
WEISSBINDER	
WERKHelfER	
WERKHelfER, EISENBAHN	
WERKHelfER, REICHSBAHN	
WERKSCHUTZMANN	
WOLLWAESCHER	

Eine der Quellen umfaßt ausschließlich Arbeiter der Schuhindustrie und des Schuhhandwerks und bringt eine Anzahl nicht erläutelter Berufstätigkeiten in den Gesamtbestand ein, die zum Teil stark zerlegte Arbeitsvorgänge der Schuhherstellung benennen. Die Qualifikationsstufe wurde auch in allen diesen Fällen nicht gekennzeichnet. Abgesehen von diesen spezialisierten Tätigkeiten aus der Schuhproduktion ist es bei einigen Berufen wieder geraten, genauer zu erläutern, warum – im Sinne einer konservativen Lesart – die Bestimmung von Statuswert beziehungsweise Qualifikationsstufe unterbleiben sollte. Nur in wenigen Fällen war es möglich, "Arbeiter"-Tätigkeiten nach ihrem Statuswert oder ihrer Qualifikation näher zu bestimmen. Vielfach waren die Benennungen nicht eindeutig (z.B. *Streckenarbeiter*: ohne Erläuterung, ob im Bergbau (Streckenbauer) oder bei der Eisenbahn beschäftigt).

Spezialberufe der Schuhherstellung, Statuswert offen

<i>Absatzaufdrücker</i>	<i>Eisennagler</i>
<i>Absatzaufnagler</i>	<i>Fertigmacher</i>
<i>Absatzaufsetzer</i>	<i>Fräser</i>
<i>Absatzbauer</i>	<i>Glätter</i>
<i>Absatzdrucker</i>	<i>Handeinstecher</i>
<i>Absatzfräser</i>	<i>Handüberholer</i>
<i>Absatzfrontbeschneider</i>	<i>Handzwickler</i>
<i>Absatzglaser</i>	<i>Kederhefter</i>
<i>Absatzpolierer</i>	<i>Lackreparierer</i>
<i>Absatzstifter</i>	<i>Lederausgeber</i>
<i>Abzeichner</i>	<i>Maschinenarbeiter</i>
<i>Agopresser</i>	<i>Maschinenzwickler</i>
<i>Anklopfer</i>	<i>Nachputzer</i>
<i>Aufsohler</i>	<i>Nadeleifertigmacher</i>
<i>Ausballer</i>	<i>Nagler, Holznagler</i>
<i>Ausglaser</i>	<i>Reparateur, Reparierer</i>
<i>Ausleister</i>	<i>Ringlerin</i>
<i>Ausrichter</i>	<i>Schäftevorrichter</i>
<i>Ausschneider</i>	<i>Schärfer</i>
<i>Bestecher</i>	<i>Schaftsortierer</i>
<i>Bimser</i>	<i>Schnittfräser</i>
<i>Bodenpolierer</i>	<i>Schnittpolierer</i>
<i>Bodenreparierer</i>	<i>Sohlenriffer</i>
<i>Brandsohlendrucker</i>	<i>Spitzenzwickler</i>
<i>Bügler</i>	<i>Stanzer</i>
<i>Doppler</i>	<i>Stepper</i>
<i>Durchnäher</i>	<i>Überholer</i>
<i>Einbinder</i>	<i>Zuschneider</i>
<i>Einleister</i>	<i>Zwickler</i>
<i>Einstecher</i>	

Erläuterungen

Die Bezeichnung *Anstreicher* scheint in der Vorkriegszeit regional unterschiedlich verwendet worden zu sein: *Die Anstreicher in Rheinland und Westfalen sind fast durchwegs Kollegen, die zwei bis drei Jahre Lehrzeit durchmachen; sie müssen alle vorkommenden Arbeiten verrichten, auch tapezieren und verglasen. In den übrigen Provinzen Deutschlands sind es meistens die "ungelernten Kollegen", die mit einfacheren Anstreicharbeiten beschäftigt werden, was nicht ausschließt, daß man auch recht tüchtige Arbeiter, die dem Maler nicht nachstehen, antrifft* ⁵⁸. Diese Kennzeichnung

wurde auch noch für vier rheinische Anstreicherhaushalte der zwanziger Jahre als maßgeblich angesehen, nicht mehr aber für die Haushalte der nationalsozialistischen Erhebung.

Arbeiter in der Färberei wurden in Übereinstimmung mit dem zeitgenössischen Sprachgebrauch unterschiedlich codiert, je nach dem, ob sie sich selber als *Arbeiter* bezeichnet oder ob sie als Beruf *Färber* angegeben hatten⁵⁹. Im letzteren Fall wurde unterstellt, daß sie am Ausbildungscurriculum des traditionellen Färberhandwerks teilgenommen hatten und mindestens tendenziell in gehobener oder überwachender Stellung tätig waren und ihre Aufgabe nicht durch die starke Spezialisierung der Arbeitsvorgänge, wie sie für die Textilfärberei typisch ist, dominiert wurde.

In Hamburg-Altona war der Haushalt eines *Glasmachers* ansässig, der 1907 seine Haushaltsrechnung aufgestellt hat (Quelle 1). Diese großstädtische Lokalisierung schien Grund genug, ihn nicht als traditionellen Handwerker zu codieren. Aus derselben Zeit verfügen wir über einen Gewährsmann, der bei den Glasmachern drei Fachrichtungen unterscheidet: den "Hohlglasarbeiter", den "Tafelglaserzeuger", den "Flaschenmacher". Die Glasherstellung war im Kaiserreich bereits so weitgehend industrialisiert, daß wir davon ausgehen können, daß ein handwerklicher Arbeiter sich damals in Absetzung davon "Glasbläser" genannt hätte. Die zeitgenössische Quelle beschreibt das differentielle Milieu der industriellen Glashersteller (*Hier wie in allen Gewerben steht die sittliche Position der Arbeiter in einem gewissen Verhältnisse zur fachlichen Qualifikation* ⁶⁰). Während die Hohl- und Tafelglasmacher in der Regel durch Generationen immer wieder Kinder von Glasmachern [...] sind, rekrutieren sich die Flaschenmacher aus allen Ständen, weil die Flaschenmacherei relativ leicht und rasch erlernt werden kann [...]. Viele verlotterte Hohlglasgehilfen, die es in ihrem Aufmerksamkeit und Geschicklichkeit erfordernden Berufe zu nichts brachten, wurden Flaschenmachermeister [!] und damit Lehrmeister des jungen Nachwuchses. [...] Das Leben des Flaschenmachers ist lockerer, ihre Bedachtnahme auf eine hygienische Lebensweise geringer, die Neigung zum Trunk – auch Branntweintrunk – aber größer als bei den Glasmachern der anderen Hüttenarten [...]. Mit der relativen sittlichen Minderwertigkeit

der Flaschenmacher steht - nach den Angaben eines gewiegten Hüttdirektors [...] - bei den Flaschenmachern ein Hang zur Simulation (besonders am Montag) im Zusammenhange.

Der im Gesamtbestand vorhandene Haushalt eines *Haspelführers* konnte nicht genauer codiert werden. Der Haspler in der Wirk- und Strickwarenherstellung übte, wie es hieß, eine *verantwortungsvolle Tätigkeit* ⁶¹ aus. "Haspeln" wurden aber auch Fördervorrichtungen in Bergbau und Schifffahrt genannt (Haspelführer so viel wie Windenführer) sowie Rührtröge in der Ledergerberei und -färberei. Da der Haushalt in einem kleineren Ort der Rheinprovinz ansässig war, könnte es sich auch um einen Beschäftigten in der Landwirtschaft gehandelt haben, weil dort unter "Haspeln" Maschinen zum Verbringen von Getreide verstanden wurden.

Bei **Hilfsbediensteten** der staatlichen Eisenbahnverwaltungen:

- Bahngehilfen
- Hilfsbahnwärtern
- Hilfslokomotivheizern
- Hilfsweichenstellern
- Stationsgehilfen

mußte nach Zeitpunkt unterschiedlich codiert werden. Riedel stellte allgemein für alle Hilfs- und Aushilfsbeamten im Eisenbahndienst vor dem Weltkrieg fest, sie würden in den öffentlichen Statistiken meist nicht zu den Arbeitern gerechnet, sie verrichteten *wohl den Dienst eines Beamten, stehen aber im Arbeitsverhältnis*. Bei Hilfsheizern schränkte er dies ein; sie seien vor dem Krieg schon nicht mehr Arbeiter gewesen, hätten jedoch in das Arbeiterverhältnis zurückversetzt werden können. In der Berufszählung 1907 wurden tatsächlich Hilfsbahnwärter und Hilfsweichenwärter als untere Beamte geführt. Wenn diese Angabe auch dadurch an Glaubwürdigkeit nicht gewinnt, daß in der selben Kategorie Lokomotiv- und Oberlokomotivführer erschienen, was gewiß nicht der allgemeinen Übung entsprach, sind für die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg Stationsgehilfen, Hilfsbahnwärter und Hilfsweichenwärter als Unterbeamte codiert worden. Die Reichserhebung von 1927/28 verzeichnete *Bahngehilfen, Hilfslokomotivheizer und Hilfsweichen-*

wärter als Arbeiter⁶². Die Berufsbezeichnungen *Hilfsschaffner* und *Hilfsrangierführer* 1937 sind mit "0" codiert geblieben.

Die Tätigkeit des *Kassierers* hat im Laufe der Zeit partiell eine Dequalifikation erfahren. Kocka berichtet von Siemens, daß sie sich dort noch in den 1860er und 1870er Jahren nicht auf die Verwaltung der Kasse beschränkte, sondern daß der Kassierer auch in anderen kaufmännischen Fragen und solchen der Verwaltung der "1. Gehilfe" des Buchhalters gewesen sei. Ein Haushaltsratgeber vermittelte kurz nach der Jahrhundertwende von der Tätigkeit der "KassiererIn" ein vergleichsweise anspruchsvolles Bild: *die Kasse zu verwalten, Zahlungen entgegenzunehmen und bisweilen auch die fälligen Rechnungen und Quittungen auszuzahlen. Vor allem wird daher Kenntnis der einfachen Buchführung und sicheres Rechnen verlangt [...]. Der Besuch einer Kaufmännischen Schule ist insofern vorteilhaft für die KassiererIn, als er sie befähigt, in Betriebe mit vielseitigem Geschäftsverkehr, der ihren Pflichtkreis nicht unerheblich erweitert, einzutreten und sie über das mehr maschinenmäßige Amt der LadenkassiererIn hinaushebt.* Die Bearbeiter der zweiten Reichserhebung klassifizierten Ende der 1920er Jahre den Kassierer eines Wasserwerks als Angestellten (Fall 1621), ebenso einen *Fabrikassierer* (Fall 1475), den Kassierer eines Gaswerks aber als Arbeiter (Fall 1454). Im Bankwesen stand der "1. Kassierer" (*Disponent*) noch über dem Buchhalter. Nach Deich waren Kassierer fast immer gelernte Buchhalter und in der Betriebshierarchie aufgestiegen. Sie genossen "fast" das Ansehen eines Prokuristen. *Von den nichtleitenden Büroangestellten gelangt am ehesten ein Bankangestellter in der Person eines Kassierers zu einem gewissen Wohlstand* ⁶³.

Die an Kardieremaschinen zu verrichtenden Tätigkeiten in Spinnereibetrieben (*Krempler, Krempelputzer, Krempelschleifer*) sind nicht näher codiert, weil es sich bei ihnen um schwer einzuordnende Varianten angelernter Tätigkeiten gehandelt haben dürfte⁶⁴. Mollé bezeichnet sie aus der Gegenwartsperspektive zwar als *angelernte Facharbeiter*, aus der detaillierten Tätigkeitsbeschreibung des Handbuchs der Berufe geht jedoch hervor, daß man sie in den 1920er Jahren schwerlich als Facharbeiterberufe bezeichnen konnte (die Haushalte stammen aus der amtlichen Erhebung 1937). *Die an*

den Kratzenmaschinen zu verrichtenden Arbeiten sind sehr verschiedenartig. Kratzenarbeiter im engeren Sinne *besorgten* die Maschinen, Frauen leisteten Transportdienste, Männer legten die Wickeln auf die Maschinen. Aufgabe der Krempelputzer, *länger angelernt*, war im wesentlichen die Reinigung der Maschinen, Aufgabe der Krempelschleifer ihre Nachrichtung und Instandhaltung. *Obwohl die K. eigentlich Metallarbeiter sind, rechnen sie doch infolge ihres beruflichen Werdeganges und der notwendigen Vertrautheit mit den textilen Arbeitsvorgängen zu den Textilarbeitern.* Absehbar war damals außerdem eine technologische Entwicklung, die schwerlich zum Facharbeiterbild paßt: die sukzessive Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch mechanische Hilfs- und Zusatzeinrichtungen. In Österreich wurde auch im Dekorationsgewerbe und in der Polsterei von "Kremplern" gesprochen; das waren dort meist Frauen, die als Hilfsarbeiterinnen galten.

Lackierer ⁶⁵ wurden in der Berufszählung 1907 bei aller Verschiedenartigkeit der Einsatzstellen und Spezialisierungen als gelernte Arbeiter betrachtet (Lackiererinnen dagegen als ungelernete!). Diese Klassifizierung wurde für die Vorkriegszeit übernommen, nicht mehr aber für die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg. Besonders bei Spezialisierungen (Wagenlackierer) ist es nicht unmöglich, daß auf grundlegende Kenntnisse verzichtet werden konnte und mehr mechanische Repetition im Arbeitsvorgang überwog. Als Lehrberuf wurde die Lackiererei erst Ende der 1930er Jahre staatlich anerkannt.

Beschäftigte im Warenlager und in der **Lagerhaltung** gehörten unterschiedlichen Statusgruppen an⁶⁶. Als Beamte (etwa im Postdienst) zählten sie zur Besoldungsklasse der Assistenten. Im Handel galt das Lager gegenüber dem Kontor weniger – so sahen es, wie sich aus Deichs Romananalysen ergibt, mindestens die Kontoristen. Gelernte Kaufleute, die sie meistens waren, fiel es Lageristen deswegen zunehmend schwerer, ins Kontor aufzusteigen. Für die Codierung waren die Angaben der Reichserhebung von 1927/28 maßgebend. Im Berliner Gesamtbestand kommen folgende Berufsbenennungen vor:

<i>Lagergehilfe :</i>	Arbeiter,
<i>Lagerhalter :</i>	Arbeiter,
<i>Lagerist :</i>	Angestellter,
<i>Lagermeister :</i>	Arbeiter,

Lagerverwalter : Arbeiter, Angestellter, mittlerer Beamter,
Magaziner : Arbeiter,
Magazinhelfer : Arbeiter,
Magazinverwalter : Arbeiter.

"Lagerist" scheint die ältere Bezeichnung zu sein, nachdem "Lagerdiener" außer Gebrauch gekommen war. Es wurde unterschieden zwischen dem "1. Lagerist", *der die ankommenden Waren auf ihre Richtigkeit, Menge und Güte prüft, ihre Einreihung in die Bestände anordnet und überwacht und rechtzeitig neue Bestellungen veranlaßt, gegebenenfalls unter Mitwirkung ihm unterstellter Hilfskräfte, und dem "2. Lageristen", Angestellten für Teilarbeit im Lager, wie Warenausgabe, Wareneinnahme, Lagerbuchhaltung. Vor dem Ersten Weltkrieg setzte sich die Bezeichnung "Lagerhalter" ("Magaziner") durch. Oft zunächst in Arbeiterstellung, erhielten sie gewöhnlich erst im höheren Alter den Angestelltenstatus. Ihre Gehälter waren gleichwohl nur wenig höher als die Löhne der Arbeiter. Lederer schätzte aufgrund einiger Umfragen, daß bis 1910/1912 60 Prozent der Lageristen weniger als 1.500 Mark verdienten. Deich zitiert aus Romanen der Jahrhundertwende, daß die Lagerhalter dafür bekannt gewesen seien, ihre Bedeutung für die Firma zu überschätzen, und daß man ihnen nachsagte, sie glaubten, sich durch einen besonders forschenden Umgangston Respekt verschaffen zu müssen. Der Magazinverwalter galt in der Vorkriegszeit als Arbeiter "in gehobener Stellung".*

Bei *Maschinenarbeiter* wurde die Qualifikationsstufe offen gelassen. Der Herausgeber von Gutzkows Schlüsselroman "Die Ritter vom Geiste" erläuterte, Maschinenarbeiter hätten Mitte des 19. Jahrhunderts *die Elite der Arbeiterschaft* gebildet, *die ehernen Säulen der Demokratie*. Mitte der 1920er Jahre - alle Maschinenarbeiterhaushalte des Berliner Gesamtbestandes datieren aus den 1920er und 1930er Jahren - galten sie zumindest im Hinblick auf die ihnen gezahlten Löhne nur noch als Zwischengruppe zwischen den Ungelernten und den Gelernten. Die Maschinenarbeiter gehören zu jener Schicht von Arbeitern, die sich zwischen die fachlich Ausgebildeten und die Handlanger und Tagelöhner schob. Sie sind bald lediglich pauschal die *Hauptmenge der mit der Bedienung von Maschinen beschäftigten Metallarbeiter*, nämlich konkret: Polierer, Schleifer, Bohrer, Fräser oder Stanzer,

nicht aber bemerkenswerterweise Dreher⁶⁷. Ihren Status der Angelertheit sahen die Bearbeiter der Berufszählung 1925 vor allem in zwei Momenten zum Ausdruck kommen: 1. Die Altersgruppen der unter 20jährigen waren verhältnismäßig schwach besetzt, schwächer als im Durchschnitt der Industriearbeiterschaft; die Masse der männlichen Berufsangehörigen war zwischen zwanzig und fünfzig Jahre alt. 2. In fast jeder Altersstufe entfielen auf die Erwerbstätigkeiten in der Metallindustrie im engeren Sinne und auf die in den sonstigen Gewerben beschäftigten Berufszugehörigen etwa gleich große Anteile; es fand also kaum Mobilität im Sinne von Abwanderung oder Aufstieg statt.

Die Tätigkeit des *Maschinenformers* (1 Haushalt, Quelle 5) ist angelernte, zum Teil ungelernete Arbeit⁶⁸. Schon in den 1920er Jahren war die anspruchsvolle und zeitaufwendige Arbeit des Formers in der Serienfertigung und bei kleineren Gußstücken weitgehend durch die Formmaschine ersetzt. Der sie bedienende Arbeiter brauchte nur angelernt zu werden. Weitere Rationalisierungen ermöglichten die Anstellung ungelernerter Kräfte.

Der *Maschinenputzer* war vor dem Weltkrieg in Bahnbetriebswerkstätten ein *gewöhnlicher Arbeiter, fast Handlanger*⁶⁹. Die verfügbaren Informationen reichten aber insgesamt nicht aus, diesen Beruf als ungelernert zu codieren. Dasselbe gilt für die Berufsangabe *Putzer*. In der Textilherstellung waren "Putzer" Hilfsarbeiter, ausschließlich im Zeitlohn beschäftigt⁷⁰; mit "Putzer" konnte aber auch der angelernte Spezialberuf im Maurer- und Stukateurhandwerk gemeint sein oder eine ungelernete Tätigkeit wie Fensterputzer und Gebäudereiniger; bei den Putzerhaushalten im Berliner Gesamtbestand fehlen genauere Angaben zur Tätigkeit.

Portiers und *Pförtner* sind trotz des Fehlens spezifischer Qualifikationsanforderungen nicht als ungelernete Arbeiter codiert, weil sie in manchen Betrieben eine Art Vertrauensstellung besessen haben mögen, die in der Kontrolle der das Werkstor passierenden Arbeiter gründete. Für die Codierung als Arbeiter war die Reichserhebung von 1927/28 ausschlaggebend, wo ein *städtischer Pförtner* in dieser Beschäftigtengruppe erscheint. Pförtner können (heute) auch die Funktion von Werkschutzmännern mitausüben⁷¹.

Der *Schiffbauer* ⁷² kann in seiner ursprünglichen Tätigkeit des Holzschiffbauers als Handwerker gelten. Dessen Arbeitsprozeß wurde zunehmend durch Arbeitsteilung, Spezialisierung und Diversifizierung auf der Werft verändert. Seit Ende des 19. Jahrhunderts ist "Schiffbauer" als industrieller Facharbeiterberuf anzusehen. Mit der Verdrängung des Holzschiffbaues durch den Eisenschiffbau ist dessen Tätigkeit zu vielfältig, als daß aufgrund der reinen Berufsbenennung ein Urteil über die Qualifikation gefällt werden könnte.

Der *Schmelzer* ist als Glasmassehersteller (Hohlglasmacher) heute in der Regel angelernt, als Hochofenschmelzer (Ofenleute) eine qualifizierte Fachkraft, die es zum Erstmann, Oberschmelzer oder Schmelzmeister bringen kann (Vorarbeiter, Kolonnenführer). Der Erste Schmelzer nimmt am Hochofen eine besonders verantwortungsvolle Stellung ein. Er hat das Abstechen und nach Entleerung das Wiederverschließen des Ofens zu veranlassen. Der Zweite und Dritte Schmelzer sind als Abstichleute tätig und geben auf Anordnung die notwendigen Zuschläge in den Ofen. Trotz teilweise hoher Qualifikation in der Tätigkeit haben Hochofen- und Stahlwerksarbeiter ihren Beruf oft als Hilfsarbeiter im Betrieb begonnen. In der Berufsstatistik von 1907 sind Schmelzer jeden Produktionszweiges ohne Unterschied als ungelernete Arbeiter ("c 3") eingeordnet⁷³.

Die Berufsbezeichnung *Schriftböhler* ist - gemäß der heutigen Sprachregelung - als eine Spezialtätigkeit⁷⁴ des Schriftgießers verstanden worden: *Maschinelles Gießen von Schriftmaterial und Füllzeug [...] Einrichten der Gießmaschinen, Zurichten der Schriftbilder, Fertigmachen und Höhebeln [...] der gegossenen Schriftzeichen*. Trotzdem ist der Statuswert nicht codiert worden, weil fraglich bleibt, ob in der Zwischenkriegszeit (der Haushalt befindet sich in Quelle 5) die Qualifikationserfordernisse so hoch waren, daß eine Einstufung als Facharbeiter gerechtfertigt wäre.

Die Tätigkeit des *Schweißers* ist schwer einzuordnen, weil es sich um einen Beruf handelt, der in dem von uns behandelten Zeitraum im Entstehen begriffen war. Noch Anfang der 1930er Jahre wurde beklagt, daß die durch den technischen Fortschritt erforderlich gewordene Ausbildungsregelung

noch nicht gelungen sei⁷⁵. Die amtliche Statistik bezeichnete Schweißer im Schmiedehandwerk, im Hüttenbetrieb und in der Maschinenfabrik bereits vor dem Krieg als "gelernt". Das Handbuch der Berufe erklärte aber noch 25 Jahre später, infolge mangelnder Ausbildungsmöglichkeiten würden sowohl Hilfsarbeiter als auch Lehrlinge und gelernte Metallarbeiter (Schlosser, Schmiede, Dreher) zum Teil in besonderen Lehrkursen zu Schweißern angelernt. Es unterlag keinem Zweifel, daß eine handwerkliche Vorbildung jedoch wünschenswert sei. Die Tätigkeit galt als verantwortungsvoll. *Es bestehen bisher keine praktisch in großem Umfang brauchbaren Prüfmethoden, um die Güte der Schweißung festzustellen. Die Sicherheit [des Werkstücks] hängt daher allein von der sorgfältigen und gewissenhaften Ausführung [...] der Schweißarbeit ab.* Gefordert wurden darüberhinaus chemische und physikalische Grundkenntnisse. Im Handwerk war das Schweißen zu dieser Zeit bereits in einige Gesellenprüfungsordnungen aufgenommen. So galt der Schweißer *teils als gelernter Facharbeiter, teils als angelernter Industriearbeiter (Schweißerin) je nach Art und Verantwortung der ihm übertragenen Arbeitsleistung.*

Auch beim Haushalt des *Steinformers* (Quelle 6) wurde die Qualifikationsstufe nicht spezifiziert⁷⁶. Bei den im Gesamtbestand enthaltenen *Steinhauern* (aus Mainz und aus der Rheinprovinz) handelt es sich wohl um Familien von Steinbruchsarbeitern (Steinbrecher). Als solche hätten sie als ungelernt zu gelten. Der Beruf wurde Ende der 1920er Jahre als angelernt bezeichnet. Es würden, wie es hieß, - zunächst als Hilfsarbeiter - *in überwiegendem Maße Söhne von bereits in der Steinindustrie tätigen Steinarbeitern* eingestellt; *die "Lehrlinge" (Anlernlinge) werden entweder von den Werkmeistern oder, falls Verwandte im Bruche beschäftigt sind, von diesen ausgebildet. Für die Pflastersteinmachertätigkeit hat sich bereits eine längere Anlernzeit eingebürgert; sie wird zum Teil als Handwerk angesehen.* Steinhauer ist aber auch ein anderer Name für Pflasterer; dies waren nun sicher keine gelernten Arbeiter. Schließlich heißen im Süddeutschen auch die handwerklich arbeitenden Steinmetze gelegentlich "Steinhauer". Die Quelle ist mithin zu ungenau. Hingegen scheint *Steinrichter* die Benennung einer Steinbruchsarbeitertätigkeit ungelerner Art zu sein. Bei der Gewinnung roh behauener Pflastersteine aus dem Steinbruch gab es eine

Arbeitsteilung zwischen dem Ritzer, der die Steine grob vorrichtete, und dem Putzer (Bossierer oder Steinrichter), der sie in der geforderten Weise endgültig zu behauen hatte.

Für *Tuchrauer* gilt das bei Karderiarbeitern gesagte. Rauher in der Krefelder Feintextilindustrie war ein Lehrberuf. *In der rheinischen Seiden- und Seidensamtappretur tritt der zukünftige Appreteurmeister als Stoffappreteurlehrling in die Lehre. [...] Erst nach vollständiger Ausbildung, das heißt nach Kenntnis sämtlicher Maschinen im Betrieb, kommt er zu "seiner" Spezialmaschine [zum Beispiel als Rauher], an der er durchweg sein Leben lang bleibt.* (Der betreffende Haushalt im Berliner Gesamtbestand war in der Provinz Hessen-Nassau ansässig.) Hier fehlt also gerade ein Merkmal der Facharbeitertätigkeit: die Tätigkeitsvariation und Fortbildungsmöglichkeit. Schon 1907 wurde die Arbeit des Rauhers als gelernte wie als ungelernete festgestellt. Auch das Rauhen der Tuchoberflächen wurde zunehmend Maschinen überlassen⁷⁷.

Vorlader : Beruf im Bergbau (Quelle 6).

Als *Vorspinner* oder *Fleyer* wurden die Bediener der Vorspinnmaschine bezeichnet. Diese verfeinert die aus der Strickerei kommenden Faserbänder und gibt ihnen eine schwache Drehung in volle runde "Vorgarne". Der Vorspinner brauchte wohl Erfahrung und Geschick, aber keine regelrechte Ausbildung, die über die Einweisung in seine Maschine wesentlich hinausgegangen wäre. Ein großer Teil seiner Tätigkeit bestand in äußerster Geschicklichkeit oder Verausgabung schierer Muskelkraft⁷⁸.

Der *Webereischärer* ist ein durch Maschinen verdrängter Anlernberuf (Anlernzeit höchstens einige Monate, nur in der Seidenweberei drei Jahre). Schon in den 1920er Jahren waren von dem ursprünglich manuell anspruchsvollen Arbeitsprozeß nur noch vorbereitende und überwachende Tätigkeiten übriggeblieben. Volksschulabschluß und Rechenfertigkeit blieben erwünscht. Die Schärer (oft Frauen) waren vorher gewöhnlich beim Spulen oder Aufstekken tätig gewesen, zum Teil waren es ältere Weber, die zum Weben als nicht mehr verwendungsfähig angesehen wurden⁷⁹ (unser Schärer im Gesamtbe-

stand war erst 32 Jahre alt). Aus diesen Gründen und wegen der Art der geforderten Arbeitsverrichtungen verbot sich eine Codierung als Facharbeiter.

Weißbinder kann eine Spezialisierung im Böttcherhandwerk gewesen sein; es ist eine Benennung für diejenigen Böttcher, die ein besonders weiches Holz verarbeiten. Der aus Quelle 6 aufgenommene *Weißbinder*, in einer kleinen hessischen Gemeinde beheimatet, dürfte jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit so viel wie ein Tüncher gewesen sein, denn *Weißbinder* dieser Art *hat man fast ausnahmsweise nur im hessischen Gebiet*. Der *Weißbinder* tüncht und verputzt Decken oder Fassaden. *Ebenso werden Arbeiten in Gips und Zement verlangt*. Da die Verrichtungen sogar innerhalb Hessens von Ort zu Ort etwas anders gewesen zu sein scheinen⁸⁰, wurde kein spezieller Qualifikationscode vergeben.

In *Ziegeleien* beschäftigte Arbeiter (*Ziegeleiofenarbeiter, Ziegeleiarbeiter, Ziegler, Ziegelbrenner*) dürfen nicht unbesehen als "ungelernte" Kräfte betrachtet werden, obwohl dies die Einordnung bei der Berufszählung von 1907 war - "Ziegelarbeiter" und "Ziegelbäcker" genauso wie Ziegelbrenner, -former und -streicher. Sogar die Abgrenzung zum Handwerker ist nicht selbstverständlich. Sie erschien den Autoren des Handbuchs der Berufe durchaus als erläuterungsbedürftig⁸¹. *Die Ziegeleibetriebe gelten als Fabrikbetriebe; der Zieglerberuf ist daher kein Handwerksberuf, trotzdem seine Berufsart vielfach handwerklichen Charakter hat*. Arbeit in *Ziegeleien* war Saisonarbeit; die dort Beschäftigten waren oft Wanderarbeiter, in vielen Fällen Vater und Sohn zusammen. Der Vater von Wenzel Holek war Ziegelmacher. Die meisten Haushalte mit Haushaltsvorständen in dieser Branche kommen aus der amtlichen Erhebung 1937, so daß die Charakteristika handwerklicher oder nebenerwerbsartiger Tätigkeit bereits an Gewicht verloren haben konnten. Volksschule reichte als Bildungsniveau sogar für den Ziegelmeister aus. Lehrzeit war nicht üblich. *Gegenwärtig vollzieht sich die Ausbildung [...] des jungen Zieglers so, daß er nach der Annahme von den älteren Ziegelarbeitern und dem Ziegelmeister nach und nach in allen einschlägigen Verrichtungen angelernt wird [...]. Der fertig ausgebildete Ziegler steht einem Handwerker nach Kenntnissen und Fertigkeiten durchaus*

gleich. Aber beruflicher Aufstieg war erwartungsgemäß schwerlich gegeben. *Der Ziegler kann es im allgemeinen nur zu den als Spitzenstellen anzusehenden Stellungen als Heizer, Brenner, Ofensetzer, Streicher usw. bringen*. 1938 sind "Ziegler" und "Ziegelbrenner" als industrielle Ausbildungsberufe anerkannt worden. Der *Ziegeleiplatzmeister* aus Quelle 6 wurde als Angestellter codiert, weil Platzmeister in Betrieben des Bergbaus und Hüttenwesens zur Schicht der (mittleren) technischen "Beamten" gehörten⁸².

Zwicker (in der Lederschuhfabrikation) und *Zwirner* (in der Spinnerei) stehen am Rande zur Gruppe der ungelernten Arbeiter. Die *Zwickerei* (das Verbinden von Schuhschaft und Schuhboden) wurde erst um 1938 als Anlernberuf anerkannt und 1952 schon wieder gestrichen. 1907 wurden *Handzwicker* als gelernte, *Maschinenzwicker* aber als ungelernte Arbeiter zugeordnet⁸³. Das *Zwirnen* (das Verbinden einfädiger Garne zu mehrfädigen) besorgten Maschinen; die Aufgabe der *Zwirner* und *Zwirnerinnen* bestand im wesentlichen im Wechseln der Spulen und erforderte in erster Linie beachtliche Geschicklichkeit und Schnelligkeit⁸⁴.

Folgende Berufsbenennungen sind zwar in der Liste der gelernten und ungelernten Arbeiterberufe der Berufs- und Betriebszählung von 1907 enthalten, eine Spezifizierung wurde aber trotzdem unterlassen, in den meisten Fällen weil die Haushalte erst aus der Reichserhebung von 1937 stammen und sich zwischenzeitlich die Qualifikationsstandards verändert haben konnten, sonst weil die Berufsbenennung zu unspezifisch war:

Andreher (unklar ob Posamentenherstellung, Spinnerei oder Weberei)
Apparatewärter
Appretierer
Beizer
Betriebsarbeiter
Bleicher
Blumenfärber
Bürstenbohrer
Eisengießer
Flachsröster
*Fördermann*⁸⁵

Fräser
Galvaniseur
Gezähausegeber
Glassschleifer
Glätter
Gußputzer
Hobler
Holländermüller
Holzsäger
Holzschleifer
Malzputzer
Metallfräser
Metallpolierer

*Metallputzer
 Metallschleifer
 Metallstanzer
 Metall[tuch]weber
 Metallwalzer
 Möbelpolierer
 Mützenmacher
 Nieter*

*Packer
 Papierschneider
 Salzmüller (Salzmühlenarbeiter)
 Schlachter
 Schleifer
 Polsterer
 Stanzer
 Tabakzurichter*

3.2.2.2 Gelernte Arbeiterberufe (Traditionsgewerke)

Entsprechend der oben erläuterten Unterscheidung handwerklicher Berufe (Code 2) gegenüber industriellen Facharbeiterberufen (Code 5) waren folgende handwerkliche Tätigkeitsbezeichnungen per definitionem als gelernt codierbar:

*Bäcker, Zucker- und Zuckerwarenbacker
 Bauhandwerker
 Bierbrauer, Mälzer, Gärführer
 Bildhauer, Holzbildhauer, Steinbildhauer, Steinmetz
 Böttcher und Küfer
 Buchbinder
 Buchdrucker, Lithograph, Steindrucker
 Dachdecker
 Drechsler
 Emaillemaler, Porzellanmaler, Schildermaler
 Färber
 Feingoldschläger
 Fliesenleger
 Friseur
 Gärtner einschließlich Obergärtner, Kunstgärtner
 Gelbgießer
 Gerber
 Glaser, Bau- und Bilderglaser
 Glasschleifer
 Goldschmied
 Graveur
 Gürtler
 Harmonikamacher
 Hufschmied
 Hutmacher
 Instrumentenmacher
 Juwelenfasser
 Klempnergeselle*

Konditor
Korbmacher
Kupferschmied
Maler einschließlich Dekorationsmaler
Maurer
Metzger
Modellschreiner
Modelltischler
Müller
Ofensetzer
Sattler
Schlossergeselle
Schneider,
Maßschneider, Konfektionsschneider, Damenschneider, Uniformschneider
Schornsteinfeger
Schreiner einschließlich Bau- und Möbelschreiner
Schriftsetzer
Schuhmachergeselle
Spengler
Stellmacher, Wagner
Stuckateur
Täschner und Feintäschner
Tischler einschließlich Bau- und Möbeltischler
Uhrmacher
Waffenschlosser
Zimmerer einschließlich Schiffszimmerer
Zimmermann einschließlich Schiffszimmermann
Zimmerpolier

In dieser Liste sind die entsprechenden Tätigkeiten, die die Berufsstatistik als Betriebshandwerke abzutrennen pflegte, inbegriffen.

Die Bearbeiter der Berufszählung 1925 führten folgende Berufsbenennungen als die von traditionellen Handwerkerberufen auf⁸⁶:

Bäcker
 Böttcher
 Drechsler
 Glaser
 Holzbildhauer
 Klempner
 Sattler
 Schlachter, Fleischer
 Schlosser
 Schneider
 Schuhmacher
 Stellmacher
 Tischler
 Töpfer.

Aus dieser Liste wurden nur die Klempner und Schlosser nicht pauschal übernommen, sondern lediglich der Sonderberuf des Waffenschlossers. Denn die Lehrberufe der Metallverarbeitung haben im Zuge der Industriellen Revolution ihren handwerklich-zünftischen Charakter stärker verloren als andere Berufe, selbst dann, wenn ihre Ursprünge weit zurückreichen.

Erläuterungen

Brauer (Bierbrauer), Gärführer (Braumeister), Mälzer – an und für sich gelernte Berufe. Die Ausbildung erfolgt nach einer praktischen Tätigkeit von drei Jahren auf den Versuchsanstalten des Braugewerbes oder auf Brauerschulen. Erst nach der gemeinsamen Ausbildung differenzierten sich die Berufe des Brauers und Mälzers. Vor dem Ersten Weltkrieg war die Ausbildung offenbar weniger reguliert und der handwerkliche Charakter deutlicher. Nach zweijähriger Lehrzeit wurde der Besuch einer der vielen Fachschulen erwartet; dort besuchte der Lehrling Kurse von gewöhnlich vierwöchiger Dauer. Nach Vollendung dieser Lehrzeit ist eine längere Wanderzeit zu empfehlen und auch dem Gebrauch entsprechend. Sechs bis acht Jahre sind dafür nicht zu lange Zeit, damit der junge Mann ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen in auswärtigen Brauereien sammelt. Er wird als Gehilfe sein Unterkommen suchen und finden. Dem Brauerlehrling wurde empfohlen, sich auch eingehende Kenntnis der Malzzubereitung anzueignen, damit er in dem späteren Verhältnis als Inhaber einer Brauerei nicht von seinen Beamten abhängt ⁸⁷.

Im Berliner Gesamtbestand gibt es zehn Färber, von diesen einer vor 1914. Diese wurden als Handwerker erfaßt, denn: *Der Färberberuf galt bereits in alter Zeit als bevorzugter Handwerkszweig, dem ob seiner Kunstfertigkeit große Achtung entgegengebracht wurde ⁸⁸.* Die Industrialisierung hatte zwar zeitweise eine Zunahme angelernter oder ungelernter Färbereiarbeiter zur Folge (im Gesamtbestand acht Haushalte von 1927 und 1937, als Arbeiter codiert), aber das Handwerk hatte seine Rolle offenbar trotzdem nicht verloren. Maschinen hatten *die Handarbeit beim Färben bereits in großem Umfang ausgeschaltet; dabei sind jedoch vorwiegend un- und angelernte Färberei(hilfs-)arbeiter freigesetzt worden, während die gelernten*

bzw. qualifizierten Färber meist im Betrieb verblieben und maschinen-technische Kräfte (Schlosser) hinzugetreten sind. Bezeichnenderweise trat in den 1920er Jahren ein Facharbeitermangel ein, weil Lehrlinge überwiegend in Klein- und Mittelbetrieben ausgebildet und die Färbemethoden oft vom Vater auf den Sohn, also mit restriktiver Tendenz, weitergegeben wurden, während die Nachfrage seitens der Industrie wuchs. In manchen Kammerbezirken waren zudem Lehrlingshöchstzahlen festgesetzt. Ein im Gesamtbestand vorhandener *Chemischfärber* ist als Arbeiter codiert, ein *Färbermeister* bereits in der betreffenden Quelle (5) als Angestellter ausgewiesen.

Feingoldschläger (1 Haushalt aus Nürnberg, 1907/08) wurden von der Berufsstatistik als gelernte Arbeiter (c2) eingeordnet. Als Spezialberuf des Blattmetall- beziehungsweise Goldschlägers handelt es sich jedoch, genauer betrachtet, um eine *alte handwerkliche, standortsweise hauptsächlich in Schwabach bei Nürnberg vertretene Metallverformungsarbeit*. Der Feingoldschläger stellte zum Verzieren und für den Buchschnitt mit dem Hammer Metallblättchen her, die bis zu $\frac{1}{1.100}$ mm dünn waren⁸⁹.

Der Gärtner ist zunächst auch Handwerker und muß wie alle seine Standesgenossen eine Lehrzeit durchmachen, deren tatsächlichem Beginn oft noch eine Probezeit vorangeht. Die praktische Arbeit ist hierbei die Hauptsache, daneben soll der Besuch der gewerblichen Fortbildungsschule nicht unterbleiben. Das Ende der Lehrzeit bezeichnet das Lehrzeugnis, das der Meister dem Zögling ausstellt. Diese Beschreibung der Ausbildung⁹⁰ verriet, daß der Gärtnerberuf im Kaiserreich tatsächlich nicht als Arbeitertätigkeit im modernen Sinne wahrgenommen wurde. Auch in der Zwischenkriegszeit wurden 3 Jahre Lehre mit einer Gehilfenprüfung abgeschlossen. Der handwerksartigen Ausbildung entsprachen vor dem Krieg die beruflichen Arbeitsmöglichkeiten: *entweder arbeitet er praktisch als Gehilfe weiter und sucht sich durch Tüchtigkeit sein eignes Fortkommen zu sichern, bis er vielleicht in irgend einem besondern Zweige ein eignes Geschäft auf tun kann. Oder er sucht eine wissenschaftliche Vertiefung seines Berufes auf einer Gärtnerlehranstalt, woran kein Mangel ist. [...] Die Stellen der Hofgärtner oder Hofgarteninspektoren sind vielbegehrt, doch nicht leicht erhältlich.*

Aber als selbstständiger Gärtner auf großen Gütern oder in städtischem Dienst zur Überwachung und Pflege der Anlagen auf öffentlichen Plätzen oder Friedhöfen findet man gut bezahlte, angenehme und angesehene Stellen. Auch wenn diese Darstellung etwas betulich retuschiert erscheint, gibt sie doch für den sozialen Status wesentliche Elemente wieder. Diese werden auch in der Zwischenkriegszeit, aus der die meisten einschlägigen Haushalte des Gesamtbestandes stammen, nicht völlig in Vergessenheit geraten sein.

Die Berufszählung von 1925 faßte unter der Bezeichnung *Gold- und Silberschmiede einschl. der Bijouteriearbeiter* mehr als 100 Berufsbenennungen zusammen. Zu einem *nicht unbeträchtlichen Teil* handelte es sich, wie die Bearbeiter betonten, um *Bezeichnungen für angelernte Tätigkeiten, die sich als Folge arbeitsteiliger Produktionsweise zu besonderen Berufsarten herausgebildet haben* ⁹¹. Im Berliner Gesamtbestand gibt es drei Haushalte von *Goldschmieden* aus den Jahren 1927 und 1937; diese wurden angesichts der Nähe, die ihre Tätigkeit zu kunstgewerblicher oder künstlerischer Produktion hat, als Handwerker klassifiziert (vgl. Buchbinder, Gürtler, Steinmetzen).

Täschner (Taschensattler) und *Feintäschner* (2 Haushalte aus der Zwischenkriegszeit) wurden als Handwerksberufe betrachtet; es lasse sich zwar – wie es im Handbuch der Berufe 1933 hieß – von einem *eigentlichen Portefeullerhandwerk* kaum sprechen, aber die Portefeullerei habe *weitgehend handwerksmäßigen Charakter* ⁹². Das Berufsbild, das in unserem Berichtszeitraum entworfen wurde, zeigt in der Tat zahlreiche Züge, die der herkömmliche Sprachgebrauch mit dem Begriff Handwerk trifft. Die Herstellung von Galanteriewaren, Brieftaschen, Etais, Nähkörben, Schreibmappen, Buchhüllen usw. differenzierte sich im 18. Jahrhundert aus den alten Gewerben der *Sattler*, *Beutler*, *Buchbinder* aus. Sie behielt ihren Manufakturcharakter bis in die Gegenwart – *auch ein kunstgewerblicher Einschlag ist stark ausgebildet. Die qualifizierte Handarbeit ist ganz überwiegend maßgebend geblieben, Maschinen werden nur in vergleichsweise geringem Umfang [...] verwendet, am wenigsten bei der Anfertigung von Qualitätswaren. Die eigentlichen Portefeulle-(Täschner- und Ledergalanterie-) warenbetriebe*

beschäftigten daher vorwiegend gelernte Portefeuller. "Dies sind Facharbeiter, die eine dreijährige Lehre hinter sich haben [...]; sehr oft findet man hier auch Familien, in denen der Portefeullerberuf schon seit Generationen betrieben wird." In der Produktpalette galt Serienfertigung nur als äußerst beschränkt durchführbar. *Die Arbeit des gelernten Portefeullers als des wichtigsten Arbeiters, der danach trachten muß, ein schönes, gefälliges Stück, vorwiegend durch seiner Hände Geschicklichkeit und Fingerfertigkeit herzustellen, ist immer Handarbeit.* In der Massenfabrikation größerer Betriebe war die Arbeitsteilung allerdings so weit fortgeschritten, daß Arbeiter häufig auf ganz bestimmte Artikel spezialisiert waren. Die Ausbildung erfolgte in dreijähriger Lehrzeit, während derer der Lehrling wohl kein Lehrgeld bezahlte und tarifvertraglich festgesetzte Vergütungen erhielt. Unterbringung mit Kost und Wohnung war in der Zwischenkriegszeit nicht üblich. Trotz einzelner Einschränkungen, was die Bräuche der Lehrzeit, das Überwiegen manufakturieller Produktionsweise mit teilweise starker Arbeitszerlegung und Zwischenmeistersystem betrifft, erschien es angemessen, diese Berufe als traditionsverbundene Gewerke zu klassifizieren.

3.2.2.3 Gelernte Arbeiterberufe (modernes Handwerk und industrielle Facharbeiterberufe)

Als gelernte Arbeiterberufe wurden alle Berufsbezeichnungen codiert, die schon ihrem Wortlaut nach eine bestimmte Vorzugsstellung im Betrieb ausdrücken:

Facharbeiter

-führer (z.B. "Rottenführer")⁹³

Meister (Quelle 5: auch Drehermeister).

Eine Reihe von Berufsbenennungen, die mit dem Präfix *Vor-* gebildet sind, bezeichneten, wie es heute nicht mehr geläufig ist, Tätigkeit und Stellung von "Vorhandwerkern"; das waren Vorarbeiter oder Kolonnenführer, die in der Betriebshierarchie unter dem Werkführer standen⁹⁴:

*Vorschmied
Vorschlosser
Vorzeichner*⁹⁵.

Folgende Berufe erforderten offensichtlich Qualifikationen, die durch eine reguläre Ausbildung erworben werden mußten:

*Automechaniker, Autoschlosser
Bootbauer
Chemigraph
Heizungsmonteur
Hutmacher
Lithograph, Steinschleifer als Lithograph
Maschineneinrichter
Maschinensetzer
Maschinist
Maschinenführer
Mechaniker
Metalldrucker, Offsetdrucker, Steindrucker
Tapezierer
Vorrichter*

Außerdem gehören bestimmte **Fahrzeugführer** hierher. Kutscher (früher "Fuhrherren") galten zwar als Dienstboten, brauchten keine Lehre, aber offensichtlich doch spezielle Kenntnisse. Häufig waren sie vorher Pferdeknechte oder Kavalleristen gewesen. Sie galten vielerorts als hochbezahlt; Elsenhans nannte allerdings als Durchschnittslohn nur 18 bis 22 Mark pro Woche und wies auf die sehr langen Arbeitszeiten (über 80 Stdn./Woche) hin. In der Mehrzahl waren sie, wie in der Berufszählung von 1925 ausgewiesen, unselbständig (nur 18 Prozent bezeichneten sich als Unternehmer), von den unselbständig Beschäftigten wiederum befanden sich Mitte der 1920er Jahre wenig mehr als 500 - *ausschließlich Privatkutscher* - in Angestelltenposition. Ähnlich war die Lohnabhängigkeit bei den Kraftfahrern (Motorwagenführer). Hier rechtfertigt ihre Zugehörigkeit zu einem Dienstleistungsgewerbe mit moderner Technik, das insofern eine gewisse Pionierfunktion einnahm, die Facharbeitercodierung zusätzlich⁹⁶:

*Fahrer (Milchfahrer, Brotausfahrer usw.)
Kraftdroschkenführer
Kraftfahrer
Kraftwagenführer
Kranfahrer, Kranführer
Straßenbahnfahrer, Straßenbahnführer
Omnibusfahrer, Omnibusführer.*

Bei der Gruppe der **Schmuckarbeiter** erweist sich die Flexibilität der dualen Kodierung von Stellung im Beruf und Statuswert in besonderem Maß als nützlich. *Feingoldschläger, Goldschmied* und *Graveurs* sind als handwerksbestimmte Arbeiter codiert (s. Abschnitt 3.2.2.2). Die Benennungen *Schmuckpresser* und *Goldleistenarbeiter* hingegen deuten auf industrielle und serienmäßige Fertigungsprozesse hin, in denen die Qualifikation mindestens zweifelhaft bleiben muß (Arbeiter, Statuswert unbestimmt, s. Abschnitt 3.2.2.1). Schließlich sind an dieser Stelle als Facharbeiter zu nennen:

Goldarbeiter
Juwelenfasser
Schmuckarbeiter
Schmuckfasser

Der Beruf des Edelsteinfassers (*Juwelenfasser, Juwelier* ⁹⁷) war in der Zwischenkriegszeit bereits teilweise industrialisiert (2 Haushalte, Quelle 6). Von Fassern *auf feine Arbeit (Montage)* wurde ästhetisches Urteil und künstlerisches Geschick erwartet, beim Fasser *auf courante Arbeit* hingegen *kommt es auf Gewandtheit und Schnelligkeit an; die Arbeit stellt, wenn die Technik und die Handgriffe einmal erlernt sind, keine besondere Qualitätsleistung dar.*

In der Gruppe der gelernten **Metallarbeiter** ist die Abgrenzung zwischen traditionellem und sich modernisierendem Handwerk und modernen Facharbeiterberufen aufgrund der Berufsbezeichnungen nur selten ohne einen Rest an Unsicherheit entscheidbar. Denn die Herstellung, Veredelung und Verarbeitung von Metallen hat die Industrielle Revolution wesentlich mitgetragen, und folglich mußten die Veränderungen, die sie bewirkte, in den betreffenden Berufen, deren Absterben, Veränderung oder Neuentstehen, zu allererst durchschlagen. In bezug auf ihre Traditionsbestimmtheit und die Anteile handwerklichen Könnens stehen die folgenden Berufe des Gesamtbestandes, die alle als Facharbeiterberufe codiert sind, daher auf unterschiedlichen Niveaus:

Dreher
Elektriker, Betriebselektriker
Elektroinstallateur
Elektromechaniker
Elektromonteur
Feinmechaniker

Installateur
Klempner, Rohrleger
Maschinenbauer
Mechaniker
Metalldrücker
Monteur einschließlich Heizungsmonteur
Schlosser, Maschinenschlosser
Schmied einschließlich Kesselschmied
Werkzeugmacher, -schlosser, -schmied
Ziseleur.

In dieser Liste sind nicht enthalten die Maschinenarbeiter und die Maschinenformer, bei denen die Qualifikationsstufe offen gelassen wurde (siehe Abschnitt 3.2.2.1).

Viele der genannten Berufsbenennungen sind eher Sammelkategorien, als daß sie bestimmte Berufe kennzeichneten. So subsumierte die Statistik der Berufszählung 1925 unter der Bezeichnung Schmied 75 verschiedene Berufsbenennungen, und zwar fast ausnahmslos gelernte⁹⁸. Ebenso dürfte *Maschinenbauer* eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche Berufe gewesen sein. Nur im "Handbuch" von 1930 wurde *Maschinenbauer* als Synonym mit *Maschinenschlosser* erklärt. In den Berufszählungslisten von 1907 waren Maschinenbauer als gelernte Arbeiter verzeichnet. Robert Kuczynski nannte als Maschinenbauer gelernte Arbeiter wie den Dreher, Schlosser oder Monteur, angelehrte Kräfte wie den Bohrer und kaum qualifizierte wie Fräser und Hobler⁹⁹.

Die im Gesamtbestand verzeichneten qualifizierten Metallarbeiterberufe lassen sich grosso modo in drei Gruppen zusammenfassen: mit der Industrialisierung entstandene neue Industriearbeiterberufe, zweitens handwerkliche Berufe mit gewisser Tradition, die von der industriellen Produktionsweise überformt sind, und drittens Berufe, die ihren handwerklichen Charakter stärker haben beibehalten können.

Erläuterungen

Das spanabhebende Bearbeiten von Maschinen-, Werkzeug- und Apparate-
 teilen sowie Armaturen, die unter Druck stehen (Ventile, Hähne, Schieber),
 aus Stahl, Nichteisenmetallen und Preßstoffen auf Drehbänken verschiedener

*Bauart [...] ist eine Metallbearbeiter-Art, bei denen [sic] die Qualifikationsstufen auszuführender Arbeiten von relativ einfacher Maschinenbedienung/-beobachtung bis zum höchsten Vollendungs-/Kompliziertheitsgrad (auch bei Automation) reichen können*¹⁰⁰. Diese Charakterisierung des Berufs der Dreher, die sich in der überarbeiteten Auflage des Wörterbuchs der Berufsbezeichnungen befindet, umreißt die große Spannbreite der geforderten Qualifikationen auch in der Vor- und Zwischenkriegszeit. Wenn irgendein Metallarbeiterberuf, dann scheint der des Drehers prädestiniert, zur "Arbeiteraristokratie" hinzugerechnet zu werden; Dreher arbeiteten z.T. in traditioneller, handwerklicher Weise; vieles spricht dafür, daß sie sich beachtlicher Dispositionsspielräume erfreuten und über nicht alltägliche Qualifikationen verfügen mußten, z.B. in den Gießereien der Schweizer Georg-Fischer-AG¹⁰¹. Ein M. T. W. Bromme war Dreher; Goehre arbeitete 1891 vorwiegend mit Drehern. Aber die Einführung moderner Maschinen führte sowohl zur Dequalifizierung (Revolverdrehbank) als auch zur Herausbildung sehr spezialisierter Sonderqualifikationen. In den 1920er Jahren konnten Drehbänke oft noch recht einfache Apparate sein, und die Arbeiter, die sie bedienten - bloß angelernt, spezialisiert, aber nicht gründlich ausgebildet - wurden im Betrieb nicht selten als "Nudeldreher" verulkt¹⁰². Bei der Codierung haben wir uns schließlich von Katers Urteil¹⁰³ leiten lassen, wonach das Drehen ein Beruf war, für den eine formelle Handwerkslehre Voraussetzung sein konnte ("Drehermeister"). Der Dreher mag *ein selbständiger Handwerksmeister gewesen sein, falls er, wie es auch ein Schuster oder Bäcker getan hätte, nur die Funktionsbezeichnung ohne den statusfixierenden Qualifikationstitel angegeben hat. Er kann aber auch ein Handwerker mit Meister- oder Gesellenbrief gewesen sein, der sich mangels eines eigenen Betriebes in einem abhängigen Arbeitsverhältnis befand. Weiter mag es sich um einen (ursprünglich unausgebildeten) Hilfsarbeiter gehandelt haben, der in einem industriellen Großbetrieb die Funktion eines Drehers an der Maschine versah und dadurch allmählich in die Berufskategorie der angelernten oder sogar gelernten Arbeiter aufrückte. Alles in allem dürfte es sich im Gesamtbestand mindestens um angelernte, in den meisten Fällen jedoch um besser qualifizierte Arbeiter gehandelt haben. Folgende Berufsbezeichnungen werden mithin als gelernt codiert:*

Automatendreher

Dreher

*Drehermeister
Eisendreher
Maschineneinrichter
Metalldreher
Walzendreher
Werkzeugdreher.*

Monteure und Installateure waren in verschiedenen Gewerben, meistens in der neu entstandenen elektrotechnischen Industrie und der Elektrizitätsgewinnung beschäftigt; entsprechend vielfältig werden die Arbeitssituationen gewesen sein. Bei Paul Göhre lesen wir, daß die Monteure als die Vorarbeiter unter den Schlossern bezeichnet wurden; sie gälten im Betrieb als die *Unteroffiziere*; das "Berufsbüchlein" handelte den *Monteur* nur als Elektrotechniker ab. Dort wurde eine Werkmeisterposition als normalerweise angestrebtes Ziel seiner Laufbahn bezeichnet. Während die Bearbeiter der Erhebung von Haushaltsrechnungen 1907 "Monteur" und "Maschinenbauer" gleichsetzten, ergab die Berufszählung von 1925, daß nur 15 Prozent aller Monteure *noch* im Maschinenbau arbeiteten. Außerhalb der Elektrotechnik und Elektrizitätsgewinnung seien in den Monteuren *in erster Linie nur mit Maschinen- und Apparatemontage beschäftigte Berufsangehörige zu sehen*. Es können besonders qualifizierte Monteure gewesen sein, die vorzugsweise zu *Maschinenführern* bestimmt wurden. Das war dann - heutigen Verhältnissen nach zu urteilen - eine informelle Vorrangposition und keineswegs gleichbedeutend mit der des Kolonnenführers oder Vorarbeiters¹⁰⁴. Die Monteure kamen nach Ansicht der Bearbeiter der Berufszählung von 1925 *den Industriearbeitern am nächsten*, vor allem im Vergleich mit Klempnern und Mechanikern. Die Quote der Selbständigen war sehr niedrig (etwa 1 Prozent). Nach der Fachschule lief die praktische Ausbildung typischerweise in anderen Berufen (als Maschinenschlosser, Elektrotechniker, Klempner) ab. *Die Tätigkeit als Monteur wird oft erst nach Abschluß der Lehrzeit aufgenommen*. Vor allem glich aber der Altersaufbau in der Berufsgruppe der Monteure stark der im Durchschnitt der Industriearbeiter: Nur ein Viertel der Erwerbstätigen waren jünger als zwanzig.

Elektriker galten bis in die 1930er Jahre *nicht als besondere Arbeiterkategorie*, sondern als Metallarbeiter¹⁰⁵. Die Berufe unter der Sammelbezeichnung Elektriker knüpften in vergleichsweise geringem Maß an

bestehende Handwerke an. Während die industrielle Entwicklung in vielen Zweigen des Metallgewerbes vom Handwerker zum Industriefacharbeiter geführt hat, hat die mit ausgesprochenen Fabrikbetrieben einsetzende Elektrizitätsindustrie [...] Berufe u.a. auch handwerklichen Charakters in den letzten Jahrzehnten entstehen lassen. Während man auf der einen Seite also die sozialgeschichtliche Modernität als Charakteristikum der Neuheit dieser Berufsgruppe heranzog, wurde bezeichnenderweise im gleichen Atemzug als Beispiel dafür insbesondere *der neue Handwerkerstand* [!] der *Elektroinstallateure* erwähnt – ein Zeichen, wie stark noch berufsständisches Denken neuartige Entwicklungen und deren Analyse einfärbte. **Elektroinstallateur** nannte sich ein einziger Familienvater im Berliner Gesamtbestand (Quelle 7 und 8, 1911–1913). Er verwendete also einen Begriff, der gerade erst ins allgemeine Bewußtsein zu dringen begann; gehörte doch die Installation von Haus- und Straßenbeleuchtungen bis 1912 offiziell zum Gewerbe des Klempners und wurde allenfalls vom Doppelberuf des *Rohrleger-Elektroinstallateurs* ausgeführt¹⁰⁶. **Elektromechaniker**, das heißt "Elektroapparatebauer", waren die zweite große Untergruppe bei den Elektrikern. Aus dieser zweigte sich der Spezialberuf des Radiomechanikers ab; *Elektromechaniker* nannte sich ein Haushaltsvorstand 1937. *Elektromonteur* ist die angegebene Berufsbezeichnung bei mehreren Haushalten der Zwischenkriegszeit; dieser Beruf wurde seinerzeit als Spezialberuf des "Elektromaschinenbauers" betrachtet.

Werkzeughersteller rechnen wir zu den *hochqualifiziertesten Berufen der Eisen und Metall verarbeitenden Gewerbe*. Die Berufe des *Werkzeugmachers* (4 Haushalte), des *Werkzeugschlossers* (8 Haushalte) und des *Werkzeugschmieds* (1 Haushalt, Quelle 5) zeigten *die charakteristischen Merkmale eines noch verhältnismäßig jungen Industriearbeiterberufs*¹⁰⁷: Die Ausbildung erfolgte in erheblichem Ausmaß im Schmiede- oder Schlossereihandwerk, von wo die Berufszugehörigen nach ihrem 20. Lebensjahre auswanderten; die meisten fanden Beschäftigung im Maschinenbau, in der mechanischen, elektronischen, optischen und Fahrzeugindustrie. Die Altersstufen sowohl des Nachwuchses bis 18 Jahre als auch der älteren Arbeiter bis 50 Jahre waren stark besetzt. Werkzeugschmiede und Werkzeugmacher im engeren Sinne verrichteten eher Teilarbeit, insofern sie Rohstücke für die Werkzeug-

macherei vorformten, bei Werkzeugschlossern überwog die schlossermäßige Arbeit (Feilen, Passen, Ausprobieren, Reparieren). Den Beruf des Werkzeugschlossers bezeichnete das "Handbuch" von 1930 noch als *handwerklich*, gewissermaßen als übriggeblieben in einer weitgehend industriellen Umwelt.

Der **Feinmechaniker** ist ein Beispiel für einen Beruf, der zwar Vorläufer aus dem Mittelalter hat (Uhrmacher, Brillenmacher, Zirkelschmiede), in der Neuzeit aber als *typischer Metallfacharbeiterberuf*¹⁰⁸ anzusehen ist. Bis ins 19. Jahrhundert hieß "Feinmechaniker" vor allem der *handwerksmäßig tätige technische Gehilfe des Wissenschaftlers und Forschers*. Im Verlauf der Industrialisierung spezialisierte sich die Tätigkeit stark. Neben Sonderberufen wie Optiker, Elektromechaniker und anderen gab es in den 1920er Jahren noch *gewisse Sparten, die sich mit der fortschreitenden vielgestaltigen Differenzierung und Verfeinerung der feinmechanischen Erzeugnisse herausgebildet haben, denen aber der Charakter als ausgeprägter Sonderberuf fehlt und bei denen die Möglichkeit des Wechsels von der einen zur anderen Spezialarbeit noch eher besteht* (Waagenbauer, Reißzeugmacher). 1936 wurde der Beruf als industrieller Ausbildungsberuf mit 3½ Jahren Lehrzeit anerkannt.

Der Beruf des **Schlossers** wurde nicht als Handwerk codiert, weil trotz handwerksmäßiger Ausbildung beim Schlossermeister oder in Schlosserschulen¹⁰⁹ in der Zwischenkriegszeit industrielle Spezialisierung und Arbeitszerlegung überwogen¹¹⁰: *Der handwerksmäßig ausgeübte Schlosserberuf hat sich bis zur Gegenwart erhalten, sein Arbeitsgebiet jedoch wesentlich geändert. Er soll zwar nach Angabe der handwerklichen Prüfungsbestimmungen ein Schloß auch heute noch anfertigen können; praktisch ist er indessen in seiner Berufstätigkeit gegenwärtig in steigendem Umfange Bauschlosser, Reparaturschlosser oder Kunstschlosser*. In der Berufszählung von 1907 galten Schlosser unterschiedslos als gelernte Arbeiter, 1925 wurde unterschieden mindestens zwischen handwerksmäßig ausgebildeten (z. B. Bauschlosser, Anschläger, Maschinenschlosser) und angelernten, *industriellen* (z. B. Maschinenfeiler, Webschützenmacher)¹¹¹. Der gemeinsame Kern der vielfältigen Arbeitsgebiete des Maschinenschlossers ist das Zusammenbauen einer Maschine in einer Montagehalle oder auf einer Montageplattform aus ihren

gegebenenfalls vormontierten Einzelteilen – unter Umständen mit Unterstützung weiterer Helfer, etwa angelernter Hilfsschlosser. Wenn Beobachtungen heutiger Produktionsprozesse irgend aufschlußreich für mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegende Strukturen betrieblicher Organisation sind, läßt sich aus einer Westberliner Studie der 1970er Jahre entnehmen, daß die Arbeitssituation von Maschinenschlossern¹¹² bei aller einsetzenden Arbeitsteilung und Zeitrationalisierung graduell unterschiedliche, aber bemerkenswerte Spielräume in der Abwicklung der Arbeit, die Möglichkeit eigener Initiative und Verantwortlichkeit in gewissen Grenzen erlaubt hat.

Den **Mechanikerberuf** beschrieb das "Berufsbüchlein", das freilich auch sonst deutlich konservativ urteilt, wie ein Handwerk. Abweichend vom heutigen Sprachgebrauch gehört der "Mechaniker" in die Gruppe der Berufe, die seinerzeit als am wenigsten großindustriell geprägt betrachtet wurden. Der Mechaniker müsse ein sicheres Augenmaß besitzen und rechnen können¹¹³. *Realschulbildung und Berechtigung zum einjährig=freiwilligen Militärdienst ist wünschenswert. Jedenfalls sollte der Lehrling aufs Linear= und Freihandzeichnen sowie auf Geometrie bis zur Kreislehre sich verstehen. Die L e h r z e i t dauert 3-4 Jahre. Das L e h r g e l d beträgt - ohne Kost und Logis - ca. 200-300 M, um so weniger, je länger der Lehrling bleibt. Bei vierjährigem Kontrakt ist die Lehre unentgeltlich. Einen Prinzipal zu wählen, der den Lehrling allseitig ausbildet, ist hier besonders wichtig.* Als Arbeitgeber wurden neben mechanischen Werkstätten und elektrotechnischen Anstalten *Fabriken aller Art*, auch der Staatsdienst mit einem *relativ ansehnlichen Gehalt und Pensionsberechtigung*, in Aussicht gestellt. Noch bei die Berufszählung 1925 konstatierte, daß unter den Metallarbeitern die Mechaniker den Handwerkern am nächsten stünden. 40 Prozent waren jünger als 20 Jahre; die Selbständigkeit war mit durchschnittlich noch 2,7 Prozent relativ hoch. Beim Beruf des **Klempner (Rohrleger)** wurde die handwerkliche Charakteristik freilich deutlicher herausgestrichen. Pfarrer Elsenhans behandelte noch Klempner, Flaschner und Spengler wie Varianten eines Berufes. Von allen im Jahre 1925 gezählten Klempnern¹¹⁴ waren etwa 20 Prozent selbständig. *Der hohe Anteil der Selbständigen bei den Klempnern ist ein Zeichen dafür, daß die handwerksmäßige Verfassung sich bei diesem Berufe noch in beträchtlichem Umfange erhalten hat.* Von diesen

Selbständigen waren viele 60, ja 70 Jahre alt. Den hohen Anteil Alter hätten – so hieß es – *die Klempner mit anderen Handwerksberufen, so zum Beispiel den Schlossern und Schmieden gemeinsam*. Daneben waren auch die Jahrgänge bis zwanzig stark besetzt – insgesamt eine handwerkliche Altersstruktur. Hinzu kam eine geringe Fluktuation zwischen den Tätigkeitsfeldern: Etwas über die Hälfte der Klempner wurden 1925 noch in dem ursprünglichen Gewerbe, der Gas- und Wasserinstallation, vorgefunden. Von diesen wurden aber bereits jene *Klempner als Facharbeiter* unterschieden, die in anderen Wirtschaftszweigen arbeiteten. Obwohl der Beruf somit handwerkliche Züge aufwies und obwohl er in den Brunnenbauern weit zurückreichende Traditionen hat, ist er durch die Dominanz der Bauklempnerei zu einem Industrierberuf geworden¹¹⁵. Damit ging ein Wandel der Benennungen einher. Der "Klempner" trat in die Nähe zum "Installateur" und wurde teils gleichbedeutend mit "Rohrleger", teils diesem als qualifizierte Tätigkeit übergeordnet. Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts der "Bauklempner"-Beruf entstand, *ging die Technik der Rohrlegerei und Rohrinstallation an diesen über und ließ neben dem Doppelberuf "Klempner und Installateur" den Spezialklempnerberuf des "Gas- und Wasserinstallateurs" entstehen; und zwar besonders, als die um 1830 einsetzende Ausbreitung von Leuchtgasfabriken erheblichen Bedarf an Facharbeitern für die Gasrohrlegerei entfaltete und 20 Jahre später mit dem Anwachsen der Städte überall in Deutschland der Bau von Wasserwerks- und Kanalisationsanlagen einsetzte und man nunmehr gußeiserne und z.T. innen emaillierte Rohre verwendete. [...] Daneben gingen aber auch Schlosser, Kupferschmiede und andere einschlägige Metallarbeiter zur Rohrlegerei über. [...] Die Gas-, Wasser- und Kanalisationswerke, die Heizungseinbauindustriefirmen und andere einschlägige Industriebetriebe stellten eigene Industrie- oder Betriebsrohrleger, Rohrmeister usw., z.T. auch aus dem Schlosser-, Kupferschmiede- usw.-beruf stammend, ein. Mitte der 1920er Jahre wurde der "Rohrleger" als Lehrberuf anerkannt. Der Vielfalt neu entstandener Arbeitsgebiete entsprach die mangelnde Festgelegtheit der Terminologie:*

Gegenwärtig ist die Berufsgliederung daher derart, daß neben dem eigentlichen "Rohrleger"-Handwerk (der Gas- und Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation, meist noch verbunden mit der Bauklempnerei oder aber selbständig) die Rohrleger der Industrie und ferner die Betriebsrohrleger der Gas-, Wasser- und Kanalisationswerke und sonstiger einschlägiger Industriebetriebe stehen. Im Handwerk und den kleineren selbständigen

Installations(Einbau-)betrieben, die sich zur Industrie rechnen, hat sich die B'bezeichnung "Rohrleger" noch nicht eingebürgert; hier überwiegt vorerst die Bezeichnung Gas-, Wasser-, Heizungs- oder Lüftungsinstallateur. In der Industrie dagegen und den Betrieben der Gas-, Wasser-, Kanalisations-, Fernheizwerke usw. faßt man jetzt meist die Gas-, Wasser-, Heizungs-, Lüftungsinstallateure usw. unter dem Sammelbegriff "Rohrleger" (teilweise auch Rohrschlosser genannt) zusammen; in der Heizungseinbauindustrie ist aber zwischen den die einfacheren Arbeiten verrichtenden Rohrlegern und den qualifizierten Heizungsmonteuren, die eine Sonderstellung einnehmen, zu trennen. Die Entwicklung des R.berufs kann zurzeit noch nicht als abgeschlossen gelten.

Diese Gesichtspunkte waren für die Codierung von Klempnern und Rohrlegern als Facharbeiter ausschlaggebend.

Die Aufgabe des **Metalldrückers** besteht darin, Blechen aus Nicht-Eisenmetallen die Form von Hohlkörpern zu geben. Das Treiben in Metall ist ein altes Handwerk; in der Zwischenkriegszeit (die beiden Metalldrücker-Haushalte des Gesamtbestandes befinden sich in Quelle 5) wurde diese Arbeit allerdings durch Massenfertigung und durch die Entwicklung mechanischer Drückbänke gerade tiefgreifend verändert¹¹⁶. *Bei der bisher üblichen Arbeitsweise an der Drückbank ruht die einen Holzgriff umfassende linke Hand des M. auf einer Vorlage; das Heft des Stahls wird gegen den Brustkorb angestemmt. Der Brustkorb ist durch ein mit Eisenblech beschlagenes Lederschild geschützt, um die starken, auf das Drückwerkzeug von der rotierenden Scheibe her übertragenen Stöße aufzufangen und zu mildern. Gefühlsmäßig paßt der M. sich dabei zufolge langer Uebung an den Bearbeitungsgrad und die Dehn- und Streckbarkeitsgrenze des betreffenden Metalls an. Der Rücken des Arbeitenden ist dabei gegen ein schräggelagertes Brett angelehnt; der Körper erhält im übrigen durch einen starken Riemen, der um das Kreuz herumläuft und an der Drückbank befestigt ist, den nötigen Halt, um die für die schwere Drückarbeit erforderliche Körperkraft entfalten zu können. Diese Arbeit gehörte zu den anstrengendsten und schwersten Beschäftigungen der Metallbearbeitung überhaupt. Metalldrücker sind häufig bereits in den 40er Lebensjahren berufsuntauglich und genötigt, in leichtere Berufe überzugehen. Ursprünglich war der Metalldrücker oft zugleich Dreher, die handwerkliche Arbeit hatte kunstgewerbliche Züge. Mit der technischen Entwicklung während der Zwischenkriegszeit wurde die*

Arbeit leichter, der Beruf aber zuungunsten traditionell ausgebildeter Drücker in stärkerem Maße für angelernte und ungelernete Kräfte geöffnet.

Als letzter Metallarbeiterberuf an der Grenze zum Handwerk ist der *Ziseleur* zu nennen (1 Haushalt, Quelle 1, München). Geschichtlich stand der Beruf in enger Verwandtschaft zum Graveur und zum Gold- und Silberschmied¹¹⁷. Zur Abgrenzung gegenüber dem Handwerk ist die Taxonomie der Berufszählung 1907 nicht geeignet, da diese nur zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern unterschied. Die Tätigkeitsbeschreibungen im Handbuch der Berufe zeigt eine weitgehende Zerlegung der Arbeitsvorgänge, bei denen Ziseleure beteiligt waren (bestehende Formen an gegossenen oder gepreßten Gegenständen schärfer herausarbeiten, Oberflächen dekorieren). 1938 erfolgte die Anerkennung als industrielles Vollhandwerk¹¹⁸. Trotz kunstgewerblichen Einschlags und handwerksmäßiger Organisation der Ausbildung (Lehrzeit mit Meisterprüfung als Abschluß, Lehrgeld, wo noch Kost und Wohnung üblich, Festsetzung von Lehrlingshöchstzahlen) ist *Ziseleur* im Gesamtbestand – mit Vorbehalt – als Facharbeiterberuf codiert.

Neben Metallberufen sind im Gesamtbestand besonders stark auch Berufe der Textil- und Bekleidungsindustrie vertreten. Unter diesen sind folgende als Facharbeiterberufe codiert:

Bandweber, Bandwebergeselle
Bandwirker, Bandwirkergeselle
Handschuhmacher
Riemendreher, Riemendrehergeselle
Spinner einschließlich Baumwollspinner
Steller
Tuchmacher
Tuchwalker
Weber mit Spezialberufen:
 Baumwollweber
 Gardinenweber
 Teppichweber
 Tuchweber
Wirker
Zuschneider
Zwirner

Erläuterungen

Die qualifikatorischen, aber auch die rein physischen Anforderungen der Tätigkeiten, die Weber auszuführen hatten, waren enorm; das trifft sowohl auf Weber allgemein als auch auf Spezialberufe wie Gardinenweber zu¹¹⁹. Der Beruf des Webers scheint – mindestens im Bewußtsein vieler Zeitgenossen – fast noch ein Handwerk gewesen zu sein: So wurde vor allem die Altersstruktur des Berufs mit dem relativ hohen Anteil von über 11 Prozent jugendlichen Arbeitern bis 18 Jahre interpretiert. *Zum größten Teil wird es sich bei diesen Jugendlichen noch um Lehrlinge handeln, denn trotz der weit fortgeschrittenen Mechanisierung der Webprozesse ist [...] lehrmäßige Ausbildung noch sehr häufig.* Ebenso wurde die noch handwerkliche Herkunft der Arbeiter hervorgehoben: *Überwiegend setzen sich die Weber noch aus gelernten Arbeitskräften zusammen, nur zu einem geringen Teil ergänzt sich die Zahl der Berufsangehörigen auch aus dem Nachwuchs angelernter Arbeiter*¹²⁰. Zwar ist die Weberei (einschließlich der Tuchmacherei) eine handwerkliche Tätigkeit mit alter Tradition; es ist aber offensichtlich, daß die Berufe des Webers und Tuchmachers keine "Handwerke" im hier verwendeten Sinne mehr waren. An Handwerksbetrieben von Webern und Tuchmachern wurden mit Stichtag 1. Oktober 1926 noch ganze 910 gezählt. Es arbeiteten dort nur etwas mehr als 2.000 Berufszugehörige. Zu einem gewissen Teil waren in der Zwischenkriegszeit Arbeiter, die sich Weber nannten, bereits bloß angelernt. Dies ist den Haushaltsrechnungen nicht zu entnehmen. Gelernt dürften hingegen damals noch durchweg die Tuchmacher gewesen sein. Für Weber in gehobener Position und für Tuchmacher war eine bis zu 3 Jahren dauernde Lehre üblich; für die praktische Ausbildung gab es Lehrwerkstätten. Schlossermäßige Vorbildung galt als vorteilhaft¹²¹.

"Bandwirker" ist ein von den Berufsterminologen als irreführend verworfener Sprachgebrauch, der im Raum Wuppertal geläufig war, für "Bandweber". In der Tat stammen alle Haushalte des Gesamtbestandes, die diese Berufsbenennung angegeben haben, aus Barmen. In der Variable BERUF wurde deswegen *Bandwirker* in *Bandweber* ("*Bandwirker*") verändert. Der "Bandweber" wurde in der Berufs- und Betriebszählung von 1907 als gelernter Arbeiter (Handweber) wie auch als ungelernter (Maschinenweber) bezeichnet. 1939 wurde der Beruf industrieller Ausbildungsberuf. Der Berufsbenennung

ist die genaue Tätigkeit (Herstellung von Borten, Tressen, Bändern oder Strümpfen) nicht zu entnehmen. Bandweber waren in der Regel Jacquardweber, was ihre Qualifikation unterstreicht. Das "Handbuch" beschreibt die zusätzlich vom Bandwebstuhl gestellten Anforderungen an den Bandweber: *Die Vielzahl von Fäden, alle technischen Einrichtungen der komplizierten Stühle muß er gewissenhaft beobachten, da selbst eine kleine Störung große Schäden verursachen kann (Achten auf Fadenrisse, abgewickelte Spulen). Vor und hinter, auf und unter den Bandstühlen hat er zu arbeiten (hohe Anforderungen an körperliche Gewandtheit). Schwer zu unterscheiden, besonders bei künstlichem Licht, sind oft die vielerlei Farben der verwendeten Garne [...]. Zwischendurch ist die Fertigung zu kontrollieren [...]. Meist arbeitet der B. mit aufgerollten Hemdärmeln, weil er mit nackten Armen leichter zwischen den eng zusammenliegenden Fäden hantieren kann.*

Der Beruf des **Riemendreher** ist als industrieller Facharbeiterberuf codiert worden, ebenso die Berufsbezeichnungen Riemendrehergeselle und Riemendrehermeister. Das Flechten von Borten, Schnüren und Senkeln ist wohl ein altes Gewerbe; durch die Erfindung der Flechtmaschinen war die Riemendreherei aber spätestens seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert als arbeitsteiliger Fabrikbetrieb organisiert¹²². Die Tätigkeit der dort beschäftigten "Aufpasser", "Riemendreher", "Flechter", "Gesellen" wie "Meister", auch wenn sie angelernt waren, galt noch in der Zwischenkriegszeit als qualifiziert, beschränkte sich aber offenbar auf die Beaufsichtigung der Maschinen und schnelle und umsichtige Behebung von Störungen. Der Ausbildungsgang kann nicht als handwerklich angesehen werden: In den Fabrikbetrieben war *eine regelrechte Lehre nicht üblich, doch dauert auch hier die Ausbildung der eigentlichen Fachkräfte (Riemendreher) im allgemeinen 3 Jahre; der "Lehrling" wird in diesen Betrieben einem Facharbeiter beigegeben und so allmählich angelernt, bis er mit der Bedienung der Flechtmaschine vertraut ist. Lehrwerkstätten gibt es nicht.* Die Meister ("Fachmeister") verfügten zwar über umfassendere Kenntnisse als die anderen Arbeiter/innen; sie konnten zugleich als Musterzeichner eingesetzt sein; im Vordergrund stand aber wohl ihre organisatorische Funktion, eine Betriebsabteilung zu leiten; Zeitlohn war üblich, das Angestelltenverhältnis nicht. Die Steller waren *qualifizierte Riemendreher (Hilfsmeister), die eine größere Zahl (in der Regel der von weiblichen Arbeitern bedienten*

einfacheren) Flechtmaschinen einrichten (Einrichter) und in Gang bringen, eine Arbeit, die oft sehr viel Geschick und Erfahrung voraussetzt. Wiederum gibt das "Handbuch" eine lebendige Schilderung typischer Merkmale der Arbeitssituation: Wer als Fremder eine Flechterei besucht, erschrickt vor dem ohrenbetäubenden Lärm, der ihn in den vorwiegend flach gebauten, mit Oberlicht ausgestatteten Werksräumen empfängt. Die vielen eisernen Zahnräder und sonstigen maschinellen Einrichtungen der Flechtmaschine ("Riemengang" genannt) verursachen beim schnellen Lauf starke Geräusche. In größeren Betrieben reiht sich "Riementisch" (jeweils mehrere Riemengänge auf einem kräftigen Gestell, Tisch genannt, vereinigt) an "Riementisch", so daß Tausende von Spulen im Kreise tanzen. Das starke Geräusch läßt die Stimmen der Flechter mit der Zeit außergewöhnlich stark sich entwickeln. Wo die Stimme nicht ausreicht, benutzen die Flechter eine eigene Zeichen- und Gebärdensprache.

Spinner einschließlich Zwirnspinner (Zwirner), **Wirker** (Trikotwirker, Tuchwarenwirker) und **Weber** wurden in Übereinstimmung mit der Berufsstatistik durchweg als Facharbeiter codiert.

Appreturtätigkeiten haben sich aus mittelalterlichen Handwerken entwickelt, wurden in der Zwischenkriegszeit aber nur noch vereinzelt von gelernten Arbeitern ausgeübt¹²³. Im Gesamtbestand kommen unterschiedliche Berufsbezeichnungen vor:

Appretierer (*Lederappretierer*)
 Appreturarbeiter
 Karderiarbeiter
 Krempler (*Tuchkrempler*)
 Schlichter
 Rauher (*Tuchraucher*)
 Walker (*Tuchwalker*)

Die Codierung richtete sich am zeitgenössischen Urteil aus: *In allen Appreturzweigen bewanderte gelernte Appreteure, ferner gelernte Scherer (Tuchscherer, Samtscherer), Walker, Mangler usw. gibt es heute nur noch selten; soweit sie in den Betrieben noch vorhanden sind, bilden sie aber den fabrikationstechnisch wichtigen Stamm der Appreturvorarbeiter und Werkmeister, qualifizierte Kräfte, deren Tätigkeit auch in Zukunft ihre Bedeutung behalten wird.* Dementsprechend wurde von allen Gesamtbestandsberufen

der Textilausrüsterei nur der des **Walkers** als gelernt codiert, weil eine Lehrzeit von 3 Jahren immerhin noch die Regel war. Allerdings zeichnete sich bereits in den 1920er Jahren ab, daß auch die Tätigkeit des Walkers durch den Einsatz von Maschinen mehr und mehr dequalifiziert werden würde.

Quelle 3 (1925) umfaßt ausschließlich Arbeiter der Schuhherstellung. Unter diesen befinden sich zahlreiche **Zuschneider**. **Zuschneider** gibt es naturgemäß nicht nur in der Lederverarbeitung, wo diese Arbeit teilweise vom Portefeuil-ler ausgeführt wurde. Es ist an das Polsterhandwerk zu denken, an die Papierverarbeitung und an die Bekleidungsindustrie. Bei neun weiteren **Zuschneider**-Haushalten (Quelle 5) ist die Spartenzugehörigkeit unbekannt. Das **Zuschneiden**¹²⁴ wurde jedoch im allgemeinen von qualifizierten Kräften ausgeführt. Berufserfahrung war erwünscht. Als qualifiziert müssen auch Beschäftigte, die angelernt waren - dies waren vielfach die weiblichen Beschäftigten -, betrachtet werden. Das **Zuschneiden** war häufig eine Aufstiegsposition. Es kam auch förmliche Lehrzeit (bis zu 3 Jahren) vor. Allerdings ist nicht mit letzter Sicherheit auszuschließen, daß - abweichend von der gewerblichen Terminologie - auch ungelernete, bloße Maschinenbediener in ihrer Haushaltsrechnung die neutral erscheinende Bezeichnung *Zuschneider* angegeben haben. Verantwortungsvoll war die Tätigkeit, insoweit vom Zuschnitt der Grad der Materialausnutzung abhing. Sie war manuell, erfolgte aber unter Zuhilfenahme spezieller Maschinen. In der Wirkerei und Strickerei waren vielfach ehemalige Schneider/Schneiderinnen beschäftigt, in der Papierverarbeitung gelernte Buchbinder, Mustermacher usw., oft in der Funktion von Vorarbeitern.

Zusätzlich zu den bisher diskutierten Gruppen gelernter Facharbeiterberufe sind einige weitere Berufe zu nennen, bei denen Einzelbegründungen der vorgenommenen Klassifikation angebracht sind.

Erläuterungen

"Gießer", "Former" und "Kernmacher" waren lange Zeit Bezeichnungen für eng verwandte Tätigkeiten beziehungsweise unterschiedliche Begriffe für dieselbe Tätigkeit oder Teile eines ursprünglich einzigen Arbeitsvorgangs. Man kann zwar nach Belieben eine lange Geschichte bis ins frühe Mittelalter rekonstruieren – der Beruf, wie er von unseren Haushaltsvorständen genannt wurde, ist sicher insofern modern, als er durch die Entwicklung der Gießereitechnik, der Formmaschinen und der Winderhitzungsverfahren seit der Mitte des 19. Jahrhunderts geprägt ist. Deshalb konnte das Vorkommen von Qualifikationsbezeichnungen wie *Formergeselle* und *Formermeister* kein Grund sein, den Beruf als handwerklichen zu codieren. Durch die technikbedingte Rationalisierung der Gieß- und Formarbeit verloren die Gießer und Former seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ihre privilegierte Position im Produktionsprozeß, die auch gegenüber Arbeitgeber und Vorgesetzten eine gewisse Machtstellung bedeutet hatte ("Blaumachen", berichtet von Gießern und Formern der Georg-Fischer-AG). Qualifikationsunterschiede, die zwischen den Berufszugehörigen immer schon groß gewesen waren, verstärkten sich in Richtung auf eine Zweiteilung zwischen einfacherer, serienmäßiger Arbeit und anspruchsvoller Fertigung großer oder einzelner Stücke. Die Statistik der deutschen Berufszählungen klassifizierte diese Berufe denn auch uneinheitlich¹²⁵. Aus den konkreten Tätigkeitsbeschreibungen geht allerdings hervor, daß von Formern und Gießern im allgemeinen weiterhin, in wechselndem Ausmaß und je nach Geschäftsgang, Arbeitsleistungen verlangt wurden, die über das von Unqualifizierten Erwartbare deutlich hinausgingen: Former hatten die Gestaltung der Gußform mit Konstrukteuren und Gießern zu besprechen, sie konnten und mußten ihre Arbeit am Werkstück zum Teil über Wochen im voraus planen und selbständig einteilen, sie konnten in Grenzen ihr Arbeitstempo selbst bestimmen.

Sogar für *Maschinenformer* gab es weniger Möglichkeiten zu Habitualisierung und Zerlegung des Arbeitsvorgangs in monotone Teilverrichtungen als für andere maschinenbedienende Arbeiter. Der von der Maschine vorgegebene Takt war mit durchschnittlich 10 Minuten relativ lang, Geschicklichkeit, Erfahrung und Überlegungen bei der Arbeit blieben notwendig, die Maschine verlangte Umrüstungs- und Einstellarbeiten. Maschinenformer

besorgten außerdem manchmal das Abgießen ihrer Gußkästen selbst. *In der Beeinflussung des Arbeitsprozesses war der Maschinenformer aber gerade im Vergleich zum Handformer bereits sehr stark eingeschränkt, wobei möglicherweise einige Freiräume in der konkreten Gestaltung des Arbeitsprozesses und lange Zeit in der Ausgestaltung der notwendigen Körperbewegungen bestanden.* Mit der Einführung des Fließbandsystems Mitte der 1920er Jahre fand eine nachhaltige Dequalifizierung statt; im "Handbuch" wurde die Maschinenformerei als *angelernte, zum Teil ungelernete* Arbeit charakterisiert und die dauernde Wiederholung weniger, rasch erlernbarer Handgriffe betont¹²⁶. Deswegen wurde der eine Maschinenformer-Haushalt des "Gesamtbestandes" (Quelle 5) ohne Qualifikationswert gelassen. In der Zwischenkriegszeit wurde eine Unterscheidung zwischen (gelerntem) **Kernformer** und (angelerntem) Kernmacher eingeführt. Der Beruf des Kernmachers hatte sich selber erst Ende des 19. Jahrhunderts aus der Tätigkeit der Former und Gießer ausgegliedert. Er stellte außerordentlich hohe Anforderungen¹²⁷, konnte aber in der Serienfertigung auch repetitive Teilarbeit bedeuten. Kernformer gibt es unter den Haushaltsvorständen nicht, wohl aber *Kernmacher*. Diese wurden wie gelernte Arbeiter codiert, da es nicht unwahrscheinlich wäre, wenn sich Haushaltsvorstände, die tatsächlich gelernt waren, in ihren Budgets einfach als "Kernmacher" bezeichnet hätten, und da auch *in den Kernmachereien der Eisengießereien für die Herstellung der schwierigeren Kerne gelernte Kräfte – in der Regel Former – tätig waren.*

Maschinenmeister (4 Haushalte, Vorkriegszeit) waren seinerzeit mindestens Arbeiter *in gehobener Stellung* (Stillich); es waren gelernte Arbeiter, und zwar zumeist in Druckereien (Berufszählung 1907 nur so). Sie konnten auch angelernt sein; ihre besondere Stellung verdankten sie oft weniger dem Umfang ihrer Kenntnisse und einer regulären Ausbildung als einer starken Spezialisierung; es waren häufig branchenfremde Arbeiter¹²⁸. Ihren Status charakterisiert, daß sie im Post- und Telegraphendienst zu mittleren Beamten befördert wurden. Bei Felten und Guillaume hatte – in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – ein Maschinenmeister als Ingenieur die Energieversorgung des Werks zu überwachen; dieser war angestellt. Auch das "Handbuch" nannte "Maschinenmeister" im Zusammenhang mit "Werkmeister"¹²⁹.

Die Herstellung von Zigarren erfordert lange Erfahrung und spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten¹³⁰. Hier waren 14 Haushaltsvorstände beschäftigt:

- 1907: 2 *Zigarrensortierer* in Hamburg
- 1 *Zigarrenarbeiter* in Lübeck
- 1911: 1 *Zigarrenarbeiter* in Hessen
- 1927: 1 *Zigarrenarbeiter* in Hamburg
- 1937: 2 *Zigarrenwickler* in Baden beziehungsweise Sachsen
- 6 *Zigarrenmacher* in Baden, Bayern, Hessen
- 1 *Zigarrenpacker* in Baden.

Die anspruchsvollste Tätigkeit war die des Zigarrensortierers. Dieser mußte über lange Berufserfahrung verfügen, er konnte die Qualität des Blattes an dessen Beschaffenheit erkennen und an die 150 Farbschattierungen unterscheiden. Vor dem Rollen wurden vom Wickeljungen (Wickelmacher, Zigarrenwickler) die Wickel gemacht, eine Tätigkeit, die von den Zigarrenmachern häufig in Form von Unterkontrakten weitergegeben wurde. Das Rollen erforderte Geschick und Kunstfertigkeit; vom Rollen hing entscheidend der Verbrauch von Produktionsmaterial und das Kaschieren von Mängeln ab. Die Nomenklatur läßt keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Tätigkeit zu. Die Bezeichnung "Zigarrenmacher" bedeutete oft das Rollen, fand aber auch als Sammelbegriff Verwendung. Als "Zigarrenarbeiter" bezeichneten sich immer auch Kräfte, die spezialisierte und qualifizierte Teiltätigkeiten ausführten. Eine offiziell anerkannte Lehrzeit gab es trotz diesbezüglicher Bemühungen der Tabakarbeiter nicht, allerdings hielten die Berufszugehörigen von sich aus an einer zwei- bis dreijährigen Ausbildungsphase fest.

3.2.2.4 Ungelernte Arbeiterberufe

Im Berliner Gesamtbestand ist diese Gruppe von Beschäftigten erwartungsgemäß die kleinste Gruppe; die Organisatoren gewerkschaftlicher Erhebungen behaupteten stets, daß die Arbeiterfamilien, die zur Führung einer Haushaltsrechnung zu bewegen waren, den *respektableren Kreisen* angehörten¹³¹. Die Ungelernten stellen im Gesamtbestand keine Restkategorie

dar. Es befinden sich hier vielmehr Haushaltsvorstände, deren Berufsbezeichnungen eindeutig auf Hilfsarbeitertätigkeiten schließen lassen:

Gelegenheitsarbeiter
Hilfsarbeiter
Tagelöhner
Tagner

Es sind auch Tätigkeiten aufgenommen, die offenbar ohne besondere Ausbildung oder Anlernzeit ausgeübt werden konnten:

Abwäscher
 Arbeiter im Straßen- und Wegebau:
 Erdarbeiter
 Pflasterer
 Rammer
Gatterschneider (an der Sägemaschine)
Gerüstbauer
Möbelpacker
Straßenreiniger
Stückzähler
 Träger:
 Geschirrträger
 Kohlenträger
 Ziegelträger

Folgende Beschäftigte kamen möglicherweise nicht ohne spezielle Ein-
 arbeitung aus, standen aber bei ihrer Tätigkeit offensichtlich unter Aufsicht
 und übten Helferfunktionen aus:

Hilfsgatterführer, Gatterhelfer (Säger)
Hilfskranführer
Hilfsschlosser

Bei 4 Berufsbenennungen waren besondere Gesichtspunkte, die in den nach-
 folgenden Erläuterungen genannt werden, für die Codierung maßgebend:

Erläuterungen

Der Beruf des *Bohrers* ist in der BRD 1978 als Anlernberuf aufgehoben
 worden. Aber auch im 19. Jahrhundert und um die Jahrhundertwende übten
 Bohrer *fast ausschließlich routinisierte und repetitive Arbeitsvorgänge*
aus. Nur selten bezeichnete man die Tätigkeit als angelernt. In der
 Berufszählung 1907 wurden Bohrer, egal welchem Industriezweig angehörig,

als ungelernt klassifiziert. Das amtliche "Handbuch" erwähnte in den 1920er Jahren eine Vielzahl, zum Teil qualifizierter und spezialisierter Varianten des Berufs, vom gelernten Horizontalbohrer bis zu angelernten *Bohrsterngruppen* wie Vertikalbohrern und Automatenbohrern. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß die Zahl der angelernten Bohrer sich durch die Serienfertigung vergrößert und die Fließbandarbeit zu weiterer starker Zerlegung der Tätigkeit geführt habe, auch daß an die Stelle der Menschen vielfach bereits Automaten getreten seien¹³². Für die im Gesamtbestand erfolgte Einordnung war das Fehlen jeglichen spezialisierenden Zusatzes ausschlaggebend.

Karl Fischer war in den 1860er Jahren *Erdarbeiter* beim Eisenbahnbau und steckte damit in *einer der niedrigsten Schichten der modernen Arbeiterklasse* ¹³³. Diese hatte damals eine andere Zusammensetzung als zu Beginn des 20. Jahrhunderts – *Aber damals wie heute doch darin ein gleicher Charakter*, wie P. Göhre betonte, *so daß es ein Leben halb Handwerksburschentum halb Manöverexistenz ist: ohne Selbsthaftigkeit, ohne Heim, ohne irgend welchen eignen Besitz, fast ohne jede Verbindung mit der übrigen Bevölkerung, erst recht ohne jede Beziehung zu den allgemeinen und öffentlichen Vorgängen in der Welt [...]. Ein Leben des Zufalls, der Gedankenlosigkeit, riesiger körperlicher Anstrengung, vielfacher Ausbeutung durch den Quartierwirt und Unternehmertum; darum ein Leben aus der Hand in den Mund, voller Demoralisierung, Herdendasein.*

Die vier im Gesamtbestand verzeichneten *Nagler* stammen aus Quelle 3 (1925) und sind Arbeiter in der Schuhfabrikation. Dort galt das Nageln schon 1907 als ungelernete Tätigkeit¹³⁴.

Spinnanleger waren häufig Hilfskräfte des Spinners, wurden von diesem bezahlt und waren dieserart von dessen Lohn abhängig¹³⁵. Im Gesamtbestand befindet sich 1 Haushalt eines Spinnanlegers (Quelle 6).

3.2.3 Die Rangordnung der Beamten

Die Codierung der Beamtenhaushalte konnte sich nach der am 1.1.1900 eingeführten Dreigliedrigkeit der Laufbahnstufen richten¹³⁶. Vor diesem Zeitpunkt gab es lediglich die Unterscheidung zwischen unteren Beamten (vom Assistenten abwärts) und hohen Beamten (vom Sekretär aufwärts). Für die höhere Laufbahn bildete die Klasse der Sekretäre die Eingangsstufe. Mit Beginn des Jahrhunderts entstand für die Assistenten und Sekretäre (Subalternbeamte) eine neue mittlere Laufbahn, wobei die Abgrenzung zur höheren Laufbahn fließend, die zur Laufbahn der unteren Beamten aber strikt war. Zwar bildete die Sekretärsstellung in der Regel den Endpunkt der mittleren Laufbahn; durch Zusatzprüfungen war aber weiterer Aufstieg möglich. Das Amt des Obersekretärs reichte in die höhere Laufbahn hinein und wurde in dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts nur wegen der Überfüllung des Arbeitsmarktes nicht zu einem Aufstiegskanal. Ende 1903 wurde *auf lebhaften Wunsch der Assistenten, die in der Titularstellung eines Oberassistenten eine höhere gesellschaftliche Wertung erblickten*¹³⁷, der Titel des Oberassistenten als Beförderungsstufe wieder eingeführt. Besoldungsordnung und Laufbahnordnung brauchten sich nicht zu decken. Wenn es darum geht, die Haushaltsbudgetierung sozial zu differenzieren, muß der Laufbahnordnung stärkeres Gewicht als der Besoldungsordnung zukommen. Der Rang wurde noch in den 1920er Jahren als bedeutsam nicht nur für die Höhe der Bezüge angesehen, sondern – bei gleicher Besoldungsgruppe – auch für die Aufgabenverteilung in der Verwaltung: *Bei der Verteilung der Dienstgeschäfte spielt der Rang oft eine erhebliche Rolle. Auch im gesellschaftlichen Leben wird nach wie vor dem Range Bedeutung beigelegt*¹³⁸. Die Besoldung wird hier nur insoweit diskutiert, als sie für die Abgrenzung von Laufbahnen relevant ist.

Die Zahl der Besoldungsgruppen und ihre gegenseitige Abgrenzung ist während des hier behandelten Zeitraums mehrfach geändert worden (Besoldungsordnungen von 1909, von 1920 und von 1927). 1909 wurden weit über 100 Gehaltsklassen unterschieden; 1920 wurde diese Ordnung auf 20 Besoldungsgruppen (13 Gruppen bei der A-Besoldung) vereinfacht, wobei der Gesichtspunkt, die stets auch als sozial interpretierten Unterschiede der

Besoldung im Sinne eines "sozialen Ausgleichs" zu verringern, eine große Rolle spielte. Bei der Modifizierung des Gesetzes im Dezember 1920 wurden eine Reihe von Amtsbezeichnungen jeweils um eine Besoldungsstufe angehoben, die Reihenfolge blieb jedoch im großen und ganzen erhalten¹³⁹. 1927 erfolgte demgegenüber eine "Differenzierung" der Besoldungsordnung, die jetzt 58 Besoldungsgruppen vorsah¹⁴⁰. Die 21 Besoldungsgruppen der A-Ordnung, zu denen die Haushaltsvorstände, die Haushaltsrechnungen geführt haben, weitgehend gehörten, konnten den bekannten Laufbahnen folgendermaßen zugeordnet werden¹⁴¹:

Gruppen 1 und 2	höherer Dienst
Gruppen 3 und 4	gehobener mittlerer Dienst
Gruppen 5 bis 8	einfacher mittlerer Dienst einschließlich <i>technische und handwerksmäßige Beamte</i>
Gruppen 9 bis 12	unterer Dienst.

Die Laufbahnen stellten soziale Abgrenzungen dar und wurden so von den Betroffenen auch akzeptiert, wie unter anderem die zahlreichen, bestimmte Laufbahnen exklusiv ansprechenden und ständisch sich verstehenden Beamtenvereine erkennen lassen. Ein wichtiges Kriterium für diese Selbst- und Fremdeinstufung war die für jede Laufbahn typische Vorbildung:

höhere Beamte		Universitätsstudium
mittlere Beamte	(gehobener Dienst)	höhere Schule
	(einfacher Dienst)	Volksschule mit weiterer Fachausbildung, Handwerkslehre oder mit Militäranwartschaft
untere Beamte		Volksschule ohne Spezialkenntnisse.

Die Besoldungsgesetze von 1920 und 1927 trennten die verschiedenen Laufbahnen und den einfachen und gehobenen Dienst nicht explizit, obwohl das Laufbahnsystem implizit erhalten blieb und bis in die Besoldungsordnungen der Bundesrepublik Unterscheidungskraft behielt¹⁴². Die nächste Besoldungsreform nach 1927 erfolgte erst 1957. Der Laufbahnvergleich über 37 Jahre hinweg liefert die für die Statuscodierung der Beamtenhaushalte wesentlichen Eckdaten.

Nur von relativ wenigen höheren Beamten liegen Haushaltsrechnungen vor. Die Codierung dieser Haushaltsvorstände war im allgemeinen unzweifelhaft, schon deswegen weil sich die Rangverhältnisse der höheren Beamten im Laufe

Die Laufbahngrenzen in den Besoldungsordnungen von 1920 und 1927

Laufbahn	Bes.	Amtsbezeichnung	Bes.-	Bes.-	Lauf-
	gruppe		gruppe	gruppe	
	1920		1927	1957	
höhere	XIII	Ministerialrat, Präsident, Direktor	1	16	höhere
	XII	Oberrat	2a, 2b	bis 14	
	XI	Rat, Amtmann	2b, 2c	13 Rat	
	X	Rat, Amtmann	2d, 3	12 Amtsrat 11 Amtmann	
mittlere gehobene	IX	Oberinspektor	4a, 4b	10	mittlere
	VIII	Inspektor		9	
		Obersekretär	4c	8 Haupt- sekretär	
mittlere einfache	VII	Obersekretär, Oberwerkmeister	4c, 5a	7	einfache
	VI	Sekretär, Werkmeister	5b bis 7	6	
	V	Assistent, Werkführer	8	5	
untere	IV	Oberschaffner, Meister	8 bis 10	4, 5	einfache
	III	Schaffner, Obergehilfe	10, 11	3 Hauptamts- gehilfe	
	II	Gehilfe	10, 11	2 Ober- gehilfe	
	I	Wächter, Wärter	12	1 Gehilfe	

der Zeit nicht wesentlich veränderten. Auf die Codierung von Haushalten, deren Vorstände Amtränge an den Laufbahngrenzen einnahmen, muß indes näher eingegangen werden. Im Übergang von der Vorkriegs- in die Zwischenkriegszeit gab es vor allem Verschiebungen an der Grenze von mittlerem und höherem Dienst, die die vergleichende Laufbahnübersicht nicht differenziert genug deutlich macht. Davon war insbesondere eine ganze Berufsgruppe betroffen, die zahlreiche Buchführer stellte, nämlich die Lehrer. Mit der Zeit ergab sich ein deutlicherer Abstand zwischen einfachem und gehobenem mittlerem Dienst, der durch das wachsende Gewicht und die Bedeutung der technischen Berufsfunktionen akzentuiert wurde. Deswegen werden die Tätigkeitsbenennungen, die im Berliner Gesamtbestand als solche mittlerer Beamter codiert sind, auf den folgenden Seiten abschnittsweise nach gehobenem und einfachem Dienst getrennt, um die Zahl der unentscheidbaren Fälle klein zu halten, obwohl durch die Codierung selber diese Unterscheidung nicht nachvollzogen wird. Es sollen die Unter- und Überordnungsverhältnisse, die mit jedem Titel, mit jeder Stellenbezeichnung ausgedrückt sein wollten, klarer hervortreten. Im Einzelfall läßt sich aus dem bloßen Titel die genaue rangmäßige Einstufung jedoch oft nicht entnehmen, weil für diese gleichzeitig die Lokalisierung der Stelle - ob höher oder niedriger rangierende Behörde - von Bedeutung war, eine Angabe, die in den Haushaltsrechnungen nicht enthalten ist. Nach Erläuterungen dieser Art, die zunächst vorausgeschickt werden, folgen dann für jede Laufbahn listenweise die wichtigeren Amtsbezeichnungen sowie die, die im Berliner Gesamtbestand vertreten sind.

Seit 1817 teilte die preußische Rangordnung die subalternen Beamten in vier Klassen ein. Mit dem Ausbau der Bürokratie wurde daraus die mittlere Laufbahn, und diese wurde auch im Reich eingeführt. Der faktische Ausbau der Verwaltung überholte damit die Kategorien, mit denen die Träger dieser Verwaltung herkömmlicherweise angesprochen wurden. *Die Subalternen zerfallen in vier Klassen. 1. [...] expedierende Sekretäre, Journalisten, Kalkulatoren, Registratoren, Rendanten, Kontrolleure, Vorsteher der Kanzleien [...] 2. Die Referendarien [...] 3. Die Subalternen der Landes=Kollegien, wie sie Klasse 1. bezeichnet sind, und die Kanzleisekretarien und Kanzlisten der Ministerien. 4. Kanzlei=Sekretarien und Kanzlisten der Landes=Kollegien.*"¹⁴³

1871 und 1882 wurde dieses zweigliedrige System noch einmal bestätigt. Für die Subalternen bestanden *unzweifelhafte Verhältnisse* bis nach der Jahrhundertwende jedoch nicht. Die angegebenen 4 Klassen bedeuteten in Wirklichkeit einerseits eine Unterscheidung zwischen Ministerial- und Provinzialbeamten, andererseits – wie eine allerhöchste Kabinetts-Ordre von 1825 verdeutlicht – eine Unterscheidung zwischen Regierungssekretären (1. Klasse) und Assistenten (2. Klasse); Kanzlisten wurden gesondert gezählt, in das System aber nicht einbezogen.

Am 1. Januar 1900 wurde der mittlere Dienst eingerichtet, der die Assistenten-, Sekretärs- und Obersekretärsstellungen, für die keine akademische Ausbildung erforderlich war, umfaßte, der aber gleichzeitig für die höheren Beamten Eingangsstufe war. Diese neue Laufbahn wurde – wie es scheint – zunächst nicht als solide abgegrenzte Einheit aufgefaßt, denn noch 1907 hielt sich der Kommentar von Lorenz an die herkömmliche Einteilung der Subalternbeamten in 4 Klassen. Wie sich den Titeln und Funktionsbezeichnungen entnehmen läßt, entsprachen die Klassen 1 bis 3 in etwa dem gehobenen Dienst; die Klasse 4 deckte sich im großen und ganzen mit der einfachen mittleren Laufbahn. Deren Ausbau leitete die Besoldungsordnung von 1920 ein, indem sie beispielsweise im Bereich der Post den "Oberpostschaffner" und den "Betriebsassistenten" schuf. Diese Veränderung war für die Geschichte der Laufbahnordnungen wohl wichtiger als alle politischen und sozialen Umwälzungen der Zeit – konstatierte eine Studie über den Postdienst doch ansonsten: *Krieg und Revolution haben an der sozialen Stellung der unteren Postbeamten wenig geändert* ¹⁴⁴.

Die Besoldungsordnung von 1927 faßte im gehobenen mittleren Dienst die Amtmänner, Inspektoren und Sekretäre zusammen und im einfachen mittleren Dienst die Besoldungsgruppen 5a bis 8b, das heißt im wesentlichen technische Beamte mit handwerksmäßiger Ausbildung (Werkmeister, Oberwerkmeister, Bauführer, Förster und Revierförster u.a.), im Verwaltungsdienst Kanzleivorsteher, Ministerialkanzleisekretäre, Assistenten im Büro- und Registraturdienst, Betriebsassistenten und Assistentinnen (Assistenten konnten aber auch bereits im unteren Dienst eingestuft sein) ¹⁴⁵.

Assistenten und Sekretäre, Oberassistenten und Obersekretäre bildeten Gruppen, die jede für sich mehr oder weniger eifersüchtig über ihre Besitzstände wachten. Die Qualifikationsanforderungen waren gleichwohl für Assistenten und Sekretäre sehr ähnlich. Der Einstieg in die Laufbahn erfolgte als "Supernumerar" ("Zivilsupernumerar"). Der Bewerber war dann etwa 17 Jahre alt. Er mußte das Reifezeugnis einer höheren Bürgerschule oder die Obersekundareife haben¹⁴⁶. *Im Jahre 1900 wurde als Mindestmass der Vorbildung die Reife für die Untersekunda einer neunstufigen höheren Lehranstalt verlangt. Aber das Angebot von Anwärtern, die die Reife für die Obersekunda hatten, war so gross, dass es hinfort für jeden Anwärter erforderlich war, diesen Grad der Schulbildung aufzuweisen [...]. Die Lehrzeit [!] wurde auf 4 Jahre ausgedehnt, die Wartezeit als Diätar wurde länger - . Sie betrug in den 1890er Jahren 4 bis 4½ Jahre, 1900 bis 1910 bereits 5 bis 7 Jahre, und am 1.4.1914 für die ältesten Anwärter immer noch 5½ Jahre. Eine Schlußfolgerung, die damals aus dieser Überfüllungssituation gezogen wurde, ist für die historische Rekonstruktion von Lebensstilen und Anspruchslagen nicht ohne Interesse: Nur bemittelten Eltern war es daher noch möglich, ihren Sohn der mittleren Laufbahn der Post- und Telegraphenbeamten zuzuführen. Es war natürlich, dass auf diese Weise der Staat einen mittleren Beamtenstand "aufzog", der noch grössere Ansprüche ans Leben stellte, als es der Beamtenstand "alten Schlages" bei dem allgemeinen kulturellen Aufstiege getan haben würde.*

Der Vorbereitungsdienst hatte häufig die Aufgabe, die Bewerber nach ihrer Vermögenslage beziehungsweise der ihrer Eltern zu selektieren, wenn nämlich nachgewiesen werden mußte, daß der Anwärter sich während dieser Zeit, die bis zu vier Jahre dauern konnte, aus eigenen Mitteln zu erhalten vermochte. *Anwärter* und *Gehilfe* waren die Titel vor Ablegung der Assistentenprüfung. Die normale Aufstiegsreihe im beispielsweise mittleren Postdienst war: *Assistent ... Sekretär ... Obersekretär* im Post- beziehungsweise im Telegraphendienst, *Postmeister (Vorsteher eines Postamtes 2. Klasse) ... Betriebsinspektor ... Inspektor* im Post- beziehungsweise im Telegraphendienst. Die Voraussetzung für Sekretärsstellungen war in der Regel die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst (Reife für die Obersekunda oder das Reifezeugnis einer technischen Fachschule) und eine wei-

tere Prüfung. In der Eisenbahnverwaltung zum Beispiel folgte auf eine zweijährige Phase handwerklicher Arbeit in einer Eisenbahnwerkstätte ein mehrjähriger Vorbereitungsdienst; dieser schloß mit einer Prüfung (Sekretärsprüfung) ab; und nun hatte man die Berechtigung, Betriebsingenieur oder Sekretär zu werden. Die Fachprüfung 1. Klasse führte zur Ernennung zum *Praktikanten* (Eisenbahnpraktikant) und eröffnete Stellen als Stationsvorsteher 2. Klasse, Güterexpedient oder Stationseinnehmer. Aus diesen konnte der Praktikant *bei nachgewiesener Tätigkeit in die Stellen der Eisenbahnsekretäre, Stationsvorsteher 1. Klasse, Güterexpeditionsvorsteher oder Stationskassenrendanten, auch zum Hauptkassenkassierer oder Betriebskontrolleur, aufrücken* ¹⁴⁷.

Die zweite Möglichkeit, in die Laufbahn des Subalternbeamten zu gelangen, war im Kaiserreich die Vorlage des Zivilversorgungsscheins, den erhielt, wer 12 Jahre gedient hatte. Manche Behörden verlangten aber auch dann das Bestehen einer Prüfung, deren Schwerpunkte in deutschem Ausdruck, in Geographie und Geschichte lagen¹⁴⁸. Als Aufsatzthemen waren wohl üblich: *Lebenslauf; Beschreibung eines Ortes oder eines besonderen Tages aus dem Leben; Der Dienst des Kammerunteroffiziers, Schießunteroffiziers, Feldwebels etc. Die Zukunft des Müßiggängers; Was ein Häckchen werden will, krümmt sich bei Zeiten! Bete und arbeite; Leichter trägt, was er trägt, wer Geduld zur Bürde legt; Kaiser Wilhelm I; Die Segnungen des Friedens; Der deutsche Wald im Winter; Der Nutzen der Eisenbahn; Die Vor- und Nachteile der Flüsse.* In Geschichte wurden Aufgaben wie folgende gestellt: *Nenne die Könige Preußens unter Angabe der Regierungszeit! Wann wurde der Kaiser Wilhelm-Kanal eröffnet? Welche Schlachten, Gefechte etc. sind besonders erwähnenswerth aus den Feldzügen 1813-15, 1864, 1866 und 1870/71? Durch welchen Frieden wurden diese Kriege beendet? Welche Staaten bilden das deutsche Reich? und auf Grund welcher Verfassung? Wann wurde König Wilhelm I. von Preußen zum deutschen Kaiser gekrönt und wo? Wann wurde Kaiser Wilhelm I. geboren? Welches sind die gesetzgebenden Körperschaften im Deutschen Reich, in Preußen etc.? Wer steht an der Spitze eines Ministeriums? einer Provinz? eines Regierungsbezirks? eines Kreises? eines Amtsbezirks? einer Gemeinde? einer Provinzialverwaltung?*

Inspektoren und Betriebsinspektoren gehörten im Kaiserreich – mindestens in der Regel – offenbar der höheren Laufbahn an, und zwar dort der 5. Rangklasse, ohne daß speziell von einer eigenen Laufbahn "unterer höherer Dienst" gesprochen worden wäre. Inspektoren und Betriebsinspektoren bei Heer und Marine konnten auch mittlere Beamte sein, ebenso Kassierer bei Post- und Telegraphenämtern *mit dem Charakter als Postinspektor oder Telegrapheninspektor* (Lorenz). In Bayern rangierten Postinspektoren mit Postmeistern nach dem Beamtengesetz von 1908 in Klasse 11, das heißt vor den Postoffizialen (Postdirektoren) und -assessoren und hinter den Posträten. 1920 wurden die Kategorien dort an die Verhältnisse des Reiches angeglichen. Ein erster Schritt dazu bestand darin, daß die Oberpostinspektoren 1919 zu Posträten umbenannt wurden. Ab 1920 kam in der höheren Laufbahn in Bayern der Titel Inspektor nicht mehr vor, sondern erst ab Klasse 13 abwärts, was der Sekretärsstellung im Reich entsprach¹⁴⁹. Für Abiturienten gehörte der Inspektor sicher zur höheren Laufbahn, weil dieser Rang für sie Durchgangsphase zur Ratsstelle war, ebenso wie der Posteleve, der für sie Eingangsstufe war. Alle Buchführer im Berliner Gesamtbestand gehören aber in die Zwischenkriegszeit. Nach der Besoldungsordnung von 1920 rangierte der Oberinspektor über dem Obersekretär, war aber erst die oberste Beförderungsstelle der gehobenen mittleren Laufbahn (Gruppe IX). Die Besoldungsordnung von 1927 reihte die Inspektoren mit A4b und 4a (Oberinspektor) schließlich noch unter den Amtsmännern eindeutig im gehobenen Dienst ein.

Die Rangverhältnisse der Lehrer waren sehr unterschiedlich. Insofern sie während des 19. Jahrhunderts nicht verbindlich geregelt waren, das heißt insofern es sich nicht um Lehrer im staatlichen höheren Schulwesen handelte, deren Staatsunmittelbarkeit schon im 19. Jahrhundert außer Frage stand, begann der Prozeß der besoldungsrechtlichen Verfestigung gerade erst in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts¹⁵⁰. Seit 1884 waren die Direktoren der Gymnasien und der vollständigen, zu Entlassungsprüfungen berechtigten höheren Bürgerschulen den ordentlichen *Professoren* der Universitäten im Range gleichgestellt. Sonst hatten die Lehrer an diesen Anstalten (ebenso wie die Direktoren der Schullehrer-Seminare) im Normalfall den Rang außerordentlicher Universitätsprofessoren. Die *Rektoren* beziehungsweise

Direktoren der übrigen Progymnasien, Realprogymnasien, Realschulen, höheren Bürgerschulen, die Direktoren an Baugewerk-, Maschinenbau- und sonstigen Fachschulen, die Oberlehrer und die ordentlichen Lehrer an staatlichen höheren Lehranstalten hatten den Rang der 5. Klasse der höheren Beamten der Provinzialbehörden. Zur 5. Klasse gehörten auch Eichinspektoren, Telegrapheningenieure, Telegraphendirektoren und -inspektoren, Postinspektoren, Kriminal-, Steuer-, Polizeiinspektoren, Rendanten und Oberförster, seit 1881 schließlich Bauinspektoren.

Oberlehrer hießen ursprünglich die Klassenlehrer der oberen Klassen des Gymnasiums; seit 1892 war Oberlehrer der Titel wissenschaftlich gebildeter Lehrer an Gymnasien, Realgymnasien, Progymnasien, Realprogymnasien, Oberrealschulen, Realschulen und höheren Bürgerschulen. Sie hatten also mindestens drei Jahre an einer Universität, technischen Hochschule, Kunstakademie oder Kunstgewerbeschule studiert. Ein Drittel, seit 1906 bis zur Hälfte der Oberlehrerstellen war in der Weise angehoben, daß den Stelleninhabern auf ihr Gesuch hin der Titel Professor und damit der Rang eines Rates der 4. Klasse verliehen werden konnte. Vor der Ernennung zum Oberlehrer hieß der Aspirant Hilfslehrer. Oberlehrer werden als typische soziale Aufsteiger betrachtet. Ihre normative Bezugsgruppe waren vor allem die Amts- und Landrichter, die - ebenso wie die *Staatsanwälte* - zur 5. Rangklasse gehörten. Zwar stiegen die Lehrergehälter seit Ende des 19. Jahrhunderts - aber *Befriedigt sind die Ansprüche der Lehrerschaft damit nicht. Vor allem ist der Unterschied der immer noch zwischen den Juristen und den Pädagogen besteht, für die letzteren der Stein des Anstoßes. Und es ist keine Frage, daß die Aufwendungen für ihr Studium bei diesen meist bedeutender sind. Da in unserer Zeit kaum einer der Philologen mit drei Jahren dafür reicht [sic] die Zeit für das Oberlehrerexamen oft ganz ungebührlich hingezogen wird, und wenn der Vorbereitungsdienst auch an Dauer dem der Juristen dem Grundsatz nach nicht gleich kommt, so ist doch die Tätigkeit eines sehr mäßig besoldeten Hilfslehrers [...], doch oft lange genug, um ihn großen Entbehrungen auszusetzen. Nun hat man auch durch statistische Aufnahmen festgestellt [...], daß der Stand eines solchen die Kräfte rascher und vollständiger aufbraucht, als die Arbeit jedes anderen Berufes, so daß die Lehrer an höheren Lehranstalten kurzlebiger zu sein*

pflegen als die übrigen Beamten. Und rechnet man dazu, daß der Lehrstand im allgemeinen in der öffentlichen Schätzung von allen gelehrten Berufen am geringsten gewertet ist, trotz der großen Bedeutung, die ihm im Dienst fürs Vaterland unzweifelhaft zukommt, so wird man es begreifen, daß die gesamte Lehrerschaft ein lebhaftes Bewußtsein von Standesgefühl und Standesehre erfaßt hat und sie sich eifrig bemüht, in ihrer Stellung und Haltung den Richtern wenigstens gleich zu kommen ¹⁵¹. Die konservative Wertorientierung, die ihnen zugeschrieben wird, wurde offenbar durch die Verengung des Berufszugangs in der akademischen Überfüllungskrise der Jahrhundertwende verstärkt. Viele der älteren Stelleninhaber waren in den 1920er Jahren noch im Schuldienst; sie gehörten damals zu den Kräften, die der Weimarer Demokratie ablehnend und dem autoritären System des Nationalsozialismus mit größerer Sympathie gegenüberstanden¹⁵². Mit der Besoldungsreform von 1920 kamen sie zusammen mit den Gymnasiallehrern in die Besoldungsgruppe X und galten als *Prototyp des höheren Beamten* ¹⁵³. Die Oberlehrer wurden später in *Studienräte* umbenannt, und diese stellten in der Besoldungsordnung von 1927 die unterste Gruppe der höheren Beamten dar. Sie waren den Regierungsräten der Verwaltungen gleichgestellt (Gruppe 2c). Die Benennung "Oberstudienrat" gab es gleichwohl bereits vor 1914 als Ehrentitel für Direktoren höherer Lehranstalten in Bayern, Württemberg und im Königreich Sachsen. Seit der Besoldungsordnung von 1920 hieß der ständige Vertreter des Direktors an großen Anstalten Verwaltungsoberstudienrat. Oberlehrerinnen durften die Amtsbezeichnung "Studienrat" nur führen, wenn sie an einer öffentlichen höheren Lehranstalt unterrichteten¹⁵⁴. Vorschulen waren mit den höheren Lehranstalten verbundene dreijährige Unterklassen, die den Schülern die auf die höhere Schullaufbahn bezogene Elementarbildung vermittelten. Im Zuge der Abschließung der höheren Bildung gegen die Aufsteiger aus den mittleren Ständen funktionierten sie mehr und mehr im Sinne sozialer Selektion. Sie wurden zu Beginn der 1920er Jahre abgeschafft. *Vorschullehrer* waren mittlere Beamte¹⁵⁵.

Bis ins 20. Jahrhundert hinein fehlte den Lehrern im niederen Schuldienst, also denjenigen, die nicht an einer Universität ausgebildet waren (*Volksschullehrer*), die Gleichstellung mit den unmittelbaren Staatsbeamten. Wer Volksschullehrer werden wollte, trat i.d.R. im Alter von 14 oder 15 in die

Präparandenanstalt ein, nach drei Jahren folgte das Schullehrerseminar, nach weiteren drei Jahren eine erste Prüfung, daran schlossen zwei Praxisjahre an und am Ende die zweite Prüfung. Der *Hauptlehrer* war – ebenso wie der Erste Lehrer – nur ein durch eine Stellenzulage herausgehobener Lehrer; er war mit der Leitung größerer Hilfsschulen oder von Volksschulen mit drei bis sechs Lehrkräften betraut. Nur in Baden war "Hauptlehrer" ein Synonym für Oberlehrer; der betreffende Haushalt im Berliner Gesamtbestand war jedoch in Schlesien ansässig. Die Bezugsgruppe, an deren Lebensstil die Volksschullehrer sich orientierten und deren Gehaltsstufe sie erreichen wollten, waren zu dieser Zeit die Subalternbeamten 1. Klasse und hier die Sekretäre¹⁵⁶. Ihr Kampf gegen das Abhängigkeitsverhältnis als Kostgänger der Gemeinde oder gar als Almosenempfänger der reichen Bauern im Dorf hatte in Preußen erstmalig 1867 einen Erfolg, als in einem Rescript Wilhelms I. der Grundsatz einer materiellen Mindestausstattung der Volksschullehrerstellen, die die örtlichen Gegebenheiten und die Größe der Schule zu berücksichtigen habe, Anerkennung fand¹⁵⁷. Auf dem Lande sollte zum Beispiel der Erste Lehrer und ein Lehrer, wenn er allein stand, *neben freier Wohnung und Heizung Naturalien zur Ernährung einer Familie von 5 Personen und zur Durchfütterung von 2 Haupt Rindvieh, außerdem ein Baargehalt von mindestens 50–150 Thalern* erhalten. Eine spätere Anpassung der Gehälter in den Jahren 1873/75 *hatte das Ergebnis, daß für erste und alleinstehende Lehrer auf dem Lande neben freier Wohnung und Heizung: a) in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern, Sachsen und Westfalen ein Mindestgehalt von 750 Mark, b) in Brandenburg und Schlesien ein solches von 810 Mark, c) in der Rheinprovinz ein solches von 825–1050 Mark, d) in Schleswig= Holstein ein solches von 900–1200 Mark festgesetzt wurde*. Die erste gesetzliche Regelung der Besoldung, die gleichzeitig eine Korrektur der Gehälter nach oben bedeutete, wurde erst 1897 vorgenommen. Dieses Gesetz regelte nur die Gehälter, Zulagen und Emolumente, nicht aber den Status der niederen Lehrer; dies geschah erst im Besoldungsgesetz von 1909, welches Volksschullehrer – und waren es auch die Leiter von Volksschulen – den unteren Beamten gleichstellte. Entsprechend wurden für die Zeit bis 1913/14 Haushaltsvorstände als *u n t e r e B e a m t e* codiert, wenn sie folgende Rangtitel und Tätigkeitsbezeichnungen angegeben hatten:

Volksschullehrer
Hauptlehrer
städtischer Lehrer
Mittelschullehrer

Die Bezeichnung *Lehrer* wurde nicht spezifiziert, obwohl vieles dafür spricht, daß es sich bei diesen Haushaltsvorständen tatsächlich um Lehrer an Volksschulen gehandelt hat.

Einen offiziellen Titel *Mittelschullehrer* gab es im Kaiserreich nicht. Die Mittelschullehrerprüfung war eine Erweiterungsprüfung nach der Zweiten Lehrerprüfung. Mit ihr erfolgte eine Spezialisierung in den Unterrichtsfächern. Wenn ein Mittelschullehrer an einer Volksschule unterrichtete, hieß er offiziell weiterhin "Volksschullehrer", wenn ein für Volksschulen geprüfter Lehrer an der Mittelschule unterrichtete, hieß er offiziell "Lehrer an der Mittelschule". Die Mittelschullehrerprüfung war in Preußen die Voraussetzung zur Meldung für die Rektorprüfung, deren Bestehen zur Leitung von Volksschulen mit mehr als 5 Klassen, von Mittel- und Höheren Töchterschulen und von staatlichen Präparandenanstalten berechtigte. Im Prinzip war von dort aus eine Beförderung zum Seminar-Oberlehrer, Seminardirektor und Kreisschulinspektor möglich, so daß hier ein Aufstiegskanal in die höhere Laufbahn, auch ohne Lehrerausbildung an der Universität, gegeben war. Dies ist ein Grund mehr, den einen *Rektor*-Haushalt im Berliner Gesamtbestand als den eines höheren Beamten (s.o.) zu codieren, obwohl wir nichts über die Art der Lehranstalt erfahren¹⁵⁸.

Für Volksschullehrer und Mittelschullehrer wurde erst in den 1920er Jahren eine Hochschulausbildung eingeführt. Sie benötigten nun das Reifezeugnis eines Gymnasiums, eines Realgymnasiums oder einer Oberrealschule und wurden daraufhin zur Ausbildung an Pädagogischen Akademien oder Erziehungswissenschaftlichen Seminaren, die meistens den Universitäten und Technischen Hochschulen der Länder angegliedert waren, zugelassen. Die akademische Ausbildung dauerte i.d.R. zwei bis drei Jahre. Wenn die Zweite Lehrerprüfung bestanden war, konnte in der gewohnten Weise die Mittelschullehrerprüfung abgelegt werden. Die meisten der Buchführer im Gesamtbestand werden noch die ältere, niedere Ausbildung absolviert haben. Obwohl Art. 143 Reichsverfassung als Aufforderung zu verstehen war, die

Lehrer im ehemals niederen Schuldienst in jeder Hinsicht mit den Lehrern an höheren Schulen gleichzustellen, wurden sie auch in der Weimarer Republik besoldungsmäßig im gehobenen Dienst festgehalten. *Nach der Staatsumwälzung ist der Volksschullehrer Beamter geworden, konnte nun zwar erleichtert festgestellt werden*¹⁵⁹. *Die Vorenthaltung staatsbürgerlicher Rechte wurde aufgehoben, die Bezahlung aus der Staatskasse vorgenommen [...]. Die Eingliederung des Volksschullehrers in die Beamtenschaft und ihre Besoldungsordnungen stellte ihn 1920 den Beamten des gehobenen mittleren Dienstes gleich.* Gerade dies aber war weniger, als viele erhofft hatten. 1920 war die normale Besoldungsstufe für festangestellte Volksschullehrer VII, für Schulleiter und Konrektoren VIII, in großen Schulen IX. Hauptlehrer und Erste Lehrer hatten nach wie vor keine höhere Besoldungsstufe; sie bezogen stattdessen zum Teil beträchtliche Gehaltszulagen. Dieses neuartige Zulagensystem wurde auch 1927 beibehalten, während die Rangeinstufung weiterhin der der Obersekretäre entsprach (A4c – Ministerialkanzleiinspektoren – und A4b – Oberinspektoren –)¹⁶⁰. Wenn behauptet worden ist, die Einführung des Hochschulstudiums habe einen *kollektiven Statuswechsel zum Akademikertum* bedeutet¹⁶¹, so brach sich dieser Anspruch an den institutionellen Barrieren der Besoldungsordnung und Rangeinstufung. Selbsteinschätzung und Statuszuschreibung liefen auseinander. Entsprechend ihrer institutionellen Lokalisierung wurden für die Zwischenkriegszeit Haushaltsvorstände als *m i t t l e r e B e a m t e* codiert, wenn sie folgende Rangtitel und Tätigkeitsbezeichnungen angegeben hatten:

Hauptlehrer
Mittelschullehrer
Volksschullehrer

Auf den nächsten Seiten werden Amtsbezeichnungen, nach den drei Laufbahnen des unteren, mittleren, höheren Dienstes getrennt, aufgeführt, u. zw. wieder durch Kursivdruck hervorgehoben diejenigen, die im Berliner Gesamtbestand vorkommen, insgesamt jedoch mehr als diese, um dem Kapitel annäherungsweise den Charakter eines Nachschlagewerkes, das nicht nur auf diesen Quellenbestand zugeschnitten ist, zu geben. Die Ordnung erfolgt alphabetisch, in der Rangfolge absteigend.

3.2.3.1 Amtsbezeichnungen und Tätigkeitsbenennungen im höheren Dienst

Amtmann: *Verwaltungsamtman*n (1 Haushalt, Quelle 5: 1927)

Erläuterung

Amtmänner wurden von der ersten Fassung der Besoldungsordnung 1920 in Gruppe IX (Finanz-, Bauamtman) eingestuft, also zusammen mit Oberinspektoren in die höchste Besoldungsgruppe des gehobenen Dienstes. In der revidierten Fassung konnten sie ihren sozioprofessionellen Status jedoch wesentlich verbessern (Regelfall Gruppe XI: Amtmann, Ministerialamtman, sonst X); 1927 waren Verwaltungsamtman n i.d.R. Besoldungsgruppe 3.

Bauführer: *Oberstadtbauführer*
Telegraphenbauführer

Baumeister

Erläuterung

Bauführer und *Baumeister* wurde man in Preußen in folgenden Schritten: Gymnasium, Realgymnasium oder Oberrealschule - 2 Jahre Technische Hochschule - Vorprüfung - 2 Jahre Fachstudium - 3 Jahre praktische Ausbildung. Danach wurde der Titel "Regierungsbauführer" verliehen. 1902 wurde die Diplomprüfung mit dem Charakter einer Staatsprüfung eingeführt. Der Regierungsbauführer, der Diplomingenieur war, erhielt dadurch eine dem Referendar analoge Stellung. Die Rangordnung führte die Referendare zwar *unter den Subalternbeamten auf, man rechnet sie aber allgemein zu den höheren Beamten ohne bestimmten Rang* ¹⁶². Nach praktischer Tätigkeit als Regierungsbauführer konnte die Baumeisterprüfung abgelegt werden. Im Gesamtbestand befinden sich ein Magistratsbaumeister und ein Telegraphenbauführer. Ein "Bauführer"-Haushalt blieb unberücksichtigt, weil sein Beamtenstatus nicht gesichert war. In der Zwischenkriegszeit konnte die Rangstufe aus der Kaiserzeit offenbar nicht mehr gehalten werden:

Telegraphenbauführer rangierten seit 1927 mit den Werkmeistern in Besoldungsgruppe 6, das heißt unterhalb der Sekretäre und über Kanzleivorstehern¹⁶³.

Direktor:	<i>Amtsgerichtsdirektor</i> <i>Branddirektor</i> <i>Landgerichtsdirektor</i> <i>Verwaltungsdirektor</i>	
Inspektor:	Bauinspektor, Gewerbeinspektor, Kreisbauinspektor, Maschineninspektor, Betriebsinspektor, (vor 1914; Polizeiverwaltung, allgemeine Bauverwaltung, landwirtschaftliche Verwaltung, Bergwerksverwaltung) Eichungsinspektor (vor 1914) Eisenbahnbauinspektor, -verkehrsinspektor Eisenbahnbaumeister Kreisschulinspektor Postinspektor, Oberpostinspektor (vor 1914) Telegrapheninspektor, -oberinspektor (vor 1914) Verkehrsinspektor (Reichseisenbahn, vor 1914)	
Lehrer:	Direktor Gymnasialprofessor Kreisschulinspektor Oberreallehrer <i>Oberstudienrat</i> Reallehrer <i>Rektor</i> Schulrat Studienlehrer <i>Studienrat</i>	Gymnasiallehrer Hilfslehrer <i>Oberlehrer</i> Oberpraecceptor <i>Professor</i> <i>Realschullehrer</i> <i>Schuldirektor</i> <i>Studienassessor</i> <i>Studienprofessor</i> Subrektor
Oberförster		
<i>Pfarrer</i>		
Präsident		
Räte im sonstigen Verwaltungsdienst:	<i>Amtsgerichtsrat</i> <i>Baurat</i> <i>Landgerichtsrat</i> <i>Magistratsbaurat</i> <i>Magistratsrat</i> <i>Oberbaurat</i> <i>Rechnungsrat</i> <i>Regierungsrat</i> <i>Veterinärtrat</i>	
<i>Staatsanwalt</i>		

3.2.3.2 Amtsbezeichnungen und Tätigkeitsbenennungen im mittleren Dienst

Spätes Kaiserreich

1. Klasse

Ministerialbeamte und Assessoren

Betriebsinspektor

Bibliothekar, Oberbibliothekar

Buchhalter, Oberbuchhalter

Ingenieur: [Wasserbauingenieur]¹⁶⁴
 Expedient
 Journalist
 Kalkulator
 Kontrolleur
 Registrator
 Rendant

Erläuterung

Expedienten, Kalkulatoren, Registratoren und Kassenbeamte (Rendanten) waren die typischen Bürobeamten im mittleren Dienst. Man verlangte von ihnen *orthographisch und stilistisch richtige dabei klare, knappe und doch erschöpfende Schreibweise, schnelles Expediren und Protokolliren*, außerdem eine gewisse Gesetzeskenntnis (Bürgerliches Gesetzbuch, Allgemeines Landrecht usw.). *Endlich wird noch verlangt ein taktvolles, gewandtes Benehmen, Ordnungsliebe, Pünktlichkeit, Charakterfestigkeit und Ausdauer* ¹⁶⁵.

Revisor

expedierender Sekretär
 Geheimer Sekretär, Geheimer Konstruktionssekretär

Stenograph

Vorsteher der Kanzlei

2. Klasse

Bauführer (Marine)

Bureauhilfsarbeiter (mit Erster Juristischer Staatsprüfung) (Eisenbahnverwaltung)

Ingenieur (Marine)

Praktikant, [*Regierungspraktikant*]

Referendar

3. KlasseMinisterialbeamte und preußische Staatsbeamte

Bahnhofsvorsteher I. Klasse Oberbahnmeister

Bureau- und Rechnungsbeamte I. Klasse (Post- und Telegraphenverwaltung),
Oberpostpraktikant

Bureaubeamte II. Klasse

Bureauvorsteher

Buchhalter, Oberbuchhalter, Oberpostkassenbuchhalter

Kalkulator

Kassierer (Post-, Telegraphenamts) *Hauptkassenkassierer, Hauptkassierer (Stadt)*

Betriebskontrolleur (Eisenbahn)

Maschinenmeister (Post- und Telegraphenverwaltung)

Materialienverwalter I. Klasse (Eisenbahn)

Registrator, Rendant

Kanzlei-, expedierender, Geheimer Sekretär, Bausekretär (Post- und Telegraphenverwaltung), Obersekretär, Oberpostsekretär, technischer Sekretär

Oberstationsvorsteher, Obergütervorsteher (Eisenbahn)

Vorsteher von Postämtern II. Klasse (Postmeister)

Werkstättenvorsteher (Eisenbahn)

Zeichner, Bauzeichner (Reichspostamt)

Bergwerks- verwaltung:	Oberschichtmeister Fahrsteiger, Obersteiger Werkführer
Polizei:	Polizeiassessor (Provinzverwaltungen) Kriminalkommissar, Bezirkspolizeikommissar (Königliche Polizeiverwaltung Berlin usw.) Distriktskommissar (landrätliche Behörden usw.) Zahlmeister

4. Klasse

Reichsbeamte und preußische Staatsbeamte

Assistent und Königlicher Lademeister
Post-, Telegraphenassistent, -oberassistent,
 Postbetriebsassistent,
 Bureauassistent, Bauassistent, *Kanzleiassistent*, Kassenassistent, *Magistrats-*
assistent, Stadt-, Oberstadtassistent, technischer Bureauassistent,
Eisenbahnassistent (Breslau),
 Oberbahnassistent (Elberfeld)
Steuerassistent (Regierung, Reichsbahn, Verwaltung, Zoll)

Bahnmeister

Bureaubeamte II. Klasse (Post- und Telegraphenverwaltung)
 Kanzleidiätar, *Bureaudiätar* ¹⁸⁷

Post-, Telegraphengehilfe, -gehilfin
Postverwalter

Güterverwalter II. Klasse
 Gütervorsteher (Eisenbahn)

Bureau-, Kanzleihilfsarbeiter

Kanalaufseher, -oberaufseher
 Kanalmeister I. Klasse
 Kanalschreiber

Kanzlist
 Kanzleibeamter

Lagerverwalter (Post- und Telegraphenverwaltung)

Landmesser, Hilfslandmesser

Lokomotivführer

Lotse, Oberlotse

Maschinist, Hilfsmaschinist, Mechaniker, Hilfsmechaniker (Post- und Telegraphenverwaltung)

Materialienverwalter II. Klasse

Dachdeckermeister

Packmeister, Oberpackmeister (Eisenbahn)

Bauschreiber

Stationsassistent (Eisenbahn)

Stationsverwalter, Stationsvorsteher II. Klasse

Supernumerar (bei den Oberpräsidien), Bausupernumerar

Vorsteher von Postämtern III. Klasse

Werkmeister

Werkführer, Eisenbahn (Breslau) (Quelle 1: 1907)

Zeichner

Zugführer ¹⁶⁸

Preußische Staatsbeamte, insbesondere:

Deichvogt

Eichmeister, Eichmeistergehilfe

Förster, Revierförster

Gerichtsschreiber

Hafenmeister

Lehrer:

Elementarlehrer

Hauptlehrer (Bergschule Clausthal)

technischer Lehrer

Volksschul-*Rektor*

Vorschullehrer, Navigationsvorschullehrer

Zeichenlehrer

Bergwerks-
verwaltung:

Aufseher

Schichtmeister

Steiger

Polizei:

Gefängnisinspektor

Lehrer (Strafanstalt)

Leistungsrevisor

Polizeiassistent

Polizeisekretär, -kommissar (Provinzverwaltungen)

Kanzlist

Zwischenkriegszeit

Besoldungsgruppe IX

Büroversteher

Oberinspektor, Oberverwaltungs-, -bau-, -polizei-, -post-, -stadtinspektor, Oberinspektor (Notariat)

Oberingenieur (Eisenbahn), Maschinenoberingenieur

Oberlandmesser

Oberpostmeister

Registrator: Ministerialregistrator, -oberregistrator

Rendant, Hauptkassenrendant (Eisenbahn),
Oberpostkassen-, Oberfinanzkassenrendant

Besoldungsgruppe VIII

Betriebsinspektor

Inspektor

Eisenbahninspektor (Betriebskontrolleur, Betriebsingenieur)

Büroinspektor,

Justizinspektor, Stadtbauinspektor, Güterinspektor (Reichsbahn),

Rechnungs-, Steuerinspektor

(Polizei, Post, Regierung, Reichsbahn, Reichsbehörde, Reichsversicherung, Stadt, Verwaltung)

Ingenieur, Maschineningenieur, Eisenbahningenieur

Landmesser

Kassierer: Hauptkassenkassierer, Oberpostkassenkassierer

Oberbuchhalter (Finanzverwaltung)

Postmeister

Ministerialregistrator, Registraturvorsteher

Besoldungsgruppe VII

Lehrer, Hauptlehrer, Volksschullehrer, Mittelschullehrer

Lithograph: *Stadtlithograph*

Lotse

Oberbahnmeister

Oberbauführer: Telegraphenoberbauführer

Oberpostkassenbuchhalter

Kanzleiinspektor (oberste Reichsbehörden)

Oberwerkmeister: Telegraphenoberwerkmeister

Obersekretär, technisch und nichttechnisch
(*Marine, Polizei, Regierung, Reichsbahn, Stadt*),
Oberpostbau-, *Bibliotheks-, Eichamts-, Justizobersekretär,*
Oberpost-, Obertelegraphensekretär, Obersteuersekretär,
Ministerialkanzleiobersekretär

Eisenbahnobersekretär
(Obermaterialienvorsteher, Oberbahnhofsvorsteher, Obergütervorsteher)

Postmeister

Registraturvorsteher

Revierförster

Kanzleivorsteher
Werkstättenvorsteher (Eisenbahn, Reichsdruckerei, Marine u.a.)

Volksschullehrer

Besoldungsgruppe VI

Bahnmeister

Bauführer: Telegraphenbauführer

Bauzeichner

Förster

Lokomotivführer ¹⁶⁹

Postverwalter

Sekretär, technisch und nichttechnisch,
 (Marine, Polizei, Regierung, Reichsbahn, Stadt, Verwaltung)
 Justizsekretär, Kanzleisekretär, Landessekretär, Magistratssekretär, Tele-
 graphen-, Postsekretär,
 Steuersekretär,
 Eisenbahnsekretär (Bahnhofs-, Güter-, Kassen-, Materialienvorsteher)

Werkmeister: Telegraphenwerkmeister ¹⁷⁰
 Werkmeister (Reichsbahn)

Besoldungsgruppe V

Assistent, technisch und nichttechnisch
 (Bauamt, Eichamt, Post, Reichsbahn, Zoll)
 Justizassistent, Kanzleiassistent, Ministerialkanzleiassistent, Oberstadt-
 assistent, Stadtassistent, Polizeiassistent, Kriminalassistent, Regierun-
 gsassistent, Steuerassistent, Verwaltungsassistent

Betriebssekretär, technisch und nichttechnisch,
 Postbetriebssekretär
 Eisenbahnbetriebssekretär (Materialienverwalter, Bahnhofsverwalter)

Lademeister

Erläuterung

Der Lademeister war in der kaiserlichen Eisenbahnverwaltung ein unterer Beamter¹⁷¹. Vor der Prüfung, hatte er eine achtmonatige Vorbereitung im Lademeister- und eine einmonatige im Packmeisterdienst vorzuweisen und die *Fähigkeit, über einen Vorgang aus dem Dienstkreise des Lademeisters eine schriftliche Anzeige in angemessener Form zu erstatten*, außerdem: *Rechnen in den vier Grundarten, auch mit gewöhnlichen und Dezimalbrüchen [...], ferner Kenntniß: 4. des Fahrkarten-, Gepäck- und Güterabfertigungsdienstes, der Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands, der Betriebsordnung [...] namentlich die Annahme, Verladung, Leitung, Entladung und Verabfolgung des Reisegepäcks und der Güter [...]; 5. der Bestimmungen des Eisenbahn-Zollregulativs, sowie der Vorschriften über die zoll sichere Einrichtung der Eisenbahnwagen im Auslandsverkehr, soweit diese Festsetzungen die Beschaffenheit der Betriebsmittel, den amtlichen Verschluss und die Behandlung der Begleitpapiere betreffen; 6. der Vorschriften über die Benutzung der eigenen, sowie der fremden Wagen und ihres Zubehörs [...]* der Vorschriften über Reinigung der Viehwagen;

7. *Eisenbahngeographie*. Die Besoldungsordnung von 1920 ordnete den Lademeister in Gruppe V ein, also in die Eingangsstufe des mittleren Dienstes. Dies war für die Codierung maßgeblich, da der betreffende Haushalt des Berliner Gesamtbestandes aus Quelle 5 stammt.

[Lagerverwalter] (*Fliegerhorst*) (Quelle 6: 1937)

Lehrer, Hauptlehrer

Lokomotivführer (Reichsschatzverwaltung, Marine)
Lokomotivoberheizer

Magazinmeister

Oberlaborant

Obertelegraphist

Rangiermeister
Rottenmeister
Stationsmeister
Stellwerksmeister (*Oberstellwerksmeister*)
Wagenmeister

Werkführer: Telegraphenwerkführer, *Telefonwerkführer*

Zugführer (Oberpackmeister, Lademeister)

Die Eingruppierung von Kommunalbeamten mußte sich nicht mit der der reichsunmittelbaren Beamten decken; ihre Besoldung konnte sogar erheblich besser sein als die letzterer. Im Gesamtbestand kommen folgende Berufsbezeichnungen der mittleren Laufbahn, bei denen es sich um Beamte reichsmittelbarer Behörden handeln haben dürfte, vor:

Brandmeister, Unterbrandmeister
Magistratsbuchhalter
Feuerwehrbeamter, Feuerwehrmann, Oberfeuerwehrmann
Kriminalkommissar, Polizeikommissar

3.2.3.3 Amtsbezeichnungen und Tätigkeitsbenennungen im unteren Dienst

Umfang und Abgrenzung der Rangstufen unterhalb der mittleren Laufbahn haben sich im Laufe der Zeit wenig geändert. Im Kaiserreich war allgemein von Unterbeamten die Rede, heute wird vom "einfachen" Dienst gesprochen. Die Besoldungsordnung von 1920 unterschied vier Stufen:

- die Besoldungsgruppe der Oberschaffner und Meister
- die Besoldungsgruppe der Schaffner und Obergelhilfen
- die Besoldungsgruppe der Gehilfen
- die Besoldungsgruppe der Wächter und Wärter.

Die Besoldungsordnung von 1927, die gerade in Kraft trat, während die zweite große amtliche Erhebung von Haushaltsrechnungen stattfand, wich von dieser Gliederung nicht wesentlich, sondern nur in der Zahl der Besoldungsgruppen ab.

Wer im Kaiserreich Unterbeamter werden wollte, mußte gesund sein, *seinem Lebensalter und für die in Betracht kommende Stelle angemessen kräftig, rüstig und beweglich sein, auch im vollständigen Besitz der Geisteskräfte sich befinden. Er soll im Stande sein, Gedrucktes und Geschriebenes - sowohl in deutschen als auch in lateinischen Schriftzeichen - leicht und gewandt zu lesen, mehrere Sätze nach einem Diktat ohne erhebliche Fehler schnell niederzuschreiben und einfache Aufgaben aus den vier gewöhnlichen Rechnungsarten richtig zu lösen*¹⁷². Über seinen "Lebenswandel", die dienstliche Führung - offenbar in dem Fall, daß er vorher diätarisch angestellt war - und *das Verhalten gegenüber den obrigkeitlichen Behörden* mußten vorteilhafte Zeugnisse vorliegen. Er durfte kein Mitglied der SPD sein, und er durfte keine Schulden haben. *Wer Schulden hat, wird nicht angestellt, bezw., wenn seine Anstellung schon erfolgt ist, aus dem Dienst wieder entlassen.* Es brauchte im allgemeinen keinen Nachweis der Befähigung durch eine Prüfung; allerdings gab es innerhalb des unteren Dienstes Beförderungsprüfungen, so zum Beispiel im staatlichen Eisenbahndienst die "Fachprüfung 1. Klasse"¹⁷³. Diese hatte schon abzulegen, wer nur vom *Bahnwärter* zum *Weichensteller*, vom *Weichensteller* zum "Weichensteller 1. Klasse", vom *Wagenwärter* oder *Bremser* zum *Schaffner*, vom *Schaffner* zum *Packmeister*,

vom Packmeister zum *Zugführer* oder vom *Lokomotivheizer* zum *Lokomotivführer* aufsteigen wollte.

Die wichtigsten sowie die im Berliner Gesamtbestand vorkommenden Titel und Amtsbezeichnungen werden hier in alphabetischer Reihenfolge genannt. Die Besoldungsgruppe von 1920 ist gegebenenfalls in Klammern hinzugefügt.

Amtsdiener, Oberamtsdiener

Amtsgehilfe (II), *Amtsobergehilfe* (III), *Ministerialamtsobergehilfe* (IV)
Aufseher (Strafanstalt), *Armenaufseher*
Bahnhofsgehilfe (II)

Bahnwärter (II), *Oberbahnwärter* (III), *Hilfsbahnwärter*

Bote: *Kanzleibote*
Botenmeister (III/IV)

Bremser

Briefträger, *Landbriefträger*, *Oberbriefträger*, [*Bezirksbriefträger*],
[*Geldbriefträger*]

Brückenmeister

Bureaudiener

Eisenbahngehilfe (III/IV)

Fernsprechgehilfe (IV)

[*Gelderheber (Wasserwerk)*] ¹⁷⁴

Geldzähler (Reichsbank) (IV)

Hausmeister, *Rathaushaushälter*
Hausverwalter (Theater)
Hauswart (II)

Heizer, Oberheizer

Kassendiener

Kanzlist (III)

Kraftwagenführer

Krankenwärter, Zivilkrankenwärter

Lademeister Lagermeister (III)

Leitungsaufseher (III), *Oberleitungsaufseher* (IV)

Erläuterung

Leitungsaufseher waren – mindestens im Post- und Telegraphendienst – schon zur Kaiserzeit untere Beamte, und zwar ungefähr auf dem Rang der Schaffner. Es darf als Besonderheit gelten, daß sie in der bayerischen Eisenbahnverwaltung somit an der Grenze zum mittleren Dienst standen. Sie hatten wahrscheinlich i.d.R. eine Ausbildung als Handwerker. Sie taten keinen Schreibtisch-Dienst, sondern waren auf der Strecke zugegen, um Arbeiten zu beaufsichtigen und zu koordinieren¹⁷⁵.

Lokomotivheizer (IV)

Magazinaufseher (III)

Magazinoberaufseher (IV)

Magazinwächter

Maschinist (*Feuerwehr*), Untermaschinist

Maschinenführer

Maschinenaufseher

[*Materialaufseher*]

Materialienverwalter

Nachtwächter, Nachtpförtner

Packmeister (III)

Erläuterung

Es handelt sich um einen Münchener Haushalt aus der Kaiserzeit (Quelle 7, FALL 4884). Um zur Packmeisterprüfung zugelassen zu werden, mußte bereits die Schaffnerprüfung bestanden worden sein. Außerdem mußte der Bewerber mindestens einen Monat als Lademeister und ein halbes Jahr als Packmeister gearbeitet haben. Er mußte Bruchrechnen nachweisen und die Kenntnis der einschlägigen Vorschriften und Betriebsordnungen, der Bestimmungen über

Beförderung der Dienstschriften und des Dienstguts, insbesondere auch der dienstlichen Geld- und Werthsendungen; der Vorschriften über die Benutzung der eigenen, sowie der fremden Wagen, ihres Zubehörs und ihrer Eigentumsmerkmale; der Bestimmungen des Eisenbahn-Zollregulativs, sowie der Vorschriften über die zollsichere Einrichtung der Eisenbahnwagen im Auslandsverkehr, soweit diese Festsetzungen die Beschaffenheit der Betriebsmittel, den amtlichen Verschuß und die Behandlung der Begleitpapiere betreffen ¹⁷⁶.

Polizeisergeant, Polizeiwachtmeister

Postbote (II)

Posthelfer

Erläuterung

Posthelfer waren - in der Zwischenkriegszeit - normalerweise keine Beamten¹⁷⁷. Den Vorstand des vorliegenden Haushalts eines *Posthelfers*, *Posthilfsschaffners* (Quelle 5, Haushalt 1628) haben allerdings die Bearbeiter der Quelle selbst als Beamten angesehen. Dies war für die Codierung ausschlaggebend.

Rangieraufseher (IV)

*Rangierer (III)*¹⁷⁸

Rangiermeister

[*Ratsgehilfe (Magistrat)*]

Rottenaufseher (IV)

Rottenführer (III)

*Schaffner, Postschaffner (III), Oberpostschaffner (IV), Hilfspostschaffner
Straßenbahnschaffner* (Quelle 5, 2 Haushalte)

Schaffner bei der Reichsbahn [*Zugschaffner, Oberzugschaffner*]

Ladeschaffner, Oberladeschaffner

Eisenbahnschaffner, Eisenbahnoberschaffner (Packmeister, Ladeaufseher)
(IV)

Erläuterung

Die Schaffner waren eine typische Berufsgruppe der unteren Laufbahn. Sie sollten fähig sein, *über einen Vorgang aus dem Dienstkreise eines Schaffners eine schriftliche Anzeige in angemessener Form zu erstatten [...], einfache Diensttelegramme aufzunehmen und abzugeben, Fertigkeit im Gebrauche der Hilfssignale; Kenntniß der Einrichtung der Läutewerke* usw. Von Eisenbahnschaffnern wurden im Kaiserreich die Kenntnisse eines Bremsers verlangt, und die Kenntnis der diversen Dienstanweisungen für Packmeister, Zugführer, Lokomotivführer und Heizer. Straßenbahnschaffner waren in vielen Städten Arbeiter; im Berliner Gesamtbestand kommen 2 Haushalte von Straßenbahnschaffnern vor, die schon von der Quelle als Beamte klassifiziert worden sind. Auch bei Hilfsschaffnern der Eisenbahn kann nicht generell bestimmt werden, ob sie Beamte oder Arbeiter waren. Im Gesamtbestand kommt nur ein Hilfsschaffnerhaushalt vor, wobei der Haushaltsvorstand bei der Post beschäftigt war. Dort waren Hilfsschaffner Beamte; in Bayern befanden sich Posthilfsschaffner seit 1920 planmäßig in unterer Beamtenstellung¹⁷⁹.

Schrankenwärter (I)

Schuldiener
[*Schulwart*]

Schutzmann

Stationsaufseher (IV)

Telegraphist (IV)
Telegraphengehilfin

[Vollziehungsbeamter]

[*Wachtmeister*], *Oberwachtmeister* (III), [*Steuerwachtmeister*], [*Hilfssteuerwachtmeister*], [*Hauptwachtmeister*], [*Justizwachtmeister*]

Wagenaufseher (IV)
Wagenmeister
Wagenwärter

Weichensteller 1. Klasse, 2. Klasse
Weichenwärter, *Oberweichenwärter* (IV)
Weichenwärtergehilfe

3.2.3.4 Nicht näher spezifizierte Amtsbezeichnungen

Auch bei einer Reihe von Beamtenhaushalten waren Berufsbenennungen so ungenau, daß die Statusvariable GRUPPE2 nicht näher bestimmt werden konnte. Das war bei folgenden Nennungen der Fall:

Anwärter: Magistratsanwärter, Büroanwärter

Beamter (Finanzverwaltung, Justiz, Magistrat, Stadt, Stadthauptkasse, Verwaltung)

städtischer Beamter
Feuerwehrbeamter
Kommunalbeamter
Laboratoriumsbeamter
Polizeibeamter
Postbeamter
Reichsbeamter
Verwaltungsbeamter
Vollziehungsbeamter
Zustellungsbeamte

Büroassistent (Versicherung)

*Diätar*¹⁸⁰

Feuerwehrmann (Quelle 5: 1927)

Techniker (Elektrizitätswerk) (Quelle 5: 1927, Haushalt 917)

Über einige wenige Titel und Berufsbezeichnungen war keine endgültige Klarheit zu gewinnen:

Amtsaufseher
Ministerialoberoffiziant
Pfleger, Oberpfleger (Quelle 5: 1927, Haushalte 699 und 987)
Polizeisergeant
Prüfmeister (städtisches Elektrizitätswerk)
Straßenmeister

3.2.4 Angestelltenberufe

Unter den Angestellten, einer seit der Mitte des 19. Jahrhunderts stark expandierenden Berufsgruppe, gab es zu Beginn des 20. Jahrhunderts erhebliche Unterschiede, sowohl was die materielle Lage als auch den Zuschnitt der Mentalität betraf. Leider lassen die meisten Berufsbenennungen Differenzierungen nach Branche, nach Betriebsgröße und nach Dispositionsbefugnis im Einzelfall, die für eine zuverlässige statusmäßige Einordnung erforderlich wären, nicht zu. Lange war dem Großteil der Angestellten im Gegensatz zu den Arbeitern gemeinsam, arbeitsvorbereitend, disponierend, kontrollierend tätig zu sein, so daß das Ausmaß der wie auch immer beschränkten Dispositionsbefugnis im Arbeitsprozeß, das bei Arbeitern als gruppendifferenzierendes Kriterium benutzt werden konnte, nicht geeignet ist. Angestellte ähnelten noch bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts den öffentlichen Beamten insofern, als beide Berufsgruppen Träger delegierter Herrschaft waren, jene gegenüber den Arbeitern, diese gegenüber den Staatsbürgern. In den Industriebetrieben gehörten während der ersten Phase der Industrialisierung zur Sondergruppe der angestellten Arbeitnehmer¹⁸¹:

Boten
 Buchhalter
 Ingenieure
 Kassierer
 Korrespondenten
 Materialverwalter
 Meister
 Prokuristen
 Registratoren
 Werkführer
 Werkstattschreiber
 Werkstattvorsteher
 Zeichner.

Allerdings hatten Arbeitsteilung und Spezialisierung bald zur Folge, daß die Tätigkeiten vieler Angestellter mehr und mehr mechanisiert und routinisiert wurden, daß der Überblick über den Arbeitsprozeß, dessen Teil sie waren, auch für sie verloren ging und ihre Austauschbarkeit und Kontrollierbarkeit leichter möglich wurde. Während das Versicherungsrecht die Angestelltentätigkeit noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts insgesamt, sofern sie nicht *niedere oder lediglich mechanische Dienstleistungen betraf*, als gehoben und beamtenähnlich qualifizierte, entsprach die Wirklichkeit diesem Bild schon nicht mehr. Gleichzeitig entwickelten sich in der Gruppe der Angestellten vielfältige Anordnungs- und Unterordnungsver-

pflichtungen. *Nach Verdienst und Aufstiegsmöglichkeiten, innerbetrieblicher Stellung und wohl auch Lebenschancen überhaupt nahmen die Unterschiede zwischen verschiedenen Angestelltenkategorien – selbst innerhalb ein und desselben Unternehmens – zu*¹⁸². So bestanden nun zwischen den Angestellten hierarchische Gefälle, wie sie Unternehmer und Angestellte gemeinsam stets gegenüber den Arbeitern reklamiert hatten. *Die im bürgerlichen Deutschland ausgeprägte Sucht, sich durch irgendeinen Rang von der Menge abzuheben, auch wenn er nur eingebildet ist, erschwert den Zusammenhalt unter den Angestellten selber. Sie sind aufeinander angewiesen und möchten sich voneinander sondern. [...] Schon die untersten Angestelltengruppen behandeln sich so, als seien sie durch Welten geschieden. Eine Berliner Zeitung brachte jüngst eine Geschichte, deren Pointe darin bestand, daß sich die Expedientin eines Warenhauses himmelhoch ihrer Kollegin überlegen dünkt, die nur die Verbindung zwischen Lager und Warenausgabe herzustellen hat. So sind auch die Kontoristinnen im Warenhaus gemeinhin geachteter als die Verkäuferinnen [...] Eine Schlucht von stattlicher Tiefe gähnt etwa auch zwischen den technischen und den kaufmännischen Angestellten in der Industrie. Diese traktieren jene [...] mit Hochmut und lassen sie gerne warten wie kleine Kunden; während jene wiederum das Vorurteil hegen, daß nur ihre Arbeit als produktiv gelten dürfe. Daß die Krone der Angestelltenschöpfung der Bankbeamte sei, ist zum mindesten bei den Bankbeamten ein weitverbreiteter Glaubenssatz*¹⁸³.

Die Statusbestimmung der Angestellten wird dadurch erschwert, daß sich die soziale Geltung bestimmter Angestelltengruppen innerhalb von zwei Jahrzehnten grundlegend änderte. Dies war wohl bei Bankangestellten der Fall, die in der Zwischenkriegszeit an Qualifikation und Ansehen einbüßten, und bei Angestellten von Versicherungen, die im Durchschnitt an materieller und Statussicherheit gewonnen haben dürften.

Beim kaufmännischen Personal (Verkäufer und Einkäufer, Reisende und Lagerhalter, Prokuristen und Diplomkaufleute)¹⁸⁴ ging die Spanne von angelernter Arbeit *bis in die Kategorie der großunternehmerisch disponierenden Direktoren*. Im Großhandel beschäftigte Angestellte wurden Anfang der 1920er Jahre folgendermaßen gruppiert¹⁸⁵:

Angestellte in leitenden Vertrauensstellungen

Betriebsleiter
 Abschlußbuchhalter
 Disponenten
 Einkäufer
 selbständige Kalkulatoren

selbständig arbeitende Angestellte

Buchhalter
 Kalkulatoren
 Lagervorsteher
 Erste Verkäufer
 ständige Reisende (Vertreter)

Angestellte für einfachere Arbeiten

Expeditionspersonal
 Fakturisten
 Kontoristen
 Lagerpersonal
 Telephonisten
 Verkaufspersonal

Im Münchener Einzelhandel unterschieden die Tarifverträge folgende Gruppen gewissermaßen höherer, mittlerer und unterer Angestellter:

Bilanzbuchhalter
 Expeditionsleiter
 Hauptkassierer
 Erste Korrespondenten
 Reisende

selbständig arbeitende Buchhalter
 Kalkulatoren
 selbständig arbeitende Materialverwalter
 Stadtreisende Erste Verkäufer

Expedienten
 Hilfsbuchhalter
 Kassierer
 Lageristen
 Verkäufer.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband teilte der Anfang der 1930er Jahre die kaufmännischen Angestellten in folgende vier Gruppen ein¹⁸⁶ und nahm damit eine stärkere Hierarchisierung vor:

Schwierig - verantwortliche Aufgaben

Chefdekorateure
 Disponenten
 Erste Mathematiker
 Hauptkassierer
 Oberreisende
 Personalchefs
 Prokuristen
 Werbeleiter

Selbständige Arbeiten

Erste Archivare
 Erste Beante für Schadensregulierung
 Erste Buchhalter
 Erste Dekorateurs
 Erste Einkäufer
 Filialleiter größerer Betriebe
 Erste Kalkulatoren
 Erste Kassierer
 "Allererste" und fremdsprachliche Korrespondenten
 Reisende für schwierige Verkaufstätigkeit
 Revisoren
 Erste Statistiker

Qualifizierte Tätigkeiten

Zweite Buchhalter
 Zweite Dekorateurs
 Zweite Einkäufer
 Kontokorrentbuchhalter
 Erste Lageristen
 Erste Lohnbuchhalter
 Stenotypisten mit über 150 Silben
 Reisende für einfache Verkaufstätigkeit

Einfache Arbeiten

Buchhalter an einfachen Buchungsmaschinen
 Zweite Expedienten
 Kartothekführer
 Kontoristen
 Kurz- und Maschinenschreiber unter 150 Silben
 Zweite Lohnbuchhalter
 Zweite Verkäufer.

Man sieht: Nach dieser Hierarchie genügt es, um eines Angestellten Rangstellung zu erfahren, nicht, lediglich zu wissen, daß er Einkäufer war. War er "Erster Einkäufer", mochte er sich auf einer Stufe mit Auslandskorrespondenten fühlen, war er "Zweiter Einkäufer", rückte er in bedrohliche Nähe zum Lagerpersonal. Nach Kocka gehörten zur Gruppe der untersten Angestellten darüber hinaus Materialbesteller, Registratoren und Zeichner, allerdings auch die Kalkulatoren, die - nach Speier - hingegen den Werkmeistern noch vorgesetzt waren. Die Stenotypistin ist zu den untersten Angestellten zu rechnen, sowohl was ihre soziale Geltung als auch die Autonomie an ihrem Arbeitsplatz betraf, und mit ihr überhaupt die in den 1920er Jahren stark anwachsende Gruppe der Maschinenangestellten, die Bediener und Bedienerinnen der Buchungsmaschinen (wie der Elliot-Fisher-Maschine), der Rechen- und Schreibmaschinen, der Brieföffnungs-, Frankierungs- und Adrema-Automaten, die Führer der Kartotheken, die Bediener der berühmten Hollerithmaschinen, die Locher und Locherinnen, Sortiererinnen, Registratoren, Schreiber, auch Statistiker¹⁸⁷. *Negativ war diesen Geschöpfen der*

modernen Entwicklung gemeinsam, daß sie nicht, wie die Angestellten im kleinen Betrieb, durch persönlichen Kontakt mit dem Prinzipal als Zugehörige des alten Mittelstandes betrachtet werden konnten, und daß sie ferner nicht, wie die Angestellten im mittleren Betrieb, am Ansehen des Unternehmers teilhatten. Statt dessen befanden sie sich in besonders abhängiger, unsicherer Lage und waren weitgehend proletarisiert.

Wegen der starken Veränderungen im Angestelltenbereich und der Entstehung neuer Berufsbilder wurde die Codierung der im Berliner Gesamtbestand erfaßten Angestelltenberufe eher restriktiv gehandhabt, um voreilige Festlegungen zu reduzieren. Nur relativ wenige Nennungen wurden als die leitender beziehungsweise untergeordneter Tätigkeiten qualifiziert; die größte Zahl der Angestelltenberufe, wo immer Zweifel angebracht sein konnten, wurden vielmehr nicht speziell eingeordnet. So sind die Listen der leitenden und der unteren Angestellten eher zu knapp als zu umfassend ausgefallen.

3.2.4.1 Angestellte in Leitungsfunktionen

Als "leitende" Angestellte wurden diejenigen Haushaltsvorstände codiert, deren Berufsbenennung eine leitende Funktion erkennen ließ¹⁸⁸.

*Abteilungsleiter
Bauführer
Betriebsleiter
Büroleiter
Bürovorsteher, Bureauvorsteher
Fabrikdirektor (Quelle 5: 1927)
Filialleiter
Geschäftsführer
Handelsbevollmächtigter
Ingenieur
Magazinverwalter
Prokurist
Versandleiter
Verwaltungsstellenleiter
Werkführer
Werkmeister*

Erläuterungen

Ingenieure und Werkmeister dürften weitgehend in Konkurrenz zueinander gestanden haben. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts gab es "Ingenieur" als *Sammelbezeichnung für eine gehobene Kategorie qualifizierter nichtmilitärischer Funktionsträger im gewerblich-industriellen Bereich*¹⁸⁹ gar nicht. Im Zuge der Verwissenschaftlichung und Regelung der technischen Ausbildung machte der Ingenieur dem aus der praktischen Werkstattarbeit aufgestiegenen Werkmeister den Platz streitig. *Mit dem Übergang zur methodischen, wissenschaftlichen Vorbereitung der Produktion sind die beiden wesentlichen Berufsfunktionen des Werkmeisters, Leitung und Aufsicht, voneinander getrennt worden.* Die Anleitungsfunktion, welche die Autorität des Werkmeisters anfangs sachlich begründete, *wurde ihm mehr und mehr entzogen und seine vorherrschende Aufgabe wurde es, Aufsicht zu führen*¹⁹⁰. Die Berufe des Werkmeisters und des Werkführers waren also in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts im Wandel begriffen und änderten auch ihre strukturelle Lage im Netz benachbarter und verwandter Tätigkeitsmuster. Statusmäßig konnten sie in Betrieben unterschiedlich lokalisiert sein, ihre leitende Funktion mochte betont, aber auch sehr schwach ausgeprägt sein.

Die Haushaltsrechnungen bezeichneten schon die soziale Stellung im Beruf unterschiedlich. Die diesbezüglichen Angaben in den Quellen wurden, wo sie vorhanden waren, in jedem Fall respektiert und nicht verändert.

Im Gesamtbestand gibt es von Haushaltsvorständen, die als Beruf "Werkführer" angegeben hatten, sechs an der Zahl:

vor 1914

2 *Werkführer* (Quelle 7 und 8), nachträglich als Angestellte codiert, und 1 *Eisenbahnwerkführer* aus Breslau (Quelle 1), FALL 159, nachträglich als mittlerer Beamte codiert.

1920er Jahre (Quelle 5)

1 *Werkführer* bei der Reichsbahn, als Angestellter (!) ausgewiesen (FALL 2679), und

1 *Telefonwerkführer* und 1 *Betriebswerkführer* bei der Reichsbahn, beide beamtet.

Von insgesamt 23 "Werkmeistern" hatten

vor 1914

3 Buchführer als Beruf *Werkmeister* genannt (Quelle 1, 7 und 8). Diese wurden in Angleichung an die Mehrzahl der restlichen Werkmeister als Angestellte codiert.

1920er Jahre

3 *Reichsbahnwerkmeister* als Beamte (Quelle 5)

1 *Werkmeister* als Arbeiter (Quelle 5)

5 *Werkmeister* als Angestellte (Quelle 5)

2 *Werkmeister*, nachträglich als Angestellte codiert (Quelle 9), dazu als Angestellte ausgewiesen (Quelle 5):

städtischer Werkmeister, Werkmeister in Bekleidungsgewerbe, Maschinenbau, Asphaltwerk, Buchbinderei, Färberei und

1 *Schlosser* als Werkmeister.

1937 (Quelle 6)

1 *Werkmeister*, als Angestellter codiert.

Heutzutage wird der Werkführer als eine technische Fachkraft des mittleren Dienstes definiert. Er hat eine handwerkliche oder industrielle Facharbeiterausbildung; ihm sind Arbeitskräfte unterstellt, die er anleitet, anweist, beaufsichtigt und kontrolliert. Mit dieser Merkmalsbeschreibung ist aus heutiger Sicht Grund genug vorhanden, den Werkführer im Sinne der hier verwendeten Taxonomie als Angestellten mit Leitungsfunktion zu bezeichnen. Der Werkmeister hat die Anwesenheit der Arbeiter zu kontrollieren, Fehlzeiten zu melden. Ihm obliegt *die fertigungsentsprechende Einfügung/Umgruppierung der zur Belegschaft gehörenden Arbeitskräfte, Verteilung der Arbeiten auf die Belegschaft unter Berücksichtigung ihrer Eigenart/Leistungsfähigkeit, die Durchsicht von Zeichnungen/Arbeitsunterlagen, Unterrichtung/Beratung der Belegschaft über ihre Arbeitsaufgabe, Beobachtung der Fertigung, Überprüfung der Erzeugnisse, Überwachung der Werkstoffanlieferung [...], Arbeitsvorbereitung, Einhaltung der Liefertermine* und alle damit zusammenhängende Verwaltungsarbeit¹⁹¹.

Die Funktion des Werkmeisters war im späten Kaiserreich ähnlich, ja bisweilen noch bedeutender: *Der Werkmeister ist in einem Betriebe nicht nur Aufsichts- und Vorstandsbeamter, sondern auch erster Facharbeiter, Roh-*

stoffverwalter, Lohnberechner, selbst Annehmer der Arbeitskräfte, in anderen Unternehmungen hingegen beschränkt sich seine Aufgabe mehr oder weniger auf Aufsicht, Abnahme und Prüfung der Arbeit, während für die anderen Leistungen besondere Angestellte eintreten, Ingenieure, Magazinverwalter, ein Lohnbureau, ein Personalbureau usw. ¹⁹² "Werkmeister" und "Werkführer" konnten austauschbare Tätigkeitsbezeichnungen sein¹⁹³, oder man sah Werkführer – auch mit Angestelltenstatus – zwischen Vorhandwerkern und Werkmeister¹⁹⁴. Auch die Besoldungsordnung von 1920 setzte die Werkmeister über die Werkführer (A6 bzw. A5). Werkmeister hatten sich typischerweise *aus dem Arbeiterstand emporgearbeitet*; es war möglich, daß sie wieder *zurücksanken*; manchmal erhielten sie erst in vorgerücktem Alter den Status des Angestellten, gehörten dann jedenfalls zum *gesicherten Fabrikbeamtentum* – wie es noch Anfang der 1930er Jahre hieß. In einem Roman von 1893 wurde der Werkmeister dadurch charakterisiert, daß er – anders als das Personal im Büro – Dialekt sprach. Bei dem Versuch, den Buchhalter wie *seinen Schreiber* zu behandeln, wird er vom Prinzipal zurechtgewiesen und ihm bedeutet, Buchhalter, Kassierer und Werkmeister stünden alle drei auf einer Ebene. Mit ihrem Aufsteigerbewußtsein, durch den Stolz, über die untergebenen Arbeiter verfügen zu können, in ihrer Position als Stellvertreter der Betriebsleitung waren Werkmeister vielgehaßte Leute¹⁹⁵. Über das Zusammenspiel von technischen und kaufmännischen Angestellten in der Konfrontation mit den Arbeitern in der Produktion unterrichtet ein Gespräch mit einem Berliner Metallarbeiter 1933, das Speier wiedergibt:

"Da kommt der Vorkalkulator und läßt von einem Arbeiter das neue Stück zunächst an der modernsten Maschine im Zeitlohn anfertigen. Dieser Arbeiter steckt mit dem Werkmeister unter einer Decke und hat sich als Streber durch Denunziationen beliebt gemacht. Er arbeitet so schnell wie er kann. Von dem ermittelten Zeitlohn werden 10 oder 20 % abgezogen, weil ja im Akkord gearbeitet werden soll. Rücksicht darauf, daß nur die ausgesuchte Maschine die Leistung ermöglicht hat, wird nicht genommen. Und niemand fragt danach, ob sich das Tempo durchhalten läßt, wenn nicht ein Stück sondern hundert geschafft werden sollen. Die Arbeiter erfahren den herausgetüftelten Lohnsatz. Die Arbeiter erklären, es für diesen Lohn nicht machen zu können, weil sie mehr Zeit brauchen, als berechnet ist. Dann kommt der Werkmeister, dann kommt der Zeitnehmer, dann kommt der Kalkulator, dann kommt der Betriebsingenieur, dann kommt sein Assistent, dann kommt auch noch der 'Terminjäger' usw.: Alle stehen eine Weile zusammen und tuscheln. Schließlich wird erklärt: Die Firma kann nur so und so viel zahlen; wenn es nicht geht, muß sie den neuen Auftrag zurückgeben und – Feierabend."

Neben den Angestellten mit abgeleiteter Unternehmerautorität wird mit den Angestellten in Meisterposition eine zweite Gruppe von Angestellten mit leitenden Funktionen unterschieden¹⁹⁶. Es handelt sich um Angestellte unterhalb der Ebene von Betriebsleitern und Werkmeistern, aber über Kolonnenführern und Vorarbeitern. Die soziale Stellung im Beruf lag bei ihnen nicht generell fest, was daran erkennbar wird, daß die Quellen viele Meister als Arbeiter führten, und einen Polier schon mal als Angestellten¹⁹⁷.

Folgende Berufsbenennungen kommen vor:

Backmeister
Färbermeister
Maschinenführer
Modellschreinermeister
Modelltischlermeister
Schachtmeister
Schreinermeister
Schuhmachermeister
Zimmerpolier

In dem Datensatz gibt es insgesamt 5 *Maschinenführer*haushalte; von diesen Haushaltsvorständen sind 3 durch die Quelle als Arbeiter ausgewiesen (Quelle 5: 1927), ein vierter (Quelle 6: 1937) wurde als Arbeiter codiert. Einen Haushaltsvorstand hat die Quelle als Angestellten qualifiziert (Quelle 5, Haushalt 479). *Maschinenführer* dürften hochqualifizierte Metallarbeiter, die eine gewisse Vorrangposition inne hatten, gewesen sein, waren aber nicht Meister¹⁹⁸.

Polier und *Schachtmeister* sind eng verwandte Tätigkeitsmuster. Poliere waren in der Regel in Arbeiterstellung. *Schachtmeister* ist die entsprechende Berufsbezeichnung im Tiefbau; dort war der *Schachtmeister* für die ordnungsgemäße Ausführung der Erdarbeiten zuständig, wie es heutzutage auch der Fall ist. Er führte Aufsicht, konnte Leute einstellen, Lohn auszahlen und vertrat insoweit den Unternehmer¹⁹⁹.

3.2.4.2 Untere Angestellte

Die Angestellten, von denen gesagt werden kann, daß ihre Tätigkeit im weiten Spektrum von Angestelltentätigkeiten mit aller Wahrscheinlichkeit eine untergeordnete war, umfassen 2 Gruppen, erstens Hilfsarbeiter, Diener und Verkäufer, zweitens Gehilfen unter Ausschluß der *Handlungsgehilfen*²⁰⁰. In der ersten Gruppe²⁰¹ kommen folgende Berufsbenennungen vor:

*Kassenbote , Magistratsbote,
Hoteldiener, Kontordiener
Hilfsangestellter
Bürohilfsarbeiter, Kanzleihilfsarbeiter
Schreiber, Schreibhilfe
Verkäufer.*

In der Gehilfengruppe finden folgende Berufsbenennungen ihren Platz:

*Bürogehilfe
Gehilfe
Kassengehilfe, Bankkassengehilfe
Kaufmannsgehilfe
Laboratoriumsgehilfe
Verwaltungsgehilfe .*

3.2.4.3 Nicht näher spezifizierte Angestelltenberufe

Die relativ große Zahl von Angestellten-Berufen, deren Statuscode mit "0" unbestimmt gelassen wurde, kann um so eher in Kauf genommen werden, als die Gesamtzahl von angestellten Haushalten in Berliner Gesamtbestand mit 669 relativ klein ist; die Zahl der Arbeiterhaushalte und der Beamtenhaushalte beträgt demgegenüber 3.374 beziehungsweise 954. Beim gegenwärtigen Stand der datenbankmäßigen Erfassung von Haushaltsrechnungen erscheinen Detailuntersuchungen der Haushaltsbudgetierung in speziellen Angestellten-gruppen ohnehin als nicht aussichtsreich.

Zunächst waren alle Haushaltsvorstände, die als Beruf lediglich *Angestellter* oder *Privatbeamter* angegeben hatten, nicht näher einzuordnen. Es handelt

sich - wie gelegentliche Zusätze zeigen - um kaufmännische, technische, städtische Angestellte, um Angestellte in Banken, Behörden, Gewerkschaften, Verbänden, Versicherungen, in Einzelhandelsgeschäften, im Großhandel, in der Industrie, um Büroangestellte und Kanzleiangestellte.

Apotheker (Quelle 5)
Arbeitersekretär
Architekt, Innenarchitekt (Quelle 5)
Archivar (Quelle 5)
Baukontrolleur
Betriebsassistent
Betriebskrankenkassenführer
Bezirkssekretär
Buchhalter, Behördenbuchhalter, Betriebsbuchhalter, Hauptbuchhalter, Lagerbuchhalter, Lohnbuchhalter
Chemiker
Chorsänger
Dekorateur
Disponent
Einkäufer
Expedient
Gewerbekontrolleur (Quelle 5)
Gewerkschaftsbeamter, Gewerkschaftsführer, Gewerkschaftskassierer, Gewerkschaftssekretär
Handlungsgehilfe
Hilfsmeister (Quelle 5)
Hilfsreferent
Versicherungs-, Oberversicherungsinspektor (Quelle 5)
Kalkulator, Offertenkalkulator
Kassierer (Gewerkschaft, Sparkasse, Wasserwerk), Fabrikassierer, Hauptkassierer
Konstrukteur
Kontorist, Kontoristin
Kontrolleur (Gaswerk, Krankenkasse)
Korrespondent
Kraftfahrer
Krankenpfleger
Laborant
Laboratoriumstechniker
Lademeister (Hafen)
Lagerist
Lagerverwalter
Materialienverwalter
Musiker
Physiker
Posthelfer (Quelle 5)
Probierer (Edelmetallindustrie)
Rechnungsführer
Redakteur
Registrator

Schauspieler
Sekretär (Privatseisenbahn), Obersekretär (Krankenkasse), Kammersekretär (Berufsverein)
Stadtvertreter
Steiger
Techniker, Laboratoriumstechniker, Vermessungstechniker
Vertreter, Reisender
Verwaltungsanwärter
Volkswirt (wissenschaftlicher Hilfsarbeiter) (Quelle 5)
städtischer Werklehrer (Quelle 5)
Werkstattschreiber
Wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Diese Liste enthält Funktionen und Tätigkeiten, die an verschiedenartigen Stellen des betrieblichen Ablaufs zum Einsatz kommen konnten. In erster Linie ist dabei an die Spannung zwischen technischem und verwaltendem Personal zu erinnern, zwei Angestelltengruppen eigener Prägung, mindestens was soziale Herkunft und Ausbildung betraf. Aber auch beim Büropersonal sind erhebliche Unterschiede zu vermuten. Vorerst muß es allerdings eine offene Frage bleiben, ob diese unterschiedliche Platzierung in der Betriebshierarchie Ihr Abbild in Lebensstil und Konsumverhalten der Platzierten fand.

Erläuterungen

Im Büro standen *Disponenten* und *Korrespondenten* sehr hoch in der Hierarchie²⁰². Eine Aufgabe des Disponenten bestand darin, die eingehende Post zu sichten und für die Beantwortung durch den Korrespondenten vorzubereiten. Im Blick auf diese hatte der Disponent eine gewisse Vorgesetztenfunktion. Korrespondenten genossen fast ein höheres Ansehen als Buchhalter, insofern sie über Fremdsprachenkenntnisse verfügten. Die Versetzung in die Korrespondenz-Abteilung wurde gemeinhin als Beförderung gewertet, mindestens im späten Kaiserreich. Korrespondenten stammten in der Regel "aus guter Familie", besaßen Bildung und werden in Romanen als elegante Herren geschildert. In manchen Handelshäusern war ihre Funktion der des Prokuristen nahe, so wie es mit dem Buchhalter in kleinen und mittleren Funktionen der Fall sein konnte. Selbständigkeit und Verantwortlichkeit kennzeichnete ihre Arbeit. Der Erste Korrespondent führte *die gesamte*

Abteilungspost oder bei ausgedehnten Abteilungen die umfangreiche oder schwierige Post einer Unterabteilung und nahm nur bei grundsätzlichen Fragen vorher Rücksprache mit seinem Vorgesetzten, der oft der Abteilungsleiter selbst war. Der Zweite Korrespondent arbeitete nach Anweisung und erledigte den formularmäßigen Briefwechsel ²⁰³.

Auch *Buchhalter* und *Kassierer* waren angesehene Leute, der Kassierer nicht zuletzt deshalb, weil er die Löhne auszahlte. Aber auf die Verwaltung der Kasse beschränkte sich der Aufgabenbereich des Kassierers nicht. Bei einer Firma wie Siemens fungierte er (in den 1860er/1870er Jahren) in kaufmännischen und Verwaltungsfragen als der Gehilfe des Ersten Buchhalters. Den Ersten Kassierer sah man aber noch über dem Buchhalter; er konnte denn auch vor dem Ersten Weltkrieg das stattliche Jahresgehalt von über 4.000 Mark erreichen. *Von den nichtleitenden Büroangestellten gelangt am ehesten ein Bankangestellter in der Pension [!] eines Kassierers zu einem gewissen Wohlstand* ²⁰⁴. Unter den Buchhaltern gab es erhebliche Statusunterschiede. Der Erste Buchhalter leitete im allgemeinen eine Buchhaltungsabteilung oder führte das Hauptbuch (Abschlußbuchhalter, Bilanzbuchhalter oder Oberbuchhalter). Die Titel "Erster Kassierer" oder *Hauptkassierer* bezeichneten dieselbe Tätigkeit: den Bilanzabschluß vorbereiten oder durchführen. Der Erste Buchhalter war oft einfach nur der älteste. Er brachte seine Vorrangstellung auch in seinem Verhalten zum Ausdruck. Einfacheren Büroangestellten trat er mit Weisungsbefugnis gegenüber. Der Zweite Buchhalter arbeitete ebenfalls weitgehend selbständig. Er führte Einkaufsbuch, Kassabuch und nahm Buchungen im Kontokorrentbuch vor und verwaltete in dieser Funktion manchmal auch die Mahnabteilung. *Wo, wie in kleineren Betrieben, einfache Buchführung besteht und die Arbeitsteilung nicht durchgeführt ist, hat die Bewertung des Angestellten unter Berücksichtigung seiner Vielseitigkeit und Bedeutung für den Betrieb zu erfolgen. Unter den hier neu aufgestellten Begriff fallen alle bisherigen Bezeichnungen, wie: Grundbuchhalter, Kontokorrentbuchhalter usw.*²⁰⁵

Der *Registrator* stand in Funktion und Bezahlung unter dem Kassierer²⁰⁶. Er leitete die Briefablage, legte auch selber ab und war für die richtige Ablage verantwortlich. Der *Expedient* leitete das Versandwesen und über-

wachte die Pünktlichkeit der Lieferungen. Er hielt Kontakt mit Spediteuren und Versicherungen, hieß auch selber Erster Spediteur. Er brauchte gründliche Kenntnisse in Speditionstarifen, Zollvorschriften und allen Angelegenheiten der Verfrachtung und Verschiffung ²⁰⁷.

Expedienten, Einkäufer und Vertreter waren Sondergruppen unter den kaufmännischen Angestellten, weil ihre Tätigkeit das innerbetriebliche Geschehen mit der Außenwelt vermittelte. Sie hatten nicht nur im Büro zu sitzen, sondern sich auch oder wesentlich außerhalb der Firma zu bewegen, brauchten Kontaktfähigkeit und Gewandtheit, weniger bürokratische Regelmäßigkeit denn Mobilität und Beweglichkeit. Man könnte erwarten, daß ihr Lebensstil deshalb dem des Kontorpersonals nicht glich. *Einkäufer* waren berechtigt, nach allgemeiner Absprache mit der Geschäftsleitung relativ selbständig Entscheidungen unter Ausnutzung der Marktlage zu treffen. Der Zweite Einkäufer hatte unter Anleitung durch den Ersten Briefwechsel zu führen, Mahnungen zu veranlassen und Verhandlungen zu führen. Erfolgreiche *Vertreter (Reisende)* hatten ein hohes Prestige. In den Augen des Kontoristen ist - wie es in einem Roman von 1914 hieß - der Reisende ein großer Herr. Er selber betrachtet sich als die Stütze der Firma, ist selbstbewußt und blickt auf die Kollegen, die in der Firma am grünen Tische sitzen, herab. Gehobene Reisende hatten fast immer Prokura und brachten es - Ende der 1920er Jahre - auf Monateinkünfte von 1.000 RM. Aber ihre Zahl war gering. Um sich eine solche Stellung zu verschaffen, brauchte der Vertreter einen langen Atem. Die große Mehrzahl verdiente auch mit schwieriger Verkaufstätigkeit zu dieser Zeit kaum ein Drittel davon ²⁰⁸.

Die Berufsbenennungen *Handlungsgehilfe* und *Kontorist* sind in ihrer jeweiligen Bedeutung sehr ungenau. "Handlungsgehilfe" konnte jeder sein, der kaufmännische Dienste verrichtete - ob im Handel oder im Produktionssektor. Korrespondenten konnten "Handlungsgehilfen" genannt werden und ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts bestimmte 1931 Werkstattschreiber als Handlungsgehilfen²⁰⁹. In der Unbestimmtheit dieser Berufsbenennung bleibt der Wandel spezifischer Anforderungen und Wertschätzungen unsichtbar, verlieren sich die Spuren von Prozessen der Dequalifikation und Statusverschiebung. Vielfach waren Handlungsgehilfen noch Vertreter des alten

Mittelstandes. *Diese Gruppe hatte aufgrund ihrer höheren Qualifikation und Chance zur beruflichen Selbständigkeit bis weit in das 19. Jahrhundert hinein eine privilegierte Stellung auf dem Arbeitsmarkt. Im letzten Drittel des Jahrhunderts verschlechterte sich ihre Situation zunehmend, da die Expansion kaufmännischer Tätigkeiten und des Detailhandels zu einem starken Zustrom wenig qualifizierter und auch weiblicher Personen in diesen Beruf führte* ²¹⁰. Kontoristen wurden häufig als "Schreiber", die schematische und mechanische Kontorarbeiten zu erledigen hätten, bezeichnet. Sie waren wohl vielfach in der Buchhaltung beschäftigt. Es scheint so, daß Büroangestellte in mittlerer Position, wie etwa Disponenten, sich ungerne als Kontoristen bezeichnen ließen. Aber die Aufgaben des Kontoristen wurden umso vielfältiger, je kleiner der Betrieb war. Der Begriff ist jedenfalls so vage, daß es auch möglich war, Buchhalter als Kontoristen zu bezeichnen²¹¹. *In einer Stellung liegt dem Kontoristen sowohl die Buchführung wie die Erledigung der Bureauarbeiten für die Reklametätigkeit ob als auch die weitere Rechen- und Schreibarbeit; in einem anderen Unternehmen hingegen werden für diese Obliegenheiten besondere Buchhalter, Propagandaangestellte, Rechner, Schreibmaschinistinnen und so weiter beschäftigt* ²¹².

Zwischen Büro und Werkstatt bestanden herkömmlicherweise Spannungen. Das wirkte sich unter anderem darin aus, daß der Status der im Lager Beschäftigten von den Angestellten im Kontor niedriger bewertet wurde. *Lageristen* waren anfangs zwar in der Regel gelernte Kaufleute, aber die Chance, ins Kontor aufzurücken, wurde kontinuierlich geringer. Der Lagerist hatte die einkommenden Waren auf ihre Richtigkeit, Menge und Güte zu prüfen, sie in den Bestand aufzunehmen, Nachbestellungen zu veranlassen beziehungsweise entsprechende Arbeiten ("Zweiter Lagerist") zu überwachen²¹³. Eine Deklassierung scheinen vor allem die *Werkstattschreiber* erlebt zu haben. Sie waren noch im 19. Jahrhundert keineswegs bloß Schreiber in untergeordneten Positionen (s.o.). Bei Siemens entlasteten Werkstattschreiber den Werkstattdirektor bei der Führung der Lohnlisten, des Akkordbuchs und der Personalbögen der Arbeiter und hießen später "*Rechnungsführer*". Sie bildeten - mit Vorarbeitern, Zeichnern und Boten - eine *Randgruppe im Gefüge der Meisterliste*. Vorarbeiter konnten zu Werkstattschreibern aufrücken. Die Bezahlung erfolgte meistens im Gehalt,

manchmal aber auch im Tagelohn. Die Gehälter reichten um die Jahrhundertwende *mit ihren Spitzen knapp bis zum mittleren Bereich der Meistergehälter*, erreichten die Meistergehälter aber meistens nicht. Kracauer erwähnte die Berufsgruppe der Werkstattschreiber eigens als typisch für jene Angestellte, die zwar *proletarischer Herkunft* gewesen seien, aber um so größeren Wert darauf gelegt hätten, nun als etwas besseres zu gelten. *Die Angestellten sind begreiflicherweise bestrebt, dem Glauben der Arbeiter an ihr überirdisches Wesen keine Schande zu machen. So gewiß sich ein Werkstattschreiber mehr vom Prokuristen als vom qualifizierten Arbeiter unterscheidet, ebenso gewiß rechnet er sich zu den Kollegen des Prokuristen.* Neuerdings werden Werkstattschreiber in die Nähe von Pförtnern und Wächtern gerückt und ihr Aufgabenbereich so beschrieben: Ordnen der Akkordkarten, Nachrechnen der Lohntüten und Prüfen des Aufdrucks der Stempeluhr, Vorarbeit für die Lohnbuchhaltung, Anfertigen von Vermerken über Aufträge und Preise²¹⁴. *Kalkulatoren* nahmen eine unsichere Mittelstellung zwischen Büro und Werkstatt ein (s.o., Abschnitt 3.2.4.1). Es waren oft Arbeiter aus der Produktion, ihre Löhne lagen im Durchschnitt nur wenig höher als die der Hauptmasse der Arbeiter, erst in höherem Alter gelangten sie in Angestelltenposition. Im Büro hatten Kalkulatoren Karteien der Materialpreise zu führen, Materialbezugsscheine und Akkordzettel auszuschreiben, Löhne zu verbuchen und einfache Kalkulationen vorzunehmen. Im Produktionsbetrieb waren sie auch an der Akkordfestsetzung beteiligt und fungierten als Zeitnehmer. Wer sich in dieser Funktion unbeliebt machte – was gewiß kein Kunststück war – hatte im milderen Fall damit zu rechnen, als "Kackulator" tituiert zu werden, es mochten aber auch Schraubenschlüssel durch die Luft fliegen, wenn er die Werkstatt betrat²¹⁵.

Schließlich sind in der Liste der Angestelltenberufe Tätigkeiten genannt, deren Anforderungsprofil und Wertschätzung sich verbessert hat. Dazu gehören der *Chemiker*, der *Laborant*, der *Laboratoriumstechniker*, der *Probierer*. Bei letzteren handelt es sich um technische Assistenten, vormals eher als *intelligente Arbeiter* betrachtet und vom akademisch gebildeten Wissenschaftler zu Hilfsarbeiten herangezogen. Jetzt ist es aber – hieß es Anfang der 1930er Jahre – eine *neue, zwischen den Laboratoriumsarbeitern und*

den akademisch gebildeten Chemikern stehende Schicht von technischen Laboratoriumsangestellten, vergleichbar etwa den fachschulmäßig gebildeten (sog. mittleren) Technikern im Baugewerbe. Als Laborant wurde üblicherweise der Laboratoriumsarbeiter (Arbeiterlaborant) bezeichnet. Im Sinne der Angestelltenversicherung waren es jedoch, besonders nach beendeter Ausbildung, Angestellte. In diesem Fall lief das Gesetz der Realität voraus, wo in der Industrie zuweilen auch ein Chemiker oder Chemotechniker, war er ursprünglich Arbeiter gewesen, auch weiterhin als Arbeiter geführt wurde²¹⁶.

Im Gesamtbestand von Haushaltsrechnungen befinden sich 4 Haushalte von *Steigern*. Sie stammen aus Quelle 5 von 1927, wo sie als Angestellte ausgewiesen sind. Eine genauere Definition des Statuswertes dieser Haushaltsvorstände mußte unterbleiben, weil aus der Berufsbenennung nicht einmal hervorgeht, ob sie unter Tage oder über Tage ("Maschinensteiger" usw.) beschäftigt waren, also als mittlere (Reviersteiger, Hilfssteiger usw.) oder obere Bergbeamte (Obersteiger, Fahrsteiger usw.) oder als "Bergtechniker" anzusehen sind²¹⁷.

3.3 Von Arbeitskräftemustern zu Konsummustern

Wir haben uns in diesem Kapitel, soweit es arbeitsökonomisch vertretbar schien, bemüht, von den einzelnen Berufsbezeichnungen ausgehend, milieu- und tätigkeitsspezifische Merkmale so zusammenzutragen, daß für die quantifizierenden Differentialanalysen in Kapitel 5 auch historisch-qualitative Gesichtspunkte, die gleichzeitig interpretationskorrigierende wie unterstützende Funktion würden haben können, zur Verfügung stehen. Dies mußte geschehen ohne genaue Kenntnis, welche stilmäßigen Momente auch konsumdifferentielle Wirksamkeit entfalten. Solche allererst zu finden, ist ja die Aufgabe vorliegender Untersuchung. In Zukunft müßte ein Prozeß der Rückkopplung zwischen berufshistorischer Milieu- und konsumhistori-

scher Ungleichheitsforschung einsetzen. Das anschließende Kapitel 4 bildet den Übergang zu den Detailanalysen in Kapitel 5 und versucht, die aggregativ verdichtete Struktur der Daten mit den zeitgenössischen Modellen einer Schichtung der abhängig Beschäftigten nach Status- und Standeskriterien zu vermitteln.

4. Zur Klassifikation sozialer Ungleichheit

In Abschnitt 3.2 des vorhergehenden Kapitels wurden Berufe, von der Mikroebene der Einzelhaushalte ausgehend, zu Gruppen von Qualifikationsmustern zusammengefaßt. Es soll nun diese retrospektive Klassifikation von Tätigkeiten Modellen differentieller Lebensführung, die im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts geläufig waren, gegenübergestellt werden (4.1.1). Diese älteren Konzeptionen gesellschaftlicher Ungleichheit waren stark von ständischen Vorstellungen geprägt. Ihnen sind Schichtungsmodelle, die in der frühen Soziologie der 1950er Jahre noch in enger Anknüpfung an konkrete Berufstätigkeiten entwickelt wurden, gegenüberzustellen (4.1.2). Aus entgegengesetzten Blickrichtungen – mit den Augen der Vergangenheit die Gesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts zergliedernd und mit dem Verständnis der Gegenwart die Berufsbenennungen der Quellensprache zu sozioprofessionellen Gruppen zusammenfassend – ergeben sich dann die Berufsgruppen für die differentielle Konsumanalyse in Kapitel 5. In Abschnitt 4.2 wird das Tableau der 15 Berufsgruppen, auf die sich die Analysen von Kapitel 5 beziehen, erläutert.

4.1 Modelle der Klassifikation von Berufen

Wir haben im Ansatz versucht, Tätigkeiten nach Anforderungsprofilen und Sozialmilieus so zusammenzuordnen, daß die Berufsgruppen als *Leistungsklassen*¹ verstanden werden können. Mit den Variablen "Soziale Stellung im Beruf"² und "Qualifikationsniveau"³ konnte die große Zahl authentischer Berufsbenennungen mittels Codierung, wie im Abschnitt 3.2 von Kapitel 3 erläutert, zunächst auf acht sozioprofessionelle Gruppen, u. zw.:

Arbeiter in handwerklichen Traditionen
 industrielle Facharbeiter
 ungelernete Arbeiter
 Angestellte in Leitungsfunktionen
 untere Angestellte
 höhere Beamte
 mittlere Beamte
 untere Beamte,

reduziert werden. Wir fügen die bis 1933 in der amtlichen Statistik übliche Dreiergliederung nach "sozialer Stellung im Beruf"

Arbeiter
 Beamte
 Angestellte

der Vollständigkeit halber an. Die acht sozioprofessionellen Gruppen ergeben sich nach den Erläuterungen in Abschnitt 3.2 aus einer Klassifikation von Berufen, die pragmatisch am vorliegenden Datensatz entwickelt wurde. Sind, so müssen wir fragen, auf diese Weise historisch sinnvolle Aggregate entstanden? Wurden sie denn auch zu der Zeit, aus der die Haushaltsrechnungen stammen, als *Gebilde gleicher Verhaltensweisen, spezifischer Interaktionsdichte oder ähnlicher Wertorientierungen* – kurz: als soziale Klassen⁴ verstanden?

4.1.1 Ältere Modelle der Leistungsklassendifferenzierung

Volksklassen, Berufsgruppen, Wohlhabenheitsstufen, Stände – dies sind die Terme, mit denen um die Jahrhundertwende soziale Ungleichheit beschrieben wurde. Ein Armenpfleger nannte Industriearbeiter und Unterbeamte als typische Beispiele für *Berufsklassen*⁵, Mittelstand und Arbeiterstand andererseits – das waren seiner Meinung nach *Volksklassen* und *Berufsgruppen* zugleich⁶.

Nach Einkommen ergab sich eine andere Gliederung der Gesellschaft. Für die Einkommensschichtung seien, so meinte derselbe Autor, "Steuerstufen" *die klarsten Kennzeichen*. Mit *Steuerstufen* bezeichnete er *bestimmte breite*

Einkommenschichten, insbesondere den *Arbeiterstand* [!]. Aus dem Blickwinkel der Einkommenschichtung waren allerdings Arbeiter und gewisse *andere Leute* gleichzustellen: *Arbeiter, niedere Beamte* und *Angestellte*, alle deren Gesamteinkommen eben *arbeitermässig* sei. Noch Ende des 19. Jahrhunderts herrschte vielfach ein geradezu noch kameralistischer Blick, der, weit davon entfernt, wirtschaftswissenschaftlich im modernen Sinne zu sein, die *Wohlstands- oder Sozialklassen* danach beurteilte, wie stark sie dem Staat zur Last zu fallen drohten⁷:

- III. Klasse. Budgets soweit bemittelter Familien, dass sie zu ihrer Existenz keinerlei öffentlicher Unterstützung bedürfen und im Stande sind, noch etwas für's Alter zu sparen.
- II. Klasse. Budgets wenig bemittelter Familien, welche für gewöhnlich keiner öffentlichen Unterstützung bedürfen, aber auch nichts ersparen können.
- I. Klasse. Budgets ganz unbemittelter (dürftiger) Familien, deren Einkommen zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts nicht ausreicht und die deshalb die öffentliche Wohlthätigkeit in Anspruch nehmen müssen.

Diese beiden Gliederungsprinzipien, nach Stand und nach Einkommen (*Wohlhabenheit*), wurden trotz ihrer Unterschiedlichkeit aus Praktikabilitäts-erwägungen oft gleichgesetzt, obwohl man sah, daß sie sich eigentlich *nicht immer deckten*⁸. So finden wir zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein Schema von *Klassen* nach Jahreseinkommen, die in der Sozialstatistik eine Art Standardgliederung werden sollte⁹:

die Reichen	über 10.000	Mark
die Wohlhabenden	10.000 - 4.000	Mark
die Bemittelten (der Mittelstand)	4.000 - 2.000	Mark
die Wenigbemittelten	2.000 - 1.200	Mark
die Unbemittelten	1.200 - 800	Mark
die Armen	unter 800	Mark

Diese Beträge waren auf durchschnittliche Familiengrößen berechnet. Ein *oberer Hilfsarbeiter* konnte mit 950 Mark rechnen, ein *tüchtiger Dreher nach kurzer Lehrzeit*, der gerade die Mitte der 20 erreicht haben mochte, ca. 2.200 Mark. In Berlin wurden 1.400 bis 1.500 Mark als Minimum für die Führung einer *auskömmlichen, wenn auch knappen Lebenshaltung* in einer vierköpfigen Familie für notwendig gehalten. Arbeiterfamilien waren aber durchschnittlich größer, so daß dieser Betrag erhöht werden mußte. Die

Bewerber für die Königliche Turnlehreranstalt wurden 1904 vom Preußischen Unterrichtsministerium darauf hingewiesen, daß in Berlin *120 M. bei den gesteigerten Wohnungs- und Nahrungspreisen auch bei großer Sparsamkeit kaum mehr für einen Monat ausreichen*, was sich auf 1.440 Mark Jahresausgabe summiert und damit die zitierte *auskömmliche* Lebenshaltung möglich gemacht haben dürfte. Ohne Kleideranschaffungen – meinte ein Leser dieses Avertissements dazu – komme ein Bewerber wohl auch mit 80 bis 90 Mark im Monat aus. Jahresverdienste von 900 bis 1.300 Mark – In Berlin – rechnete Wilbrandt zum *mittleren Durchschnitt*, wo ein *anständiges Auskommen* der Familie kaum möglich gewesen sei. Es gab eine *oberste Arbeiterschicht* mit Jahresverdiensten von 1.500 bis 2.000 Mark. Davon habe – so meinte Wilbrandt – eine Familie auch in der Großstadt leben können, ohne auf Zuverdienst durch Frau oder Kinder angewiesen zu sein; eine Arbeiterfamilie *normaler Größe*, das heißt mit 3 bis 4 Kindern, kam jedoch mit 1.500 bis 1.800 Mark nicht aus¹⁰.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband zitierte in seiner Erhebung von Haushaltsrechnungen Arbeiterkorrespondenzen, in denen versichert wurde, zu einem *einigermaßen anständigen Leben* brauche man 1.800 Mark; um *einigermaßen menschenwürdig zu leben*, mindestens 1.500 Mark jährliches Einkommen¹¹. Der Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands errechnete für das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts als Durchschnitt für das ganze Deutsche Reich ein Existenzminimum von 1.416 Mark, um die *allernotwendigsten Ausgaben* für den Unterhalt einer vierköpfigen Familie bestreiten zu können. Man vergaß nicht, diesem Standard das tatsächliche durchschnittliche Jahreseinkommen eines Bauhilfsarbeiters, 871 Mark, gegenüberzustellen. Aus einigen familienmonographischen Beobachtungen Münchener Haushalte entnehmen wir ergänzend, daß ein wöchentlicher Verdienst von 75 bis 80 Mark, was – bei Vollbeschäftigung – 3.900 bis 4.200 Mark Jahresverdienst entspricht, eine *bessere Lebenshaltung* ermöglichte, wenn höchstens 1 Kind zu versorgen war. Bei entsprechendem *Familiengeist* könne die Lebenshaltung auch noch gehoben werden – eine *gehobene Lebenshaltung*, das hieß: gesundes Wohnen, 3 Zimmer für 4 Personen, *reichliche Kost* und die Möglichkeit zur *Anteilnahme an den Kulturgütern der Gegenwart*. Diesen Standard hielt man auf jeden Fall für erreichbar, wenn

4.500 Mark im Jahr zur Verfügung standen. Mehr als eine *notdürftige Lebenshaltung* dagegen war bei 3 erwerbenden Familienmitgliedern, die zusammen 45 Mark pro Woche, das heißt rund 2.250 Mark im Jahr nach Hause brachten, nicht zu erwarten; an einem Haushalt, wo das Familieneinkommen, ca. 6.200 Mark im Jahr, für 11 Kinder, von denen immerhin 8 erwerbstätig waren, reichen sollte, konstatierte die Fürsorge eine *proletarisch-kulturlose* Lebenshaltung. Schiere *Not* mußte einziehen bei 13 Mark wöchentlicher Einnahme (entsprechend 676 Mark im Jahr) für 2 Personen oder 17 bis 19 Mark wöchentlicher Einnahme (entsprechend 880 bis 990 Mark im Jahr) für 3 Personen; und schließlich war *Unterernährung* zu erwarten, wenn die wöchentlichen Einkünfte für 2 Personen unter 12 Mark blieben, was einem Jahreseinkommen von 600 Mark entspricht¹². Im zweiten Kriegsjahr begegnet uns der Begriff der *Minderbemittelten*¹³; das waren, wie erklärt wurde, Bürger, die jährliche Einkommen bis 3.300 Mark hatten. Vielleicht war diese Zahl aus überschlägigen Berechnungen, die schon ein paar Jahre vor Kriegsausbruch veröffentlicht worden waren, bekannt. Diese Schätzungen hatten die physiologische Zusammensetzung der Verpflegungsration des Marinesoldaten zum Maßstab einer Ernährung, die *alle wichtigen Volksnahrungsmittel in einem recht glücklichen Verhältnis* enthielt (Calwer), genommen; sie ergaben, daß sich in Friedenszeiten nur Mittelstandsangehörige, das heißt Haushalte, die mindestens über 3.000 Mark im Jahr verfügten, eine solche Kost, deren Preis allein sich auf 1.100 bis 1.200 Mark belief, leisten konnten¹⁴. Für den Durchschnitt der ländlichen und städtischen Arbeiterhaushalte war eine solche Ernährung allerdings unerschwinglich.

Diese Nachrichten aus unterschiedlichen Quellen deuten, zusammengenommen, in der Tendenz daraufhin, daß ein familiäres Existenzminimum in der Vorkriegszeit bei 1.200 bis 1.400 Mark lag und daß der *Mittelstand* – versorgungsökonomisch gesehen – keine Mittellage darstellte, sondern ein unteres Niveau, ab dem für Familien erst ein gewisser Bewegungsraum möglich wurde.

Der Begriff "Mittelstand" war, wenn man ihn ökonomisch definierte, so neutral, daß verschiedene soziale Stellungen in ihm Platz fanden: Zum *Mittelstand* konnten mithin Haushalte von Beamten wie von Arbeitern gehören –

lagen ihre Einkünfte nur in der Bandbreite von 2.000 bis 4.000 Mark. Günthers Untersuchungen zur Lebenshaltung des *Mittelstandes* betrafen Haushalte der Vorkriegszeit, u. zw. von Technikern, Bautechnikern, Ingenieuren, Konstrukteuren, Angestellte wie Beamte, die Einkommen zwischen 1.500 und 6.000 Mark hatten. Schmoller steckte die Grenzen noch weiter. Zum *höheren Mittelstand* gehörten seiner Meinung nach diejenigen, die Vermögen im Wert von 6.000 bis 100.000 Mark hatten und zusätzliche Einkommen von 2.700 bis 8.000 Mark¹⁵, zum *unteren Mittelstand* die, die *etwas Vermögen*, ein eigenes Geschäft oder eine *sichere Anstellung* und Einkommen zwischen 1.800 und 2.700 Mark hatten. In jedem Fall hatte indes *technische und menschliche Bildung* hinzuzukommen, *Ehre* und ein gewisser sozialer Rang¹⁶. Rückschauend urteilte Adolf Günther ebenso. Er nannte auch ähnliche Einkommensgrenzen: *Wer im alten Deutschland 50.000 bis 100.000 Mark mobiles Kapital besessen hatte, gehörte den oberen Schichten des Mittelstands an*¹⁷.

Wie sah der *mittelbürgerliche* Haushalt aus, den Henriette Fürth über 2 Jahrzehnte hinweg dokumentierte?¹⁸ Es war die immerhin achtköpfige Familie eines Kaufmanns, der zunächst selbständig, später angestellt war. Die Einkünfte beliefen sich auf 10.000 bis 12.000 Mark, das Vermögen war klein, Ersparnisse waren kaum vorhanden. Die Wohnung bestand aus 7 Räumen, Salon und Badezimmer und kostete 1.500 Mark Miete. Es reichte auch noch für 2 Hausangestellte. Die sorgfältige Körperpflege, die Mitgliedschaft in einem Verein für Bildungsbestrebungen und die Sparsamkeit in der Ernährung, in manchen Monaten *an der Grenze zur Unterernährung*, wurden als typisch hervorgehoben. Für Schmoller wäre dieser Haushalt, schon seinem äußeren Habitus nach, einer des oberen Mittelstandes gewesen. Zum niederen Mittelstand wurde ein gewisser "Karl von K...", Jahrgang 1849, gerechnet, der sich durch die Veröffentlichung seines Haushaltsbudgets eine gewisse Bekanntheit in der älteren Konsumstatistik verschaffen konnte¹⁹. Er war Rentmeister, Handelslehrer, Buchhalter und reisender Versicherungsagent. Trotz aller Klagen über den Niedergang seiner Geschäfte, mit denen er wortreich vor sein Publikum trat – seine Familie konnte gut doppelt so viel wie ein durchschnittlicher Arbeiter ausgeben und sich ein Dienstmädchen leisten!

In einer Studie über Münchener Haushaltsrechnungen wurde die Familie eines Graveurs, verheiratet, 3 Kinder, beschrieben. Das Gesamteinkommen betrug im Jahre 1907 etwas über 1.800 Mark²⁰. Vermögen war nicht vorhanden, dafür Schulden. Aber – und dies war für die Charakterisierung offenbar ausschlaggebend – *Das ganze Hauswesen macht den Eindruck einer guten Führung und kleinbürgerlichen Behaglichkeit*. "Kleinbürgerlich": das hieß hier gerade nicht *Arbeiterhäuslichkeit*; das Attribut war mit *Kulturdasein* verbunden, mit Berufsverein, Bildungsverein, mit Blumen am Fenster, hübschen Möbeln, heller Küche, Nähmaschine, Sofa und Nippsachen. Die Mentalität trennte – quer zur Einkommenslage – soziale Gruppen voneinander, die sich nach ökonomischen Kriterien nicht wesentlich unterschieden. Die *mit Routinesachen befaßten einfachen Angestellten und viele der ohne Gesellen und maschinelle Hilfsmittel arbeitenden, oft am Rande des Elends lebenden Kleinmeister* unterschieden sich in ihrer ökonomischen Lage im 19. Jahrhundert nicht vom Industriearbeiter, *wenn sie sich auch meist in ihrer Selbsteinschätzung vom Proletariat bewußt distanzieren und kleinbürgerliche Verhaltensweisen zu kopieren versuchten*. Auch qualifizierte Facharbeiter konnten eine "kleinbürgerliche Existenz" führen²¹. Fürths Kaufmannshaushalt konnte angesichts des Gesamtzuschnitts seines Konsums nicht als kleinbürgerlich bezeichnet werden. Die kleinbürgerliche Behaglichkeit von Arbeitern, die es zu etwas gebracht hatten, wurde politisch ambivalent interpretierbar; der sozialistischen Arbeiterbewegung war sie allemal verdächtig. Dieser Aspekt der sozialen Wahrnehmung ökonomischer Lagen macht Schichtanalysen zusätzlich diffizil. In die Grauzone politischer Unzuverlässigkeit gerieten während der 1920er Jahre nach Gelgers Beobachtung bestimmte Gruppen von gutbezahlten Arbeitern, vor allem aber Funktionäre der Arbeiterbewegung, die jetzt – was den *Nahrungsspielraum* anging – gehobenen Angestellten und mittleren Beamten glichen, nicht aber was ihre Herkunft und ihre soziale Geltung betraf²².

Mit dem Begriff der Kleinbürgerlichkeit ließ sich die Sammelbezeichnung "Arbeiter" auftrennen, so daß mindestens proletaroiden von *besseren Arbeitern* unterschieden werden konnten. Diese rückten dann bis in die Nähe von Beamten und kleinen Selbständigen: *Unter Arbeiterhaushalt verstehe ich [...] den Haushalt mit kleinen, aber diesseits der Armenpflege stehenden*

Mitteln. In ihm leben Hunderttausende von Nichtlohnarbeitern, vom Tagelöhner und Handlanger [...] bis aufwärts zum niederen Beamten und kleinen Handwerker, deren Haushaltsführung als eine kleinbürgerliche zu bezeichnen sein würde. Bessergestellte Arbeiter und untere Beamte wurden noch in der Haushaltsökonomik der 1950er Jahre gleichgestellt²³. Den so herausgehobenen *kleinbürgerlichen Kreisen* ordnete Grotjahn einen besonderen Kosttyp zu, als dessen - nicht eben ubiquitäre Repräsentanten - er unter anderen die Haushalte eines Solinger Waffenschmieds, eines kalifornischen Goldgräbers und eines Pariser Trödlers anführte²⁴.

Über die Strukturierung der Arbeiterklasse gingen die Meinungen stark auseinander. Das der vorindustriellen Zeit entsprechende Modell unterschied zwischen einerseits Handwerkern v.a. der reicheren und angesehenen Zünfte und andererseits Tagelöhnern und ärmeren Handwerkern²⁵:

höhere Bürger : Bäcker, Fleischer, Schuhmacher usw.

Mittelklasse : wohlhabendere Handwerker, Beamte

niedere Klasse : Maurer, Zimmerleute, arme Handwerker.

Die nur auf ihren Geldlohn angewiesenen und sich in den Großstädten ansammelnden Industriearbeiter erschienen - mindestens von außen - leicht als ein gleichartiger, nicht weiter zu differenzierender Bevölkerungsteil. *Die industriellen Arbeiter bilden im heutigen Wirtschaftsleben eine gesonderte und scharf charakterisierte Arbeiterkategorie [...]. Unter dem Namen [...] werden bekanntlich alle diejenigen Arbeiter zusammengefaßt, welche, meist in größerer Anzahl, an einer gemeinsamen Betriebsstätte vereinigt sind, um sich nach dem Prinzip der Arbeitsteilung und unter Mithilfe von Maschinen an der Massenherstellung wirtschaftlicher Güter zu beteiligen.* Die mechanische Tätigkeit, der geringe soziale Status, die wirtschaftliche Unselbständigkeit, das heißt Lohnabhängigkeit bei formal freiem Arbeitsvertrag wurden als gleichgewichtige Kriterien genannt, um die industriellen Arbeiter als homogene Gruppe von anderen sozialen Gruppen abzuheben²⁶. Mochte diese Gruppe auch deutlich nach außen abgrenzbar sein, konnte sie nichtsdestotrotz nach Innen Differenzierungen aufweisen, so wie es im "Vorwärts" behauptet wurde: *Die Arbeiterschaft ist keine homogene soziale Schicht, im Gegenteil, innerhalb des Proletariats bestehen mehrere soziale Schichten, und die soziale Klüftung gewinnt an Tiefe und Schärfe* ²⁷.

Eine Trennlinie, die auf der Hand lag, war die zwischen gelernt und ungelernt, so sehr daß in einer amtlichen Veröffentlichung der Kriegszeit die gelernten (*gehobenen*) Arbeiter (2.400 bis 3.600 Mark Jahresverdienst) zum *mittleren Bürgerstand* gerechnet wurden²⁸.

Zum "unteren Mittelstand" gehörten – wieder nach Gerloff – *die besseren Arbeiter*, die Angestellten und die kleinen Gewerbetreibenden. Der Titel, unter dem eine Besprechung der Erhebung von Haushaltsrechnungen von 1907 erschien, verriet, daß der Kommentator die Beamten, mittlere wie untere, die neben den Arbeitern die bestvertretene Berufsgruppe ausmachten, allesamt als *kleinen Mittelstand* angemessen beschrieben glaubte. Freie Berufe, Handlungsgehilfen, Privatbeamte und öffentliche Beamte wurden bisweilen zum *intellektuellen Mittelstand* erklärt; aber es mußte natürlich zweifelhaft sein – in späteren Jahren noch stärker als zur Kaiserzeit –, ob es richtig war, beispielsweise Unterbeamte ebenfalls darunter zu fassen²⁹. Wolfram Fischer rechnet zum *unteren Mittelstand* mittlere Grundbesitzer und kleinere Unternehmer, Händler, Kaufleute, Handwerker, Ingenieure und Werkmeister, Arbeiter in den oberen Betriebshierarchien und mittlere und höhere Angestellte und Beamte; nicht aber untere Beamte und Angestellte, ärmere Handwerker und Kleinhändler und die Masse der Lohnarbeiter³⁰. Wir werden unser Augenmerk in den Ausführungen des Kapitels 5 also nicht zuletzt auf die problematische Scheidelinie zwischen unteren und mittleren Beamten und Differenzierungen unter den Arbeitern zu richten haben. Dies stand schon bei den Sozialstatistikern Anfang des 20. Jahrhunderts zur Debatte³¹.

Versuche, soziale Gliederungen mit Hilfe des Mittelstandsbegriffs vorzunehmen, hingen stark vom politischen Standort des Betrachters ab. So wehrte Lederer sich heftig, die Angestellten überhaupt zum Mittelstand zu rechnen, und prangerte an, daß es stets *die konservative Seite* sei, die Wert darauf lege, die Angestellten als den neuen Mittelstand in eine unzutreffende Kontinuität hineinzuzerren³². Der Mittelstandsbegriff implizierte, daß dem Vorhandensein typischer Einstellungen, einer typischen Mentalität ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde. Vor allem wurden ehefeindliche Tendenzen und die ablehnende Haltung gegenüber *Kinderbesitz* namhaft gemacht.

Der bürgerliche (im Unterschied zum bäuerlichen) Mittelstand, nämlich Lehrer, Beamte, Angestellte, *schon vor dem Kriege von neumalthusianischen Motiven geleitet*, gab hier am meisten Anlaß zur Sorge: *Es hing das zweifellos mit dem festen, im ganzen nicht vermehrbaren Einkommen und mit der "Rationalisierung" und "Verstädtlichung" des Lebens und der Lebensauffassung zusammen; diese hing wieder vom Berufe ab* ³³.

Infolge von Weltkrieg, Inflation und technologischen Veränderungen brach der *Mittelstand* in seine Bestandteile, Rentiers und Eigentümer, Beamte, Angestellte, Selbständige und Freiberufler, auseinander. Die Geldentwertung machte die Gemeinsamkeit zwischen Rentiers und Beamten, den zwei Bevölkerungsgruppen, die sich bis dahin stabiler Einkommen hatten erfreuen können, zunichte und viele Rentiers zu verbitterten "Kleinrentnern". Hausbesitzer erlebten die Entwertung ihrer Immobilien. Angestellte waren von Rationalisierungsmaßnahmen und Beamte vom Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung betroffen. Als relativ komfortabel wurde einzig die Lage von Selbständigen in der Vorkriegs- und Zwischenkriegszeit angesehen³⁴.

Der Begriff "Stand" abstrahierte weithin weniger stark vom konkreten sozialen Milieu als der Begriff "Mittelstand". Aus einer Aufzählung bei Gerloff³⁵ geht hervor, was nach dessen Ansicht zu seiner Zeit ein Stand war. Er nannte in dieser Reihenfolge:

*Großkaufleute und Großindustrielle
Rechtsanwälte, Ärzte usw.
Kleinkaufleute
Ladenbesitzer
höhere Lehrer
höhere Beamte
Großgrundbesitzer und Großpächter
Rentner und Pensionsempfänger
kleine ländliche Industrielle
Volksschullehrer und kleine Beamte
selbständige Handwerker
Arbeiter.*

In derart konkreter Bezogenheit auf Funktionen und Tätigkeiten war die Zahl der "Stände" ad libitum vermehrbar, so tauchte an anderer Stelle ein *Stand der Gastwirte* auf. Da es hier nun nicht um den Begriff Stand als solchen und seine Geschichte, sondern um die Frage geht, in welcher Weise

Berufsteilungen als soziale Teilungen empfunden wurden, muß an dieser Aufstellung vor allem hervorgehoben werden, daß höhere Lehrer und höhere Beamte als separate Gruppen erscheinen, daß Volksschullehrer und kleine Beamte zusammengefaßt sind, daß selbständige Handwerker sowohl von Arbeitern als auch von Ladenbesitzern und Kleinkaufleuten separat gehalten sind, daß die Gruppe der Arbeiter nicht weiter differenziert wird und daß Angestelltenberufe ganz fehlen. Als die *sogenannten besseren Stände* wurden zusammengefaßt³⁶:

Kaufleute und Bankiers,
Fabrikanten,
höhere Beamte,
Rentiers.

Der *gute Durchschnitt der handarbeitenden Klassen* ließ sich in zwei Gruppen unterteilen, erstens:

Industriearbeiter,
städtische Arbeiter,
Bergleute,

sogar Tagelöhner wurden hier genannt; die zweite Gruppe, offenbar den "besseren" Durchschnitt, sah man *bis in den Mittelstand hinein* reichend:

Handwerker,
Unterbeamte.

Bis in die Weltkriegsjahre spielten *Herkommen, soziale Stellung und Standesanschauungen* ihre Rolle. Dies behaupteten die Kommentatoren einer amtlichen Untersuchung von Haushaltsrechnungen und erklärten so die Differenzen in der Höhe der gezahlten Mieten, für deren soziale Abhängigkeit sie hinreichend Belege sahen. Es dürfte dies aber auch noch für die Zeit danach und für andere Bereiche des Konsums gelten. So gab es augenscheinlich mindestens zwei sozial verbindliche Anspruchsniveaus, was z.B. den erstrebten Wohnstandard betraf, einen Geschmack der einfachen Leute und einen gehobenen³⁷. *Die besseren Leute* seien – wie man noch während der Kriegsjahre einräumte – infolge ihrer Stellung gezwungen, eine größere oder in besserer Gegend gelegene Wohnung zu nehmen. Dies waren:

*der höhere Beamte,
der bessere Kaufmann,
der Ingenieur und
der mittlere Beamte.*

Von den niedrigeren sozialen Gruppen wurden solche wählerischen Konsumentscheidungen nicht erwartet. Hier wurden wieder Unterbeamte und Arbeiter in einem Atemzug genannt. An folgender Rangfolge, die Ende der 1920er Jahre aufgestellt wurde:

Privatbeamte
 Lehrer
 Hausbesitzer
 gewerbliche Unternehmer und
 selbständige Kaufleute
 mittlere Beamte
 kaufmännische Angestellte
 Maschinenmeister, Werkmeister
 Handwerksmeister
 Gastwirte, Landwirte
 niedere Beamte
 gelernte Arbeiter
 Diener, Kutscher und Hausmeister
 ungelernte Arbeiter und Tagelöhner

fällt vor allem wieder die Trennung zwischen Lehrern und mittleren Beamten, mittleren Beamten und unteren Beamten, ungelernten Arbeitern und gelernten Arbeitern und die Nähe letzterer zur Gruppe der unteren Beamten auf³⁸.

Der nach Berufsmilieus unterscheidende Blick wurde im Laufe der Zeit sukzessive unschärfer, ohne daß der Begriff "Stand" freilich ganz verschwunden wäre. In der Literatur, die auswertend Schlußfolgerungen aus Budget-Material zu ziehen versuchte, verblaßte der Gesichtspunkt sozialer Unterschiede im Konsum ebenfalls. Im Bereich der Wohlfahrtsfürsorge, bei der Frage um die Festlegung eines Existenzminimums stritt man allein noch im Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit für Differenzierung bei bestimmten Aufwendungen mit dem Argument ständischen Herkommens: Zur Befriedigung des Bedürfnisses nach Obdach genüge dem Arbeiter die bloße Mutter Erde, *der Invalidenrentner hat vielleicht eine Wohnküche zu bezahlen, ein verarmter, ehemals begüterter Rentner dagegen muß die Miete für eine große Wohnung aufbringen*³⁹. 1930 verwendete Lütge den Begriff noch und bezeichnete als die *drei wichtigsten Berufsgruppen (Stände)*⁴⁰ die Arbeiter, die Angestellten und die Beamten.

4.1.2 Neuere Modelle sozioprofessioneller Differenzierungen

Neben den Unterteilungsprinzipien nach Einkommensklassen und nach Ständen und neben dem Schema der Dreiteilung einer Gesellschaft, als deren tragender Kern der Mittelstand angesehen wurde, gab es schon im Kaiserreich Schichtmodelle, um von der Nähe und Ferne beruflich definierter Gruppen zueinander eine Vorstellung zu vermitteln. Je nach Autor schwankte die Zahl der angenommenen Schichten, nicht einmal alle wichtigeren Berufe wurden einer Schicht zugeordnet, oder die Schichten waren so unscharf gefaßt, daß eine Zuordnung von Berufen diffus bleiben mußte. Trotzdem ergeben sich wieder bereits bekannte Verknüpfungen⁴¹. Die Zuordnungsregel zu einem Schichtungsmodell aus der Vorkriegszeit führte zu folgendem Bild:

bürgerliche Schicht:	Privatbeamte und Lehrer
kleinbürgerliche Schicht:	mittlere Beamte, kaufmännische Angestellte, Maschinen- und Werkmeister
höhere Arbeiterschicht:	niedere Beamte, gelernte Arbeiter, Diener, Kutscher und Hausmeister
niedere Arbeiterschicht:	ungelernte Arbeiter, Tagelöhner.

In der Mittelschicht oder - etwas vager - in den *mittleren Schichten* wurden stets die mittleren Beamten und *mittlere* Handels- und Gewerbetreibende lokalisiert, in den *niedrigen Bevölkerungsschichten* Handwerker sowie Arbeiter und untere Beamte. Zur "oberen Mittelschicht" rechneten gewöhnlich die höheren Beamten, zur "unteren Mittelschicht": *Handwerker*, untere Beamte, Lehrer, kleine Kaufleute (Kocka), *selbständige Handwerker*, mittlere Beamte und mittlere und untere Angestellte sowie Gastwirte und Einzelhändler (Kaelble) oder: *Handwerker*, mittlere Beamte, Kaufleute, Volksschullehrer (Titze), schließlich auch das *Kleinbürgertum* (Herrlitz). Nach Ringer bestand "die deutsche Mittelschicht" in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus relativ wohlhabenden Ladenbesitzern, unabhängigen Handwerkern, Postinspektoren und Volksschullehrern. Bei Lehrern ergibt sich speziell die Frage, ob das gemeinsame Merkmal der unterrichtenden Tätigkeit gruppenbildend gewirkt hat oder ob die laufbahnmäßig geschützte Hierarchie stärker durchschlug. Die soziale Stufenleiter der ästhetischen Wahrnehmung, wie Bourdieu sie entworfen hat, trennt Lehrerberufe voneinander und das *neue Kleinbürgertum* sowohl von den unteren Angestellten als auch von den kleinen Geschäftsleuten⁴²:

Gymnasial- und Hochschullehrer
 Volksschullehrer und Techniker
 Angehörige der herrschenden Klasse
 Angehörige des neuen Kleinbürgertums
 untere Angestellte, mittleres Verwaltungspersonal
 Handwerker und kleine Geschäftsleute
 Arbeiter, Dienstpersonal.

Aber die Verhältnisse im Frankreich der 1970er Jahre sind schwerlich denen des Deutschen Reichs zur Kaiserzeit oder der Weimarer Republik überzustülpen. Lundgreen unterscheidet nach dem Bildungsverhalten drei Gruppen, unter anderem a) höhere Beamte (gymnasiale Bildung), b) mittlere Beamte und *Groß- und Kleinbourgeoisie* (Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule) und c) Angestellte, untere Beamte und Arbeiter (Oberrealschule, Realschule). Innerhalb der "Unterschicht" werden gewöhnlich die gelernten Arbeiter zusammen mit den unteren Beamten als obere Unterschicht von den ungelernten Arbeitern, die die untere Unterschicht bilden, getrennt, bzw. zusammen mit unselbständigen Handwerkern, Steigern und Meistern⁴³ zur "Arbeiterelite" zusammengefaßt.

So diffus mithin alle Versuche, die den Beobachtern bis zu einem gewissen Grade selbstverständlich erscheinenden sozialen Grenzziehungen nach Klassen, Ständen oder Schichten an bestimmten Tätigkeitsmustern zu kondensieren, vielfach geblieben sind, so stellen sich uns doch wiederholt bekannte, "strategische" Berufe dar: im Unterschied zu dem massenhaft in Erscheinung tretenden der "gehobene" oder "gewerbliche" Arbeiter, der untere Beamte, der Angestellte⁴⁴, der mittlere bzw. höhere Beamte und der Lehrer. Zwischen diesen zieht Theodor Geigers gleichermaßen logisch strenge wie empirisch fundierte Systematik die aus den Möglichkeiten sozialer Kontaktaufnahme zwischen den Klassen sich ergebenden Verbindungslinien⁴⁵. Er hatte *Industriearbeiter mit Spitzenqualifikation* zusammen mit *Teilen der Handwerksgesellen auf den Block der höher qualifizierten Leistungen übertragen* und fuhr fort: *Sie stellen zugleich den Übergang zu den angestellten Meistern und Aufsehern her. Diese wiederum bilden durch ihre persönliche Berufsherkunft aus der Industriearbeiterschaft eine Masse, die nach sozialer Stellung und Tätigkeitsart dem technischen Angestelltentum, nach Lebensduktus und Mentalität der Industriearbeiterschaft vom handwerklichen Typus nahesteht.*

Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen unserem aus den Quellen induktiv entwickelten, in Kapitel 3 dargestellten System von Berufsgruppen und neueren Modellen, die unter Berücksichtigung von Qualifikation und Berufsausübung soziale Segmentierungen abzuleiten versuchen? Ansätze, die Mikrostrukturen sozialen Verhaltens auf gesellschaftsstrukturelle Differenzierungslinien zwischen *occupational groupings* im Sinne sozialer Klassen ausweiten, sehen sich angesichts der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft der Bundesrepublik der Frage gegenüber, ob mit der Auflockerung beruflicher Verbindlichkeiten, die vordem in der Tendenz auf Lebenslänglichkeit angelegt waren, der Beruf noch eine tragfähige analytische Kategorie darstellt. Wir wollen diese Frage hier jedoch nicht weiter verfolgen. Für Untersuchungen sozialer Unterschiede im Konsum zu Beginn des 20. Jahrhunderts sind die Ansätze der Schichtsoziologie, wie wir sehen, schon deswegen lediglich von begrenztem Wert, weil sie stets nur wenige, vielfach nicht einmal typische Berufe als Vertreter der Mikroebene auf die Makroebene sozialer Ungleichheitsstrukturen übersetzen. So können sie allenfalls zur zusätzlichen Orientierung bei dem hier gewählten Verfahren dienen, Berufsgruppen von der Ebene einzelner Berufe, in der Form von Berufsbenennungen faßbar, additiv aufzubauen.

Die zehn *occupational groupings*, die die ältere Schichtungssoziologie für die Bundesrepublik entwickelt hat⁴⁶, enthält sowohl Gruppen, für die Haushaltsrechnungen im *Berliner Gesamtbestand* gar nicht vorliegen (Nr. 1, 6 und 7), und charakterisiert andere (Angestellte, Beamte) nicht treffsicher genug:

1. Freie Berufe
2. Beamte mit Bürotätigkeit
3. Beamte mit anderen Tätigkeiten
4. Angestellte mit Bürotätigkeit
5. Angestellte mit anderen Tätigkeiten (Verkäufer, Vertreter)
6. Selbständige
7. Bauern
8. nicht selbständige Handwerker
9. Facharbeiter
10. andere Arbeiter, Landarbeiter.

Ende der 1950er Jahre wurde für die Entwicklung der SSE-Skala⁴⁷ noch einmal große Mühe auf den Versuch, soziale Distanzen zwischen Berufen festzulegen und damit auch den Ort durch Berufe definierter sozialer Schichten genauer

 Projektion der Berufshierarchie der SSE-Skala auf die Berufe des Berliner Gesamtbestandes

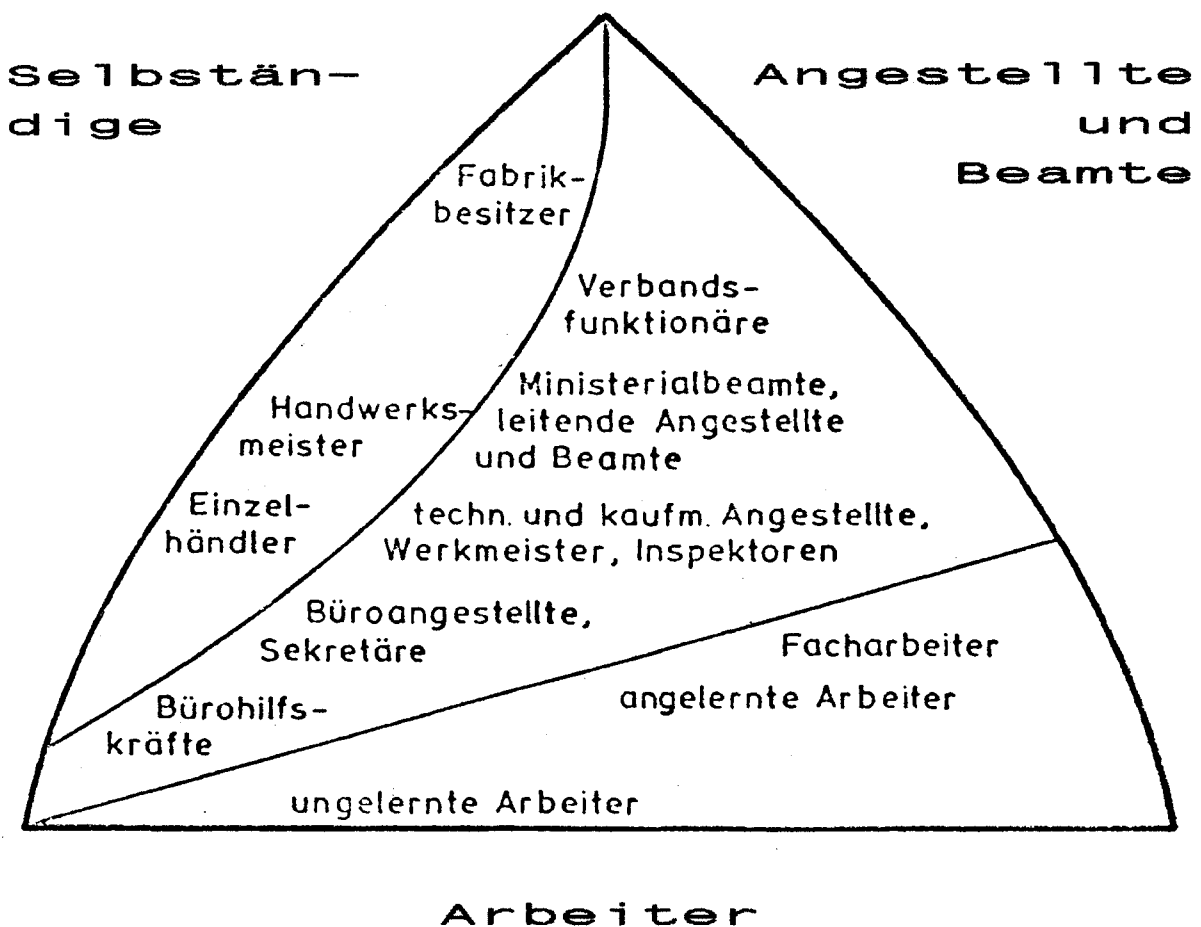
Schicht	Berufsbenennung, typischer Beruf
O Oberschicht	(Oberlandesgerichtspräsident:) Amtsgerichtsdirektor, Landgerichtsdirektor Universitätsprofessor
OM obere Mittelschicht	(Oberschuldirektor:) Schuldirektor Staatsanwalt
MM mittlere Mittelschicht	Apotheker Prokurist = Bürovorsteher Ingenieur Kanzleivorsteher = Abteilungsleiter Kriminalinspektor Regierungsinspektor = mittlerer Beamter Versicherungsinspektor
UM untere Mittelschicht	Buchhalter Feinmechaniker Kaufmännischer Angestellter Malermeister Maschineneinrichter Maschinenführer, Maschinenmeister Polier Postsekretär Schneidermeister Sparkassen-, Verwaltungsangestellter Vorarbeiter Werkmeister = Industriemeister (Werkstattdirektor:) Werkstättenführer (technischer Zeichner:) Zeichner
OU obere Unterschicht	Autoschlosser Bäckergeselle Briefträger, Postbote, Postschaffner Eisendreher, Dreher Eisengießer Elektromonteur Fräser Kellner Krankenpfleger Maschinenschlosser Metzgergeselle Polsterer Schlossergeselle, Schneidergeselle Stanzer
UU untere Unterschicht	Arbeiter (Asphaltierer:) Asphaltarbeiter Bauarbeiter Forstarbeiter Gärtnergehilfe Lagerarbeiter (Zementmischer:) Steinbrucharbeiter Straßenbauarbeiter
SV sozial Verachtete	(Kanalisationshilfsarbeiter:) Kanalarbeiter Tagelöhner Müllabfuhrarbeiter, Straßenreiniger, -kehrer (Steinbruchhilfsarbeiter:) Steinbrucharbeiter

zu bestimmen, verwendet. Darin, daß die Erfragung der subjektiven Selbst- und Fremdbilder das einzige Instrument bei der Konstruktion der Skala war, fiel dieser Versuch allerdings noch hinter Geigers Ansatz zurück. Viele der von der Forschergruppe überprüften Berufsbenennungen kommen nun im Berliner Gesamtbestand vor. Sie galten demnach nur 20 Jahre nach der letzten großen Erhebung von Haushaltsrechnungen, die Teil des Berliner Gesamtbestandes geworden ist, als für die betreffende soziale Schicht typische Berufe. "Schichttypisch" bezieht sich dabei nicht nur auf die soziale Selbsteinstufung der befragten Berufszugehörigen, sondern auch auf die Fremdeinschätzung der genannten Berufe, die damals ein Hilfsmittel bei der Validierung der Skala war. Die Unterscheidung nach industriellen und nicht-industriellen Berufen und die Duplizität der Listen, die entwickelt wurden, damit das Instrumentarium für ländliche Regionen und für Städte anwendbar war, sind in der obigen Übersicht (S. 209) der Einfachheit halber weggelassen. In Klammern stehen die SSE-Berufe, die so nicht im Gesamtbestand vorkommen; hinter Doppelpunkt folgen Berufsbenennungen, die stattdessen einzusetzen unproblematisch erschien. Mit Gleichheitszeichen sind jene Berufsbenennungen verknüpft, die im Zuge der Validierung der Skala seinerzeit gegeneinander ausgetauscht wurden.

Auch Daheim maß soziale Ungleichheit am Kriterium sozialen Prestiges. Doch die Platzierung einzelner Berufe in seiner Untersuchung⁴⁸ wich in vielen Fällen von der SSE-Skala ab. Als typischer (!) Beruf der Mittelschicht ("*Mittelstand* ") wurde *Bilanzbuchhalter* festgelegt. An der *Untergrenze* der Mittelschicht standen bei Daheim der *Schneidermeister* und der *Werkmeister*, während auf der SSE-Skala der Werkmeister in der Wertschätzung höher stand. Der *Feinmechaniker*, in der SSE-Skala: untere Mittelschicht, taucht – zusammen mit *Bahnarbeiter*, *Dreher*, *Zimmermann* – als "Unterschicht"beruf (*Arbeiter*) auf. Verkäufer im Lebensmittelgeschäft und Schalterbeamte bei der Post wurden teils als Mittelschicht-, teils als Unterschichtberufe rubriziert. Zwar noch in der Mittelschicht, aber *fast schon* in der Oberschicht standen Lebensmitteleinzelhändler, Lehrer und Stadtinspektor. Teils zur Mittelschicht, teils zur Oberschicht wurden Bauunternehmer, Diplom-Ingenieure (nach SSE vermutlich "Mittelschicht") und Pfarrer (im Gesamtbestand 1 Haushalt) gerechnet. Typische Oberschicht-

berufe waren Arzt, Regierungsrat, höherer Beamte, *mittlerer* Unternehmer und Freiberufler. Zur Korrektur dieser und anderer Ansätze, die strukturierte soziale Ungleichheit in der Berufswelt einzig durch das Merkmal des Berufsprestiges zu beschreiben, und offenbar durch die Bundestagswahl 1961 wurde ein kombinierter Gliederungsindex aus den drei Merkmalen Einkommen, Prestige und Qualifikation entwickelt⁴⁹. Dieser ergab ein Bild von der Gliederung der Gesellschaft der frühen Bundesrepublik, das wir bei Hartfiel als *Schichtenmodell der bürgerlichen Industriegesellschaft*⁵⁰ wiederfinden [Diagramm 4.1.2(1)]. Diese Veranschaulichung vereinfacht jedoch insofern,

Diagramm 4.1.2 (1): Das Schichtenmodell der bürgerlichen Industriegesellschaft nach dem Kriterium der "Sozialen Stellung im Beruf" (nach Hartfiel)



als sie die Zweiteilung der Gesellschaft in 1 Bevölkerungsdrittel "oben" und 2 Bevölkerungsdrittel "unten", wobei Vollerwerbstätigen aufgrund ihres Arbeitseinkommens als wirtschaftlich benachteiligt zu gelten haben, nicht zu erkennen gibt. Das "vertikale Mosaik" ungleicher Zugangs-, Aufstiegs- und Gratifikationschancen ist angemessener durch die Figur einer Zwiebel dargestellt⁵¹. Deren äußere Form umreißt *die nahezu starre "Haut" der gesamtgesellschaftlichen Schichtungs- und Ungleichheitsstruktur, deren Konturen sich über einen langen Zeitraum hinweg als relativ konstant erwiesen haben*. Die "longue durée" strukturierter sozialer Ungleichheit ist für uns ein wichtiger Gesichtspunkt, der mit den Ungleichheitsmodellen der Soziologie der frühen Bundesrepublik an die Stände- und Schichtsysteme der Vorkriegszeit anzuknüpfen gestattet. Allerdings sind die neueren Ansätze für uns nur von begrenztem Wert, da sich die "Zwiebel" im Gegensatz zu der von uns verfolgten Methode nicht von der Mikrostruktur der Berufe her aufbaut, sondern immer schon aus Bevölkerungsteilen, für die Kreckel und Mitarbeiter schon gar keine "typischen" Berufe mehr benannten, zusammengesetzt ist. Mit einem Teil der *gelernten Arbeiter ohne Aufsichtsfunktion*, mit den *Vorarbeitern, Polierern, Meistern*, mit den Angehörigen der *mittleren Vorgesetztenebene* und mit dem größten Teil der Beamten reicht der Berliner Gesamtbestand in die sozioökonomisch komfortablen Lagen des oberen Gesellschaftsdrittels von Kreckels Modell hinein. Wir haben daher die Figur, die Hartfiel wiedergibt, weiter vereinfacht und darin nur die Berufe belassen, die im Berliner Gesamtbestand vertreten sind. Wenn wir diese Berufe, die stellvertretend für soziale Schichten genannt werden, in der horizontalen statt auf der vertikalen Achse der "sozialen Stellung im Beruf" lesen, erkennen wir z.B. Bürohilfskräfte (im Gesamtbestand *Bürohilfsarbeiter*) gleichgestellt mit ungelernten und angelernten Arbeitern und Facharbeiter mit qualifizierten Büroangestellten. Die graphisch andeutbaren Äquivalenzen sind allerdings nicht durch berechnete Distanzmaße präzisiert.

Der kursorische Überblick über ältere wie neuere berufsklassifikatorische Modelle bestätigt, daß sich im Berliner Gesamtbestand eine breite Skala sozialer Positionen wiederfindet. Allerdings sind die Ränder sowohl nach oben (das heißt die Oberschicht in der Person von Amtsräten und -direkto-

ren, allenfalls einschließlich Inspektoren) als auch nach unten (Tagelohnarbeiter, "sozial Verachtete" beziehungsweise "niedere Arbeiterschicht") nur schwach vertreten. Den überwiegenden Teil der Haushalte könnte man, versorgungsökonomisch gesehen, zum unteren Bereich des "Mittelstandes", wo der materielle Druck schierer Existenzsicherung nachzulassen begann, rechnen. Mentalitätssoziologisch wären die meisten Haushalte als "kleinbürgerlich" zu bestimmen, soweit es sich um "bessere Arbeiter" und mittlere Beamte handelt, als "bürgerlich" gar, soweit es um Lehrerhaushalte geht. Schichttheoretisch gesprochen, ist vorwiegend die untere Mittelschicht und die obere Unterschicht vertreten, also vom mittleren Beamten bis zum gelernten Arbeiter, die obere Mittelschicht nur insofern, als man zu ihr die mittlere gehobene und höhere Laufbahn der Beamten rechnet. Unentschieden bleibt vor allem erstens das Verhältnis zwischen Beamten und der beamteten Teilgruppe der Lehrer, zweitens das zwischen unteren und mittleren Beamten und "besseren Arbeitern".

4.2 Das Grundmuster differentieller Berufsgruppen im Berliner Gesamtbestand

In den älteren berufsclassifikatorischen Ansätzen war selbst dort, wo das ökonomische Merkmal des berufsmäßig erworbenen Einkommens ein großes Gewicht beanspruchte, für die Klassifikation stets auch ein System sozialer Segmentierungen impliziert. Sie blendeten Tätigkeitsmuster, Elemente der Lebensführung und Aspekte des gesellschaftlichen Status ineinander. Früher wie heute bleibt allerdings die Verknüpfung zwischen den einzelnen Berufen und den sozialen Konstrukten empirisch wenig elaboriert. Das heißt, im Detail ist oft nicht anzugeben, welche Berufe welcher Schicht zugehören sollen. Selbst Modelle, die solche Verknüpfungen explizit enthalten, haben sich für die Strukturierung unseres Datensatzes als wenig hilfreich erwiesen, weil sie regelmäßig erheblich weniger Berufe nennen, als dort vorkommen.

Die Variablenstruktur des Berliner Gesamtbestandes bietet allerdings genug Flexibilität, um an ältere Klassifikationen, vor allem an Geigers Strukturanalyse, anzuknüpfen, ohne neuere Schichtungsmodelle zu ignorieren. Wir haben die eingangs (s.o. S. 194) genannten 8 sozioprofessionellen Gruppen⁵² deswegen um "Lehrer" und eine Gruppe zwar nicht leitender, aber "höherer" Angestellter ergänzt, neben der Unterscheidung gelernt / ungelernt eine Unterscheidung nach Handwerk und Industrie eingeführt und - explorativ - 3 übergreifende Gruppen, Qualifizierte und nicht qualifiziert Tätige sowie eine "Aufstiegsschicht", angefügt, so daß insgesamt 15 Berufsgruppen im folgenden Kapitel auf differentielle Unterschiede im Konsumverhalten abgeklopft werden können. Teile des "kleinen Mittelstandes", mittlere Beamte, untere Beamte und Lehrer, Berufsgruppen, die als separate "Stände" gelten konnten, sind jetzt im Datensatz isolierbar. Die "besseren Arbeiter" fließen entweder, im engeren Sinn definiert, der Gruppe der gelernten Industriearbeiter oder der handwerklich und mit großer Wahrscheinlichkeit in Milieus traditioneller beruflicher Sozialisation ausgebildeten Facharbeiter und deren Gehilfen zu oder - im weiteren Sinn - der Kategorie der qualifizierten Arbeiter überhaupt. Industriearbeiter und "Handwerker" sind als homogene Berufsgruppen faßbar.

Das Tableau dieser Berufsgruppen wird im folgenden erläutert. Mit ihm versuchen wir, einem zentralen Element des strukturalistischen Programms in der Weise gerecht zu werden, daß die Berufsgruppen in ein Netz gegenseitiger Inklusions- und Oppositionsbeziehungen eingehängt sind. Der Methode des kontrastierenden Vergleichs wurde auch in Kapitel 5, das die einzelnen Auswertungen enthält, zu folgen versucht. Mit unseren Berufsgruppen können wir über die Dreigliedrigkeit der Unterteilung nach der "sozialen Stellung im Beruf" hinausgehen. Doch soll zunächst diesem traditionellen Kriterium gefolgt und ein Blick auf die Zusammensetzung des Datensatzes geworfen werden. Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenhaushalte sind im Berliner Gesamtbestand⁵³ je nach Erhebungszeitpunkt verteilt, wie die Grundauszählung in Tabelle T.4.2(1) zeigt.

Daß Arbeiter am stärksten vertreten sind, entspricht den Zielsetzungen, die die Erhebungsorgane in der Regel hatten, und den Wegen, auf denen

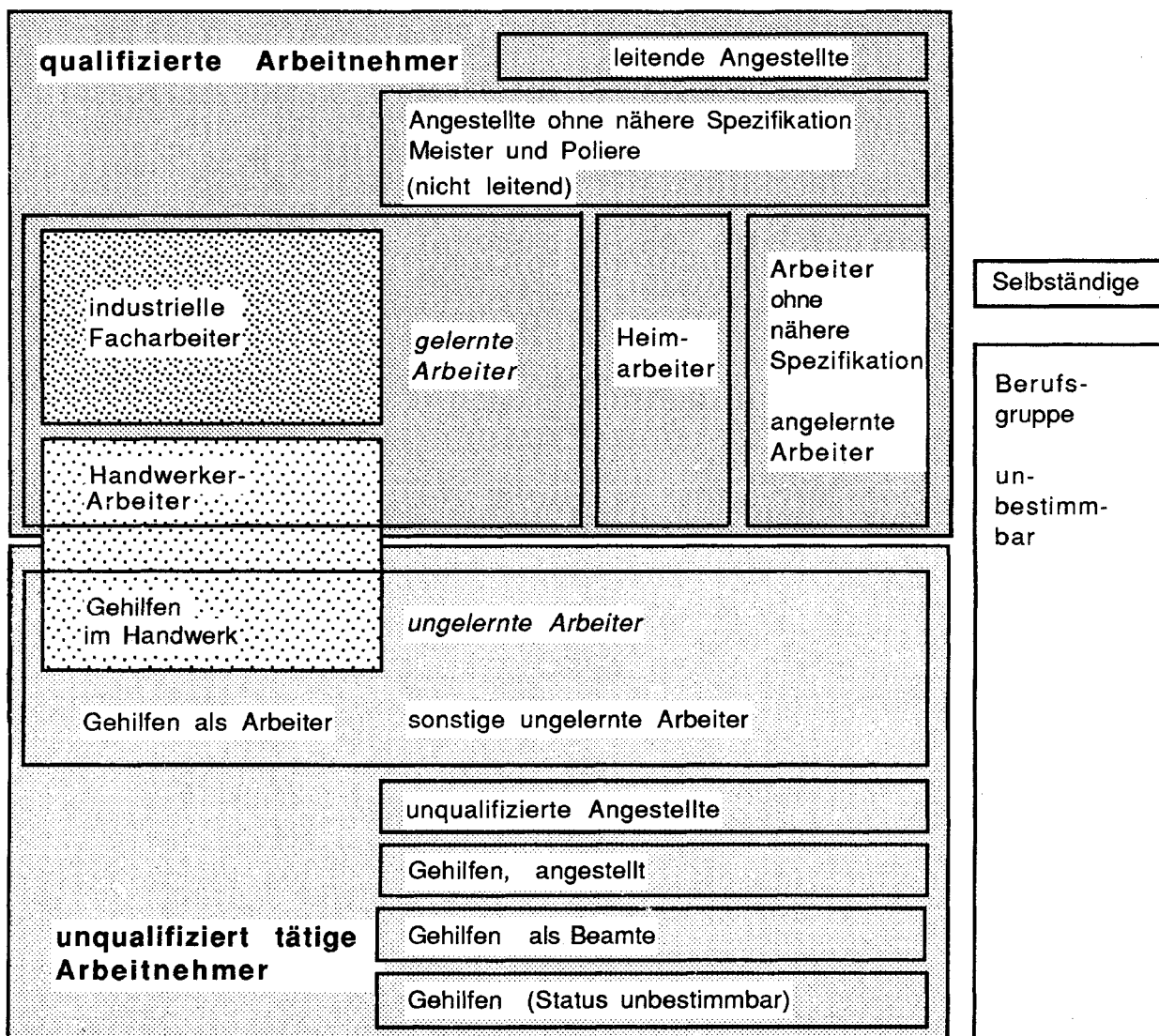
die Buchführer gewöhnlich zur Mitarbeit gewonnen wurden (über Arbeiterorganisationen und durch die Unterstützung seitens Fabrikbesitzern). Die meisten Arbeiter nahmen an der nationalsozialistischen Erhebung von 1937 teil (1.393 bzw. 41,3 % aller Arbeiterhaushalte des Gesamtbestandes, das sind fast 23 % aller Haushalte des Gesamtbestandes), und für diesen Erhebungszeitraum ist der Arbeiteranteil dadurch am höchsten (fast 95 %). Die Zahl der Haushalte von Beamten und Angestellten ist bedeutend kleiner. Die knapp 1.000 Beamtenhaushalte sind auf die beiden ersten Erhebungszeiträume recht gleichmäßig verteilt, 1937 sind nur 22 Haushalte als solche von Beamten klar erkennbar. Angestelltenhaushalte sind in den Erhebungen vor dem Krieg und 1937 schlecht vertreten; fast 84 % aller Angestelltenhaushalte stammen aus den Quellen der 1920er Jahre.

Diagramm 4.2 (2) zeigt das Muster von Ähnlichkeiten und Kontrasten, zwischen den Berufsgruppen, deren Angehörige nicht im Beamtenverhältnis standen. Die Haushalte, deren Tätigkeit und Berufsgruppenzugehörigkeit nicht bestimmbar war, und die zahlenmäßig unbedeutenden Selbständigenhaushalte sind nur der Vollständigkeit halber aufgeführt. Für die Pretests war eine große zusammenfassende Berufsgruppe aus allen abhängig Beschäftigten, die nicht Beamte waren und keine Leitungskompetenzen über betriebliche oder administrative Einheiten inne hatten (wie z.B. Werkmeister, Filialleiter, Bürovorsteher), als Kontrastgruppe zu besoldeten Arbeitnehmern definiert wurden. Sie umfaßte insgesamt 3.958 Haushalte, von denen die meisten ihre Haushaltsbücher in den 1920er Jahren geführt hatten. Es zeigte sich jedoch, daß sich an dem Kriterium beamtet/nichtbeamtet als solchem keine konsumptiven Differenzen abbildeten. Es verblieben mithin 15 Berufsgruppen, die als ein durch ihre Oppositionsbeziehungen verknüpftes System von Vereinigungs-, Durchschnitts- und Teilmengen aufgebaut sind. Dies soll zunächst dargestellt werden.

Eine erste Opposition stellt der Kontrast zwischen qualifizierten und unqualifiziert tätigen Beschäftigten her. Jene sind gelernte und angelernte Arbeiter in Industrie und Handwerk, Gesellen, Meister und Poliere, Heimarbeiter und alle Angestellten, die nicht offensichtlich einfachste Tätigkeiten ausführten; alle leitenden Angestellten wurden auch als qualifizierte

Diagramm 4.2 (2) Das Grundmuster der nichtbesoldeten Berufsgruppen im Berliner Gesamtbestand

Die im Berliner Gesamtbestand dissoziierbaren Gruppen von Arbeiter- und Angestelltenberufen sind in der untenstehenden Graphik als Mengen dargestellt, so daß die Oppositionsbeziehungen, in denen sie stehen, veranschaulicht werden können. Vier Berufsgruppen sind durch unterschiedliche Rasterung hervorgehoben, die beiden Komplementärmengen der "qualifizierten" und der "unqualifiziert tätigen" Arbeitnehmer sowie die "industriellen Facharbeiter" (die einzelnen Berufsbezeichnungen s.o. Abschnitt 3.2.2.3) und die "Handwerker-Arbeiter" (s.o. Abschnitt 3.2.2.2). Erstere sind eine Teilmenge der "qualifizierten Arbeitnehmer" im weiteren Sinne, aber auch der "gelernten Arbeiter" im engeren. Die "Handwerker" sind eine Durchschnittsmenge aus den gelernten Arbeitern, soweit es sich um gelernte Handwerker handelte, und aus den "ungelernten Arbeitern", sofern es "Gehilfen" sind, die erkennbar in handwerklichem Beruf arbeiteten. Selbständige und in ihrer Tätigkeit Unbestimmbare kommen zwar im Gesamtbestand vor, sind aber in Kapitel 5 nicht berücksichtigt.



betrachtet⁵⁴. Der Begriff "qualifiziert" ist insofern weit ausgelegt, als grundsätzlich alle Arbeiter und Angestellten berücksichtigt wurden, wenn aus der Berufsbezeichnung nicht explizit hervorging, daß zu der Tätigkeit keine Ausbildung erforderlich war; er ist also hier nicht in dem Sinn konservativ gefaßt, daß nur die Arbeiter und Angestellten darunter gefaßt worden wären, deren Tätigkeit eindeutig qualifiziert war. Dies ist aus zwei Gründen geschehen. Erstens erforderten (und erfordern) die allermeisten Tätigkeiten irgendeine Form der Ausbildung oder des Trainings, und es wäre schwierig zu begründen, warum die eine noch den Stempel "ungelernt" bekommt und die andere bereits als eine Stufe einer Qualifikation gelten sollte. Zweitens trägt die enge Definition von "ungelernt" der üblichen Auffassung Rechnung, wonach Haushalten, die sich zu einer 12monatigen Buchführung bereit fanden, so gut wie immer ein außergewöhnliches Maß von Rationalität und Rechenhaftigkeit zu unterstellen sei, welches in der Regel für Qualifiziertheit auf dem Arbeitsmarkt spricht. So ist es beinahe zwangsläufig, daß die Kontrastgruppe der unqualifiziert Tätigen, der ohne Ausnahme alle "Gehilfen" (allerdings nicht *Handlungsgehilfen*, dazu s.o. Kap. 3.2.4.3, S. 189 f.) zugeschlagen wurden, zahlenmäßig klein bleibt. Die Berufsangaben von nur 317 Haushaltsvorständen lassen erkennen, daß zu ihrer Tätigkeit keinerlei Ausbildung vonnöten war (z.B. Gehilfe, Kontordienner, Nagler, Packer, Reinemachefrau); davon sind die meisten in Quelle 6 von 1937 zu finden (132 Haushalte). An im oben erläuterten Sinn qualifizierten Arbeitnehmern liefern die Quellen dagegen insgesamt 3.722 Haushalte (Beamte nicht mitgezählt), davon die wenigsten die Quellen vor 1914, die meisten die Quellen der 1920er Jahre.

Die Gruppe der qualifizierten Arbeitnehmer ist in sich allerdings keineswegs homogen. Ist ihnen allen gegenüber bloßen Gehilfen und Hilfsarbeitern zwar das Merkmal gemeinsam, irgendeine Form der Berufsausbildung in ihrer Tätigkeit realisieren zu können, so wirkt zwischen ihnen mindestens äußerlich unterscheidend, daß die einen Lohnbezieher, die anderen Gehaltsempfänger sind. Die ersteren unterscheiden sich wiederum in diejenigen, die nach Anweisung ausführen und diejenigen, die Anweisung erteilen. Unter diesen wurden die "leitenden Angestellten" (s.o. Kap. 3.2.4.1) als Sondergruppe abgetrennt (Abteilungsleiter, Bauführer, Geschäftsführer, Ingenieure,

Prokuristen, Werkmeister u.a.). Der verbleibende Rest der qualifizierten Angestellten macht 547 Haushalte aus. Von diesen gehören jeweils nur wenige (ca. 8 %) in die Jahre vor 1914 und in das Jahr 1937, jedoch 85 % beziehungsweise 463 Haushalte in die 1920er Jahre. Um eine Testkonstellation für die Hypothese der "Kragenlinie", die die bleibende und sich womöglich vertiefende Kluft zwischen arbeiter- und angestelltentypischen Tätigkeitsmustern und Einstellungen vermutet, zu gewinnen, steht neben den Angestellten mit qualifizierter Tätigkeit eine separate Gruppe der qualifizierten Arbeiter. Diese ist im Berliner Gesamtbestand beinahe dreimal so groß wie die entsprechende Angestelltengruppe: insgesamt 1.484 Haushalte, davon fast die Hälfte in den 1920er Jahren, nur reichlich ein Viertel aller entsprechenden Haushalte vor 1914. Gegenüber den qualifizierten Angestellten stellen die gelernten und Facharbeiter die Oppositionsgruppe dar; betrachtet man diese allerdings für sich, spielt der Kontrast zwischen Handwerk und Industrie die Rolle des trennenden Merkmals. Die zunehmende Bedeutung qualifizierter Tätigkeiten in der Industrie zeichnet sich deutlich in der zahlenmäßigen Besetzung der Berufsgruppe "gelernte Industriearbeiter" ab. In den Quellen vor 1914 machten diese Haushalte etwas mehr als ein Drittel der Haushalte aller gelernten Arbeiter aus, in den Quellen der 1920er Jahre mehr als die Hälfte und in der nationalsozialistischen Erhebung 63 %. Aus beiden Berufsgruppen sind die (wenigen) Heimarbeiter des Gesamtbestandes ausgeschlossen geblieben, weil ihre Lebensumstände und Arbeitssituation anders waren.

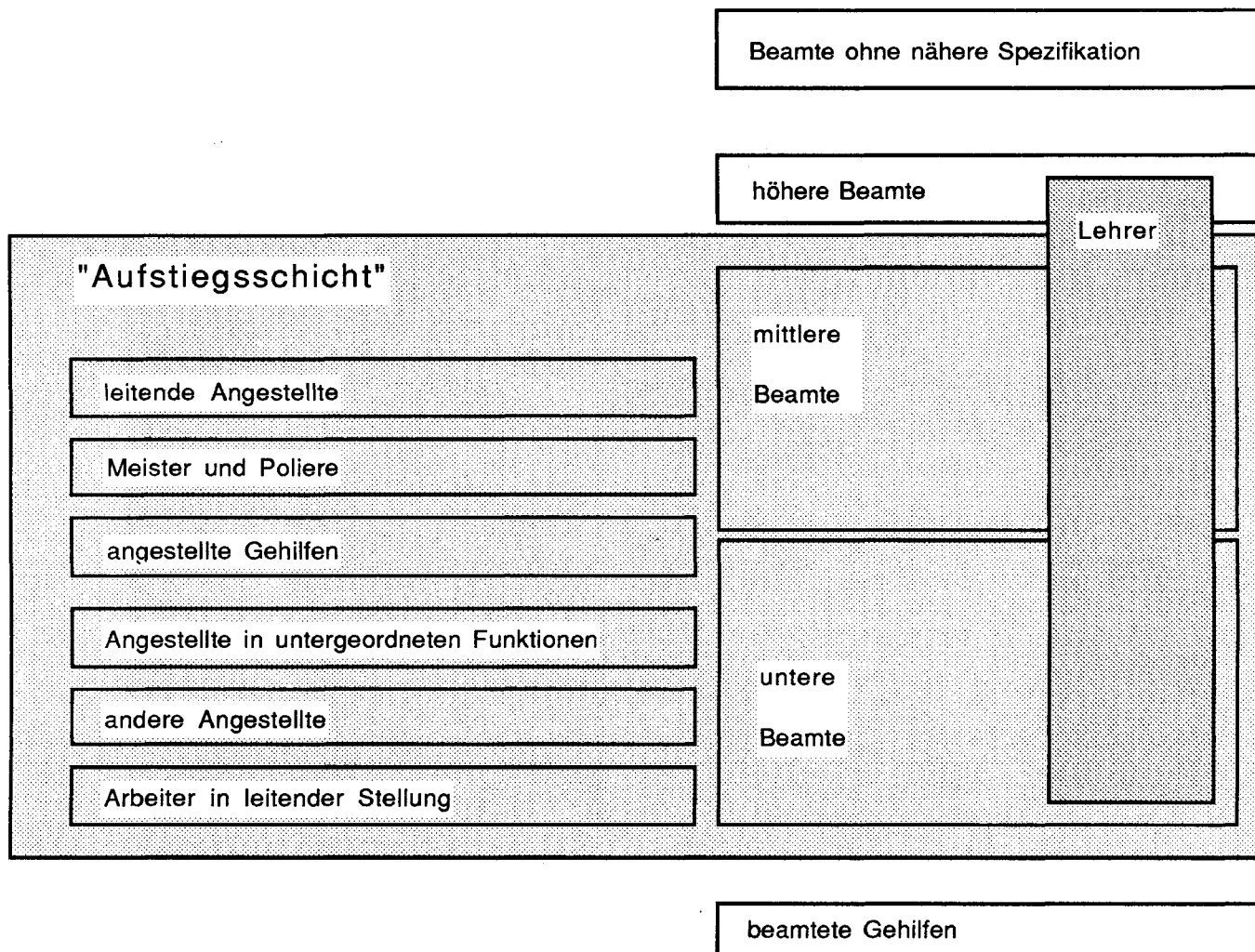
So grundlegend der Unterschied zwischen qualifizierten und unqualifizierten Tätigkeiten erscheint, eine Brücke zwischen beiden Welten besteht in Gestalt der Berufsgruppe der handwerklich ausgebildeten und entsprechend tätigen Arbeiter und der Gehilfen im Handwerk. Die letzteren waren zwar keine Berufsgenossen qua Ausbildung; alle Vermutung spricht aber dafür, daß die Mentalität von Gehilfen in handwerklichen Berufen von den Traditionen, Werten und Normen des betreffenden Handwerks eingefärbt war. Am zahlenmäßigen Verhältnis zwischen gelernten Industriearbeitern und Handwerker-Arbeitern einschließlich Gehilfen im Handwerk zeigt sich der strukturelle Wandel im Produktionssektor der Wirtschaft genauso, wie er sich in der Relation von gelernten Arbeitern insgesamt und industriellen Fach-

arbeitern niederschlug. Bis 1914 verhielt sich die Zahl der Haushaltsrechnungen gelernter Arbeiter in der Industrie zu der der Handwerker-Arbeiter und Gehilfen wie 100:210. In den 1920er Jahren waren die Gewichte bereits verschoben (100:90), und die Quelle von 1927 weist ein noch größeres Übergewicht der Industriefacharbeiter auf (100:60). Die Anzahl der Haushaltsrechnungen dieser beiden Berufsgruppen über alle Quellen hinweg ist fast gleich (jeweils ca. 770 Haushaltsrechnungen).

Nach dem Kriterium handwerklichen Herkommens dürfen Gehilfen im Handwerk und Gesellen und Facharbeiter im Handwerk nicht getrennt werden, nach dem Kriterium professioneller Qualifikation müssen sie es. Deshalb gehören die handwerklichen Gehilfen gleichzeitig mit allen anderen Gehilfen, den ungelerten Arbeitern und den mit einfachsten Tätigkeiten beauftragten Angestellten ("Bürohilfsarbeitern", Boten, Kontordienern, Verkäufern usw.) zur Gruppe der unqualifiziert tätigen Arbeitnehmer.

Im Diagramm 4.2 (3) sind die Berufsgruppen angeordnet, deren Tätigkeit überwiegend administrativen und disponierenden Charakter hat. Hier ist vor allem jene Schicht zu suchen, die sich bei weitgehendem Mangel an materiellen Ressourcen durch Investition in kulturelles Kapital, durch entsprechende Sozialisationspraktiken und leistungsbezogene Werthaltungen die besten Chancen für sozialen Aufstieg – und sei es von einer Generation zur nächsten – zu verschaffen verstanden haben soll: *die unteren angestellten Mittelschichten, die kleineren und mittleren Beamten und Angestellten*. Mittlere Beamte und Volksschullehrer waren es zum Beispiel, die ihre Söhne schon seit dem 19. Jahrhundert verstärkt in die Karriere des Oberlehrers schickten. Um die Hypothese, daß es eine solche aufstiegsmobile Gruppe eigenen Typus gegeben habe, in der Dimension des Konsumverhaltens überprüfen zu können, wurden alle Angestellten, Werkmeister, Meister und Poliere, die Unterbeamten und die Subalternbeamten zu einer "Aufstiegsschicht" genannten Gruppe zusammengefaßt⁵⁵. Diese zählt im Berliner Gesamtbestand 1.441 Haushalte; davon entfallen 67 % auf die Quellen aus den 1920er Jahren und nur 5 % (= 76 Haushalte) auf 1937.

Diagramm 4.2 (3) Das Grundmuster der Berufsgruppen der Gehalts- und Besoldungsempfänger



Bei den Beamten bieten sich die 3 bekannten Laufbahngruppen auch als sozial differentielle Berufsgruppen an. Ihre sozialen Distanzen dürften aber nicht vergleichbar gewesen sein. So ist zu vermuten, daß die unteren Beamten mehr von den mittleren trennte als die mittleren von den höheren. Auch wenn das soziale Selbstverständnis und die im Laufbahnsystem eingebauten Durchstiegskanäle viel Verbindendes zwischen ihnen vermuten lassen, ist gleichwohl zwischen mittleren und höheren Beamten eine Grenze zu ziehen; denn jene waren allenfalls auf dem Weg "nach oben", während diese bereits die oberen Etagen gesellschaftlicher Wertschätzung und

beruflicher Kompetenz erreicht hatten. Leider gibt es insgesamt nur 50 Haushaltsrechnungen von höheren Beamten, davon keine 1937 und nur 3 vor 1914.

Die unteren Beamten bilden eine Gruppe für sich und sind gleichzeitig eine Teilmenge der Aufstiegsschicht. Es sind insgesamt über 300 Haushalte, die wenigsten (13 Haushalte) wiederum in der Erhebung der DAF 1937, die meisten vor 1914. Sie sind mit den unqualifizierten Angestellten oder gar mit Arbeitern nicht zusammengerechnet worden, auch wenn Qualifikationsvoraussetzungen formaler Art für die Einstellung als unterer Beamter kaum in Betracht kamen. Indes war auch der untere Beamte Hoheitsträger und Vertreter der Obrigkeit, was als strukturelles Äquivalent für eine formale Ausbildung vor der Aufnahme eines Berufs gelten kann.

Die Berufsgruppe der Lehrer ist dadurch ein Sonderfall, daß sie sich aus allen 3 Laufbahngruppen rekrutierte⁵⁶. Wir zählen im Berliner Gesamtbestand 150 Lehrer, zu gleichen Anteilen vor 1914 und in den 1920er Jahren; in Quelle 6 von 1937 gibt es keinen Lehrer. Von diesen 150 Lehrern waren 25 höhere Beamte, 49 mittlere und 4 untere Beamte; bei 71 Lehrern ging die Laufbahzugehörigkeit aus der Berufsbenennung nicht hervor.

Zum Schluß soll noch ein Blick auf die Verteilung der Berufsgruppen auf Wohnortgrößen, auf Klassen gleichen Einkommens und auf die Verteilung von Familien gleicher Kinderzahl auf die einzelnen Berufsgruppen geworfen werden. Die Haushalte im Berliner Gesamtbestand sind überwiegend Großstadthaushalte [Tabelle T.4.2 (2)]. Das gilt besonders für die Beamten und für die Angestellten. Diese lebten zu 73 %, jene zu 83 % in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Schon die Prozentsätze für die mittelstädtischen Haushalte (in Orten bis 20.000 Einwohnern) sind wesentlich niedriger. Knapp 20 % der unteren Beamten, 10 % der Lehrer und gerade 12 % der Angestellten lebten dort. Nur bei den Lehrern gibt es noch eine erwähnenswerte Gruppe von 10 Haushalten in Dörfern mit weniger als 2.000 Einwohnern, was 7 % der Gesamtzahl der Lehrerhaushalte entspricht. Es handelt sich um Lehrer und Hauptlehrerhaushalte von 1907/1908 aus Schlesien, den Provinzen Hannover und Rheinland und aus Elsaß-Lothringen.

Dementsprechend ist die Aufstiegschicht im Berliner Gesamtbestand fast ausschließlich eine Gruppe groß- und mittelstädtischer Haushalte. Die Verhältnisse bei den Arbeitern liegen etwas anders. Zwar lebten auch von den Arbeiterhaushalten die meisten in Großstädten (73 % der Handwerker-Arbeiter, 63 % der ungelernten Arbeiter und 57 % der gelernten Industriearbeiter), aber eine beachtliche Zahl von Arbeiterfamilien auch in Kleinstädten und Dörfern – die genannten Gruppen zu jeweils etwa 10 % in Kleinstädten mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern und in größeren Dörfern. Hinsichtlich des Einflusses der Wohnortgröße auf die Höhe der Lebenskosten unterschieden sich, so hieß es⁵⁷, Arbeiter auf dem Land und in Orten bis 5.000 Einwohner, in Klein- und Mittelstädten bis 50.000 Einwohner und in größeren Mittelstädten und Großstädten voneinander.

Für die historische Analyse schichtaffizierten Konsumverhaltens ist es besonders wichtig, zu erfahren, wie Ausgaben in gleichen Einkommensklassen variierten. Die amtliche Konsumstatistik im Kaiserreich nahm keine Gliederung in Einkommensklassen vor. Stattdessen war es in Budgeterhebungen üblich, die Haushalte – in Anlehnung an Schwellenwerte der Steuerstatistik – auf 8 Klassen von Gesamtausgaben (*Wohlhabenheitsstufen*) zu verteilen. Der DMV übernahm in seiner eigenen großen Erhebung genau diese Klassengrenzen, verwendete sie aber zur Einkommensgliederung⁵⁸. Dies unterstreicht beiläufig, daß die Begriffe Einkommen und Ausgaben ursprünglich als nicht wesentlich verschieden voneinander betrachtet wurden. In den 1920er Jahren verteilte man die Haushalte ebenfalls auf Ausgabenklassen, unterschied derer aber 9 statt 8. Es war üblich, die Einteilung nach der Höhe der Mittel, die der ganze Haushalt zur Verfügung hatte, vorzunehmen; nur einige Theoretiker wiesen daraufhin, daß es weniger auf diesen Gesamtbetrag selber ankomme, als auf die Relation, in der er zu der Anzahl der zu versorgenden Haushaltsmitglieder stehe⁵⁹. Alle Quellen und alle Untersuchungen rechneten zuerst mit dem Haushalt als konsumptiver Grundeinheit; darin wollen wir ihnen nicht immer folgen.

Beide Reihen haben den Nachteil, daß in jeder Quelle die Haushalte sich sehr ungleichmäßig auf die Einkommensklassen verteilen. Dies ist in Tabelle T.4.2 (3) weitgehend vermieden. Dort sind die Einkommensintervalle

**Gesamtausgabenklassen
in der älteren deutschen Konsumstatistik**

Ausgabengliederung in Budgeterhebungen Anfang des 20. Jh.	Ausgabengliederung in Budgeterhebungen der 1920er Jahre
unter 1.200 Mark	unter 2.500 RM
1.200–1.600 Mark	2.500– 3.000 RM
1.600–2.000 Mark	3.000– 3.600 RM
2.000–2.500 Mark	3.600– 4.300 RM
2.500–3.000 Mark	4.300– 5.100 RM
3.000–4.000 Mark	5.100– 6.100 RM
4.000–5.000 Mark	6.100– 7.300 RM
über 5.000 Mark	7.300–10.000 RM
	über 10.000 RM

schmal, so daß relativ homogene Einkommensklassen entstehen. Unsere Klassengrenzen sind als ein Kompromiß zwischen den alten Gliederungen in Wohlhabenheitsstufen und nach Einkommensklassen (siehe Abschnitt 4.1.1, S. 195 ff.) gedacht; die Eckwerte 800 Mark, 2.000 Mark und 5.000 Mark sind beibehalten. Es ergibt sich, daß direkte Vergleiche zwischen Berufsgruppen innerhalb gleicher Einkommensklassen in weitem Umfang möglich sind. Bis 3.500 Mark reichen die Einkommen Unqualifizierter im Berliner Gesamtbestand, bis 5.000 Mark die Einkommen gelernter Arbeiter. Die Einkommen der Mehrheit der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte im Gesamtbestand beginnen bei 1.200 Mark, so daß es wirklich arm zu nennende Haushalte kaum gibt. Ein Betrag von 1.700 Mark, wie er dem Mittel der Gesamtausgaben in den Quellen der Vorkriegszeit entspricht, war *weit mehr, als die große Mehrzahl der deutschen Arbeiter* im Jahr auszugeben hatte⁶⁰. Die Mehrheit der Haushalte in den definierten Berufsgruppen gehören zu den Schichten der sogenannten "Wenigbemittelten" und "Bemittelten", wenn man die Einkommen, die Anfang des 20. Jahrhunderts für diese als spezifisch angesehen wurden, nämlich 1.200 bis 4.000 Mark (vgl. Abschnitt 4.1.1), auf die Einkünfte aller Haushaltsmitglieder zusammen bezieht. "Unbemittelte" Haushalte gibt es fast nur unter Arbeitern. Von der "Aufstiegsschicht" gehören ganze 6 Haushalte in diese Einkommensklasse, von der es hieß, sie sei - zu

Beginn dieses Jahrhunderts – die des Durchschnitts von Arbeitern in Berlin gewesen. Aber auch an "wohlhabenden" und gar an "reichen" Haushalten hat der Berliner Gesamtbestand nicht viele zu bieten: bei Arbeitern 11, bei Beamten 18 und nur 1 Angestellten. Vergleiche zwischen den 3 sozialen Stellungen im Beruf sind, wenn nur das Einkommen kontrolliert wird, mindestens über 5 Einkommensklassen hinweg möglich, und zwar zwischen 1.500 Mark und 3.500 Mark.

Welche Einkommensniveaus in den 1920er Jahren entsprechen denen der Kaiserzeit? Da Nominaleinkommen verglichen werden, steht hier das Problem von Kaufkraftberechnungen nicht zur Debatte. Die meisten verfügbaren Schätzungen deuten darauf hin, daß die Nominaleinkommen in einem Verhältnis von etwa 100:160 standen. Nach Schmucker können die Einkommenslagen von 1.200 bis 1.600 Mark vor dem Krieg und 2.500 RM nach der Stabilisierung – Einkommenslagen, die 30 bis 40 % der Erwerbsbevölkerung umfaßten – als vergleichbar gelten. Ein Verhältnis von 100:170 bis 100:200 ergibt sich auch aus der geschätzten Veränderung des Volkseinkommens pro Kopf und Jahr im Durchschnitt verschiedener Industriezweige nach Hoffmann. Der Durchschnittsverdienst je Lohnempfänger 1913 wurde mit 1.000 Mark, der 1928 mit 1.635 RM angegeben⁶¹. Die "Wohlhabenheitsstufen" (Gesamtausgabenklassen) der älteren amtlichen Konsumstatistik standen, was die unteren Ausgabenklassen betrifft, im Verhältnis von etwa 100:190, was die obersten betrifft, im Verhältnis von 100:150. Schließlich soll noch ein Blick auf die Gehälter im Gesamtbestand besonders stark vertretener Beamtenränge geworfen werden⁶². Die Schaffnergruppen waren typischerweise (Postschaffner) in Klasse 5 mit Grundgehältern zwischen 1.100 und 1.700 Mark eingeordnet (in Tabelle T.4.2 (3) die Einkommensklassen 3-4); diesem Rang entsprach nach 1920 Besoldungsgruppe III mit (1924) einem Durchschnittsgehalt in Ortsklasse A von 2.040 RM (verheiratet, 2 Kinder) und 1927 die Besoldungsgruppen A10 und 11 mit Gehältern von 2.800 bis 3.200 RM. Assistenten, vor allem Postassistenten, gehörten in Klasse 21, Sekretäre, vor allem Postsekretäre, in Klasse 29b und setzten bei 1.800 Mark ein; die Gehälter konnten bis 3.300 beziehungsweise 4.200 Mark ansteigen (in Tabelle T.4.2 (3) die Einkommensklassen 5-9). 1924 bewegten sich die entsprechenden Gehälter knapp unter 3.000 RM und betragen 1927 in A7

mindestens 4.000 RM (Kanzleisekretäre, 5b, ca. 5.100 RM). Räte und Ober-
räte, auch in der Post- und Telegraphenverwaltung, waren in Klasse 59
eingeorordnet und erhielten zwischen 4.200 und 7.200 Mark [Tabelle T.4.2(3)]
Einkommensklassen 10 und 11). Ihre Gehälter differenzierten sich nach der
Besoldungsreform 1920 in Gruppe X (Studienräte, ca. 5.700 RM), Gruppe XI
(ca. 6.500 RM) und Gruppe XII (Oberräte, ca. 7.400 RM). Diesen entsprach
1927 in der Regel A2c mit 9.000 bis 12.000 RM. Stark vereinfachend kann man
also bei den Beamten für einander entsprechende Besoldungsgruppen eine
Erhöhung der Nominalgehälter um mindestens 60 bis 80 % feststellen.

Bei der Gliederung der Haushalte des Berliner Gesamtbestandes in Ein-
kommensklassen waren diese Verhältnisse zu beachten; gleichzeitig sollte
aber – wie bei der Festlegung der Einkommensklassen für die Zeit des
späten Kaiserreichs nicht allzu stark von den seinerzeit in der amtlichen
Statistik verwendeten Klassengrenzen abgewichen werden. Als Kompromiß
stellt sich die Klasseneinteilung wie in folgender Korrespondenzliste dar.

Korrespondenzstruktur der Einkommensklassen im Berliner Gesamtbestand

Gesamteinnahmen [in Mark]	Klasse	Gesamteinnahmen [in Reichsmark]
unter 800	1	unter 1.600
800 bis unter 1.200	2	1.600 bis unter 2.500
1.200 bis unter 1.500	3	2.500 bis unter 2.800
1.500 bis unter 1.800	4	2.800 bis unter 3.200
1.800 bis unter 2.000	5	3.200 bis unter 3.600
2.000 bis unter 2.400	6	3.600 bis unter 4.300
2.400 bis unter 2.900	7	4.300 bis unter 5.100
2.900 bis unter 3.500	8	5.100 bis unter 6.100
3.500 bis unter 4.200	9	6.100 bis unter 7.300
4.200 bis unter 5.000	10	7.300 bis unter 10.000
5.000 und mehr	11	10.000 und mehr

Die Einkommensklassen 3 und 4 beziehungsweise 4 entsprechen den Schaffner-
gruppen, 5 bis 9 beziehungsweise 6 bis 8 dagegen typischen Besoldungsgruppen
mittlerer Beamter (Assistenten, Sekretäre), 10 und 11 den Ratsstellungen.
In den Quellen der 1920er Jahre [Tabelle T.4.2 (5)] sind die meisten
Haushaltsrechnungen der oben definierten 15 Berufsgruppen von Arbeitern
in den Einkommensklassen 2 bis 6, also zwischen 1.600 und 4.300 RM ver-

treten, Haushaltsrechnungen von Angestellten und Beamten reichen noch bis 10.000 RM und darüber. Bei den Angestellten befinden sich die meisten Haushalte in der mittleren Einkommensklasse; die Verteilung ist jedoch insgesamt leicht zu den höheren Einkommensklassen verschoben. Dies ist ebenso bei den Beamten. Lehrerhaushalte gibt es überhaupt erst ab Einkommensklasse 6 (ab 3.600 RM, mit Ausnahme eines einzigen Haushalts).

Während in den Quellen der 1920er Jahre die Verteilung, was die Arbeiterhaushalte betrifft, etwas linksschief, was die Angestellten- und Beamtenhaushalte betrifft, etwas rechtsschief verschoben ist, zeigt die Häufigkeitsverteilung nach Einkommensklassen in der nationalsozialistischen Erhebung von 1937 eine Bevorzugung der Arbeiterbevölkerung und eine auffällige Betonung der unteren Einkommensklassen [Tabelle T.4.2 (7)]. Wir gehen davon aus, daß das Niveau der abhängigen Einkommen 1937 dem am Ende der 1920er Jahre im großen und ganzen ungefähr gleichkam, jedenfalls kaum höher war⁶³. Keiner unserer Haushalte hatte 1937 Einkünfte über 6.100 RM, die meisten Arbeiterhaushalte nicht mehr als davon die Hälfte. Die Quelle enthält erkennbar keine Haushalte von höheren Beamten und von Lehrern. Die "Aufstiegsschicht" ist mit 76 Haushalten nur schwach vertreten. Die Bearbeiter der Quelle haben die Haushaltsbilanzen so manipuliert, daß die Gesamteinkünfte gleich den Gesamtausgaben wurden, indem sie Differenzen, die die eingelieferten Haushaltsrechnungen etwa auswiesen, entweder dem Posten Ersparnisse oder Schuldenaufnahme zurechneten. Deshalb stellt die Tabelle T.4.2 (7) gleichzeitig die Verteilung der 1.474 Haushalte nach Ausgabenklassen dar.

Wenn die Haushalte der älteren Quellen nach den gruppierten Gesamtausgaben gegliedert werden ("Wohlhabenheitsstufen") zeigen sich keine gravierenden Unterschiede zur Verteilung nach Einkommensklassen [Tabellen T.4.2 (4) und (6)]. In der Regel gaben die Haushalte etwas weniger aus, als sie einnahmen, so daß die unteren Gesamtausgabenklassen oft einige Haushalte mehr aufweisen als die entsprechenden Einkommensklassen. Es sprechen aber - wie erwähnt - eine Reihe von Überlegungen dafür anzunehmen, daß es sich hierbei nicht um die Auswirkung von Ersparnisbildung

handelt, sondern daß im allgemeinen die Ausgaben mit größerem Bedacht aufgezeichnet wurden.

Nach durchschnittlicher Kinderzahl grenzen sich die Berufsgruppen in typischer Weise voneinander ab. Die meisten Kinder hatten im Berliner Gesamtbestand in der Vorkriegszeit die Familien der unteren Beamten (durchschnittlich 3 Kinder pro Haushalt); in der Zwischenkriegszeit waren

Durchschnittliche Kinderzahl in 11 Berufsgruppen
und nach sozialer Stellung im Beruf

Berufsgruppe	Anzahl der Kinder	
	vor 1914	nach 1925
qualifiziert tätige Arbeitnehmer (ohne Beamte)	2,75	2,11
unqualifiziert Tätige	2,39	1,97
Beamte	2,75	1,91
höhere Beamte	0,67	2,00
mittlere Beamte	2,23	1,81
untere Beamte	3,40	2,17
Lehrer	2,13	1,86
Angestellte	2,53	1,63
qualifizierte Angestellte, nicht leitend	2,67	1,60
Arbeiter	2,73	2,21
Gehilfen und ungelernte Arbeiter	2,37	1,96
gelernte Industriearbeiter	2,32	2,12
Handwerker-Arbeiter	2,46	2,23
Industriefacharbeiter	2,32	2,03
"Aufstiegsschicht"	2,83	1,74

sie nicht mehr die kinderreichste Berufsgruppe, aber als einzige Beamten-
gruppe blieben sie zusammen mit den Arbeitern immerhin noch bei der 2-
bis 3-Kind-Familie, als alle anderen nicht-proletarischen Berufsgruppen im
Durchschnitt nicht mehr als 2 Kinder zuließen. In beiden Zeitabschnitten
hatten die Handwerker-Arbeiter etwas mehr Kinder als die industriellen
Facharbeiter. Die kleinsten Familien finden wir in den 1920er Jahren in der
"Aufstiegsschicht" vor, die sich vor 1914 mit der Kinderzahl durchaus noch
nicht auffällig zurückgehalten hatte. In der niedrigen Kinderzahl der
Zwischenkriegszeit verstärkt die Geburtenreduktion der Unterbeamten den
Effekt der angestelltentypischen Familienplanung. 6 Kinder in der Familie,
das scheint bei den Haushalten von Angestellten, Lehrern und mittleren Beam-
ten im Gesamtbestand die kritische Anzahl gewesen zu sein, die in der Regel

nicht überschritten wurde [Tabelle T.4.2 (11)]. Die gelernten Arbeiter ließen bis zu 7 Kinder und die unteren Beamten und die Ungelernten auch noch 8 Kinder pro Haushalt zu.

Sind diese unterschiedlichen Resultate ehelicher Fruchtbarkeit etwa auf eine sehr ungleiche Verteilung von Altersstufen in den Berufsgruppen zurückzuführen? Soweit in den Haushaltsrechnungen das Alter der Eheleute

Altersstruktur in 15 Berufsgruppen

Berufsgruppe	N	Alter des Ehemannes 30 bis unter 45 Jahre [in Prozent]	Alter der Ehefrau 30 bis unter 40 Jahre [in Prozent]
qualifiziert tätige			
Arbeitnehmer (ohne Beamte)	3.722	60	39
unqualifiziert Tätige	317	50	33
Beamte	954	37	29
höhere Beamte	50	50	48
mittlere Beamte	467	43	36
untere Beamte	306	30	19
Lehrer	150	32	23
Angestellte	669	61	44
qualifizierte Angestellte, nicht leitend	547	63	45
Arbeiter	3.374	59	37
Gehilfen und ungelernte Arbeiter	275	49	32
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	1.484	53	36
Arbeiter und Gehilfen des Handwerkers	766	45	32
gelernte Industrie arbeiter	770	60	38
"Aufstiegsschicht"	1.441	49	36

verzeichnet ist - Nein. Das am häufigsten genannte Alter des Ehemannes in der Gruppe der Angestellten war 33, das der Ehefrau 30 Jahre, in der Gruppe der Lehrer 35 beziehungsweise 36, in der Gruppe der mittleren Beamten (und der Arbeiter im Handwerk) 40 beziehungsweise 36. Die Haushalte der unteren Beamten waren tendenziell sehr jung (Mann 33, Frau 31 Jahre), die der qualifizierten nicht-leitenden Angestellten ziemlich alt (39 bzw. 34 Jahre). In der "Aufstiegsschicht" war 33 und 34 am häufigsten

genannt⁶⁴. Bei den Haushalten im Gesamtbestand handelt es sich also überwiegend um Ehepaare im ersten Ehejahrzehnt. Bei Arbeitern lag das Heiratsalter – im 19. Jahrhundert – zwischen 25 und 27 Jahren. Eine Studie über Postbeamte vermerkt, daß – in dem Jahrzehnt vor 1900 – das Durchschnittsalter bei der ersten Anstellung als Assistent etwa 25 Jahre betragen habe⁶⁵. Die obige Tabelle informiert darüber, in wieviel Prozent aller Haushalte pro Berufsgruppe der Ehemann zwischen 30 und 45 und die Ehefrau zwischen 30 und 40 Jahre alt war⁶⁶. Bei einem unterschiedlich hohen Anteil von Haushalten je Berufsgruppe gibt es in den vorliegenden Haushaltsrechnungen keine diesbezüglichen Angaben; insbesondere nicht bei einem Drittel der Haushalte der Unqualifizierten, der mittleren Beamten und der "Aufstiegsschicht", in 40 % der Haushaltsrechnungen von Handwerker-Arbeitern und bei mehr als der Hälfte der unteren Beamten und der Lehrer. Die Tabelle zeigt, daß die Berufsgruppen der qualifizierten Arbeitnehmer, der höheren Beamten und der Angestellten außerordentlich "junge" Berufsgruppen waren. Die niedrigen Prozentsätze (Lehrer, Unterbeamte) widersprechen dem nicht, sondern resultieren aus den hohen Anteilen der Haushaltsrechnungen ohne Altersangaben. Bei den Ehefrauen gehörten stets etwa 15 % zu den benachbarten Altersgruppen in den 20ern und den 40ern; Ausnahmen stellten die gelernten Industriearbeiter dar, bei denen viele Ehefrauen in den 40ern waren, die Angestellten, in deren Haushaltsrechnungen nur relativ selten keine Altersangaben vorhanden sind und wo die Anteile der Frauen in den 20ern und den 40ern hoch waren (20 %), und alle (!) Beamten, wo der Prozentsatz der jungen Ehefrauen außerordentlich niedrig, der der älteren hoch war.

Dies sind Ergebnisse einer ersten Grundauszählung unseres Datensatzes. Wir werden im folgenden Kapitel an diesem erstmals zur Verfügung stehenden, integrierten Bestand privater Haushaltsrechnungen zu erkunden versuchen, ob und inwieweit sich bei abhängig Beschäftigten zu Beginn unseres Jahrhunderts Konsum- und Lebensstildifferentiale ausprägten. Insbesondere sind durch die Erfassung der individuellen Berufsbenennungen und die Codierung von Mustern der beruflichen Erwerbstätigkeit Voraussetzungen dafür geschaffen, nach dem Grad der Binnendifferenzierung der Arbeiterklasse zu fragen. In die Codierung und die Festlegung von

Berufsgruppen sind einerseits Vorannahmen der zeitgenössischen Sozialforschung über die ständische und vermögensmäßige Gliederung der Gesellschaft der abhängig Erwerbstätigen, andererseits aber auch Modellvorstellungen schichtsoziologischer Provenienz eingeflossen. Das klassifikatorische Raster, mit dem im folgenden Kapitel gearbeitet wird, stützt sich nicht vorrangig auf hypothetische Gewichtungen nach sozialem Prestige, sondern behält die ungleiche ökonomische Ausstattung der Haushalte weiterhin im Blick. Wir wollen versuchen, aus den dürren Zahlen der Haushaltsrechnungen wohlhabenheitsspezifische Ausgabenstandards abzuleiten und sie an zeitgenössischen Leitbildern zu messen.

Die Ergebnisse einer vergleichenden Analyse von Konsummustern hängen – das liegt auf der Hand – in erheblichem Maße von der Art und Weise, wie die Gesamtheit der zur Verfügung stehenden Konsumgüter segmentiert wird, ab. Zu diesem Aspekt werden zu Beginn von Kapitel 5 einige Anmerkungen gemacht, was allerdings beim Stand der Forschung nur sehr unzureichend sein kann, weil eine historische Soziologie der Waren noch nicht geschrieben ist. Dieser Mangel stellt einen einschneidenden Unsicherheitsfaktor für jede sozialhistorische Untersuchung differentiellen Konsums dar.

5. Typen differentiellen Konsums, zeitgenössische Standards und Leitbilder der Lebensführung

Dem Problem der sozialen Gruppierung der konsumierenden Subjekte entspricht das der sächlichen Gruppierung der konsumierten Objekte. Eine Strukturierung des Haushaltsbudgets und eine Interpretation von Ausgabebeträgen ist nur möglich bei einer sinnvollen Abgrenzung von Bereichen der Verwendung des Einkommens. Verwendungsbereiche¹ sind die ökonomisch symbolisierten Spuren der Bewegung der Individuen beziehungsweise Haushalte, die diese in den ihnen zugänglichen Arenen des gesellschaftlichen Lebens unternehmen. Dort reagieren sie und orientieren sich aufgrund ihrer spezifischen Einstellungen, die jeweils bestehenden Angebote auf dem Markt der Güter und Dienstleistungen nutzend. Die Lebenschancen, die die sozioökonomische Verfassung der Gesellschaft Ihnen dort ermöglicht, und schichttypische Techniken der Reproduktion konvergieren in den sozialen Räumen, in denen sich die Menschen bewegen, zu typischen Ausprägungen einer Lebensführung. Verwendungsbereiche gliedern das Budget, welches ja zunächst nichts weiter als eine additive Liste von Ausgaben darstellt. Die Verausgabung von Geld auf bestimmte Produkte ist bloße Oberflächenstruktur; die hingegen unter theoretischen Prämissen zu leistende Segmentierung des Budgets in Verwendungsbereiche ist eine Transformationsanweisung, um den ökonomischen Daten soziale Bedeutungen zu geben².

Wie sollen solche Verwendungsbereiche bestimmt werden? Zwei Ansätze aus der mikroökonomischen Haushaltstheorie können hier unberücksichtigt bleiben, weil sie gegenüber der komplexen sozialen Realität zu formal sind³. Das ist zum einen der Fall mit der verhaltenspsychologischen Unterscheidung zwischen Gewohnheitskäufen, Impulskäufen und solchen Kaufakten, in denen rationale Überlegung und Abwägung die Hauptrolle spielen soll. Konsumgüter können zum anderen mit einem humankapitaltheoretischen Ansatz danach klassifiziert werden, ob sie etwa zur Erhal-

tung, zur Erweiterung oder zur Verbesserung des Stocks der gesellschaftlich erforderlichen Arbeitskraft beitragen. Offensichtlich ist jedoch auch dieses Schema für unsere Zwecke weder umfassend noch eindeutig genug.

Des Weiteren können hier alle naturalen Bedürfnistheorien ignoriert werden. Diese laufen einer sozialen Analyse des Konsums zuwider. Sie setzen Bedürfnisse als anthropologische Konstanten dem Marktgeschehen voraus; die auf den Warenmärkten in ihrer jeweiligen historischen Gestalt angebotenen Konsumgüter werden ihnen gewissermaßen nachträglich zugeordnet⁴. Diesen Theorien, die von einer dem Menschen eingeborenen Bedürfnisstruktur ausgehen, entsprangen die seit dem 19. Jahrhundert gängigen Klassifikationsschemata, die den Haushaltsrechnungen zugrunde liegen. Sie basieren letztlich alle auf der Aristoteles-Rezeption in Alt-europa und der Geist-/Körper-Dichotomie in der Tradition eines Thomas von Aquin, wo die Bedürfnisse danach unterteilt wurden, ob sie auf die "Inneren", "höheren" Qualitäten oder auf die profanen Güter der äußeren Welt gerichtet seien. Aus kameralistischem Denken bürgerte sich Ende des 18. Jahrhunderts die parallel dazu verlaufende Unterscheidung von Grundbedürfnissen und *Neben*bedürfnissen beziehungsweise von *absoluten*, unabweislichen oder "notwendigen", und *relativen*, das hieß *überflüssigen* oder *Kultur*bedürfnissen, ein⁵. Die ersteren waren in dem Schema der Haushaltungsbücher Nahrung, Wohnung und Kleidung, die Bedürfnisse des "unelastischen" Konsums der modernen ökonomischen Theorie des Haushalts, die letzteren wurden als "geistige und gesellige Bedürfnisse" rubriziert und werden heute zum elastischen Teil des Konsums erklärt. In der US-amerikanischen Soziologie und vergleichenden Politikwissenschaft ist diese Dichotomie aufgenommen, verzeitlicht und vordergründig historisch gedeutet worden⁶. Die sogenannten "postmateriellen" Bedürfnisse, die der jüngeren Generation der 1960er bis 1980er Jahre angesonnen werden, entpuppen sich als die bekannten Bedürfnisse geistiger und geselliger Art, Bedürfnisse nach Kommunikation, Selbstverwirklichung (*self-actualization*) und intellektueller Entwicklung, Ideale von Gleichheit und menschlicher Entfaltung in einer freien Gesellschaft, jetzt lediglich politisch interpretiert. Die materielle Wertwelt der Älteren und der traditionellen Gesellschaften (Sicherheit und Ordnung, wirtschaftliches Wachstum bei ökonomischer

Systemstabilität) orientiert sich, so wie der Begriff konzipiert ist, an dem, was immer schon als die physischen Grundbedürfnisse nach Überleben (Nahrung) und Sicherheit (Kleidung, Wohnung) durch die volkswirtschaftliche Schulliteratur geisterte. In Analysen des privaten Konsums begegnet uns diese vertraute Gliederung wieder in Form der Unterscheidung zwischen Bedürfnissen der Versorgung (Nahrung, Kleidung, Wohnung) und Sicherheit (Versicherung, Sparen, Vereinsbeiträge, *prudential expenditures*) und solchen nach Solidarität, sozialem Status und Selbstverwirklichung: Spenden und Geschenke, Vergnügungen, Urlaubsreisen, *husband's* [!] *clothing* (*expressive expenditures*), Alkohol und Tabak (*indulgent expenditures*)⁷.

Die Universalität der physischen Natur des Menschen als Voraussetzung der ökonomischen Analyse sozialen Verhaltens hat eine lange Tradition, die bis in die Rubriken der Anschreibebücher reicht. Schon in der dort standardmäßig vorgenommenen Aufteilung der Ausgabenbeträge stecken theoretische Implikate, mit denen heute weitergerechnet werden muß – wohl oder übel. Man hat versucht, die analytischen constraints, die sie zur Folge haben, dadurch zu mildern, daß man alte Rubriken neu formulierte, die Zuordnung von Produkten zueinander modifizierte und die Zahl der traditionellerweise unterschiedenen Ausgabenkategorien reduzierte.

So kommt Bourdieu⁸ mit 3 Verwendungsbereichen des Einkommens aus:

1. Nahrung
2. Kultur (Bücher, Zeitungen, Schreibwaren, Sport, Spielzeug, Theater und Konzertbesuch)
3. Repräsentation (Kleidung, Toilette-Artikel, Schönheitspflege, Dienstpersonal)

Damit ist das Raster der drei *sozialen Funktionen der Konsumausgaben*, das schon früh in der westdeutschen Konsumsoziologie entwickelt worden ist, zu vergleichen:

1. restitutive Funktion,
2. rekreative Funktion,
3. symbolische Funktion von Konsum.

Konsumausgaben haben restitutive Funktion, wenn sie diejenigen Grundforderungen und -erwartungen erfüllen, die mit der Institution des fami-

liär strukturierten Haushalts in der jeweiligen Kultur untrennbar verbunden sind. Diese Forderungen beziehen sich auf vier als "kulturell" bezeichnete Existenzminima: ein Minimum an Ernährung, an Obdach, an Besitzgegenständen und an Möglichkeiten zur Symbolisierung innerfamiliärer Geschlechts-, Generations- und Rollenunterschiede. Letzterem wurde auch die Kleidung hinzugerechnet. Konsumausgaben wurde die Funktion von Entspannung und Unterhaltung zugeschrieben, soweit sie dazu dienen, den Konsumenten Muße, Erholung, Unterhaltung sowie innerfamiliären, freundschaftlichen und gesellschaftlichen Kontakt zu verschaffen, zu erleichtern oder angenehmer zu machen. Als dritte Funktion von Haushaltsausgaben wurde die Symbolfunktion, die der demonstrative Konsum habe, genannt. Es handelt sich hierbei um Ausgaben, soweit sie jenen Besitz und Verbrauch finanzieren, der geeignet ist, den materiellen Erfolg des Haushalts, seinen tatsächlichen oder erstrebten gesellschaftlichen Rang oder schließlich seinen Lebensstil sichtbar zu machen".

In jedem der beiden Ansätze, dem neueren französischen und dem älteren deutschen, kann die Operationalisierung der jeweils genannten drei Grundkategorien indes nicht voll befriedigen. Bei Bourdieu bleibt die Kategorie der Nahrung im Vergleich zu den beiden anderen Kategorien zu konkretistisch. Bei Scherhorn erscheint der symbolische Konsum zweimal, sowohl unter dem Vorzeichen der restitutiven Funktion als auch unter dem der repräsentativen. Die Symbolisierung der innerfamiliären Interaktion läßt sich überdies mit historischen Haushaltsrechnungen nicht fassen, weil sie selten Angaben über die Verteilung persönlicher Taschengelder oder die persönliche Zuteilung von Hygieneartikeln, Bekleidung usw., kurz: Indikatoren familiärer Rollensymbolisierung enthalten. Nicht nur dem demonstrativen Konsum (*conspicuous consumption*) kommt Symbolfunktion zu. Seit Durkheim und Halbwachs darf die Funktion der Kontaktaufnahme und Kontakterhaltung mit der Umwelt nicht auf bestimmte "demonstrative" Konsumakte beschränkt werden. Halbwachs betrachtete die Verfeinerung der Ansprüche an Bequemlichkeit und Komfort, die Differenzierung der Wünsche und das Raffinement des Geschmacks als positives Zeichen für die gesteigerte Komplexität gesellschaftlichen Lebens. Mit der Teilnahme an der Öffentlichkeit wachse die Sensibilität für die Umwelt, desto mehr hebe

sich das Individuum von der primitiven Rohheit ab, die umgekehrt ein Rückzug aus den Bindungen mit der Gesellschaft unweigerlich hervorrufen müsse⁹.

Die neueren Versuche einer Revision der traditionellen Gliederung der Objekte des Konsums erliegen – wie man sieht – leicht der Versuchung, die postulierten Funktionen, die konsumtiv wirksam werdenden Kaufakten zugesprochen werden, doch nur als anders etikettierte Schubladen zu reifizieren. Demgegenüber muß betont werden, daß konsumtive Funktionen wie Reproduktion der Arbeitskraft, Ablenkung und Zerstreuung, Erweiterung des kulturellen Kapitals, Identifikation mit Symbolen, Demonstration von Status, gleich unterschiedlichen Facetten an ein und demselben Objekt der Konsumtion aufscheinen oder abdunkeln, je nach dem welchen Blickwinkel der analysierende Beobachter einnimmt. Ein und dieselbe Ware oder Dienstleistung kann gleichzeitig mehr als eine Funktion aktualisieren. Ob das der Fall ist und wie das geschieht, muß historisch erklärt und kann nicht auf technische Fragen der Messung abgeschoben werden¹⁰. Um vorschnellen Etikettierungen vorzubeugen, wird das Augenmerk zunächst auf eine Auswahl von 15 Ausgabeposten, die als besonders sensible Indikatoren für differentiellen Konsum gelten können, gerichtet¹¹. Von der Mikroebene möglichst homogener Produktgruppen ausgehend, folgen wir mithin demselben Verfahren wie bei der Bildung von sozioprofessionellen Gruppen.

5.1 Zwei Klassen – zwei Welten ?

Disraells berühmtes Diktum, wonach der bürgerlichen Klasse die Lebensweise weit entfernter Völkerschaften weniger unbekannt sei als die der proletarischen Schichten im eigenen Land¹², war nicht nur eine motivierende Leitidee für die Sozialstatistik des Kaiserreichs¹³; der Gegensatz zwischen bürgerlichen Mittelschichten und Arbeiterklasse bestimmte die

Forschung über soziale Ungleichheit bis zu der modernen Debatte über die Emergenz disparitärer Lebensstile¹⁴.

Mancher zeitgenössische Beobachter nahm in den Gegensätzen der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen sogar auseinanderlaufende Entwicklungstrends wahr. Der für Arbeiter typische Lebensstil erschien einerseits provisorisch, andererseits paradox und ohne Perspektiven: *unser freier Arbeiterstand lebt in einem dauernden scharfen Widerspruch, weil seine formale Freiheit zu seiner materiellen Gebundenheit in schroffem Gegensatz steht*¹⁵. Zwar würden immer mehr Produkte entwickelt, und es würde in größeren Mengen als früher produziert; die Masse der Arbeiter habe aber nicht die Mittel, die Waren im benötigten Umfang zu kaufen. *Dieser Umstand führt dann die Arbeiterbevölkerung in ihrer Haushaltsführung in eine Zwischenstellung, welche weder dem alten noch dem neuen sich herausbildenden Zustand völlig entspricht und daher das Quälende und Unfertige eines Übergangsstadiums mit sich bringt*¹⁶. Wo sich denn die im Zuge der Zeit liegende Modernisierung des Lebensstils endlich durchsetze, geschehe dies, ohne daß die proletarischen Konsumenten bewußt es anzustreben überhaupt Gelegenheit bekämen. Passiv den Momenten des sozialen und ökonomischen Wandels ausgesetzt, ohne die materiellen Mittel, sich geistig und seelisch zu entfalten, stehe die ganze Arbeiterschaft – wie um die Jahrhundertwende konstatiert wurde – *noch immer auf recht mäßiger Stufe der Kulturentwicklung*¹⁷. Ein Vierteljahrhundert später konnte eine bekannte, in der evangelischen Sozialarbeit engagierte Fürsorgerin wieder darüber Klage führen, wie einfalllos *die Arbeiterschaft die bürgerliche Lebenshaltung imitiere*¹⁸.

Bei vielen Angehörigen der Arbeiterklasse standen die Chancen für die kreative Ausbildung eines eigenen Lebensstils in der Tat schlecht. Die notorische Knappheit der Mittel und die mangelnde Konstanz und Verlässlichkeit beim Zufluß der Mittel waren denkbar schlechte Voraussetzungen. Nicht nur technologische Veränderungen und konjunkturelle Schwankungen wirkten sich unmittelbar auf das proletarische Budget aus, jedes Tagesereignis wie Streiks und Schlechtwettereinbrüche konnten die geplanten Budgetierungsverläufe über den Haufen werfen¹⁹. Anders als der

Beamte und der Angestellte, konnte der Arbeiter *mit der Dauer des Vertragsverhältnisses oder dem Jahr schwerlich in dem Sinn rechnen, daß sie seine Existenz gliedern. Hier verschwimmt alles ins Unbestimmte, und von außen kommende Kräfte [...] atomisieren sein Leben. Die Jahreszeiten sind für ihn wohl die Hauptperioden seiner Existenz, die Woche die Einheit seines ökonomischen Lebens.* Mancher bürgerliche Kritiker, dem die "Hebung der unteren Volksklassen" ein Anliegen war, hielt, weniger subtil, einfach proletenhafte Genußsucht und Disziplinlosigkeit für den (vermeidbaren) Anfang des Niedergangs einer Proletarierhaushaltung²⁰:

Wohl jeder von uns weiß diesen oder jenen aus seiner Bekanntschaft zu bezeichnen, der infolge seines Fleißes, seiner Tüchtigkeit und seiner Arbeitsamkeit von Stufe zu Stufe emporstieg, der vom Gehilfen zum Aufseher, zum Werkmeister ernannt wurde, sich dann wohl selbständig machte, eine eigene Werkstätte eröffnete und, wenn ihm das Glück hold ist, als wohlhabender Mann sich dereinst zur Ruhe setzen wird. Und umgekehrt können wir den einen oder andern mit Namen nennen, welcher sein gutes Auskommen hatte, aber durch sein Wirtshausleben, seine Neigung, blauen Montag zu machen, und seine Gewohnheit, niemals für den kommenden Tag zu sorgen, unlustig zur Arbeit, unaufmerksam und unwillig in seinem Berufe wurde und nun seine gutbezahlte Arbeitsstelle mit einem untergeordneten Platze vertauschen mußte. Nein, nicht der Arbeitgeber ist es, welcher dem Arbeiter seine Ersparnisse mißgönnt: weiß er doch, daß der nüchterne und sparsame Arbeiter auch zugleich der sorgsamste und beste Arbeiter ist; es sind vielmehr die Unmäßigkeit, die Trunksucht, die Unfähigkeit, seinen niedrigen Leidenschaften Einhalt zu gebieten, die so manchen Arbeiter zum Sklaven seines Arbeitgebers machen.

Der proletarischen Ehe traute man nicht die Kraft zu, dieser Zügellosigkeit zu steuern. Auch der verheiratete Arbeiter suche vielfach Erholung *in materiellen Genüssen und im Wirtshausbesuch am Sonntag Nachmittag, was zweifellos eine Nachwirkung des gewohnten Lebens im ledigen Stande sei*²¹.

Die Mitte der 1960er Jahre von Dahrendorf präsentierten *Eigenarten der Arbeiterschicht* liegen mithin auf dieser mehr als hundertjährigen Kontinuitätslinie sozialkritischer Deutung: frühe Eheschließung, größere durchschnittliche Kinderzahl, höhere Säuglingssterblichkeit, geringere Lebenserwartung formen ein Syndrom sich vererbender Benachteiligungen, bei denen die Anteile individuellen Verschuldens und gesellschaftlicher Schuldzuweisung jeweils schwer zu trennen sind. Arbeiter machten noch in der frühen Bundesrepublik weniger Urlaub und gaben einen größeren Teil

Ihres Einkommens für Lebensmittel aus. *Ihnen fehlt*, so läßt sich das soziale Stereotyp nun vervollständigen, *das mittelständische Muster der aufgeschobenen Befriedigung, also des Verzichts auf unmittelbaren Genuß zugunsten eines größeren späteren*. Sie haben einen anderen Zeitsinn und überhaupt andere Konsumgewohnheiten [...], *andere Einstellungen zur Kindererziehung, ein anderes Verhältnis zum Erlebnis der Sicherheit, eine größere Distanz zu den herrschenden gesellschaftlichen Werten* ²². Zur selben Zeit resümierte ein US-amerikanisches Standardwerk, etwas distanzierter, die determinierenden Werte der Lebenshaltung aller Gruppen von Arbeitern seien die folgenden: Traditionalismus, Stabilität und Sicherheit; Personenzentriertheit; Pragmatismus; Grundtonus des Lebensgefühls seien "Intensität" und "Aufgeregtheit"²³.

Die Frage, was dran war an diesen, aus unterschiedlichen politischen Blickwinkeln geäußerten Vorstellungen einer Zwei-Klassen-Gesellschaft wird bei den folgenden Ausführungen stets Thema bleiben. Dabei soll hier die terminologische Frage, wie die beiden Seiten dieser sozialen Klüftung zu benennen seien, gar nicht entschieden werden. Wir reden vom "proletarischen" Konsum, was dem wissenschaftlichen Diskurs geläufig sein mag, und von "bürgerlichen" Zügen konsumtiver Entscheidungen, was in Ermangelung eines besseren Sammelbegriffs geschieht, wohl wissend, daß wir stets in der Klasse der abhängig Beschäftigten bleiben, jener Menschen, die für den Einsatz ihrer Arbeitskraft Lohn oder Gehalt oder "Sold" beziehen.

5.2 Genuß und Verzicht

Die These von einer arbeitertypisch starken Genußorientierung, die den Konsum der Klasse auch schon um die Jahrhundertwende geprägt habe, wird, wenn auch anders bewertet, bis heute aufrecht erhalten. Sie wird zuweilen als kompensatorischer Konsum gedeutet und mit dem herrschenden

Elend begründet, manchmal hingegen gerade aus der trendmäßigen Hebung der materiellen Lebensbedingungen und der Erhöhung der Löhne, die seit Ende des 19. Jahrhunderts immer bessere Lebensmittel, schöneres Wohnen, vorzeigbarere Kleidung und erhöhte Mobilität ermöglicht hätten²⁴, hergeleitet. *Even with all significant gains in food, clothing, and shelter, the lower classes increasingly had money left over for other expenses. [...] Popular theaters and music halls arose in the cities to attract the masses [...] The rising average wealth [...] undoubtedly brightened the lives of most people. [...] Saving accounts and sometimes insurance programs provided some protection against illness and old age [...] the fairly steady increase in well-being encouraged a new interest in material enjoyments.*

Als Indikatoren für das Widerspiel von Genuß und Verzicht als konsumleitenden Entscheidungsprinzipien bieten sich bestimmte Verbrauchsgüter aus der Gattung der Nahrungs- und Genußmittel an (Abschnitte 5.2.1.1 und 2), aber auch die Neigung, durch Konsumverzicht oder durch Aufwendungen für Zukunftsvorsorge zu sparen, statt gegenwärtige Bedürfnisempfindungen zu befriedigen (Abschnitt 5.2.1.3). Auf Genußkonsum in Form von außerhäuslicher Unterhaltung wird in Abschnitt 5.2.3.1 eingegangen, u.zw. als Kontrapunkt zur genußbelastenden Investition in Bildung (Abschnitt 5.2.3.2). Der zweite Teil dieses Kapitels (5.2.2) behandelt Aspekte der Polarität von (familiärem) Innenleben und der Öffentlichkeit der Straßen. Zunächst wenden wir uns jedoch dem Konsum von Nahrungs- und Genußmitteln insgesamt, dem beherrschenden Posten in den privaten Haushaltsrechnungen am Beginn des 20. Jahrhunderts zu.

5.2.1 Luxus und Notwendigkeit

*Trocken Brot mit Freud' ist
besser als Braten mit Leid*

Wie²⁵ steht es in unseren Vorkriegshaushalten mit den Lebensmittel- und Genußmittelausgaben? Als seit der Jahrhundertwende die Lebensmittelpreise

zu steigen begannen, war das vielfach der Auslöser dafür, Haushalte über ihre Ausgaben zu befragen. Die Beobachter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes meinten sogar, man habe in der Geschichte *noch nie eine solch anhaltende Teuerung feststellen können* ²⁶. Im Durchschnitt aller von ihnen dokumentierten 320 Haushalte benötigte jede Familie 975 Mark oder 53 % ihrer Gesamtausgaben für Nahrungs- und Genußmittel. Es gab allerdings Berufsgruppen unter den Metallarbeitern mit wesentlich niedrigeren Aufwendungen – am niedrigsten war der für die Schiffsbauer mit Gesamteinnahmen unter 1.200 Mark ausgewiesene Durchschnitt: 350 Mark von 1.155 Mark Gesamtausgaben, das heißt 30 %, während Kernmacher mit mehr als 2.500 Mark Gesamteinnahmen stolze 1.756 Mark, das heißt 62 % ihrer Gesamtausgaben (2.813 Mark) für Lebensmittel aufwendeten – also keine Spur des Engelschen Gesetzes. Wurde die Gesamtheit aller Haushalte nach Berufen differenziert, ergab sich eine Bandbreite der Ernährungsausgaben von 700 bis 916 Mark beziehungsweise 39 bis 51 % der Gesamtausgaben.

Nach dem Urteil der Bearbeiter vom DMV waren die Zahl der Kinder im Haushalt und der Grad der körperlichen Anstrengung, die die Arbeit des Mannes erforderte, die ausschlaggebenden Einflußfaktoren²⁷. Allerdings sahen sie gleichzeitig eine

typische Bestätigung des "Engelschen Gesetzes" darin, daß sich die niedrigsten Prozentsätze gerade bei den Berufsgruppen mit den höchsten Einnahmen, die in der nebenstehenden Tabelle zu-

Nahrungsmittelausgaben in Metallarbeiter-Haushalten,
Deutsches Reich 1907

Berufe	Gesamteinnahmen [in Mark]	Gesamtausgaben [in Mark]	Ausgaben für Nahrungsmittel (ohne Genußmittel) [in Mark]	[in Prozent der Gesamtausgaben]
Angestellte des Verbandes	2.350	2.327	916	39
Graveure	2.063	2.028	852	42
Schmiede	1.997	1.978	892	45
Mechaniker	1.965	1.954	879	45

sammengestellt sind, fanden. Der Einfluß der Berufsvariablen war freilich im einzelnen kaum zu validieren, weil die Berufsangehörigen unter ande-

rem in verschiedenen Orten wohnten und unterschiedlich viele Kinder hatten.

In der zusammenfassenden Darstellung des DMV schien das Engelsche Gesetz einmal mehr bestätigt. Trotz wachsender Familiengröße sank der Anteil der Nahrungsmittel im Gesamtbudget in dem Maße, wie das Gesamteinkommen der Haus-

halte stieg. Aber hier war nun der zweite als wichtig

erkannte Faktor nicht mehr greifbar: die Ortsgröße. Wußte man

doch, daß in den Großstädten (100.000 Einwohner und mehr)

besonders viel für Nahrungsmittel verlangt,

freilich auch hoher Lohn gezahlt wurde. In dem Spiel der widerstreitenden Erwägungen gewann die Bewertung der Budgetangaben nicht sehr viel an Klarheit. Das

meiste Geld gaben, wie man sah, die Haushalte in

Bremen, Essen und Berlin aus, ohne daß sich - wie die Bearbeiter

richtig betonten - daraus folgern ließ, dies seien die teuersten

Familiengröße und Ausgaben für Lebensmittel, Metallarbeiter, Deutsches Reich 1908

Gesamteinkommen [in Mark]	Anzahl der Haushalte	Familiengröße	Ausgaben für Nahrungsmittel (ohne Genußmittel) [in Prozent der Gesamtausgaben]	
			[in Mark]	[in Prozent der Gesamtausgaben]
Unter 1.200	12	2,83	565	49
1.200-1.600	80	3,57	713	49
1.600-2.000	116	3,72	833	47
2.000-2.500	91	3,97	977	45
Über 2.500	21	5,53	1.228	46
1.856	320	3,84	860	47

Quelle: DMV (1909), S. 45.

Ortsgröße und Ausgaben für Nahrungsmittel, Metallarbeiter, Deutsches Reich 1908

Ortsgröße	N	Gesamtausgaben [in Mark]	Ausgaben für Nahrungsmittel (ohne Genußmittel) [in Prozent der Gesamtausgaben]	
			[in Mark]	[in Prozent der Gesamtausgaben]
Großstadt	185	1.949	908	47
Mittelstadt	98	1.685	807	48
Kleinstadt	37	1.578	770	49

Quelle: DMV (1909), S. 48 und 50.

Städte gewesen. Denn *zum großen Teil hängt die Ausgabe für Nahrung ja auch von den Einnahmen ab*²⁸. In den Mittelstädten (als solche betrachtete der DMV – abweichend von der Reichsstatistik – Städte mit 30.000 bis 100.000 Einwohnern) waren die Ausgaben höher als in den Kleinstädten. Weder die Bearbeiter der Erhebung des DMV noch des Kaiserlichen Statistischen Amtes ermittelten nennenswerte Stadt-/ Land- Unterschiede in den Nahrungsmittelausgaben, dem wichtigsten und umfangreichsten Posten der Existenzbedürfnisse. Bei den Metallarbeiterhaushalten machten die Unterschiede zwischen den Ortsgrößenklassen nur jeweils 1 Prozentpunkt aus, und in der Erhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes²⁹, die ein Jahr vor der des DMV stattfand und 852 Haushalte hauptsächlich von Arbeitern und Beamten erfaßte, wichen nur die Kleinstadthaushalte vom Ausgabenmuster der übrigen Haushalte ab. Der Vergleich zwischen diesen beiden wichtigen Quellen ist jedoch durch eine unterschiedliche Definition des Begriffs Genußmittel erschwert³⁰. Insgesamt betragen die Einnahmen pro Haushalt im Durchschnitt 2.192 Mark und die Gesamtausgaben 2.234 Mark, davon für Nahrungs- und Genußmittel 48 %. In den Städten unter 100.000 Einwohnern ergab sich ein geringerer Aufwand in Mark nicht nur bei den Lebensmitteln, sondern auch bei den Ausgaben für Kleidung, während die übrigen Posten des Haushaltsbudgets – wenn nur die Ortsgrößenvariable kontrolliert wurde – ziemlich unbeeinflusst schienen. In den Großstädten

Ortsgröße und Ausgaben für Nahrungsmittel,
Deutsches Reich 1907

Ortsgröße	N	Gesamtausgaben in Mark	Ausgaben für Nahrungsmittel (ohne Genußmittel ¹)	
			[in Mark]	[in Prozent der Gesamtausgaben]
Großstadt	701	2.165	895	41,3
Mittelstadt (20.000-100.000 E)	81	2.280	914	40,1
Kleinstadt	34	2.937	968	33,0

1 Es ist bei der Neuberechnung die Definition des DMV zugrunde gelegt, also als Genußmittel nur Tabak und Alkohol berücksichtigt worden. Allerdings erlauben die zusammenfassenden Tabellen der amtlichen Erhebung, die dazu herangezogen werden müssen, nur, die Ausgaben in der Gastwirtschaft insgesamt als Genußmittel von den Nahrungsausgaben abzuziehen, so daß in dem bereinigten Betrag nun auch die Speisen im Lokal, die – wie die Tabelle in: Erhebung (1909), S. 20*, zeigt – durchschnittlich die Hälfte dieses Postens ausmachten, fehlen.

Quelle: Erhebung (1909), S. 42*, S. 149.

kam hinter den Lebensmitteln als zweithöchste Ausgabe die Wohnung, in den kleineren Städten die Kleidung – sowohl in Mark als auch prozentual. Daraus schlossen die Bearbeiter des DMV, daß die Mittel- und Kleinstädter für Nahrung und Kleidung deswegen mehr aufzuwenden in der Lage waren, weil sie den hohen Aufwand für die Wohnung nicht hatten.

Was können wir über die Ausgaben für Lebens- und die Genußmittel, zusammengenommen der größte und auf den ersten Blick notwendigste Budgetposten, feststellen? Er beanspruchte zu Beginn dieses Jahrhunderts im Haushalt des Angestellten und des Arbeiters im Durchschnitt die Hälfte und in Beamtenhaushalten nur zwischen 30 und 40 % aller Ausgaben des Haushalts. Natürlich wuchsen die Ausgaben mit steigendem Einkommen; aber Tabelle T.5.2.1 (1) zeigt, daß die Niveaus von Berufsgruppe zu Berufsgruppe unterschiedlich blieben, und Tabelle T.5.2.1 (2), daß dies auch für die Anteile je Berufsgruppe galt, daß die vom Engelschen Gesetz postulierte Abnahme der Anteile sich nicht durchgängig beobachten läßt – zum Beispiel nicht bei den unteren Beamten bis 3.000 Mark Jahresausgaben (Ausgabenklasse 7) und bei Arbeitern zwischen 800 und 3.500 Mark – und daß einige Male der Anteil dieser Ausgaben an den Gesamtausgaben mit wachsendem Einkommen nicht nur kaum fiel, sondern eher stieg (Arbeiter und Gehilfen des Handwerks).

Sozioprofessionell relevante Konsumunterschiede erhärten sich erst, wenn man die Höhe dieses Konglomerats von Ausgaben mit immerhin recht unterschiedlichem Charakter in Abhängigkeit von der Anzahl der Kinder im Haushalt beziehungsweise der Haushaltsmitglieder beurteilt³¹.

Ausgabenbeschränkungen im Nahrungsmittelbereich – besonders *für die stoffhaltigsten und gewöhnlichsten Nahrungsmittel* – korrelieren nach Bourdieus Beobachtung³² mit abnehmender Geburtenhäufigkeit. Zeichen der Selbstbeschränkung in Askese, deuten sie genau wie das Ideal der Kleinfamilie auf die mit dem "legitimen Geschmack" verknüpfte Disposition, *Verlangen und Lust des Augenblicks künftigen Wünschen und Befriedigungen zu opfern* und stehen damit in krassem Gegensatz zum *spontanen Materialismus der unteren Klassen*. So läßt das differentielle Nahrungs-

Haushaltsgröße und Gesamtausgaben für Nahrungs- und Genußmittel
Anzahl der Haushaltsmitglieder in ausgewählten Berufsgruppen vor 1914

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse									
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	1-11
Beamte mittlere	2,8	3,7	4,9	5,3	5,3	4,8	4,6	5,1	6,1	5,0
Beamte untere Beamte	2,0	.	.	3,0	4,1	4,1	4,4	5,3	6,2	4,5
Lehrer	3,0	3,7	5,0	5,6	5,9	6,4	6,3	6,3	12,0	5,6
Angestellte	.	.	4,0	3,0	4,2	4,7	4,2	4,5	5,4	4,5
Arbeiter ungelernte	.	4,0	4,4	5,0	4,6	5,6	5,0	2,0	3,0	4,6
Arbeiter Arbeiter und Gehilfen im Handwerk	3,8	4,2	4,3	4,7	4,8	5,6	8,2	8,1	9,7	4,8
gelernte Indu- striearbeiter "Aufstiegs- schicht"	3,7	4,4	3,9	4,2	5,0	8,0	8,0	.	.	4,4
	2,5	4,1	4,3	4,5	4,6	5,3	7,5	.	.	4,5
	3,6	3,8	4,3	4,9	4,2	3,9	7,5	9,0	6,0	4,4
	2,8	3,8	4,8	5,5	5,3	4,9	4,7	5,3	6,4	5,0

mittelbudget sozial gebundene Zeitvorstellungen vermuten: *Dem unterschiedlichen Bezug zur Nahrung des täglichen Bedarfs liegt mithin eine jeweils andere Einstellung zur Zukunft zugrunde, welche wiederum selbst in einem zirkulären Kausalverhältnis zu einer jeweiligen objektiven Zukunft steht: [...] Für diejenigen, die - wie es so heißt - keine Zukunft haben, die jedenfalls von dieser wenig zu erwarten haben, stellt der Hedonismus, der Tag für Tag zu den unmittelbar gegebenen seltenen Befriedigungsmöglichkeiten ("die günstigen Augenblicke") greifen läßt, allemal noch die einzig denkbare Philosophie dar.* Diese Gegenwartsbezogenheit sah Stearns³³ als ein Charakteristikum proletarischen Konsumierens überhaupt, über alle nationalen Zugehörigkeiten hinweg. Arbeiter *tended to spend any extra money on present enjoyment*, und zwar nicht nur in Form von Freizeit-erholung und Unterhaltung, sondern auch *by improving their diets*. Dagegen nun aber die unteren Mittelschichten - das waren nach seinem Sprachgebrauch kleine Selbständige und Angestellte, aber auch gelernte, hochbezahlte Arbeiter, die ihr Geld statt für die Ernährung lieber für die Verbesserung oder Zurschaustellung ihres sozialen Prestiges und für ihren Wohnbedarf ausgaben.

Mit unseren Haushaltsrechnungen können wir dieses Bild nun wesentlich präzisieren. Vor allen Dingen werden - auf dem Hintergrund der Einkommensvarianz - divergente Verbrauchsgewohnheiten bei Lohn- und bei Gehaltsempfängern, Arbeitern und Angestellten, offenbar. In niedrigen Einkommensklassen gaben Arbeiter in der Tat mehr für Lebens- und Genußmittel aus als die "besseren Kreise", in höheren jedoch weniger, was darauf schließen läßt, daß die Leitregel ihres Konsumverhaltens die Gleichmäßigkeit war - ein bestimmtes Quantum mußte eben sein, ob man viel verdiente oder nicht. Bei den Berufsgruppen der Gehaltsempfänger ist diese Gegenläufigkeit, wenn überhaupt beobachtbar, abgeschwächt. Sie gaben insgesamt prozentual weniger für Ernährung und Genuß aus - im Niveau abgestuft nach Berufsgruppen, die Angestellten mehr als die mittleren Beamten, die mittleren Beamten etwas mehr als die Lehrer. Grosso modo, reduzierten sie alle ihre Ausgaben - pro Kopf und prozentual - nicht so stark wie die Arbeiter, oder anders ausgedrückt: Sie scheinen bei höheren Einkommen bereitwilliger gewesen zu sein, ihre Ausgaben - nominal - stärker steigen zu lassen. Zwei Ausnahmen gibt es, beide einander entgegengesetzt. Die Lehrer gaben innerhalb ihrer eigenen Berufsstellungsgruppe, den Beamten, nominal relativ viel für Ernährung und Genuß aus und reduzierten den Anteil dieses Postens in ihrem Budget bei höherem Einkommen weniger, so daß ihre nominalen Ausgaben mit ihren Einkommen stark stiegen. Bei den unteren Beamten funktionierte die Koinzidenz von Nahrungsbeschränkung und Geburtenbeschränkung offenbar nicht; sie bleiben eine Sondergruppe, insofern sie wenig Geburtenbeschränkung durchführten und trotzdem außerordentlich an der Ernährung sparten. Spottete der Volksmund wohl nicht zu Unrecht über sie als Träger von "Titel ohne Mittel", belustigte sich über einen Mainzer Käse als "Beamtenkotelett" und eine besonders billige Sorte Streichwurst als "Beamtenwurst"³⁴.

Wenn man die Haushaltsgröße "kontrolliert"³⁵, dann ergibt sich, daß im späten Kaiserreich ernährungsmäßig das Existenzminimum bei etwa 200 Mark pro Person und Jahr lag. In allen Berufsgruppen wurden die Pro-Kopf-Ausgaben für Ernährung von zum Teil unter 100 Mark (in Arbeiterhaushalten) zunächst bis zu diesem Betrag angehoben; er war ungefähr in Gesamtausgabenklasse 3 erreicht und machte dort 15 % am Gesamtbudget

**Pro-Kopf-Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel
in ausgewählten Berufsgruppen vor 1914, in Mark**

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse							
	3	4	5	6	7	8	9	1-11
Haushalte insgesamt	200,97 (148)	211,84 (261)	214,26 (181)	236,06 (268)	258,24 (175)	260,77 (114)	275,42 (60)	230,07 (1289)
Beamte	209,81 (15)	182,11 (45)	197,84 (43)	208,11 (78)	260,69 (95)	279,63 (75)	282,89 (46)	241,27 (429)
mittlere Beamte	.	.	277,04 (1)	249,52 (21)	282,75 (55)	285,78 (51)	268,62 (21)	275,34 (162)
untere Beamte	208,79 (14)	182,29 (43)	187,05 (38)	189,18 (50)	207,47 (27)	197,44 (9)	212,36 (3)	192,02 (188)
Lehrer	.	178,19 (2)	276,75 (4)	225,35 (6)	263,73 (13)	297,24 (17)	307,67 (22)	286,85 (79)
Angestellte	212,45 (7)	209,47 (13)	197,71 (8)	236,59 (8)	241,85 (9)	275,88 (4)	456,13 (1)	232,78 (51)
Arbeiter	201,17 (121)	219,94 (189)	223,47 (119)	248,03 (159)	256,73 (58)	196,62 (26)	231,04 (11)	223,56 (722)
Gehilfen und ungelernete Arbeiter	198,34 (19)	257,33 (25)	264,48 (9)	231,62 (23)	170,34 (1)	193,25 (1)	.	228,05 (86)
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	200,44 (60)	215,68 (113)	230,81 (70)	275,69 (88)	280,00 (37)	228,39 (9)	261,62 (1)	235,22 (388)
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	202,22 (53)	218,87 (84)	241,99 (44)	262,23 (60)	246,77 (26)	223,88 (8)	.	230,53 (279)
gelernte Industriearbeiter	202,65 (13)	226,87 (38)	218,69 (29)	295,64 (32)	358,54 (11)	228,84 (2)	261,62 (1)	248,14 (133)
"Aufstiegschicht"	210,01 (21)	188,60 (56)	190,78 (47)	210,02 (79)	257,37 (91)	272,74 (64)	269,37 (25)	230,86 (401)

aus. In dem nach oben anschließenden Einkommensintervall differenzierte sich das Verbrauchsverhalten nach sozioprofessioneller Zugehörigkeit unbeschadet der Tatsache, daß - wie es das Engelsche Gesetz prognostizierte - der prozentuale Anteil am Budget kontinuierlich sank. Aus den beiden Tabellen der Pro-Kopf-Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, die hier auszugsweise wiedergegeben werden, geht das arbeitertypisch erhöhte Ausgabenniveau dieses Budgetpostens hervor. Arbeiter gaben pro Person

1 bis 2 Prozentpunkte mehr aus als der Durchschnitt aller fast 1.300 Haushalte. In den mittleren Gesamtausgabenklassen zwischen 1.500 und 2.400 Mark war der Unterschied zu den bürgerlichen Schichten größer als in den unteren und auch in den nominalen Beträgen sichtbar, während ab etwa zweieinhalbtausend Mark die Arbeiter sparsamer wurden. Innerhalb der Arbeiterklasse machten die Haushalte von ungelernten Arbeitern und von industriellen Facharbeitern pro Person möglicherweise etwas höhere Ausgaben; der Umfang beziehungsweise die Häufigkeit ihrer Überausgaben reichen statistisch jedoch nicht aus, von Differenzierungen innerhalb der Arbeiterklasse zu sprechen³⁶.

Angestellten- und Beamtenberufe gaben tendenziell weniger für den Sammelposten Nahrungs- und Genußmittel aus als Arbeiter. Hier muß möglicherweise von zwei eigenständigen Konsummustern gesprochen werden, weil sich bei den Angestellten ein gegenüber allen Beamtengruppen etwas höheres Ausgabenniveau - und damit innerhalb der Berufsstellungsgruppen eine Mittellage - abzeichnet.

Die Ähnlichkeit des Ausgabeverhaltens unterer Beamter mit dem der Arbeiter zwischen 800 und 3.000 Mark, die aus den Tabellen T.5.2.1(1) und (2) herausgelesen werden könnte, trägt hier indes³⁷. In Wirklichkeit gehörten auch die Unterbeamten dem bürgerlichen Verbrauchstypus, der durch Einschränkung charakterisiert war, an. Mit den ab Gesamtausgabenklasse 4 kinderreichsten Familien, mochten sie an sich schon zu Einsparungen gezwungen sein; aber sie sahen eben, stärker als andere Gruppen, bei Nahrung und Genuß weitere Einschränkungsmöglichkeiten und waren bereit, fast immer noch unter dem individuellen Existenzminimum von 200 Mark zu bleiben. Wenn die 12 Familien unterer Beamter in den Gesamtausgabenklassen 8 und 9 kleiner waren als die entsprechenden Arbeiterfamilien, gaben sie pro Kopf trotzdem nicht mehr für ihre Ernährung aus. Nach Tabelle T.5.2.1(2) lagen ihre Haushaltsausgaben hier bei beamtentypischen 40 %.

Den Lehrern und den Angestellten, zwei Berufsgruppen mit fast gleich großen Haushalten (4 bis 5 Personen) war gemeinsam, im Mittelbereich der

**Pro-Kopf-Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel
in ausgewählten Berufsgruppen vor 1914, in Prozent der Gesamtausgaben**

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse							
	3	4	5	6	7	8	9	1 - 11
Haushalte insgesamt	14,6 (148)	12,8 (261)	11,3 (181)	10,9 (268)	9,9 (175)	8,3 (114)	7,2 (60)	11,3 (1289)
Beamte	15,0 (15)	10,8 (45)	10,4 (43)	9,5 (78)	9,9 (95)	8,9 (75)	7,4 (46)	9,6 (429)
mittlere Beamte	.	.	14,4 (1)	11,2 (21)	10,7 (55)	9,1 (51)	7,1 (21)	9,6 (162)
untere Beamte	15,0 (14)	10,8 (43)	9,8 (38)	8,7 (50)	8,1 (27)	6,3 (9)	5,8 (3)	9,8 (188)
Lehrer	.	10,3 (2)	14,1 (4)	9,8 (6)	9,7 (13)	9,4 (17)	8,0 (22)	8,8 (79)
Angestellte	15,2 (7)	12,8 (13)	10,4 (8)	10,6 (8)	9,0 (9)	8,7 (4)	11,3 (1)	11,4 (51)
Arbeiter	14,7 (121)	13,3 (189)	11,8 (119)	11,8 (159)	10,0 (58)	6,2 (26)	6,1 (11)	12,3 (722)
Gehilfen und ungelernete Arbeiter	14,3 (19)	15,3 (25)	14,1 (9)	10,9 (23)	6,4 (1)	6,4 (1)	.	13,6 (86)
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	14,6 (60)	13,1 (113)	12,1 (70)	12,8 (88)	10,9 (37)	7,1 (9)	7,3 (1)	12,7 (388)
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	14,7 (53)	13,3 (84)	12,7 (44)	12,2 (60)	9,6 (26)	6,9 (8)	.	12,7 (279)
gelernte Industriearbeiter	14,7 (13)	13,8 (38)	11,5 (29)	13,8 (32)	14,0 (11)	7,2 (2)	7,3 (1)	13,3 (133)
"Aufstiegschicht"	15,1 (21)	11,3 (56)	10,0 (47)	9,6 (79)	9,8 (91)	8,7 (64)	7,1 (25)	9,9 (401)

Jahreseinkommen zwischen etwa 1.500 und 3.500 Mark, ihre anteiligen Pro-Kopf-Ausgaben mit 9 bis 10 %, über die Einkommensstufen hinweg, konstant zu halten. Nominal stiegen also mit den verfügbaren Ressourcen die Nahrungsmittelausgaben bei ihnen. Mit vermutlich weniger Kindern mag ihnen einerseits mehr Zeit zu ökonomischem Einkauf und rationeller Speisenzubereitung zur Verfügung gestanden haben; es läßt sich aus dem Zahlenbefund aber gleichzeitig entnehmen, daß die Ernährung in ihrem Urteilshorizont doch so wichtig war, daß sie dort nach Möglichkeit zulegten, während Arbeiter, hatten sie einmal den Standard von 200 Mark

erreicht, fortführen, jedem einzelnen Haushaltsmitglied ungefähr gleichbleibende Beträge zuzubilligen. Während untere Beamte buchstäblich am Munde absparten und es den Angestellten, vor allem aber den Lehrern sichtbar schwer fiel, Verzicht zu leisten, behielten die mittleren Beamten durch alle Einkommensstufen ein hohes Versorgungsniveau, das zwischen Arbeitern und Lehrern/Angestellten einzuordnen ist, bei. In Gesamtausgabenklasse 6 gaben sie pro Person, prozentual wie nominal, fast genausoviel aus wie Arbeiter, in den höheren Einkommensstufen mehr als diese, aber weniger als Angestellte und Lehrer.

Den Zahlen über die Aufwendungen für Ernährung und Genuß, wie sie den Haushaltsrechnungen zu entnehmen sind, können für das letzte Jahrzehnt des Kaiserreichs erfreulicherweise zeitgenössische Schätzungen und Standards gegenübergestellt werden, so daß sie an Bedeutungsfülle gewinnen. Diese Expertisen bezogen sich fast immer auf die Bedürfnisse von Arbeiterhaushalten und nur auf den als unbedingt notwendig erachteten, existentiell-minimalen Bedarf. An solchen Expertenschätzungen gemessen, muß es fast unbegreiflich erscheinen, daß Haushalte von 4 bis 5 Personen wie im Berliner Gesamtbestand in den unteren Einkommensklassen für die Summe aller Nahrungs- und Genußmittel weniger als 1.000 Mark ausgeben konnten. Aber die von uns ermittelten Beträge stimmen mit den Resultaten aus anderen Quellen ziemlich gut überein. Auch in Wien brauchten zu Beginn des zweiten Jahrzehnts Arbeiterfamilien mindestens 50 % ihres Einkommens für Lebensmittel³⁸. Eine Haushaltsunterweisung, die sich offenbar in erster Linie an Beamtenfrauen wandte, veranschlagte für die Ernährung einer Familie "mittleren Einkommens" (2.000 bis 4.000 Mark im Jahr), ein Drittel der Jahreseinnahme, also 600 bis 1.300 Mark, bei kleineren Einkommen derer die Hälfte³⁹.

Zu den bekanntesten und seinerzeit am häufigsten zitierten Standards gehören Calwers Berechnungen über den jährlichen Nahrungsaufwand einer vierköpfigen Familie. Er legte - mengenmäßig - die Normalration eines Marinesoldaten und - aufwandsmäßig - durchschnittliche Markthallenpreise zugrunde. Diese Schätzungen lassen sich mit dem aus den Haushaltsrechnungen ermittelten existentiellen Nahrungsminimum für eine Person

Jährlicher Nahrungsaufwand
einer vierköpfigen Familie
(nach Calwer)

Jahr	Ausgabe [in Mark]
1903	1.100
1904	1.107
1905	1.143
1906	1.196
1907	1.177
1908	1.188
1909	1.202
1910	1.240
1911	1.209
1912	1.308

vereinbaren – wobei dieser Betrag von 200 Mark als unterste Grenze gelten muß –, nicht aber mit den aus den Haushaltsrechnungen hervorgehenden Familienverbräuchen. Die Angaben über den Mindestbedarf eines männlichen Erwachsenen bewegten sich nach unterschiedlichen Erfahrungssätzen und Berechnungsmethoden alle um Beträge zwischen 200 und 700 Mark im Jahr⁴⁰, wobei der realistischere Wert in der Gegend von 300 bis 600 Mark gelegen haben dürfte⁴¹. Das ist ein Kostenaufwand für eine Person, den die Haushaltsrechnungen für mehrköpfige Familien

in unserem Datensatz – besonders in den unteren Einkommenslagen – nur geringfügig überstiegen.

Der nachmalige Direktor des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg, meinte rückblickend, vor dem Ersten Weltkrieg habe eine vierköpfige Familie mit 78,27 Mark im Monat sich ausreichend ernähren können⁴²; den entsprechenden Jahresbetrag von 940 Mark konnten die Haushalte, deren Budgets vorliegen und die angeblich zu den besser situierten und rationaler eingestellten ihrer Schicht gehörten, in den meisten Fällen, wie die nachfolgende Tabelle zeigt, nicht aufbringen. In der Gesamtausgabenklasse 1.200 bis 1.500 Mark waren es gerade 2 von 64 1- und 2-Kind-Arbeiterhaushalten, die mehr Geld für Nahrungs- und Genußmittel ausgaben, aber diese auch nicht mehr als 1.100 Mark, Calwers Grenzwert. In der Ausgabenklasse 1.800 bis 2.000 Mark waren es bei den Handwerker-Arbeitern immerhin schon 8 von 21 Haushalten, die bis zu 1.100 Mark, und 2 Haushalte, die noch mehr aufwendeten, bei den Industriearbeitern 4 von insgesamt 10 Haushalten, die zwischen 940 und 1.100 Mark ausgaben. Zwischen 1.500 und 2.000 Mark Jahresgesamtausgaben lagen 4 Lehrerhaushalte, von denen keiner 940 Mark aufbrachte.

In München 1907/08 775 Mark für 4 Personen – dieser Betrag war *nicht hoch*, wie es die für die Mikroökonomie des Privathaushalts zuständige

Anzahl der Haushalte im Berliner Gesamtbestand mit Ausgaben für
Nahrungs- und Genußmittel unter 940 Mark im Jahr, Haushalte mit 1 und 2 Kindern
aus der Schicht der *Wenigbemittelten*, vor 1914

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse		
	3	4	5
	1.200 bis unter 1.500 Mark	1.500 bis unter 1.800 Mark	1.800 bis unter 2.000 Mark
	(in Klammern Gesamtzahl der in Frage kommenden Haushalte)		
qualifiziert tätige Arbeitnehmer (ohne Beamte)	57 (59)	73 (84)	34 (51)
unqualifiziert tätige Arbeitnehmer	8 (8)	10 (14)	3 (5)
Beamte	11 (11)	18 (18)	9 (12)
Angestellte	2 (2)	5 (5)	3 (4)
qualifizierte Angestellte, nicht leitend	1 (1)	2 (2)	2 (3)
Arbeiter	62 (64)	78 (93)	34 (52)
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	30 (30)	39 (44)	11 (21)
gelernte Industriearbeiter	5 (5)	19 (20)	6 (10)

Statistikerin des Münchener Statistischen Amtes vorsichtig formulierte. Für eine Kost, *welche von den Gewohnheiten der Münchener Bevölkerung nicht allzuweit abweichen und doch den Mindestanforderungen der Hygiene nahekommen* sollte, hatte ein erwachsener, arbeitender Mann täglich 1 Mark auszugeben; für eine wöchentliche Mindestausgabe von 6,87 Mark wurde ein Speiseplan errechnet, der ihm täglich morgens Kaffee mit Milch und 125g Schwarzbrot erlaubte, zur Brotzeit vormittags $\frac{1}{2}$ l Bier und wieder 125g Schwarzbrot, zu Mittag an Werktagen Suppe (Brotsuppe oder Knödelsuppe *ohne Ei*), 125g Rindfleisch, Zugemüse (Kartoffeln, Erbsen, Linsen oder Kraut), dazu 1 Tasse Kaffee mit Milch (am Sonntag Knödelsuppe, 150g gebratenes Fleisch, Kartoffelsalat, grünen Salat, Kaffee und Brot), zur Brotzeit nachmittags 125g Brot (ohne Getränk und ohne Belag), zum Abendessen Kartoffelgemüse, 70g Backsteinkäse, *ein klein wenig Butter*

und Kaffee und wieder 125g Brot⁴³. Als Brot darf nur das wenn auch weniger nahrhafte, so doch bedeutend billigere Schwarzbrot verwendet werden. In der ganzen Woche trifft für einen erwachsenen Mann nur ein Ei, das auf die Mehlspeise am Freitag und die Knödel am Sonntag verteilt werden muß. Der Bierkonsum ist auf $\frac{1}{2}$ Liter täglich beschränkt, am Sonntag wird $\frac{1}{2}$ Liter mehr gestattet. Als Getränk zu den Mahlzeiten ist darum Milchkaffee eingesetzt, der zum größten Teil aus Surrogat hergestellt wird; Nährwert besitzen dabei nur Milch und Zucker.

Pro-Kopf-Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel
in ausgewählten Berufsgruppen, 1925-1927, in Prozent der Gesamtausgaben

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse							
	2	3	4	5	6	7	8	1-11
Haushalte insgesamt	15,3 (273)	13,5 (222)	12,9 (358)	11,9 (318)	11,2 (431)	10,1 (278)	9,0 (190)	11,6 (2320)
Beamte	20,7 (3)	15,3 (13)	13,0 (33)	11,7 (49)	11,1 (98)	10,1 (81)	9,0 (81)	9,8 (502)
mittlere Beamte	27,1 (1)	20,3 (1)	13,8 (8)	12,3 (19)	11,3 (50)	10,0 (62)	9,1 (68)	9,6 (298)
untere Beamte	15,0 (1)	14,2 (7)	12,1 (20)	11,2 (24)	10,6 (35)	9,5 (9)	7,9 (5)	11,0 (104)
Lehrer	27,1 (1)	.	.	.	9,2 (2)	12,6 (3)	8,6 (14)	8,0 (71)
Angestellte	14,2 (9)	14,8 (16)	13,9 (49)	12,3 (54)	11,8 (139)	10,3 (133)	9,2 (83)	10,8 (559)
Arbeiter	15,2 (261)	13,2 (193)	12,7 (276)	11,9 (215)	10,8 (194)	9,7 (64)	8,5 (26)	12,7 (1258)
Gehilfen und ungelernete Arbeiter	13,5 (6)	13,4 (14)	13,1 (13)	12,4 (17)	11,7 (13)	11,2 (4)	5,9 (1)	12,5 (68)
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	15,6 (52)	13,9 (88)	12,9 (168)	11,8 (131)	10,8 (125)	10,0 (41)	8,2 (15)	12,3 (630)
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	15,1 (11)	13,2 (35)	12,7 (86)	11,7 (75)	10,6 (71)	9,6 (20)	7,4 (8)	11,7 (310)
gelernte Industrie Arbeiter	15,6 (43)	14,2 (55)	13,1 (87)	11,9 (64)	10,9 (57)	10,2 (23)	8,7 (8)	12,8 (343)
"Aufstiegsschicht"	15,4 (11)	14,8 (24)	13,4 (77)	12,1 (98)	11,5 (224)	10,2 (204)	9,1 (157)	10,5 (963)

Innerhalb dieses außerordentlich beschränkten Rahmens, der den Verzicht ganz allgemein zum herrschenden Bedarfsdeckungsprinzip gemacht haben dürfte, prägten sich im späten Kaiserreich, wie wir gesehen haben, gleichwohl differentielle Unterschiede im Konsum aus. Diese bestanden 20 Jahre später immer noch, wenn sich aufgrund unserer Haushaltsquellen auch einige Veränderungen erkennen lassen. Dies soll zunächst in gewohnter Weise an dem Pro-Kopf-Verbrauch gezeigt werden. Zunächst war der Anteil, den die Summe von Nahrungs- und Genußmitteln im Durchschnittsbudget

Pro-Kopf-Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel
in ausgewählten Berufsgruppen, 1925-1927, [in RM]

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse							
	2	3	4	5	6	7	8	1-11
Haushalte insgesamt	321,55 (273)	356,54 (222)	387,15 (358)	404,43 (318)	437,88 (431)	471,33 (278)	501,46 (190)	422,70 (2320)
Beamte	432,28 (3)	413,26 (13)	393,35 (33)	399,27 (49)	433,52 (98)	470,99 (81)	501,08 (81)	474,60 (502)
mittlere Beamte	564,84 (1)	563,00 (1)	421,93 (8)	425,27 (19)	442,24 (50)	471,68 (62)	507,00 (68)	483,66 (298)
untere Beamte	344,00 (1)	386,02 (7)	365,06 (20)	379,54 (24)	413,33 (35)	430,88 (9)	438,33 (5)	396,72 (104)
Lehrer	564,84 (1)	.	.	.	377,00 (2)	600,33 (3)	483,14 (14)	547,39 (71)
Angestellte	331,18 (9)	393,78 (16)	424,94 (49)	419,70 (54)	465,04 (139)	481,95 (133)	511,22 (83)	477,92 (559)
Arbeiter	319,95 (261)	349,63 (193)	379,69 (276)	401,77 (215)	420,63 (194)	449,68 (64)	471,53 (26)	377,32 (1258)
Gehilfen und ungelernete Arbeiter	274,44 (6)	354,32 (14)	392,58 (13)	413,59 (17)	461,24 (13)	506,74 (4)	333,29 (1)	398,50 (68)
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	336,51 (52)	366,36 (88)	384,98 (168)	401,36 (131)	421,32 (125)	462,69 (41)	454,81 (15)	396,21 (630)
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	340,82 (11)	347,85 (35)	379,67 (86)	398,82 (75)	413,36 (71)	447,64 (20)	409,95 (8)	394,36 (310)
gelernte Industrie-Arbeiter	332,98 (43)	377,16 (55)	391,85 (87)	402,19 (64)	423,11 (57)	473,51 (23)	484,48 (8)	395,78 (343)
"Aufstiegschicht"	353,59 (11)	398,57 (24)	409,07 (77)	412,70 (98)	451,87 (224)	476,58 (204)	507,01 (157)	471,07 (963)

beanspruchte, mit etwas über 11 % gleich geblieben, und dies galt auch für die meisten sozioprofessionellen Untergliederungen (Beamte: knapp 10 %, insbesondere mittlere Beamte: 9,6 %, Lehrer: 8 bzw. knapp 9 %, Angestellte: etwa 11 %, Arbeiter: reichlich 12 %). Die nominalen Ausgaben waren Ende der 1920er Jahre etwa doppelt so hoch⁴⁴ wie Ende des ersten Jahrzehnts (230,07 Mark = 100; 422,70 RM = 184); allerdings gab es hier Unterschiede zwischen den Berufsgruppen. Bei den Beamten und Angestellten fiel die Erhöhung stärker aus, bei den Arbeitern niedriger. Die "Aufstiegsschicht" verdoppelte ihre Aufwendungen nominal, der Anteil am Gesamtbudget blieb aber gleich (etwa 10 %). Den größten Zuwachs realisierte jene Berufsgruppe, die ihren Platz im strukturellen Gefüge der Klassen veränderte, die unteren Beamten. Ihre Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel verhielten sich vor und nach dem Krieg wie 100:207. Ende der 1920er Jahre gaben die unteren Beamten, wenn man alle Gesamtausgabenklassen einzeln betrachtet (ausgenommen 1 Haushalt in Klasse 10), zwar immer noch etwas weniger aus als die übrigen Beamten; von einem Abstand zu diesen kann jedoch nun keine Rede sein⁴⁵. Das läßt sich auch an den nominalen Ausgaben ablesen. Hatten diese vor dem Krieg vielfach unter dem der Arbeiter gelegen, so war jetzt mindestens ein Gleichstand erreicht.

Der generelle Einebnungsprozeß, der sich vor 1914 bereits in den höheren Einkommenslagen abgezeichnet hatte, war allem Anschein nach fortgeschritten, die extreme Einsparungsmentalität bei den unteren Beamten hatte sich gemildert, die anteiligen Pro-Kopf-Verbräuche bei den Arbeitern waren (bis Gesamtausgabenklasse 7) niedriger geworden, das proletarische Wachstumsmuster der Ausgaben von Gesamtausgabenklasse zu Gesamtausgabenklasse - kräftige Erhöhung und nachfolgendes Beibehalten des erreichten Niveaus - hatte sich aufgelöst und dem allgemeinen Muster langsamer, aber kontinuierlicher Zunahme der nominalen Ausgaben Platz gemacht. Tatsächlich waren die Wachstumsraten der nominalen Pro-Kopf-Ausgaben - von einer Gesamtausgabenklasse zur nächsten, die erste mit 100 beginnend, Gesamtausgabenklasse 9 beziehungsweise 10 bei 185 beziehungsweise 190 endend - bei Arbeitern und Angestellten so gut wie deckungsgleich. Der Prozeß der Einebnung vormals vorhandener nahrungskonsumtiver Differenzierungen ist allerdings nicht als allgemeine Nivellierung

aufzufassen. Die weitreichende Homogenität der Arbeiterklasse und der generelle Niveauunterschied zwischen ihr und dem bürgerlichen Lager hatten weiterhin Bestand (Arbeiter pro Kopf 12 bis 13 %, "Aufstiegsschicht" 10,5 %, 47 höhere Beamte 6,2 %), ebenso allerdings der sozial bedeutsame Unterschied zwischen Handwerk und Industrie⁴⁶. Auch innerhalb des "bürgerlichen" Konsummusters waren die bekannten Differenzierungen erhalten: Der Ernährungskonsum der mittleren Beamten war hoch, blieb auf hohem Niveau und hatte relativ geringe Steigerungsraten, deutet also auf eine stabile Bedürfnisstruktur und konstante Befriedigung. Die Angestellten gaben viel aus und steigerten ihre Ausgaben, während deren

Pro-Kopf-Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel
in ausgewählten Berufsgruppen, 1937, in RM

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse							1-8
	2	3	4	5	6	7	8	
Haushalte insgesamt	257,94 (907)	282,28 (222)	293,56 (174)	319,54 (86)	319,04 (42)	364,06 (12)	334,90 (3)	269,71 (1509)
Beamte	268,24 (11)	366,28 (3)	264,44 (4)	324,60 (2)	363,22 (2)	.	.	294,68 (22)
mittlere Beamte	362,94 (2)	506,19 (1)	236,12 (1)	367,05 (4)
untere Beamte	245,70 (6)	314,12 (1)	273,88 (3)	335,01 (1)	363,22 (2)	.	.	282,42 (13)
Angestellte	270,91 (30)	273,78 (9)	359,51 (7)	281,43 (7)	322,50 (3)	314,86 (2)	344,61 (1)	288,47 (59)
Arbeiter	256,71 (840)	281,18 (208)	289,87 (160)	322,85 (75)	316,37 (37)	373,89 (10)	429,82 (1)	268,05 (1393)
Gehilfen und ungelernete Arbeiter	276,12 (76)	326,81 (20)	330,80 (12)	309,82 (1)	308,07 (3)	329,78 (1)	.	287,98 (121)
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	259,34 (259)	281,39 (79)	299,30 (72)	345,77 (28)	321,41 (15)	452,96 (4)	.	277,57 (466)
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	255,82 (107)	282,79 (33)	290,54 (24)	358,90 (8)	333,03 (3)	529,23 (1)	.	273,50 (177)
gelernte Industrie Arbeiter	262,05 (157)	280,38 (46)	303,68 (48)	340,51 (20)	318,50 (12)	427,53 (3)	.	279,87 (294)
"Aufstiegsschicht"	271,78 (38)	298,58 (11)	324,94 (11)	288,13 (8)	338,79 (5)	314,86 (2)	344,61 (1)	291,57 (76)

Anteil am Gesamtbudget stetig abnahm, in höheren Gesamtausgabenklassen stark. Einzig die durchschnittlichen Ausgabenanteile der Lehrer hatten in den einzelnen Gesamtausgabenklassen nicht mehr die auffällige Höhe wie im späten Kaiserreich, obwohl ihre Pro-Kopf-Ausgaben absolut nach wie vor sehr hoch waren. Anders als in den Vorkriegsquellen ist ein existenzminimales Ernährungsniveau nicht mehr leicht auszumachen. Das kann daran liegen, daß das allgemeine Versorgungsniveau in den 1920er Jahren besser war; es kann auch daran liegen, daß nur die Haushalte, deren Anschreibungen in den 1920er Jahren vorliegen, besser versorgt waren.

Pro-Kopf-Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel
in ausgewählten Berufsgruppen, 1937, in Prozent der Gesamtausgaben

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse							
	2	3	4	5	6	7	8	1-8
Haushalte insgesamt	12,4 (907)	10,8 (222)	9,8 (174)	9,4 (86)	8,4 (42)	8,2 (12)	6,3 (3)	11,6 (1509)
Beamte	13,4 (11)	13,6 (3)	8,9 (4)	9,7 (2)	10,0 (2)	.	.	12,0 (22)
mittlere Beamte	16,2 (2)	18,8 (1)	8,2 (1)	14,9 (4)
untere Beamte	12,3 (6)	11,7 (1)	9,2 (3)	10,4 (1)	10,0 (2)	.	.	11,0 (13)
Angestellte	12,3 (30)	10,4 (9)	12,1 (7)	8,2 (7)	8,6 (3)	7,2 (2)	6,6 (1)	11,0 (59)
Arbeiter	12,3 (840)	10,7 (208)	9,7 (160)	9,5 (75)	8,3 (37)	8,3 (10)	8,1 (1)	11,6 (1393)
Gehilfen und ungelernete Arbeiter	13,4 (76)	12,5 (20)	11,0 (12)	8,9 (1)	8,0 (3)	7,1 (1)	.	12,9 (121)
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	12,5 (259)	10,7 (79)	10,0 (72)	10,2 (28)	8,3 (15)	10,2 (4)	.	11,6 (466)
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	12,2 (107)	10,8 (33)	9,7 (24)	10,7 (8)	9,0 (3)	12,0 (1)	.	11,6 (177)
gelernte Industrie Arbeiter	12,7 (157)	10,6 (46)	10,1 (48)	10,1 (20)	8,1 (12)	9,7 (3)	.	11,6 (294)
"Aufstiegsschicht"	12,5 (38)	11,3 (11)	10,9 (11)	8,5 (8)	9,1 (5)	7,2 (2)	6,6 (1)	11,2 (76)

Die Tabellen T.5.2.1(3) und T.5.2.1(5) zeigen im Vergleich, daß das Nahrungsmittelbudget, das den Haushalten 1937 zur Verfügung stand, nur unwesentlich kleiner war als 10 Jahre vorher⁴⁷. Der Pro-Kopf-Verbrauch als Anteil am Gesamtbudget war mit 11,6 % genau derselbe, wenn man alle 2.320 Haushalte der 1920er Jahre zugrundelegt, er war etwas niedriger, wenn man nur von den 2.093 Haushalten ausgeht, die sich in den 1920er Jahren auf die ersten 8 Gesamtausgabenklassen verteilten und im Durchschnitt 12,1 % pro Person von ihrem Budget für Nahrung und Genuß ausgaben. Wie in den 1920er Jahren ist kein Ernährungsminimum erkennbar, bis zu dem minderbemittelte Haushalte ihre Aufwendungen erhöht hätten. Allerdings muß auffallen, daß das prognostizierte stetige Sinken der Ausgabenanteile in bestimmten Berufsgruppen nicht oder nur schwach auftrat (Beamte, Angestellte in den Gesamtausgabenklassen 1-6, gelernte Arbeiter), so daß der Schluß naheliegt, die meisten Haushalte der Quelle hätten 1937 am Rand einer ernährungsbezogenen Armutslinie gelebt. Berufsgruppenbezogene Aussagen sind bei der außergewöhnlichen sozialen Zusammensetzung der Quelle schwierig. Es kann allerdings hervorgehoben werden, daß von Differenzierungen innerhalb der Arbeiterklasse (bis auf die in einigen Gesamtausgabenklassen erhöhten Aufwendungen der Arbeiter

Haushaltsgröße und Gesamtausgaben für Nahrungs- und Genußmittel
Anzahl der Haushaltsmitglieder in ausgewählten Berufsgruppen, 1925-1937

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse									
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	1-11
Beamte	3,4	3,3	3,7	3,6	3,8	3,9	4,0	4,4	4,2	4,0
mittlere Beamte	2,3	2,0	3,2	3,2	3,5	3,7	3,9	4,3	4,5	3,8
untere Beamte	3,7	3,5	4,0	3,8	4,1	5,1	5,8	9,5	6,0	4,2
Lehrer	2,0	.	.	.	4,0	2,7	3,6	3,6	4,1	3,9
Angestellte	3,7	3,5	3,3	3,7	3,5	3,7	4,0	3,9	4,1	3,7
Arbeiter	4,1	4,3	4,4	4,4	4,8	5,0	5,5	5,6	6,0	4,3
Gehilfen und gelernte Arbeiter	3,9	4,1	4,2	3,9	4,6	5,0	7,0	.	.	4,0
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	4,1	4,1	4,2	4,1	4,5	4,7	5,6	5,0	6,0	4,3
gelernte Industrie- arbeiter	3,9	3,9	4,2	4,2	4,8	4,5	5,6	5,0	.	4,1
"Aufstiegs- schicht"	3,6	3,4	3,5	3,6	3,6	3,7	4,0	4,3	4,3	3,8

minderer Qualifikation) 1937 nichts mehr zu sehen ist. Insgesamt erscheint es vertretbar, diese Quelle von Fall zu Fall, wie es im folgenden geschieht, mit den Quellen der 1920er Jahre zusammenzufassen.

Wenn man die differentiellen Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel für die drei Untersuchungszeitpunkte getrennt in chronologische Reihenfolge bringt, zeichnen sich längerfristige Trends des Nahrungsmittelverbrauchs und gleichzeitig Veränderungen im Gefüge der sozialen Klassen zueinander ab, in die es die Muster des Konsums spezieller Nahrungsmittel, die im Anschluß diskutiert werden, einzuordnen gilt. Die Pro-Kopf-Ausgaben in

Die Veränderung des differentiellen Gesamtbudgets für
Ernährung über 30 Jahre

Berufsgruppe	Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel pro Kopf [in Prozent der Gesamtausgaben]		
	1902-12	1925-27	1937
Haushalte insgesamt	11,3	11,6 (12,1)	(11,6)
Beamte	9,6	9,8 (10,9)	(12,0)
<i>darunter:</i>			
mittlere Beamte	9,6	9,6 (10,5)	(14,9)
untere Beamte	9,8	11,0 (11,1)	(11,0)
Lehrer	8,8	8,0 (10,2)	.
Angestellte	11,4	10,8 (11,3)	(11,0)
Arbeiter	12,3	12,7 (12,8)	(11,6)
<i>darunter:</i>			
Arbeiter im Handwerk	12,7	11,7 (11,8)	(11,6)
Facharbeiter in der Industrie	13,3	12,8 (12,8)	(11,6)
"Aufstiegsschicht"	9,9	10,5 (11,1)	(11,2)

in Klammern: Durchschnittswerte für die Gesamtausgabenklassen 1-8.

Prozent der Gesamtausgaben des Haushalts sind dabei Resultat des gegenläufig wirkenden Einflusses der beiden Variablen, die auf den Verbrauch von Konsumgütern dieser Produktgruppe die stärkste Auswirkung haben, der dem Haushalt zur Verfügung stehenden Ressourcen und der im Haushalt zu versorgenden Personen.

Eine so heterogen zusammengesetzte Kategorie wie die Summe aller Nahrungs- und Genußmittelausgaben erlaubt nur in beschränktem Umfang Rückschlüsse auf differentielle Konsummuster. Diese werden erst möglich, wenn Luxusnahrungsmittel und Genußmittel Lebensmitteln geringen Standards unterscheidend gegenübergestellt werden. Was aber war in den Augen der Zeit "Luxus" und was entsprach dem Durchschnitt der Erwartungen? Die Frage nach Luxus und Alltagsstandard wird im allgemeinen in der Form gestellt, welches die in der Unterschicht, welches die in den höheren Schichten in der Regel konsumierten Nahrungsmittel gewesen seien. Als Kriterium für die Unterscheidung von Luxus- und Notwendigkeitsgeschmack schleicht sich mithin leicht die schichtspezifisch unterschiedliche materielle Ausstattung der Haushalte ein. Es ist dann der Standpunkt bürgerlicher oder mittelständischer Behaglichkeit, von dem aus als Substandard bezeichnet wird, was die Unterschichten konsumierten. Diese selbst haben nicht unbedingt das Gefühl gehabt, daß ihre Ernährungsweise zu wünschen übrig ließ. *Mann [sic] muß nicht immer Fleisch und allerlei Leckereien für die Kinder haben, denn ich als Mutter von 9 Kindern kann sagen, daß ich meistens Gemüse, Haferflocken oder Grützsemehlspeisen [sic] oder Kartoffelbrei für sie habe verarbeitet, und habe beobachtet, daß sie gut voran kommen* ⁴⁸.

Schon 1894 wurde in einem Haushaltsratgeber, der lebensreformerisch ein neues Ideal naturgemäßer Lebens- und Ernährungsweise propagierte, beklagt: *Die Ernährung der weniger bemittelten Klassen leidet meist an dem Fehler, daß es dabei an eiweißartigen Körpern fehlt, während mehr stärke-mehlartige Körper genossen werden, als nötig und gut ist. Der Hauptgrund dieser bedauerlichen Thatsache liegt darin, daß man der Billigkeit wegen verhältnismäßig zu viel Kartoffeln isst* ⁴⁹. Es sei unbedingt erforderlich, neben Brot und Kartoffeln eiweißreiche Stoffe, Gemüse, Hülsenfrüchte und Fleisch, zu sich zu nehmen.

In einer der wenigen Haushaltsunterweisungen der 1920er Jahre, die nicht nur in der Technik des Haushalts und der Speisenzubereitung berieten, sondern auch noch einen soziologischen Blick bewahrt hatten, werden:

1. Luxusnahrungsmittel,
2. Gute, preiswerte Nahrungsmittel,
3. Volksnahrungsmittel

unterschieden⁵⁰. Die ersteren sind in der Regel die teureren, die letzteren die billigsten, erstere sind reicher an Eiweiß, letztere reicher an Fett (ausgenommen die Gruppe der Käse):

"Luxus"	"gut und preiswert"	"Volksnahrungsmittel"
Forelle	Zander, Hecht	Schellfisch, Hering
Wildgeflügel	gutes Rindfleisch	Kalbsgeschlinge
Spargel	Wirsingkohl	Möhren
Gervais, Camembert	guter Schweizerkäse	Kümmelkäse

Seit dem Kaiserreich galt das Verhältnis von tierischen, das heißt höherwertigen, und pflanzlichen Ernährungsanteilen und – spezieller – das Verhältnis des Kartoffel- und Brotkonsums zum Verbrauch von Fleisch als *Gradmesser der Lebenshaltung*. Feststellungen dieser Art, schaut man nun auf die ältere Konsumstatistik zurück, geht man zu heutigen Untersuchungen vor, deuten alle auf eine langanhaltende Kontinuität der Strukturen differentiellen Nahrungskonsums⁵¹ hin (wenn nicht auf Kontinuität in den die empirischen Fakten auslegenden Mustern der Interpretation). Auf empirischem Weg, nämlich aus der differentiellen Ausgabenstruktur der Haushaltsrechnungen der Reichserhebung von 1927, leitete Halbwachs die nebenstehenden sozialen Zuordnungen einzelner Nahrungsmittel

Beamte und Angestellte	Arbeiter
Rindfleisch	Schweinefleisch
Kalbfleisch	Gefrierfleisch
Geflügel	Knochen
Schinken	Speck
	Würstchen

aus der Gruppe der Fleischwaren ab⁵². Er meinte, aus dieser Erhebung entnehmen zu können, daß die von Angestellten im Gegensatz zu Arbeitern präferierten Nahrungsmittel: Gemüse und Obst, Käse und Eier, Butter und

Fisch gewesen seien, mithin alles relativ teure Nahrungsmittel. Dazu sei ein erhöhter Verbrauch von Schokolade (bzw. der Griff zu teureren Sorten), Wein und Alkohol gekommen; aber wenig Bier und eine offensichtliche Zurückhaltung bei Kartoffeln, Fett und Brot. Aus einer Befragung von 400 ländlichen und kleinstädtischen Haushalten in der Bundesrepublik Deutschland hat sich Anfang der 1960er Jahre eine

<i>gehobene Lebensmittel</i>	<i>Grundnahrungsmittel</i>
.....
Kalbfleisch, Geflügel	Vollmilch
Butter	Margarine
Trauben	Teigwaren, Mehl, Reis
Blumenkohl, Tomaten, Salat	Zucker, Kakaoerzeugnisse
.....

physiologische-soziologische Abschichtung von Lebensmittelsorten ergeben, die sehr ähnlich ist. In Bourdieus Unterscheidung von volkstümlichem und *legitimem* Geschmack kehrt schließlich das vertraute Unterscheidungsmuster wieder:

sozial hochwertige Nahrungsmittel

... sind leicht verdaulich, mager und machen nicht dick

- Rindfleisch*
- Kalbfleisch*
- Hammel- und Lammfleisch*
- Obst*
- Frischgemüse*

volkstümliche Nahrungsmittel

... sind schwer verdaulich, fetthaltig und billig

- Speck*
- und*
- Schweinefleisch*
- Nudeln*
- Bohnen*

Nach allen verfügbaren Hinweisen aus zeitgenössischer Literatur⁵³ beinhaltete die Kost städtischer Unterschichten, vornehmlich der Masse der Arbeiter, mindestens folgende Komponenten. An erster Stelle stand das Brot, das heißt im allgemeinen Schwarzbrot. Mit Mehl wurden Suppe, Kartoffeln und Gemüse, letzteres insbesondere fett angemacht und mit Kartoffeln *durcheinander gekocht*, bereitet. Typische Kartoffelgerichte waren Kartoffelsuppe, Pellkartoffeln mit Mehlstippe, Senfstippe, Speckstippe, Himmel und Erde, Kartoffelklöße, Kartoffelpuffer und Salzkartoffeln mit eingelegten Heringen. Eintöpfe und ein *trostloses Einerlei* aus Gries, Reis und Haferflocken, Erbsen, Bohnen und Linsen, Milch und Eiern, Margarine und anderen pflanzlichen Fetten, das an die ältere Breikost erinnert, waren vornehmlich dazu gedacht, *eine gute Unterlage* herzugeben. Milch, Quark

(*"Schmierkäse"*), Hering (*das billigste Fleisch*), auch Schellfisch und Stockfisch galten als Ersatz für Fleisch besserer Sorten; sie ersetzten vielleicht weithin die Eier, von denen hier und da behauptet wurde, sie seien in der Arbeiterküche Mangelware gewesen. *Im Anfange unserer Ehe war mein Mann Zimmermann, Es war das Jahr 1890 in welchen wir geheiratet hatten, sehr naß und es kostete dieses Jahr der Ctr. Kartoffeln 4 Mk. Es ginge im Sommer noch, [...] aber der Winter kam wo es auf den Bauten keine Arbeit mehr gab, und mein Mann mußte in Fabrik Beschäftigung suchen, [...] und das reichte nicht weit, und die Hauptnahrung bestand in Pellkartoffeln und Hering. Der Hering war alle Tage in anderer Form, einen Tag machte ich Salat davon, den anderen Heringstunke den dritten gehackten Hering den vierten gebratenen Hering, oder ich kochte Wirsing ab oder Kapus machte denselben mit etwas Speck für 1 Groschen an oder Kochte Kartoffelmus diese machte ich mit etwas Milch und für 5 Pfg. etwas Nierenfett an und Buttermilch dabei, und Samstag gab es gewöhnlich Erbsen Bohnen oder Linsen mit 1/4 Pfund Fleisch oder Wurst, so ist es fast Jahrzehnte gegangen* ⁵⁴. An Fleisch wurde vorwiegend Pökelfleisch, Schweinefleisch und Speck konsumiert, Beinflisch, Leber, Herz, Lunge, Kalbsgekröse und Kuheuter, Brägenwurst⁵⁵, Pferdewurst und Ochsenhälften. Anklagend charakterisierte Rühle die Nahrung des Arbeiters: *Kartoffeln und Hering, Margarine und Pferdewurst, Leinöl und Zichorienbrühe - das sind die Dokumente seiner Kultursituation* ⁵⁶. Nach den Worten von Metallarbeitern, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband in seiner Untersuchung zitierte⁵⁷, waren Kartoffeln, Mehlspeisen, Pferde-, Katzen- und Kaninchenfleisch, Wurstfett, Schweineschmalz und Margarine anstelle von Butter und schließlich Malzkaffee Ausdruck *schwerer Kalamitäten und trauriger Verhältnisse*.

Der anständige Gegner aber, so schrieb Clara Zetkins *Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen* ⁵⁸, *müsse beschämt verstummen vor der in die Augen springenden Ärmlichkeit dieser proletarischen Lebenshaltung*. Indirekt erfahren wir aus dieser Notiz, was demgegenüber als Luxusnahrungsmittel, als nämlich nur in Ausnahmefällen erschwinglich galt: Milch und Obst *für die Kinder*, Weißbrot, frisches Fleisch, allerdings auch Bier *für den Mann*. Mindestens vor dem Ersten Weltkrieg bedeutete wohl vor allem der Fleischverbrauch eine genußreichere Lebensführung; einer

solchen konnten sich, wie allgemein behauptet wurde, Beamtenhaushalte erfreuen⁵⁹. Fleisch galt unter den *gewöhnlichen Nahrungsmitteln* im Hinblick auf seinen Nährwert als das teuerste; man schätzte, der Energieersatz durch Rindfleisch koste rund zehnmals mehr als durch die ordinären Lebensmittel Schwarzbrot, Mehl und Kartoffeln. Die *rationelle* Zucker-Rindfleisch-Weizenbrot-Ernährung konnten sich, wie Grotjahn einräumte, nur *kleinbürgerliche Kreise*, die gutbezahlten großstädtischen Arbeiter (die *Elite der Arbeiterschaft*) und Beamte leisten, wobei er die Unterbeamten, die – wie wir wissen – durchaus nicht mehr verdienten als Arbeiter, einschloß. Bei diesen Wahrnehmungstereotypen spielten möglicherweise althergebrachte Vorstellungen, wonach dem Bauern und dem Arbeiter Pflanzenkost, dem Kopfarbeiter dagegen Fleischnahrung fromme⁶⁰, eine große Rolle. Beamtenhaushalte verbrauchten angeblich nicht nur mehr, sondern auch teureres Fleisch, daneben Butter, Obst, Gemüse, Milch und Eier, aber weniger Brot, Kartoffeln, Schmalz, Kaffee und überhaupt weniger Getränke.

Der Gesamtbestand erlaubt es in seiner jetzigen Gestalt noch nicht, den Verbrauch aller der genannten Lebens- und Genußmittel auf ihre soziale Differentialität hin zu überprüfen; zum Teil ermöglichen dies die Quellen gar nicht. So war es in der älteren Konsumstatistik nicht üblich, Ausgaben für Bohnenkaffee von denen für Kaffee-Ersatzmittel zu trennen, ebensowenig Ausgaben für Schwarzbrot von denen für Weißbrot. Die vorliegenden Quellen unterscheiden häufig nicht die sozial vermutlich ungleich verteilten Arten Fleisch voneinander, und wir können nicht feststellen, wieviel Alkohol sich in dem Posten "Getränke im Hause" verbarg – geschweige denn, was davon auf Bier entfiel und was auf andere Alkoholika.

Abgesehen von diesen datenspezifischen Mängeln begrenzen Defizite der Forschung die Reichweite der in diesem Kapitel möglichen Aussagen. Dies betrifft in erster Linie die soziale Charakteristik bestimmter Ausgaben, das heißt Richtung und Gewicht ihrer Statusverbundenheit – zum Beispiel im Fall von Butter –, aber auch ihre "longue durée", die Gebundenheit des Konsums bestimmter Produkte an sehr langfristig verlaufende Wandlungsprozesse wie die sogenannte "Nahrungsrevolution" des 19. Jahrhunderts.

Der Verbrauch hochwertiger Nahrungsmittel, insbesondere von Fleisch, hat auf lange Sicht und generell ohne Zweifel zugenommen; aber haben davon die Speisepläne aller Bevölkerungsschichten in gleichem Maße profitiert?⁶¹ Trug das Nahrungsbudget der Arbeiter durchgängig die Signatur der Armut oder war das, was als Zeichen des Mangels erscheinen kann, Relikt einer traditionellen, der Landbevölkerung typischen Ernährungsweise? Die Mahlzeitenfolge, mindestens bestimmter Teilgruppen innerhalb der Arbeiterklasse, scheint relativ reichhaltig gewesen zu sein – sowohl an Kartoffeln als auch an Gemüse (wenn das auch im überwiegenden Maß wohl in Kohl bestanden hat), sowohl an Brot als auch an Fleisch, an Butter und an Milch⁶². So wollte Stearns *the reluctance of the working class to buy fruits and vegetables which would improve their diet without raising costs* auf das Weiterwirken traditionaler Ernährungsnormen zurückführen⁶³. Das Festhalten an althergebrachten Standards in Verbindung mit unzulänglicher Entlohnung der Arbeitskraft im modernen industriellen Betrieb hätten dann zu jener Zwickmühle geführt, in der Grotjahn die Mehrheit der Arbeiterhaushalte um die Jahrhundertwende stecken sah⁶⁴: *Die enorme Verbesserung, die die Ernährung der handarbeitenden Bevölkerung nach weitverbreiteter Anschauung im Verlaufe des neunzehnten Jahrhunderts erfahren haben soll, ist häufig weiter nichts, als eine Umwandlung zureichender, derber, Lokalcharakter tragender Landkost in eine Ernährung, die qualitativ die der wohlhabenden Klassen nachahmt, aber sie quantitativ doch nicht erreicht.*

Haben die 1920er Jahre hierin eine Entwicklung mit langer Geschichte fortgesetzt und war schließlich die "Freßwelle" der 1950er mit dem auffälligen Ansteigen der Nachfrage nach Fleisch und Wurst und dem rückläufigen Umsatz von Brot nicht nur auf den Nachholbedarf der Gesellschaft der Kellerkinder in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zurückzuführen, sondern auch Teil einer säkularen Bewegung der Ein-ebnung, die sich schon in unseren Daten abzeichnet? Halbwachs wollte in den Haushaltsrechnungen der späten 1920er Jahre bereits Tendenzen einer Angleichung der Konsummuster von Arbeitern und Angestellten entdeckt haben: *les habitudes d'alimentation tendent à s'uniformiser*⁶⁵.

Weder die Strukturen sozialer Ungleichheit in der Dimension konsumtiven Verhaltens, wie sie zu einem Zeitpunkt des späten Kaiserreichs oder der Zwischenkriegszeit bestehen mochten, noch der diachrone Wandel der Muster sozial differenzierten Konsums können hier lückenlos verfolgt werden. Nach der Darstellung des generellen Niveaus der Versorgung mit Nahrungs- und Genußmitteln insgesamt sollen lediglich drei Paare oppositioneller Verwendungsbereiche, und zwar auch über das Nahrungsmittelbudget hinaus, auf ihre Empfindlichkeit gegenüber sozialen Differenzen abgeklopft werden, der Verbrauch von luxusverdächtiger Butter gegenüber dem undurchsichtigen Gemenge der "sonstigen Fette", der Verbrauch an Kartoffeln als Basisnahrungsmittel der arbeitenden Massen gegenüber dem von Gemüse als kalorienarmem Genußobjekt bewußter Konsumwahl und der begehrliche Griff zu Genußmitteln gegenüber dem disziplinierten Versuch der Zukunftssicherung durch Genußverzicht.

5.2.1.1 Fett und mager

Unter den wenigen Substanzen, deren sozial differenzierender Charakter den Experten so selbstverständlich war, daß sie sie in den Erhebungen von Haushaltsrechnungen gleich getrennt anschreiben ließen, sind Speiseöl und Plattenfett und die Streichfette Margarine und Schmalz auf der einen Seite, Butter auf der anderen⁶⁶. Im Verbrauch dieser Fette scheinen sich Einflüsse von sozialer Schichtzugehörigkeit und materieller Ressourcenausstattung zu kreuzen. Butter galt - sozialdifferentiell - als der Brotaufstrich besser situierter, gelernter Arbeiter und - konjunkturell - als Indikator für Aufschwung oder Depression, ein stärkerer Butterverbrauch als *Zeichen erhöhter Lebensführung*, ein niedriger dagegen als Hinweis auf eine *reduzierte Lebenshaltung*. Je höher das Einkommen war, desto stärker sah man den Butterkonsum steigen, während die Ausgaben für Schmalz, Margarine und alle übrigen Fette gegenüber Einkommenserhöhung oder -verminderung ziemlich unempfindlich schienen. Trotz

der Konjunktur, die die *oral history* erlebt hat, ist weiterhin unklar, ob in Speisesystemen von Industriearbeitern tierisches Fett wirklich zentral war, oder ob Arbeiterhaushalte neben dem billigen Speiseöl auch die teure Butter mieden und häufig nicht mal zum Sonntagsessen verwendeten⁶⁷.

Einleitend ist zu betonen, daß bei der differentiellen Charakterisierung dieser beiden Nahrungsmittelsorten, die zweifellos eine Opposition darstellten, heutige Vorstellungen von Qualität und Zusammensetzung irreführend sind. Deswegen verfehlt es die historische Realität, mit dem Blick auf den modernen Konsumenten⁶⁸ alle Fette kurzerhand als wichtige Energiespender zusammenzufassen, zu erklären, die Einnahme von Fetten beweise an sich schon, für wie wichtig gesunde Ernährung genommen worden sei, und darin die soziale Bedeutung dieser Produktgruppe zu sehen. Daß selbst die Butter in ihrer Qualität noch zu Beginn des Jahrhunderts zuweilen außerordentlich suspekt gewesen sein muß, kann daraus geschlossen werden, daß Unterrichtsschriften zur Haushaltsführung ihren Leserinnen häufig erklärten, wodurch man gute Butter von gestreckten, verschlechterten und verdorbenen Mischungen unterscheiden könne⁶⁹. Wenn gnädig eingeräumt wurde, es gebe sogar von Margarine, *Kunstbutter*, aus Rindertalg hergestellt, ansonsten ein *billigeres Fett, zu Kochzwecken*, eine Reihe von Sorten, die im Geschmack durchschnittlich und, wenn frisch, ganz annehmbar seien⁷⁰, läßt sich leicht vorstellen, daß Margarine in vielen Fällen nur schwer erträglich gewesen sein dürfte. Doch der volkswirtschaftliche Pro-Kopf-Verbrauch an Margarine versechsfachte sich von 1890 (0,5 kg) bis 1910 (3 kg) und verdreifachte sich 1910 bis 1930, während der von Butter nur schwach anstieg (von 6 auf 7,5 kg), ebenso wie der Verbrauch von Schmalz, Speck und Öl⁷¹.

Unsere Haushaltsrechnungen bestätigen das schlechte Prestige von Fetten außer Butter; sie bestätigen aber nicht die relative Zunahme des Butterkonsums bei steigenden Haushaltsausgaben. Wohl nahm der Butterverbrauch in vielen Berufsgruppen von einer Gesamtausgabenklasse zur nächsten nominal beträchtlich zu, aber nicht im selben Maß wie die Einkünfte; im einzelnen zeichnen sich Unterschiede ab, die als Indizien für soziale Trennungslinien deutbar sind. Es ergibt sich mit großer

Suggestivität, daß die Entscheidung zwischen Butter auf der einen Seite und allen möglichen Fetten und Fettmischungen von Margarine über Pflanzenöle bis zu Schmalz und Fetten tierischer Herkunft, denen minder Wert zugesprochen wurde, auf der anderen Seite, keine Frage des Geldes war, sondern eine des sozialen Standorts, auch wenn man berücksichtigt, daß zwischen all diesen Substanzen nicht in jedem Fall uneingeschränkte gegenseitige Substituierbarkeit besteht und daher von gewissen Grundmengen bei diesen verschiedenartigen Produkten schwerlich abgewichen werden konnte, wenn die Mahlzeiten einer gewissen standardisierten Rezeptur entsprechend hergestellt werden sollten. In einem Nebeneinander von Deprivation, Frustration und Expansion differenzierten sich die Konsumwahlen in der Zwischenkriegszeit nicht anders als in der Gesellschaft des späten Kaiserreichs. Der proletarische Konsum von Fetten folgte einem Substandard-Muster und gehorchte, anders als der Konsum der teuren Butter, einem Prinzip der Gleichmäßigkeit der Verteilung. Zum Muster proletarischen Konsums ist auch das Verbraucherverhalten der unteren Beamten zu rechnen, obwohl es Indizien gibt, daß diese "höheren" Zielen zustrebten. Indes gelang ihnen keine Änderung ihres Verbrauchs. Anders bei den Angestellten, deren Konsum in den 1920er und 1930er Jahren schließlich "bürgerliche" Züge annahm. Zweifel mögen angebracht sein, ob es für die Subsistenzversorgung die "Goldenen Zwanziger" Jahre wirklich gegeben hat. An den Aufzeichnungen in den Haushaltsrechnungen läßt sich vielfach keine Verbesserung gegenüber dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ablesen.

Die Ausgaben für Fette stiegen im späten Kaiserreich bei zunehmender Haushaltsgröße im allgemeinen bis knapp unter die Einkommensgrenze von 2.000 Mark stark an, jene Schwelle, die - wie wir uns erinnern - die *Wenigbemittelten* vom *Mittelstand* trennte [Tabelle T.5.2.1(7)], so daß im allgemeinen 50 Mark pro Haushalt erreicht wurden. Die Beamtenzahlen sind in den Schichten der *Unbemittelten* und *wenig Bemittelten* (800 bis 2.000 Mark) vom hohen Konsum der Unterbeamten geprägt: im Durchschnitt 2,5 %, das heißt über 50 Mark, nominal etwas mehr als die Arbeiter; unter Berücksichtigung der Familiengröße sind die Ausgaben aber - wie sich erweisen wird - durchaus vergleichbar. Dem standen die mittleren Beamten

**Pro-Kopf-Ausgaben für tierische Fette und Margarine
in ausgewählten Berufsgruppen der *Wenigbemittelten* und des *Mittelstands*
(1.200-3.500 Mark Gesamtausgaben) vor 1914 [in Mark]**

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse					
	3 1.200 bis unter 1.500	4 1.500 bis unter 1.800	5 1.800 bis unter 2.000	6 2.000 bis unter 2.400	7 2.400 bis unter 2.900	8 2.900 bis unter 3.500
Haushalte insgesamt	7,92	9,32	10,12	9,61	8,88	6,23
mittlere Beamte	.	.	.	3,39	7,54	4,41
untere Beamte	8,72	9,48	10,15	9,34	9,73	10,25
Lehrer	.	4,74	3,71	3,25	4,23	6,06
Angestellte	4,47	8,76	8,65	4,32	7,07	2,82
Arbeiter	8,13	9,34	10,69	10,59	11,27	7,89
Gehilfen und ungelernte Arbeiter	10,22	11,36	9,01	9,86	13,09	11,14
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	6,77	8,96	10,15	11,17	13,06	7,18
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	7,07	9,33	10,58	10,89	13,44	8,75
gelernte Industrie- arbeiter	6,56	9,09	9,35	10,88	12,17	3,68
"Aufstiegsschicht"	7,60	9,34	9,87	7,65	8,25	5,28

mit außerordentlich niedrigen Ausgaben gegenüber. Die Familiengröße in Haushalten mittlerer Beamter und Lehrer war in etwa gleich und die Ausgaben ähnlich niedrig - in der Tat so niedrig, daß die reduzierte Familiengröße nicht alleine dafür verantwortlich sein konnte. Lehrer, die zum Teil ja untere Beamte waren, wendeten kaum 1 %, selten mehr als 20 Mark auf. Angestellte, deren Familien etwa so groß wie die von Arbeitern waren, gaben kaum über 2 % aus, das heißt zwischen 20 und 40 Mark. Für 20 Mark bekam man zu Einzelhandelspreisen um 1905 etwa 33 kg Rindertalg oder etwa 16,5 kg amerikanisches Schmalz, welches billiger war als deutsches, zu kaufen, etwa 12 kg deutsches Schmalz oder 15 bis 16 kg Margarine⁷². An den Pro-Kopf-Zahlen [vgl. dazu auch Tabelle T.5.2.1(11)]

wird sichtbar, wenn man zunächst von allen Unterschieden zwischen den Haushalten absieht, daß alle Haushalte sich bemühten, ihre Ausgaben mit zunehmendem Einkommen so weit zu steigern, daß auf jedes Haushaltsmitglied etwa 10 Mark oder 0,5 % des Haushaltseinkommens entfielen. Das schafften die *Wenigbemittelten* erst in dem Maße, wie sich ihre Einkünfte 2.000 Mark näherten. Im Stand der *Bemittelten* und von Haushalten mit Gesamtausgaben über 4.000 Mark wurde die Quote wieder schrittweise gesenkt, so daß die höchstverdienenden Haushalte oft nur wenig mehr als die ärmsten ausgaben.

Dieser Verhaltenstyp charakterisiert speziell den Fettkonsum der Unterbeamten, angedeutet auch den der Angestellten, zusammenfassend also die "Aufstiegsschicht". Einige Berufsgruppen wichen von diesem Profil, das den Gesamtdurchschnitt prägt, allerdings ab. Arbeiter⁷³ beließen es oft nicht bei dem 10-Mark-Standard, sondern erhöhten ihren Konsum, wenn ihre Einkommen höher waren, so daß ein ganzer Haushalt leicht auf stattliche 60 bis 80 Mark kommen konnte. Die mittleren Beamten und die Lehrer gaben für diese Produktgruppe so wenig aus, daß auf den Kopf des Haushaltsmitglieds selten mehr als 7 Mark pro Jahr entfielen, egal wieviel oder wiewenig Geld der Haushalt zur Verfügung hatte (Durchschnitt über alle Gesamtausgabenklassen: mittlere Beamte 0,2 % oder 5,74 Mark, Lehrer 0,1 % oder 4,93 Mark). Arbeiter und Unterbeamte konnten – unabhängig von der Variation der Einnahmen – auf das Doppelte kommen (Durchschnitte: Arbeiter 0,5 % oder 9,59 Mark, Unterbeamte 0,5 % oder 9,47 Mark). Die Angestellten lagen dazwischen; es fällt schwer, sie dem einen oder dem anderen Konsummuster zuzuordnen. Mit den bürgerlichen Berufsgruppen verband sie, daß viele von Ihnen offenbar nur geringe Anteile ihres Budgets für die Produktgruppe aufwendeten; da Angestellte aber wenig Kinder hatten, entfielen rechnerisch zwangsläufig hohe Beträge auf jedes Familienmitglied⁷⁴.

Die Verbrauchsausgaben der Haushalte des Berliner Gesamtbestandes sprechen also dafür, daß tierische Fette wie Schmalz, pflanzliche wie Margarine und gemischte oder ausgelassene Fette vor dem Ersten Weltkrieg zu einem Substandardmuster der Nahrungszusammensetzung gehörten

und von Angestellten, Beamten und insbesondere von Lehrern stärker gemieden beziehungsweise schneller verschmäht wurden als von Arbeitern, gelernten wie ungelernten, und Arbeitskräften unterer Qualifikationsstufen.

Butter stand nach der Jahrhundertwende im Preis zwei- bis dreimal so hoch. Für Arbeiter mit durchschnittlichen Einkünften, das heißt Stundenlöhnen zwischen 20 und 60 Pfennig, höchstens bis zu 1 Mark⁷⁵, war der Kauf von 250g Butter zu 50 bis 90 Pfennig also sicher ein Luxus. *Gute Butter gab's nur, wenn man krank war, ¼ Pfund. Hat uns noch nicht einmal geschmeckt. Und als ich später auf Arbeit war, gab's manchmal Butter. Das hat sofort im Hals gekratzt, weil wir's nicht kannten* ⁷⁶. Nach der Einschätzung einer Praktikerin der Konsumstatistik konnte zu der Zeit unserer Vorkriegsrechnungen für eine fünfköpfige Familie der Verbrauch von 13 kg Butter im Jahr (d.h. 50g pro Woche und pro Kopf) als hoch gelten; ihr lagen offenbar auch Haushaltsrechnungen vor, die angaben, daß – pro Kopf – 350g Fett im Jahr [!] konsumiert worden seien⁷⁷.

Überraschenderweise fällt der Verbrauch der Arbeiterhaushalte des Berliner Gesamtbestandes in den entsprechenden Gesamtausgabenklassen 2 und 3 gegenüber den besser situierten Arbeiterhaushalten jedoch kaum ab. Wenn man die zwei *armen* Haushalte mit Gesamtausgaben unter 800 Mark und die wenigen Haushalte mit solchen über 4.000 Mark unberücksichtigt läßt, kann man feststellen, daß in jeder Gesamtausgabenklasse um die 4 % für Butter ausgegeben wurden, das heißt nach Tabelle T.5.2.1(13) Beträge, die nominal von 40 auf 140 Mark anstiegen, auf Mengen umgerechnet: durchschnittlich 150g pro Person und Woche, wenn man den Preis von billiger Kochbutter (50 Pfennig pro 250g) zugrunde legt. Auffällig ist vor allem, daß dieser Prozentsatz auch in größeren Familien offenbar nicht überschritten wurde. Tabelle T.5.2.1(14) weist innerhalb gleicher Gesamtausgabenklassen keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Haushaltsgröße und Butterverbrauch nach. In Gesamtausgabenklasse 6 gaben die Handwerker-Arbeiter (Kinder pro Familie durchschnittlich 2,5) zwar mehr aus als Industriearbeiter-Familien (2 Kinder), aber ungelernte Arbeiter (2,9 Kinder) weniger als gelernte (2,3 Kinder) und in Gesamtausgabenklasse 7 Handwerker-Arbeiter (3,2 Kinder) weniger als Industriearbeiter-Familien (1,9

Kinder). Der Butterverbrauch stieg mit der Anzahl der Personen im Haushalt, aber nicht mit dem Einkommen. Dies macht sich in der Tabelle der Pro-Kopf-Ausgaben T.5.2.1(17) in der Weise bemerkbar, daß die Haushalte von Gesamtausgabenklasse 3 bis Gesamtausgabenklasse 8, also mit zunehmender Familiengröße, ihre Budgetanteile halbierten. Vielmehr gab es anscheinend eine als Norm internalisierte Größe für die Quantität Butter, die e i n e r Person zugedacht war (vgl. auch die Übersicht über die durchschnittlichen Familiengrößen S. 244). Die folgende Tabelle weist die

Pro-Kopf-Ausgaben für Butter in ausgewählten
Berufsgruppen der *Wenigbemittelten* und des *Mittelstands*
(1.200–3.500 Mark Gesamtausgaben) vor 1914 [in Mark]

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse					
	3 1.200 bis unter 1.500	4 1.500 bis unter 1.800	5 1.800 bis unter 2.000	6 2.000 bis unter 2.400	7 2.400 bis unter 2.900	8 2.900 bis unter 3.500
Haushalte insgesamt	16,65	17,03	18,16	19,52	24,16	25,88
mittlere Beamte	.	.	.	28,47	30,06	31,20
untere Beamte	24,28	18,05	18,58	19,03	24,24	20,03
Lehrer	.	20,28	27,43	20,23	28,68	28,70
Angestellte	9,96	10,86	17,61	24,70	24,31	35,36
Arbeiter	15,97	17,25	17,98	19,00	19,38	17,14
Gehilfen und ungelernte Arbeiter	13,33	22,43	18,30	15,94	17,19	17,37
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	18,02	17,43	20,24	22,85	21,07	22,30
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	16,65	17,54	21,09	23,41	16,34	19,48
gelernte Industrie- arbeiter	24,55	18,92	19,35	22,55	32,41	29,70
"Aufstiegsschicht"	20,51	16,67	18,41	21,48	27,38	29,60

entsprechenden nominalen Ausgabenbeträge nach. Diese blieben bei Arbeitern im großen und ganzen auf gleicher Höhe und beliefen sich auf 13 bis 23 Mark, also etwa doppelt so viel, wie für andere Fette ausgegeben

wurde⁷⁸. Ging man bei einer größeren Anzahl von zu verpflegenden Personen stattdessen von teureren zu billigeren Qualitäten über? Die genannte Durchschnittsmenge von 150g bliebe davon unberührt; in Gesamtausgabenklasse 3 hätte sich die 4-Personen-Familie mit 75g guter Tischbutter pro Person und Woche begnügen müssen, in Gesamtausgabenklasse 8 hätte sich die 8-Personen-Familie 175g Kochbutter leisten dürfen.

Die Einstellungen zum Konsumgut Butter eignen sich wegen seines Preises, seines Statuswerts und der Aufmerksamkeit, die ihm immer schon zuteil wurde, in besonderer Weise als Indikator für sozial differenzierte Konsumwahlen. Im konsumtiven Raum ergibt sich auch aufgrund dieses Indikators eine gewisse Zweiteilung der Gesellschaft des späten Kaiserreichs bei gleichzeitiger Notwendigkeit, die zeitgenössische, einkommensbestimmte Trennung zwischen relativ deprivierten Schichten und *Mittelstand* nachzuvollziehen⁷⁹. Unter dem ersten Aspekt fallen einmal mehr die Gemeinsamkeiten von Arbeitern und unteren Beamten ins Auge. Wenn Arbeiter (zwischen 1.200 und 4.200 Mark Gesamtausgaben) mit einer durchschnittlichen Verdreifachung der Anzahl der Kinder pro Haushalt auch die Butterausgaben nominal verdreifachten [Tabelle T.5.2.1(13)], bewirkte das – wie in Tabelle T.5.2.1 (14) zu sehen – prozentual, auf den Haushalt und seine Einnahmen bezogen, Stabilität des Anteils für Butter an den Gesamtausgaben, auf das Individuum bezogen – nach Tabelle T.5.2.1(17) – einen starken Rückgang des "Butterprozents" und ein mit zunehmenden Einkommen nur mäßiges Anwachsen der für Butter verwendeten Geldmenge. Bei Arbeitern war der Maßstab des Ausgabeverhaltens – auf insgesamt niedrigem Niveau – anscheinend ein fester Geldbetrag, der als notwendig für die Person erachtet wurde, so daß Anstoß zu einer Erhöhung dieses Budgetpostens die Anzahl der auf die Tischplatte starrenden Kinderaugen wurde. Bei unteren Beamten war das im Prinzip ähnlich, nur gaben sie in jeder Gesamtausgabenklasse etwas mehr pro Person aus (20 bis 25 Mark, im Durchschnitt 20,05 Mark oder 1 %). Sie erscheinen, was das Konsumgut Butter betrifft, insofern nicht so durchgefärbt "proletarisch" wie im Hinblick auf andere Produktgruppen, wenn der statistische Test diesen Eindruck auch nicht überzeugend belegen kann. Diese Berufsgruppe verhielt sich zum Konsum von Butter vielleicht nicht besonders konsistent.

Darauf könnten die hohen Standardabweichungen, die die Daten in den Gesamtausgabenklassen bis 2.000 Mark aufweisen, hindeuten. Unterbeamte scheinen versucht zu haben, sich aus dem Milieu proletarischen Konsums zu lösen. Oberhalb 2.000 Mark Gesamtausgaben läßt sich ihre soziale Lokalisation am besten als eine aufwärtsorientierte Zwischenlage beschreiben. Pro Kopf gaben ihre Haushalte 8 Mark weniger für Butter aus als die Haushalte mittlerer Beamter. Dieser Betrag beanspruchte jedoch einen fast genau so hohen Anteil an ihrem Budget wie am Budget der mittleren Beamten (0,9 %). Für den Butterkonsum opferten sie also relativ mehr als jene. Trotzdem erreichten sie keinen höherwertigen Konsum als die Arbeiter. Weder unter noch über der 2.000-Mark-Schwelle bietet die Höhe der Pro-Kopf-Ausgaben "objektiven" Anlaß, Arbeiter und untere Beamte als sozial different zu behandeln.

Die mittleren Beamten folgten einem ähnlichen Muster, insofern auch sie Butter unelastisch nachfragten. Aber die Höhe ihrer Ausgaben (28 bis 30 Mark pro Kopf und Jahr) gebietet es, sie der "bürgerlichen" Gesellschaft zuzurechnen, der Lehrer und Angestellte, die ihren Verbrauch parallel zu Einkommen und Familiengröße erhöhten und dadurch beachtliche nominale Pro-Kopf-Ausgaben erzielten (30 bis 40 Mark), sowieso angehörten. Im *Mittelstand* waren Beamtenstatus und Wertschätzung für Butter aneinander gekoppelt (unterhalb 2.000 Mark Gesamtausgaben sind nicht-proletarische Haushalte fast nicht vertreten). Bis zu der 2.000-Mark-Schwelle hoben sich die qualifiziert tätigen Nicht-Beamten kaum von den Beamten ab, waren das doch fast ausschließlich untere. Im *Mittelstand* hingegen, das heißt oberhalb 2.000 Mark, wo die unteren Beamten kaum noch ein Drittel der Haushalte ausmachten, kann mit gewisser statistischer Sicherheit von einer sozialen Distanz zwischen Beamten und Nicht-Beamten gesprochen werden. Zwischen den Berufsgruppen der "bürgerlichen" Fraktion sind beständige Unterscheidungslinien nicht festzustellen⁸⁰. Die Differentialanalyse des Angestelltenkonsums ist aufgrund unseres Datensatzes in höchstem Maß unsicher. In den ersten 5 Gesamtausgabenklassen stehen 419 Arbeiterhaushalten ganze 23 Angestelltenhaushalte gegenüber, in den Gesamtausgabenklassen 6 bis 11 248 Arbeiterhaushalten 21 Angestelltenhaushalte. Unterhalb 2.000 Mark hoben sich die Angestellten mit ihren Ausgaben nicht

ab. Bei höheren Einkommen läßt sich beobachten, daß sie ihre absoluten Ausgabenbeträge im Muster bürgerlichen Konsums elastisch steigerten, so daß sie Lehrern und mittleren Beamten ähnlich erscheinen. Sie gaben mehr Geld für Butter aus als Arbeiter; da ihre Einkommen tendenziell aber höher waren als die von jenen, ergeben sich Prozentanteile, die nicht markant voneinander abwichen (1 % gegenüber 0,8 %). In diesen Zahlen mag man immerhin bereits das Bild erkennen, das in den 1920er und 1930er Jahren emergiert: die Angestellten folgten offensichtlich dem bürgerlichen Konsummuster.

Die Fette nahmen in den Haushaltsrechnungen der Zwischenkriegszeit bis etwa 4.000 RM Gesamtausgaben einen größeren Raum ein als im Kaiserreich. Davon abgesehen zeigen aber schon die pro Haushalt berechneten Durchschnittszahlen in den Tabellen T.5.2.1 (9) und (10), daß die altbekannten Berufsgruppenunterschiede erhalten waren. Für Haushalte mittlerer und höherer Beamter und von Angestellten in höheren Einkommenslagen waren Durchschnitte von 1 bis 1,5 % im Budget typisch; diese Schichten gaben in der Regel nicht mehr als 80 RM für Fette aus. Die entsprechenden Beträge in Haushalten von unteren Beamten und von Arbeitern waren – wie immer auf die gleichen Gesamtausgabenklassen bezogen – stets etwa doppelt so hoch. Offenbar war es in der Zwischenkriegszeit schwierig, mit weniger als 17 RM pro Person im Jahr für Fette auszukommen; diese Ausgabe realisierten auch die Haushalte mit den geringsten Einkommen, so daß dafür auf den Kopf 1 bis 0,8 % der Ausgaben des Haushalts entfallen konnten [Tabelle T.5.2.1(12)]. Mit steigender Wohlhabenheit wurden in allen Berufsgruppen die nominalen Ausgaben leicht erhöht, in den meisten Berufsgruppen in den höheren Ausgabenklassen aber wieder zurückgenommen. Wenn die Erhöhung durch den Kauf besserer Qualitäten verursacht war, müssen in den höheren Ausgabenklassen also tatsächlich geringere Quantitäten beschafft worden sein. Prozentual sanken die Ausgaben in allen Berufsgruppen stetig – wie nach der Jahrhundertwende auch. Die sozialen Differenzierungen zeigen sich freilich in dem Ausmaß der Erhöhung in den mittleren Gesamtausgabenklassen. Sie war in den Haushalten der mittleren Beamten, der Lehrer und der Angestellten am geringsten. Diese Schichten erreichten im Durchschnitt selten 20 bis 21 RM pro Kopf als Maximum. Wieder waren es

die unteren Beamten und unterschiedslos alle Berufsgruppen der Arbeiter, bei denen sich Durchschnitte von bis zu 30 RM ergeben konnten. Die Ausgaben blieben bei diesen bis in die letzte mit mehr als einem Haushalt ausgewiesene Gesamtausgabenklasse hoch. Die Berufsgruppen, die im späten Kaiserreich durch besonders geringe Nachfrage aufgefallen waren (mittlere Beamte, Lehrer), wiesen in der Zwischenkriegszeit trotzdem gut um das Dreifache erhöhte Nominalausgaben auf, die Berufsgruppen mit vordem eher hohen Ausgaben (Arbeiter, untere Beamte) hatten diese lediglich verdoppelt; die Steigerungsrate bei den Angestellten lag knapp unter 300.

Pro-Kopf-Ausgaben für tierische Fette und Margarine in ausgewählten Berufsgruppen und Gesamtausgabenklassen 1925-1937 [in RM]

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse					
	3 2.500 bis unter 2.800	4 2.800 bis unter 3.200	5 3.200 bis unter 3.600	6 3.600 bis unter 4.300	7 4.300 bis unter 5.100	8 5.100 bis unter 6.100
Haushalte insgesamt	19,44	20,04	21,02	21,27	19,21	18,43
mittlere Beamte	15,31	21,00	14,52	21,82	16,13	16,62
untere Beamte	20,25	21,49	21,02	18,66	26,09	23,60
Lehrer	.	.	.	24,75	15,92	16,07
Angestellte	17,50	19,09	20,46	19,26	18,04	17,58
Arbeiter	19,50	20,10	21,62	22,52	22,72	26,40
Gehilfen und ungelernte Arbeiter	17,38	19,49	21,55	20,99	16,83	48,43
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	18,88	20,12	21,31	21,54	24,17	27,16
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	17,75	20,44	20,06	21,31	26,61	30,32
gelernte Industriearbeiter	19,62	20,09	22,21	21,93	21,48	26,66
"Aufstiegsschicht"	18,00	19,91	19,71	19,72	17,82	17,41

Pro-Kopf-Ausgaben für Butter in ausgewählten Berufsgruppen
und Gesamtausgabenklassen 1925-1937 [in RM]

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse					
	3 2.500 bis unter 2.800	4 2.800 bis unter 3.200	5 3.200 bis unter 3.600	6 3.600 bis unter 4.300	7 4.300 bis unter 5.100	8 5.100 bis unter 6.100
Haushalte insgesamt	18,38	20,87	23,40	30,30	36,52	40,84
mittlere Beamte	59,20	34,37	40,39	40,00	41,80	44,33
untere Beamte	26,33	18,75	29,71	28,82	21,31	26,13
Lehrer	.	.	.	6,00	55,83	48,85
Angestellte	25,18	33,89	30,49	38,24	40,19	43,80
Arbeiter	17,60	18,96	20,37	23,43	25,68	23,80
Gehilfen und ungelernte Arbeiter	16,69	19,35	19,12	30,01	36,67	1,14
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	18,38	20,05	22,08	23,14	25,44	19,91
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	19,13	19,12	20,61	22,42	24,12	10,46
gelernte Industrie- arbeiter	17,70	21,12	23,49	23,12	28,07	27,02
"Aufstiegsschicht"	27,38	29,98	31,79	37,10	39,85	43,61

Das Niveau der nominalen Ausgaben für Butter war nach Tabelle T.5.2.1(15) in den 1920er und 1930er Jahren gegenüber der Vorkriegszeit nur in den "bürgerlichen" Berufsgruppen höher, in den Haushalten der unteren Beamten und der Arbeiter dagegen niedriger. Tabelle T.5.2.1 (16) zeigt, daß die Butter in der Zwischenkriegszeit bei allen Berufsgruppen weniger Gewicht einnahm, die grundsätzlichen Klassendifferenzen aber unverändert geblieben waren: die proletarischen Berufsgruppen sparten mit Butter. Tabelle T.5.2.1(18), ergänzt durch die entsprechenden nominalen Beträge, erlaubt genauere Aussagen. Bis zu Gesamtausgaben von 4.300 RM erreichten die Pro-Kopf-Ausgaben der Angestellten die der mittleren Beamten, so daß diese beiden Berufsgruppen die Spitzenverbraucher wurden. Diese beiden Berufsgruppen, die gegenüber der Vorkriegszeit ihre Ausgaben für die

Die Veränderung des differentiellen Budgets von Butter und anderen Fette
über 30 Jahre

Berufsgruppe	Ausgaben pro Kopf [in Mark bzw. RM]			
	Butter 1902-12	1925-37	andere Fette 1902-12	1925-37
Haushalte insgesamt	20,28	24,37	8,65	19,00
Beamte	25,09	39,32	7,32	18,73
<i>darunter:</i>				
mittlere Beamte	28,98	43,51	5,74	18,00
untere Beamte	20,05	25,23	9,47	20,46
Lehrer	30,51	49,80	4,93	17,75
Angestellte	20,33	37,76	6,44	18,41
Arbeiter	17,70	18,35	9,59	19,22
<i>darunter:</i>				
gelernte Arbeiter	19,49	19,87	9,69	19,16
ungelernte Arbeiter	17,13	18,89	10,11	18,60
Arbeiter im Handwerk	19,13	19,45	9,76	19,16
Arbeiter in der Industrie	20,88	20,20	9,52	19,26
"Aufstiegsschicht"	23,31	38,01	7,75	18,55

sonstigen Fette am stärksten erhöht hatten, erhöhten auch ihre Ausgaben für Butter am stärksten von allen Berufsgruppen. Sie betrachteten offenbar 30 bis 40 RM als Minimum pro Person. Mehr gaben sie erst aus, wenn ihre Einnahmen 5.000 RM überstiegen. Ab Gesamtausgabenklasse 7, wo mehr Lehrerbudgets vorliegen, stehen diese an der Spitze, so daß der Aufwand von Angestellten und mittleren Beamten an die zweite Stelle tritt. Wenn man die unteren Beamten unberücksichtigt läßt, finden sich keine Unterschiede zwischen Angestellten- und Beamtenkonsum⁸¹; die Angestellten sind in das "bürgerliche" Konsummuster integriert. Die unteren Beamten und die Arbeiter hielten - wie 20 Jahre vorher - ihre Ausgaben pro Person konstant (bei ca. 26 bis 29 RM bzw. 17 bis 23 RM). Alle von uns erfaßten Arbeiterhaushalte kannten offenbar keine als erstrebenswert betrachtete Mindestausgabe, die sie auch in den untersten Gesamtausgabenklassen nicht hätten erreichen können. Dementsprechend läßt sich bei ihnen in diesen Bereichen keine Steigerung der Ausgabenprozente feststellen (die Ungelernten bieten hier eine Abweichung, die keine Ausnahme bedeuten dürfte). Alle Arbeiterhaushalte stimmten in Gesamtausgabenklasse 2 in ihren nomi-

nalen Ausgaben bereits überein: 17 RM pro Kopf und Jahr⁸². Alle bisher erwähnten Berufsgruppen behandelten Butter, gemessen am Einkommen, als unelastisches Konsumgut, das heißt die Ausgabenprozentanteile sanken mit dem Ansteigen der Einkommen. Einzig die Angestellten veränderten ihre Ausgaben als Anteile am Gesamtbudget proportional mit der Variation ihrer Gesamtausgaben, so daß sie pro Haushaltsperson überproportional mehr für Butter ausgaben, wenn sie höhere Einkommen hatten, bis an die 60 RM in den obersten Einkommenslagen.

So ist der Butterverbrauch ein Indikator für die Einstellung zu Verzicht und Sparsamkeit: Arbeiter regulierten ihren Konsum nach pragmatischen Gesichtspunkten, für bestimmte Gruppen von Beamten war Butter dagegen in starkem Maße eine Prestigeangelegenheit, stand nicht zur Disposition und wurde einem möglicherweise beamtentypischen Ideal nüchterner Disziplin nicht geopfert. Angestellte reagierten bei guter Butter expansiv, in der Zwischenkriegszeit deutlicher als vor dem Krieg übten sie nicht nur keinen Verzicht, sondern strebten nach Ausweitung des Konsums.

5.2.1.2 Gemeine Kartoffeln und feines Gemüse

Geflügel, *gute Fleischsorten*, Butter, Obst und Gemüse auf dem Tisch, *Kakao für die Kinder* – das gehörte zu einem *hohen Niveau der Lebensweise*⁸³. Zuweilen scheinen die Statusverbundenheiten konsumtiver Präferenzen, die eine zukünftige Soziologie der Warenwelt genauer auszubuchstabieren hätte, über Zeiten und Gesellschaften hinweg zählebiger, als man annehmen möchte⁸⁴. In der Opposition von gehobenem Gemüsekonsum und verächtlicher Kartoffelernährung hat im Laufe eines knappen halben Jahrhunderts eine Begradigung sozialer Bruchlinien stattgefunden, in dem einen Fall – so ließe sich zugespitzt formulieren – eine Polarisierung, in dem anderen eine Homogenisierung.

Im Fall von Gemüse und Obst treffen wir im Kaiserreich auf ein zunächst homogenes Verbrauchsmuster, von dem in allen Einkommenslagen nur die unteren Beamten ausgeschlossen blieben. Erst ab dem *Mittelstand* setzten sich Angestellte und Lehrer mit gehobenem Konsum von Arbeitern ab. Zwanzig Jahre später ist die Verteilung der Geschmacksvorlieben deutlich dichotom: auf der "besseren" Seite Angestellte und mittlere Beamte, dürftiger lebend Arbeiter und untere Beamte. Im Fall von Kartoffeln waren Arbeiter im Kaiserreich klar die stärksten Verbraucher und im Ansatz auch die Unterbeamten. In der Zwischenkriegszeit stellte sich konsumsozial

Die Veränderung des differentiellen Budgets von Obst, Gemüse und Kartoffeln über 30 Jahre

Berufsgruppe	Ausgaben pro Kopf [in Mark bzw. RM]			
	Obst und Gemüse 1902-12	Gemüse 1925-37	Kartoffeln 1902-12	1925-37
Haushalte insgesamt	12,33	28,03	8,54	13,05
Beamte	14,65	42,29	7,11	15,97
darunter:				
mittlere Beamte	18,94	44,21	7,88	15,37
untere Beamte	9,04	29,07	7,09	17,61
Lehrer	22,19	62,54	5,96	15,19
Angestellte	15,39	41,20	6,17	15,28
Arbeiter	10,56	22,20	9,67	11,99
darunter:				
gelernte Arbeiter	12,29	25,26	8,42	12,84
ungelernte Arbeiter	10,64	24,10	8,27	12,13
Arbeiter im Handwerk	11,91	26,02	8,37	12,99
Arbeiter in der Industrie	13,39	24,78	8,69	12,76
"Aufstiegsschicht"	13,40	40,73	7,26	15,58

eine Einheit zwischen Angestellten, Arbeitern und mittleren Beamten einschließlich Lehrern her, in die lediglich Beamte der unteren Rangstufen nicht einzudringen vermochten. Wenn diese es damals gleichwohl jenen Berufsgruppen nachzutun versuchten, indem auch sie ihren Kartoffelverbrauch reduzierten, und wenn wir wieder die Unterbeamten ihren Gemüsekonsum im Laufe von 20 Jahren am stärksten von allen Berufsgruppen erhöhen sehen, läßt sich daran der allerdings immer wieder scheiternde Versuch ablesen, einem als drängend wahrgenommenen Wandel nachzu-

kommen. An den Ausgaben für die Produktgruppen, die auf den folgenden Seiten diskutiert werden, ist beiläufig zu demonstrieren, daß Konsummuster sich nicht notwendig horizontal entlang Schichtgrenzen differenzierten, so als ob ganze Berufsgruppen quer über alle Einkommenslagen hinweg durch ein konsistentes Konsumverhalten charakterisierbar gewesen wären. Diese Auffassung, so naheliegend und eingebürgert sie ist, vereinfacht die Verhältnisse bis zur Unkenntlichkeit. Vielmehr konstituieren sich Konsummuster im Widerspiel von sozialen und ökonomischen Faktoren gleichzeitig.

Unter Gemüse wurde um die Jahrhundertwende in der Regel Kohlgemüse - allerdings nur selten Blumenkohl -, im Sommer auch grüner Salat verstanden, nicht aber Hülsenfrüchte (Erbsen, Linsen, Bohnen), die auch in den Haushaltsrechnungen meistens separat angeschrieben wurden. Gemüse galt vielfach als diätetischer Bestandteil der Nahrung. *Die Gemüse sind angenehme Genußmittel, welche der Küche eine große Vielseitigkeit ermöglichen* ; dasselbe gilt für Obst, das *in weitesten Volkskreisen als ein gewisser Luxus empfunden und nur dann*

Gemüsepreise um 1908

pro 500g	Pfennig
.....
Pflücksalat	5-25
Schnittbohnen	5-20
Saubohnen	10-30
Zwiebeln	10-15
Teltower Rüben	20-40
Rosenkohl	20-50
pro Stück	Pfennig
.....
Kohlrabi	2-4
Kohlrübe (Steckrübe)	8-15
Stange Porree	3
Kopfsalat	3-30
Kohl (Wirsing usw.)	15-20
Blumenkohl	30-80

in größerer Menge angeschafft wird, wenn das Haushaltsbudget eine solche "entbehrliche" Ausgabe gestattet ⁸⁵. Diese Äußerung ist zur Korrektur unserer Gegenwartsperspektive auch dann bedenkenswert, wenn man sich klar macht, daß privater Nutzpflanzenanbau in den weniger stark urbanisierten Regionen seinerzeit selbstverständlicher war als heutzutage und der Kauf von Obst und Gemüse als Ergänzung der gewohnten Kost schon deshalb in stärkerem Maße als außergewöhnlich empfunden werden konnte. Kurz nach der Jahrhundertwende war anhaltsweise mit üblichen Preisen wie nebenstehend zu rechnen ⁸⁶.

Pro-Kopf-Ausgaben für Gemüse und Obst in ausgewählten
Berufsgruppen der *Wenigbemittelten* und des *Mittelstands*
vor 1914 [in Mark]

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse					
	3 1.200 bis unter 1.500	4 1.500 bis unter 1.800	5 1.800 bis unter 2.000	6 2.000 bis unter 2.400	7 2.400 bis unter 2.900	8 2.900 bis unter 3.500
Haushalte insgesamt	8,96	10,05	11,03	11,77	14,88	16,95
mittlere Beamte	.	.	.	14,83	18,93	21,45
untere Beamte	7,28	8,49	8,69	8,84	10,36	10,86
Lehrer	.	9,74	30,85	11,05	17,64	21,78
Angestellte	8,68	10,97	11,82	10,50	23,70	20,19
Arbeiter	9,17	10,45	11,17	12,32	11,52	7,00
Gehilfen und ungelernte Arbeiter	9,77	12,27	10,81	9,94	12,48	20,66
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	9,28	10,83	12,68	15,67	14,32	9,86
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	9,28	10,52	13,95	14,49	12,91	12,43
gelernte Industrie- arbeiter	12,20	12,36	10,97	17,45	17,69	6,26

Die Haushaltsausgaben in den Klassen 2 und 3 beliefen sich um 1910 auf etwa 30 Mark, in den Klassen 4 bis 6 auf 40 bis 50 Mark – immer etwa 2,5 % des gesamten Budgets [Tabelle T.5.2.1(19) und (20)]. In Abhängigkeit von der Anzahl der Haushaltsmitglieder [Tabelle T.5.2.1(23)] lagen die Ausgabenanteile auf unterschiedlichen Niveaus, hatten aber den gleichen Trend: Sie nahmen von einer Ausgabenklasse zur nächsten leicht ab, das heißt die Ausgaben wurden nicht im Maße der steigenden Einkünfte und der wachsenden Zahl der Familienmitglieder erhöht. Unabhängig von der Frage, welche Gemüse- und Obstsorten konkret hinter den Ausgabenziffern standen – ein Problem, dem man aufgrund der mangelnden Unterscheidungsschärfe der Vorkriegsquellen nicht nachgehen kann – ergibt sich unter Berücksichtigung von Einkommenslage und Familiengröße – ein verwickeltes

Gesamtbild. Die Konsumwahl unterer Beamter war angesichts der hohen Kinderzahlen in ihren Familien durch Einschränkungen bei Obst und Gemüse gekennzeichnet. Ihre Sparsamkeit wurde durch wachsende Einkünfte auch nicht aufgehoben; im Gegenteil scheinen zusätzliche Mittel nur in geringem Maße auf Waren dieser Art verwendet worden zu sein, die Anteile am Gesamtbudget fielen, die nominalen Ausgaben stiegen lediglich von 8 bis 9 Mark auf 10 bis 11 Mark pro Person. Den größten Gegensatz zu diesem Verhalten konstituierten die Lehrer, bei denen die Ausgabenanteile pro Person über alle Gesamtausgabenklassen konstant blieben, die mit anderen Worten ihre Ausgaben mit zunehmenden Gehältern nominal von 9 Mark auf über 20 Mark pro Person erhöhten. Für sie hatte der Verzehr von Obst und Gemüse offenbar eine hohe Bedeutung; diese könnte mit einer anderen Einstellung zu Körper und Gesundheit oder einer anderen Vorstellung vom Statusgehalt des Kaufes von Obst und Gemüse zusammengehangen haben. Die Arbeiterklasse, wiederum homogen und ohne differenzierende Zwischenebenen zwischen Gelernten und Ungelernten, Handwerk und Industrie, erscheint indes nach Maßgabe der Wohlhabenheit geteilt. In *wenigbemittelten* Arbeiter- wie in Angestelltenhaushalten in den Einkommenslagen von 1.200 bis 2.400 Mark wurden pro Kopf von 9 auf 12 Mark wachsende Beträge aufgewendet; und diese waren höher als bei unteren Beamten in den entsprechenden Gesamtausgabenklassen. Obwohl nur ab Gesamtausgabenklasse 6 diese Berufsgruppen gemeinsam belegt sind, erscheint es - unter dem Generalvorbehalt außer bei Arbeitern sehr niedriger Zellenbesetzungen - vertretbar, Angestellte und Arbeiter unterhalb des *Mittelstandes* konsumhistorisch zusammenzufassen.

Oberhalb der Mittelstandsgrenze von etwa 2.000 Mark Jahresgesamtausgaben trat zwischen den Konsum von Lehrern und Angestellten und proletarische Konsumgewohnheiten eine rasch wachsende Distanz. Gerade die wohlhabenden Arbeiter des Gesamtbestandes (ein knappes Hundert Haushalte ab Gesamtausgabenklasse 7 oder 8) folgten nicht mehr dem spendablen Lehrer-Angestellten-Muster. Sie weiteten ihre Obst- und Gemüsekäufe nicht aus, sondern blieben bei konstanten 7 bis 9 Mark pro Familienmitglied. Ob es auf abweichende konsumtive Präferenzen deutet, daß die 30 Haushalte

mittlerer Beamter in den drei obersten Gesamtausgabenklassen die Pro-Kopf-Ausgaben wieder zurücknahmen, muß dahingestellt bleiben.

In den Haushaltsrechnungen der 1920er und 1930er Jahre ist der Gegensatz von bürgerlichen sozioprofessionellen Gruppen (angestellten und beamteten Berufsgruppen) und proletarischen Arbeitnehmern vertieft. In keiner Gesamtausgabenklasse überschritten sich diese beiden Grundmuster noch. Aus dem Vergleich der haushaltsbezogenen Werte in den Tabellen T.5.2.1(21) und (22) und der personenbezogenen in Tabelle T.5.2.1(24) ist zu schließen, daß dies der Effekt unterschiedlichen familienplanerischen Verhaltens war. Wenn man den Haushalt als konsumierende Einheit betrachtet, sieht man, daß in der Zwischenkriegszeit der Kauf von Gemüse

Pro-Kopf-Ausgaben für Gemüse und Obst
in ausgewählten Berufsgruppen und Gesamtausgabenklassen
1925-1937 [in RM]

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse					
	3 2.500 bis unter 2.800	4 2.800 bis unter 3.200	5 3.200 bis unter 3.600	6 3.600 bis unter 4.300	7 4.300 bis unter 5.100	8 5.100 bis unter 6.100
Haushalte insgesamt	22,00	25,88	29,55	34,93	40,82	46,06
mittlere Beamte	33,75	26,50	33,81	37,10	42,41	49,71
untere Beamte	27,80	26,05	25,49	33,50	36,28	37,56
Lehrer	.	.	.	29,25	115,33	57,38
Angestellte	29,79	33,75	33,33	41,23	43,61	47,22
Arbeiter	21,31	24,76	28,69	30,41	34,20	36,23
Gehilfen und ungelernte Arbeiter	25,13	28,40	30,29	29,85	53,24	31,43
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	23,03	26,87	30,02	31,36	35,33	37,19
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	23,19	26,96	29,75	32,07	34,02	37,87
gelernte Industrie- arbeiter	23,15	27,01	30,35	30,15	36,39	35,79

und Obst in allen Einkommenslagen und allen sozioprofessionellen Gruppierungen 3 bis 3,2 % des Budgets beanspruchte. Tabelle T.5.2.1(24) zeigt nun aber, daß sich Arbeiter und Unterbeamte – ob sie viel verdienten oder wenig – im Hinblick auf die Zahl ihrer Familienmitglieder unterversorgten⁸⁷. Gemessen an den Bewertungsstandards der Kaiserzeit sind 0,6 bis 1 % pro Kopf und Jahr oder 20 bis 40 RM nur als notdürftig zu bezeichnen, wenn auf der anderen Seite in den Gesamtausgabenklassen 2 bis 7 Angestellte und mittlere Beamte über 1 % ihrer Gesamtausgaben für Obst und Gemüse verwendeten, nominal je nach Gesamtausgabenklasse 30 bis 50 RM, und in den Gesamtausgabenklassen 8 bis 11 Lehrer und höhere Beamte immerhin noch 0,6 bis 1 %, entsprechend 60 bis 70 RM (die Mittelung ergibt für 3 Lehrerhaushalte mit Gesamtausgaben zwischen 4.300 und 5.100 RM den außerordentlich hohen Durchschnitt von 115 RM). Wieder bildet das Kriterium der Berufsqualifikation keine Gruppenegegensätze aus; die signifikante Distanz zwischen qualifizierten und unqualifiziert tätigen Arbeitnehmern reflektiert in abgeschwächter Form nur die Dichotomie zwischen den konsumtiven Strategien der Arbeiter und der Angestellten, deren Haushalte hier mitgezählt sind.

Die Substandardcharakteristik der Kartoffelnahrung verrät sich in den Haushaltsbudgets des frühen 20. Jahrhunderts, wie bereits den zeitgenössischen Beobachtern bekannt war⁸⁸, dadurch, daß die Verbraucher um so weniger für dieses Nahrungsmittel ausgaben, je mehr sie verdienten. Im Vergleich der Anteilswerte in den Tabellen T.5.2.1 (26) und (29) wird deutlich, daß die haushaltsbezogenen Ausgaben nur deswegen oft nicht sanken, weil die Haushalte mit den höheren Einkommen auch größer waren; pro Kopf gerechnet, tritt die besagte Tendenz generell zu Tage, allerdings häufig abgeschwächt im Kaiserreich bei Arbeitern (Gesamtausgabenklassen zwischen 1.500 und 3.500 Mark) und in der Zwischenkriegszeit bei unteren Beamten (siehe Tabelle T.5.2.1(30): Gesamtausgabenklassen zwischen 1.600 und 5.100 RM). In die Einkommensabhängigkeit des Kartoffelverbrauchs übersetzten sich gesellschaftliche Wertschätzungen⁸⁹; das beweisen gerade diese Abweichungen, wie sie nur bei Arbeitern und Unterbeamten vorkamen und noch in den unterschiedlichen Niveaus der nominalen Ausgabenwerte sichtbar bleiben. Im übrigen belegt Tabelle

**Pro-Kopf-Ausgaben für Kartoffeln in ausgewählten Berufsgruppen
und Gesamtausgabenklassen der *Wenigbemittelten* und des *Mittelstands*
vor 1914 [in Mark]**

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse				
	4 1.500 bis unter 1.800	5 1.800 bis unter 2.000	6 2.000 bis unter 2.400	7 2.400 bis unter 2.900	8 2.900 bis unter 3.500
Haushalte insgesamt	7,45	8,24	9,09	9,23	9,55
Beamte	7,00	6,74	6,72	7,83	7,30
mittlere Beamte	.	.	5,30	8,86	8,04
untere Beamte	7,23	6,55	7,15	7,76	7,53
Lehrer	2,15	7,39	6,11	4,58	5,92
Angestellte	5,39	6,77	5,46	6,83	4,59
Arbeiter	7,80	9,11	10,40	12,07	17,36
Gehilfen und ungelernte Arbeiter	9,44	9,95	8,01	3,99	4,87
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	7,41	8,03	10,43	9,31	8,52
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	7,59	9,04	10,10	8,62	7,37
gelernte Industrie- arbeiter	8,12	6,62	10,96	10,97	10,70

T.5.2.1(25) beachtliche Unterschiede in den nominalen Ausgaben der Haushalte. Die Angestellten-Haushalte des Gesamtbestandes gingen im allgemeinen über eine Jahresausgabe von 35 Mark, die Beamten-Haushalte über 50 Mark nicht hinaus. Für 30 Mark bekam man etwa 400 bis 500 kg Kartoffeln, was als arbeitertypischer Durchschnittsverbrauch gelten sollte, aber vielleicht eher angestelltenmäßig war; 15 bis 20 Mark wurde schon *auffallend gering* genannt⁹⁰. So wenig gaben im Gesamtbestand nur der Haushalt eines Unterbeamten (1 Kind), zwei höhere Beamte (kein Kind bzw. 2 Kinder) und sechs Lehrerhaushalte aus, unsere Arbeiterhaushalte hingegen beträchtlich mehr. 40 Mark hatten "wenigbemittelte" Arbeiter schnell erreicht, und bei Jahresgesamtausgaben von mehr als 2.000 Mark wurden Beträge von 100 Mark pro Haushalt häufig weit überschritten. Bei Angestellten lagen die Prioritäten anders. Leider sind von diesen im Gesamt-

**Pro-Kopf-Ausgaben für Kartoffeln in ausgewählten Berufsgruppen
und Gesamtausgabenklassen 1925-1937^a [in RM]**

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse				
	4 2.800 bis unter 3.200	5 3.200 bis unter 3.600	6 3.600 bis unter 4.300	7 4.300 bis unter 5.100	8 5.100 bis unter 6.100
Haushalte insgesamt	13,58	15,05	15,95	16,02	15,87
Beamte	14,90	16,26	17,84	16,60	14,81
mittlere Beamte	13,94	11,69	18,13	14,92	14,07
untere Beamte	15,10	20,60	16,27	25,77	22,48
Lehrer	.	.	16,13	14,25	12,76
Angestellte	14,32 (11,53)	13,77 (9,99)	16,49 (10,87)	15,50 (8,17)	16,29 (8,54)
Arbeiter	13,39 (9,64)	15,13 (9,90)	14,80 (11,46)	16,36 (10,79)	17,93 (7,50)
Gehilfen und ungelernte Arbeiter	13,37 (8,74)	13,74 (11,63)	16,52 (10,68)	17,68 (7,58)	29,43
gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	13,84 (9,51)	15,77 (8,89)	14,59 (10,51)	16,51 (11,01)	19,12
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	13,76 (8,18)	15,44 (7,96)	14,44 (11,22)	16,93 (16,03)	18,03
gelernte Industrie- arbeiter	13,92 (10,17)	15,86 (9,26)	14,71 (10,33)	16,34 (9,34)	21,50

a Zahlen in Klammern: nur 1937 (Quelle 6).

bestand in den ersten zwei Jahrzehnten des Jahrhunderts nur wenige vorhanden. Die Familien bis Gesamtausgabenklasse 8 waren nicht kleiner als die von Arbeitern, verzeichneten aber wesentlich geringere Ausgaben für Kartoffeln. Pro Kopf und in Prozent von den Gesamtausgaben reduzierten sie ihre Aufwendungen im Maße steigender Einkommen stark. Das taten tendenziell zwar auch die unteren Beamten (Tabelle T.5.2.1(29): von knapp 0,5 auf 0,3 %), erreichten aber weder nominal noch prozentual, pro Kopf oder pro Haushalt, den niedrigen Durchschnittswert der Angestellten. Die Angestellten mit den größeren Familien und die mittleren Beamten und Lehrer mit den kleineren Familien (vgl. oben S. 227) waren die Berufs-

gruppen, die Kartoffeln mieden, weil ihnen das Minderwertige des Volksnahrungsmittels⁹¹ anhaftete.

In den 1920er Jahren hat sich eine partielle Konvergenz zwischen Angestellten und Arbeitern vollzogen. Tabelle T.5.2.1 (30) belegt grosso modo drei Niveaus der Pro-Kopf-Ausgaben für Kartoffeln, wenn wir die Berufsgruppen jeweils pro Gesamtausgabenklasse miteinander vergleichen. Am geringsten waren die Ausgaben der hochverdienenden Angestelltenhaushalte in den Gesamtausgabenklassen 9 bis 11, die alle aus Erhebungen der 1920er Jahre stammen, und der mittleren Beamten, von denen 4 in die Quelle von 1937 gehören, sowie der Lehrer; und die Ausgaben dieser Haushalte gingen mit steigendem Einkommen zurück. Wenn wir nicht glauben wollen, daß sie also gleichbleibende Quantitäten zu immer günstigeren Konditionen eingekauft haben, ist der Schluß zwingend, daß in diesen sozioprofessionellen Gruppen nicht nur pro verdieneter Mark, sondern auch pro hinzukommendem Haushaltsmitglied immer weniger Kartoffeln konsumiert wurden; denn Tabelle T.5.2.1(28) weist konstante Ausgabenanteile von 0,8 bis 1 % pro Haushalt nach. Angestellte und Arbeiter mit weniger als rund 6.000 RM Gesamtbudget belasteten dieses mit etwa 1,6 bis 1,8 % für Kartoffeln, das heißt pro Haushaltsperson mit 0,5 % bei niedrigerem, 0,3 % bei höherem Einkommen – also auch hier eine fallende Tendenz. Am meisten Geld verwendeten die Beamten der unteren Laufbahn für Kartoffeln, im Durchschnitt 0,5 % pro Person – und bei ihnen sanken die Pro-Kopf-Ausgaben nicht in den höheren Einkommensklassen, sondern es stiegen die Ausgaben des Haushalts.

Pro-Kopf-Ausgaben für Kartoffeln in Promille der Gesamtausgaben des Haushalts, Angestellte und Arbeiter 1937

	Gesamtausgabenklasse							
	1	2	3	4	5	6	7	8
Angestellte (n = 60)	.	4,0	4,5	3,9	2,9	2,9	1,9	1,6
Arbeiter (n = 1.393)	5,2	4,4	3,8	3,2	2,9	3,0	2,4	1,4

Im Hinblick auf den Konsum des inferioren Massennahrungsmittels Kartoffel scheint sich die Haupttrennlinie zwischen den sozialen Klassen mithin "nach unten" verschoben zu haben, so daß vom unterbürgerlichen Konsummuster nur die Unterbeamten ausgegrenzt geblieben, kleine Angestellte und Arbeiter jedoch am Prozeß der budgetmäßigen Zurückdrängung der Kartoffel beteiligt sind, ohne die Rigorosität der Lehrer, der mittleren Beamten und besseren Angestellten erreicht zu haben. Noch in den Daten der DAF-Erhebung von 1937 findet sich die Allianz der neuen Kartoffelverächter bestätigt.

5.2.1.3 Konsum – durch Genuß gesteigert, durch Sparen vermindert

*Mit vielem kommt man aus,
mit wen'gem hält man Haus*

Die abweichend von den Erhebungsschemata der Quellen neugebildete Variable Genußmittel faßt auf höherem Aggregationsniveau Produkte zusammen, deren Konsum von zeitgenössischen Beobachtern als nicht notwendig, als luxuriös und tendenziell verschwenderisch kritisiert wurde. Dies galt besonders für Süßigkeiten (aber nicht schlechthin für alles "Süße", zum Beispiel nicht für Zucker), für Kuchen, für Kakao und Kaffee (einschließlich Zichorie und ähnliches), für Tabak und Alkohol einschließlich Bier und Mahlzeiten im Wirtshaus⁹². Den Kontrapunkt zu Verzehr und Genuß in welcher Form auch immer bildet die Bereitschaft, einen Teil des Einkommens dem laufenden, gegenwärtigen Konsum zu entziehen, um zukünftigen Konsum zu ermöglichen oder von vornherein überflüssig zu machen. Das letztere ist der Fall bei Anschaffungen "auf Vorrat", vom Einkellern von Kartoffeln bis zur Aussteuer. In bestimmten Lebensphasen können Verbrauchsausgaben oder ein vordergründig als *Luxus* verurteilter Aufwand (Einrichtung der Wohnung, Anschaffung von Kleidung und Schmuck) objektiv die Funktion vorausschauenden Sparverhaltens erfüllen⁹³, zum Beispiel wenn in Phasen relativ guten Verdienstes eine

Wohnung ausgestattet wird, um sich bestimmte Belastungen in mageren Jahren zu ersparen. Ersparnisse brauchen – worauf vor 130 Jahren Engel bereits hinwies⁹⁴ – *keineswegs bloß in Geld oder in materiellen Gütern zu bestehen, sondern sie können sehr wohl auch in einer besseren Erziehung, in einer höheren Bildung des Einzelnen* Gestalt finden. Sicher ist Sparen nicht eine simple Funktion des verfügbaren Einkommens⁹⁵.

Die Haushaltsrechnungen werden im allgemeinen all diesen bedenkenswerten Erwägungen nicht gerecht. Wo die Daten denn einmal differenziert genug erhoben worden sind, hätte eine tiefergreifende Analyse anzusetzen, als sie hier möglich ist. So kann die Konstruktion unserer GENUSS-Variable nur einen letztlich unbefriedigenden Weg und lediglich einen Einstieg darstellen, um die Frage nach Wohlleben und Askese auf das System sozialer Berufsgruppen zu projizieren. Insbesondere muß auf Abschnitt 5.2.3.1 verwiesen werden, wo der Diskussion des Genußmittelkonsums ebenfalls Platz eingeräumt werden muß.

Genußmittel gehören den Praktiken des Lebensmittelkonsums nur sehr bedingt an. Das drückt sich auch in den empirischen Zusammenhängen aus. Die Genußmittel sind eine der wenigen Gütergruppen, in denen die notorische Familienähnlichkeit zwischen der Arbeiterklasse und der Gruppe der unteren Beamten entgegengesetzten Positionen weicht. Sowohl Tabelle T.5.2.3(16) als auch T.5.2.3(18) weisen nach, daß in allen Ausgabenklassen die Unterbeamten am wenigsten für Genuß übrig hatten, dagegen sehr viel die Arbeiter. Von den *Armen* bis zum *Mittelstand* gab man in Arbeiterhaushalten der Vorkriegszeit stets mehr für Genußmittel aus als in "bürgerlichen" Haushalten (von 2 Lehrerhaushalten und dem Gesamtdurchschnitt der unteren Beamten abgesehen). Ein Vierteljahrhundert später hatten die Arbeiter, wie es scheint, ihre Lektion in Genußverzicht, den asketische Bürgertumsideologen ihnen immer schon gepredigt hatten, gelernt – und dies so gründlich, daß sie in der Regel bis zu 1 Prozentpunkt pro Kopf und pro Haushalt weniger ausgaben und sich damit als sparsamer erwiesen denn die bürgerlichen Berufsgruppen. Die Ausgaben der wenig zahlreich im Datensatz vertretenen Angestelltenhaushalte vor dem Krieg schwankten stark ohne erkennbare Tendenz über die ganze Bandbreite der verschiede-

nen Einkommen zwischen $4\frac{1}{2}$ und $7\frac{1}{2}$ % pro Haushalt, 1 bis 3 % pro Kopf. Die Beamten scheinen sich noch etwas stärker unter den Druck der Notwendigkeiten gestellt zu haben, wobei die unteren Beamten, wie gesagt, dieses Muster noch radikalisierten. Beamtentypisch waren stabile 5 % in allen Ausgabenklassen. Dieser niedrige Prozentsatz bildet sich auch in den absoluten Werten ab: Bis 2.000 Mark Gesamtausgaben wurden 100 Mark für Genußmittel nicht erreicht; darüber wurde das Doppelte selten überschritten [vgl. auch Tabellen T.5.2.3(9) und (10)]. In der Zwischenkriegszeit wurden relativ hohe Genußmittelausgaben für die bürgerlichen Berufsgruppen, zu denen in dieser Hinsicht die unteren Beamten nicht gehörten, typisch, weil die Arbeiter die ihren so stark eingeschränkt hatten. Nominal gaben die Unterbeamten pro Haushalt soviel aus wie Arbeiter [Tabelle T.5.2.3(11)]. Insbesondere nahmen die Pro-Kopf-Ausgaben der Angestellten, vor allem der qualifizierten, in den Gesamtausgabenklassen 5 bis 10 – immerhin ein breites Einkommensspektrum von 3.000 bis 10.000 RM – eine Spitzenstellung ein, obwohl der über alle Ausgabenklassen gemittelte Wert nur knapp den des Arbeiterdurchschnitts erreicht [Tabelle T.5.2.3(18)].

Sparen durch Anschaffung von Sachgütern wäre in unseren Haushaltsrechnungen nur mit größtem Aufwand zu rekonstruieren; dazu sind andere Quellen und Methoden erforderlich. Dem Sparen durch Investition in Bildung wird sich ein späterer Abschnitt dieses Kapitels zuwenden. Hier kann nur von den offensichtlichen Formen des Sparens die Rede sein. An das Horten von Geld dachten die fürsorglich engagierten Zeitgenossen denn auch, wenn sie empfahlen, jeder, ob arm oder reich, müsse 4 bis 5 % seines Einkommens auf die hohe Kante legen⁹⁶. Die seinerzeit allgemein geteilte Überzeugung, daß die Einstellungen und die Lebensform von Arbeitern dieser Norm typischerweise zuwiderliefen, hat Eingang in die historische Forschung zu Haushalt und Verbrauch gefunden⁹⁷. Es wurde allerdings die differenzierende These aufgestellt, daß die Entscheidung, ob das Geld in den Sparstrumpf gesteckt, auf dem Sparbuch thesauriert, beim Sparverein hinterlegt oder einer Versicherung übereignet werden sollte, von den sozialen Klassen durchaus in eigener Weise getroffen worden sei. Der Arbeiterklasse wurde eine gruppenspezifische Option in dieser Frage

angesonnen, nämlich die Abneigung gegen individuelles Sparen und die Präferenz für kollektive Formen der Versicherung, begründet in ihrem gemeinsamen Klassenschicksal, das sie ohne Unterschied einem Prozeß der Angleichung und Kollektivierung aussetze⁹⁸.

Der zitierten Norm von 4 bis 5 % kamen viele Haushalte im Berliner Gesamtbestand nicht nur nicht nahe, sondern versagten ihr jede Beachtung, indem sie – wenn wir den Aufzeichnungen Glauben schenken – überhaupt keine Sparleistungen erbrachten. Allerdings ist schon die Verteilung von Sparern und Nicht-Sparern (in dem oben beschriebenen eingeschränkten Sinne) für sozioprofessionelle Unterschiede bezeichnend. Angesichts der staatlich garantierten Versorgung erscheint die Zahl der sparenden Beamten hoch. Schon im Kaiserreich sparten mehr als 40 % der Beamtenhaushalte (in den 1920er Jahren wird diese Quote sich noch beträchtlich erhöhen), und man darf annehmen, daß diese Ersparnisse nicht nur zur zusätzlichen Altersversorgung gedient, sondern auch die Reichweite des laufenden Konsums vergrößert haben. Wieder ziehen die Lehrer

Sparbereitschaft in ausgewählten Berufsgruppen vor 1914

Berufsgruppe	keine Sparleistungen	Sparleistungen vorhanden	Anzahl der Haushalte, für die Angaben vorliegen
Beamte überhaupt	228 (58,5 %)	162 (41,5 %)	390
mittlere Beamte	57 (44,5 %)	71 (55,5 %)	128
untere Beamte	115 (62,8 %)	68 (37,2 %)	183
Lehrer	55 (69,6 %)	24 (30,4 %)	79
Angestellte	25 (56,8 %)	19 (43,2 %)	44
Arbeiter überhaupt	450 (67,5 %)	217 (32,5 %)	667
ungelehrte Arbeiter	59 (72,8 %)	22 (27,2 %)	81
gelernte Arbeiter	227 (62,4 %)	137 (37,6 %)	364
Arbeiter im Handwerk ^a	168 (64,6 %)	96 (35,4 %)	264
gelernte Industriearbeiter	72 (58,1 %)	52 (41,9 %)	124
"Aufstiegsschicht"	197 (55,5 %)	158 (44,5 %)	355

a Keine Gehilfen.

sozioprofessionell besondere Aufmerksamkeit auf sich. Unter den Lehrern gab es im Kaiserreich die größte Quote von Nicht-Sparern; mit 70 % war sie noch höher als bei den Unterbeamten. In den 1920er Jahren waren es wiederum die Lehrer, bei denen unter allen Beamten die meisten Haushalte überhaupt keine Sparleistungen verzeichneten, nämlich fast 40 %. Sollte bei Lehrern demnach eine besonders krasse Form verzichtsunwilliger Ge-
nußorientierung vorgelegen haben? Wenn die Behauptung, Sparen sei Ausdruck einer "konservativen" Finanzgebarung⁹⁹, stimmt - waren dann Lehrer dank ihres durch Bildung erweiterten Horizontes weltoffener?

Insgesamt gesehen, sparten die Beamten- und die Angestelltenhaushalte im späten Kaiserreich geringfügig häufiger als Arbeiterhaushalte. Unter diesen befanden sich die wenigsten Sparer. Kaum ein Drittel aller Arbeiter sparten. Die Unterschiede in den Teilgruppen sind allerdings erheblich. Von den 81 Haushalten ungelernter Arbeiter sparten gerade 22, bei den gelernten Industriefacharbeitern immerhin fast die Hälfte. Der niedrige Prozentsatz im Handwerk, so wie Handwerk in Kapitel 4 definiert wurde, läßt sich - das muß hervorgehoben werden - nicht auf etwa mitgezählte, schlechter entlohnte Hilfskräfte zurückführen. Die in den Tabellen ausgewiesenen Zahlen betreffen nur Facharbeiter und verändern sich wenig, wenn die *Gehilfen* hinzugerechnet werden.

Sparbeträge und Vermögenslage
in 28 Haushalten Saarländischer
Bergarbeiter 1910

Gesamt- ausgaben- klasse	Anzahl der Haus- halte	Spar- be- träge [Mark]	Guthaben [Mark]
11	2	425,79	18.394,00
10	2	86,60	11.934,25
9	1	218,83	6.155,00
8	6	238,52	7.768,19
7	4	20,25	9.524,55
6	5	97,55	6.846,86
5	5	110,13	5.017,37
4	2	223,00	973,35
3	1	8,79	1.300,00

Nur von 28 Sparerhaushalten kennen wir außer den Beträgen, die sie während des Anschreibungszeitraums sparten, auch noch ihre Guthaben in Form von Immobilien oder Spareinlagen. Es handelt sich um 28 Saarländische Bergarbeiterhaushalte, deren Haushaltsvorstände zwischen 30 und 50 Jahre alt waren. Die binnen Jahresfrist gesparten Summen liegen im Durchschnitt, die Guthaben sind jedoch

außerordentlich hoch. Für Maschinenarbeiter in Nürnberg und Augsburg um dieselbe Zeit wurden Spareinlagen zwischen 740 und 1.140 Mark ermittelt. Heiser-Harttung spricht von durchschnittlich im Jahr gesparten Beträgen von 90 Mark bei Landarbeitern, zwischen 90 und 900 Mark bei städtischen Arbeitern¹⁰⁰, während manche unserer Bergarbeiterhaushalte bis zu 20.000 Mark Vermögen angaben. Großen Vermögenswerten standen in den Saarländischen Haushalten gleichzeitig oft Schulden gegenüber, die ein Drittel bis die Hälfte dieser Positiva erreichten, und viele Haushalte mit Vermögen schlossen ihre Haushaltsrechnung mit einem Minus ab. Gespart wurde freilich in jedem Fall, allerdings in der Regel weniger, wenn Schulden vorhanden waren.

Die Sparerquote ist in den Quellen der 1920er Jahre wesentlich höher. Eine Distanz ergibt sich nun zwischen Beamten und Angestellten auf der einen Seite und Arbeitern auf der anderen, die im späten Kaiserreich nicht so deutlich gewesen war. Besonders untere Beamte und Lehrer, die zwei Berufsgruppen, die vor dem Krieg im bürgerlichen Lager die geringsten Sparerquoten aufwiesen, sparten nun weit häufiger. Von den Angestellten bis zu den unteren Beamten zählen wir 60 bis 80 % Sparer aus. Auch die Arbeiter sparten häufiger; auch unter den Arbeitern verzeichnete die Berufsgruppe, in der vor dem Krieg am seltensten gespart wurde, nämlich die unqualifiziert tätigen Arbeiter, die größte Zunahme an Sparern. Insgesamt aber legte lediglich die Hälfte der Arbeiterhaushalte etwas auf die hohe Kante, so daß die Zunahme der Sparwilligkeit über den Zeitraum von zwanzig Jahren bei diesen weit hinter der von Beamten und Angestellten zurückblieb.

Wegen der in allen Berufsgruppen hohen Anteile von Nicht-Sparern sind in den Tabellen T.5.2.1(31) und (32), die alle Berufsgruppen der Kaiserzeit betreffen, nur diejenigen Haushalte berücksichtigt, die in ihren Haushaltsbüchern Sparleistungen eingetragen haben. In fast allen Gesamtausgabenklassen sparten die Arbeiter - neben den Lehrern diejenige Berufsgruppe, in der sich die wenigsten Sparer befanden - jeweils die höchsten Anteile ihrer Einkünfte, durchschnittlich zwischen 2 und 5 %. Es spricht also einiges dafür, daß der "typische" Arbeiterhaushalt nicht gespart und

Sparbereitschaft in ausgewählten Berufsgruppen, 1925-1927^a

Berufsgruppe	keine Sparleistungen	Sparleistungen vorhanden	Anzahl der Haushalte, für die Angaben vorlagen
Beamte überhaupt	148 (29,5 %)	354 (70,5 %)	502
mittlere Beamte	88 (29,5 %)	210 (70,5 %)	298
untere Beamte	18 (17,3 %)	86 (82,7 %)	104
Lehrer	28 (39,4 %)	43 (60,6 %)	71
Angestellte	224 (40,1 %)	335 (59,9 %)	559
Arbeiter überhaupt	698 (55,5 %)	560 (44,5 %)	1.258
ungelernte Arbeiter	26 (38,2 %)	42 (61,8 %)	68
gelernte Arbeiter	297 (47,1 %)	333 (52,9 %)	630
Arbeiter im Handwerk ^b	132 (46,0 %)	155 (54,0 %)	287
gelernte Industriearbeiter	165 (48,1 %)	178 (51,9 %)	343
"Aufstiegsschicht"	330 (34,3 %)	633 (65,7 %)	963

a In Quelle 6 (1937) fehlen Angaben über Sparleistungen.

b Keine *Gehilfen*.

nichts zu sparen gehabt habe und daß, war einmal mehr Geld im Haus als zum Lebensunterhalt unbedingt nötig, verpfändete Utensilien wieder aus dem Pfandhaus eingelöst, ein modisches Kleidungsstück gekauft oder Alkohol und Tabak konsumiert worden sei¹⁰¹. Wenn Arbeiter aber sparten, dann in einem Umfang, der zeitgenössischen Normvorstellungen ungefähr entsprach. Es ist nicht ausschlossen, daß die Mentalität der Arbeiter beziehungsweise Arbeiterfrauen, die Haushaltsbücher führten, stärker als in dieser Berufsgruppe sonst üblich eine Sparer-Mentalität war.

Damit wenden wir uns jetzt den wirklichen Beträgen zu, die die buchführenden Haushalte sparten, wenn sie sparten. Im Gesamtbestand sparten die Arbeiter des Handwerks am wenigsten, die industriellen Facharbeiter am meisten. Um die 3 % von ihrem Budget betrug die Spareinlagen der 71 Subalternbeamten. Das kam der bei Arbeitern ausgewiesenen Größenordnung gleich, was man auch an der absoluten Höhe der gesparten Summen

sieht: etwa 70 bis 90 Mark. Die mittleren Beamten müssen demnach als außerordentlich sparsam bezeichnet werden (Sparerquote 56 %!). Untere Beamte, Lehrer und Angestellte wiesen dagegen die geringsten Sparleistungen auf. In den Beamtenhaushalten dieser Berufsgruppen war die Anzahl der Nicht-Sparer auch besonders hoch, mit 60 bis 70 % so hoch wie in den Arbeitergruppen¹⁰². Die Daten der 1920er Jahre in der Tabelle T.5.2.1(34), zeigen tendenziell eine Einebnung der Gruppenkontraste. Die Sparleistung-

Sparen in unterschiedlichen Einkommenslagen,
ausgewählte Berufsgruppen 1925-1927

Berufsgruppe	Gesamtausgaben 2.500 bis unter 5.100 RM		Gesamtausgaben über 5.100 RM	
	Rücklagen		Rücklagen	
	[in RM]	[in Prozent der Gesamtausgaben]	[in RM]	[in Prozent der Gesamtausgaben]
Beamte	87,11	2,17	142,01 ^a	2,09 ^a
Lehrer	.	.	235,28	3,25
Angestellte	96,27	2,38	258,88	3,78
Arbeiter	73,91	2,10	294,52	5,04

a 108 Beamte ausschließlich 40 Lehrer.

gen der unteren Beamten, Lehrer und Angestellten sind nach zwei Jahrzehnten stärker als in den anderen sozioprofessionellen Gruppen gestiegen. Die Gruppenschneidungen der Arbeiter und der unteren Beamten einerseits und der Angestellten andererseits lagen nun bei knapp über 2 beziehungsweise knapp unter 3 %. Dieser scheinbar geringe Abstand von 0,6 Prozentpunkten, mit dem die Angestellten im Vorsprung waren und der in Geld etwa 60 RM entsprach, reicht statistisch gleichwohl hin, den Angestellten eine Sonderstellung einzuräumen¹⁰³ und manifestiert einen Aspekt "kleinbürgerlicher Lebensart", dessen Korrelat auf den folgenden Seiten Erwähnung finden wird: ängstliche Sparsamkeit einerseits und Zwang zur Repräsentation andererseits¹⁰⁴. Lehrerhaushalte sparten jetzt, in den 1920er Jahren, erheblich mehr als die Lehrerhaushalte der Kaiserzeit (über 3 %, d.h.

200 bis 300 RM in zwölf Monaten) und die Haushalte der ungelerten Arbeiter erheblich weniger (nur 1,8 % ihres Budgets), so daß die von ihnen bei Seite gelegten Summen sich nominal nur wenig höher stellten denn vor dem Krieg (siehe Tabelle T.5.2.1(33): rund 60 RM). Untere Beamte und mittlere Beamte unterschieden sich nicht signifikant voneinander. In Form von Reichsmark-Beträgen lagen ihre Ersparnisse zwar weit auseinander; aber das erklärt sich durch die unterschiedlichen Besoldungsniveaus. Außerdem scheint es, daß Unterbeamtenhaushalte konzentrierter sparten, während sich bei den Subalternbeamten auch geringfügigste Summen als "Ersparthes" finden¹⁰⁵. Die Abtragung der Grobkontraste bedeutete allerdings nicht die Erosion sozialer Differenzen; diese erscheinen vielmehr nur in anderer Gestalt. Allen Beamten war offenbar gemeinsam, daß die Sparleistungen relativ gleich blieben, ob der Haushalt viel oder wenig Geld zur Verfügung hatte. Insofern tragen die Untergruppen der mittleren und unteren Beamten die Signatur des Beamtenmusters.

In allen anderen Berufen markierte der Übergang von Gesamtausgabenklasse 7 nach 8 (etwa 5.000 RM jährliche Gesamtausgaben) eine Verwerfungslinie, jenseits derer sozioprofessionelle Differenzen verstärkt ins Spiel kamen. Wenig verwunderlich, sparten die Beamtenhaushalte die geringsten Summen (Durchschnitt über alle 148 Haushalte mit Gesamtausgaben über 5.100 RM: 2,4 %). Wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist, veranlaßten hohe Einkommen nur die Lehrer, größere Anteile ihres Budgets dem Konsum zu entziehen. Den Lehrern und den Angestellten mit höheren Einkommen, daneben auch den bestbezahlten Arbeitern war ihre Zukunftsvorsorge per Sparbuch teuer¹⁰⁶. Die letzteren sparten prozentual zwar beträchtlich mehr als unsere Angestelltenhaushalte; statistisch lassen sich beide Gruppen aber nicht trennen. So emergiert Ende der 1920er Jahre in der Dimension des Kontosparens in höheren Einkommenslagen eine dichotome Struktur mit untergliedernden Differenzen. Der große Kontrast bestand zwischen den besoldeten und den nichtbesoldeten Arbeitnehmern, wobei unter den ersteren die Lehrer eine besondere Rolle spielten. Innerhalb der Lohn- und Gehaltsempfänger kann man zwischen Angestellten- und Arbeiterhaushalten tendenziell Unterschiede entdecken, wengleich sich diese nicht eindeutig nachweisen lassen.

Der Blick auf Sparbuch und Sparbüchse muß durch die Berücksichtigung jener anderen Ausgaben für die Zukunftsvorsorge, die, funktional äquivalent, die Form von Leistungen an kollektive Versicherungsträger hatten, ergänzt werden. Solche Zahlungen, die, im Gegensatz zum Individualsparen nicht rückholbar, Zwangsleistungen darstellen, sind die Abgaben an die Sozialversicherung und freiwillige Versicherungen jeder Art. Rechtsschutzversicherungen fassen wir nicht darunter. Nach den Tabellen T.5.2.1(35) und (36) zeichnen sich in den Haushaltsrechnungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts drei Leistungsmuster ab, wobei wir von den Angestellten absehen. Deren Ausgaben schwankten stark¹⁰⁷, und es stehen nur wenige Haushaltsrechnungen zur Verfügung. Die unteren Beamten, die – erinnern wir uns – nichts oder wenig sparten, hatten auch sehr niedrige und prozentual gleichbleibende Versicherungsaufwendungen (knapp über 2 % des Budgets, zwischen 40 und 80 Mark im Jahr¹⁰⁸). Bei unseren Lehrereinkommenshaushalten waren die Aufwendungen hoch, wenn auch im Einzelfall unterschiedlich¹⁰⁹, nahmen aber anteilmäßig ab, so daß sich als lehrertypischer Aufwand in den mittleren Einkommenslagen 70 bis 100 Mark ergaben. Lehrer hatten anscheinend als einzige Beamtengruppe den gleichmäßigen Standard eines festen Geldbetrages, der für Versicherungsvorsorge auszugeben sei, vor Augen. Sie sparten im Kaiserreich wenig und versicherten sich umso schlechter, je mehr sie für andere Dinge des Lebens ausgaben. Von ihren Beamtenkollegen in den gehobenen Rängen wichen Lehrer und untere Beamte in ihren Einstellungen zu Konsum und Verzicht offensichtlich ab. Dieser Eindruck ist um so beachtenswerter, da häufig darauf verwiesen wird, daß ein ausgeprägtes Sicherheitsdenken die Mentalität dieser sozialen Gruppe insgesamt geprägt habe¹¹⁰.

Die beiden Berufsgruppen, die schon im Sparverhalten Ähnlichkeiten aufwiesen, mittlere Beamte und Arbeiter, realisierten, drittens, eine expansive Strategie der Zukunftssicherung auch durch den Erwerb von Rentenansprüchen. Sie gaben in der Regel mehr als 3 % dafür aus und um so mehr, je mehr Geld sie zur Verfügung hatten, so daß sich Familien höheren Einkommens mit über 100, ja 200 Mark und mehr versicherten, die Masse der Arbeiter in mittleren Einkommenslagen immerhin mit 50 bis 60 Mark. Aus diesen Beträgen können wir schließen, daß die Arbeiter, deren

Haushaltsrechnungen uns vorliegen, sich im allgemeinen privat noch zusätzlich versicherten, wenn sie mehr als 1.200 bis 1.500 Mark im Jahr ausgeben konnten¹¹¹, aber nicht in erheblichem Umfang (schätzungsweise 10 bis 20 Mark). Das änderte sich erst, wenn mehr als rund 3.500 Mark im Jahr zur Verfügung standen.

Kurz nach der Jahrhundertwende wurde die Summe der Versicherungsbeiträge, die städtische Arbeiter zu entrichten hatten, auf 21 bis 25 Mark im Jahr geschätzt¹¹². Für die Zeit um 1907, wo die meisten unserer Haushalte ihre Budgets angeschrieben haben, lassen sich allein die Beitragszahlungen an die Krankenkassen auf etwa 25 Mark pro Mitglied hochrechnen. Der wöchentliche Beitrag an die Arbeiter-Rentenversicherung betrug in der nach oben offenen Lohnklasse für Einkommen über 1.150 Mark (Lohnklasse 5), der mithin die weitaus meisten unserer Haushalte angehörten, 36 Pfennig, was sich bei Vollbeschäftigung auf ca. 18 Mark im Jahr summiert¹¹³. Sozialversicherungsbeiträge in der Größenordnung von 50 Mark pro Jahr erscheinen also realistischer als die genannten 25 Mark. Wenn man eine durchschnittliche Belastung durch die gesetzliche Sozialversicherung von 3 % des Arbeitseinkommens annimmt, was keineswegs zu hoch, eher zu niedrig bemessen ist¹¹⁴, ergeben sich für unsere Haushalte die in der Tabelle eingeklammerten Nominalbeträge¹¹⁵. Den geringen Fallzahlen in der Angestelltengruppe entsprechen stark schwankende Differenzbeträge zwischen wirklichem und hypothetischem Wert. Diese Reihe soll nicht weiter kommentiert werden. In den Untergruppen der Arbeiter übersteigen die den Haushaltsrechnungen entnommenen Vorsorgeleistungen die hypothetisch errechneten nur um etwa 5 bis 10 Mark, was auf höchstens geringfügige Zusatzversicherungen schließen läßt. Aber die Gesamtreihe, die alle Arbeiter umfaßt einschließlich derer, die speziellen Untergruppen nicht zuzuordnen waren, zeigt ein stetiges Anwachsen der über das gesetzliche Muß hinausgehenden Versicherungen und bildet am Übergang von der siebten zur achten Gesamtausgabenklasse, also an der Jahresverdienstgrenze von ca. 3.000 Mark, die bereits erwähnte Diskontinuität zu einer kleinen Gruppe von 40 Haushalten, in denen Vertreter der oft zitierten "Arbeiteraristokratie" vermutet werden können, ab. Die Zahl der Arbeiterhaushalte reicht aus, um wenigstens statistisch abgeleitete Anhaltspunkte für die

Antwort auf die Frage zu bekommen, ob hohes Einkommen zu einem Vorsorgeverhalten motivierte, das von den Klassengenossen mit niedrigeren Löhnen trennte. Dies war in der Tat der Fall. Haushalte, die nicht mehr als rund 3.000 Mark zur Verfügung hatten, reservierten regelmäßig 3,5 % davon für Versicherungen. Jenseits dieser Grenze sprang der Anteil auf 4,6 % im Durchschnitt der betreffenden "Großverdiener"¹¹⁶. Es gab in dieser Hinsicht also eine Bruchlinie, die zunächst nur von ökonomischer Art war, die aber auch auf das Vorliegen milieuspezifischer Lebensstilvariationen hindeutet.

Tatsächliche Vorsorgeleistungen von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten
und geschätzte gesetzliche Sozialversicherungsabzüge
vor 1914 [in Mark]

Gesamt ausgaben klasse	Arbeiter insgesamt	Gehilfen/ ungelernte Arbeiter	gelernte Arbeiter	Handwerker- Arbeiter	gelernte Industrie- arbeiter	Angestellte
11	207,89 (71,00)
10	270,75 (92,00)	.	261,40 (102,00)	.	261,40 (102,00)	368,02 (132,00)
9	209,16 (91,00)	.	83,90 (105,00)	.	83,90 (105,00)	- (90,00)
8	127,35 (69,00)	51,03 (89,00)	59,30 (79,04)	51,38 (78,00)	82,87 (86,00)	134,17 (81,00)
7	88,93 (63,00)	63,26 (82,00)	68,21 (67,00)	76,29 (67,00)	47,57 (68,00)	60,58 (70,00)
6	74,71 (55,00)	68,80 (55,00)	60,47 (57,00)	61,29 (56,00)	62,09 (60,00)	119,23 (56,00)
5	73,19 (49,00)	60,61 (49,00)	63,28 (50,00)	60,60 (50,00)	66,38 (51,00)	42,58 (47,00)
4	57,90 (45,00)	50,76 (44,00)	56,13 (45,00)	54,48 (45,00)	56,44 (46,00)	61,13 (45,00)
3	47,66 (39,00)	45,95 (42,00)	43,73 (39,00)	46,92 (40,00)	35,79 (38,00)	27,36 (42,00)
2	27,10 (31,00)	10,50 (33,00)	52,07 (36,00)	3,30 (24,00)	52,07 (36,00)	.
1
1-11	73,10 (51,00)	54,50 (48,00)	58,46 (51,00)	57,14 (50,00)	60,43 (53,00)	77,01 (57,00)

Für eine tätigkeitsbedingte Abschichtung, deren soziale Geltung im allgemeinen als selbstverständlich angenommen wird, finden wir indes keinen überzeugenden Beleg. Es handelt sich um den Gegensatz von gelernter und ungelernter Arbeit, dem im sozialen Raum idealtypisch der Kontrast zwischen verantwortungsbewußter Organisation des eigenen Lebens und ungeschickter Alltagsverhaftetheit entsprechen soll. Die 537 Vorkriegsfamilien, deren Haushaltsvorstand als Arbeiter o d e r Angestellter in einem qualifizierten Beruf mittleren Einkommens tätig war, gaben 3,6 % für Versicherungen aus (etwa soviel wie der Durchschnitt aller Beamtenhaushalte), die 80 Haushalte ungelernter aber 3,2 %. Diese 0,4 Prozentpunkte machten nominal einen Unterschied von 70,13 Mark gegen 56,84 Mark im Jahr aus. Statistisch gesehen sind diese 13 Mark nicht als Zufallsvarianz abzutun; sie bedeuten innerhalb der Proportionen der Budgets allerdings nur 0,5 Prozentpunkte Abweichung und sind mithin doch zu wenig, um im Sinne sozial wirksamer Unterscheidungen interpretierbar zu sein¹¹⁷.

Leider läßt sich nicht nachprüfen, ob in bestimmten Berufsgruppen auch die Mitgliedschaft in Vereinen und Gewerkschaften der Zukunftsvorsorge diene. In den meisten Vorkriegsquellen tauchten Vereinsbeiträge in der Rubrik "geistige und gesellige Bedürfnisse" unter. Einzig eine Erhebung des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten machte mit ihrem Erhebungsschema eine Ausnahme. Der Bearbeiter wies darauf hin, daß es sich bei den Leistungen im wesentlichen um Krieger- und Flotten-, selten um *politische* Vereine gehandelt habe¹¹⁸. (Diese Mitgliedschaften waren freilich insofern politisch, als sie, wie er erklärte, *besonders bei den Vorständen größerer Familien, nicht so sehr einem Geselligkeitsbedürfnis, als dem Wunsche, für Zwecke, die der Betreffende für gut hält, auch materiell ein kleines Opfer zu bringen*, entsprangen.) In den wenigen Arbeiterhaushalten des Gesamtbestandes, die man zum Vergleich heranziehen kann, waren die Vereinsbeiträge wesentlich höher und steigerten, wenn man verallgemeinernd hier eine Vorsorgefunktion unterstellen will, die Sparquoten, so daß Arbeiter unter diesem Blickwinkel als die am stärksten für die Zukunft vorsorgende Berufsgruppe erscheinen müßten.

**Beiträge für Vereine und Gewerkschaften,
ausgewählte Berufsgruppen vor 1914**

Gesamtausgaben [Mark]	Arbeiter			davon: gelernte Arbeiter			untere Beamte		
	[Mark]	[%]	[N]	[Mark]	[%]	[N]	Mark	%	[N]
4.200 bis unter 5.000	18,15	0,4	(1)
3.500 bis unter 4.200	12,10	0,3	(1)
2.900 bis unter 3.500	21,13	0,7	(6)
2.400 bis unter 2.900	19,61	0,8	(18)
2.000 bis unter 2.400	20,01	0,9	(32)
1.800 bis unter 2.000	39,00	2,0	(1)	39,00	2,0	(1)	16,65	0,9	(25)
1.500 bis unter 1.800	39,35	2,3	(4)	36,00	2,2	(3)	17,54	1,0	(31)
1.200 bis unter 1.500	52,67	3,6	(3)	72,80	4,9	(1)	16,23	1,2	(9)
800 bis unter 1.200	21,15	1,8	(1)	21,15	1,8	(1)	.	.	.
unter 800	10,78	1,5	(1)

Schon auf den ersten Blick erscheint das Bild der differentiellen Bereitschaft zu Vorsorgeaufwendungen Ende der 1920er Jahre geradliniger, im Grundmuster aber eine Fortsetzung der Verhältnisse im späten Kaiserreich. Generell betragen die Abzüge bei den nichtbeamteten Arbeitnehmern zwischen 7 und 9 % vom Haushaltseinkommen. Somit stehen die Rechnungsergebnisse in der Tabelle T.5.2.1(38) im Einklang mit zeitgenössischen Wahrnehmungen¹¹⁹. Anders als vor dem Weltkrieg lagen die Versicherungszahlungen der Beamten nun durchweg unter denen der nicht im Beamtenverhältnis stehenden Arbeitnehmer – Tabelle T.5.2.1(37) –, wobei an den nominalen Beträgen deutlicher als an den prozentualen die relative Sonderstellung des einfachen Diestes erkennbar wird. Hiervon ist nun keineswegs auf ein nachlassendes "Sicherheitsbedürfnis" bei den Beamten zu schließen.

Vielmehr verweist dieser Befund eindrucksvoll auf die stärkere Inanspruchnahme der nichtbesoldeten Arbeitnehmer durch das in der Weimarer Zeit im Ausbau befindliche System der sozialen Sicherung. Die Tabellen T.5.2.1(39) und (40) lassen vollends das niedrige Niveau der Vorsorgeleistungen von Beamten der unteren Laufbahnen hervortreten¹²⁰. Es bedeutet bei diesem Ausgabenposten nicht gerade wie sonst eine Wahlverwandtschaft mit der "blue-collar-world", sondern läßt nur auf eine etwas größere Unbekümmertheit bei Angehörigen dieser sozioprofessionellen Gruppierung im Hinblick auf zukünftige Gefährdungen schließen; denn 100 RM an freiwilligen Versicherungen über die staatliche Versorgung hinaus übersteigt das von Arbeitern egal welcher Profession und Qualifikation Erreichte bei weitem.

Die Tabellen T.5.2.1(39) und (40) bilden die Krankenversicherungspflichtgrenze, die für Angestellte im Lauf des Jahres 1927 - während der Anschreibungen für die große Erhebung von Haushaltsrechnungen des Statistischen Reichsamtes - auf 3.600 RM angehoben wurde, im Übergang von der Gesamtausgabenklasse 5 zur Gesamtausgabenklasse 6 augenfällig ab. Aber schon in niedrigeren Einkommensstufen belasteten die Angestellten ihr Budget freiwillig mit Versicherungen bis zu 5 %, während die Arbeiter bei einem Festbetrag zwischen 50 und 70 RM, also nominal zwei- bis dreimal so viel wie vor dem Krieg, blieben, was ihr Budget zusätzlich mit nicht mehr als 2 % beanspruchte. Die Angestellten, die viel sparten und viel genossen (oder "repräsentierten")¹²¹, steigerten auch ihre Versicherungszahlungen beträchtlich, so daß ihnen, die eher generös haushielten, ebenso wie den Beamten, die "mit wenig auskamen", ein beachtlicher Hort für die Zukunft sicher scheinen konnte.

Spuren einer vorsorgebewußten Arbeiteraristokratie sind in den Quellen der 1920er Jahre nicht mehr zu entdecken, der Kontrast zwischen der Versicherungsbereitschaft von Angehörigen qualifizierter Berufe und Arbeitnehmern in ungelernten Tätigkeiten bleibt dubios¹²² und wäre auf jeden Fall interpretatorisch schwer zu deuten. Es ist festzustellen, daß die Beamten des niederen Dienstes sich in das Vorsorgemuster der Beamten integriert haben und daß die Angestellten sich als die bestversorgte

Sozialgruppe abheben. Ein aus dem Rahmen fallendes Versicherungsmuster der Lehrer ist nicht mehr zu entdecken.

Für die Vorkriegszeit war es möglich, die gesetzlichen Versicherungszahlungen nichtbesoldeter Arbeitnehmer zu schätzen, die freiwilligen Leistungen als Differenz zu dem in den Haushaltsrechnungen aufgezeichneten Gesamtvorsorgeaufwendungen zu ermitteln und als Indikator differentieller Vorsorgeeinstellungen zu verwenden. Die Quellen der 1920er Jahre, erlaubten es in großem Umfang, die freiwilligen Leistungen direkt zu beziffern. Für die 1930er Jahre steht nur eine einzige Quelle zur Verfügung, und diese nennt wiederum nur die Gesamtsumme der Vorsorgeaufwendungen und betrifft – weitere Einschränkung – fast nur Arbeiter-

Vorsorgeleistungen insgesamt in Haushalten
von Angestellten und Arbeitern 1937, in RM und in Prozent
des geschätzten versicherungspflichtigen Haushaltseinkommens

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse							
	1	2	3	4	5	6	7	1-8
Angestellte	.	172,76 8,8 (30)	202,34 9,6 (9)	226,31 8,4 (7)	184,61 8,0 (7)	300,91 9,2 (3)	260,23 9,4 (2)	196,53 9,3 (59)
Arbeiter	120,22 9,2 (62)	172,32 9,3 (840)	203,93 9,3 (208)	222,57 9,1 (160)	232,29 9,0 (75)	266,30 9,4 (37)	298,69 8,8 (10)	187,15 9,2 (1.393)
Gehilfen und ungelernte Arbeiter	127,95 9,3 (8)	173,13 9,4 (76)	191,30 9,2 (20)	245,65 9,9 (12)	174,09 7,9 (1)	221,98 8,7 (3)	231,08 9,4 (1)	182,04 9,4 (121)
gelernte Ar- beiter in Hand- werk und In- dustrie	111,73 9,2 (9)	172,21 9,2 (259)	203,10 9,0 (79)	217,46 8,7 (72)	236,66 9,3 (28)	298,55 10,2 (15)	331,05 8,4 (4)	192,57 9,1 (466)
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	85,33 10,0 (1)	168,20 9,1 (107)	197,49 9,3 (33)	209,98 8,8 (24)	232,19 9,8 (8)	316,23 11,1 (3)	320,20 8,8 (1)	185,12 9,2 (177)
gelernte Indu- strie-Arbeiter	115,03 9,1 (8)	174,56 9,2 (157)	207,13 8,9 (46)	221,19 8,7 (48)	238,45 9,1 (20)	294,13 10,0 (12)	334,66 8,3 (3)	196,51 9,1 (294)
"Aufstiegs- schicht"	.	178,60 9,2 (38)	217,20 9,8 (11)	231,32 9,3 (11)	184,12 8,0 (8)	281,12 9,2 (5)	260,23 9,4 (2)	202,78 9,2 (76)

haushalte. Nach Mason betrug die gesetzlich festgeschriebene Belastung des Arbeitnehmers durch Sozialabzüge in den 1930er Jahren mindestens 11, in der Regel 13 bis 20 % des Bruttolohns¹²³. Wenn dieser durch die Summe der in der Quelle ausgewiesenen Erwerbseinkommen des Haushaltsvorstandes, seiner Ehefrau und seiner Kinder geschätzt wird, stellt sich heraus, daß ein davon mit 15 % berechneter Abzug die in der Quelle eingetragenen Vorsorgeaufwendungen in jedem Fall übersteigt. Wenn wir umgekehrt deren Beträge zu dem geschätzten versicherungspflichtigen Einkommen in Beziehung setzen, erhalten wir die Prozentsätze in der voranstehenden Tabelle. Für unsere Angestellten- und Arbeiterhaushalte von 1937, knapp 60 bzw. 1.400 an der Zahl, ist also hier lediglich zu konstatieren, daß sie 7 bis 8 % ihrer Gesamteinnahmen beziehungsweise etwas über 9 % der Gesamtsumme ihrer Erwerbseinkommen in Form von Sozialversicherungsabgaben oder Spenden zugunsten nationalsozialistischer Organisationen für die Finanzierung einer Zukunft, von der nicht sicher sein konnte, ob es die ihre werden würde, beiseite legen mußten.

5.2.2 Der öffentliche und der private Raum

Im vorigen Abschnitt 5.2.1 wurde der Versuch gemacht, im Widerspiel von Konsumieren und Sparen, von Verausgabung und Rationierung einige sozio-professionelle Kontraste hervortreten zu lassen. Budgetvariable, die dazu geeignet erschien, war zunächst der erdrückende Sammelposten der Nahrungs- und Genußmittelausgaben, dann aber vor allem Gegensatzpaare einiger speziellerer Ausgabenpositionen, Butter und andere Fette, Kartoffeln und Gemüse, Genußmittel als "Luxusausgabe" und Sparen und Versichern als Formen der Hortbildung. Allen diesen Konsumwahlen ist gemeinsam, daß sie individuell getroffen werden und sich vorrangig im Binnenraum der Familie zutragen und auswirken, zeitlich das eine Mal gerichtet auf die Gegenwart, das andere Mal auf die Zukunft.

Gegenstand des folgenden Abschnitts 5.2.2 sind gegenwartsbestimmte Konsumwahlen, denen spezifisch soziale Gehalte gemeinsam sind, nach außen gerichtet der Stil der Einkleidung der Person, nach innen gerichtet der Stil der Ausstattung der Wohnung. Die Nahrung steht zur Kleidung in einer Beziehung des Innen zum Außen¹²⁴. Auch für den Beginn unseres Jahrhunderts dürfte gelten, daß der Konsum von Nahrung inwärts gerichtet war, in der Regel die Signatur des Häuslich-Privaten trug und nur in Ausnahmefällen der Zurschaustellung der eigenen Person diene. Kleidung wirkt zwangsläufig nach außen und konnte schon damals in hervorragender Weise demonstrative Zwecke erfüllen.

Welchen Stellenwert und welches Interesse die Angehörigen der verschiedenen Klassen indes der Selbstdarstellung einräumen, *wieviele Zeit, Mühen und Entbehrungen sie wirklich dafür aufwenden, richtet sich nach den Chancen der vernünftigerweise davon zu erwartenden materiellen oder symbolischen Vorteile*. In den Kleidungskonsum gehen mithin immer schon die differentiellen Zugangschancen zu einem Arbeitsmarkt, auf dem "kosmetische" Merkmale Wert erhalten, und zu den gesellschaftlichen Arenen, wo Schönheit *am nachdrücklichsten zum beruflichen Wert beiträgt*, ein. Bourdieu spitzt seinen Ansatz, der eine enge Verknüpfung zwischen Individuum und Gesellschaft herstellt, auf die Behauptung zu, daß der Lebensstil einer Klasse sich *bereits aus deren Mobiliar und Kleidungsstil ablesen lasse*¹²⁵. Nicht nur, daß sich in diesen Konsumfeldern aus der Klassenlage resultierende ökonomische und kulturelle Zwänge auswirkten, vielmehr gewannen die gesellschaftlichen Verhältnisse in einer bestimmten Konsumwahl gegenständliche Gestalt, so daß sie *sich vermitteltst zutiefst unbewußter körperlicher Empfindungen und Erfahrungen aufzwingen* – die gesellschaftlichen Verhältnisse werden vom Konsumenten *inkorporiert*. Eine entsprechende Auffassung erkennen wir hinter zeitgenössischen Formulierungen wie derjenigen, daß die Ausgaben für Kleidung und Schuhwerk *viel mehr durch das Herkommen, die Überlieferung, als durch die Höhe der Einnahmen*¹²⁶ beeinflusst würden. In der Tat schaffen sich die Konsumenten auch innerhalb beengter finanzieller Verhältnisse die für ihren Lebensstil bedeutungsvollen Spielräume. Nicht zuletzt wird sich bei den folgenden Versuchen, tastend einige weitere Aspekte historischen

Konsumverhaltens zu explorieren, zeigen, daß der wohlfeile Einwand, die Kleidungsausgaben seien zu sehr von Zufälligkeiten beeinflußt als ernstgenommen werden zu können¹²⁷, voreilig ist.

Wir verfolgen wieder ein doppeltes Ziel. Die Angaben der Haushaltsrechnungen sollen tentativ im Lichte zeitgenössischer Preisstandards und Lebensführungsnormen beurteilt werden können, umgekehrt aber auch zur Validierung historisch-rekonstruktiver Annahmen beitragen. Im Mittelpunkt steht nach wie vor der Versuch, in den ökonomischen Gegebenheiten sozialen Verhältnissen auf die Spur zu kommen. Als geeigneter Indikator für sozioprofessionell differenzierten Kleidungsaufwand werden in erster Linie die Ausgaben für Kleidungsanschaffung erörtert, obwohl dadurch jeweils nur relativ wenige Haushalte des Gesamtbestandes erfaßt werden. Auf die Additionsvariable der gesamten textilbezogenen Ausgaben, obwohl für alle Haushalte ausgewiesen, wird nur ersatzweise zurückgegriffen. Das so überraschende wie hervorstechende Ergebnis ist die Gleichförmigkeit der Anschaffungskosten sowohl auf der Skala der Einkommensvariation als auch in der Dimension des zeitlichen Verlaufs über ein Vierteljahrhundert. In allen Einkommensklassen und sozioprofessionellen Gruppen waren Beträge in Höhe von gut 2 % vom Gesamtbudget pro Person, 20 bis 30 Mark vor, 25 bis 35 RM nach dem Krieg, ein Mindeststandard. In der Kaiserzeit lagen auch in unseren relativ wohlhabenden Haushalten die Entscheidungen über Anschaffung von Kleidung anscheinend noch weithin in den Fesseln ökonomischen Zwangs beschlossen, so daß die sukzessive Freigabe von Spielräumen ungeachtet sozialer Schichtgrenzen an das Erreichen bestimmter Einkommensschwelle gebunden war. Erst in den 1920er Jahren entstanden konsumtive Sozialdifferenzierungen, die sich als qualifikationsbezogene Variationen in Lebensstilen deuten lassen und die sich zuerst im Milieu nichtproletarischer Beschäftigter entwickelten. Nur in der kurzen Phase wachsenden Wohlstands wurden an Respektabilitätsnormen orientierte Konsumstile ausgebildet, worauf insbesondere die vorläufige Auswertung der Haushaltsrechnungen nach Gewerbebezügen Hinweise gibt. Etwas irritierend wirkt in dem Gesamtbild der Befund der Lehrer, was allerdings in vorderhand nicht vermeidbaren Meßdefiziten begründet sein kann. In seinem Textilverbrauch folgte dieser Berufsstand im späten Kai-

serreich offenbar anspruchsvollen Standards, die ihn über den Beam- tendurchschnitt heraushoben. In der Zwischenkriegszeit tritt dieser Effekt, gemessen am Bekleidungsaufwand, ebenfalls zutage, allerdings abgeschwächt. Für das Konsumverhalten der Lehrer war die Eigenschaft, unterer oder mittlerer Beamter zu sein, nicht erheblich; bei dieser Berufsgruppe wurde mithin die simple Laufbahnzugehörigkeit als konsum- prägendes Merkmal von anderen Elementen eines spezifischen Lebensstils überlagert. Wenig deutet daraufhin, daß sich Stilvariationen in der Arbeiterklasse entwickelten; im Gegenteil scheint die Differenzierung nach dem Grad der Qualifiziertheit an Prägekraft verloren zu haben; der Kontrast zwischen Handwerk und Industrie bleibt alles in allem zweifel- haft.

Äußerungen normativen Charakters zur Ökonomie der Einkleidung sind im späten Kaiserreich seltener als solche, die sich mit der Wahl geeigneten Wohnraums auseinandersetzten. Nach verbreiteten Haushaltslehren zu urteilen, stellte ein Betrag von etwa 150 Mark ein gewisses mietspezifisches Existenzminimum dar. 20 % der Haushalte des Berliner Gesamtbestandes zahlten sogar weniger als das. Stilrelevante Differenzierungen traten auf, wenn die Haushalte mindestens etwa 2.000 Mark im Jahr zur Verfügung hatten. Wir können dann eine Abschichtung von Haushalten mittlerer Beamte mit hohen, Arbeitern, Angestellten und unteren Beamten mit niedrigeren Mietzahlungen beobachten. Da Angestellte und untere Beamte etwas grö- ßere Haushalte hatten, erscheinen Arbeiter für denselben finanziellen Einsatz besser versorgt. Diese dreifache Abschichtung wird zusätzlich durch die Oppositionen von Handwerk und Industriezugehörigkeit und von höherer und minderer Qualifikation strukturiert, wobei Affinität zum Handwerk beziehungsweise höherer Grad an Gelerntheit offenbar mit der Bereitschaft zu höheren Mietlasten einhergingen. Diese Lasten wurden dabei teilweise durch Einnahmen aus Untervermietung aufgefangen. Dieses etwas komplexe System der Mietökonomie vor 1914 erscheint im Licht der Daten aus der Zwischenkriegszeit auf den Kontrast zweier Ausgabenmuster vereinfacht, so daß sich mittlere und höhere Beamte, nun aber auch Angestellte, und vor allem Lehrer als Gruppen mit (klein-)bürgerlichen Aspirationen und Arbeiter und Beamte des unteren Dienstes, die die Miete

sogar einkommensunelastisch behandelten, mit geringeren Ansprüchen gegenüberstanden. Trotz des konsumsoziologisch unterschiedlichen Charakters von Miete und von Ausgaben für Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung, stellt sich die sozioprofessionelle Differenzierung in diesen Dimensionen der Haushaltsbudgetierung in den Grundzügen ähnlich dar. So wie die Gestaltung des Interieurs aber milieuspezifischer Stilbildung naturgemäß buchstäblich Raum bietet, bilden die Daten, die – das darf nicht vergessen werden – durch die Prosperitätskonjunktur Ende der 1920er Jahre geprägt sind, – innerhalb einer dichotomischen Grundstruktur – eine stärkere Segregation sozioprofessionell definierter sozialer Klassen ab. Für eine Theorie der langfristigen Entwicklung des Schichtungsgefüges können die Angestellten und die Lehrer von besonderem Interesse sein; diese Sozialgruppen exponierten beide ein auffälliges Ausgabenverhalten in bezug auf ihren Wohnraum, welches so wenig Einschränkung ausdrückt, wie ihnen finanziell eben möglich gewesen sein mag.

5.2.2.1 Viele Gemeinsamkeiten und einige Kontraste im Kleidungsaufwand

*Reines Herz und guter Mut
sind in jedem Kleide gut*

In allen konsumhistorischen Abhandlungen wurde die Einkommensabhängigkeit der Nahrungsausgaben stets breit und mit einer Fülle von Belegen nachgewiesen. Die Ausführungen zu den beiden anderen Hauptbedarfsgruppen, der Wohnung und der Bekleidung, sind in aller Regel seltener, präsentieren sich unbestimmter und sind insgesamt unsicherer. Schon um "Schwabes Gesetz" entwickelte sich eine kontroverse Debatte; analoge Gesetzmäßigkeiten zum Kleidungsaufwand wurden erst recht kaum formu-

liert. Für den Stand der Konsumdebatte bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts war es nicht untypisch, wenn Gerloff den "Gesetzmäßigkeiten" des Kleidungsaufwands in seinem einschlägigen Aufsatz kaum eine Seite widmete, nachdem er viele Seiten lang auf die "Gesetze" der Nahrungskonsumtion eingegangen war. Verwundert nahm er die Elastizität der Kleidungsausgaben zur Kenntnis, wo es sich nach Überzeugung aller Fachleute bei der Kleidung doch um ein "Existenzbedürfnis" handelte. Deswegen wollte er die Regel, *Mit steigendem Haushaltsaufwand steigt auch die für Kleidung verwandte Ausgabenquote*, die er aus drei Erhebungen von Haushaltsrechnungen abgeleitet hatte, nur als generelle Tendenz verstanden wissen und erklärte, daß *die für Kleidung verwandte Ausgabenquote bei im übrigen gleichem Haushaltsaufwand um so größer ist, je höher die soziale Stellung einer Familie sei*¹²⁸.

Der Direktor des Statistischen Landesamtes Hamburg, von Tyszka, prognostizierte - unter der generellen Annahme der Einkommensabhängigkeit dieses Budgetpostens - für bestimmte Unterkonten unterschiedliche Trends und einen variierenden zusätzlichen Einfluß sozialer Faktoren. *Die Ausgaben für Kleidung, Wäsche und Reinigung zeigen mit der Verbesserung der materiellen Situation eine starke absolute bei geringfügiger prozentualer Erhöhung. Sie betragen nach der Reichsstatistik in der untersten Einkommensstufe 10,7 %, in der mittleren 13,3 % und in der höchsten 14,3 % der Gesamtausgaben; [...] nach der Metallarbeitererhebung in der untersten Stufe 12,5 %, in der höchsten 14,4 % der Gesamtausgaben. Hierbei zeigt sich ein Unterschied in den Ausgaben für die Bekleidung allein und denen für Wäsche und Reinigung. Denn mit steigender Wohlhabenheit nimmt die Ausgabe für Kleidung bedeutend mehr zu als wie die für Wäsche und Reinigung, da bezüglich der Bekleidung schon der Mode wegen in den bessersituierten Kreisen die notwendigen Grenzen leichter überschritten werden. Dagegen halten sich die Ausgaben für Wäsche und Reinigung meist innerhalb der Grenzen des Notwendigen und Nützlichen, so daß auch für diese Posten im allgemeinen das Gesetz gelten dürfte, daß die Ausgabenquote mit zunehmender Wohlhabenheit sinkt*¹²⁹. Eine Bestätigung konnte diese Ansicht in dem hohen Kleidungsaufwand der in Handel und Verkehr beschäftigten Arbeiter der Reichserhebung von 1907 finden. Ob-

wohl ihre durchschnittlichen Gesamtausgaben 80 Mark niedriger als die des Arbeiterdurchschnitts waren, gaben sie doch 6 Mark mehr für Kleidung aus als alle anderen Arbeiter und erreichten den in dieser Klasse höchsten Prozentsatz (12 %). Die betreffenden Haushalte sparten offensichtlich statt dessen in der Sammelgruppe *Sonstiges* ein, und zwar anscheinend zu Lasten von Ausgaben für Gesundheits- und Körperpflege und *geistigen und geselligen Bedürfnissen*, eventuell auch zu Lasten von Versicherungen (50,64 Mark, die zweitniedrigste Ausgabe aller Arbeiter, beziehungsweise 2,9 %, der niedrigste Anteilswert) und Geschenken, nicht jedoch auf Kosten von Unterricht und Schule und von Löhnen für Haushaltshilfen; der relativ hohe Satz für Schuldendienst läßt vermuten, daß Kredite in Anspruch genommen wurden und allfällige Defizite überbrücken mußten.

Wenn die Rechnung auf erweiterter Datenbasis wiederholt wird - Tabelle T.5.2.2 (1) - ergibt sich ein diffuses Bild. Die 522 Arbeiter- und 218 Beamtenhaushalte, die Gerloff vor Augen hatte, stützten seine These; die Budgets, die wir aus dem Berliner Gesamtbestand herausziehen konnten, tun es nicht. Alles in allem schienen die Haushalte die Kosten für ihre Bekleidung in dem Maße angehoben zu haben, wie das Haushaltseinkommen wuchs. Stephan Bauer modifizierte Gerloffs Satz dahingehend, daß die Ausgaben sich nicht linear mit dem Einkommen entwickelten, sondern eine kurvilineare Bewegung vollzögen¹³⁰: *Bei verhältnismäßig steigendem Einkommen [...] steigen die Ausgabequoten bis zu einem gewissen Grenzeinkommen, um sodann gleichzubleiben oder zu sinken für Kleidung, Getränke, Reiz- und Verkehrsmittel.* Daß die Haushalte, die über ein höheres Einkommen verfügten, in der Regel mehr Personen umfaßten, wurde in der älteren Konsumforschung nur selten hinreichend berücksichtigt.

In der Nachfolge von Engel verlor man schnell aus dem Blick, daß es durchaus fraglich war, ob der Altmeister sein Gesetz auch für andere Bedarfsgruppen als die Nahrungsmittel gedacht hatte. Erst Anfang der 1930er Jahre hat der amerikanische Konsumsoziologe Carle C. Zimmerman mit historisch-philologischer Sorgfalt herausgearbeitet, daß aus Engels Äußerungen eine solche Ausweitung in der Tat schwerlich begründet werden konnte¹³¹. In dem Maße, wie die Konsumstatistiker des 19. Jahr-

hunderts über die Effekte wachsenden Einkommens in Zweifel gerieten, rückten die Argumente, die soziale Unterschiede im Konsum mit so schwer quantifizierbaren Momenten wie Herkunft, sozialem Status und Prestige zu erklären versuchten, in den Vordergrund. Viel nachdrücklicher als bei anderen Bedarfsgruppen wurden bei der Kleidung *soziale Rücksichten* als Determinanten für individuelles Konsumverhalten reklamiert: *die Ausgaben für Kleidung und Schuhwerk werden viel mehr durch das Herkunft, die Überlieferung, als durch die Höhe der Einnahmen bzw. den Haushaltsaufwand insgesamt beeinflusst*¹³². So wurde das Axiom von der Einkommensbestimmtheit des Kleidungsbudgets denn auch relativiert. Entweder stellte man die Engelsche Gesetzmäßigkeit unter den Generalvorbehalt gleicher sozialer Zugehörigkeit: *Mit steigendem Einkommen sinken [...] bei Familien, die der gleichen sozialen Schicht angehören, die Ausgabenanteile für Wohnung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung*, oder man machte die Richtung der Einkommensfunktion von sozialen Randbedingungen abhängig: *Mit steigendem Haushaltsaufwand steigt auch die für Kleidung verwandte Ausgabenquote; jedoch nicht gleichmäßig wie vor dem Kriege, sondern ruckweise. In den oberen Einkommensstufen bleibt die Kurve annähernd gleichmäßig und beginnt dann (bei den kaufmännischen Angestellten rascher und bei den Arbeitern (Hamburg) langsamer) abzusinken*¹³³.

In einem Verwendungsbereich wie dem Kleidungskonsum gibt nicht einfach der Wunsch, den eigenen Status zu demonstrieren, den Ausschlag für die Konsumententscheidung; vielmehr kommen widerstreitende Nutzenerwägungen, die sozialen Zuordnungen folgen, zum Tragen. Die Ausbalancierung von Innen und Außen, von Sein und Schein wird in den Konsumwahlen der Witwen höherer Beamter vor dem Ersten Weltkrieg¹³⁴ deutlich, wenn sie den ihrer sozialen Gruppe zukommenden Lebensstil unter allen Umständen aufrechtzuerhalten versuchten: *Kuchen in einer Wirtschaft zu kaufen, war Frevel [...] Sparen war eine Selbstverständlichkeit und Hungern nichts Seltenes. Aber die Fassade wurde gewahrt, ein hungriger Magen war zu ertragen, aber ein nicht ganz einwandfreies Kleid hätte seine Trägerin sofort aus ihrer Kaste ausgestoßen*. So sind die möglicherweise geringeren Ausgaben für Kleidung in den Unterschichten nicht nur von den knappen

Ressourcen bestimmt, sondern gehorchen daneben, mit Bourdieus Worten gesprochen, einer anderen Sinnggebung von Nutzen¹³⁵. Er sah dies so: *Die Angehörigen der unteren Klassen machen von der Kleidung einen realistischen [...] funktionalistischen Gebrauch; Substanz und Funktion über die Form stellend und gewillt, für ihr Geld auch etwas Ordentliches in Händen zu halten, entscheiden sie sich für das "zweckmäßige". Da ihnen das bürgerliche Bestreben, auch in den häuslichen Rahmen [...] korrekte Haltung und Benehmen einzuführen, abgeht, legen sie auch wenig Wert auf die eindeutige Trennung von sichtbarer und zum Gesehenwerden bestimmter Oberkleidung und unsichtbarer [...] Unterwäsche.*

Können wir der Frage nach den "sinnvollen" Standards näherkommen? Die Verfasserin einer Unterweisungsschrift, die sich vorzugsweise an junge Eheleute der besseren Stände, die sich Dienstboten und womöglich ein eigenes Haus leisten konnten, richtete, läßt zwei Freundinnen in folgendes Zwiegespräch geraten¹³⁶. *Beste Ilse*, beklagt sich die eine der beiden jungen Damen bei der anderen über ihren Ehemann, *Beste Ilse, denke dir, Ernst will mir nicht mehr Garderobengeld bewilligen als 50 Mark den Monat. Wir hatten eben eine ganz häßliche Scene, und er war nichts weniger als bräutigamsartig. Wir verbrachten heute ein paar Stunden im Entwerfen eines Budgets, das er unserem künftigen Hausstand zu Grunde legen will, d.h. er hatte den Entwurf fix und fertig in der Westentasche, und ich sollte ihn nur gutheißen. Bei so manchem stimmte ich um des lieben Friedens halber auch zu, aber was zu arg ist, ist zu arg. Wie ist es denkbar, daß eine Frau meines Standes mit 600 Mark ihre Toilettenausgaben bestreiten kann!* – Die Freundin hat volles Verständnis für die vindizierte Standesnorm, aber ihr Rat lautet, sich mutig in eine derart beklagenswerte Finanzlage hineinzufinden und zu erlernen, die Garderobe "in Stand zu halten", um teure Neuanschaffungen nach Möglichkeit zu ersparen, womit die Verfasserin didaktisch ihr Kapitel über häusliche Wäschepflege eingeleitet hätte.

Um die Jahrhundertwende bedeutete es auch für eine Frau aus dem *guten Mittelstand*, wozu beispielsweise Justizbeamte und Richter gezählt wurden,

viel, wenn ihre Kleidungsausgaben eine Höhe von 500 Mark erreichten. Es hieß schon, einen *Aufwand* zu treiben, wenn

Frauen-/ Männerhüte	à 8 bis 9,50 Mark,
ein Unterrock	à 8 Mark,
eine weiße Weste	à 4 Mark

angeschafft wurden. Ein

Kostüm	à 65 Mark
--------	-----------

war eine *Anschaffung, die sich manche Frau des Mittelstandes versagen muß* ¹³⁷. Den Müttern höherer Töchter empfahl ein Anstandsbuch um die Jahrhundertwende¹³⁸ Gediegenheit zu teurem Preis: *Gerade bei großem Reichtum wirkt Einfachheit doppelt angenehm. Man kaufe seiner jungen Tochter lieber ein Wollkleid für achtzig Mark, als ein seidenes für vierzig Mark, lieber ein Tuchkostüm für hundert Mark, als ein Samtkostüm für fünfzig Mark, und entschuldige sich nicht damit, das letztere wäre ja so viel billiger gewesen.* In den hohen Einkommenslagen bedeuteten große Ausgaben also nicht einfach mehr Kleidung, sondern vor allem Besseres im Stil. Wer bei seinem Schneider einen Frack-Anzug bestellte, zahlte dafür etwa 100 Mark, während ein Oberhemd im Kaufhaus für 7,25 Mark zu haben war. Einen Anzug bügeln, eine Hose kürzen zu lassen, kostete 2,50 Mark¹³⁹. Allein das Schuhzeug für eine vierköpfige Familie wurde auf jährlich 40 bis 60 Mark, bei guter Pflege und Imprägnierung jedoch auf 20 bis 30 Mark veranschlagt. Ein großer Hamburger Einzelhändler schätzte den jährlichen Aufwand für Hüte pro Kopf und Jahr auf 15 Mark bei Einkommen unter 3.000 Mark; auf das doppelte, wenn die Einkommen höher waren¹⁴⁰. Wenn diese Angabe zuträfe, müßte für die ersten 7 Ausgabenklassen in Tabelle T.5.2.2(3)¹⁴¹ ein Fixum von ca. 70 Mark nur für Schuhe und Kopfbedeckungen angenommen werden. Die gesamte Neuausstattung eines kleinen, *guten bürgerlichen* Haushalts¹⁴² verschlang etwa 900 Mark¹⁴³. Laufende Ausgaben in dieser Höhe notierten in der Vorkriegszeit nur die Haushalte mit Einkünften über 5.000 Mark im Jahr.

Wie sah demgegenüber der Bekleidungssetat der handarbeitenden Klassen aus? *Diese Frage ist ungemein schwer zu beantworten, wunderte sich der Geschäftsführer eines Hamburger Damenkonfektionshauses, weil seltsamerweise in den betreffenden Kreisen keinerlei Aufzeichnungen für diese*

Ausgaben gemacht werden ¹⁴⁴. Er hörte sich bei Beschäftigten seiner Firma um und erhielt folgende Auskünfte:

Bekleidungs Ausgaben von 6 Beschäftigten in der Damenkonfektion,
Hamburg, um 1900/1910

Beruf	Einkommen [in Mark]	Aus- gaben- klasse	Ausgaben für [in Mark]	Bekleidung [in Prozent des Ein- kommens]
Ungelernter Arbeiter, keine Kinder	1.560	5	230	15
Gelernter Arbeiter, 2 Töchter	1.900	6	250	13
Gelernter Arbeiter, 2 Töchter, 1 Sohn	(1.900)	6	500	26
Ungelernter Arbeiter, 1 Tochter, 3 Söhne	2.000	7	250	12,5
Gelernter Arbeiter, 2 Töchter	3.000	9	350	12
Kfm. Angestellter, 1 Tochter, 2 Söhne	3.000	9	500	17

In den beiden Fällen, wo die Ausgabenanteile unter 13 % lagen, schneiderte die Ehefrau viel selbst. Verglichen mit diesen Zahlen aus Hamburg erscheinen die Durchschnitte in der Tabelle T.5.2.2(3) als außerordentlich niedrig, auch wenn man das allgemein höhere Preisniveau in Hamburg, dem vielfach großstädtisch erhöhte Löhne gegenüberstanden, berücksichtigt.

In einer der zeittypischen Unterweisungsschriften, die sich halb als Lehrbuch, halb als Sammlung von Erfahrungsberichten darstellen und deren Authentizität gleichwohl schwer zu überprüfen ist, wurden für Familien mit 800 bis 1.000 Mark jährlicher Einkünfte weit geringere Aufwendungen veranschlagt. Die dort von verschiedenen Berichterstattern genannten Summen bewegten sich zwischen 55 und 122 Mark für 2-Personen-Haushalte (junge Ehepaare); es wurden aber auch die unglaublich niedrigen Summen von 52 Mark (*Anzug, Schuster, Wäsche*) für einen Haushalt von durchschnittlich 5 Personen oder von 81 bis 86 Mark für Kleidung und Schuhwerk einschließlich diesbezügliche Reinigung in 4-Personen-Haushalten (2 Kinder) als angeblich selbsterprobt vorgerechnet¹⁴⁵. Fast alle auf diese Weise mitgeteilten Kleidungsbudgets von Familien mit 1.800 bis 2.000 Mark

Jahreseinkommen (im Gesamtbestand die Ausgabenklasse 5), allem Anschein nach stets Haushalte kinderloser, offenbar jung verheirateter Ehepaare, lagen in der Bandbreite von 120 bis 300 Mark¹⁴⁶. 2-Kind-Familien des Berliner Gesamtbestandes gaben im allgemeinen zwischen 100 und 200 Mark oder 8 bis 11, nur in seltenen Fällen über 13 % ihres Einkommens für Kleidung aus, pro Person 40 bis 60, nur selten bis 80 Mark¹⁴⁷. Familien, die weniger Kinder hatten, kamen mit 20 bis 30 Mark aus, allerdings nicht in der "Aufstiegsschicht". Auf diesen Niveaus eines mittleren Einkommens (Gesamtausgabenklassen 2 bis 6) entsprach der durchschnittliche Aufwand für Kleidung somit dem, was über Familien in Rostock oder Berlin-Tempelhof berichtet werden konnte: 180 Mark¹⁴⁸. Etwa 200 Mark oder 10 % des Familieneinkommens galten als angemessen für den Stand eines kleinen Beamten mit 2 Kindern in schulpflichtigem Alter¹⁴⁹. Die Tabellen T.5.2.2(3) und (4) weisen dieses Konsumniveau in der Tat für die Gesamtausgabenklassen 5 und 6 aus, allerdings nicht so deutlich für die (sechs!) Unterbeamtenhaushalte wie für den Gesamtdurchschnitt aller Haushalte, die zwischen 1.800 und 2.400 Mark verdienten, insbesondere für den Durchschnitt der Arbeiter (194 Mark bei 2,0 Kindern, 225 bei 1,9 Kindern) und speziell sowohl für Arbeiter in der Industrie als auch im Handwerk (221 Mark bei 1,5 Kindern, 203 Mark bei 1,6 Kindern).

100 Mark für den 4-Personen-Haushalt einer *auskömmlichen, wenn auch knappen Lebenshaltung* oder etwas mehr als 7 % veranschlagte Brutzer bei Einkommen zwischen 1.400 und 1.500 Mark¹⁵⁰. Auf diesem Niveau befindet sich im Gesamtbestand die Mehrheit der Haushalte in Gesamtausgabenklasse 2 (800 bis 1.200 Mark), darunter 2-Kind-Haushalte von gelernten und ungelernten Arbeitern. Erfreuten diese sich mithin einer besseren als knapp auskömmlichen Lebenshaltung? Nach den bisher zusammengetragenen Informationen mag wohl der Schluß, daß 4-Personen-Haushalte mit weniger als 100 Mark ihren Bedarf nicht mehr ausreichend decken konnten, eher zutreffen. Unabhängig von der Größe der Stadt wird man einen minimalen Standard für Bekleidungs Ausgaben von etwas über 40 Mark pro Jahr pro erwachsener Einzelperson, die in eine Familienökonomie eingebunden war, annehmen dürfen. Wo die Dienstleistungen einer Ehefrau nicht zur Verfügung standen, wird sich dieses Minimum schnell erhöht haben.

Es ist auch das Kleidungsbudget einiger weniger 1-Personen-Haushalte unmittelbar bezeugt. In der folgenden Übersicht werden uns die jährlichen Ausgaben für Bekleidung von 6 unverheirateten Arbeitern in zwei unterschiedlichen Ortsgrößenklassen um 1900 mitgeteilt¹⁵¹.

Bekleidungs Ausgaben von 6 ledigen Arbeitern
in Groß- und Kleinstädten, um 1900

	Berlin (3 Arbeiter)			Hamburg (2 Arbeiter)		Kleinstadt (1 Arbeiter)
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Sonntagsanzüge (meist 2 Jahre getragen)	15	15	25	20	25	30
Werktagsanzüge	43	46	60	46	60	35
Überzieher (2 bis 4 Jahre getragen)	10	20	8	20	5	10
Neuanschaffung von Schuhwerk	24	24	20	24	20	16
Reparaturen von Schuhwerk	18	24	18	24	18	18
Neuanschaffung der Wäsche	20	15	15	22	12	30
Reinigung der Wäsche	30	25	26	30	15	20
Hüte, Kravatten u.a.	5	8	6	7	5	9
	165	177	178	193	160	168

Der Berichterstatter nahm als Neupreis von Sonntagsanzügen mindestens 30 bis 40 Mark, von Überziehern 20 bis 30 Mark bei zweijähriger Haltbarkeit an. Die hier für die Werktagskleidung verzeichneten Ausgaben (nämlich einen 1 Arbeitsanzug à 25 Mark, 4 Arbeitshosen à 4 Mark, was auch noch Reparaturen erlauben sollte, 2 Paar Stiefel à 8-12 Mark und 6 bis 8 Paar Sohlen à 3 Mark) bewertete er als nachgerade unerklärlich hoch.

Der ländliche Standard war wohl niedriger. Nach einer Umfrage unter Knechten auf ostpreußischen Gütern beliefen sich die Aufwendungen in dieser ärmlichen Provinz auf kaum mehr als 100 Mark¹⁵². Wieviel war in einer Großstadt zu veranschlagen? Für Fabrikarbeiterinnen wurde in München um 1910 ein jährlicher Aufwand für Neuanschaffungen von Wäsche in Höhe von 10 bis 12 Mark als notwendig erachtet. Daß sie, ledig und w-möglich bei den Eltern wohnend, 50 % ihres Verdienstes für Kleidung auszugeben wagten, rief Entrüstung hervor¹⁵³.

Unsere Daten nun [Tabelle T.5.2.2(7)] zeigen, daß so hohe Ausgaben pro Person sich kaum einer der buchführenden Haushalte geleistet hat. Nur wenige Haushalte kamen annähernd an das Bekleidungsbudget des erwähnten ostpreußischen Landarbeiters heran; darunter die Haushalte eines unteren Beamten und von gelernten wie ungelern-

Bekleidungsausgaben
eines ledigen Landarbeiters,
Ostpreußen, um 1900

1 Anzug	30,00 Mark
2 Arbeitshosen à 4,00 Mark	8,00 Mark
2 Arbeitsjacken à 1,50 Mark	3,00 Mark
¼ Überzieher	5,00 Mark
1 Paar lange Stiefel	16,00 Mark
½ Paar kurze Stiefel	4,00 Mark
3 Paar Stiefelsohlen à 3,00 Mark	9,00 Mark
2 Paar Holzpantoffel à 1,00 Mark	2,00 Mark
Neuanschaffung der Wäsche	10,00 Mark
Reinigung der Wäsche	18,00 Mark
	105,00 Mark

ten Arbeitern in mittleren Einkommenslagen (Gesamtausgabenklasse 6 und 7) und in den Gesamtausgabenklassen 10 und 11 offensichtlich der Haushalt eines Arbeiters und der eines mittleren Beamten. Grob überschlagen, gab die Masse unserer Haushalte zwischen 40 und 60 Mark pro Person für Kleidung aus, wenn man Kinder als ganze Personen rechnet. Die meisten Haushalte im Gesamtbestand mit Einkünften zwischen 1.200 und 2.400 Mark, von denen uns die Bekleidungsausgaben einzeln bekannt sind, hatten 2 Kinder; bei den Angestellten trifft das jedoch nur für Gesamtausgabenklasse 3 zu, alle anderen Angestellten hatten weniger oder erheblich mehr Kinder. Die wenigen Haushalte mit jährlichen Einkünften über 3.000 Mark, also der *Mittelstand* und die *Wohlhabenden*, hatten 5 bis 6 Kinder. Ihre Ausgaben betragen mindestens 300 Mark und konnten bis 700 Mark steigen.

Diese ziemlich einheitlichen Familiengrößen bei den Haushalten im Datensatz erleichtern zwar auf den Gesamtbestand bezogene Aussagen, erschweren aber darüber hinausgehende Generalisierungen. Wenn man die Bekleidungsausgaben durch eine Reihe von infrage kommenden Regressionsvariablen zu schätzen versucht, ergeben sich immerhin Tendenzaussagen, die mindestens für Untersuchungen differentiellen Konsums, die über die in der vorliegenden Arbeit realisierbaren Möglichkeiten hinausgehen, Hinweise geben. Die größte Erklärungskraft hat erwartungsgemäß das Einkommen. (Schon der bivariate Korrelationskoeffizient beträgt $r = 0,76$.) Von zusätzlich zu berücksichtigenden Variablen kommt der

"sozialen Stellung im Beruf" und der Anzahl der Personen im Haushalt fast keine Erklärungskraft zu¹⁵⁴. Hingegen liefert die Anzahl der Kinder im Haushalt¹⁵⁵ und das Alter des erstgeborenen Kindes - als Indikator der Stellung im Lebenszyklus und des Alters der Familie - eine bessere Anpassung. Die Belastung, die Kinder für das Bekleidungsbudget der untersuchten Haushalte darstellten, erscheint indes insgesamt als nicht sehr erheblich. Das kann an Einsparungen durch mehrfache Nutzung unter Geschwistern und wiederholte Reparatur und Instandsetzung gelegen haben; es kann sein, daß aus diesem Grund ein Kind mehr oder weniger bei Kleidung nicht stark ins Gewicht fiel¹⁵⁶. So schrieb die Frau eines Arbeiters, ihre Haushaltsrechnung kommentierend, *daß ich sämtliche Wäsche und Unterkleidung selbst angefertigt habe, Kinderkleider und Anzüge habe ich meist aus alten Sachen gemacht*¹⁵⁷. Der zusätzliche Kleidungsaufwand für ein Schulkind wurde auch in bürgerlichen Schichten bei aller gesellschaftlichen Rücksichtnahme als disponibel betrachtet. Eine *biedere Beamtenfrau* warnte ihre Leser davor, Kinder brauchten nicht wie die *herausgeputzten Äffchen* von Berlin-West und Tiergarten auszusehen. Für ein Mädchen aus gutem Hause würden 2 Schulkleider, 2 Hauskleider, 2 Festkleider und 1 Sonntagskleid vollkommen ausreichen. In vielen Quellen mögen die Angaben über Kauf und Pflege von Kleidung die Ausgaben, die durch Kinder, die erwerbstätig waren, entstanden, gar nicht enthalten haben, sofern diese ihre Kleidung selber bezahlten¹⁵⁸.

Behauptungen der älteren Konsumforschung hinsichtlich des einkommenselastischen Aufwands für Kleidung¹⁵⁹ erweist Tabelle T.5.2.2(8) als voreilig. Die Ausgabenzahlen, die (in Form von Prozentwerten) der Einkommenssituation und gleichzeitig (in Form von Pro-Kopf-Werten) der Haushaltsgröße Rechnung tragen, erlauben es weder, Unterschiede zwischen Einkommensklassen noch zwischen Berufsgruppen in der Vorkriegszeit mit Sicherheit festzustellen. Mit erstaunlicher Stabilität betrug die Kleidungsausgaben bei allen Haushalten der späten Kaiserzeit pro Kopf¹⁶⁰ zwischen 2 und 2,8 % der Gesamtausgaben oder 30 bis 60 Mark. Diese Größenordnung betrifft den Mittelbereich der Einkommen (1.500 bis 2.500 Mark) und der Kinderzahl (2-Kind-Familien). In den wenigen Haushalten mit höheren Einkommen, die auch die Haushalte mit mehr Kindern waren, war

der Aufwand in der Regel prozentual niedriger¹⁶¹ und lag nominal zwischen 50 und 90 Mark. Die drei Schichten, die sich im Kleidungsbudget unterscheiden lassen, scheinen vorwiegend ökonomisch bestimmt: die kleinen *unbemittelten* Haushalte mit Pro-Kopf-Ausgaben unter 30 Mark, die 2-Kind-Familien unterhalb des *Mittelstandes* mit Pro-Kopf-Ausgaben von 35 bis 50 Mark und die größeren Haushalte der Wohlhabenden.

Unterschiede, die im Sinne differentiellen Konsumverhaltens verstanden werden könnten, zeichnen sich allenfalls in der Polarität gelernter und ungelernter Tätigkeiten ab. Letztere scheinen leichter mit hohem Kleidungsaufwand verbunden gewesen zu sein. Dieser Befund, obwohl aufgrund der vorliegenden Daten statistisch nicht tragfähig¹⁶², stimmt gut mit zeitgenössischen Behauptungen über die kompensatorische Funktion von Kleidung in Unterschichten überein¹⁶³. Sollten die wenigen Haushalte Ungelernter im Gesamtbestand für die Masse jener proletarischen Unterschichten stehen, denen damals wie heute nachgesagt wurde, Kleidung sei für sie das einzige Konsumgut gewesen, das eine kurzfristige Verbesserung ihres Lebensstandards versprach? Ihnen sei ein durch den Anzug respektabel gemachtes Äußeres ganz besonders wichtig gewesen?¹⁶⁴ *Diese Anstrengung, "Respektabilität" zu demonstrieren, erforderte eine sorgfältige Verwaltung des Familienbudgets, wie jeder Armenpfleger wußte. Doch waren die Prioritäten überaus klar. "Respektabilität" zog man nicht aus dem Besuch der Kirche, aus Abstinenz oder einem Sparbuch, sondern aus dem Besitz eines "guten Sonntagsanzugs" und der Chance, darin gesehen zu werden.* Obwohl angeblich in allen sich industrialisierenden Gesellschaften zu beobachten, soll diese Konsumpräferenz unter deutschen Arbeitern besonders ausgeprägt gewesen sein¹⁶⁵. *Along with some improvements in diet, it seems to be the first new consumption interest to emerge.* Was Arbeiterinnen oft als "Kleiderluxus" vorgeworfen wurde, war – seit der Jahrhundertwende – der Versuch, dem Standard des Kleinbürgertums sich anzugleichen¹⁶⁶. Auf der anderen Seite mußten Wünsche dieser Art mit den beschränkten Geldmitteln in Konflikt geraten. Vielfach war es noch üblich, daß die nötigsten Vorräte an Wäsche bei der Heirat eingebracht oder angeschafft wurden und dann für lange Zeit halten mußten und daß Kleidung, oft schon gebraucht, immer wieder repariert wurde¹⁶⁷. Der Metallarbeiter-

Verband ließ einen Stanzer zu Wort kommen, der beklagte, wegen der schlechten Kleidungsausstattung schäme er sich, zu Versammlungen ins Wirtshaus zu gehen.

Zu den wenigen unbestrittenen Annahmen der historischen Konsumforschung gehörte, daß ein hoher Kleidungsaufwand beamtentypisch, ein niedriger arbeitertypisch sei¹⁶⁸. Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts konnte diese Behauptung nur notdürftig aus Haushaltsrechnungen belegt werden. Erst die amtliche Erhebung von 1907/08 bot eine breitere quantitative Basis und die Breslauer Sonderauswertung daraus, deren Ergebnisse in der folgende Tabelle wiedergegeben sind, schien nur eine Bestätigung mehr zu sein¹⁶⁹. Die Bearbeiter der amtlichen Erhebung gingen ganz im Sinne der herrschenden Überzeugungen von der Existenz zweier unterschiedlicher Konsummuster aus und stellten in einer speziellen Übersicht, nach Wohlhabenhheitsstufen getrennt, den Arbeiter- und den Beamtenhaushalt einander gegenüber. In dieser Übersicht sind, anders als in den Einzelbudgets, die Kleidungsausgaben gesondert ausgewiesen – allerdings in Durchschnitt pro Wohlhabenhheitsstufe und nachträglich nicht disaggregierbar¹⁷⁰. Von "Beamtenkonsum" wurde fortan geredet, obwohl ein Blick in die Quelle genügt, um festzustellen, daß im engeren Sinn nur der Haushalt von mittleren Beamten und Lehrern gemeint war. Tabelle DR.5.2.2(1) zeigt den so ermittelten differentiellen Kleidungskonsum von "Arbeitern" und "Beamten".

Wenn man nun die Kleidungsausgaben nach ihren Pro-Kopf-Anteilen "kontrolliert", bleibt von diesem vermeintlich differentiellen Konsumverhalten allerdings so gut wie nichts übrig¹⁷¹. Die Beamtenhaushalte demonstrierten die erwarteten Überausgaben für Kleidung nicht – vielleicht gerade weil ihre Respektabilität seitens der Gesellschaft unbestritten war. Weil ihr Status institutionell gefestigt war, hätten sie es sich – so könnte man argumentieren – um so eher "leisten" können, weniger in Kleidung zu investieren, während Arbeiter sich zu für uns unerwartet hohen Ausgaben gedrängt sehen mußten. So sind die zahlreich zitierten Klagen von Arbeitern über unzureichende Mittel zur Kleideranschaffung, denen als Spiegelbild die bürgerliche Entrüstung über den "Luxuskonsum" der Unterschichten exakt entsprach, auch auslegbar: nicht nur als Zeugnis offen-

**Ausgaben für Kleidung in Haushalten von Arbeitern
und unteren Beamten, Breslau 1907**

Gesamtausgaben [in Mark]	Gesamt- ausga- ben- klasse	Ausgaben für Kleidung (ohne Reparaturen und Reinigung)	untere Beamte	Arbeiter
2.500-3.000	7	Ausgaben in Mark <i>Ausgaben [in % der Gesamtausgaben]</i> <i>Personen im Haushalt</i> Anzahl der Haushalte <i>Ausgaben pro Person [Mark]</i>	360,14 14,0 8,0 2 45,02	251,84 9,3 5,5 4 45,79
2.000-2.500	6	Ausgaben in Mark <i>Ausgaben [in % der Gesamtausgaben]</i> <i>Personen im Haushalt</i> Anzahl der Haushalte <i>Ausgaben pro Person [Mark]</i>	307,62 14,3 7,4 5 41,57	222,97 10,6 6,0 7 37,16
1.600-2.000	4, 5	Ausgaben in Mark <i>Ausgaben [in % der Gesamtausgaben]</i> <i>Personen im Haushalt</i> Anzahl der Haushalte <i>Ausgaben pro Person [Mark]</i>	236,86 12,2 5,7 3 41,55	183,44 10,3 4,8 58 38,22
1.200-1.600	3	Ausgaben in Mark <i>Ausgaben [in % der Gesamtausgaben]</i> <i>Personen im Haushalt</i> Anzahl der Haushalte <i>Ausgaben pro Person [Mark]</i>	98,45 7,1 3,5 2 28,13	100,89 7,0 4,7 15 21,47

Quelle: Neißer, Breslauer Haushaltsrechnungen (1912), Grundtabelle III.
Diese Daten sind nicht im Berliner Gesamtbestand enthalten.

Kursivzahlen: eigene Berechnungen.
Die Gesamtausgabenklassen siehe im Tabellenanhang.

kundiger Finanznot, sondern als Ausdruck des Wunsches nach gesellschaftlichem Aufstieg, welchem gegenüber die vorgefundenen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung allemal als unzulänglich empfunden wurden. Hier haben wir ein weiteres Beispiel dafür vor, daß der quantitative Beleg ein strittiges Phänomen des Konsumverhaltens abschließend nicht unbedingt zu entscheiden gestattet; die quantitative Analyse bleibt unter Umständen ambivalent deutbar.

In den 1920er und 1930er Jahren waren die Anteile des Haushaltsbudgets, die auf Kleidungsanschaffungen für jede Person des Haushalts verwendet wurden, gegenüber der Zunahme der Einkommen wiederum sehr stabil, wie Tabelle T.5.2.2(10) zeigt: Nur in wenigen Berufsgruppen und Ausgaben-

klassen gingen die anteiligen Ausgaben über 2,5 % hinaus; meistens betrug sie um 2 % pro Person. Wiederum gaben die Haushalte, die in den dürftigsten Verhältnissen lebten, relativ mehr aus (Gesamtausgabenklassen 1 und 2: bis 5 %). Da sich dieses Phänomen mithin in beiden Zeitabschnitten abzeichnet, darf man davon ausgehen, daß es nicht zufällig ist, obwohl es sich jeweils um nicht allzu viele Haushalte handelte. Wenn es vor dem Krieg nicht möglich gewesen zu sein scheint, mit weniger als 20 bis 30 Mark pro Person auszukommen, so in der Zwischenkriegszeit mit nicht weniger als 25 bis 35 RM. Vielleicht lag das soziale Existenzminimum bei Angestellten, einer Berufsgruppe mit in der Zwischenkriegszeit relativ großem Bekleidungsaufwand (im Schnitt 75 RM pro Person oder 2,1 %), tatsächlich höher. So ließe sich das Einstandsniveau von über 2 % – fast 47 RM pro Person – bei den 30 Haushalten in Ausgabenklasse 2 deuten. Erst ab etwa 3.600 RM scheinen sich die Konsumstile differenziert zu haben. Die – freilich nicht eben zahlreichen – Angestellten- und Beamtenfamilien erhöhten ihre Ausgaben sprunghaft (über 100, ja 200 RM pro Person), während dies bei Arbeitern nicht der Fall gewesen zu sein scheint, so daß es in diesen Einkommenslagen beim vertrauten Muster blieb¹⁷².

Demnach scheint sich in den 1920er Jahren eine Polarisierung innerhalb der Arbeitnehmer entlang dem Kriterium "bürgerlich" / proletarisch hergestellt zu haben, die in Einkommenslagen über 3½ Tausend RM stärker war als die Ökonomie des Mangels, die die Konsumenten unterhalb dieser Schwelle noch zusammenband. Unsere Zahlen bilden also in Haushaltsrechnungen der bürgerlichen Konsumentengruppen erst in der Zwischenkriegszeit jene Wertschätzung von Kleidung ab, die gemäß der Selbststilisierung dieser Gruppen schon im Kaiserreich zu ihrem gesellschaftlichen Image gehört hatte¹⁷³ und die allgemein als selbstverständlich angenommen wurde: *Der Bekleidungsetat im Arbeiterhaushalt unterlag natürlich je nach der Kopfzahl, der Alters- und Geschlechtsgliederung der Familie außerordentlichen Schwankungen [...]. Trotz dieser Schwankungen war es eine allgemeingültige Tatsache, daß die Bekleidungs Ausgaben in den Arbeiterhaushaltungen auf der ganzen Linie relativ hinter den Ausgabenanteilen zurückblieben, die im Haushalt nur ebenso hoch besoldeter privater oder öffentlicher Beamten aufgewendet wurden*¹⁷⁴. Die noch so geringen Wohl-

standsgewinne, die die Weimarer Republik für einige Bevölkerungsgruppen brachte¹⁷⁵, reichten offenbar dazu aus, daß Gruppen "bürgerlicher" Orientierung oberhalb bestimmter Mindesteinkünfte gegenüber der in ihren Verhaltensmustern verharrenden Schicht proletarischer Lohnabhängiger vorausseilen konnten. An Kleidung wollte und, wie Günther etwas idealisierend hinzusetzte, *konnte* man vielfach nicht sparen, wenn man nicht als *deklasiert* auffallen wollte. Auf der anderen Seite sei *ein Teil des früheren Mittelstandes natürlich am wenigsten in der Lage, höhere Kleideraufwendungen zu machen*¹⁷⁶. Diese soziale Differenzierung erscheint auf höheren Aggregationsebenen ("qualifizierte Arbeitnehmer", Gesamtheit aller Haushalte) als ein stufenweises Ansteigen der Ausgaben mit zunehmendem Einkommen. Nur in den oberen Gehaltsklassen und in der Beamten-Angestellten-Gruppe deutet sich der inverse Zusammenhang zwischen Einkommen und Kleidungsaufwendungen an, dessen Geltung Halbwachs in seiner Reanalyse der amtlichen Erhebung von 1927 tatsächlich weit überschätzt hat¹⁷⁷.

Arbeiter gaben für Kleidung weniger aus als Angestellte und Beamte. Halbwachs behauptete, diese Minderausgabe betreffe nur Kleidung, die für die äußere Erscheinung ausschlaggebend sei, und nicht Wäsche (*linge*) und noch weniger Schuhwerk¹⁷⁸. Er war – allerdings ohne empirische Überprüfungsmöglichkeit – geneigt zu leugnen, daß es Unterschiede zwischen Arbeitern und anderen sozialen Stellungen gebe, wenn man die Kategorie der Kleidungs Ausgaben so unaufgegliedert lasse, wie es in den meisten Haushaltsrechnungen getan werde. Wenn man jedoch zwischen den ihrem sozialen Bedeutungshorizont nach unterschiedlichen Produktgruppen Oberbekleidung, Unterbekleidung und Schuhwerk unterscheiden würde, müßte sich seiner Meinung nach die größere *Rationalität* proletarischen Konsumverhaltens ins Bild setzen. Während nämlich Nicht-Arbeiter zulasten notwendigerer Ausgaben mehr für Kleidungsstücke mit Außenwirkung – und obendrein zugunsten der Eltern und auf Kosten der Kinder – aufwendeten, würden Arbeiter sich zuerst um das Praktische kümmern. Beim derzeitigen Stand der Erfassung historischer Haushaltsrechnungen ist eine weitergehende Auffächerung der Produktgruppe Kleidung jedoch nicht möglich, um diese Annahmen zu prüfen.

Sind Differenzen innerhalb der Arbeiterklasse zu entdecken? Aufgrund der Vorbereitung des Datensatzes sind die Oppositionen zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern und zwischen Arbeitern im Handwerk und in der Industrie bereits vorgegeben. Im Vergleich zur Vorkriegszeit zeigen sich in den Daten der 1920er und 1930er Jahre charakteristische Veränderungen. Die Abschichtung zwischen professioneller Qualifikation auf der einen Seite und Ungelerntheit bis Angelerntheit auf der anderen, die Anfang des Jahrhunderts ohnehin zweifelhaft gewesen war, scheint weiter an Prägestkraft verloren zu haben¹⁷⁹, während der Unterschied zwischen Handwerk und Industrie sich als vertieft darstellt. Vor 1914 gaben Industriearbeiter

Ausgaben für Bekleidung^a in Haushalten ausgewählter Gewerbebezüge,
vor 1914

Gewerbe	Anzahl der Haushalte ^b	Ausgaben [in Mark]		Ausgaben [in Prozent der Gesamtausgaben pro Person ^c]
		pro Haushalt	pro Person ^c	
Bergbau	17 (17)	189,36	44,10	2,43
Metallbearbeitung	15 (13)	206,32	55,26	2,83
Handel, Verkehr, Banken, graphisches Gewerbe, Versicherungen	26 (8)	190,28	41,23	2,04
Maurer und Steinbearbeiter	15 (13)	237,91	48,23	2,19
Textilindustrie, Schuhherstellung	4 (4)	172,78	36,37	2,09
Arbeiter insgesamt	(120)	191,25	43,72	2,43
Angestellte insgesamt	12	213,37	50,21	2,45
Beamte insgesamt	15	220,62	53,38	2,34

Die Durchschnitte für Arbeiter, Angestellte und Beamte siehe: Tabellen T.5.2.2(3), (7) und (8).

a Ohne Ausgaben für Reparatur und Reinigung.

b In Klammern: Anzahl der Haushalte mit Berufsstellung "Arbeiter".

c Gewichtet (siehe oben Anm. 160).

pro Kopf 45,27 Mark und Arbeiter und Gehilfen im Handwerk 46,28 Mark aus, was, bezogen auf die Gesamtausgaben, einen Unterschied von knapp $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt zugunsten der Industrie ausmachte. In den 1920er und 1930er Jahren war der Unterschied der RM-Beträge etwas größer (44,88 RM im Handwerk, 47,18 RM in der Industrie), und selbst die geringe Distanz der Ausgabenanteile spricht nicht für Zufallsunterschiede zwischen diesen Berufsgruppen¹⁸⁰.

Eine Aufgliederung der Berufsstellungsgruppen kann hier nur ansatzweise erfolgen¹⁸¹. Die Tabellen auf dieser und der vorhergehenden Seite ent-

Ausgaben für Bekleidung^a in Haushalten ausgewählter Gewerbebezüge,
1925-1937

Gewerbe	Anzahl der Haushalte ^b		Ausgaben [in Mark]		Ausgaben [in Prozent der Gesamtausgaben pro Person ^c]
			pro Haushalt	pro Person ^c	
Bergbau	53	(49)	221,35	44,78	1,54
Metallbearbeitung	150	(149)	202,00	45,43	1,73
Handel, Verkehr, Banken, graphisches Gewerbe, Versicherungen	148	(109)	208,50	47,69	1,74
Maurer und Steinbearbeiter	132	(126)	195,78	42,30	1,62
Textilindustrie, Schuhherstellung	167	(165)	169,27	39,81	1,72
Arbeiter insgesamt		(1.475)	185,73	42,31	1,70
Angestellte insgesamt	91		304,33	74,65	2,06
Beamte insgesamt	61		456,01	112,62	2,30
davon: Lehrer	7		581,73	145,43	2,15

Die Durchschnitte für Arbeiter, Angestellte und Beamte siehe: Tabellen T.5.2.2(5), (9) und (10).

a Ohne Ausgaben für Reparatur und Reinigung.

b In Klammern: Anzahl der Haushalte mit Berufsstellung Arbeiter.

c Gewichtet (siehe oben Anm. 160).

halten für die genannten Berufe die branchentypischen Durchschnitte, die erste für die Jahre 1903–1913, die zweite für die Jahre 1925–1937. Zur Überprüfung lebensstiltypischer Abschichtungen kommt den Tätigkeiten in den gutbezahlten Berufen des Bergbaus und der Metallbearbeitung, in den notorisch schlecht entlohnten Gewerbebezügen der Bauarbeiter und der Textilindustrie sowie typischen Tätigkeiten im distributiven Sektor der Wirtschaft gesteigerte Aufmerksamkeit zu. Ältere Budgetuntersuchungen legten die Vermutung nahe, daß insbesondere die Berufszugehörigen in diesem Wirtschaftsbereich besonderen Wert auf gute und modische, also teurere Kleidung gelegt haben sollen¹⁸². Wie beim Vergleich des "bürgerlichen" und des proletarischen Musters bei Kleidungsanschaffungen zeigen auch hier erst die Zahlen der Zwischenkriegszeit die volle Wirksamkeit des Unterschieds von blue-collar- und white-collar-Tätigkeiten. In den Quellen der letzten Jahre des Kaiserreichs waren es bemerkenswerterweise die Beschäftigten im Verkehrswesen, im graphischen Gewerbe und bei Handel, Banken und Versicherungen – darunter ein Drittel Arbeiterhaushalte –, die durchschnittlich am wenigsten für Kleidung ausgaben. Die Arbeiter im Bergbau und in der Metallindustrie standen mit ihren Ausgaben an der Spitze, gefolgt von den Maurern und sonstigen steinbearbeitenden Berufen, also insgesamt Tätigkeiten, die hohen Kleidungsverschleiß erwarten lassen. Die Haushalte in zwei dieser Berufsgruppen bilden in den 1920er und 1930er Jahren jedoch trotzdem das Schlußlicht: Beschäftigte im Bergbau und im Baugewerbe gaben durchschnittlich pro Kopf nur 1,5 bis 1,6 % ihres Budgets für Kleidung aus, obwohl sich einige Angestellte, deren kleidungsfreundliche Tätigkeit den Durchschnitt gedrückt haben könnte, darunter befanden. Berufsangehörige im distributiven Sektor standen nun an der Spitze, obwohl von den 148 Haushalten kaum 40 solche von Angestellten waren.

Welche Differenzierungen sind innerhalb "bürgerlicher" Bevölkerungsgruppen festzustellen? In den Haushaltsrechnungen von Lehrern im späten Kaiserreich sind die Kleidungs Ausgaben nicht einzeln ausgewiesen, so daß ein intertemporaler Vergleich für diese interessante Berufsgruppe aufgrund des Kleidungsbudgets nicht möglich ist. Hilfsweise können wir nur die Ausgaben für die Gesamtheit aller möglichen Textilien heranziehen.

Dieser Sammelposten, auf den sich die traditionellen Deutungen differentiellen Konsumverhaltens hauptsächlich stützten und der in den Quellen in der Regel das Etikett *Kleidung, Wäsche, Reinigung* trug, ist ein Sammelurium recht unterschiedlicher Produkte und Dienstleistungen, die sich nicht nur auf den Verwendungsbereich "Selbstdarstellung durch Pflege der äußeren Erscheinung" beschränken, sondern auch Komponenten der Ausstattung des privaten Wohnbereichs betreffen. Die meisten Quellen faßten die Ausgaben für Kleidungsstücke mit den Aufwendungen für Leibwäsche, für Schuhwerk und für Textilien im Haushalt und die Kosten für diesbezügliche Ausbesserungen in einer Summe zusammen. Das in der Forschung bisher vorherrschende, stark vereinfachende Bild vom differentiellen Kleidungskonsum dürfte - über die ungenaue Grenzziehung zwischen sozialen Schichten beziehungsweise sozioprofessionellen Gruppen hinaus - in nicht geringem Maße auch darauf zurückzuführen sein, daß es bisher schon technisch so gut wie unmöglich war, in den überlieferten Quellen den Unterposten Kleidungs Ausgaben für eine größere Anzahl Haushalte auszusondern. So war es fast unvermeidlich, von berufsständischen Organisationen propagierte Leitbilder des Konsums für die Beschreibung tatsächlicher Konsummuster zu nehmen. Die Gesamtausgaben für Textilien stiegen in den Haushalten der Kaiserzeit von Ausgabenstufe zu Ausgabenstufe, absolut aber wesentlich stärker als prozentual: Tabellen T.5.2.2(11) und (12). Die am wenigsten wohlhabenden Haushalte des Gesamtbestandes (bis ca. 1.000 Mark Gesamtausgaben) wendeten im Durchschnitt kaum 100 Mark im Jahr auf, die wohlhabendsten Haushalte (ab 4.000 Mark Gesamtausgaben) 600 Mark und mehr. Prozentual deuten sich hingegen zwei Ausgabenniveaus an. Wer über bis zu 2.000 Mark im Jahr verfügte, verwandte 10 bis 12 % seines Geldes auf Textilien - wessen Ressourcen darüber lagen, das heißt wer dem Stand der *Bemittelten*, dem *Mittelstand*, angehörte oder noch besseren Kreisen: 12 bis 14 %. Die Mehrausgabe läßt sich durch die größere Zahl von Kindern allein nicht erklären; sonst müßte man ein kontinuierliches Ansteigen der Ausgaben beobachten.

Insgesamt muß auf dem Hintergrund der Ergebnisse der bisherigen Forschung die Höhe der Textilausgaben bei Arbeitern überraschen¹⁸³. Gewiß war ein stärkerer Verschleiß an Arbeitskleidung für bestimmte Arbeiter-

gruppen gegeben. Dieser Faktor sollte aber nicht überbewertet werden, weil man sonst bei unqualifiziert Tätigen noch deutlichere Mehrausgaben erwarten müßte. Außerdem kann man sich vorstellen, daß die notdürftigen Wohnverhältnisse von Arbeiterfamilien die substanzerhaltende Pflege der Kleidung erschwerten, so daß häufigere Ersatzanschaffungen nötig geworden sein könnten. Andererseits spricht einiges dafür, daß die Arbeiter, die Haushaltsbücher geführt haben, und besonders die in höheren Ausgabenklassen, nicht so miserabel gewohnt haben, wie die Mehrheit der Proletarierfamilien¹⁸⁴. Schließlich sollte nicht übersehen werden, daß die Zahlen auf eine andere, hier nicht weiter faßbare, aber nicht zu unterschätzende Dimension des Konsumverhaltens hinweisen können: nämlich auf differentielles Einkaufsverhalten. Möglicherweise kam Kaufen auf Raten und Kaufen gebrauchter Kleidung – im Arbeiterhaushalt der Kaiserzeit gang und gäbe – teuer, ohne doch ein so respektables Aussehen wie bei Angestellten und Beamten, deren Einkaufsquellen unter dem Strich eine wirtschaftlichere Lösung dargestellt haben mögen, zu verschaffen.

Gemessen an dem Sammelposten Textilien begann der *Mittelstand* mit Ausgabendurchschnitten von 12 % und mehr in den 1920er Jahren bei etwa 3.000 RM Gesamtausgaben, das heißt bei etwa 360 RM Ausgaben für Textilien. Die Haushalte der gelernten Arbeiter gaben ab Haushaltseinkünften von insgesamt etwa 3.200 RM über 12 % dafür aus, die Angestellten mindestens ab Gesamteinkünften von 1.600 RM, die Beamten ab etwa 2.500 RM, der Durchschnitt aller Haushalte ab etwa 2.800 RM. Insgesamt lag das Ausgabenniveau Ende der 1920er Jahre prozentual nicht höher als vor dem Krieg. Ab Haushaltseinkünften von etwa 3.600 RM (Beamte) beziehungsweise 5.100 RM (Arbeiter) wurden häufiger mehr als 14 % ausgegeben, was bei den entsprechenden Berufsgruppen in der Regel Aufwendungen von 600 RM und mehr entsprach.

Die Quelle von 1937 bietet ein sehr anderes Bild. Kaum ein Haushalt gab über 12 % für Textilien aus. 360 RM und mehr, was dem *mittelständischen* Ausgabendurchschnitt ein Jahrzehnt vorher entsprochen hatte, wendeten von 1.509 Haushalten gerade 161 auf, und zwar in Gesamtausgabenklasse 1 keiner, in den Ausgabenklassen von 1.600 bis 3.600 etwa ein Drittel und erst

darüber jeweils die Hälfte der wenigen, dort noch ausgewiesenen Haushalte, noch nicht 30 an der Zahl. Da die Haushalte von 1937 nach der Größe ihrer Ressourcen genauso klassifiziert sind wie die aus den 1920er Jahren, muß die geringere Höhe ihrer textilbezogenen Ausgaben darauf zurückgeführt werden, daß wir hier zwar Einkommensniveaus wie in den 1920er Jahren vor uns haben, aber in der Tat eine andere soziale Schicht, und damit Einstellungstypen, die den sozialen Lagen, die vor dem Krieg unterhalb des *Mittelstandes* lokalisiert werden konnten, entsprechen.

Wenden wir uns jetzt wieder der Frage arbeitsbezogener Sozialdifferenzierungen innerhalb der ökonomischen Grobkontraste zu. In den Quellen der Kaiserzeit fällt es schwer, solche unterhalb der 2.000-Mark-Grenze zu entdecken - zweifellos schon deswegen, weil die Berufsgruppen in den Tabellen T.5.2.2(11) und (12) so schwach vertreten sind. Von 107 Beamten gehörten fast alle den unteren Laufbahnen an. Die Haushalte der 28 Angestellten machten etwas höhere Ausgaben für Textilien aller Art als sie. Werden Angestellte und Beamte zusammengefaßt, ergibt sich ein signifikanter Kontrast zu den Arbeitern, die für ihre Haushalte stets 1 bis 2 Prozentpunkte weniger erübrigten (was im allgemeinen Nominalbetragsdifferenzen von 20 bis 50 Mark, also dem Gegenwert von 1 bis 2 Paar Schuhen, entsprach). Bei größerer Finanzkraft der Haushalte beobachten wir eine Auffächerung der berufsgruppenspezifischen Mittelwerte, die aber selten ausreicht, um im statistischen Sinne von unterschiedlichen Populationen zu sprechen¹⁸⁵. Jedoch korrigiert sich das Bild in Tabelle T.5.2.2(12) dadurch. Wir sehen jetzt, daß der Haushaltsaufwand der unteren Beamten, die - wie oben erwähnt - außerordentlich kinderreich waren, und bei denen deshalb größere Ausgaben erwartet werden könnten, sich vollkommen mit dem Beamtendurchschnitt deckte. Es ist aber notwendig, die Lehrer aus der Zahl der unteren Beamten herauszurechnen.

Die Lehrer erweisen sich wieder als eine sozioprofessionelle Gruppe, die unter den Beamten eine Sonderstellung einnahm und auf die näher eingegangen werden muß. Das Budget für Textilien erreichte in Lehrerhaushalten der Kaiserzeit über 500 Mark beziehungsweise knapp 15 %. Ihr Aufwand näherte sich einer Höhe, wo er aus dem Blickwinkel von Zeit-

genossen buchstäblich als "unanständig" gelten konnte – denn standespolitisch und besoldungsmäßig wurde der Mehrzahl von ihnen jene Gleichstellung mit Richtern und anderen höheren Beamten verweigert, die ihre Berufsorganisationen so beharrlich einforderten. Es handelte sich bei den Lehrerhaushalten nicht einmal um besonders kinderreiche Familien; die genauere Durchsicht der Zahlen ergibt keinen Zusammenhang zwischen der Höhe der Textilausgaben und der Anzahl der Kinder. Beispielsweise zahlten mit Gesamtausgaben von 4.000 bis 5.000 Mark 3 Haushalte mit mehr als 4 Kindern zwischen 700 und 900 Mark, aber zwischen 400 und 700 Mark auch Haushalte ohne Kinder. So erscheinen die Lehrer schon früh als eine Sondergruppe sowohl gegenüber unteren Beamten als auch gegenüber mittleren¹⁸⁶; dem Standard des bürgerlichen, des *guten Mittelstandes* scheinen sie sogar näher gewesen zu sein als diese.

Bei den wenigen Haushalten der 1920er Jahre fällt zunächst wieder die Höhe der Aufwendungen, die Lehrer allein für Bekleidungsartikel tätigten, ins Auge. Prozentual gaben sie – pro Kopf – genau so viel für Kleidung aus wie die Angestelltenhaushalte. Diese opferten aber mehr, weil ihre Gesamtausgaben niedriger waren [Tabelle T.5.2.2(9) und (10)]. Im Vergleich mit der Masse der Arbeitnehmerhaushalte sehen 145 RM nach viel aus, im Hinblick auf das Konsumverhalten des Durchschnitts unserer Beamten, die fast 2.000 RM im Jahr weniger verdienten als speziell unsere Lehrer, jedoch eher als mittelmäßig, was auch die Tabellen T.5.2.2(13) und (14) bestätigen. Welche Schlüsse sind aus den empirischen Befunden zu ziehen, wenn man davon ausgeht, daß die Lehrer eine sozioprofessionelle Gruppe relativ eigener Prägung waren? Im Bewußtsein der Tatsache, daß wir es nicht mit echten Längsschnittdaten zu tun haben, können wir aus dem Budgetmaterial Hinweise darauf entnehmen, daß die Lehrer, was ihre symbolischen Praktiken der Einkleidung angeht, nicht bruchlos dem übergreifenden Beamtenmuster verbunden waren, daß sie sich vielmehr bemühten, eine hervorgehobene Stellung zu dokumentieren, damit aber in den 1920er Jahren nicht mehr ganz erfolgreich waren oder selber in diesem Bemühen nachließen¹⁸⁷.

5.2.2.2 Die Ausgaben für Miete und für Hausrat

*Ein eig'ner Herd ist Goldes wert ;
ist er auch arm, hält er doch warm*

Zwischen der Ernährung, der Bekleidung und der Gestaltung der Wohnumwelt bestehen charakteristische Relationen. Während die Ernährung in erster Linie der individuellen Reproduktion, der freilich soziale Momente zur Seite treten können, dient, stellt die Kleidung einen Faktor der sozialen Reproduktion dar. Kleidungsstücke werden mit dem Wissen um ihre Außenwirkung gekauft. Kleidung ist ein Teil der Öffentlichkeit, insofern sie ihren Träger in einen Diskurs mit den Menschen, denen er in den öffentlichen Räumen begegnet, versetzt – sei es ein unausgesprochenes Nachahmen oder Distanzieren oder ein verbales Kommunizieren. Wie die Ernährung, dient das Wohnen gewiß der Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit; in der Wohnung findet jedoch vor allem soziale Reproduktion statt – nur nicht wie bei Kleidung öffentlich, sondern binnenorientiert. Den Ausgaben für die Wohnung und den Ausgaben für die Kleidung ist gemeinsam, daß sie relativ große Einzelbeträge, die auf einmal fällig werden, erforderlich machen, allerdings voraussehbar und planbar. In Form von Mieten kehren diese Zahlungen zudem regelmäßig wieder und sind zwingend wie öffentliche Abgaben; im Falle von Kleidungsstücken und Einrichtungsgegenständen sind die Ausgaben in gewissen Grenzen disponibel und durch Preisvergleich und Preishandeln zu beeinflussen¹⁸⁸.

Sozialhygieniker und Haushaltsstatistiker pflegten eine anforderungsgerechte Wohnung regelmäßig zur Voraussetzung für die Entfaltung sozialer Tugenden im Medium des Familienlebens zu erklären. Die Miete galt als besonders treffsicherer Indikator für berufsbedingte, statusabhängige Konsumorientierungen und Lebensstiloptionen¹⁸⁹. Beharrte man auch auf der einmal festgestellten "Gesetzmäßigkeit", daß die Ausgaben für Miete und Anschaffung von Hausrat im großen und ganzen mit wachsendem Haushaltseinkommen abnahmen, konzidierte man gleichwohl ebenso beharrlich, daß diese Gesetzmäßigkeit sich an Gegebenheiten der sozialen Schichtung brechen mochte¹⁹⁰. *Für die Ausgaben auf Miete und Wohnungswesen überhaupt läßt sich in gleicher Schärfe eine solche Gesetzmäßigkeit wie für*

die Ausgaben der Ernährung nicht aufstellen. [...] Man fand nämlich in gering bemittelten Arbeiterkreisen auch eine sehr geringe anteilige Aufwendung für die Wohnung, dagegen in besser situierten Bürgerkreisen eine prozentual viel höhere Ausgabenquote für Miete. Dies ist aber nicht darauf zurückzuführen, daß überhaupt keine Gesetzmäßigkeit zwischen Miete und Einkommen besteht, sondern beruht darin, daß das Schwabesche Gesetz durch ein anderes Gesetz gekreuzt wird, das ebenfalls das Verhältnis zwischen Miete und Einkommen zum Gegenstand hat. Denn für den Wohnungsaufwand ist nicht wie für den Ernährungsaufwand in erster Linie nur das Einkommen maßgebend, sondern auch die soziale, gesellschaftliche Stellung. Von gewissen sozialen Kreisen (zum Beispiel Lehrern, Ärzten, Beamten, Kaufleuten) wird ein bestimmter Wohnungsaufwand erwartet und muß gemacht werden, allein ihrer sozialen Stellung wegen, unbekümmert um die Höhe der Einnahmen. In Arbeiterkreisen richten sich dagegen die Ausgaben lediglich nach dem Einkommen. [...] Untersucht man Haushalte, die demselben sozialen Kreise angehören, so zeigt sich in der Tat, daß, je niedriger das Einkommen ist, desto höher die Quote wird, die für die Wohnung auszugeben ist.

Es war verbreitet, die Familie, "la vie intime", als direkten Gegensatz zur Welt der Maschine, wo Entfremdung, Hetze und Häßlichkeit regiere, zu sehen. So notwendig in jeder Hinsicht Sparsamkeit sei, riet eine Hauslehre speziell für den Arbeiterstand, so sei es doch nicht weise, die Ausgaben für die Wohnung mehr einzuschränken, als durchaus nötig. Die Wohnung ist der Mittelpunkt des Familienlebens; von ihrer Beschaffenheit hängt ganz wesentlich das körperliche und sittliche Wohlergehen der Eltern, wie der Kinder ab, deshalb lege man sich lieber in anderen Dingen Opfer auf, wenn man sich damit eine bessere Wohnung erkaufen kann ¹⁹¹.

Die seinerzeit übliche, auch von der amtlichen Statistik geteilte Deutung differentiellen Wohnverhaltens ging davon aus, das Wohnbedürfnis bei Arbeitern als unterentwickelt zu betrachten. Zwischen Ernährung und sonstigem Lebensbedarf sei bei diesen die Wohnungsmiete vielfach als ein elastischer Ausgleichsposten behandelt worden. Arbeiter wohnten lieber etwas schlechter, als daß sie sich in der Ernährung einschränkten oder

diese rationeller und dadurch billiger gestalteten. Das war ein damals weit verbreitetes Urteil¹⁹². Das Statistische Amt der Stadt Barmen, das 1909 die Haushaltsrechnungen von 10 Arbeiterfamilien veröffentlichte, teilte bei dieser Gelegenheit aus einer nicht veröffentlichten Untersuchung der Wohnverhältnisse in Barmen

die nebenstehenden Angaben zur Bestätigung der oft beobachteten Tatsache, daß es zwei deutlich unterschiedene Aufwandsmuster bei der Miete gebe, die Arbeiter und Beamte sozio-professionell voneinander trennten¹⁹³. Für ihr Mehr an Miete, erkaufte sich die Beamten - wie die Bar-

Mietaufwand in Barmen 1908-1909

Einkommensstufe	Ausgaben für Miete [in Prozent des Einkommens]	
	Arbeiter	Beamte
1.100 bis 1.200 Mark	9,0	19,0
1.300 bis 1.400 Mark	11,3	18,1
1.500 bis 1.650 Mark	13,0	19,9
1.650 bis 1.800 Mark	12,8	17,5
über 2.000 Mark	12,1	17,1

mer Untersuchung herausstellte - eine beträchtliche Vergrößerung ihrer Wohnfläche. Wenn das Bewußtsein von der sozialen Reproduktionsfunktion der Wohnung bei Arbeitern weniger als in anderen Kreisen entwickelt war¹⁹⁴, woher - so fragte Halbwachs nicht ohne Anklage - sollten sie es auch haben? Ihre Arbeitsstätten waren schmutzig und ungemütlich. Aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen kannten sie nur die Rhythmik ihrer Maschinen. Stets in engerem Kontakt mit der Materie als mit der Gesellschaft, konnten sie ein soziales Bewußtsein nicht ausbilden. Da Wohnen überdies nicht dem öffentlichen Raum angehört, konnte auch nur in geringem Maße eine Aufweichung sozioprofessionell verfestigter Schichtgrenzen stattfinden. Während sich die sozialen Schichten in ihrem bunten Habit auf den Straßen und Plätzen mischen, findet vor der Wohnungstür eine soziale Separation statt: *les ouvriers ne connaissent pas les logements des employés, où ils ne vont pas, et les comparaisons à cet égard ne peuvent s'établir qu'à l'intérieur de chaque classe.*

Eine Wohnung ist nur im ganzen zu haben. Man muß Nachteile in Kauf nehmen, wenn man auf bestimmte Vorteile Wert legt. Das Wohnungsangebot gehorcht Gegebenheiten, die die Nachfrager hinnehmen und auf die sie sich

einstellen müssen. Durch das Aufrechnen von Vor- und Nachteilen wird die Mietentscheidung eine komplexe Angelegenheit, komplizierter als den Mietwilligen bewußt sein mag. Den Arbeitern traute Halbwegs bei dieser Entscheidung wenig Urteilskraft zu, weil sich bei ihnen aufgrund der restriktiven Arbeitsbedingungen eine soziale Kompetenz des Wohnens, die Einsicht in *l'importance sociale du logement* noch nicht habe entwickeln können¹⁹⁵. Unvertraut mit der Beurteilung des Gebrauchswertes einer Wohnung, wüßten sie nichts besseres, als sich nach den Tauschwerten auf dem Wohnungsmarkt zu richten, so daß dem absoluten Mietpreis die soziale Unterscheidung höher- und geringerwertiger Wohnungen zuwachse. Die Zustimmung zu bestimmten Qualitätskriterien und die Verteilung solcher Entscheidungen in der Bevölkerung könne nicht auf eine Frage der Ökonomie reduziert werden, sondern stelle einen Aspekt sozialer Ungleichheit dar. So sehr die Balance von Elastizitäten ihr Spiel treiben möge, sie tue es in Sprüngen. Die Bedürfnisse, jedes ausgestattet mit einer spezifischen Elastizität, entfalteten sich in Stufen und Intervallen. Kontinuierliche Übergänge gebe es nicht, sondern von Stufe zu Stufe sprunghafte Verbesserungen, *c'est par une évolution discontinue que les genres de vie se transforment*. Diskontinuitäten in der Bedarfsdeckung entdeckte er z.B. bei einer Produktgruppe wie Mobiliar und Hausrat: Den Gedanken schichttypischer Einrichtungsstile vorwegnehmend, fand er für gegebene Einkommensklassen spezielle Ausstattungstypen in der Zahl durchschnittlich vorhandener Betten, Tische, Stühle, Kommoden, Spiegel usw. Von einer Einkommensklasse zur nächsten erhöhte sich mal die Anzahl der Betten, mal die der Tische, mal die der Stühle¹⁹⁶. Er sah in Pariser Mietspiegeln nach und entnahm diesen, daß es – bei Mietern wie Vermietern – jenseits des Wirkens von Marktkräften historisch gewachsene und sozial verankerte Gewohnheiten, so etwa eine Vorliebe für gewisse "runde Zahlen" gebe. Die gewohnheitsmäßige Orientierung an solchen "üblichen Werten" habe die Funktion einer Weichenstellung, an der soziale Ungleichheit sich ökonomisch umsetze. Da es keine graduellen Wertüberlappungen und keine beliebigen Kombinationsmöglichkeiten von Qualitäten gebe, sei ein jeder gezwungen, sich zu entscheiden, ob der nächste Sprung im Mietwert es ihm noch wert sei, mitgemacht zu werden. Im Medium dieser

kleinen Entscheidungen transformiere sich soziale Ungleichheit, separierten sich die sozialen Klassen¹⁹⁷.

Er vermutete, daß die Qualitätsmerkmale, die Hygieniker und Sozialreformer, die meist selber kleinbürgerlichen Mittelschichten angehörten, den unteren Volksklassen propagierten, an deren Standards vielfach vorbeigingen. So seien für Angehörige der Arbeiterklasse womöglich ganz andere Kriterien für die Wohnungswahl maßgebend als viel Raum pro Person und wohlgeordnete Hygieneeinrichtungen. Im Deutschen Reich gab es in ein- und derselben Ortsgrößenklasse erhebliche Unterschiede bei den Behausungsziffern: In Bremen lebten 10 Personen in einem Mietshaus, 10 bis 20 in Städten wie Frankfurt und Essen, 20 bis 30 in Leipzig und Dortmund oder 30 bis 55 in Breslau und Magdeburg¹⁹⁸ – alles Städte mit über 100.000 Einwohnern. Solche Kategorien unterschiedlicher Wohnqualität seien – unbeschadet der Möglichkeit, daß sich innerhalb ihrer ökonomische Funktionsabhängigkeiten zwischen Miete und Personenzahl ergeben mochten – nicht allein durch Prozesse regionaler Wirtschaftsverdichtung erklärbar; sie führte er auf soziale Unterschiede von Herkunft und Lebensstilen zurück, deren Verteilung zuvörderst studiert werden müsse. Deutsche Sozialisten sahen das freilich anders. In der "Gleichheit", die Klara Zetkin herausgab, wurde 1914, nach Jahren der Hochkonjunktur, bitter resümiert¹⁹⁹: *Leider sind der Arbeiterfamilie bei der Auswahl der Wohnung die Hände gebunden. Sie muß meist nehmen, was sich innerhalb der Grenzen findet, die durch die Arbeitsgelegenheit des Mannes und die Höhe des Einkommens gezogen werden.*

Wenden wir uns also zunächst der Frage der Mietaufwendungen zu. Wir haben übrigens den Berliner Gesamtbestand auch auf charakteristische "runde Zahlen" abgesucht. Das Ergebnis war enttäuschend, in den Haushaltsrechnungen der Zwischenkriegszeit noch mehr als in denen des Kaiserreichs. Wahrscheinlich gab es in der Realität zu häufig Verrechnungen von Monat zu Monat oder übers Jahr und zusätzliche Nebenkosten, die runde Zahlen krumm machten und nun in der Tat den Eindruck erwecken, als habe es alle möglichen Graduierungen in der Festlegung der Miethöhe gegeben. In den Quellen der Vorkriegszeit waren bevorzugte

Monatsmieten (in der Häufigkeit des Vorkommens): 15 Mark, 20 Mark, 25 Mark und 12,50 Mark; diese wurden aber nur von jeweils 3 bis 4 % aller Haushalte gezahlt. In der Zwischenkriegszeit kamen bei 1 bis 3 % aller Haushalte Monatsmieten von 25 RM, 15 RM und 35 RM vor.

In der zeitgenössischen Konsumstatistik, die die relativen Anteile der Miete im Budget vordergründig zum Indikator für soziale Einstellungen machte, hatte sich, wie wir sehen konnten, mehrheitlich das zwieschlächtige Bild von der differentiellen Konsumwahl von Arbeiter- und Beamtenklasse zum Stereotyp verfestigt. Dabei entsprach es zunächst gar nicht den realen Verhältnissen, daß das Arbeiterbudget durch besonders geringfügige Anteile für Miete charakterisierbar war, wie eine Umfrage des Arbeitersekretariats Halle zeigte²⁰⁰. Daran nahmen immerhin 272 Arbeiterhaushalte, die nicht mehr als 1.500 Mark im Jahr zu Verfügung hatten, teil, so daß in den einzelnen Einkommensstufen in dieser Einkommenslage wenigstens jeweils 20 bis 90 Haushalte zu verzeichnen waren. Die Klassendurchschnitte der Mietzahlungen betrug regelmäßig um die 16 % des Einkommens. Proletarische Unterversorgung konnte sich vielmehr gerade in besonders hohen Prozentsätzen ausdrücken. So behauptete Else Lüders in einem Vortrag vor der "Gesellschaft für soziale Reform" aufgrund *reichen statistischen Materials*²⁰¹, der Berliner Arbeiter müsse etwa 24 % seines Einkommens für Miete aufwenden. Aus dieser exorbitanten Zahl darf sicher nicht auf eine luxuriöse Bedürfnisbefriedigung geschlossen werden.

Man sollte sich also davor hüten, Ausgabenanteile linear in Präferenzgewichte zu übersetzen, ohne die absoluten Miethöhen zu berücksichtigen. Deswegen ist hier beides, die prozentualen und die absoluten Mietausgaben, parallel zu behandeln. Die Miete ist gegen allfällige Mieteinnahmen zu saldieren. Die Haushaltsrechnungen zeigen, daß das mietspezifische Existenzminimum etwa bei 150 Mark anzusetzen war. Aus Tabelle T.5.2.2(18) geht hervor, daß sich die Mietausgaben in den Quellen des Kaiserreichs in den drei sozialen Stellungen durchschnittlich nicht unterschieden. Sie betrug scheinbar einheitlich 12 bis 13 % vom Gesamtbudget. Wenn man die Berufstellungsgruppen jedoch in sich gliedert (was bedauer-

licherweise eine weitere Reduzierung der Anzahl beobachtbarer Haushalte zur Folge hat und Interpretationen mit noch mehr Vorsicht aufzunehmen gebietet) und die Belegungsdichte zur Beurteilung der Aufwendungen hinzuzieht, ergibt sich eine differenzierte Struktur, der weder die älteren Deutungen noch die moderne Unterteilung nach der sozialen Stellung im Beruf gerecht wird. Die Anzahl der Haushaltsmitglieder ist zwar zur Bewertung der Zahlen notwendig; diese Variable liefert aber, wie sich zeigt, keine hinreichende Erklärung für die Miethöhe. Zwischen den Ausgaben für Miete und der Anzahl der Personen besteht kein korrelativer Zusammenhang; zwischen dem Anteil, den die Miete in den Haushaltsrechnungen beanspruchte, und der Anzahl der Haushaltsmitglieder nur ein schwacher²⁰². Die Schlußfolgerung daraus ist freilich trivial; mehr Personen erforderten in anderen Produktgruppen zwingendere Kosten, mindestens bei den Nahrungsmitteln, so daß dem für Mietzahlungen verbleibenden Rest zwangsläufig ein geringerer Anteil zufällt. Man nahm in der Regel keine teurere Wohnung, wenn ein Familienmitglied hinzukam²⁰³.

Wieder liegt im Bereich der Gesamtausgabenklasse 5, also bei 1.800 bis 2.000 Mark Budgetvolumen, eine Diskontinuität vor. Unterhalb dieses Einkommensbandes umfaßten die Haushalte aller drei vorliegenden Berufsgruppen weniger als 5 Personen – die Angestellten 3,3; die Arbeiter 4,1; die unteren Beamten 4,5 – und gaben in der Regel 12 bis 13 % für die Miete aus. Oberhalb waren die Unterbeamten-Familien beträchtlich größer. Differenzen innerhalb der Arbeiterklasse sind nicht auszumachen. Zwar gaben die industriellen Arbeiter weiterhin etwas weniger aus als ihre Kollegen im Handwerk; aber deren Haushalte waren etwas größer, so daß man von einem homogenen Konsummuster wird sprechen können. Bis Gesamtausgabenklasse 4 betrug die arithmetischen Mittel in allen Arbeiter-Berufsgruppen – wie Tabelle T.5.2.2(17) zeigt – so gut wie nie 200 Mark oder mehr; ab Gesamtausgabenklasse 6 wurde dieser Betrag in der Regel weit überschritten. Dann nahmen schichtmäßige Differenzierungen, die in niedrigeren Einkommenslagen vorhanden, aber verdeckt gewesen sein mögen, Konturen an und das gesteigerte Interesse der Arbeiter aus handwerklich geprägten Milieus an ihrem Wohnraum trat stärker hervor²⁰⁴. Bei Arbeitern wuchs die Bereitschaft, mehr Miete zu zahlen, sobald Bedürf-

Wohnungsmiete, Berufsgruppe und Haushaltsgröße im späten Kaiserreich

Gesamtausgaben- klasse	mittlere Beamte	untere Beamte	Ange- stellte	Arbeiter		
				insge- samt	Hand- werk	Indu- strie
2.900 bis unter 3.500	12,4 (3,9)	12,5 (6,9)	12,0 (7,0)	10,7 (8,3)	11,2 (8,0)	9,4 (9,0)
2.400 bis unter 2.900	14,1 (3,8)	11,0 (6,4)	10,9 (6,6)	12,6 (4,9)	14,3 (5,4)	8,5 (2,0)
2.000 bis unter 2.400	16,1 (3,6)	12,0 (6,1)	10,1 (4,0)	12,0 (4,4)	14,5 (4,2)	10,7 (3,7)
1.800 bis unter 2.000	21,4 (3,0)	14,4 (5,8)	13,1 (5,5)	14,0 (4,4)	9,4 (5,3)	13,0 (5,0)
1.500 bis unter 1.800	.	13,4 (4,9)	13,4 (2,8)	12,2 (4,2)	12,0 (4,6)	11,6 (4,0)
1.200 bis unter 1.500	.	11,2 (3,7)	15,9 (4,0)	11,1 (4,3)	12,8 (4,3)	12,3 (4,0)
800 bis unter 1.200	.	14,2 (3,0)	.	12,6 (3,8)	24,9 (2,5)	12,7 (3,7)

Ausgaben für Wohnungsmiete in Prozent der Gesamtausgaben des Haushalts (Anzahl der Personen je Haushalt in Klammern).

Quelle: Tabelle T.5.2.2 (18).

nisse, die anscheinend noch drängender waren, keine Ausgaben mehr erforderten. Die unteren Beamten gaben tendenziell etwas mehr für die Miete ihrer Wohnungen aus. Die Durchschnitte nur für die mietzahlenden Haushalte der unteren Beamten und der Arbeiter mit Gesamtausgaben zwischen 1.200 und 1.800 Mark (43 respektive 66 Haushalte) betragen 223,46 und 185,95 Mark beziehungsweise 13,7 und 11,9 %. Was ab Gesamtausgabenklasse 5 der großen Personenzahl in Unterbeamten-Haushalten zum Opfer fiel, färbte unterhalb der "Mittelstandsgrenze" also noch durch: die beamtentypische Neigung, am Wohnraum nicht zu sparen.

Bei mehr als 2.000 Mark verfügbarer Ressourcen können wir drei Aufwandsstile trennen. Dem erwarteten Beamtenstandard entsprachen die Haushalte der mittleren Beamten, die bei sehr geringer Belegungsdichte ihrer Woh-

nungen (4,1 Personen) nicht unter 12 % ihrer Mittel für die Miete verwendeten²⁰⁵. Einem klar restringierten Muster folgten die unteren Beamten (mehr als 6 Personen) und die Angestellten (knapp 6 Personen); sie gaben weniger aus (zwischen 10 und 12 %) und hatten doch wesentlich mehr Haushaltsmitglieder im Wohnraum unterzubringen. Der Aufwand der Arbeiter erscheint nicht als so substandardmäßig. Mit Ausnahme der obersten Gesamtausgabenklasse gaben sie zwar nicht viel mehr aus als untere Beamte und Angestellte, hatten aber die kleineren Haushalte (knapp 5 Personen). Dabei näherten sich die Facharbeiter der Industrie offenbar dem deprivierten Wohnstil der unteren Beamten / Angestellten stärker an als die handwerksmäßigen Arbeiter²⁰⁶.

Die bisher getroffenen Feststellungen bezogen sich auf das Verhältnis der sozioprofessionellen Gruppen zueinander, soweit dazu Daten zur Verfügung standen. Wie sind nun diese Zahlen im Wahrnehmungshorizont der Zeit zu bewerten? Mit dieser Frage ist erstens das Problem der geltenden Standards, der faktisch geforderten und gezahlten Mieten, zweitens das des normativen Bewertungshintergrundes aufgeworfen. Zimmermann erklärte Ende der 1920er Jahre, über die Mietpreisentwicklung vor wie nach 1907 gebe es nur Vermutungen. *Eine irgendwie eindeutige Mietpreisstatistik, die für mehrere Jahre oder für mehrere Orte in sich zuverlässig vergleichbar wäre, ist nicht vorhanden.* Abgesehen von den Enquêtes des Vereins für Socialpolitik setzte er auch kein großes Vertrauen in die zeitgenössischen Überschläge. *Die von Brutzer für Berlin geschätzten Mietsätze für eine typische Arbeiterwohnung ([...] 1900 bis 1903: 232 bis 290 M, 1910: 300 bis 400 M) sind ebenso vage wie die Mietkurve der Stadt Schöneberg (1910), die [...] für die Hälfte der Parteien die Miete auf ein Drittel des Einkommens bezifferte*²⁰⁷. Mieten, die aus den Städten, wo viele der buchführenden Haushalte wohnten, gemeldet wurden²⁰⁸, können nur Anhaltspunkte liefern. Selbst in den Großstädten gab es je nach Wohnlage beträchtliche Mietzinsunterschiede²⁰⁹. Viele unserer Haushalte waren zudem in Mittel- und Kleinstädten und auf dem Land ansässig. Insgesamt geht der Eindruck aber dahin, daß die Haushalte des Gesamtbestandes mit ihren aus den Budgets erschließbaren Mietzahlungen von 200 beziehungsweise 300 bis 500 Mark eher am unteren Durchschnitt blieben.

War der Abstand zwischen dem, was normativ als gerechtfertigte Mietausgabe galt, und dem, was unsere Haushalte zahlten, groß? *Verwende nicht mehr als den sechsten Teil deiner Einnahme zur Miete, wenn Deine Einnahme eine bescheidene ist, nicht mehr als den zehnten Teil, wenn du über eine große Einnahme verfügst*²¹⁰. Hinter dieser Erwartung dürften realistische Erfahrungen gestanden haben. Der bereits zitierte Fabrikant aus süd-

Mietpreise
in groß- und mittelstädtischen Wohnorten
von Haushalten des Gesamtbestandes,
um 1910

Ort	Mieten [Mark]
Berlin	300-400, 430
Berlin-Charlottenburg	700
Breslau	200, 300
Chemnitz	220, 250
Dresden	150-430, 240
Frankfurt	250-550
Görlitz	170
Halle/Saale	265
Hamburg	270, 500
Hamburg-Altona	330
Kassel	260, 340-540
Kiel	250
Königsberg	230
Leipzig	250
Magdeburg	190, 280
München	250
Nürnberg	270
Posen	300

Quelle: Siehe Anm. 208.

Mieten zwischen 130 und 300, für die Besserverdienenden allenfalls bis 500 Mark. Ein Standard von 300 bis 500 Mark in der Einkommenslage der *Wenigbemittelten*, die für 2.000 Mark im Jahr alle ihre Bedürfnisse stillen mußten²¹², ist sicher ein wenig realistischer Rat gewesen.

Selbst *die bescheidenste Wohnung für eine kleine Familie*, die bei einem Jahreseinkommen von 800 Mark rund 130 Mark sollte kosten dürfen, sollte

haushaltsrechnung mit den Standards seiner Zeit verglich, hielt es für *heute genügend bekannt, daß man für Miete durchschnittlich 17 % des Einkommens rechnen muß, in Großstädten aber auch damit nicht auskommt, sondern mindestens 20 % und eher noch mehr aufzuwenden hat, selbst wenn elektrische oder Pferdebahnen, Stadtbahn u. dgl. es ermöglichen, sich aus den Stadtzentren hinaus zu begeben*²¹¹. Die Bescheidenheitsnorm von etwa 16 % erlaubte, in unsere Gesamtausgabenklassifizierung übersetzt, den *Unbemittelten* und *Wenigbemittelten* (Jahreseinkommen 800 bis 2.000 Mark, Gesamtausgabenklassen 2 bis 5)

aus mindestens drei Räumen, Schlafzimmer (Kammer), Wohnzimmer (Stube) und Küche, bestehen; so etwas zu finden, würde, wie eine Haushaltslehre im Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende einräumte, in größeren Städten aber *schwierig* sein²¹³. Eine derartige Selbstbeschränkung mochte manches Unterweisungsheftchen seinen Lesern gar nicht zumuten. In der beliebten Form der fiktiven Briefanrede beschied eine Ratgeberin junge Ehepaare, wo der Mann nicht mehr als 900 Mark nach Hause brachte²¹⁴ – *Stube, Kammer und Küche, das genügt und mehr könnt ihr auch nicht bezahlen. 200 M, also den 4. Teil eures Einkommens müssen wir für diesen Zweck bestimmen. 150 Mark galten in der Regel als Minimum auch für Haushalte mit 2 Kindern und reichten wohl bei einigem Glück im Einzugsbereich größerer Städte, etwa Dresden, aus. Für die Stadtzentren wurden immer wieder Mietforderungen zwischen 170 und 200 Mark genannt²¹⁵. Eine Wohnung mit den unbedingt nötigen Räumlichkeiten: Stube, Kammer, Küche und Vorhaus sollte*

in Dresden, wenn man sich Mühe gibt, danach Umschau zu halten, abgesehen vom Stadtinnern und den feineren Stadtvierteln, für jährlich 240 M zu bekommen sein. Bei einer Umfrage unter knapp 300 Haushalten in München stellte sich um 1910 heraus²¹⁶, daß im Durchschnitt 230 Mark im Jahr ausgegeben wurden. Bescheidene Leute sollten bei gutem Willen in vielen Städten mittlerer Größe mit 12,50 Mark im Monat²¹⁷, im Jahr also mit 150 Mark auskommen. Das

Anteil der Haushalte mit *bescheidenen* Mieten an 409 mietzahlenden Haushalten, vor 1914

Gesamt- ausgaben [Mark]	N	Mietausgaben bis 150 Mark	
		Anzahl der Haus- halte	Anzahl in Prozent der Haushalte je Ausgabenklasse
3.500 und mehr	16	-	-
2.900 bis unter 3.500	24	1	4,2
2.400 bis unter 2.900	58	6	10,3
2.000 bis unter 2.400	94	11	11,7
1.800 bis unter 2.000	54	6	11,1
1.500 bis unter 1.800	89	19	21,3
1.200 bis unter 1.500	44	19	43,2
800 bis unter 1.200	24	13	54,2
unter 800	6	5	83,3

taten etwa 20 % unserer Haushalte, meistens in den Gesamtausgabenklassen zwischen 800 und 1.800 Mark. Aber die Bescheidenheit beschränkte

sich nicht auf diese untersten Einkommenslagen, woran man sieht, daß sie nicht nur eine schiere Funktion der Ökonomie war.

Zum Beziehen *einer genügenden Wohnung* wurde selbst ein Einkommen von 2.000 Mark nicht als ausreichend angesehen²¹⁸. *Zwei Zimmer und eine Kammer, Küche und Vorsaal genügen für die Familie, und der Preis dafür wird gegen 400 M betragen. Das ist $\frac{1}{5}$ des Jahreseinkommens, und soviel muß man in der Großstadt ausgeben, wenn man nicht auf Kosten der Gesundheit billiger wohnen will. In kleinen Städten, setzte der Ratgeber, ein Dresdner Lehrer, hinzu, und auf dem Lande braucht man kaum $\frac{1}{6}$ des Einkommens* ²¹⁹. Eine Beamtenfamilie mit einem Jahreseinkommen von 2.000 Mark bekomme für 300 Mark, also $\frac{1}{6}$ des Einkommens, keine, wie Ravit feststellte, *standesgemäße* Wohnung. Unvernünftig sei es, bei so geringen Ressourcen eine Wohnung mit mehr als drei Zimmern (!) zu nehmen. Die Beschränkungen der Ökonomie sollte die Moral durchbrechen: Wer nicht mehr als diese kümmerliche Summe zur Verfügung habe, solle es – so hieß die Empfehlung – nicht am Mut fehlen lassen, sich nach der Decke zu strecken; in Vorstädten zu wohnen habe auch seine Vorteile. Aus ihrem ersten Ehejahr berichtete eine junge Dresdnerin, deren Mann *angehender Beamter* war und nur 900 M verdiente²²⁰: *Wir nahmen eine unseren Möbeln entsprechende Wohnung für jährlich 288 M Mietzins, das ist monatlich 24 M, welche wir jeden ersten des Monats zurücklegen*. Es drückt gewiß soziale Rücksichten aus, daß bei einem so niedrigen Gesamteinkommen ein Ehepaar aus dieser Schicht ein Drittel des Einkommens für Miete verwandte.

Wenn die einschlägige Unterweisungsliteratur der Kaiserzeit zu den ökonomischen Einzeldaten der Haushaltsrechnungen gegengelesen wird, ergibt sich ein Raster von drei Standards als sinnvolle Interpretationshilfe. Bei *bescheidenem* Verdienst betrachtete man 16 % Ausgaben vom Gesamtbudget für Miete als realistischen Wert, bei besserem Verdienst 10 %; die *Standesgemäßheit* für Beamte begann bei 20 %, mindestens 300 Mark. Die 16 % hatten wir bereits in der Fragebogenaktion des Hallenser Gewerkschaftskartells belegt gefunden. Nur hatten die Arbeiter damals aus den niedrigeren Beträgen der wenigen Haushalte mit Einkünften zwischen 1.600 und 2.000 Mark mutig auf eine "gesetzmäßige", kurvilineare Beziehung

zwischen Einkommen und Mietzahlung geschlossen. Dieser Schluß ist gewiß nicht stichhaltig, der Kommentar dazu aber aufschlußreich²²¹: *Ein Einkommen von 2000 Mk. ist eben für die dürftigste Lebenshaltung einer Familie notwendig. Nur daß eine Familie mit 2000 Mk. sich ein wenig besser ernähren und kleiden kann, als die Familien mit 900 oder 1500 Mk. Zum Beziehen einer genügenden Wohnung reicht aber auch ein Einkommen von 2000 Mk. noch nicht aus, und die Ansprüche an eine zureichende Wohnung werden zu allererst zurückgestellt, wenn das Einkommen zu gering ist. Erst wenn bei einem Einkommen von 2000 Mk. die allerdringlichsten Bedürfnisse für Wohnung und Kleidung gedeckt werden konnten, ist die Familie bei h ö h e r e n Einkommen in der Lage, nunmehr auch eine ihren Wünschen halbwegs entsprechende Wohnung zu beziehen. So ist's zu erklären, daß der prozentuale Anteil der Wohnungsmiete bis zu 2000 Mk. Einkommen fällt, dann aber wieder steigt.*

Die 300-Mark-Grenze läßt sich als Maß für die Verteilung von Anspruchshaltungen bei der Anmietung von Wohnraum verwenden und generiert fünf sozioprofessionell verankerte Einstellungstypen. Über die ganze Breite der Einkommensverhältnisse hinweg erweist es sich wieder als sinnvoll, die Haushalte mit weniger als 1.800 bis 2.000 Mark im Jahr von denen zu trennen, die über mehr verfügten. In den niedrigeren Einkommenslagen sind Schichtdifferenzen nicht festzustellen, in den höheren dissoziieren sich der reduzierte Aufwandstyp der Angestellten und Unterbeamten, der mittelmäßig befriedigte der Arbeiter und der reichlicher bemessene der Subalternbeamten. Dies soll zunächst dargelegt werden.

Der kritische Wert von 300 Mark ist geeignet, differentielle Konsumorientierungen im Medium der Bereitschaft zu erhöhter Mietzahlung hervortreten zu lassen. Wenn man die Berufsgruppen nach der Zahl derjenigen Haushalte ordnet, die sich ihre Wohnung mehr als 300 Mark, also mehr als 25 Mark im Monat, kosten ließen, ergibt sich folgende Konfiguration: Höhere und mittlere Beamte leisteten sich die teuersten Wohnungen – vgl. auch Tabelle T.5.2.2 (17) – und waren, wie man sieht, am ehesten bereit, viel für Miete auszugeben. Die unteren Beamten zahlten durchschnittlich nur wenig höhere Mieten als Arbeiter; verglichen mit den

Zahl der Haushalte mit Monatsmieten über 25 Mark,
in Prozent aller Haushalte je Berufsgruppe,
vor 1914

Berufsgruppe	Quote	Zahl aller Haushalte
1. Höhere Beamte	100,0	1
2. Mittlere Beamte	60,0	40
3. Lehrer ^a Angestellte (ohne nähere Spezifikation)	41,2	17
Meister, Poliere	46,2	13
4. Untere Beamte	28,8	146
Arbeiter im Handwerk	21,3	47
5. Facharbeiter (in der Industrie)	-	30
sonstige Angestellte ^b	-	7

a Aus den Quellen geht in den meisten Fällen die Rangstufe nicht hervor. Bei 2 Haushalten handelt es sich um untere Beamte; 1 Haushalt ist der eines höheren Beamten.

b 2 Boten, 5 Werkmeister.

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund elektronisch erfaßter Daten.

Arbeitern in handwerklichen Berufen gab es unter ihnen auch keinen wesentlich höheren Prozentsatz von Haushalten, die höhere Mieten zahlten. An der 300-Mark-Schwelle als differenzierendem Kriterium scheiden sich die handwerklichen und die industriellen Arbeiterberufe deutlich. Kein Industriearbeiterhaushalt gab 300 Mark für Wohnungsmiete aus, während das bei Handwerkern immerhin in über 20 % der Fälle vorkam und relativ häufig schon ab etwa 1.500 Mark Gesamtausgaben. Gelernte

Arbeiter muteten sich doppelt so häufig höhere Mieten zu (in 13,5 % der 74 in Frage kommenden Haushalte) denn ungelernete Arbeiter (6,7 %). Beachtenswert ist die Differenzierung der Angestelltengruppe, auch wenn es sich insgesamt nur um wenige Haushalte handelt. Es stellt sich heraus, daß höhere Mietzahlungen vor allem bei Angestellten in qualifizierten Stellungen, so wie der Begriff der Qualifiziertheit bei der Definition dieser Berufsgruppe (vgl. dazu insbesondere die Abschnitte 3.2.4 und 3.2.4.1) verwendet worden ist, vorkamen, bezeichnenderweise gar nicht jedoch bei Angestellten ohne Qualifikation und denen in Werkmeisterstellung, denen eine starke Affinität zur Arbeiterklasse nachgesagt wurde.

Dieses Bild sozialer Differenzierung der Mietzahlung findet Bestätigung und Ergänzung, wenn die Berufsgruppen nach Gesamtausgabenklassen aufgefächert werden. In der folgenden Tabelle ist die kritische Grenze auf

unter 300 Mark festgesetzt, um das Kriterium unstandesgemäßen Mietaufwands zu verschärfen. Es zeigt sich, daß sowohl in den höchsten als auch in den niedrigsten Einkommenslagen alle Haushalte weniger als 300 Mark für die Miete ausgaben, auch noch zwischen 3.000 und 3.500 Mark ein Viertel der mittleren Beamten, die Hälfte der Arbeiter und über die Hälfte der unteren Beamten. Freilich darf man den grob gerundeten Prozentzahlen dieser Tabelle im einzelnen nicht zu viel Aussagekraft abverlangen, weil die Fallzahlen sehr gering sind und pro Zelle selten 20 übersteigen; trotzdem zeichnen sich auch hier die wohlbekanntesten Muster ab.

Zahl der Haushalte mit Mieten unter 300 Mark, in ausgewählten Berufsgruppen vor 1914, in Prozent aller Haushalte je Gesamtausgabenklasse

Gesamt- aus- gaben- klasse	Beamte		Lehrer	Ange- stellte	Arbeiter				
	mitt- Beamte	untere Beamte			insge- samt	gelernt	un- gelernt	Hand- werk	Indu- strie
11	100	.	.	.	100	100	.	100	.
10	-	100
9	-	-	-	.	-
8	25	57	25	-	50	50	.	33	100
7	43	45	57	40	38	43	-	20	100
6	33	67	100	67	72	69	100	55	100
5	-	66	100	100	65	100	.	100	100
4	-	80	100	100	85	91	100	83	100
3	.	100	.	75	100	100	100	100	100
2	.	100	.	.	100	100	100	100	100
1	100	100	100	100	100

Die sozioprofessionellen Gruppen mit den höchsten Mietzahlungen waren allerdings nicht unbedingt die mit Wohnraum bestversorgten. Tabelle T.5.2.2(1) zeigt, daß gerade die mittleren Beamten, die qualifizierteren Angestellten und die handwerklichen Arbeiter ihre Mieten in erheblichem Maß durch Einnahmen aus Untervermietung deckten, so daß viele Haushalte dieser Berufsgruppen haushaltsökonomisch gesehen per Saldo als genauso gestellt betrachtet werden müßten wie diejenigen, die von vornherein billigere Wohnungen nahmen und nicht abvermieteten. Konsumtheoretisch

bleibt der Unterschied jedoch relevant, ob ein Haushalt sich für die letztere Option oder für eine teurere und damit in aller Regel besser gelegene und ausgestattete Wohnung entschied und dafür eine Untervermietung in Kauf nahm, die möglicherweise als nur vorübergehende Lösung oder – falls die Untermieter Bekannte waren – als das kleinere Übel erschien. Von 57 Haushalten 17²²², also etwa 30 %, zogen auf diese Weise sogar einen "Gewinn" aus ihrer Wohnung, einen Überschuß ihrer Einnahmen, die sie durch Abvermieten erzielten, gegenüber der Miete, die sie selber zahlten. Der Teil der Miete, der auf diese Weise gedeckt war, konnte 10 % betragen (Ungelernte) oder 50 % bis zu 100 % (untere Beamte); die Mieteinnahmen konnten den Mietzins aber auch um das Doppelte und Dreifache übersteigen (so bei Angestellten).

In der Zwischenkriegszeit haben sich im Vergleich zu den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erwähnenswerte Verschiebungen ergeben. Tabelle T.5.2.2(20) zeigt, daß – auf die Gesamtausgaben je Haushalt bezogen – der Anteil der Miete in allen Berufsgruppen etwa 1 Prozentpunkt unter dem Vorkriegsniveau lag. Sie deutet darüber hinaus Variationen an, die Indizien für einen Wandel von Lebensstilen sein können. Die höchsten Mietanteile (über 12 %) verzeichneten in der Regel nach wie vor die höheren und mittleren Beamten, dicht gefolgt von den Lehrern und den Angestellten (im Durchschnitt aller Haushalte knapp unter 12 %). Die Angestellten hatten etwas kleinere Familien (3,7 Personen) als die Beamten. Am wenigsten gaben die Arbeiter²²³ und die unteren Beamten aus (selten mehr als 10 bis 11 %), die Berufsgruppen mit den größten Familien (über 4 Personen). Während die Beamten – abgesehen von den unteren Beamten – in allen Gesamtausgabenklassen stets etwa denselben Anteil für Miete aufwendeten, sank dieser bei den unteren Beamten und den Arbeitern mit steigendem Einkommen in so starkem Maße, daß die absoluten Aufwendungen von einer Gesamtausgabenklasse zur nächsten oft niedriger waren [vgl. Tabelle T.5.2.2(19)]. Die Mittelstellung zwischen den sozialen Gruppen, die die Angestellten in der Zwischenkriegszeit einnahmen, dokumentiert sich haushaltsökonomisch darin, daß sie die Mieten "unelastisch" wie die Arbeiter behandelten, insgesamt jedoch – darin beamtenähnlich – viel Geld dafür erübrigten. Die Angestelltenhaushalte, aufgrund von deren Budgets

ein intertemporaler Vergleich versucht werden kann, wechselten markant ihre relative Position im Gefüge der Klassen – vor dem Krieg mit billigster Wohnraumversorgung, seit den 1920er Jahren mit ihren Mieten sowohl prozentual wie absolut deutlich den Arbeiterschichten entrückt. Innerhalb der Arbeiterklasse ebneten sich die Differenzierungen der kaiserzeitlichen Gesellschaft ein; von einem Unterschied zwischen den Arbeitern des Handwerks und denen der Industrie gibt es keine Spur mehr, und die Mehrausgaben der ungelernten Arbeiter – in Prozentwerten schon in den älteren Quellen erkennbar – haben soweit zugenommen, daß auch in absoluten Zahlen kaum mehr Unterschiede zu Familien gelernter Arbeiter bestehen. So ergibt sich in den 1920er und 1930er Jahren, bezogen auf die gezahlten Mieten, ein Ausgabenmuster dichotomer Prägung, das sich, gemessen an der Veränderung der Mieten im Abstand der 20 bis 30 Jahre, die unsere Quellen voneinander trennen, bestätigt.

Während der Anteil der Miete am Gesamtbudget des Einzelhaushalts seit den 1920er Jahren gegenüber der Zeit 30 Jahre vorher leicht gesunken war, ist der für Wohnraum zu erbringende Zins in dieser Zeitspanne gestiegen. Durchschnittlich wurde 50 % mehr für die Miete gezahlt²²⁴, wobei die unteren Einkommen stärker zulegten als die höheren. Grosso modo lassen sich wieder zwei Varianten des Ausgabeverhaltens erkennen. Überproportional steigerten die Beamten und Angestellten ihre Mietausgaben, am stärksten die Lehrer, die sie gegenüber der Vorkriegszeit fast verdreifachten. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Verteilung der Lehrerhaushalte auf die Gesamtausgabenklassen in den beiden Zeitabschnitten ziemlich ungleich ist, so daß ein Teil des in der Zwischenkriegszeit so stark erhöhten Ausgabenniveaus auf die im Vergleich zur Vorkriegszeit geringere Besetzung der unteren und die stärkere Besetzung der oberen Gesamtausgabenklassen zurückgeht. Die durchschnittliche Verdoppelung der Beamtenmieten trugen auf jeden Fall die höheren Beamten mit; die Haushalte, die eindeutig als solche mittlerer und unterer Beamter zu identifizieren waren, hatten daran keinen Anteil. Dies ist um so bemerkenswerter, als diese Berufsgruppen Lehrer mitumfassen, die Mietzinserhöhungen, zu denen sich die unteren und mittleren Beamtenhaushalte bereitfanden, also noch geringer ausfallen müßten, würde man

**Steigerung der Ausgaben für Wohnungsmiete 1925-1937 gegen 1903-1913
in ausgewählten Berufsgruppen und Gesamtausgabenklassen
(Miete 1903-1913 = 100)**

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse						
	2	3	4	5	6	7	1-11
Haushalte insgesamt	178	180	151	136	156	159	150
Qualifiziert tätige Arbeitnehmer (ohne Beamte)	230	179	162	132	153	161	156
Unqualifiziert Tätige	145	210	148	165	184	144	163
Beamte	(172) ^a	(223) ^b	160	166	175	163	218
Höhere Beamte	234
Mittlere Beamte	.	.	.	(127) ^a	143	148	159
Untere Beamte	(170) ^a	217	152	145	174	151	156
Lehrer	(538) ^a	(154)	292
Angestellte	.	173	166	(168) ^a	(206) ^a	178	206
Arbeiter	197	188	191	128	140	136	139
Gehilfen und ungelernte Arbeiter	142	206	(148) ^a	.	177	(137) ^a	156
Gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	149	166	169	157	128	139	137
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	(115) ^a	167	162	(193)	119	127	131
Gelernte Industriearbeiter	(172) ^a	(173) ^a	175	(135) ^a	157	(209) ^a	153
"Aufstiegsschicht"	(191) ^a	(214) ^a	161	(154) ^a	172	(169) ^a	190

a Weniger als 4 Haushalte in mindestens einem der beiden Zeitabschnitte.

b Vor 1914 Haushalte von unteren Beamten.

Quellen: Tabellen T.5.2.2(17) und (19).

die Lehrer abrechnen. Wieder sind es die unteren Beamten, die den niedrigsten Wohnkomfort gehabt zu haben scheinen; denn während die Haushaltsgröße der Familien aller anderen Beamtengruppen 3,8 oder 3,9 Personen betrug, brachten es die Familien unterer Beamter immer noch auf 4,2 Personen, ohne daß die langfristige Erhöhung ihrer Mietausgaben überdurchschnittlich gewesen wäre. Während Beamte, vor allem höhere, und

Angestellte doppelt so viel wie vor dem Krieg oder noch mehr ausgaben, stand auf der anderen Seite die Masse der mittleren und unteren Beamten und der Arbeiter, bei denen es im allgemeinen höchstens 50 % und oft nur 10 bis 30 % mehr waren.

Die Ausgaben für Hausrat und Möbel und deren Reparatur (*Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung*) stellen ihrer Natur nach zur Miete einen Gegensatz her. Während diese feststeht und regelmäßig zu zahlen ist und in den Augen der Mieter dadurch zu einer Art Steuer werden kann – so sehr, daß der DMV die öffentlichen Abgaben und die Mieten geschwind in einer Summe auswies²²⁵ –, sind die Ausgaben für die Ausstattung der Wohnung variabel, aufschiebbar und durch Entscheidungen des Haushalts immer wieder beeinflussbar. Die relative Positionierung der sozioprofessionellen Klassen gestaltet sich in der Dimension der Ausgaben für die Ausstattung der Wohnung gleichwohl ähnlich wie bei den Ausgaben für Miete. Das Schichtungsgefüge erscheint in den letzten Jahren des Kaiserreichs stärker gebrochen, die Schichtdifferenzen in den 1920er und 1930er Jahren geradliniger.

Die Variationsbreite der Ausgaben ist bei den Haushalten des späten Kaiserreichs groß; 100 bis 110 Mark stellten aber eine gewisse Obergrenze dar. Das heißt jedoch nicht, daß hohe Ausgaben – 100 Mark im Jahr und mehr – vorwiegend in den hohen Gesamtausgabenklassen vorkamen. Obwohl die einfache Korrelation zwischen dem Einkommen und den Ausgaben für Hausrat beachtlich ist²²⁶, streuten Ausgabespitzen in jeder Berufsgruppe über die ganze Skala der Gesamtausgabenklassen – allerdings mit

Anzahl der Haushalte von Angestellten und Beamten
1903–1913 mit Ausgaben für Hausrat unter
100 Mark und mit 100 Mark und mehr
(1.500 bis 5.000 Mark Jahresgesamtausgaben)

Berufsgruppe	Ausgaben für Hausrat	
	unter 100 Mark	100 Mark und mehr
Beamte	20	19 (49 %)
Mittlere Beamte	2	4 (67 %)
Untere Beamte	13	5 (28 %)
Lehrer	6	11 (65 %)
Angestellte insgesamt	8	8 (50 %)
Angestellte in qualifizierten Positionen, Meister, Poliere	3	7 (70 %)

auffälligen Eigentümlichkeiten, wenn sozioprofessionell differenziert wird. Von den 17 Angestellten- beziehungsweise Beamtenhaushalten in den Gesamtausgabenklassen 1 bis 3 gaben alle weniger als 100 Mark für diesen Budgetposten aus. Zwischen 1.500 und 5.000 Mark Jahresgesamtausgaben befanden sich jedoch relativ viele Haushalte (zwischen 30 und 70 % je Berufsgruppe) mit Ausgaben von mehr als 100 Mark; in den Gesamtausgabenklassen mancher Berufsgruppen in diesem Arbeitskräftemuster waren es (von den stets wenigen Haushalten) alle. Eine Zunahme der Häufigkeit sehr hoher Ausgaben mit wachsenden Haushaltseinnahmen ist in diesen Berufsgruppen nicht erkennbar. Allerdings deuten die Tabellen T.5.2.2(21) und (22), die die durchschnittlichen Ausgaben enthalten, einen Bruch zwischen den Gesamtausgabenklassen 6 und 7, also bei etwa 2.400 Mark, in der Weise an, daß jenseits dieser Schwelle die Ausgaben sowohl der Erwerbstätigen mit Qualifikation als auch der Beamten auf einem höheren Niveau gelegen zu haben scheinen. Bei genauerem Hinsehen läßt sich dieser Grenzwert, dessen Relevanz schon in den Prozentwerten abgeschwächt erscheint, nur für die Beamten aufrechterhalten²²⁷; und auch dort bildet er, wie die trennschärfere Unterscheidung in die Laufbahngruppen zeigt, nur die Differenz zu den unteren Beamten ab. Denn diese dominierten den Beamten-durchschnitt in den ersten 6 Gesamtausgabenklassen. Innerhalb der Berufsgruppe der unteren Beamten stellte das Anwachsen des Einkommens somit keinen konsumtiv differenzierenden Faktor dar. Die Angestellten- und Beamtenberufe differenzierten sich mindestens in die extreme Positionen behauptenden Klassen der Lehrer beziehungsweise mittleren Beamten mit einer sehr hohen Quote von Haushalten mit hohem Hausratsaufwand und der unteren Beamten mit arbeiterähnlich restriktivem Ausgabeverhalten.

Anzahl der Haushalte von Arbeitern 1903-1913
mit Ausgaben für Hausrat
unter 100 Mark und mit 100 Mark und mehr
(1.200 bis 2.900 Mark Jahresgesamtausgaben)

Berufsgruppe	Ausgaben für Hausrat	
	unter 100 Mark	100 Mark und mehr
Arbeiter	109	18 (14 %)
Gelernte Arbeiter	56	8 (13 %)
Ungelernte Arbeiter	8	3 (27 %)
Arbeiter im Handwerk (einschl. Gehilfen)	36	4 (10 %)
Industriearbeiter	22	4 (15 %)

Die Arbeiterklasse erscheint in der Dimension der Wohnraumausstattung als weitgehend homogen. Die Durchschnitte der Gesamtausgabenklasse 7 sind offenbar zufällig durch einige Haushalte mit besonders großem Aufwand künstlich erhöht. Die Arbeitergruppen unterschieden sich allerdings in ihrer Gesamtheit von der Gesamtheit der Angestellten- und Beamtenhaushalte darin, daß es bei ihnen deutlich und regelmäßig weniger Haushalte mit extrem hohen Aufwendungen gab (10 bis 20 % je Berufsgruppe).

Welche Gütermengen und Dienstleistungen standen hinter einer Ausgabe in der typischen Höhe von 60 bis 100 Mark? In der Literatur gibt es nur wenige Angaben über die fixen Kosten, die für die laufende Instandhaltung einer Wohnung zu erwarten waren oder bei variierender Schichtzugehörigkeit als Norm betrachtet wurden. In Einkommenslagen bis 1.000 Mark (Gesamtausgabenklasse 2) dürften 20 bis 30 Mark für Ergänzungs Käufe beziehungsweise Ersatzanschaffungen bei Möbeln und Wäsche zu rechnen, für die Reinigung von Wohnung und Wäsche 7 bis 17 Mark aufzuwenden gewesen sein, so daß einschließlich der Kosten für Nähzeug, Streichhölzer, Umzug und Meldegebühren in der Tat pro Jahr ein Posten von 45 bis 70 Mark fest anzusetzen war²²⁸. Aus dieser Sicht erscheinen die Ausgaben der Haushalte des Gesamtbestandes in den Gesamtausgabenklassen bis 2.400 Mark eher als moderat und dürften in der Hauptsache die laufenden Kosten gedeckt haben. Lediglich bei den Angestelltenhaushalten, jedoch gewiß nicht bei den unteren Beamten, zeigen die Zahlen entweder einen erhöhten Instandhaltungsaufwand an oder deuten auf wirkliche Anschaffungskäufe. Zum besseren Verständnis der Zahlen kann hilfsweise auf die Angaben über die Kosten einer Neueinrichtung, die vergleichsweise häufig zu finden sind, zurückgegriffen werden.

Die monographische Beschreibung des 5-Personen-Haushalts eines Arbeiters in der *Knochenstampfe* einer Düngerfabrik in der Nähe von Leipzig, durch H. Mehner 1887 zu einem Klassiker in der haushaltsökonomischen Literatur gemacht, enthält das Inventar des Hausrats einer Arbeiterfamilie, die sich *keineswegs in der schlimmsten Lage* befand²²⁹. Die Küchengeräte

und Möbel, die dort vorhanden waren, hatten einen Zeitwert von etwa 42 Mark, Eßgeschirr war für 1,27 Mark gekauft worden, von weiteren 13 Töpfen, Töpfchen, Kannen und Schüsseln, die irgendwie geerbt worden waren, war ein Preis offenbar nicht festzustellen. Zu dieser Küchenausstattung von geschätzt 45 Mark kamen Wohn- und Schlafmöbel für 67,50 Mark, die zum Teil neu gekauft, zum Teil gebraucht erworben oder ersteigert worden waren, 1 Truhe, 1 hölzerne Fußbank, 1 Waschtischkommode, 1 Küchenschrank und 2 Betten ohne Preisangabe. Diese ganze Wohnungsausstattung, die mehr als 112,50 Mark Wert war, trug, wie der Berichterstatter betonte, *durchaus die Merkmale größter Dürftigkeit*. Kostenanschläge zwei Jahrzehnte später sahen für die unteren Volksklassen folgende Richtwerte vor²³⁰. Von den Kosten für die Ersteinrichtung wurde erwartet, daß sie bei Eintritt in den Stand der Ehe aufzubringen waren, und zwar möglichst in bar und ja nicht *auf Borg* und im *Abzahlungsbazar*, daß die Frau bereits durch Sparsamkeit und Fleiß, durch Nähen oder Sparen vorgesorgt hatte und daß die Eltern ein hübsches Sümmchen beisteuerten. Alle drei Bedingungen waren für große Teile der Arbeiterklasse natürlich nicht gegeben, was allerdings an den aufzubringenden Summen nichts ändert:

Wohnzimmer	Eine Einrichtung <i>ohne jeden Luxus in bunten und modernen Stoffen</i> , allerdings <i>inclusiv zweier Figuren</i> von Goethe und Schiller zu 1 Mark und eines Kanarienvogels zu 5 Mark sollte über 480 Mark kosten. Ein Einrichtungsvorschlag zu 430 Mark umfaßte Nußbaumbüffet und großes Sofa.	140-250 Mark
Schlafzimmer	Ein Einrichtungsvorschlag zu insgesamt 260 Mark sah Nachtschränkchen mit Marmorplatte vor.	64-230 Mark
Küche	Möbelstücke	30- 60 Mark
Haushaltsgegenstände	(Gardinenzubehör, Lampen, Besen und Bürsten, Eimer und Körbe, Öfen und Ofenwerkzeuge, Eßgeschirr, Besteck, Briefkasten) Die Einrichtung eines <i>einfachen Hausstandes</i> erforderte also etwa 90 bis 170 Mark für Küchengeräten und häusliches Werkzeug; die Einrichtung einer <i>bürgerlichen</i> Küche war aber nicht unter 210 Mark zu haben, vielmehr trafen sich die Voranschläge dafür eher bei	

270 Mark (dann besaß die Hausfrau Porzellan für 9 Personen). Wohlhabende Haushalte konnten allein für die Küche leicht 900 Mark anlegen.

60-110 Mark

Haushalts- (Handtücher, Geschirrtücher, Staubtücher, wäsche Decken, Bettwäsche, Gardinen)

70-145 Mark

Die Einrichtung einer Wohnung sollte also ein gerade verheiratetes Ehepaar 360 bis 700 Mark kosten; damit war ein *einfacher Hausstand* finanziert. Für knapp 1.000 Mark hatte man eine Einrichtung, die als *bescheiden, aber gediegen und haltbar* beschrieben wurde. Wer sich im berüchtigten *Muschelstil*, gegen den Lebensstil-Reformer schon bald nach der Jahrhundertwende zum Angriff bliesen, einrichtete und echten Nußbaum und etwas Marmor um sich haben wollte, brauchte 1.300 bis 1.500 Mark, mit einem Arbeitszimmer für den Ehemann mit Nußbaum-Schreibtisch und großem Divan noch 300 Mark zusätzlich. Fast jede einzelne Neuanschaffung von Möbeln belastete das Budget allein schon in der Höhe der Ausgaben, wie sie die Haushalte des Gesamtbestandes durchschnittlich in der Spanne eines Jahres realisierten²³¹.

Wenn wir neben den Häufigkeiten bestimmter Betragshöhen die durchschnittliche Höhe der wirklichen Ausgaben berücksichtigen, ergibt sich ein sozial differenziertes Gesamtbild des wohnraumbezogenen Aufwands. So wie die Beamten zu höheren Mietzahlungen tendierten, so gaben sie am meisten von allen Berufsgruppen für Hausrat aus, wobei diese Beobachtung wiederum nicht auf die unteren Beamten zutrifft. Bei diesen erscheint somit nicht nur ihre Wohnraumversorgung unzureichend, sondern auch ihre Wohnraumausstattung. Die Ausgaben der unteren Beamten und der Arbeiter ähnelten sich im Durchschnitt sehr (62 Mark bzw. 58 Mark), von den untersuchten Beamtengruppen verzeichneten die unteren Beamten den geringsten Prozentsatz, der im Gesamtbudget auf Hausrat entfiel; mit 2,8 % lag dieser $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt unter dem Durchschnitt der Ausgabenanteile der Arbeiter. Diese Minderausgabe war jedoch - wie ein Blick in die einzelnen Gesamtausgabenklassen, Tabellen T.5.2.2(21) und (22), zeigt - keine Funktion etwa niedrigerer Einkünfte der unteren Beamten. Varianzanalytisch ist in der Vorkriegszeit eine konsumtiv in der Dimension wohnraumbezogener

Differentielle Ausgaben für Hausrat in ausgewählten Berufsgruppen,
1902-1913

Berufsgruppe	N	Ausgaben [in Mark]	Signi- fikanz	Ausgaben [in Pro- zent der Gesamt- ausgaben]	Signi- fikanz
Angestellte	20	110,02		5,0	
Lehrer	17	158,24	n. s.	5,7	n. s.
Arbeiter	155	58,49		3,3	
Untere Beamte	22	61,66	n. s.	2,8	n. s.
Untere Beamte	22	61,66		2,8	
Beamte ohne untere Beamte	23	142,57	**	4,8	*
Arbeiter	155	58,49		3,3	
Beamte ohne untere Beamte	23	142,57	***	4,8	*
Aktive Lehrer	16 ^a	138,75		5,2	
Beamte ohne Lehrer	29	83,30	*	3,1	*
Angestellte	20	110,02		5,0	
Beamte ohne Lehrer	29	83,30	n. s.	3,1	n. s.

a Ausschließlich 1 pensionierter Lehrer.

Quelle: Eigene Berechnungen (t-Test) aufgrund elektronisch erfaßter Daten.

Ausgaben sich ausprägende soziale Differenz zwischen Arbeitern und unteren Beamten nicht feststellbar. Dasselbe gilt für die Angestellten und die Lehrer. Von allen Berufsgruppen waren sie es, die am meisten in die Ausstattung ihrer Wohnung investiert zu haben scheinen (110 bis 160 Mark bzw. 5 bis 6 % ihrer Haushaltsausgaben); und zwar lief bei beiden Berufsgruppen das Ausgabeverhalten in bezug auf die Anmietung einer Wohnung und in bezug auf ihre Ausstattung nicht parallel. Wie wir oben gesehen hatten, verfahren die Angestellten mit der Miete eher restriktiv, und bei den Lehrern verstanden sich erst die wenigen Haushalte über 2.400 Mark Gesamtausgaben zu hohen Mietaufwendungen. Auf einem vorsichtig kalkulierten Mietsockel betrachteten diese Berufsgruppenzugehörigen aber die flexibel zu handhabenden Kosten für die Innenausstattung offenbar als relativ zwingend. Innerhalb der unscharf nach "sozialer Stellung im Beruf" aggregierbaren Gruppe aller Beamten kristallisierten sich im späten Kaiserreich - in entgegengesetzten Richtungen - ansatzweise tatsächlich

zwei Berufsgruppen aus, auf der einen Seite die unteren Beamten, die im Konsumverhalten Gemeinsamkeiten mit den Arbeitern zeigten, auf der anderen Seite die Lehrer, bei denen sich Affinitäten zum Angestellten- "Mittelstand" andeuteten. (In beiden Fällen ist der Gegensatz schwächer, wenn man die prozentualen Ausgaben – 2,8 gegen 4,8 % bzw. 5,2 gegen 3,1 % – zugrunde legt, bleibt aber meßbar.)

Unter Arbeitern gab es, wie die Häufigkeitsauszählungen ergaben, relativ wenige Haushalte mit hohen Ausgabebeträgen; den Eindruck aus Tabelle T.5.2.2(22), daß auch die durchschnittlichen Ausgabenprozente bei Arbeitern etwas niedriger waren (2,5 bis 3,5 %) als bei Angestellten und Beamten, bestätigt die Analyse der differentiellen Ausgaben für Hausrat: der Unterschied von 3,3 % (Arbeiter) gegen 4,8 % (Beamte ohne Unterbeamte) reicht aus, um ein sozial interpretierbares differentielles Konsumverhalten anzunehmen. Von Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse, die die Zahlen aus Tabelle T.5.2.2(22) nahelegen, hat – statistisch gesehen – einzig der Gegensatz zwischen Handwerk und Industrie (2,4 gegen 3,8 % bzw. 67 gegen 48 Mark) eine gewisse Signifikanz²³².

Die Zahlen für die Haushalte der Zwischenkriegszeit schwanken weniger stark, die Anzahl der Haushalte, für die die Aufwendungen für Hausrat nachgewiesen sind, ist größer. Die sozialen Differenzierungslinien des Konsums haben Konturen gewonnen und erscheinen vertieft. Gegenüber den älteren Quellen zeichnet sich der Gegensatz zwischen einem arbeiter-typischen Verbrauchsmuster ohne weitere interne Differenzierungen (90 bis 100 RM, d.h. knapp über 3 %) und dem Aufwand von Angestellten und Beamten (150 bis 800 RM, d.h. 5 bis 8 %) des Gesamtbudgets kräftiger durch; der Unterschied zwischen der (arbeiterdominierten) Berufsgruppe der "qualifiziert tätigen Arbeitnehmer" und der (angestelltendominierten) "Aufstiegsschicht" klafft dadurch weiter auseinander [Tabellen T.5.2.2(23) und (24)]. Deutlicher als im späten Kaiserreich wuchsen die Ausgaben bei steigenden Einkommen – allerdings mit berufsgruppentypischen Variationen. Sie verdreifachten sich beinahe im Durchschnitt aller 3.829 Haushalte, während bei den Arbeitern zwischen etwa 1.600 und 5.000 RM allenfalls eine Verdoppelung eintrat und bei den unteren Beamten nach einem mäßigen

Anstieg ein Rückgang der Ausgabenanteile in den höheren Gesamtausgabenklassen. In der "Aufstiegsschicht" verdoppelten die Haushalte ihre Aufwendungen bis Gesamtausgabenklasse 9 (ca. 7.000 RM) kontinuierlich, und die 12 Haushalte, denen über 10.000 RM zur Verfügung standen, gaben für Hausrat (antellig) gut dreimal so viel aus wie die in der untersten Gesamtausgabenklasse. Abgesehen von dieser generell bestehenden, wiewohl sozial modulierten Funktion von Einkommen und Aufwand, finden sich die berufsgruppendifferenzierenden Kontraste des Kaiserreichs im Beamten- und Angestelltenmilieu wieder, und neue treten zusätzlich hervor. So erscheint die Sonderstellung der Lehrer mit ihrem gehobenen und der unteren Beamten mit ihrem restringierten Aufwand überzeugender. Knapp hinter den höheren Beamten realisierten die Lehrerhaushalte den höchsten Aufwand. Während die Angestelltenhaushalte, die schon vor dem Krieg zu

Differentielle Ausgaben für Hausrat in ausgewählten Berufsgruppen,
1925-1937

Berufsgruppen	N	Ausgaben [in RM]	Signi- fikanz	Ausgaben [in Pro- zent der Gesamt- ausgaben]	Signi- fikanz
Angestellte	617	242,88		5,0	
Lehrer	71	526,64	***	7,3	***
Arbeiter	2.651	89,64		3,1	
Untere Beamte	117	158,49	***	4,4	***
Untere Beamte	117	158,49		4,4	
Beamte ohne untere Beamte	407	368,92	***	6,3	***
Arbeiter	2.651	89,64		3,1	
Beamte ohne untere Beamte	407	368,92	***	6,3	***
Aktive Lehrer	70 ^a	532,36		7,3	
Beamte ohne Lehrer	454	289,49	***	5,6	**
Angestellte	618 ^b	242,69		5,0	
Beamte ohne Lehrer	454	289,49	*	5,6	*

a Ausschließlich 1 Werklehrer, bei der Stadt angestellt.

b Einschließlich 1 Werklehrer im Angestelltenverhältnis.

Quelle: Eigene Berechnungen (F-Statistik) aufgrund elektronisch erfaßter Daten.

den ausgabefreudigsten Wohnraumausstatterern gehört hatten, in der Zwischenkriegszeit immer noch gewohnte 5 % ihres Budgets dafür zur Verfügung stellten, haben die Lehrerhaushalte ihr Konto nominal mehr als verdreifacht, was einen anteilmäßigen Zuwachs von $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkten bedeutete. Demzufolge erscheint das Konsummuster dieser beiden Berufsgruppen in diesem Punkt, noch undifferenziert im späten Kaiserreich, jetzt signifikant unterschiedlich. Während sich die konsumtiv feststellbare Affinität von Angestellten- und Lehrerhaushalten verloren hat, ist die Differenz zwischen Angestellten und Beamten, soweit sie nicht Lehrer waren (243 gegen 290 RM bzw. 5 gegen 5,6 %), in der Zwischenkriegszeit nicht tiefgreifend und durchaus diskutabel. In der Ähnlichkeit des Konsumverhaltens von Angestellten und nicht als Lehrer beschäftigten Beamten läßt sich, wenn man die Gesamtstruktur der differentiellen Verhaltensmuster zwischen den bisher diskutierten Berufsgruppen in Betracht zieht, demnach trotz des schwach signifikant ausfallenden statischen Tests von einem Moment der Kontinuität vom Kaiserreich bis in die Republik sprechen. Davon abgesehen scheint in der Dimension der Wohnraumausstattung die soziale Ungleichheit aber eher zugenommen zu haben.

Obwohl die trendmäßige Abhängigkeit der hausratbezogenen Ausgaben vom Einkommen bei den unteren Beamten arbeiterähnlich schwach erscheint, liegt deren Niveau in der Zwischenkriegszeit doch so weit über dem der Arbeiter, daß von einem differentiellen Verhalten gesprochen werden kann. Das ist die zweite berufsgruppentypische Differenzierung, die sich nach zwei Jahrzehnten herausgebildet zu haben scheint. Tabelle T.5.2.2 (23) läßt vermuten, daß diese Niveaudifferenz sich auf die Gesamtausgabenklassen bis 4.300 RM (2 bis 6) beschränkt hat. An dem Sinn des varianzstatistischen Befundes ändert dies allerdings nichts; es unterstreicht vielmehr, daß bei unseren Haushalten von Arbeitern und Unterbeamten in der Zwischenkriegszeit unterschiedliche Präferenzmuster bestanden: Der Standard der unteren Beamten implizierte ein Ausstattungsziel, das auch bei geringen Einkünften zu relativ hohen Ausgaben zwang, während die Arbeiter, hierin im Sinne von Halbwachs²³³ in der Tat "rationaler", ihre Ausgaben im Verhältnis mit der Zunahme ihrer Einkünfte anhoben.

5.2.3 Kultur und Tingeltangel

So wie bisher der private Konsum unter funktionalen Gesichtspunkten diskutiert wurde, soll auch die Gruppe von Produkten und Dienstleistungen, die der Unterhaltung, der Gestaltung der Freizeit und allgemein kulturellen Interessen dienen, nicht extensional definiert werden – etwa dadurch, daß man eine Liste von "Freizeitgütern" zusammenstellte und für diese die Ausgaben berechnete²³⁴, ein Unterfangen, welches aussichtslos wäre. Vielmehr kann es hier nur darum gehen, Gruppen ausgewählter Produkte beziehungsweise Dienstleistungen als Indikatoren für Art und Ausmaß der Freizeitfinanzierung heranzuziehen. Eine abschließende Definition von Freizeit-, Unterhaltungs- oder Kulturausgaben ist wegen der Multifunktionalität der meisten Marktangebote und Dienstleistungen nicht möglich. Insbesondere kann die Erhöhung und die Wiederherstellung der Arbeitskraft entweder durch Ausgaben im außerhäuslichen Bereich finanziert werden, so daß sie etatmäßig gesondert und finanziell als zusätzliche Belastung zu Buche schlägt (z.B. ein Familienbesuch im Biergarten, eine Urlaubsreise), sie kann aber auch haushaltsökonomisch unauffällig durch Ausgaben, die vordergründig ganz anderen Zwecken dienen, intendiert sein (z.B. durch gesteigerte Investition in die Wohnungsmöblierung, durch Aufwand in Mode oder den Verbrauch von Genußmitteln). Hinter dieser Unschärfe stehen auch unterschiedliche, sozial wahrscheinlich nicht zufällig verteilte Einstellungssyndrome und Verhaltensmuster – eher öffentliche oder eher private Optionen – gegenüber der Gestaltung der eigenen Freizeit. Andererseits darf bezweifelt werden, ob man den Konsum von Speisen und Alkohol im Wirtshaus, was Arbeiter, aber auch Angestellte und Beamte im Deutschen Kaiserreich betrifft, umstandslos als Freizeitkonsum bestimmen sollte²³⁵.

Die Definition von Freizeitausgaben (und damit gleichzeitig von "Freizeit"), so wie die Quellen sie implizit durch die Formulierung der Kategorien in den Anschreibebüchern vornahmen, entspricht der ersten genannten Variante. Innerhalb dieser Begrenzung ist es weitgehend möglich, auf die damals formulierten Quellvariablen zu rekurrieren²³⁶. Auch wenn die Ausgaben, die von den Haushalten getätigt wurden, in dieser Weise eingegrenzt, als

Freizeit- beziehungsweise Unterhaltungskonsum zusammengefaßt sind, fließt in die Anschreibekategorien der Quellen soviel Heterogenes ein, daß Rückschlüsse auf die spezifische Art der Freizeitgestaltung – wenn von einer solchen in bezug auf einen Haushalt als ganzen überhaupt zu sprechen ist – kaum gezogen werden können. Allerdings weisen die entsprechenden Sammelkategorien der Quellen regelmäßig lediglich zwei divergente Schwerpunktsetzungen auf. Entweder sind die Budgetposten so strukturiert, daß Geselligkeit, Außenkontakte und Organisation (des Haushaltsvorstandes) in Vereinen jedweder Art die am besten zutreffende Klammer darstellt, oder die Kategorie drückt eher intellektuelle Engagierungen aus (*geistige Bedürfnisse, Ausgaben für Geistespflege*).

In den folgenden beiden Abschnitten sollen wieder Variablen diskutiert werden, die so homogen wie möglich sind, soll auf übergreifende Sammelkategorien nur beiläufig eingegangen werden. Wieder nehmen wir dafür den Nachteil reduzierter Fallzahlen in Kauf; manchmal werden dadurch Aussagen über ganze Quellengruppen unmöglich. Weil die Angaben zum Unterhaltungsaufwand in der Regel in den Quellen der Zwischenkriegszeit reichlicher fließen, wird in Abschnitt 5.2.3.1 ausnahmsweise die zeitliche Blickrichtung umgedreht. Mit dem Wissen um die Budgetierung in den Quellen der Zwischenkriegszeit lassen sich die kargen Angaben der Quellen des Jahrhundertbeginns leichter verstehen. Die Auslegung der Variable, die die Ausgaben für Kino, Theater, Zirkus, Konzerte und Amusements aller Art beziffert, wird jeweils durch die Berücksichtigung der Ausgaben in Gastwirtschaften unterstützt und durch einen kurzen Blick auf die Additionsvariable der Ausgaben für "Geselligkeit überhaupt" abgeschlossen. Nach einem ersten Resümee, das auf die Frage abhebt, ob sich im proletarischen Konsum eher ein Zug zum sozialen Leben oder ein Rückzug in privaten Familismus belegt findet, wird das Bild des Unterhaltungskonsums durch die Rolle, die Genußmitteln eingeräumt wurde, und durch die Zahlungen von Mitgliedsbeiträgen, zu denen man sich verpflichtete, abgerundet.

In Abschnitt 5.2.3.2 werden die Ausgaben diskutiert, die die Quellen einheitlich unter der Zweckbestimmung der "Geistespflege" rubrizierten,

Kosten der Bildung und Ausbildung zum Überwiegenden Teil wohl der Kinder. Zunächst werden die Ausgaben nominal und prozentual in gewohnter Weise in der Spannung von Einkommenslage und Berufsgruppenzugehörigkeit diskutiert. Abschließend wird ein Versuch gemacht, die haushaltsbezogenen Ausgaben zu den Kosten, die Schulkinder verursachten, in Beziehung zu setzen. Die Deutung aus familienzyklischer Perspektive soll dazu verhelfen, aus der Statik der Zahlen Hinweise auf die Dynamik von Aspirationen zu entnehmen.

In der Dichotomie dieser beiden Güter- und Dienstleistungskomplexe, Unterhaltung und Bildung, verstärkt sich das Bild einer sozialen Zweiteilung des Konsums. Über den beobachteten Zeitraum hinweg erhielt sich im Prinzip unverändert die Polarität eines proletarischen und eines "bürgerlichen" Konsummusters. Während das System proletarischen Konsumverhaltens so gut wie keine internen Differenzierungen hat erkennen lassen, enthielt seine Gegenwelt unter der Spange der Gemeinsamkeit weitere Gruppenidentitäten. Mit jeweils eigenen Nuancierungen bildeten Lehrer, Beamte des niederen Dienstes, der Rest aller anderen Beamten und schließlich Angestellte charakteristische Konsummuster aus. Der Lehrerstand erscheint als der Typus des geselligkeitsliebenden, öffentlichkeitszugewandten und gleichzeitig bildungsbeflissenen Konsumbürgers, der tendenziell personenzentriert dachte und bereit war, eigenen Kindern zuliebe auf die sonst geschätzte Teilnahme am Unterhaltungskonsum zu verzichten. Das Konsumverhalten von Unterbeamten erscheint in jeder Hinsicht restringiert. Sie mieden Tingeltangel-Zerstreuung und mochten ihre Ernährung nicht durch Genußmittel bereichern, gaben aber auch wenig für Bildung aus, sie hielten nichts vom Vereinsleben und überzeichneten den Beamtenstil in ihrer Bindung an den Binnenraum Familie. Die Beamten mittlerer Rangstufen und die Angestellten repräsentierten, vermögensorientiert, den Kerntyp des hier so genannten "bürgerlichen" Konsums. Sie gaben sich dem privaten Genuß von Luxuslebensmitteln hin und dem Unterhaltungsleben außer Haus, sobald ihre Mittel es ihnen erlaubten. Dieses Konsummuster gewann mit der Zeit an Vitalität. Vor dem Weltkrieg trug bürgerlicher Konsum noch stärker die Signatur der Abwehr zerstreuernden Treibens. Typischer Zug des Konsum-

musters von Beamten und Angestellten war seit dem Anfang unseres Zeitraums die Bejahung von Bildungsanstrengungen. In allem seinem Nuancenreichtum erscheint das "bürgerliche" Konsummuster als recht stabil im Wandel der Zeiten.

Dies kann vom Konsummuster der Arbeiter nicht gesagt werden. So wenig spezielle Kategorien von Arbeitern eigene Konsumzüge entwickelt zu haben scheinen, so stark veränderte sich das Gesicht des proletarischen Konsummusters als solches im Lauf von drei Jahrzehnten. Zu Beginn des Jahrhunderts vor Angestellten und Lehrern alle finanziellen Spielräume für Genuß und Unterhaltung nutzend (die Industriearbeiter möglicherweise noch mehr als die Handwerker-Arbeiter), zeigten sich unsere Haushalte seit den 1920er Jahren der Unterhaltungskultur gegenüber verschlossener, im Genußmittelkonsum sparsamer. Einiges deutet daraufhin, daß sich ein Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben ankündigte, den Organisiertheit im Vereinsleben, vor allem im gewerkschaftlichen, nicht aufhielt. Wenn auf der einen Seite der Schritt zur Rationalisierung des Lebensstils unverkennbar ist und mit einer Verstärkung der Bildungsanstrengungen verbunden war, so gelang es der Arbeiterklasse doch nicht, dadurch die herrschenden Strukturen sozialer Ungleichheit zu durchbrechen; denn während sie aufzuholen versuchten, bauten die Beamten und Angestellten ihre Ressourcen an Bildungskapital weiter aus. So nehmen wir im Konsum unserer Haushaltsrechnungen zwischen Lust und Last gewiß Prozesse des Wandels wahr, aber keine grundlegenden Veränderungen im System der ungleichen Verteilung von Konsumchancen.

5.2.3.1 Vergnügungslust

In den Quellen der Zwischenkriegszeit ist es möglich, speziell die Ausgaben für Unterhaltungskonsum und Freizeitvergnügen, Kino, Theater, Konzert, Rundfunkgebühren usw., abzufragen. Die Ergebnisse sind in den Tabellen T.5.2.3 (7) und (8) enthalten; aus diesen stellt die unten folgende

Tabelle einen Auszug dar, der die wichtigen mittleren Einkommenslagen herausgreift und zusätzlich die Anzahl der Personen pro Haushalt angibt. Natürlich stiegen die Ausgaben mit dem Einkommen, und zwar von Gesamtausgabenklasse 2 nach Gesamtausgabenklasse 9 um das Zehnfache im Durch-

Haushaltsgröße und Ausgaben für Vergnügen und Unterhaltung^a in ausgewählten Berufsgruppen 1925-1937, Gesamtausgaben 1.600 bis 5.100 RM

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse					
	2	3	4	5	6	7
Haushalte insgesamt	10,48 <i>0,5</i> (4,1)	17,67 <i>0,7</i> (4,2)	22,47 <i>0,8</i> (4,2)	26,20 <i>0,8</i> (4,2)	38,29 <i>1,0</i> (4,1)	53,36 <i>1,2</i> (4,1)
Mittlere Beamte	8,70 <i>0,4</i> (2,5)	13,00 <i>0,5</i> (2,0)	37,82 <i>1,2</i> (3,2)	24,53 <i>0,7</i> (3,2)	42,08 <i>1,1</i> (3,5)	52,84 <i>1,1</i> (3,7)
Untere Beamte	9,52 <i>0,5</i> (3,7)	17,56 <i>0,6</i> (3,5)	17,68 <i>0,6</i> (4,0)	29,77 <i>0,9</i> (3,8)	27,06 <i>0,7</i> (4,1)	26,00 <i>0,6</i> (5,1)
Lehrer	11,00 <i>0,3</i> (4,0)	82,67 <i>1,8</i> (2,7)
Angestellte	16,99 <i>0,8</i> (3,7)	16,41 <i>0,6</i> (3,5)	30,41 <i>1,0</i> (3,3)	34,07 <i>1,0</i> (3,7)	47,00 <i>1,2</i> (3,5)	59,66 <i>1,3</i> (3,7)
Arbeiter	10,15 <i>0,5</i> (4,1)	17,82 <i>0,7</i> (4,3)	21,18 <i>0,7</i> (4,4)	24,76 <i>0,7</i> (4,7)	33,12 <i>0,9</i> (4,6)	44,18 <i>1,0</i> (5,1)
Gehilfen und ungelernete Arbeiter	9,50 <i>0,5</i> (3,8)	16,07 <i>0,6</i> (3,9)	32,14 <i>1,1</i> (4,1)	27,41 <i>0,8</i> (3,9)	33,06 <i>0,8</i> (4,4)	19,13 <i>0,4</i> (7,0)
Gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie	11,04 <i>0,5</i> (4,0)	20,38 <i>0,8</i> (4,1)	21,38 <i>0,7</i> (4,2)	24,86 <i>0,7</i> (4,2)	33,16 <i>0,8</i> (4,5)	48,16 <i>1,0</i> (4,7)

a Ausgabenbeträge in RM, kursiv die Prozentwerte von den Gesamtausgaben, in Klammern: Anzahl der Personen pro Haushalt.

schnitt aller Haushalte²³⁷. Nach Berufsgruppen differenziert, sind die Steigerungsraten aber unterschiedlich. Unsere "Aufstiegsschicht" ver-sechsfachte ihre Ausgaben; darin inbegriffen sind allerdings die mittleren Beamten, die ihre Ausgaben ebenfalls um das Zehnfache steigerten. Unter-

durchschnittlich blieben die Steigerungsraten bei den Angestellten und den Unterbeamten (Verfünffachung bis Verachtfachung), sehr hoch waren sie bei den Arbeitern als undifferenzierter Gesamtgruppe, wo die Ausgaben von 1.600 bis 7.300 RM Gesamteinkommen um den Faktor 15 erhöht wurden. Wichtiger sind aber die sozioprofessionell unterschiedlichen Niveaus. Entgegen landläufigen Meinungen waren die Ausgaben der Arbeiter eher niedrig: in den mittleren Gesamtausgabenklassen überschritten sie selten 50 RM pro Haushalt und Jahr, arbeitertypisch waren 19 bis 23 RM, das heißt 0,6 bis knapp 1 % vom Gesamtbudget ohne erkennbare Differenzierungen innerhalb der Arbeiterklasse²³⁸. Das reichte, traut man Hoffmanns Angaben²³⁹, einer 4-Personen-Familie für vier bis fünf Kinobesuche im Jahr. Allein Rundfunkgebühren betragen 24 RM, und für ein Rundfunkgerät waren 150 RM zu veranschlagen. In fast allen Gesamtausgabenklassen wendeten die Haushalte der unteren Beamten jedoch nominal wie prozentual noch weniger auf. Zwischen unteren Beamten und Arbeitern öffnete sich insbesondere ab 3.600 RM Gesamtausgabenvolumen eine Schere, so daß Arbeiter bereitwilliger gewesen zu sein scheinen, für Vergnügungen außer Haus eine größere Summe auszugeben, wenn sie viel verdienten. Diese Hypothese wird nicht unbedingt dadurch entkräftet, daß diese Arbeiterhaushalte offenbar aus Quelle 5 stammen; diese Erhebung von 1927 umfaßte tendenziell wohlhabendere Arbeiter als die von 1937. Ein anderes geläufiges Vorurteil bestätigen die Zahlen ebenfalls nicht: Es gab einen Abstand zwischen Arbeitnehmern in qualifizierten Berufen und unqualifiziert Beschäftigten, aber nicht diese, sondern jene ließen mehr Geld im Kino, auf Bällen oder auf dem Jahrmarkt. Das Kriterium der Qualifiziertheit/Nichtqualifiziertheit scheint bei den Nichtarbeitern stärker durchgeschlagen zu haben als innerhalb der Arbeiterklasse, denn die Distanz zwischen den 208 Ungelernten aller Berufsgruppen und den 2.680 qualifizierten Nichtbeamten ist überzeugender als die zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern²⁴⁰.

Theoretisch liegt die Vermutung, daß der Aufwand für Vergnügen und Zerstreung stark von der Anzahl der Haushaltsmitglieder abhängt, nahe. Dieser Zusammenhang ist gleichermaßen als positiver wie negativer vorstellbar: Einerseits ist plausibel, daß in großen Familien soviel andere

Bedürfnisse zu befriedigen sind, daß für den Luxus spezieller Freizeit- ausgaben nicht mehr viel übrig bleibt, andererseits müssen solche Ausgaben, wenn sie getätigt und keine Familienmitglieder ausgenommen werden, im Verhältnis zu der Familiengröße steigen. Die obige Tabelle läßt empirisch zunächst kein deutliches Bild erkennen. Die Haushaltsgröße zeigt sich von einer Gesamtausgabenklasse zur nächsten nur wenig verändert, während die Ausgaben variierten; sie wuchsen kontinuierlich beziehungsweise wurden – in den oberen Gesamtausgabenklassen – zurückgenommen. Die Haushalte der Angestellten, der mittleren Beamten und der Lehrer, Berufsgruppen, die zwischen 1 und $1\frac{1}{2}$ % für Unterhaltung ausgaben, waren mit durchschnittlich 3,7 bis 3,9 Personen gleich klein, die Haushalte der Arbeiter und der unteren Beamten, die nur die Hälfte dafür erübrigten, mit 4,0 bis 4,3 Personen aber nur wenig größer. (Die Haushalte der unteren Beamten waren – bis 4.300 RM – etwas kleiner als die der Arbeiter, in den höheren Einkommenslagen aber deutlich größer (bis 9,5 Personen), so daß der Gesamtdurchschnitt der Personenzahl mit 4,2 dem der Arbeiter (4,3 Personen) glich.) Die Haushalte mittlerer Beamter in den Gesamtausgabenklassen 4 und 5 hatten gleich viel Haushaltsmitglieder, gaben aber recht unterschiedliche Summen aus. Die Haushalte unterer Beamter mit 2.500 bis 2.800 RM Jahresausgaben waren kleiner als die in der nächsten Gesamtausgabenklasse, ihre Ausgaben waren aber etwas höher (0,64 gegenüber 0,59 %); mit dem Übergang zur Gesamtausgabenklasse 5 sank wieder die Familiengröße, aber die Ausgaben stiegen. Die Angestelltenhaushalte zwischen 5.100 und 10.000 RM – Tabellen T.5.2.2 (7) und (8) – umfaßten alle im Schnitt 4 Personen, die in Gesamtausgabenklasse 8 gaben aber weniger aus und die in Klasse 9 und 10 – anteilig – dasselbe. Als Tendenz kann man vermuten, daß mit der Zunahme der Haushaltsgröße das Vergnügungsbudget eingeschränkt wurde²⁴¹. Die hier vorrangig zu diskutierenden Berufsgruppen unterschieden sich in dieser Tendenz nicht, wenn auch die Stärke des Zusammenhangs, der ansonsten beachtlich ist, im Falle der Beamten- gruppen (einschließlich der Lehrer) nicht überbewertet werden darf.

Munter und fidel – das war, wie es scheint, der Wahlspruch von Angestellten, mittleren Beamten und vor allem von Lehrern²⁴². Lehrerhaushalte konnten es durchaus mit jener Berufsgruppe aufnehmen, in der die höheren

Beamten unter sich waren und wo mit Leichtigkeit 100 RM im Jahr für solche Zwecke weggingen. Bei ihnen hatte der Faktor Haushaltsgröße ein relativ hohes Gewicht, insofern eine Vergrößerung der Familie eine besonders starke Reduzierung des Unterhaltungskonsums (modelltheoretisch um fast 15 RM pro hinzukommender Person) zur Folge hatte. Wenn in den Augen von Lehrern aushäusiger Unterhaltung tatsächlich ein hoher Stellenwert zukam, müßte ihnen demnach aus diesem Gesichtspunkt stark an einer Reduzierung ihrer Kinderzahl gelegen haben (vgl. S. 227). Auch die Angestellten sparten am Vergnügen, wenn ihre Haushalte groß waren; von den drei als "unabhängig" gesetzten Variablen gab bei ihnen aber die Frage, ob sie mehr oder weniger Geld zur Verfügung hatten, einen stärkeren Ausschlag²⁴³ als bei anderen sozioprofessionellen Gruppierungen und einen stärkeren als die Haushaltsgröße. Neigten die Lehrer also - personenzentriert - dazu, zwischen der Chance, sich aushäusige Zerstreung zu leisten, und der Anzahl zu versorgender Haushaltspersonen eine Verbindung herzustellen, so scheinen die Angestellten - vermögensorientiert - mindestens ebenso stark ihre Haushaltskasse im Auge gehabt zu haben. Deren Zustand kann etwa 38 % der in den Daten vorliegenden Varianz erklären. Das ist weit mehr als bei den anderen "bürgerlichen" Berufsgruppen. Verbindet die Angestellten mit diesen außerdem der hohe betragsmäßige Aufwand, wie ihn die Tabellen T.5.2.3 (7) und (8) ausweisen, so stellt die Bedeutsamkeit des Einkommens eine Nähe zu den eher proletarisch zu nennenden Schichten der Arbeiter und der unteren Beamten, aus denen viele Angestellte stammen mochten, her.

Den Gruppen der Angestellten, der unteren Beamten und der Arbeiter war gemeinsam, daß sie ihre Ausgaben für Unterhaltung relativ stark erhöhten, wenn ihre Einkünfte wuchsen. Dieses möglicherweise als "latent" charakterisierbare Vergnügungsbedürfnis war aber offensichtlich nicht so stark, daß es zu einem bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Vergnügungskonsum geführt hätte. Ein solches freizeitbejahendes Konsumverhalten legten andere Berufsgruppen an den Tag. So etwa trieb es mittlere Beamte, zu denen Lehrer in der Zwischenkriegszeit mehrheitlich gehörten, zu relativ kostspieligen Vergnügungen. Diese Konsumorientierung kann bei ihnen - statistisch - außer auf das Einkommen auf keine

andere der ausgewählten unabhängigen Variablen – Alter des Haushaltsvorstands (Stellung im Lebenszyklus), Größe der Familie und Größe des Wohnorts – zurückgeführt werden. Die Tabellen T.5.2.3 (7) und (8) legen die Deutung nahe, daß mittlere Beamte, wenn sie weniger als 3.600 RM im Jahr verdienten, stärkere Zurückhaltung beim Amüsement übten und sich in diesen Einkommenslagen kaum von den Angehörigen anderer sozioprofessioneller Gruppen unterschieden. Die Möglichkeit einer solchen Verwerfung innerhalb der Berufsgruppe muß im Auge behalten werden, die Daten erlauben aber bei der geringen Anzahl von Haushalten, die hier anzutreffen sind (nur 32), keine Generalisierung. Was die Zwischenkriegszeit betrifft, kann man demnach einem Urteil, für das Stearns vor mehr als zehn Jahren quantitative Belege noch weitgehend schuldig bleiben mußte, zustimmen²⁴⁴: *The working class could not, as a whole, seize as completely on a leisure ethic as the lower middle class did. [...] Many of their recreational interests were rather inexpensive, particularly after they married.*

Die Tabellen T.5.2.3 (27) und (28), in denen es um das Geld, was für Essen und Trinken ins Wirtshaus getragen wurde, geht, unterstützen nun diese Sicht der Dinge. Die Arbeiterklasse erscheint hier als ein homogener Block von Berufsgruppen, die sich diese sicher stärker als vorher freizeitbezogene Form außerhäuslichen Konsums durchweg nur in geringem Umfang oder zu kleinen Preisen leisteten. Sie ließen durchschnittlich nicht mehr als 1 % ihres Geldes in Kneipen und Lokalen, pro Jahr Beträge um 30 RM. Arbeiter wurden darin nur von den Unterbeamten unterboten. In den sozioprofessionellen Gruppen der Angestellten, der Lehrer und der mittleren Beamten war man, wenn das jährliche Haushaltsgeld weniger als etwa 4.000 RM betrug, nur wenig, wenn man über mehr Mittel verfügte, jedoch bedeutend großzügiger. Lehrer, besonders aber Angestellte, bewegten sich dann gerne auf einem höheren Niveau und zögerten nicht, mehr als 80, ja 100 RM, aufs Jahr berechnet, auszugeben, während es Arbeiter, von Einzelfällen abgesehen, bei 40 bis 50 RM bewenden ließen und bei den Ausgabenanteilen blieben, die in niedrigen Gesamtausgabenklassen typisch waren. Der Hinweis auf eine dürftige Ressourcenausstattung von Arbeiterhaushalten, die angeblich für den geringen Umfang von Freizeitkonsum

verantwortlich ist, trifft den Kern der Sache nicht; denn der Vergleich innerhalb der Gesamtausgabenklassen zeigt, daß Arbeiterhaushalte ihre finanziellen Spielräume anders hätten nutzen können. Eine übermäßige Anzahl von Haushaltsmitgliedern stand dem nicht entgegen²⁴⁵.

Die Anschreibebücher des ausgehenden Kaiserreichs waren nur selten so tief gegliedert, daß der schiere Unterhaltungsaufwand ausgrenzbar wäre. Die Tabellen T.5.2.3 (5) und (6) für jene 174 Haushalte, wo dies der Fall war, sind unten zusammengefaßt. Es kam nicht häufig vor, daß ein Haushalt mehr als $\frac{1}{2}$ % seines Budgets dafür ausgab; fast ein Viertel der Haushalte verzeichneten gar keine Ausgaben. Unterhalb des "Mittelstan-

Haushaltsgröße und Ausgaben für Vergnügen und Unterhaltung^a
in ausgewählten Berufsgruppen vor 1914

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse					
	3	4	5	6	7	1-11
Haushalte insgesamt ^b	7,08 <i>0,5</i> (4,0)	5,12 <i>0,3</i> (4,8)	3,08 <i>0,2</i> (6,0)	5,28 <i>0,3</i> (6,1)	15,53 <i>0,6</i> (6,6)	9,15 <i>0,4</i> (5,7)
Beamte	5,26 <i>0,4</i> (3,7)	4,51 <i>0,3</i> (4,9)	2,23 <i>0,1</i> (6,0)	3,58 <i>0,2</i> (6,3)	10,36 <i>0,4</i> (6,3)	7,62 <i>0,3</i> (5,8)
Untere Beamte	5,26 <i>0,4</i> (3,7)	4,51 <i>0,3</i> (4,9)	2,23 <i>0,1</i> (6,0)	3,55 <i>0,2</i> (6,3)	6,10 <i>0,3</i> (6,7)	5,09 <i>0,2</i> (5,8)
Angestellte	4,15 <i>0,3</i> (4,5)	8,10 <i>0,5</i> (4,0)	.	.	41,60 <i>1,6</i> (10,0)	14,50 <i>0,7</i> (5,8)
Arbeiter	11,69 <i>0,8</i> (4,3)	7,22 <i>0,4</i> (4,4)	10,49 <i>0,6</i> (5,3)	16,54 <i>0,8</i> (5,4)	54,15 <i>2,1</i> (8,5)	14,99 <i>0,7</i> (5,2)
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks	11,84 <i>0,8</i> (4,4)	7,97 <i>0,5</i> (4,7)	8,40 <i>0,5</i> (7,0)	22,40 <i>1,1</i> (5,3)	31,95 <i>1,2</i> (9,0)	17,77 <i>0,9</i> (5,8)
Gelernte Industrie- arbeiter	.	5,86 <i>0,4</i> (4,8)	12,02 <i>0,6</i> (3,0)	.	.	5,88 <i>0,4</i> (4,3)

a Ausgabenbeträge in Mark, kursiv die Prozentwerte von den Gesamtausgaben, in Klammern: Anzahl der Personen pro Haushalt.

b Einschließlich 42 Haushalte ohne Ausgaben.

des" belief sich die Jahresausgabe auf durchschnittlich 10 Mark, bei Beamten bedeutend weniger; erst in höheren Einkommenslagen wurden bis zu 50 Mark erreicht. Die *wenigbemittelten* Familien des Gesamtbestandes umfaßten 4 bis 5 Personen und konnten sich demnach 6 bis 8 Kinobesuche mit der ganzen Familie leisten, wenn man die Kinokarte zu 30 Pfennig rechnet²⁴⁶. Es gibt einen einzigen Haushalt eines mittleren Beamten, und der gab die unerhörte Summe von fast 260 Mark aus, was etwa 6 % des Gesamtbudgets entsprach. Dieser Haushalt umfaßte 8 Personen. Ein Betrag von 200 bis 300 Mark sollte für einen Haushalt von 4 bis 6 Köpfen *nicht besonders hoch* sein; die Gewährsperson für diese Angabe bezog sich aber wohl auf höhere Beamte. Bei Handlungsgehilfinnen riefen Ausgaben, die 5 % des Einkommens entsprachen, schon Befremden hervor²⁴⁷. Die Vorkriegshaushalte des Gesamtbestandes, für die die Unterhaltungsausgaben bekannt sind, waren größer als die Zwischenkriegshaushalte, die der unteren Beamten und Angestellten sogar noch größer als die der Arbeiter. Falls die für die 1920er und 1930er Jahre in der Querschnittsanalyse feststellbare inverse Beziehung von Haushaltsgröße und Vergnügungsausgaben auch im Längsschnitt über größere Zeiträume Geltung hat, sollte man demnach niedrigere Ausgaben vor 1914 erwarten. So gering die Zahl der Vorkriegshaushalte auch ist – ihre Unterhaltungsausgaben waren in der Tat um so viel niedriger als die der Haushalte 20 Jahre später (0,4 gegen 0,8 %), daß ein grundlegender Wandel in der Struktur der differentiellen Befriedigung von Bedürfnissen der Unterhaltung und Zerstreuung anzunehmen ist, zumal die Position der sozialen Klassen zueinander sich im Lauf der Zeit veränderte. Stellten sich in der Weimarer Republik die Angestellten und die mittleren und höheren Ränge der Beamten als unterhaltungsaktiv und die Arbeiter darin als sparsam dar, so lagen die Verhältnisse im späten Kaiserreich noch genau anders herum. Die wenigen dokumentierten Haushalte bestätigen das Übermaß des Unterhaltungsaufwands, das Arbeiter, vor allem – wie im Gesamtbestand – großstädtische, gegenüber dem Muster mittelständischer Zurückhaltung realisierten und das Zeitgenossen immer wieder Anlaß gab, sich über den angeblich luxurierenden Lebensstil der Arbeiterklasse zu erregen.

Dieses Wahrnehmungstereotyp mag sich dadurch bestätigt gefunden haben, daß Arbeiter, wie die Tabellen T.5.2.3 (25) und (26) belegen, offenbar häufiger im Wirtshaus anzutreffen waren. Sie gaben dort im Durchschnitt über 3 % ihrer Einkünfte aus. Die Interpretation, daß *gelegentliches Nachtmahlen* besonders bei politisch interessierten Arbeitern ein geselliger Anlaß gewesen sei und mit der Beteiligung am öffentlichen Leben in Form von Vereinssitzungen und Vorträgen in Verbindung gestanden habe, wird durch den Befund der Privathaushaltsrechnungen durchaus gestützt²⁴⁸. Bei Arbeitern kann freilich auch zu Buche geschlagen haben, daß sie ihre Arbeitsstelle oft rascher wechselten als ihre Wohnung, so daß diese in der Mittagspause schlechter zu erreichen war als das nächste Gasthaus. Eine Zwischenmahlzeit aus Suppe, Gemüse und Fleisch war dort schon für 20 bis 30 Pfennig zu haben, ein Imbiß mit Brot, Wurst, Käse und Ei und ein *keineswegs immer begründeter Biergenuß* für 35 bis 40 Pfennig. Ein Sonntagsessen zu 3 bis 5 Mark hingegen galt als *Genußsucht* und als *ein betrübendes Kennzeichen dafür, auf welch' niederer Kulturstufe diese Leute noch standen*²⁴⁹. Angesichts der geringen Beträge für eine kleine Mahlzeit im Wirtshaus verbietet es sich, von niedrigen Ausgaben auf seltenen Wirtshausbesuch zu schließen. Da wir nicht wissen, wofür die in den Haushaltsbüchern verzeichneten Beträge ausgegeben wurden, ob für unanständigen Fusel oder ein gediegenes Sonntagsessen, läßt sich nicht entscheiden, ob ein niedriger sozialer Status des Arbeiter-Ehemannes zu stärkerem Wirtshausbesuch führte.

Die 44 Angestelltenhaushalte lagen mit ihren Ausgaben zwischen den Arbeitern und den um die Lehrer verminderten Beamten²⁵⁰. Die Angestellten und die Lehrer gaben nächst den Arbeitern am meisten Geld im Wirtshaus aus, die Angestellten zwischen 2 und 4 %, die Lehrer gleichbleibend etwa 2½ %. Bei den Beamten spielten sich unterhaltende Zerstreung und leiblicher Konsum offenbar vorwiegend in der Familie ab, so daß bei ihnen die hier diskutierten Budgetposten minimales Gewicht einnahmen. Wenn das für diese soziale Klasse typisch war, so gehörten in dieser Dimension konsumtiven Verhaltens die unteren Beamten in extremer Weise dem Beamtentypus an.

Es ist bemerkenswert, daß bei Arbeitern und Beamten die Wirtshausausgaben nicht kontinuierlich mit wachsendem Einkommen zunahm, sondern daß es grosso modo zwei Aufwandsniveaus gab. Diese trennten sich ungefähr dort, wo die Zeitgenossen die Grenze von *Wenigbemittelten* und *Mittelstand* lokalisierten, also bei ungefähr 2.000 Mark Jahreseinkommen. Wenn Arbeiter weniger als 2.000 Mark im Jahr zur Verfügung hatten, gaben ihre Haushalte selten mehr als 50 Mark im Wirtshaus aus; in den Einkommenslagen des *Mittelstands* oder gar in den wohlhabenden Arbeiterhaushalten sprangen die Ausgaben schnell auf 80 Mark pro Jahr und darüber (3 bis 4 % der Gesamtausgaben). Diese Diskontinuität im Ausgabenspektrum weist nicht nur auf ein starkes latentes Bedürfnis hin, sondern möglicherweise auf eine Verwerfungslinie innerhalb der Arbeiterklasse, die nicht entlang Tätigkeitsmerkmalen verlief, sondern einkommensmäßig bestimmt war.

Die beobachtete Tendenz, daß die Arbeiter mit steigenden Einkünften ihre Vergnügungsausgaben stärker erhöhten als andere Berufsgruppen, bestätigt die Schlußfolgerung von Halbwachs, zu der er trotz der ungünstig strukturierten amtlichen Vorauswertungen von 1907 gelangte, *que les ouvriers, dès qu'ils le peuvent, au lieu de chercher un meilleur logement, d'améliorer leur intérieur, leur mobilier, etc., consacrent le surplus d'argent dont ils disposent à des dépenses qui ont leur objet hors de la famille, dans la société au sens large, et qu'ils sacrifient le logement aux vêtements, aux distractions, à tout ce qui les met plus étroitement au contact avec les groupes de la rue, ou de leur classe*²⁵¹.

Vielleicht beschrieben diese Sätze jedoch mehr einen verblässenden Zustand, der der Vergangenheit angehörte, denn einen Mentalitätstyp, der sein emanzipatives Potential in der Zukunft entfalten sollte. Wenngleich unsere Daten keine Längsschnittdaten sind, dürften sie Spuren jedenfalls längerfristiger Prozesse sozialen Wandels enthalten. In dem Rückgang der Aufwendungen in Gasthäusern und Unterhaltungsstätten auf Seiten der proletarischen Berufsgruppen, dem eine Zunahme derartiger Ausgaben bei Angehörigen bürgerlicher beziehungsweise kleinbürgerlicher Provenienz parallel lief, kündigt sich nun möglicherweise jener Zug des Privatismus

an, der zuweilen als verankert in der industriellen Arbeitssituation und daher als typisch für die reduzierte "soziale Vitalität" des proletarischen Habitus angesehen und zur Signatur des modernen, aus den Zwängen der Armut befreiten proletarischen Milieus nach dem Zweiten Weltkrieg erklärt wurde. Beschränkte räumliche Mobilität und starke Familienbezogenheit des sozialen Umgangs besonders nach der Verheiratung – beides Verhaltenskomponenten, die jene Art von Freizeitausgaben, die als separate und zusätzliche Aufwandsposten in einem Haushaltsbudget in Erscheinung treten müssen, mindern – stellten sich wieder Ende der 1970er Jahre als die Faktoren heraus, die die Ergebnisse einer Umfrage bei 117 Industriearbeitern der Jahrgänge zwischen 1915 und 1950 am besten erklären zu können schienen²⁵². Die als Prototyp des Ungelernten befragten Band- und Maschinenarbeiter zeigten ein passives Freizeitverhalten und stark verarmte soziale Kontakte, so daß nur geringer Anlaß zu größeren Ausgaben für den öffentlichen Vergnügungsbereich bestand. Demgegenüber zeichnete sich bei den in der zitierten Untersuchung als Kontrastgruppe befragten technischen Angestellten, dem Typ nicht-proletarischer oder entproletarisierter, mittelschichtorientierter Arbeitnehmer, eine größere Variation in den Freizeitaktivitäten und eine stärkere Bereitschaft, sich darüber hinaus – kostenintensiv – im Raum der Öffentlichkeit zu bewegen, ab. Ein differentielles Verhaltensmuster wie dieses könnte den in unseren Daten beobachtbaren Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Berufen erklären. Die Auflösung des kollektiv strukturierten Arbeitermilieus ging mit dem Abbau des politisch traditionsreichen Typs des Arbeiterlokals einher und der Zunahme der vorwiegend von Angestellten besuchten Trinkgaststätten, Stehbierhallen und der bürgerlichen Eßrestaurants²⁵³.

Die Additionsvariable der Ausgaben für "Geselligkeit" [Tabellen T.5.2.3 (1) bis (4)] bestätigt das bisher skizzierte Muster differentiellen Vergnügungskonsums²⁵⁴; allerdings umfaßt sie, wie im Anhang erläutert, noch eine Reihe anderer Ausgabenposten wie Bücheranschaffungen, Zeitungslektüre, Porto und Vereinsbeiträge, so daß sie als Indikator für die Bereitschaft und das Bemühen, sich im öffentlichen Raum zu orientieren, eher taugt denn als Maßstab für schieres Freizeitvergnügen. Im Kaiser-

reich fallen wiederum die Arbeitergruppen mit ihren hohen Ausgaben, die – ziemlich unverändert in allen Gesamtausgabenklassen – etwa 3,5 % ihres Budgets ausmachten, auf (es werden im folgenden nur die 7 Gesamtausgabenklassen bis 2.900 Mark berücksichtigt²⁵⁵). Die Haushaltsgröße scheidet, wenn man dafür eine Erklärung sucht, weitgehend aus; mit Ausnahme der unteren Beamten war sie bei den Haushalten aller Berufsgruppen, für die die Variable "Geselligkeit" ausgewiesen ist, gleich und auch in Haushalten gehobenen Einkommens nur unwesentlich größer. Die Arbeiterhaushalte (bis 2.900 Mark Gesamtausgaben) umfaßten 4,5 bis 4,8 Personen, die Haushalte mittlerer Beamter und Lehrer 4,5 Personen, die von Angestellten 4 bis 5, nur die Haushalte unterer Beamter in vielen Fällen mehr als 5 Personen. Die Unterbeamten brauchten (bis 2.000 Mark Gesamtausgaben) oft nur die Hälfte dessen, was Arbeiter aufwendeten, zogen in den Gesamtausgabenklassen 6 und 7 (bis 2.900 Mark) mit diesen jedoch gleich (bei um durchschnittlich 1 Person größeren Haushalten).

Die Angestelltenhaushalte übten – wenn man von den fünf bestverdienenden absieht – demgegenüber große Zurückhaltung und ließen sich Produkte und Dienstleistungen dieser Art nur zwischen 30 und 80 Mark, knapp 2½ % ihres Budgets, kosten. Mittlere Beamte lagen nur geringfügig vor den Arbeitern; an der Spitze standen uneinholbar die Lehrer (100 bis 200 Mark, 5 bis 6 % der gesamten Einnahmen). Für diese Berufsgruppe bestätigt sich damit als charakteristische Verhaltenskomponente eine umfassende Öffnung zur Gesellschaft hin, und zwar sowohl in der Form lockeren Zeitvertreibs als auch, wie wir sehen werden, in Bildungsbeflissenheit.

Um diese Annahmen, die aus vorwiegend unterhaltungsbezogenen Variablen ableitbar waren, zu vertiefen, stehen insbesondere zwei Variablen zur Verfügung, auf die bisher nur cursorisch eingegangen worden ist: die Ausgaben, die aus der Mitgliedschaft in Vereinen und Gewerkschaften resultierten, und die Ausgaben für Genußmittel. Erstere stecken spezifische Engagements kultureller Art im öffentlichen Raum ab, letztere sind ein Indikator für mehr familiär und individualistisch gestimmte Varianten reproduktiven Freizeitverhaltens. Dem Genußmittelkonsum bot die Kon-

junktur in den späten 1920er und den 1930er Jahren – mindestens quantitativ – auf der Ebene der Mikroökonomie keine reichhaltigeren Befriedigungschancen als das späte Kaiserreich. Den Wandel im System des differentiellen Genußmittelkonsums prägte entscheidend das veränderte Verhalten der Arbeiter. Im Kaiserreich räumten sie diesen Ausgaben nicht nur ein vergleichsweise großes Gewicht in ihren Budgets ein, sondern verwendeten auch nominal ausgesprochen große Summen. Dadurch daß die Arbeiterhaushalte, wie sie ab 1925 Budgetaufzeichnungen machten, soviel weniger als die Arbeiterhaushalte zwei Jahrzehnte vorher dafür ausgaben, erschienen die "bürgerlichen" Berufsgruppen, obwohl sie an ihren Budgetierungsgewohnheiten wenig geändert hatten, nun geradezu als Gourmands. Nehmen wir Mitgliedszahlungen hinzu, so drängen die Haushaltsrechnungen der Arbeiter aus den 1920er Jahren den Eindruck auf, diese Klasse habe sich stärker als vor dem Krieg zur Anteilnahme am sozialen Leben entschlossen. Denn so sehr Arbeiterhaushalte ihren Genußmittelkonsum jetzt – monetär – beschränkten, als so gewichtig erwiesen sich die Beiträge für Vereine. Wenn die Opposition von Genußmitteln und Vereinsmitgliedschaften unterschiedliche Einstellungen zur Öffentlichkeit verraten, könnte diese Schlußfolgerung der These von der Auszehrung sozialer Performanzen bei Arbeitern, die aufgrund der Ausgaben in Gastwirtschaften entwickelt wurde und die mittelfristig plausibel erscheint, widersprechen. Eine Verlaufsdeutung sollte an den Zahlenbefund also nicht angeschlossen werden, weil die Vorkriegshaushalte des Gesamtbestandes vermutlich einfach in geringerem Maße organisationsgebunden waren. Gerade wenn man aber davon ausgeht, daß die Populationen vor 1914 und nach 1925 sich in ihrem Organisationsgrad unterschieden, kann man querschnittsanalytisch darauf insistieren, daß familistisch praktizierter Genußmittelkonsum und kollektiv agierende Vereinsaffiliation einander tendenziell ausschlossen.

Die Lust am Naschwerk ging in den 1920er und 1930er Jahren meistenteils parallel mit dem Aufwand für Unterhaltung, wie er sich nach sozioprofessioneller Zugehörigkeit differenzierte. Auf den ersten Blick läßt sich feststellen, daß die Anteile für Genußmittel im Haushaltsbudget aller Berufsgruppen bis zu Einkünften von etwa 4.000 RM im Jahr überwiegend stabil blieben und höchstens leicht anstiegen und daß sich erst oberhalb

5.000 RM vermehrt Sättigungseffekte bemerkbar machten. Darüber hinaus bilden die Zahlen in den Tabellen T.5.2.3 (12) und (18) wieder das bekannte Grundmuster relativ restringierten proletarischen Genusses (28 bis 60 RM im Jahr) und "bürgerlich" erhöhter Genußmittelnachfrage (30 bis 100 RM) ab. Die Arbeiter gaben pro Kopf in fast jeder Gesamtausgabenklasse prozentual weniger aus als die Angehörigen anderer Berufsgruppen, wie die Tabellen T.5.2.3 (17) und (18) belegen; typischerweise wurden sie wiederum nur von den unteren Beamten noch unterboten. Bei diesen beiden Berufsgruppen veränderten sich von einer Gesamtausgabenklasse zur nächsten die Pro-Kopf-Anteile der Genußmittelausgaben kaum. Anders als bei Unterhaltung und Freizeitvergnügen sind innerhalb der Arbeiterklasse keine Variationen feststellbar. (Wir werden sehen, daß dieser Sachverhalt in den Haushaltsrechnungen der Kaiserzeit nicht ganz so zutrifft, und daß die Einschränkung "feststellbar" nicht ignoriert werden sollte.) Für das "bürgerliche" Muster, kollektiv von der "Aufstiegsschicht" repräsentiert, war charakteristisch, daß die Pro-Kopf-Ausgaben auch bei niedrigen Einkünften oft höher waren als bei Arbeitern beziehungsweise mindestens rasch erhöht (Angestellte!) und im Maße des Anwachsens der Haushaltseinkünfte nur leicht, wenn auch kontinuierlich zurückgenommen wurden. Das Ausgabenniveau blieb bei Angestellten, mittleren Beamten und Lehrern aber höher als bei Arbeitern - sei es daß jene pro Kopf mehr Kaffee, Schokolade, Tabak usw. konsumierten als diese oder teurere Qualitäten. Lehrer, die offenbar schon für Freizeitveranstaltungen außer Haus besonders viel Geld ausgaben, standen auch beim Vergnügen in familiärer Umgebung inkorporierten Genusses ganz vorne.

Genußmittel nahmen in den besserverdienenden Haushalten der Kaiserzeit pro Kopf nahezu die gleichen Anteile wie in der Zwischenkriegszeit ein [Tabelle T.5.2.3 (16)]. In den ersten vier Gesamtausgabenklassen stehen nur 60 Haushalte von unteren Beamten, die mit Genußmitteln geizig umgingen, einer viermal größeren Anzahl von Arbeiterhaushalten, bei denen Süßigkeiten, Alkohol, Tabak eine beträchtliche Rolle spielten, gegenüber, so daß die Grundgesamtheitsdurchschnitte höher ausfallen müssen als in den unteren Einkommenslagen der Zwischenkriegszeit. Das Verbrauchsmuster der Arbeiter vor dem Krieg macht den wichtigsten Unterschied zur

Zwischenkriegszeit aus: Wie es die zeitgenössischen Behauptungen wollten, ließen sich die Arbeiterhaushalte (wiederum pro Kopf) ihre Genußmittel tatsächlich sehr viel kosten, nämlich 28 bis 40 Mark, 2 % und mehr ihrer Haushaltskasse [siehe auch Tabelle T.5.2.3 (15)]. Genußmittel beanspruchten anteilmäßig einen wesentlichen größeren Raum in den unteren Einkommenslagen, woran man sieht, daß der genannte Nominalbetrag in den Augen von Arbeitern einem festen Bedürfnis entsprach. Die in Haushalten von Angestellten, Lehrern und mittleren Beamten üblichen, niedrigeren Anteile glichen bereits denen in der Zwischenkriegszeit. Zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern bestanden in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende keine Differenzen, was die Ausgaben für Genußmittel anlangte; wohl aber²⁵⁶ lassen sich signifikante Unterschiede feststellen, wenn man die Arbeiterhaushalte entlang ihrer Zugehörigkeit nach Handwerk oder Industrie ordnet. Dann zeigt sich, daß jene mit den als "Genußmittel" bezeichneten Produkten sparsamer umgingen. Noch niedriger waren die Ausgaben der unteren Beamten, die dadurch in eklatanten Gegensatz zu den Arbeitern traten.

In den Beiträgen für Vereinsmitgliedschaften, die als Indikator für kollektiv-verbundene, öffentlichkeitsbezogene Freizeitaktivität dienen, gibt sich die wichtige Opposition von politischen und privat geleiteten Verhaltensorientierungen leider nicht zu erkennen. Immerhin hat sie eine Spur hinterlassen in dem Bruch zwischen Weimarer Republik und Drittem Reich²⁵⁷. Der Vergleich der Tabellen T.5.2.3 (21) und (23) vermittelt eine Vorstellung davon. Tatsächlich halbierten sich nach der Zerschlagung der Gewerkschaften die Beitragszahlungen in unseren Arbeiterhaushalten beinahe, während im Budget von Beamten und Angestellten die Machtübergabe an die Nationalsozialisten ohne nennenswerte konsumökonomische Auswirkung blieb. Mehr noch - die Arbeiterhaushalte des Berliner Gesamtbestandes verwendeten nach den Unterlagen der DAF-Erhebung 1937 einen wesentlich geringeren Anteil ihres Budgets für Mitgliedschaften als die aus den Quellen der Kaiserzeit [Tabelle T.5.2.3 (20)]. Es ist also nötig, im Fall der Vereinsausgaben die Quellen aus den 1920er Jahren separat zu erörtern.

In der Weimarer Republik stand einem proletarischen Muster stark gewerkschaftlich motivierter Freizeitausgaben ein in sich differenziertes Muster bürgerlich-mittelständischer Vereinsbindung gegenüber. Allen Arbeitergruppen waren nominal wie prozentual hohe Ausgaben gemeinsam: im Durchschnitt über 70 RM, pro Haushalt selten unter 40 RM im Jahr, in der Regel mehr als 2 % des Gesamtbudgets [Tabellen T.5.2.3 (21) und (22)]²⁵⁸. Genuß – so können wir daraus folgern – ging bei Arbeitern nicht ausschließlich durch den Magen, sondern realisierte sich noch in den 1920er Jahren in nicht unbeachtlichem Maße im Vereins- und Gewerkschaftsleben. Der Unterschied zwischen den beiden Grundmustern konsumtiven Verhaltens kondensiert sich in der Weimarer Zeit im Verhältnis von Arbeitern und unteren Beamten. Zeigten diese beiden Berufsgruppen im Genußmittelkonsum eine ähnlich große Sparsamkeit, ja Einschränkung, so stellten sie im Aufwand für Vereine den größten Gegensatz her. Die unteren Beamten, zum Mittelfeld unseres bürgerlichen Musters gehörend²⁵⁹, begnügten sich mit kaum halb so hohen Ausgaben wie die Arbeiter und empfanden offenbar auch keinen Bedarf, sie zu steigern, wenn sie mehr verdienten. Sie hielten es wohl für geboten, einem Freizeitverein oder einem Berufsverband anzugehören, ein weiteres Engagement darüber hinaus aber für nicht dringlich. Auch die unteren Postbeamten von 1912 in Tabelle T.5.2.3 (20) gaben kaum 1 % für ihre Vereinszugehörigkeit aus, und auch in ihren Budgets nahm das Gewicht dieses Postens ab. Bei Arbeitern drücken die Zahlen ein andersartiges Verpflichtungsverhältnis aus. Arbeiter sahen typischerweise in der Finanzierung von Mitgliedschaften mehr als die Ausfüllung von Freizeit. Die Beamten gaben etwa 1 % des Budgets an ihre Vereine ab, und sie veränderten diesen Anteil nicht, wenn ihr Budget größer wurde. Das heißt, abgesehen von Unterbeamten zahlten Beamte mehr an Vereine oder an mehr Vereine, wenn sie mehr verdienten, aber stets in einem festen Rahmen – wie Arbeiter, nur auf viel niedrigerem Niveau. Schon dem schieren Zahlenbefund darf man entnehmen, daß Angehörige "bürgerlicher" Berufsgruppen in den 1920er Jahren ihre Freizeit stärker individuell gestalteten; denn während ihre Mitgliedsbeiträge niedriger waren als die von Arbeitern, war ihr Genußmittelkonsum, der – wie aus der Art der darunter begriffenen Produkte zu schließen ist – stärker im Haus stattgefunden haben dürfte, kostspieliger. Innerhalb des bürgerlichen Grundmusters, das – wie Tabelle

T.5.2.3 (21) an der "Aufstiegsschicht" zeigt - in jeder Gesamtausgabenklasse um 20 bis 100 RM niedrigere Ausgaben als in Arbeiterhaushalten zur Folge hatte, kristallisierten sich allerdings signifikante Differenzierungen aus.

Der familiär wie gesellschaftlich aufgeschlossene, aber beamtenmäßig gebremste Hedonismus der Lehrerhaushalte findet in den 1920er Jahren durch die Höhe der Mitgliedsbeiträge seine Bestätigung²⁶⁰. Zwar beanspruchten diese wieder das beamtentypische 1 %, nominal schwankten die Ausgaben jedoch zwischen immerhin 50 bis 100 RM. Die Angestellten tendierten etwas stärker in Richtung proletarischen Mitgliedschaftsaufwands, ohne freilich die Mäßigung der white-collar-Berufe abzulegen²⁶¹. Ihre Ausgaben waren in den meisten Gesamtausgabenklassen höher als die der Beamten (und auch der Lehrer). Bis zu Einkommen von etwa 4.000 RM im Jahr hielten die Beitragsausgaben mit der Erhöhung der Einkünfte Schritt, und wurden danach anteilmäßig etwas zurückgedrängt, ohne nominal zu stagnieren oder gar reduziert zu werden; das ist dieselbe Bewegung, die die Angestellten mit ihren Genußmittelausgaben vollzogen. Für Angestellte, die besser verdienten (oder sich - was die Verhältnisse des differentiellen Konsums möglicherweise exakter benennt - in Berufspositionen befanden, die höhere Einkünfte zur Folge hatten), gewann wechselnde Unterhaltung außer Haus eine größere Bedeutung: Im Einkommensbereich von etwa 5.000 RM überholten die Ausgaben dafür die Ausgaben für Mitgliedsbeiträge. Dieser Effekt läßt sich allein an den über alle Gesamtausgabenklassen gemittelten Durchschnitts in den Tabellen T.5.2.3 (21) und (7) nicht erkennen.

Die differentiellen Konsummuster, wie sie in der Quelle von 1937 zutage treten, dürfen nicht überinterpretiert werden, weil der Masse der Arbeiter-Haushaltsrechnungen nur wenige Budgets von Beamten und Angestellten gegenüberstehen. Bei den Beamtenhaushalten nahmen die Vereinsausgaben 1937 einen größeren Raum ein; das bedeutet in bezug auf ihr Konsumverhalten aber nicht viel, denn Tabelle T.5.2.3 (23) zeigt, daß sie ihre Ausgaben nominal etwas reduziert hatten. Für die Angestelltenhaushalte, die nach Tabelle T.5.2.3 (24) fast 2 % für Mitgliedsbeiträge

verwendeten, gilt dasselbe; ihre Ausgaben waren um 10 RM niedriger als die der Haushalte zehn Jahre vorher. Nach wie vor können Angestellte und Beamte konsumtiv nicht getrennt werden²⁶². Dem von ihnen gewählten Konsummuster stand nach wie vor, aber nicht mehr so scharf abgehoben, das der Arbeiter gegenüber; freilich waren die Proportionen jetzt umgekehrt. 1937 waren es die "bürgerlichen" Berufsgruppen, Beamte und Angestellte beziehungsweise "Aufstiegsschicht", die mehr Geld für Vereinsmitgliedschaft ausgaben als die Arbeiter²⁶³; und der Anteil, den Arbeiter aufwandten, sank mit steigenden Einkommen, während er bei jenen Berufsgruppen konstant blieb. Obwohl die Vereinsbeiträge von Arbeiterhaushalten nach Tabelle T.5.2.3 (23) sich also mit steigenden Einkommen nominal verdoppelten, sank das Gewicht dieses Postens kontinuierlich; in der Tat war 1937 der Anteil am Gesamtbudget 1 Prozentpunkt niedriger als bei den 10 Haushalten aus der Vorkriegszeit.

5.2.3.2 Bildungslast

Die Aufwendungen für Bildung und Ausbildung und alle damit zusammenhängenden Kosten, d.h. für Lernmittel, Bücher, Zeitschriften, Unterrichtsgebühren usw., sind ihrer Natur nach weniger "Ausgaben" denn Investitionen. In dieser Hinsicht besteht ein diametraler Gegensatz zwischen den Ausgaben für Unterhaltung und den Aufwendungen für Bildung: jene der Gegenwart verhaftet, diese in die Zukunft vorausgreifend.

Bildung ist ein strategisch wichtiges Medium der Plazierung von Individuen in der Gesellschaft, der Vermittlung sozialer Positionen in so zentralen Lebensbereichen wie Familie, Beruf, Freizeit. Über die differentiellen Plazierungsstrategien und sozial determinierten Einstellungen zu den Chancen, dem sozialen Aufstieg durch Bildung den Weg zu ebnen, gibt es mittlerweile eine Fülle von Forschungsergebnissen²⁶⁴. Gerade Art und Umfang des individuell betriebenen Ausbaus der intellektuellen Kompetenzen gelten als besonders prägnante Indikatoren klassenmäßiger

Separierungen. *Den traditionellen Mitteln des Kampfes der Arbeiter, Streik und Demonstration [...] zieht der Kleinbürger die symbolischen Waffen vor, zumal die Pädagogik, die ein Verhältnis moralischer Herrschaft stiftet, oder die Waffe der "Information", auf die man gleichsam zwanghaft baut, sowie jene besondere Form kollektiver Aktion, die in der Assoziation vorliegt, eine strikt serielle Gruppierung von Individuen um eine gemeinsame "Sache" und im gemeinsamen Willen, sich als eine Art ethischer Mahninstanz zu etablieren* ²⁶⁵.

Äußerungen aufgestiegener Arbeiter belegen den hohen Stellenwert, den Bildung und Kultur in der Arbeiterklasse angeblich besaß. Schlagworte wie *Wissen macht frei* und *Wissen ist Macht* sind Zeugnis davon. Freilich waren die geringen Ausgaben nicht hinwegzudiskutieren. Arbeiterfamilien, zumal ärmere, konnten, wie es allgemein verstanden wird, kaum die Mittel für die notwendigen Schulutensilien aufbringen und seien aus finanziellen Gründen gezwungen gewesen, ihre Kinder so bald wie möglich, also in der Regel mit 14²⁶⁶, in den Beruf zu schicken. So gesehen, werden die Anstrengungen der Arbeiterklasse, bei aller materiellen Bedürftigkeit ihr geistiges Kapital zu vermehren, als Indiz für das latent vorhandene, aber nicht befriedigte Bildungsbedürfnis der Arbeiter lesbar. *Die Arbeiter empfinden es eben sehr schwer, daß sie fast ganz von den Segnungen der Kultur, von Wissenschaft und Kunst abgeschnitten sind; und um sich einen Anteil davon zu verschaffen, opfern sie, soviel ihnen nur möglich ist* ²⁶⁷. Unsere Haushaltsrechnungen, die – wie mehrfach betont – aus überwiegend besser gestellten Familien stammen, können zu dem Meinungsstreit, wie wichtig Arbeitern Bildung im Prinzip war, einige weiterführende Gesichtspunkte beitragen.

Im proletarischen Milieu scheint ein von gängigen bürgerlichen Vorstellungen abweichender, informeller Bildungsbegriff geherrscht zu haben. Assoziation, die ihren ökonomisch sichtbarsten Ausdruck, wie wir sehen konnten, bei den Arbeitern fand, galt hier als das Erfolg versprechende Mittel, der gemeinsamen Sache voranzuhelfen. Hingegen flossen Bildung und Unterhaltung, in den amtlichen Budgeterhebungen, die ja von Beamten geplant waren, stets separate Budget-items, aus der Perspektive des

**Gewichtete Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung und Unterhaltung [in Mark],
14 Berufsgruppen vor 1914**

Berufsgruppe	Gesamtausgabenklasse ^a							
	1	2	3	4	5	6	7	1-8
Qualifiziert tätig^b								
Arbeitnehmer (ohne Beamte)	0,73 (2)	2,91 (12)	3,88 (9)	8,20 (2)	6,83 (2)	5,30 (2)	.	4,20 (29)
Unqualifiziert^b								
Tätige	1,21 (2)	.	.	3,48 (3)	10,27 (1)	.	.	4,75 (6)
Beamte	.	2,40 (19)	3,89 (50)	5,01 (45)	6,64 (13)	22,99 (6)	14,76 (2)	5,64 (135)
Höhere Beamte	25,60 (1)	.	.	25,60 (1)
Mittlere Beamte	34,09 (1)	34,09 (1)
Untere Beamte	.	2,40 (19)	3,89 (50)	4,97 (44)	5,55 (11)	22,99 (6)	1,88 (1)	5,21 (131)
Lehrer	23,95 (2)	21,56 (1)	.	22,56 (3)
Angestellte	.	1,22 (2)	4,01 (1)	.	5,67 (1)	.	.	3,64 (4)
Arbeiter^b	0,93 (4)	3,26 (10)	3,87 (8)	5,05 (5)	9,13 (2)	5,30 (2)	.	4,39 (31)
Metallarbeiter^c	6,88 (12)	7,15 (80)	9,59 (116)	11,91 (91)	11,83 ^d (21)	.	.	9,84 (320)
Gehilfen und ungelernte Arbeiter^b	1,21 (2)	.	.	3,48 (3)	10,27 (1)	.	.	4,75 (6)
Gelernte Arbeiter in Handwerk und Industrie^b	0,73 (2)	3,24 (8)	3,30 (6)	8,20 (2)	8,11 (1)	5,30 (2)	.	4,25 (21)
Arbeiter und Gehilfen des Handwerks^b	0,90 (1)	3,14 (6)	3,35 (3)	6,75 (3)	8,11 (1)	5,30 (2)	.	4,71 (16)
Gelernte Indu- striearbeiter^b	0,73 (2)	3,56 (2)	3,24 (3)	2,65 (7)
"Aufstiegs- schicht"^b	.	2,29 (21)	3,89 (51)	4,97 (44)	5,56 (12)	22,99 (6)	14,76 (2)	5,46 (136)

a Ältere Gliederung nach Gesamtausgabenklassen: 1 = unter 1.200 Mark; 2 = 1.200 bis unter 1.600 Mark; 3 = 1.600 bis unter 2.000 Mark; 4 = 2.000 bis unter 2.500 Mark; 5 = 2.500 bis unter 3.000 Mark; 6 = 3.000 bis unter 4.000 Mark; 7 = 4.000 bis unter 5.000 Mark; 8 = 5.000 Mark und mehr.

b Nur Berliner Gesamtbestand.

c 320 Metallarbeiter (DMV), gelernt und ungelernt, nachträglich gewichtet (A.T.).

d Über 2.500 Mark Gesamtausgaben.

Arbeiters ineinander. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband faßte beide Posten in einer Erhebungskategorie zusammen und berechnete dafür eine Durchschnittsausgabe pro Haushalt von knapp 38 Mark²⁶⁸. Führt man diese Rechnung auch für die Gesamtbestandshaushalte durch, erkennt man, wie hoch sich immerhin bei den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes dieser - wie es hieß *für Bildung und sonstige Zwecke verausgabte* - Posten im Vergleich zu den Haushalten der Quellen, die der Berliner Gesamtbestand enthält, stellte. Auf jede der von der DMV-Enquête erfaßten 760 *e r w a c h s e n e n* Personen entfiel eine Jahresausgabe von knapp 15,91 Mark - ein Betrag, den der Verband folgendermaßen kommentierte: *also noch nicht einmal 16 Mk. im ganzen Jahre haben die Beteiligten ausgegeben beziehungsweise aufwenden können, um ihrem Unterhaltungsbedürfnis gerecht zu werden und ihre Wünsche nach Bildung zu befriedigen*, der aber, wie die Tabelle zeigt, im Vergleich zu unseren Haushalten im Gesamtbestand hoch war. In einem Haushalt mit mehreren Kindern waren 14 Mark schnell an einem einzigen Ostern für Schulbücher ausgegeben²⁶⁹.

Die Angestellten und die Beamten (die "Aufstiegsschicht") können als die Bildungsschichten par excellence angesehen werden. Das *beamtete Kleinbürgertum* (einfache Beamte und Volksschullehrer) und die mittlere Beamten-schaft galt in ihrem Streben nach Aufstieg durch formalisierte Bildung als *ein Produkt des [...] öffentlichen Berechtigungs- und Laufbahnsystems*²⁷⁰. Auf dieser Linie lag auch die zeitgenössische Selbststilisierung, wonach die Kosten für Schule und Bildung eine *Kulturausgabe* waren, zwar *ein schweres Opfer*, wie der Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten wissen ließ²⁷¹, *aber wenn es hier ab und zu gebracht wird, so spricht guter deutscher Beamtengeist aus solchem Streben, - ein Geist, der für kommende Geschlechter aufbauen, der Kind und Kindeskind einen Fortschritt auf dem Wege zu höherer Arbeit und größerer Anteilnahme an der Kultur verschaffen will*. Dieses Selbstbild, das eine Standesvertretung von ihrer Klientel entwarf, wird durch die Befunde der Konsumanalyse bestätigt.

Tabelle T.5.2.3 (29) zeigt, daß die unteren Beamten von allen Beamten-gruppen zwar am wenigsten in die Schule investierten, aber immer noch

Schulgeld in Beamtenhaushalten^a vor 1914

Gesamt- ausgaben- klasse	Mittlere Beamte			Untere Beamte		
	[in Mark]	[in Prozent ^b]	Anzahl	[in Mark]	[in Prozent ^b]	Anzahl
3	.	.	.	0,80	0,1	1
4	.	.	.	46,65	2,7	15
5	.	.	.	37,12	2,0	13
6	75,00	3,5	1	48,27	2,2	22
7	141,00	5,3	2	81,27	3,2	14
8	123,00	4,1	3	77,98	2,4	4
9	15,00	0,4	1	98,--	2,8	1
10	84,00	2,0	1	36,20	0,8	1

a Nur Haushalte, die Ausgaben angeschrieben haben.

b Prozent von den Gesamtausgaben.

doppelt so viel wie Arbeiter. Eine Vorstellung von der Bedarfslage können die Kosten des Schulgeldes vermitteln; dieses ist in zwei Quellen²⁷², die Beamtenhaushalte betreffen, verzeichnet. Für Angestellte scheint Bildung einen ähnlich hohen Stellenwert gehabt zu haben, allerdings – wenn man die Aussage von Romanen aus dem Angestelltenmilieu verallgemeinern darf – in einem informellen, unterhaltungsimprägnierten Sinne wie bei Arbeitern²⁷³. Während schulische Kosten für Beamte offenbar in erster Linie Investitionen in ihre Kinder bedeuteten, scheint Bildung für Angestellte vorrangig berufliche Bildung gewesen zu sein²⁷⁴; sie wurde pragmatisch gesehen und war insofern stark der Gegenwart verbunden²⁷⁵. Die bivariaten Korrelationen zwischen den Variablen Schule und Unterhaltung in Tabelle T.5.2.3 (35) unterstützen die Vermutung, daß das Verhältnis dieser beiden Ausgabenkategorien zueinander mit der sozioprofessionellen Zugehörigkeit variierte, und zwar bei vielen Beamten gegenläufig, bei Angestellten und Arbeitern aber gleichsinnig, so daß in diesen Berufsgruppen gleichzeitig das Bildungsbudget erhöht wurde und die Aufwendungen für Unterhaltungszwecke, beziehungsweise daß Geldeinsparungen bei beiden Ausgabenposten vorgenommen wurden. Wenn die folgenden Deutungsversuche Bildung auf Investitionen in die eigene Berufsausbildung oder die schulischen Kosten der Kinder einschränken, geschieht dies in dem

Bewußtsein, dadurch eventuell einen unter Arbeitern und in ihren Institutionen geltenden Bildungsbegriff zu verfehlen.

Der langfristige Zeitvergleich der Entwicklung der Bildungsausgaben²⁷⁶ im System der privaten Haushaltsbudgetierung zeigt einige Positionsänderungen der sozioprofessionellen Gruppen zueinander, die auf Verschiebungen im Gefüge der sozialen Klassen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts hinweisen. Gerade bei dieser Ausgabenkategorie ist naturgemäß besonders die Familiengröße zu berücksichtigen; deshalb wurden zusätzlich gewichtete Pro-Kopf-Werte berechnet. Auf die Bildungskosten, die ein in der Familie vorhandenes Schulkind²⁷⁷ verursachte, soweit sie als direkte Ausgaben in der Haushaltsrechnung faßbar sind, wird am Schluß eingegangen. Die Veränderungen, die das Familienbudget als ganzes erfuhr, wenn ein Kind

Veränderungen im differentiellen Bildungsbudget über 30 Jahre

Berufsgruppe	Ausgaben für Schule und Unterricht [in Prozent der Gesamtausgaben des Haushalts]					
	1902-1912		1925-1927		1937	
	pro Haushalt	pro Kopf ^a	pro Haushalt	pro Kopf ^a	pro Haushalt	pro Kopf ^a
Haushalte insgesamt	1,0	0,20	2,1	0,53	1,6	0,38
Beamte	1,6	0,32	3,3	0,85	1,4	0,36
darunter:						
mittlere Beamte	2,2	0,46	3,6	0,94	1,2	0,41
untere Beamte	1,1	0,20	2,7	0,64	1,2	0,28
Lehrer	1,9	0,41	3,7	0,95	.	.
Angestellte	0,7	0,15	2,6	0,72	1,9	0,44
Arbeiter	0,6	0,12	1,4	0,35	1,6	0,37
darunter:						
Arbeiter im Handwerk	0,6	0,13	1,9	0,46	1,7	0,39
Facharbeiter in der Industrie	0,6	0,14	1,5	0,38	1,8	0,43
"Aufstiegsschicht"	1,4	0,28	2,9	0,78	1,7	0,41

a Gewichtet.

Quellen: Eigene Berechnungen aufgrund elektronisch erfaßter Daten; vgl. auch Tabellen T.5.2.3 (30), (32), (34).

In die Schule kam oder die Schule länger besuchte, können in dem hier zur Verfügung stehenden Rahmen nicht behandelt werden; schon gar nicht der indirekte Einfluß der schullischen Kindererziehung, der etwa in dem Einkommensverzicht, den Ausbildungszeiten zur Folge haben, besteht.

Die Quellen aus den letzten Jahrzehnten des Kaiserreichs bilden grosso modo auch in der Dimension der Bildungsausgaben die bereits mehrfach ermittelte Zweitteilung zwischen bürgerlichen und proletarischen Berufsgruppen ab. Zu letzteren gehörten offensichtlich alle hier unterschiedenen Berufsgruppen der Arbeiter, zu ersteren auf jeden Fall die mittleren Beamten und die Lehrer. Das bürgerliche Muster weist darüber hinaus aber Differenzierungen auf, die die Lage der angestellten Haushalte und der Haushalte der Unterbeamten als ambivalent erscheinen läßt. Die Unterbeamten leisteten auch bei der Bildung im Durchschnitt den geringsten Einsatz, während die mittleren Beamten und die Lehrer, zwei Berufsgruppen, die sich zu dieser Zeit noch nicht weitgehend deckten, einen großen Vorsprung hatten. Indes darf der niedrige Durchschnittswert bei unteren Beamten nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach Ausweis von Tabelle T.5.2.3 (30) ihre Ausgaben in jeder einzelnen Gesamtausgabenklasse durchaus mit denen von Lehrern und mittleren Beamten Schritt hielten. Wenn untere Beamte allerdings schulpflichtige Kinder hatten, kamen diese, wie Tabelle T.5.2.3 (36) zeigt, mit Abstand schlechter weg als die Kinder anderer Beamtengruppen. Aus dieser Tabelle ersieht man außerdem, daß die kinderlosen Angestelltenhaushalte ungefähr genausoviel für Bildungszwecke ausgaben wie die kinderlosen Beamten. Wenn Angestellte jedoch Kinder hatten, erhöhten sie keineswegs die Ausgaben für Bildung, denn der Gesamtdurchschnitt für Angestellte weist Beträge aus, die so niedrig waren wie bei Arbeitern. Hohe Bildungsausgaben, das heißt pro Haushalt über 1 Prozent der Gesamtausgaben, realisierten sich in der Kombination einer bestimmten sozialen Zugehörigkeit und finanzieller Ausstattung: Unterhalb 1.500 Mark Gesamtausgaben, das heißt bei den *Unbemittelten*, gab es zwischen den Haushalten des Gesamtbestandes keine Differenzierungen. Im finanziellen *Mittelstand* und bei den *Wohlhabenden* allerdings stechen die unteren und mittleren Beamten, die Lehrer und manche Angestellte mit Jahresausgaben bis etwa 20 Mark bei geringeren,

60 bis weit über 100 Mark bei höheren Einkommen hervor. Arbeiter erhöhten ihre Ausgaben auch dann nicht, wenn sie mehr verdienten.

In den 1920er Jahren investierten die Familien aller sozialen Gruppen stärker in Bildung, Arbeiter um 1 Prozentpunkt, Angestellte und Beamte noch mehr, die Lehrer um fast 2 Prozentpunkte; dazu kommt, daß die Familiengröße reduziert wurde, und zwar offensichtlich je nach sozialer Zugehörigkeit in unterschiedlichem Maße. Wie in der Vorkriegszeit läßt sich ein unterer Einkommensbereich abgrenzen, in dem die materiellen Verhältnisse offenbar so eng waren, daß soziale Differenzierungen sich nicht entwickeln konnten; in den Tabellen T.5.2.3 (31) und (32) sind das wieder die ersten drei oder vier Gesamtausgabenklassen. Abgesehen davon erscheinen die Ungleichheitsstrukturen als weitgehend unverändert. Obwohl die Haushalte der unteren Beamten, der Angestellten und der Arbeiter, also jene Berufsgruppen, deren Bildungsaufwendungen vor dem Krieg am niedrigsten gewesen waren, vermutlich dank praktizierter Geburtenbeschränkung am stärksten pro Kopf zulegen konnten (die Angestellten um das fünffache), ergab sich in den 1920er Jahren keine Nivellierung; vielmehr zeichnete sich ein dreigliedriges Muster durch. Die mittleren Beamten und – siehe Tabelle T.5.2.3 (37) – die höheren standen an der Spitze, allen voran die Lehrer (diese, in der Berufsgruppe der mittleren Beamten enthalten, heben den Durchschnitt). Arbeiterhaushalte hatten den Anschluß wiederum nicht erreicht. Das Mittelfeld bildeten Familien von Angestellten²⁷⁸ und unteren Beamten, aber nur im Sinne einer Variation innerhalb "bürgerlicher" Aufwandsstandards. Tabelle T.5.2.3 (37) stellt dar, daß die Ausgaben von Angestellten und unteren Beamten immer noch über denen von Arbeitern blieben. Die Distanz gegenüber diesen unterstreicht zusätzlich, daß angestellte und beamtete Haushalte in gesteigertem Maße in die schulische Bildung ihrer Kinder investierten.

Die soziale Zusammensetzung der nationalsozialistischen Erhebung weicht von der der anderen Quellen so stark ab, daß sie in den Zeitvergleich nur partiell einbezogen werden kann. Immerhin bestätigen die Ausgabenstrukturen ansatzweise die seit der Vorkriegszeit bestehenden bildungskonsumtiven Ungleichheitsrelationen. Die Arbeiterhaushalte hatten – in ihrer

Gesamtheit - 1937 mit etwa 2.400 RM rund 1.000 RM weniger im Jahr zur Verfügung als ein Jahrzehnt zuvor. Diese Ziffer führt allerdings leicht zu falschen Schlußfolgerungen. Wenn man die Mittelwerte der Gesamtausgaben pro Gesamtausgabenklasse im Abstand eines Jahrzehnts miteinander vergleicht [siehe dazu Tabellen T.5.1 (9) und (10)], ergibt sich, daß die Gesamtbudgets 1937 im allgemeinen nur um rund 100 RM kleiner waren. Da gleichzeitig aber die Anteile, die Arbeiter davon für Bildung und Unterricht erübrigten, jeweils etwas höher waren, ergeben sich in den Tabellen T.5.2.3 (33) und (34) unterm Strich etwas höhere Bildungsausgaben für die 1937er-Haushalte der Arbeiter, während die von Beamten und Angestellten dagegen abfielen (anteilmäßig knapp halb so viel wie in den 1920er Jahren). Dies dürfte sich aus der Struktur der Daten ergeben und nichts mit zeitlichen Trendbewegungen zu tun haben. Dort, wo eine größere Anzahl Haushalte vorliegt, bei den Angestellten in den unteren Gesamtausgabenklassen, deutet sich denn auch das vertraute Charakteristikum "bürgerlichen" Bildungskonsums an. Die 13 (!) Haushalte unterer Beamter sind freilich insofern keine Ausnahme, als sie - pro Kopf - am wenigsten von allen Berufsgruppen erübrigten und damit jenen Zug des Rigorismus (oder der Einschränkung) dokumentieren, der diese Gruppe auch in anderen Dimensionen des Konsumverhaltens kennzeichnet.

Wie hielten es die Angehörigen der verschiedenen soziprofessionellen Gruppen mit bildungsbezogenen Investitionen, wenn Kinder in die Familie kamen? Fragen wir - noch spezifischer - danach, wie sich der Schulbesuch von 1 oder 2 Kindern auswirkte, und ziehen die Haushalte aus dem Datensatz, deren Kinder 6 Jahre oder älter, aber höchstens 14 Jahre alt waren, heraus! Die Tabellen T.5.2.3 (36) bis (38) enthalten diese Werte, die leider oft nur auf wenigen Haushalten basieren. Für ausgewählte Berufsgruppen werden die Bildungsausgaben der oben definierten 1- und 2-Kind-Haushalte als Vielfaches der Bildungsausgaben kinderloser Haushalte ("Überausgaben") ausgedrückt, was die statische, mit haushalts- oder personenbezogenen Verbräuchen sich abgebende Konsumanalyse in eine familienzyklische²⁷⁹ Perspektive kippt.

Für das späte Kaiserreich errechnen sich auf diese Weise sehr hohe Überausgaben, weil die kinderlosen Haushalte, wie Tabelle T.5.2.3 (36) zeigt, ganz außerordentlich wenig für Schule und Unterricht aufwendeten. Insbesondere wird der Bildungseifer der Lehrer überzeichnet, weil die 12 kinderlosen Lehrerhaushalte im Durchschnitt nur wenig mehr als 4 Mark ausgaben, während die 8 Lehrerhaushalte mit Schulkindern – wie die mittleren Beamten – sehr hohe Kosten nicht scheuten. Die Aufwendungen mit Bildungsrelevanz machten 0,14 % im Durchschnitt der 12 Lehrerbudgets aus. Die 2 Lehrerhaushalte mit 1 schulpflichtigen Kind wendeten im Durchschnitt 174 Mark auf; das waren 4,5 % ihres Budgets, in der Proportion das 32fache. Die 6 Lehrerhaushalte mit 2 schulpflichtigen Kindern wendeten im Durchschnitt 143 Mark auf; das waren 2,64 %, im Verhältnis zu den 0,14 % der kinderlosen Haushalte das 19fache. Die 2-Kind-Haushalte hatten insgesamt mehr Geld zur Verfügung – das war nicht nur bei diesen Lehrern so, sondern die Regel. Von diesem größeren Gesamtbudget gaben sie nominal

Überausgaben für Bildung¹ in Haushalten mit bis zu 2 Schulkindern²
gegenüber kinderlosen Haushalten, vor 1914

Berufsgruppe	Bildungs- ausgaben insgesamt ³	kinderlose Haushalte ⁴	Haushalte mit 1 Schulkind ⁴	Haushalte mit 2 Schulkindern ^{4 5}
Beamte insgesamt	0,3	1 (29)	7,7 (16) 1	7,0 (25) 0,9
untere Beamte	0,3	1 (5)	1,3 (7) 1	4,5 (13) 3,5
Lehrer	0,1	1 (12)	32,0 (2) 1	18,8 (6) 0,6
Arbeiter	0,2	1 (62)	6,9 (36) 1	8,2 (43) 1,2
"Aufstiegs- schicht"	0,4	1 (24)	4,8 (14) 1	5,2 (19) 1,1

1 Die Überausgaben werden aufgrund der Prozentwerte errechnet.
Ausgaben für Bildung in kinderlosen Haushalten = 1.

2 Schulkind ist definiert als Kind von 6 bis 14 Jahren.

3 in Prozent der Gesamtausgaben pro Berufsgruppe.

4 Fallzahlen in Klammern.

5 Die zweite Dezimalzahl stellt die Überausgaben gegenüber Haushalten mit 1 Schulkind dar.

und anteilmäßig weniger für die Bildung aus als die Haushalte mit 1 Kind, nämlich nur die Hälfte des bildungsrelevanten Teils von deren Budget: 0,6 %. Bei den Haushalten mittlerer Beamter verhielt es sich anders – um zur Verdeutlichung des Gedankengangs ein weiteres Beispiel, dem ebensowenig anspruchsvolle inhaltliche Schlußfolgerungen zugemutet werden sollen, zu nennen. Auch dort hatten die 2-Kind-Haushalte mehr Geld zum Ausgeben als die Haushalte mit nur 1 schulpflichtigen Kind, und sie ließen sich die Bildung nominal und prozentual mehr kosten, so daß der Wert Ihrer Überausgaben gegenüber dem 1-Kind-Familien mehr als 1 betrug.

Über die Gründe, warum die Überausgaben für Bildung in 2-Kind-Familien niedriger waren als in 1-Kind-Familien läßt sich nur spekulieren. Nahe liegt freilich die Erklärung, daß Schulbücher und andere Utensilien für das zweite Kind nicht neu gekauft werden mußten. Bei vollständigen *economies of scale* wäre für die Bildungsinvestitionen der 2-Kind-Haushalte theoretisch eine Überausgabe von 0 zu erwarten. Die Höhe der Überausgaben der 2-Kind-Haushalte gegenüber den 1-Kind-Haushalten wäre demnach in der Regel ein Maß für die Bereitschaft, dem Nachwuchs bessere Bildungschancen zu eröffnen – etwa dadurch, daß man zusätzliche Lernmittel anschaffte oder neue, dem Kind angemessene Bildungswege beschritt. Es kann angenommen werden, daß selbst der schonendste Umgang mit dem Material der Bildung alleine nicht dazu geführt hätte, die Ausgaben für das zweite Kind auf Null zu reduzieren.

Die Gruppen der Unterbeamten und der Lehrer sind in der Tabelle nur aufgeführt, weil ihre Überausgaben so stark vom Beamtendurchschnitt abwichen. Nicht die Extremwerte sind indes bemerkenswert, sondern das Ausmaß der Anhebung der Bildungsausgaben infolge des – wie wir nahe liegend annehmen – Schulbesuchs der Kinder. Magere 4 bis 10 Mark waren die jährliche "Grundversorgung" kinderloser Ehepaare. Die Schulpflicht eines und nur eines Kindes hatte die Steigerung der Bildungskosten um das fünf- bis siebenfache zur Folge. In den "bürgerlichen" Berufsgruppen führte ein weiteres Schulkind nicht zu höheren Aufwendungen, so daß die Überausgaben bei 5 beziehungsweise 7 verharrten; nur bei unseren Arbeiterhaushalten hatte das zweite Kind eine Vergrößerung des Bildungs-

budgets zur Folge, so daß die Überausgaben gegenüber den 1-Kind-Haushalten mehr als 1 betragen. Die Tabellen T.5.2.3 (29) und (30) zeigen, daß die Ausgabenniveaus sozioprofessionell und nicht in erster Linie einkommensbestimmt waren, die Kalkulation der Überausgaben fügt diesem Befund präzisierend hinzu, daß die einzelnen Berufsgruppen, in dieser Form zwar von unterschiedlichen Niveaus ausgehend, jedoch ähnliche Leitvorstellungen zu realisieren trachteten.

Andeutungsweise verstärkte Bildungsbemühungen der Arbeiter weisen auch die Zahlen der 1920er Jahre aus. So findet sich versteckt doch ein Indiz für die eingangs erwähnte verbandspublizistische Behauptung von einem latenten, aber durch die Umstände gehemmten Bildungsbewußtsein der Arbeiterklasse. Die allgemein stärkere Bildungsbeteiligung in den 1920er Jahren, soweit sie sich ausgabenfinanziell zu erkennen gab, kommt in den

Überausgaben für Bildung¹ in Haushalten mit bis zu 2 Schulkindern²
gegenüber kinderlosen Haushalten, 1925-1928

Berufsgruppe	Bildungsausgaben insgesamt ³	kinderlose Haushalte ⁴	Haushalte mit 1 Schulkind ⁴	Haushalte mit 2 Schulkindern ^{4 5}
Beamte insgesamt	1,9	1 (58)	1,7 (49) 1	2,2 (43) 1,3
untere Beamte	1,0	1 (5)	2,5 (9) 1	3,9 (17) 1,5
Lehrer	2,7	1 (12)	1,6 (4) 1	1,7 (2) 1,07
Angestellte	1,8	1 (98)	1,8 (61) 1	2,4 (46) 1,3
Arbeiter	0,9	1 (128)	2,1 (97) 1	2,5 (92) 1,2
"Aufstiegsschicht"	1,8	1 (142)	1,8 (98) 1	2,4 (85) 1,3

1 Die Überausgaben werden aufgrund der Prozentwerte errechnet.
Ausgaben für Bildung in kinderlosen Haushalten = 1.

2 Schulkind ist definiert als Kind von 6 bis 14 Jahren.

3 in Prozent der Gesamtausgaben pro Berufsgruppe.

4 Fallzahlen in Klammern.

5 Die zweite Dezimalzahl stellt die Überausgaben gegenüber Haushalten mit 1 Schulkind dar.

- auch prozentual - höheren Aufwendungen der kinderlosen Haushalte zum Ausdruck; dies drückt die Kennwerte der Überausgaben.

Von dieser Äußerlichkeit abgesehen, bestätigen die Zahlen das für die Vorkriegszeit Gesagte und unterstreichen, daß in puncto konsumrelevante Mentalitätsschichtung der Erste Weltkrieg keinen Kontinuitätsbruch darstellte. Die Anwesenheit eines Schulkindes in der Familie führte grosso modo zu einer Verdoppelung der Bildungsausgaben; davon machte kaum eine Berufsgruppe eine Ausnahme. Es läßt sich allerdings beobachten, daß Berufsgruppen, deren Ausgabenniveau von vornherein niedrig war (untere Beamte, bestimmte Gruppen von Arbeitern), höhere Steigerungen realisierten. Auch die Anwesenheit eines zweiten Schulkindes fiel finanziell etwas stärker ins Gewicht als vor dem Krieg; insgesamt kam es dadurch aber nur zu einer weiteren Erhöhung des Bildungsbudgets um den Faktor 1,3. In dieser familiären Konstellation verlor sich auch die Tendenz zu höheren Zuwächsen bei Berufsgruppen mit niedrigem Ausgabenniveau. Das bildungsspezifische Konsumverhalten vor 1914 und nach 1925 deutet mithin die Gleichzeitigkeit konträrer Einstellungsstrukturen an: nach wie vor soziale Differenzierung, was den Fonds angeht, den man aus zeitpunktbezogener Sicht zum Ausbau des Bildungskapitals für erforderlich hielt, aber Einheitlichkeit unter den sozialen Klassen in bezug auf die Zielvorstellungen künftigen Fortkommens; um es noch deutlicher auszudrücken - hinsichtlich des Zieles, den eigenen Kindern Bildung und Ausbildung zu ermöglichen, gab es nach sozioprofessioneller Zugehörigkeit offenbar keine Unterschiede, wohl aber war diese anscheinend nicht unerheblich hinsichtlich der Frage, von welchem materiellen Grundstock aus dies geschehen sollte.

Die umfangmäßig geringere Investition in Bildung seitens privater Haushalte im Dritten Reich, die in den Tabellen T.5.2.3 (33) und (34) festgestellt werden konnte, läßt sich auch an den hier errechneten Überausgaben ablesen. Allerdings stehen 1937 so gut wie ausschließlich Arbeiterhaushalte zur Verfügung, so daß man jegliche Aussage über Beamten- und Angestelltenkonsum vermeiden muß. Die Überausgaben für das erste Schulkind betragen in 139 Arbeiterhaushalten 1,7 gegenüber 2,1 in dem Jahr-

**Übersausgaben für Bildung¹ in Haushalten mit bis zu 2 Schulkindern²
gegenüber kinderlosen Haushalten, 1937**

Berufsgruppe	Bildungs- ausgaben inesamt ³	kinderlose Haushalte ⁴	Haushalte mit 1 Schulkind ⁴	Haushalte mit 2 Schulkindern ^{4 5}
Arbeiter	1,2	1 (103)	1,7 (139) 1	1,5 (126) 0,9
"Aufstiegs- schicht"	1,3	1 (7)	1,6 (6) 1	1,1 (4) 0,7

1 Die Übersausgaben werden aufgrund der Prozentwerte errechnet.
Ausgaben für Bildung in kinderlosen Haushalten = 1.

2 Schulkind ist definiert als Kind von 6 bis 14 Jahren.

3 in Prozent der Gesamtausgaben pro Berufsgruppe.

4 Fallzahlen in Klammern.

5 Die zweite Dezimalzahl stellt die Übersausgaben gegenüber Haushalten mit 1 Schulkind dar.

zehnt davor. Tendenziell ähnlich wie 30 Jahre vorher, in den Haushaltsrechnungen des Kaiserreichs, koinzidierte zweitens die 2-Kind-Konstellation mit einem Bildungsfond, der geringer war als der in der 1-Kind-Konstellation. Beide Tatsachen weisen jede für sich auf die verschlechterten Möglichkeiten für Bildungsinvestitionen, die vom Privathaushalt getragen werden konnten, unter nationalsozialistischer Herrschaft hin.

5.3 Zwei Welten und die Vielfalt des Konsums

Zum Abschluß sollen die Schlußfolgerungen von Abschnitt 5.2 aus dem Blickwinkel der einzelnen sozioprofessionellen Gruppen zusammengefaßt werden. Zuvor wird in 4 Thesen ein ganz allgemeines Resümee gezogen.

- Aus der Sicht der Konsumanalyse ist im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts von einer Zwei-Klassen-Gesellschaft der abhängig Erwerbstätigen zu sprechen. Die Arbeiterschaft erscheint als weitgehend homogen. Sie

bildete in fast jeder Dimension des Konsumverhaltens zusammen mit den Beamten des unteren Dienstes eine Klasse proletarischer Arbeitnehmer. Der Konsum der Angehörigen des proletarischen Musters kann weitgehend als "restringiert" bezeichnet werden, wobei die Lebensweise von Familien unterer Beamter vielfach nicht nur als restringiert, sondern mehr noch als "depraviert" erscheint. Dieser Klasse Erwerbstätiger stand ein Konglomerat von Berufsgruppen gegenüber, das – in Ermangelung eines treffenderen Etiketts – hier als "bürgerlich" bezeichnet wurde. Im Rahmen dieses "bürgerlichen" Musters bestand eine gewisse Vielfalt konsumtiver Stilvarianten. Die am stärksten "bürgerlichen" Berufsgruppen innerhalb dieses Musters waren die mittleren Beamten und die Lehrer, und zwar unter den letzteren bemerkenswerterweise auch solche, die laufbahnmäßig zum unteren Dienst gehörten.

- Die Angestellten sind – sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik – oft nicht oder nur mit Mühe einer dieser beiden Seiten zuzuordnen. Im Zeitverlauf ist aber unzweifelhaft, daß sie sich sukzessive in das "Bürgertum" integrierten.
- Quer zu den skizzierten sozialen Trennungen durchkreuzte im späten Kaiserreich eine ökonomische Scheidelinie die sozioprofessionellen Gruppierungen. Diese "Mittelstandsgrenze" trennte die Erwerbstätigen, die im Jahr weniger als 1.800 bis 2.000 Mark zur Verfügung hatten, von den Wohlhabenderen. Dieses Einkommenskriterium wirkte so stark, daß es das ansonsten kohärente Konsumverhalten der Arbeiterhaushalte aufbrechen und dazu führen konnte, daß sich in höheren Einkommenslagen der Arbeiterschaft eine Tendenz zu "bürgerlichen" Konsumweisen andeutete.
- Im Zeitverlauf über 30 Jahre sind wenige grundsätzliche Veränderungen²⁸⁰ im konsumtiv differenzierten Gefüge des sozialen Systems festzustellen; insgesamt ist jedoch eine Begradigung des noch in den Quellen der Kaiserzeit etwas unübersichtlichen Verlaufs der Schnittkanten zwischen erstens sozioprofessionellen Gruppen und zwischen zweitens Einkommenslagen zu beobachten. Diese Begradigungen sind in vielen Fällen als eine Vertiefung der Kluft zwischen proletarischem und bürgerlichem Konsumstil zu deuten und stellen eine Polarisierung von Klassengegensätzen in der Dimension der Haushaltsbudgetierung dar.

Das "Bürgertum", wie wir es konsumsozial zu fassen bekommen, ist entgegen dem üblichen Sprachgebrauch auf der gesellschaftlichen Statusskala etwas nach unten verschoben. Dies folgt allein schon daraus, daß die wirtschaftlich selbständigen Schichten von Handwerk und Handel, der alte Mittelstand beziehungsweise Teile des *Kleinbürgertums* ²⁸¹ des 19. Jahrhunderts (Gastwirte, Kleinhändler) sowie größere Unternehmer und Kapitalrentner so gut wie nicht repräsentiert sind und das "Bildungsbürgertum" (Ärzte, Anwälte, Pfarrer, Wissenschaftler) – (Ober-)Lehrer, Verwaltungsbeamte und Ingenieure ausgenommen – mit Haushaltsrechnungen nur schwach vertreten ist. Haushalte der unselbständig erwerbenden *fachqualifizierten Beamten und Angestellten* beziehungsweise höheren und mittleren Beamten, die allgemein als "bürgerlich" bezeichnet werden²⁸², folgen auch bei uns bürgerlich-konsumtiven Mustern. Der Begriff "bürgerlich" will, wie wir ihn verwenden, nicht besagen, daß die darunter subsumierten Bevölkerungsgruppen Verhaltensweisen der Bourgeoisie adaptiert hätten. Ein Konglomerat verschiedenartiger Einstellungen und Verhaltensweisen, waren die Mittelschichten vielmehr das geeignete soziale Substrat, die Vielfalt disparitärer Lebensstile in der modernen Konsumgesellschaft aus sich hervorzutreiben.

Eine soziale Gruppe eigener Prägung muß unsere besondere Aufmerksamkeit auf sich ziehen: die Lehrer. Auf sie scheint zumindest für die Zwischenkriegszeit die Charakterisierung "bürgerlich" zuzutreffen. Bei den Lehrern mit akademischem Abschluß ist das zu erwarten. Der Volksschullehrerberuf galt immer schon als einer der wenigen Aufstiegskanäle aus den unteren Schichten. *Kleinbürgerliche* Familien, das heißt mittlere und untere Beamte, Kleinhändler und Arbeiter, *fanden als erste Sprosse an der Aufstiegsleiter den Volksschullehrerberuf vor* ²⁸³. Als neureichen Bildungskapitalisten sagte man vielen unter ihnen, *seelisch Abtrünnigen*, einen verkrampften Geltungstrieb, gesteigerte Bemühungen um soziale Distanz vom Proletariat und Mangel an Maß und Einfachheit nach. Unsere konsumhistorischen Befunde lassen sich im Lichte dieser Disposition besser verstehen.

Das Budgetierungsverhalten der kleinen Beamten bot in der Regel keine Grundlage, es bürgerlichen Varianten der Lebensführung einzureihen; mithin sollten die Laufbahnen des unteren und des mittleren Dienstes getrennt beurteilt werden. Die Verbrauchsgewohnheiten der unteren Beamten bildeten das einzige strukturierende Element innerhalb des hier so genannten "proletarischen" Konsummusters.

Die konsumtive Einheit der Arbeiterschaft wirkt in dem oft beschworenen Bild einer gerade in Lebensstil- und Prestigedifferenzialen stark gegliederten Arbeiterklasse²⁸⁴ irritierend. Wie sind unsere dem widersprechenden Befunde zu erklären? Mehrere Gründe sind denkbar; zunächst sehr simpel: unzutreffende Codierungen, sei es daß wir Berufe falsch klassifiziert oder Bedarfsgruppen (Produkte und Dienstleistungen) ungünstig zusammengefaßt haben. Aber sollte es eine solche Menge von Fehlentscheidungen gegeben haben? Eine gewisse Verzerrung mag dadurch entstanden sein, daß Bedarfsgruppen, in denen erwartbare Differenzierungen innerhalb der Arbeiterschaft vielleicht besser meßbar gewesen wären, nicht untersucht worden sind (z.B. Ausgaben für Körperhygiene und Gesundheitspflege). Weiterhin ist nicht auszuschließen, daß eine Reihe der feinen Unterschiede, die man erwartete, nur in der Qualität der gekauften Waren zum Ausdruck gekommen und überhaupt nicht ökonomisch-quantitativ faßbar sind. Da Angaben zur Religionszugehörigkeit der Haushalte, zu allfälligen politischen Engagements und zu ethnischen Verbundenheiten fehlen, können sich entsprechende sozial-moralische Milieus²⁸⁵ nicht abbilden. Wir wollen indes letztlich zwei Gründe für ausschlaggebend halten. Erstens ist die vorgenommene Berufscodierung im Hinblick auf lebensstilgenerierende Qualifikationsunterschiede und die Arbeitsplatzsituation nicht scharf genug²⁸⁶. Die Haushalte sind noch nicht so präzise nach Branchen und Gewerbebezügen differenziert und nach der Zugehörigkeit der Haushaltsvorstände zum industriellen Sektor oder zum öffentlichen Dienst getrennt, wie es die Datenqualität im Berliner Gesamtbestand ermöglichen würde. Doch dürfen wir in der Homogenität des proletarischen Konsummusters nicht ausschließlich ein Artefakt der Datenstruktur sehen. Die Zahlen der Haushaltsrechnungen bilden auch einen realen Prozeß der Binnenhomogenisierung der Industriearbeiter-

schaft ab, der mit einem Prozeß der Außenabgrenzung parallel lief und seit der zweiten Industriellen Revolution in Deutschland bis zum Dritten Reich Ansätze zur Ausbildung einer proletarischen Subkultur schuf²⁸⁷.

Wie bestimmen sich konsumsozial die Begriffe "bürgerlich" und "proletarisch"? Wir werden zum Abschluß die Strukturen sozialer Ungleichheit im konsumptiven Raum aus dem Blickwinkel der in Kapitel 5 unterschiedenen sozioprofessionellen Gruppen umreißen. Wir werden zuerst das sogenannte proletarische Konsummuster erörtern und danach das bürgerliche, und zwar jeden Budgetposten zuerst für das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts und dann für die Zwischenkriegszeit.

5.3.1 Die Einheit des proletarischen Konsums

Die konsumtiven Optionen der Arbeiter blieben der Idealtyp des "proletarischen" Verhaltensmusters. Ist dieses durch den Hinweis auf die große Bedeutung des Mitverdienstes der Ehefrauen und der Einnahmen aus Untervermietung, die hohen Kosten der Ernährung und die niedrigen Ausgaben für Schule und Unterricht und *geistige und gesellige Bedürfnisse* ausreichend charakterisiert? Stand eine gedankenlose Äußerlichkeit der Adaption bürgerlich-familiärer Werte im Wege? War Außenleitung, Konformität und mangelnde Kindzentrierung die Signatur konsumrelevanter Einstellungen "des" Arbeiters, oder waren es in Wahrheit Kinder und Familie, die für ihn den Sinn des Lebens ausmachten? Hoben sich von der Masse der Arbeiter die handwerklich gelernten durch einen Lebensstil, der dem der unteren Mittelschicht nahekam, ab?²⁸⁸

- Aus den Quellen zu Beginn des Jahrhunderts spricht als augenfälliges Kennzeichen des Konsums der Arbeiterklasse die Verausgabung. So wie die meisten Arbeiter wohl gezwungen waren, sich körperlich zu verausgaben, so gestalteten sie substantiell, wenn auch nicht hochwertig, den Nahrungskonsum, so ausgiebig versuchten sie, Genußbedürfnisse zu befriedigen. Während das proletarische Konsumverhalten im System sozioprofessioneller Budgetierungsmuster seinen relativen Standort

beibehielt, veränderten sich einige wesentliche Züge dieses Verhaltensmusters im Verlauf von drei Jahrzehnten. Zu Beginn des Jahrhunderts alle ihnen verbleibenden finanziellen Spielräume für Genuß und Unterhaltung nutzend, zeigten sich unsere Haushalte seit den 1920er Jahren der Unterhaltungskultur gegenüber verschlossener, im Genußmittelkonsum sparsamer. Wenn Schritte zu einer "Rationalisierung" der Lebensführung auch unverkennbar sind und mit einer Vergrößerung der Bildungsanstrengungen einhergingen, so gelang es der Arbeiterklasse dadurch nicht, die überkommenen Strukturen sozialer Ungleichheit zu durchbrechen.

- Der Konsum der Beamten des unteren Dienstes war restringiert und blieb es in weiten Teilen, scheint aber gesellschaftlich aufgeschlossener gewesen zu sein. Typischerweise mieden untere Beamte den Tingel, mochten ihre Ernährung nicht durch Genußmittel bereichern, hielten nichts von Vereinsleben und überzeichneten tendenziell den Beamtenstil der Bindung an die Intimsphäre Familie. Gaben sie zunächst wenig für Bildung aus, so war dies eine der Domänen, wo sie in den 1920er Jahren die bürgerliche Option vorsorglicher Zukunftsorientierung zu wählen erfolgreiche Anstrengungen unternahmen.

Der Verbrauch von Nahrungsmitteln im Arbeiterhaushalt trug durchgängig die Signatur eines nicht gerade billig erworbenen Substandards. Der Nahrungs- und Genußkonsum der Arbeiter im Kaiserreich erscheint nicht nur monetär, sondern, wenn wir Einzelprodukte des Nahrungsmittelbudgets und zeitgenössische Standards berücksichtigen, auch qualitativ mit dem Bild einfalllosen Gleichmaßes passend beschrieben. Ihre Verausgabung im Nahrungs- und Genußmittelbereich kontrastierte heftig mit der Beschränkung, zu der untere Beamte sich zwangen. Diese erreichten oft nicht einmal das standardmäßige Ernährungsminimum, das wir aus den Budgeterhebungen mit 200 Mark pro Person und Jahr ableiten konnten. In den 1920er Jahren nahmen die Kosten von Nahrung und Genuß in den Budgets von Arbeitern nicht mehr so viel Raum ein – der generelle Niveauunterschied von rund 2 Prozentpunkten pro Kopf zur bürgerlichen "Aufstiegsschicht" blieb freilich bestehen. Die unteren Beamten hatten ihre extreme Askese aufgegeben und sich in das Muster moderaten Konsums von

Beamten und Angestellten eingefügt. Allgemein vollzog sich in der Dimension dieser zusammengesetzten Bedarfskategorie eine Angleichung der sozioprofessionellen Gruppen.

Wie stellten sich die Verhältnisse im einzelnen dar? Selbstzeugnisse und sekundäre Äußerungen der Fachliteratur sind über die typischen Elemente der proletarischen Lebenshaltung des 19. Jahrhunderts einig. Wir haben Margarine, das heißt Gemische minderbewerteter Fette, und Kartoffeln, stärkehaltig und billig, als Testprodukte ausgewählt. Askese nicht im Sinne einer Ausgabenbeschränkung, sondern im Sinne qualitativen Substandards bedeutete der hohe Fettkonsum der unteren Beamten und der Arbeiter. Diese Berufsgruppen verbrauchten pro Kopf im Kaiserreich Fette im Wert von 10 Mark und mehr. Beschränkung war dagegen im Arbeiterhaushalt die Leitlinie beim Butterverbrauch. Dieser stieg mit der Anzahl der Haushaltspersonen, aber nicht mit dem Haushaltseinkommen. Auf insgesamt niedrigem Niveau wendeten Arbeiter in jeder Gesamtausgabenklasse 4 % pro Haushalt auf beziehungsweise 13 bis 23 Mark pro Person, das heißt doppelt so viel wie für sonstige Fette. Bei unteren Beamten war das im Prinzip ähnlich, nur waren sie in jeder Gesamtausgabenklasse pro Person etwas großzügiger, und einige Indizien sprechen dafür, daß sie (vergeblich) versucht haben, sich aus dem Milieu proletarischen Konsums zu lösen. Auch in der Zwischenkriegszeit hielten untere Beamte und Arbeiter ihre Ausgaben für Fette pro Person hoch (bis zu 30 RM), wobei wiederum das Ausgabenniveau der ersteren zusätzlich erhöht war. Beim Butterkonsum behielten diese Berufsgruppen die alte Sparsamkeit bei (pro Person grosso modo 20 RM), sie behandelten Butter einkommensunelastisch und erhöhten den Verbrauch nur, wenn die Haushalte größer wurden.

Bei Obst und Gemüse kann die marktseitige Versorgung von unteren Beamten in der späten Kaiserzeit zumal in Anbetracht ihrer hohen Kinderzahlen nur als dürftig bezeichnet werden. Zusätzliche Mittel verwendeten sie nicht zur Aufbesserung dieses Teils ihres Budgets. Die Arbeiterschaft erschien in dem Muster ihres Obst- und Gemüsekonsums vor 1914 nach Wohlhabenheit geteilt. In Arbeiterhaushalten von 1.200 bis 2.400 Mark Gesamtausgaben wurden von 9 auf 12 Mark wachsende Pro-Kopf-Beträge auf-

gewendet – mehr als bei den unteren Beamten und ebenso viel wie in den (wenigen) Angestelltenhaushalten. Durch Einkünfte über 2.000 Mark, die sie bereits dem Stand der *Wohlhabenheit* nahe brachten, sahen sie sich nicht veranlaßt, mehr für diese Sorten qualitätsvoller Beikost auszugeben. In den Haushaltsrechnungen der 1920er und 1930er Jahre stellte sich die Trennung des proletarischen Konsummusters vom bürgerlichen vertieft dar. Bei Arbeitern und Unterbeamten resultierte eine Unterversorgung pro einzelmem Haushaltsmitglied daraus, daß sie nach wie vor größere Haushalte als die bürgerlichen Berufsgruppen hatten. Für Kartoffeln gaben Arbeiter im Kaiserreich nicht unter 40 bis 100 Mark pro Haushalt aus und auch pro Kopf mehr als andere Berufsgruppen, was die vielfach behauptete Substandardcharakteristik dieses Nahrungsmittels bestätigt. In den 1920er Jahren glich sich der Kartoffelkonsum großer Teile der Arbeiterschaft dem bürgerlichen Niedrigstand an. Das unterbürgerliche Muster hohen Aufwands verblaßte nur bei den Unterbeamten nicht – bei ihnen sanken die Pro-Kopf-Ausgaben nicht in den höheren Einkommensklassen, sondern es stiegen die Ausgaben der Haushalte.

Ging mit dem wenn auch nicht anspruchsvollen, so doch kostspieligen Verbrauch von Grundnahrungsmitteln – soweit er über den Markt vermittelt war – im proletarischen Milieu die Lust am Naschwerk einher? Wenn man die bescheidenen Gaumenfreuden, die Sozialstatistiker des Kaiserreichs als *Genuß* rubrizierten, so bezeichnen will – zum Teil ja. Von den armen Haushalten bis zum ökonomischen *Mittelstand* gab man im Arbeiterhaushalt der Kaiserzeit für Genußmittel stets mehr aus als im "Bürgertum". Hier zerbrach ein weiteres Mal die Familienähnlichkeit zwischen Arbeitern und Unterbeamten; die letzteren sparten nämlich mit den sogenannten Genußmitteln rigoros. Die Verhaltensänderung, die die Arbeiter schließlich in dieser Richtung nachvollzogen, prägte entscheidend den Wandel im System differentiellen Genußmittelkonsums vom ausgehenden 19. Jahrhundert in die Zwischenkriegszeit. Unsere Arbeiterhaushalte drückten ihre diesbezüglichen Ausgaben (28 bis 60 RM pro Person) in fast jeder Gesamtausgabenklasse unter das Niveau von Angestellten und mittleren Beamten. Es darf als typisch gelten, daß wiederum nur

die Unterbeamten, die seit je bei rigoroser Genußeinschränkung geblieben waren, noch weniger aufwendeten.

Wie wurde im proletarischen Muster für die Aspekte des Konsums, die den Kontakt mit dem öffentlichen Leben ausmachen, gesorgt? Die Ökonomie der Einkleidung, die in besonderem Maße auf die Erfordernisse des alltäglichen Lebens reagiert, hat keine Gräben zwischen den sozioprofessionellen Gruppen hergestellt. 2 bis 2,8 % des Haushaltsbudgets beziehungsweise 20 bis 30 Mark pro Kopf waren im Kaiserreich und nicht viel anders am Ende der Weimarer Republik ein allgemeiner Standard für die Anschaffung von Kleidung und Schuhwerk; Arbeiter unterschieden sich darin nicht wesentlich von den angestellten und besoldeten Berufsgruppen. Im Rahmen des bürgerlichen Grobmusters gab es in dieser Dimension des Konsumverhaltens einige Strukturierungen, auf die unten eingegangen wird.

Zerstreuung außerhalb der eigenen vier Wände und Konsumgenuß prägten den Verbrauch der Arbeiterhaushalte des Kaiserreichs. Aus den wenigen Budgets, die vom Beginn des Jahrhunderts vorliegen, ist ein Übermaß an Unterhaltungsaufwand zu erschließen. Wir waren geneigt, diesen Befund mit dem häufigen oder mindestens kostenaufwendigen Wirtshausbesuch der Arbeiter (3 % ihrer Einkünfte) zu verknüpfen. Es gab allerdings, wenn man den Konsum im Wirtshaus mit der Veränderung des Einkommens in Beziehung setzt, bei Arbeitern (und einem Teil der Beamten) keinen kontinuierlichen Anstieg der Ausgaben, sondern eher zwei separate Aufwandsniveaus. Diese trennten sich anscheinend an der "Mittelstandsgrenze". Wenn Arbeiter mit weniger als 2.000 Mark im Jahr rechnen mußten, gaben sie selten mehr als 50 Mark im Wirtshaus aus, in wohlhabenderen Haushalten indes schnell 80 Mark und mehr. Die spontane Verausgabung hing also durchaus von den Einkünften ab. Wie stand es mit der regulierten Verausgabung in Form von Vereinsleben? Die Quellen erlauben leider keinen präzisen Einblick in die Finanzierung von Vereinsmitgliedschaften. Als wenig befriedigender Indikator steht hilfsweise die Gesamtsumme der Ausgaben für Druckschriften, Porto und Vereinsbeiträge zur Verfügung. Dieser Sammelposten nahm im Arbeiterbudget in allen Gesamtausgabenklassen ziemlich unverändert etwa 3,5 % in Anspruch. Er

betrug damit nur die Hälfte dessen, was untere Beamte aufwendeten, wenn sie nicht mehr als 2.000 Mark zur Verfügung hatten. Es deutete sich hier also eine Diskontinuität im proletarischen Muster an; bei aller Bescheidenheit ihres Lebensstils gab es bei unteren Beamten mehr Ausgaben, die eine Verbindung zu Arenen des öffentlichen Lebens herstellen konnten.

Der Rückgang der Aufwendungen in Gasthäusern und Vergnügungsstätten, den wir in den dreißig Jahren vom Kaiserreich zur Weimarer Republik in den Haushaltsrechnungen der Arbeiter feststellen, kündigte möglicherweise bereits den privatistischen Zug im Lebensstil an, von dem behauptet worden ist, daß in ihn sich das ehemals kollektiv strukturierte Arbeitermilieu transformiert habe. Alle Arbeiter leisteten sich in der Zwischenkriegszeit Lokalbesuch als die öffentlichkeitsaktive Form leiblichen Konsums nur noch in geringem Umfang oder zu kleinen Preisen (pro Jahr etwa 30 RM für die ganze Familie) und wurden darin wiederum nur noch von den Beamten des niederen Dienstes unterboten. Die Haushaltsrechnungen der 1920er Jahre geben eine ausgeprägte Unterhaltungskultur wie im bürgerlichen Konsummuster nicht zu erkennen. Arbeiter gingen mit Ausgaben für Kino, Jahrmärkte und Bälle selten über 50 RM für alle Mitglieder der Familie hinaus; typisch waren ca. 20 RM – weniger als 1 % des Budgets. Wir konnten feststellen, daß der Vergnügungskonsum qualifizierter Beschäftigter, Arbeiter wie Angestellter, tendenziell zumindest teurer war, das heißt vielleicht auch häufiger vorkam. Erst wenn ihre Einkünfte wuchsen, wurden Arbeiter, Angestellte und Unterbeamte spendabler, Arbeiter erst bei mehr als 3½ Tausend Reichsmark Jahreseinkünften. Allen Arbeitern waren nominal wie prozentual hohe Beträge für Vereinsmitgliedschaften gemeinsam (pro Haushalt selten unter 40 RM im Jahr). Der Unterschied zwischen dem Muster verbandlich, wohl gewerkschaftlich motivierter Freizeitausgaben im Arbeitermilieu und dem bürgerlichen Muster differenziert abgeschwächter Vereinsbindung kondensierte sich in der Weimarer Republik in dem Kontrast von Arbeitern und Unterbeamten. Zeigten diese Berufsgruppen im Genußmittelverbrauch ähnlich große Einschränkungen, so folgten sie im Vereinsleben entgegengesetzten Präferenzen. Die Beamten des unteren Dienstes begnügten sich mit kaum halb so hohen Mitgliedsbeiträgen und empfanden offenbar keinen Bedarf, mehr

auszugeben, wenn ihre Besoldung besser war. Auf die nationalsozialistische Gleichschaltung dürfte es zurückzuführen sein, daß sich die Vereinszahlungen der Arbeiter in der Budgeterhebung von 1937 gegenüber den früheren Quellen halbierten.

Mit welchem Aufwand wurde im proletarischen Konsummuster der soziale Binnenraum Familie ausgestaltet? Bei jährlichen Einkommen unter 2.000 Mark wurden wie in allen sozioprofessionellen Gruppen im allgemeinen 12 bis 13 % des Haushaltsbudgets für Miete ausgegeben. Unterhalb dieser "Mittelstandsgrenze" verriet sich die beamtentypische Neigung, am Wohnraum nicht zu sparen, auch bei den Unterbeamten dadurch, daß sie leicht höhere Mieten als die Arbeiterhaushalte zahlten. Oberhalb der 2.000-Mark-Grenze konnten sie diese Vorgabe wegen der Größe ihrer Familien nicht in einen Vorteil transformieren. Bei Arbeitern wuchs die Bereitschaft, mehr Miete zu zahlen, sobald Bedürfnisse, die offenbar als noch dringender empfunden wurden, annähernd befriedigt waren. Dann nahmen Differenzierungen Konturen an, und das gesteigerte Interesse der Arbeiter aus handwerklichem Milieu an ihrem Wohnraum trat stärker hervor. Kein Industriearbeiterhaushalt zahlte 25 Mark im Monat, aber immerhin 20 % unserer Handwerker-Arbeiter taten das. Gelernte Arbeiter muteten sich doppelt so häufig hohe Mieten zu wie ungelernte. Auch bei Angestellten in besseren Positionen scheinen hohe Mieten typisch gewesen zu sein, während die Masse der Angestellten sonst wohl nicht teuer wohnte. Angestellte und handwerkliche Arbeiter deckten ihre Mieten mehr oder weniger vollständig durch Untervermietung; sie nahmen die dadurch bedingten Nachteile in Kauf, um sich eine vielleicht besser gelegene, teurere Wohnung zu leisten. Unser Vergleich mit Preisen und Kostenschätzungen läßt vermuten, daß die Ausgaben für Hausrat, die angeschrieben wurden, im allgemeinen ausreichten, um die dringlichen Ersatzanschaffungen zu decken. Die Ausgaben waren bei Arbeitern und Unterbeamten mit ca. 60 Mark deutlich niedriger als bei Angestellten und den restlichen Beamten und wurden bei höheren Einkünften nicht merklich erhöht. Besonders unter Arbeitern gab es regelmäßig weniger Haushalte mit überdurchschnittlich hohen Aufwendungen. Andeutungsweise trennten sich die Handwerker-Arbeiter, die einen geringeren Anteil ihres Budgets für Innenausstattung

verwendeten, von den Industriearbeitern, die immerhin fast 4 % dafür ausgaben. In den 1920er Jahren haben sich die Kontraste innerhalb der Arbeiterklasse verloren. Untere Beamte wie Arbeiter zahlten durchgängig wenig Miete und prozentual immer weniger, je mehr sie verdienten, die Arbeiter für Hausrat nur 3 % ihres Budgets (90 bis 100 RM). Den Haushalten unterer Beamter, die in der Zwischenkriegszeit belegt sind, war die Ausstattung des Wohnungsinneren freilich so viel wert, daß sie in das Muster "proletarischen" Konsumverhaltens nicht mehr eingeordnet werden können. Die Angestellten, im Kaiserreich oft mit billigster Wohnraumversorgung, wenn auch bereits mit hohen Ausstattungskosten, zahlten in der Zwischenkriegszeit mehr Miete. Das relativ hohe Hausratkonto behielten sie bei und waren nun aus dem Muster proletarischen Wohnens insgesamt ausgekoppelt.

Stand dem proletarischen Hedonismus der Arbeiter eine Abneigung gegen materielle Zukunftsvorsorge gegenüber? Es scheint so. Kaum ein Drittel der Arbeiterhaushalte des Kaiserreichs verzeichnete in ihren Budgets Sparleistungen, am seltensten die ungelerten Arbeiter, am häufigsten die industriellen Facharbeiter. Wenn Arbeiter aber sparten, lag der Anteil ihres Budgets, den sie so dem Konsum entzogen, bei stattlichen 2 bis 5 % ²⁸⁹. Allerdings gab es große Unterschiede vom Handwerk mit sehr geringen jährlichen Einlagen bis zu industriellen Facharbeitern. Die letzteren sparten nicht nur am häufigsten, sondern auch am stärksten - mit etwa 3 % ihres Budgets so viel wie Subalternbeamte. Die Sparerquote bei Unterbeamten war ebenso niedrig wie bei Arbeitern und die gesparten Beträge außerordentlich gering. Dieser Befund unterstreicht den nächsten, daß Unterbeamte auch mit der niedrigen Gesamtsumme ihrer Vorsorgeaufwendungen zum proletarischen Muster gehörten. Zwei Jahrzehnte später sparten Arbeiter und Unterbeamte bedeutend häufiger; bei den Arbeitern etwa die Hälfte aller Haushalte, bei den unteren Beamten über 80 %. Sowohl an dem Indikator der Sparbereitschaft als auch an dem der Höhe der jährlichen Einlagen erscheint die Kluft zwischen den Arbeitern und den sehr sparbewußten Unterbeamten verbreitert. Auch im Versicherungsverhalten haben die Beamten des unteren Dienstes das Muster proletarischer Budgetierung

verlassen. Die Arbeiter blieben bei niedrigen freiwilligen Versicherungszahlungen, die nicht mehr als 2 % ihres Budgets ausmachten.

Die Kosten für Bildung und Ausbildung sind eine andere Art von Zukunftsinvestition. Hoch waren Bildungsausgaben vor dem Krieg im allgemeinen schon zu nennen, wenn sie pro Haushalt 1 % der Gesamtausgaben betrug. Sie realisierten sich in der Kombination von sozialer Zugehörigkeit und finanzieller Ausstattung. Unterhalb 1.500 Mark Gesamtausgaben waren keine sozioprofessionellen Disparitäten festzustellen. Arbeiter erhöhten ihre Ausgaben jedoch auch dann nicht, wenn sie besser verdienten. Kinderlose Arbeiterhaushalte bezahlten kaum mehr als 4 Mark im Jahr für Dinge, die als bildungsrelevant betrachtet wurden. Wenn sie 1 Schulkind zu versorgen hatten, stockten sie wie alle den Anteil ihres Bildungsbudgets am Gesamtbudget des Haushalts um das 7fache auf und gaben dann etwas mehr als 20 Mark im Jahr, reichlich 1 % ihres Gesamtbudgets, dafür aus, was kaum mehr als die Hälfte des Standards im bürgerlichen Konsummuster war. Wenn ein zweites Schulkind hinzukam, erhöhte sich der private Bildungsetat geringfügig. Verstärkte Bildungsanstrengungen der Arbeiter zeigen die Zahlen der 1920er Jahre. Auch zu dieser Zeit boten Einkommen unter 3.000 Mark offenbar keine Spielräume für diskretionär variierebare Bildungsfinanzierung. Trotz linear gegenüber der Vorkriegszeit erhöhter Bildungsausgaben erreichten die Arbeiter den Standard der noch stärker investierenden bürgerlichen Berufsgruppen nicht. Sie gaben im Schnitt nur 50 bis 70 RM, in Einzelfällen kaum 100 RM aus, kinderlose Ehepaare 20 bis 40 RM. Die Anwesenheit 1 Schulkindes führte wie bei allen Haushalten grosso modo zu einer Verdoppelung der Bildungsausgaben. Aber wie vor dem Krieg realisierten Arbeiterhaushalte bei weitem nicht die schulischen Aufwendungen von Angestellten und Beamten (80 bis 100 RM und weit darüber hinaus). Wieder muß betont werden, daß diese unterschiedlichen Ausgabenniveaus in gleichen Gesamtausgabenklassen auftraten und nicht einkommensmäßig, sondern sozioprofessionell bestimmt waren. 1937 waren die Ausgaben für Schule und Unterricht im Arbeiterbudget nominal im Durchschnitt niedriger (40 RM pro Haushalt), beanspruchten jedoch einen etwas größeren Anteil (1,5 bis 1,8 %). Dieser Befund erscheint als eine Fortsetzung des Trends verstärkter Bildungsbemühungen, denn

unsere kinderlosen und die 1-Kind-Haushalte der Arbeiter wandten ein wenig mehr für Bildungszwecke auf; er bleibt aber ambivalent, denn die 2-Kind-Konstellation koinzidierte 1937 mit einem Bildungsfonds, der niedriger war als in der 1-Kind-Konstellation und in den letzten Jahren der Weimarer Prosperität.

5.3.2 Die konsumtive Vielfalt des mittleren Standes

Wie sah nun das "bürgerliche" Konsummuster aus? War Askese durchgängig die Signatur bürgerlich-legitimen Geschmacks? Wurden im Sinne des Musters der *deferred gratification* Verlangen und Lust des Augenblicks der Befriedigung künftiger Wünsche geopfert? Verrät die Struktur des Haushaltsbudgets Zentrierungen des Lebens auf die Familie? Kann aus dem Budgetierungsverhalten eine bürgertypische Neigung zu Rationalität und Methodik der Lebensführung herausgelesen werden, aus bestimmten Konsumpräferenzen die Bereitschaft zu individueller Lebensgestaltung? Unterschied Einschränkung bei der Ernährung zugunsten der Zurschaustellung eines sozialen Prestiges oder der Erweiterung des Bildungskapitals die (Klein-)Bürger von den Arbeitern?²⁹⁰ Bei fast jedem Budgetposten, den wir geprüft haben, ergaben sich dieselben Untergruppen von Berufen innerhalb jener in sich gegliederten Konsumstruktur, über die wir abkürzend den Oberbegriff "bürgerlich" gespannt haben.

- Die Lehrer haben wir als gebremst hedonistische und gleichzeitig bildungsbeflissene Konsumbürger, die sich um Distanz zum Proletariat bemühten, charakterisieren wollen. Sie dachten tendenziell personen-zentriert und waren bereit, den eigenen Kindern zullebe auf die sonst geschätzte Teilnahme an öffentlicher Geselligkeit zu verzichten. Wo immer sich Leitbilder gehobenen Verbrauchs realisierten, fanden wir die Lehrer.
- Die Beamten des mittleren Dienstes repräsentierten den Kerntyp "bürgerlichen" Konsums, sparsam und auf ökonomische, dabei qualitätsvolle Ernährung bedacht, vorsorgebewußt, bildungsinvestiv, häus-

lich. Dieses Konsummuster füllte sich im Laufe der Zeit mit Vitalität, so daß sich der Aspekt der Abwehr zerstreuenden Treibens, den es nach der Jahrhundertwende noch gehabt hatte, sukzessive verlor. Man schätzte nun stärker den privaten Genuß von Luxuslebensmitteln und den öffentlichen von aushäusiger Unterhaltung, sobald die Einkünfte dies erlaubten. Wenn es ein Konsummuster gab, welches dem Typ der *deferred gratification* entspricht, dürfte es das der Beamten des mittleren Dienstes gewesen sein - *mit Wenigem auszukommen*, blieb Maxime bürgerlich gebundenen Beamtenkonsums.

- Das Konsummuster der Angestellten erscheint als ein *compositum mixtum* an der Grenze von Proletarität und Bürgerlichkeit. Schwach wie die Datenlage für das Kaiserreich ist, soll doch die Kombination von Repräsentation und Genuß als konstituierendes Element sowohl vor wie nach dem Ersten Weltkrieg hervorgehoben werden. Gemessen am Nahrungs- und Genußmittelbudget innerhalb wie außerhalb der Wohnung kann man die Angestellten als jeder Askese abhold charakterisieren. Schon zu Beginn des Jahrhunderts tendenziell stärker am bürgerlichen Pol, schwenkten sie in der Weimarer Republik endlich auf das "bürgerliche" Muster ein. Sie genossen und sparten gleichzeitig - wenn sie sparten! - in beachtlichem Umfang. Sie versicherten sich sowohl durch Assekuranz als auch durch Edukation und brachten konsumtiv erst jetzt die *Kragenlinie* ²⁹¹ voll zur Geltung, wenngleich aus ihrem Konsumverhalten ein Zug der "Verausgabung" nicht völlig schwand.
- Die unteren Beamten waren schon im Kaiserreich der Dichotomie des differentiellen Konsums nicht eindeutig zuzuordnen. Wohl hatte ihr Budgetierungsverhalten in der substandardmäßigen Minderqualität insgesamt mehr mit dem der Arbeiter gemeinsam, aber im Rigorismus rationierenden Konsums (bei Nahrungs- und Genußmitteln, beim Gaststättenbesuch, im Vereinswesen) ähnelten sie dem Beamtentyp. In der Zwischenkriegszeit zeigte sich die nahrungskonsumtive Rationierungsstrategie bei ihnen gemildert. Sie reagierten bürgerlich beim Geldsparen, bei der Versicherungsvorsorge und in Bildungsinvestitionen.

Die Askese der gehaltsempfangenden Berufsgruppen im ausgehenden Kaiserreich hatte ihre Grenzen: Pro Kopf und prozentual reduzierten sie ihre

Gesamtausgaben für Nahrung und Genuß, wie es das Engelsehe Gesetz vorsieht, nicht so stark wie die Arbeiter. Natürlich bestätigen die Daten dieses "Gesetz", aber in seiner Realisierung wurde es durch soziale Parameter moduliert. Bei den Lehrern hatte es die geringste Prägekraft; auch den Angestellten fiel es punktuell schwer, im Nahrungsmittelbereich Verzicht zu leisten. Die Ausgabenniveaus stufen sich ab: von den Angestellten über die mittleren Beamten zu den unteren Beamten, die kinderreich waren und sehr an Nahrung und Genuß sparten, die – um es zugespitzt zu formulieren – asketisch konsumierten und proletarisch proliferierten. Ende der 1920er Jahre waren die bekannten Differenzierungslinien nach wie vor erhalten: Die Angestellten gaben innerhalb des bürgerlich rationierten Nahrungsbudgets viel aus und steigerten ihre Ausgaben nominal stark. Der Konsum der mittleren Beamten blieb in jeder Gesamtausgabenklasse auf hohem Niveau. Einzig die durchschnittlichen Ausgabenanteile der Lehrer fielen gegenüber den Kaiserreichshaushalten ab, wengleich ihre Pro-Kopf-Ausgaben absolut nach wie vor erhöht waren.

In der Qualität unterschied sich das bürgerliche Verbrauchsmuster vom proletarischen. Im Rahmen bürgerlichen Minderkonsums erhöhten alle Berufsgruppen ihre Ausgaben für Fette bis zu einem gewissen Standard und schnitten den Verbrauch bei besserem Auskommen wieder zurück. Lehrer und mittlere Beamte gaben außerordentlich wenig aus, so daß auf den Kopf des Haushaltsmitglieds selten mehr als 7 Mark entfielen. Die Verbrauchsausgaben unserer 44 Angestelltenhaushalte lagen zwischen dem niedrigen Niveau von Lehrern und mittleren Beamten und dem hohen von Arbeitern und Unterbeamten; mit den bürgerlichen Berufsgruppen verband sie der geringe Kostenanteil pro Haushalt. Lehrer, Angestellte und mittlere Beamte gehörten aufgrund der Höhe ihrer Ausgaben für Butter (30 bis 40 Mark pro Person) zum bürgerlichen Konsummuster. Unterhalb des ökonomischen "Mittelstands", unter 2.000 Mark Gesamtausgaben, überformte die Ökonomie der Bedürftigkeit sozioprofessionelle Grenzen. Dort läßt sich das Konsumverhalten der unteren Beamten von dem der Nicht-Beamten nicht trennen. In der Zwischenkriegszeit waren die sozioprofessionellen Kontraste im Konsum von Streichfetten weitgehend erhalten. Für Familien von Angestellten in höheren Einkommenslagen und von mittleren und höheren

Beamten einschließlich Lehrern waren Durchschnitte von nicht mehr als 1 bis $1\frac{1}{2}$ % für Fette im Haushaltsbudget (nominal 20 bis 21 RM) typisch, in Haushalten von Arbeitern und unteren Beamten aber doppelt so viel (nominal bis 30 RM). Es waren nur die bürgerlichen Berufsgruppen, in denen das Niveau der nominalen Ausgaben für Butter in den 1920er Jahren und 1930er Jahren gegenüber der Vorkriegszeit angestiegen war. Die Lehrer, von denen der Berliner Gesamtbestand Budgets aus höheren Einkommenslagen enthält, ließen sich ihre tägliche Butter mehr kosten als alle anderen Berufsgruppen. Die Pro-Kopf-Ausgaben der Angestellten hatten bei Spitzeneinkommen von über 4.000 RM den hohen Butterverbrauch der mittleren Beamten erreicht. Sie reagierten bei Butter als einzige Konsumenten verbrauchsexpansiv; noch deutlicher als in der Kaiserzeit übten sie nicht nur keinen Verzicht, sondern weiteten ihren Butterkonsum elastisch aus.

Mit Obst und Gemüse versorgten sich zu Beginn des Jahrhunderts in unteren Einkommenslagen alle Berufsgruppen etwa in gleicher Weise über den Markt, nur die unteren Beamten schlechter. Bei Einkommen über 2.000 Mark gaben Lehrer und Angestellte das meiste Geld für diese Produkte aus. In den 1920er Jahren war es wieder der Konsum von Lehrern, Angestellten, mittleren und höheren Beamten, der in dieser Weise Qualitätsmaßstäbe ausdrückte. Ganz in diesem Sinne setzten Angestellte und Beamte bei Kartoffeln niedrige Toleranzen (35 bis 50 Mark pro Haushalt). In den 1920er Jahren hatten Lehrer und gutverdienende Angestellte am wenigsten Geld für Kartoffeln übrig, etwas mehr hingegen Angestellte mit mittleren Einkommen und die Arbeiter. Alle diese Berufsgruppen reduzierten ihre Kartoffeleinkäufe bei höherem Einkommen.

Die im Vergleich mit den Arbeitern geringeren Nahrungsmittelausgaben der bürgerlichen Berufsgruppen, vor allem der Beamten, bedeuteten also keine Qualitätseinbußen in der Ernährung. War somit die Ernährung gewiß nicht ohne Geschmack – wie verhielt sich der Geschmack zum Genuß? Beamtentypisch war es vor dem Krieg, Genußmitteln nur den zwanzigsten Teil des Budgets vorzubehalten; die unteren Beamten waren eher noch rigoros. In der Zwischenkriegszeit waren im Haushalt von Angestellten, Lehrern und

mittleren Beamten die Budgetanteile immer noch so hoch wie vor dem Krieg, aber Arbeiter und Unterbeamte hatten ihren Aufwand eingeschränkt. Dadurch wurde der Genußmittelkonsum ein spezifisches Element im bürgerlichen Konsummuster, besonders bei Angestellten. Die Pro-Kopf-Ausgaben konnten nun höher als bei Arbeitern sein oder wurden – im Fall der Angestellten – rasch erhöht. Deuteten der Genußmittel- und der gehobene Nahrungsmittelkonsum auf Häuslichkeit als generellen Grundzug des bürgerlichen Konsummusters?

Höhere und mittlere Beamte waren im späten Kaiserreich unter allen sozioprofessionellen Gruppen am ehesten bereit, sich teure Wohnungen mit einer höheren Miete als monatlich 25 Mark zu leisten. Mittlere Beamte reservierten mit 12 % die im allgemeinen umfangreichsten Budgetanteile für den Mietzins. Bei Angestellten und Lehrern kamen zu 10 bis 16 % für Miete je nach Gesamtausgabenklasse 5 bis 6 % für Hausrat und Wohnungsausstattung hinzu. Das entsprach 110 bis 160 Mark im Jahr und war ausgesprochen viel. Die Angestellten, von denen die meisten mit der Miete eher restriktiv verfahren, und die Lehrer, die erst bei hohen Gehältern hohe Mieten zahlten, betrachteten auf einem vorsichtig kalkulierten Mietsockel die flexibel zu handhabenden Kosten für die Innenausstattung wohl als relativ zwingend. In höheren Einkommenslagen waren Subalternbeamte, Lehrer und Angestellte häufiger zu hohen Ausgaben (über 100 Mark) bereit. Den gestiegenen Mietpreisen Ende der 1920er Jahre beugten sich die Angestellten und die mittleren und höheren Beamten. Es waren nach wie vor die Beamtengruppen, die auf den Mietzins einen größeren Anteil von ihrem Budget verwendeten – und zwar unelastisch bei jedem Einkommen etwa denselben; freilich folgten ihnen dicht die Angestellten und Lehrer. Deutlicher als im späten Kaiserreich wuchsen die Ausgaben für Hausrat mit steigenden Einkommen. Knapp hinter den höheren Beamten realisierten jetzt die Lehrerhaushalte die höchsten Ausgaben. Das war die eine Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit. Die andere bestand darin, daß die nach wie vor nicht üppigen Ausgaben der Unterbeamten doch auf so hohem Niveau lagen, daß ihr Standard nicht mehr als arbeiterähnlich bezeichnet werden kann. Vielmehr brachte dieser ein Ausstattungsideal mit sich, das auch bei geringen Einkünften

zu relativ hohen Ausgaben zwang. Die Angestellten blieben bei den gewohnten 5 % ihres Budgets und damit im Kreis der "bürgerlichen" Wohnraumausstatter.

Im Kaiserreich galt gegenüber der öffentlichen Veranstaltung von Vergnügen in der Tat bürgerliche Zurückhaltung; in extremem Maße war dies die Übung von unteren Beamten. Aber andere Dimensionen des Konsumverhaltens erfordern Modifizierungen dieser Hypothese, die sich in dieser Allgemeinheit als zu pauschal erweist. Nächste den Arbeitern brachten nämlich Angestellte und Lehrer am meisten Geld ins Wirtshaus. In den 1920er Jahren ließen sich Angestellte, höhere Beamte und Lehrer Unterhaltung und Vergnügen viel kosten (bei Budgets von mehr als 3.600 RM etwa 1,4 %), Lehrer in besonderem Maße, wenn ihre Familien nicht groß waren. Mittlere Beamte waren etwas sparsamer, wenn sie weniger als 3.600 RM zur Verfügung hatten. Während Arbeiter ihren Gasthausbesuch im Laufe der ersten drei Jahrzehnte des Jahrhunderts reduzierten, wurden mittlere Beamte, stärker noch Angestellte, vor allem aber Lehrer im Gasthaus großzügiger, besonders wenn das jährliche Haushaltsgeld mehr als 4.000 RM betrug. Häuslichkeit ist also nur das eine Element bürgerlichen Konsums, und es verlor in dem Maße an Gewicht, wie sich daneben eine Öffnung zum Treiben der Gesellschaft vollzog.

Bietet die Politik des Kleiderkaufs Unterstützung für diese These? Das Kleidungsbudget lag – nach den Quellen des Kaiserreichs zu urteilen – noch weitgehend in den Fesseln ökonomischen Zwangs beschlossen, so daß sich disparitäre Anschaffungsstile nicht ausbilden konnten. Lediglich die Lehrer könnten anspruchsvolleren Standards, die sie aus dem Beamten-durchschnitt heraushoben, gefolgt sein. Allerdings sind die Kleidungs-ausgaben im engeren Sinne bei ihnen nicht bekannt, und wir mußten daher eine Annäherung über die Gesamtausgaben für alle Textilien versuchen. In der Zwischenkriegszeit verlor sich die "Exklusivität" des Kleidungs-budgets der Lehrer, für die es in den Budgets der Kaiserzeit Anzeichen gegeben hatte, und tauchte in den allgemein hohen Bekleidungs-aufwand aller Beamten und Angestellten ein. Die Angestellten-Haushalte gaben schon in niedrigen Einkommenslagen für Kleidung viel Geld pro Familienmitglied

aus (47 RM) und opferten relativ mehr als unsere Lehrer. Angestellte und Beamte bauten in hohen Einkommenslagen ihr Kleidungsbudget sprunghaft aus, Arbeiterfamilien aber nicht. Erst in der Weimarer Republik war die erhöhte Kleidungsanfrage durch Beschäftigte – auch Arbeiter – in den Sektoren Handel, Banken und Versicherungen, Verkehr und graphisches Gewerbe, die man schon um die Jahrhundertwende erwartet hätte, meßbar.

Die Summe der Ausgaben für Lektüre, Korrespondenzkosten, Porto usw. und Vereinsmitgliedschaften ist nur ein wenig treffsicherer Indikator für den Grad der Einbindung in gesellschaftliche Aktivitäten. Die Höhe der diesbezüglichen Ausgaben und speziell die Vereinsbeiträge in den Budgets der "bürgerlichen" Berufszugehörigen widerspricht jedoch dem Bild eines in je unterschiedlicher Weise nach innen wie zunehmend auch nach außen gewendeten Konsumstils auf der bürgerlichen Seite der Gesellschaft nicht. Die Haushaltsrechnungen der Angestellten wiesen im Kaiserreich keine besonders hohen Beträge für diese Budgetposten aus. Bei dieser Berufsgruppe, bei den Subalternbeamten und bei den Arbeitern nahmen die Ausgaben für diese Zwecke gleichermaßen zwischen 3 und 4 % des Budgets ein. Aber unsere Lehrer fielen mit ihrem Aufwand aus dem Rahmen und stellten damit als charakteristische Verhaltenskomponente die Öffnung zur Gesellschaft in der Form unterhaltenden Zeitvertreibs, in Bildungseifer und allgemeiner Interessenleitung unter Beweis. Die Unterbeamten, deren Budgets aus dem Kaiserreich überliefert sind, finanzierten ihre Vereinszugehörigkeit mit maximal 1 % ihres Budgets, was wohl als gering anzusehen ist. Sie erhöhten die Intensität kollektiv organisierten Engagements – zumindest über Vereinsbeiträge – nicht, wenn sie mehr verdienten. In den 1920er Jahren scheinen die Angehörigen der bürgerlichen Berufsgruppen ihre Freizeit stärker individuell gestaltet zu haben, denn ihre Mitgliedsbeiträge waren niedriger als die von Arbeitern, ihr Genußmittelkonsum aber kostspieliger. Bei Lehrern beanspruchten Vereine zwar das beamtentypische 1 %, nominal aber immerhin 50 bis 100 RM. Die Angestellten tendierten etwas stärker in Richtung proletarischer Vereinsaffiliation, denn ihre Ausgaben waren oft höher als die von Beamten, sie hielten mit der Erhöhung der Einkünfte Schritt, nahmen aber – wie die Genußmittel – in hohen Einkommenslagen verringerte Anteile im Budget in

Anspruch, so daß die Ausgaben für Vergnügen und Unterhaltung die Kosten der Vereine im Einkommensbereich ab etwa 5.000 RM überholten. Auch 1937 konnten die Angestellten vereinsfinanziell nicht von den Beamten getrennt werden. Dem von ihnen realisierten Beitragsverhalten stand nach wie vor, aber nicht mehr so scharf wie früher, das der Arbeiter gegenüber – freilich jetzt im umgekehrten Sinne. 1937 waren es die Arbeiter, die weniger Geld für Vereinszwecke ausgaben.

Rationalität soll nicht zuletzt darin bestehen, daß der gegenwartsbezogene Konsum von einer nicht unbedeutenden Zukunftsvorsorge begleitet wird. Welche Rolle spielte die Bildung monetärer und intellektueller Kapitalien im bürgerlichen Konsum? Im späten Kaiserreich sparten etwas mehr als 40 % unserer Beamten- und Angestelltenhaushalte – das war nur geringfügig häufiger als bei Arbeitern üblich. Unter Lehrern finden wir die geringste Sparbereitschaft: nur 30 % und auch in der Weimarer Republik nur 60 % – das war zu beiden Zeitpunkten die geringste Sparerquote. Lehrer, untere Beamte und Angestellte wiesen in den Quellen des Kaiserreichs außerdem die geringsten Sparleistungen auf; die mittleren Beamten sparten mehr, durchschnittlich 70 bis 90 Mark im Jahr. Die Distanz zwischen Arbeitern einerseits und Beamten und Angestellten andererseits stellt sich in den Quellen der Weimarer Republik vertieft dar. Besonders bei den Unterbeamten und den Lehrern, den Berufsgruppen mit den geringsten Sparerquoten im Kaiserreich, fanden sich jetzt mehr Sparer. Wenn an den Querschnittsdaten Spuren eines Trends sichtbar werden, liegt die Deutung nahe, daß untere Beamte und Lehrer sich einem wahrgenommenen Druck bürgerlicher Sparneigung beugten. Lehrer und Angestellte mögen diese Wendung nur zögerlich mitvollzogen haben, denn ihre Sparerquoten waren mit 60 % immer noch nicht hoch. Die effektiven Sparleistungen der unteren Beamten, der Angestellten und Lehrer hatten seit der Kaiserzeit stark zugenommen – bei den Lehrern sogar auf 3 %, das heißt 200 bis 300 RM. Sonst waren die Spareinlagen der Beamten niedriger als die der anderen Arbeitnehmergruppen. Die Höhe der Sparleistung und die erschließbare Art des Sparverhaltens der Unterbeamten trugen alle Anzeichen einer Ambivalenz zwischen den Klassen. Bei mehr als 5.000 RM Gesamtausgaben kamen sozioprofessionelle Differenzierungen verstärkt ins Spiel. Während die

Spareinlagen der meisten Beamten absackten, blieb den Lehrern, den Angestellten und den hochbezahlten Arbeitern, die unser Datensatz hier noch ausweist, ihre Zukunftsvorsorge per Sparbuch teuer.

Einige dieser Berufsgruppen ergänzten ihre Sparleistungen anscheinend durch Versicherung. An der Gesamtsumme der Vorsorgeaufwendungen zeichneten sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts drei Leistungsmuster ab: von den unteren Beamten mit den niedrigsten Aufwendungen über die Lehrer zu den übrigen Beamten. Die Lehrer sparten wenig und versicherten sich um so schlechter, je höher ihr Gesamtbudget war. Mittlere Beamte und Arbeiter mit Einkünften über 3.000 bis 3.500 Mark realisierten eine expansive Strategie der Zukunftssicherung mit überproportional steigenden Versicherungsbeiträgen über 3 bis 4 % ihres Budgets. Für die Angestellten lagen leider nicht genügend Haushalte für eine tragfähige Deutung vor. Ende der 1920er Jahre kam der Kontrast zwischen bürgerlicher und proletarischer Welt schärfer zur Geltung. Die Angestellten belasteten schon in niedrigen Einkommensstufen ihr Budget mit freiwilliger Versicherung bis zu 5 % - und bis 100 RM über die staatliche Versorgung hinaus, wie es die unteren Beamten freiwillig zahlten, überstieg den Arbeiterstandard bei weitem.

Soweit Haushaltsrechnungen vorliegen, differenzierte sich der Bildungsaufwand im späten Kaiserreich dichotom. Die unteren und die mittleren Beamten, die Lehrer und manche Angestellte zahlten bis zu 20 Mark bei geringeren und 60 bis weit über 100 Mark bei höheren Einkommen und ließen damit die Arbeiterhaushalte weit im Hintergrund. Die Berücksichtigung allfällig anwesender Schulkinder fügt der sozioprofessionellen Zweiteilung eine weitere Dimension hinzu. Auf der Basis unterschiedlich ausgestatteter Bildungsfonds vervielfachten die Berufsgruppen ihre Ausgaben, wenn Schulkinder vorhanden waren, so daß die sozioprofessionelle Kluft zwischen proletarischem und bürgerlichem Bildungsbudget vertieft wurde. Mit mageren 4 bis 10 Mark jährlich finanzierten kinderlose Ehepaare aller Berufsgruppen, mit etwas mehr Geld unsere wenigen Angestelltenhaushalte ihre bildungsmäßige Grundversorgung (0,3 bis 0,5 % des Gesamtbudgets). Die Schulpflicht genau eines Kindes hatte

die Steigerung dieser Kosten um das fünf- bis siebenfache zur Folge. Ein weiteres Kind führte kaum zu höheren Aufwendungen. An Schulgeld wurden in der Regel Beträge zwischen 40 und 80 Mark gezahlt. Die Differenzen reichten jedoch aus, um einen Bildungsfinanzierungsvorsprung der "bürgerlichen" Berufsgruppen der Angestellten, mittleren Beamten und Lehrer entstehen zu lassen. Zwischen diesen verliefen nicht so tiefgreifende, wenngleich beachtenswerte Brüche. So verhielten sich bei vielen Beamten die Ausgaben für Unterhaltung und die für Bildung umgekehrt proportional, bei Angestellten aber gleichsinnig. Für Beamte stellten diese Ausgabenpositionen demnach einen gewissen Gegensatz dar, Angestellten waren sie beide gleich wichtig. Wie verhielt sich das *beamtete Kleinbürgertum* zur Arbeiterklasse? Dieser Frage kommt angesichts der ambivalenten Struktur des Konsumverhaltens der Unterbeamten zwischen den beiden großen Konsummustern besonderes Interesse zu. Der untere Dienst investierte in die Bildung durchschnittlich am wenigsten von allen Beamtengruppen. Pro Haushalt betragen die Bildungsausgaben hier zwar doppelt so viel wie bei Arbeitern und in manchen Gesamtausgabenklassen soviel wie bei Lehrern und mittleren Beamten, pro Familienmitglied aber kaum mehr. Wenn untere Beamte schulpflichtige Kinder hatten, kamen diese mit Abstand schlechter weg als die Kinder von anderen Beamten.

Die trendmäßige Reduzierung der Familiengrößen und die allgemein stärkere Neigung, für Bildung mehr zu zahlen, schlug Ende der 1920er Jahre – in dieser Reihenfolge – am stärksten bei Lehrern zu Buche, dann bei den Beamten des mittleren und höheren Dienstes, bei den Angestellten und am schwächsten bei den Beamten des niederen Dienstes. Die beiden letzten Gruppen tätigten zwar die niedrigsten Ausgaben, aber jetzt – auch pro Kopf – gut doppelt so viel wie Arbeiter (über 100 RM bzw. $2\frac{1}{2}$ % ihres Gesamtbudgets). Bürgerliche Bildungsvorsorge hatte sich auf Angestellte und Beamte aller Laufbahnen ausgedehnt. Die generell stärkere Bildungsbeteiligung gab sich ausgabenfinanziell auch in der familienzyklischen Dimension unterschiedlicher Haushaltsgrößen zu erkennen. Die Beamten des niederen Dienstes waren noch unsicher in das "bürgerliche" Muster integriert; denn unsere kinderlosen Unterbeamten-Haushalte gaben kaum mehr als Arbeiterehepaare aus. Aber mit 1 und 2 Schulkindern machten sie

deutlich stärkere Bildungsanstrengungen. Sie markierten mithin das unterste Niveau bürgerlicher Bildungsbedürfnisse nahe am proletarischen Standard (80 RM in 1-Kind-, 140 RM in 2-Kind-Haushalten), Lehrer und höhere Beamte indes die Spitze (300 bis 400 RM, 3 bis 5 % des Budgets).

5.3.3 Ausblick

Wir haben durch die Beschreibung von Oppositionen und Ähnlichkeiten in den trockenen Zahlenwerken privater Budgets auf lebensvollere, sozial verwurzelte Einstellungen, Wertschätzungen und Selbstbilder, die direkten Ausdruck anders nur schwerlich finden konnten, zurückzuschließen versucht. Treiben aus der zunächst deskriptiv beschränkten Komparatistik, auf die wir uns eingelassen haben, nun Erkenntnisse über den engen Rahmen unseres speziellen Gegenstandes hinaus, mithin historische Einsichten für unsere eigene Gegenwart, hervor? Das historische tertium comparationis unserer iterierenden Berufsgruppenvergleiche ist – daran sei zum Schluß wieder erinnert – der Wandel von Strukturen sozialer Ungleichheit in Deutschland. Mit dieser Perspektive überschreiten wir zwangsläufig die zeitlichen Grenzen der vorliegenden Studie und machen Annahmen über einen Komplex gesellschaftlicher Funktionsbereiche, von denen der private Konsum nur einer ist, Zusammenhänge, die in ihrer Gesamtheit schwer abschätzbar sind und von denen viele in weiteren Spezialstudien genauer zu untersuchen wären.

Wenden wir also den Blick auf unsere Ausgangsfragen (s.o. S. 8) zurück. Aus der leitenden Fragestellung, die am Anfang gestanden hat, sprach deutlich das Interesse an der Dynamik von Ungleichheitsstrukturen. Die Frage nach der Entwicklung von Klassengegensätzen, von Schichtdifferenzen, sogar die Suche nach einem westeuropäischen Entwicklungsmuster prägt die sozialhistorische Forschung. Bedeutete der "Massenkonsum" schon seit der Zwischenkriegszeit eine Nivellierung von Ungleichheitsmustern²⁹² oder erbte sich die Ungleichheit überkommener Optionen und Chancen fort?

Auf unsere erste Fragenbatterie antwortet eine Reihe so nicht erwarteter Befunde. Als überraschend konsistent erwies sich im Lichte vieler Konsumvariablen die Teilung der Welt der abhängig Erwerbstätigen in zwei Klassen. In der Arbeiterklasse konnten wir, nachdem wir uns im Vorfeld der Codierarbeiten bemüht hatten, hypothetisch als gehaltvoll angenommene Unterscheidungen festzuschreiben, trotzdem so gut wie keine Binnendifferenzierungen feststellen. Den Arbeitern und – in manchen Dimensionen und, zeitlich gesehen, vor allem im Kaiserreich – den Unterbeamten stand ein Konglomerat typischer Konsumwahlen gegenüber, dem tendenziell auch die Angestellten – in der Zwischenkriegszeit eindeutiger als im Kaiserreich (aber dieser Eindruck entstand vielleicht infolge der geringen Zahl im Kaiserreich dokumentierter Angestelltenhaushalte) – zuzurechnen waren und das wir abkürzend als "bürgerlich-mittelständisch" bezeichnet haben. Gleichwohl gab es in dieser Klasse Differenzierungen. Insbesondere bildete die Beamtenschaft keine homogene soziale Klasse, sondern war von Bruchlinien durchzogen, deren schärfste den niederen Dienst von den anderen Laufbahnen trennte.

Dem zweiten Bündel von Fragestellungen ist ungleich schwerer zu begegnen gewesen, weil es in besonderem Maße auf die Ursachen und Zusammenhänge langfristigen Wandels zielt. An dieser Stelle wird besonders fühlbar, daß es leider wenig konkretes Grundlagenwissen über "ständische" Merkmale von privatem Konsum in einer sich modernisierenden Gesellschaft gibt und fast keine generalisierbaren Anhaltspunkte für die Charakterisierung sozialspezifischen Konsumverhaltens in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft vorliegen²⁹³. Indes lassen sich die Schlußfolgerungen aus unserer Differentialanalyse konsumtiver Wahlhandlungen sinnvoll interpretieren, wenn wir unsere Annahmen über den Wandel des Gefüges sozioprofessioneller Gruppierungen in der Zeit vom Ende des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts in die These einer fortschreitenden Parzellierung der Gesellschaft einordnen. Dann ergeben sich mögliche Antworten auf die Frage, warum das proletarische Konsummuster so homogen und stabil blieb, und worin die Funktion der fortbestehenden, vielleicht sogar an Vitalität gewinnenden Vielfalt bürgerlicher Konsumstile beschlossen liegt.

Tendenzen zur mentalitätsrelevanten Diversifizierung könnten nämlich am stärksten und zuerst bei den Berufsgruppen, deren Produktionsprozesse vorwiegend symbolischer Art waren, durchgeschlagen haben, bei Beamten höherer Dienstgrade und Angestellten, den sogenannten "bürgerlich-mittelständischen" Berufsgruppen. Hingegen dürften die Veränderungen im Raum der Kultur, die die Gesellschaft der Weimarer Republik, aus der vertrauten Perspektive des Intellektuellen gesehen, so stark von der des Kaiserreichs abheben, die handarbeitende, d.h. die Mehrheit der Bevölkerung kaum berührt haben. Die synchrone Bewegung von Binnenhomogenisierung und Außenabgrenzung, die auf lange Sicht die soziale Konstituierung der Arbeiterklasse bestimmt hatte²⁹⁴, ebnete - soweit wir unser Feld übersehen können - interne Verwerfungen stark ein, so daß alle Beteuerungen, daß vielgestaltig die Arbeiterklasse doch sei, wie hohle Beschwörungen klingen. Während nun der Umfang der traditionellen Fabrikarbeit abnahm und das proletarische Konsummuster sukzessive seine soziale Basis verlor, fanden die wiederholten Individualisierungsschübe, die sich mit der Anhebung des materiellen Lebensstandards und der Abfederung sozialer Risiken, mit der Ausbildung individueller Aufstiegsorientierungen und der Erweiterung des "Möglichkeitsraums" stilrelevanter Gestaltungsoptionen²⁹⁵ verbanden, in der Vielfalt des bürgerlich-mittelständischen Konsummusters einen geeigneten Resonanzboden vor. Mit der Auflösung des proletarischen Milieus konnten an seine Stelle die divergierenden Konsumstile der "bürgerlichen" Mittelschichten treten. Diese, selbst weder Stand noch Klasse, wurden mithin die Träger des heute noch nicht abgeschlossenen Prozesses der Pluralisierung von Lebensstilen.